

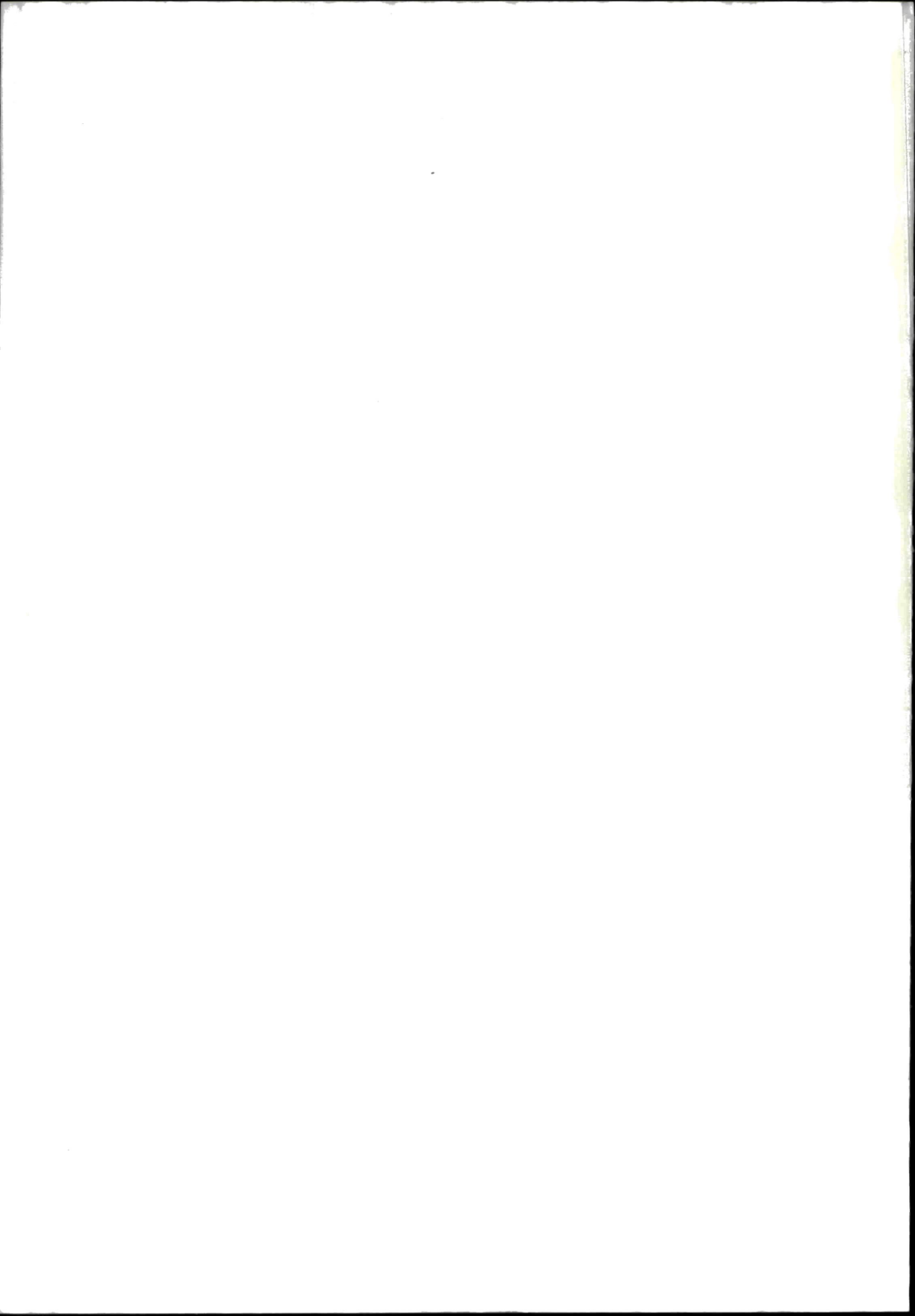
Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten

Protokoll



**9. Parteitag der CDU Deutschlands
13. bis 15. Oktober 1997 in Leipzig**

CDU



**9. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Leipzig, 13. bis 15. Oktober 1997

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

INHALT	Seite
Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands	7
Wahl des Tagungspräsidiums	11
Beschlußfassung über die Tagesordnung	19
Bestätigung der Antragskommission	22
Bestätigung und Bericht der Mandatsprüfungskommission	22
Wahl der Stimmzählkommission	22
Grußworte:	
– Dr. Hinrich Lehmann-Grube, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig	17
– Bundesminister Dr. Theo Waigel, Vorsitzender der Christlich Sozialen Union in Bayern	346
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	23
Aussprache	45
Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands, Brigitte Baumeister, und Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1995 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz	75
Plenums-Forum: Sieben Jahre Deutsche Einheit	77
Einführung:	
– Bundesministerin Dr. Angela Merkel, Stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands	79
– Dr. Annette Schavan, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg	86
Beratung sonstiger Anträge	125, 333
Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XII. EVP-Kongreß in Toulouse	140
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche	141
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble	147

Aussprache	162
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Hintze, und Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes: „Projekt Zukunftschancen“	171
Aussprache	185
Plenums-Foren: Verantwortung für Deutschland Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten – Projekt Zukunftschancen –	203
Forum 1: Chancen für neue Arbeit	205
Leitung: Christian Wulff, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen, Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen	205
Einführung: – Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen	211
– Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik	222
Forum 2: Wissen für die Zukunft	261
Leitung: Dr. Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	261
Einführung: – Dr. Matthias Rößler, Staatsminister für Kultus des Freistaates Sachsen	265
– Prof. Dr. Jean-Karen Gregory, Technische Universität München	272
Forum 3: Europa ist Deutschlands Chance	299
Leitung: Arnold Vaatz, Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung des Freistaates Sachsen	299
Einführung: – Staatsminister Jean-Claude Juncker, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg	301
– Prof. Dr. Hans Maier, Ludwig-Maximilians-Universität München	315
Beratung und Beschlußfassung „Verantwortung für Deutschland Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten – Projekt Zukunftschancen –“	253, 330, 335, 345

Die Innere Sicherheit stärken	358
Einführung:	
– Manfred Kanther, Bundesminister des Innern	358
– Prof. Dr. Josef Isensee, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn	368
Beratung und Beschlußfassung	376
Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	398
ANHANG	
Beschlußprotokoll	403
Beschlüsse	
– Projekt Zukunftschancen, Verantwortung für Deutschland	428
– Sicherer leben in Deutschland Zwölf Thesen zur Inneren Sicherheit	451
– Sonstige Beschlüsse	459
Namensverzeichnis	473



Montag, 13. Oktober 1997
Erste Plenarsitzung
Beginn: 9.36 Uhr

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, bevor ich beginne, ist es, denke ich, eine gute Sache, wenn ich jetzt als erstes zum Beginn des Parteitages unserem Freund Rudi Seiters zu seinem 60. Geburtstag gratuliere.

(Beifall)

Es wird ja oft von „unserem System“ geredet. Das perfekte System ist, daß wir unseren Parteitag auf seinen 60. Geburtstag gelegt haben. Er hat es auch verdient. Er ist einer von denen, die sich immer selbst in die Pflicht genommen haben, der unserer Sache in vielfältigen Ämtern und Funktionen enorm gedient hat - und das immer auch mit einem fröhlichen Gemüt tat. Er ist keiner von denen, die einen Raum betreten und dort schlechte Stimmung verbreiten, sondern er ist einer, der anpackt mit der Fröhlichkeit des Herzens. Vielen Dank, Rudi Seiters.

(Beifall - Die Delegierten stimmen das Lied „Happy Birthday To You“ an)

– Aber nun singt mal richtig! – Damit Sie das klar erkennen: Der Anstifter dieses Spezialchores ist Wolfgang Schäuble – um mal zu zeigen, was der alles kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Exzellenzen! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Hiermit eröffne ich den 9. Parteitag der CDU und begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich in Leipzig.

Mein erster Gruß gilt Ihnen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden der CDU. Sie sind stellvertretend für die weit über 600 000 Mitglieder unserer Partei hierher nach Leipzig gekommen. Allen, die vor Ort tagtäglich in unserer Partei die Arbeit tragen, gilt mein ganz besonders herzlicher Dank.

Der Ort dieses Parteitages, liebe Freunde, könnte nicht besser gewählt sein. Hier in Leipzig spiegelt sich die Geschichte und die Kultur unseres Landes, unseres Volkes auf eine sehr vielfältige Weise. Seit 500 Jahren werden hier, am Schnittpunkt uralter europäischer Verkehrs- und Handelswege, große und bedeutende Messen veranstaltet. Hier wirkten Bach, Klopstock und Leibniz. Hier erschien 1650 die erste Tageszeitung der Welt. Leipzig ist die Stadt des Buches, die Stadt der Wirtschaft, die Stadt der schönen Künste. Und wir erinnern gerade auch in dieser Stadt an herausragende Persönlichkeiten der Geschichte wie Carl Goerdeler. Schon als Oberbürgermeister von Leipzig hat er sich dem Haß und dem Terror des Nationalsozialismus furchtlos entgegengestellt. Er trat 1936 aus Protest gegen die Entfernung des Mendelssohn-Denkmal vor dem Gewandhaus von seinem Amt zurück. Später war er einer der führenden Köpfe des Widerstands gegen Hitler. Die Nazis haben ihn nach dem Attentat vom 20. Juli verurteilt und am 2. Februar 1945 umgebracht. Der unvergeßliche Jakob Kaiser hat auf einem Parteitag der CDU in der Sowjetischen „Besatzungszone“ 1946 über ihn gesagt, daß Persönlichkeiten wie Carl Goerdeler ihre politische Heimat in der Union gefunden hätten.“

Liebe Freunde, viele der historischen Bauwerke und der unersetzlichen Kulturgüter Leipzigs gingen in der Zeit der NS-Herrschaft, im Zweiten Weltkrieg und auch während der kommuni-

stischen Diktatur unwiederbringlich verloren. Zu den ganz bitteren Erfahrungen aus der Zeit der Kommunistischen Herrschaft gehört die Sprengung der Leipziger Universitätskirche vor bald 30 Jahren. Dieser Akt der Barbarei war Teil der Bemühungen des SED-Regimes, die Zeichen christlicher und bürgerlicher Geschichte in Leipzig auszulöschen. Dies ist zum Glück nicht gelungen, und auch der Freiheitswille der Menschen konnte nicht ausgelöscht werden.

Unvergessen sind jene mutigen Männer und Frauen, die hier in Leipzig und in anderen Städten der damaligen DDR im Herbst 1989 mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ auf die Straße gingen. Sie haben - und das soll nie vergessen werden - eines der wichtigsten und besten Kapitel deutscher Geschichte geschrieben.

Wenige Tage vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990, habe ich hier vor vielen Tausenden gesprochen. In jener für mich unvergeßlichen Abendstunde habe ich von der Chance gesprochen, die sich uns Deutschen mit der Wiedervereinigung im vereinten Europa bietet. Wir haben diese Chance genutzt, und gerade auch wir, die CDU, haben die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit mit herbeigeführt,

(Beifall)

und wir sind auch sieben Jahre danach dankbar für dieses Geschenk der deutschen Einheit.

(Beifall)

Wir versammeln uns heute hier in Leipzig als Partei der Einheit und darauf sind wir stolz. .

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich begrüße auf das allerherzlichste unsere in- und ausländischen Gäste, und ich freue mich über das ganz große Interesse an unseren Beratungen. Mein ganz besonders herzlicher Gruß gilt den Repräsentanten und Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften, die hierher gekommen sind. Ich danke ganz, ganz herzlich Herrn Bischof Kreß und Herrn Bischof Reinelt für den ökumenischen Gottesdienst, den wir soeben gemeinsam in der Nikolaikirche gefeiert haben.

Mein ganz besonders herzlicher Gruß gilt auch Ihnen, Herr Superintendent Vollbach, daß Sie uns so eingeführt und so gastlich aufgenommen haben.

(Beifall)

Wer dabei war - das waren die allermeisten -, wird das auch so empfunden haben wie ich: Es war eine gesegnete Stunde durch das Wort, aber auch durch die Musik. Der Organist und der Trompeter waren Spitze.

(Beifall)

Es war auch deswegen eine unvergeßliche Stunde in der Nikolai-Kirche, weil wir zum ökumenischen Gottesdienst in einer Kirche zusammenkamen, die 1989 Ausgangspunkt für die Friedensgebete war. Diese Friedensgebete sind zu einem wichtigen Teil deutscher Geschichte der Gegenwart geworden.

Ich begrüße sehr herzlich Herrn Bischof Löwe und Herrn Prälat Bocklet als Vertreter der Kirchen.

Ich begrüße ebenso herzlich den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Ignatz Bubis.

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der Gewerkschaften, vieler Wirtschaftsorganisationen, Verbände und Organisationen.

Ich heiße herzlich willkommen die Vertreter der diplomatischen Missionen in Deutschland, und ich begrüße herzlich unsere Freunde aus den ausländischen Schwesterparteien.

Mein ganz besonders herzlicher Gruß gilt nicht zuletzt den zahlreichen Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Sie haben schon viel geschrieben und gesendet, Sie werden nochmals viel schreiben und senden. Ich bin sicher, wir haben alle die reine Freude daran.

(Heiterkeit und Beifall)

Mein besonderer Gruß gilt Ihnen, Herr Oberbürgermeister Lehmann-Grube. Ich danke Ihnen, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Bürgern dieser großartigen Stadt für die freundliche Aufnahme und Unterstützung. Leipzig beweist einmal mehr seine große Tradition in der Gastlichkeit.

(Beifall)

Liebe Freunde, in diesen Tagen wartet viel Arbeit auf uns. Es gibt viel zu diskutieren und zu beschließen. Bevor wir mit dieser Arbeit beginnen, wollen wir, wie es bei uns Tradition ist, all jener unserer Freunde und Weggefährten gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

(Die Anwesenden erheben sich)

Für die vielen kann ich hier nur einige wenige nennen. Es sind Frauen und Männer, die unserer Gemeinschaft treu gedient haben und die ihr Bestes taten zum Wohle unseres Landes. Ihr Vermächtnis ist für uns Auftrag für unsere zukünftige Arbeit.

Ich nenne Elisabeth Pitz-Savelsberg, geboren 1906, gestorben im Oktober 1996. Sie war von 1946 bis 1953 Mitglied des Hessischen Landtages, von 1953 bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Josef Becker, geboren 1905, gestorben im Oktober 1996. Er war Mitbegründer der CDU Pfalz und Mitglied der Beratenden Versammlung Rheinland-Pfalz. Von 1949 bis 1972 gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

Ich nenne Leo Ernesti, geboren 1925, gestorben im November 1996. Er war von 1967 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1982 wurde er zum Vorstandsvorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung gewählt, in der ihm die Sorge um die Soldaten und ihre Familien ein ganz besonderes Anliegen war.

Ich nenne Karl Fell, geboren 1936, gestorben im Dezember 1996. Er war von 1970 bis 1985 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen und von 1987 bis zu seinem Tode Mitglied des Deutschen Bundestages. Als Präsident des Familienbundes der deutschen Katholiken gehörte er über viele Jahre dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken an.

Ich nenne Wilhelm Hahn, geboren 1909, gestorben im Dezember 1996. Er war von 1962 bis 1964 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1968 bis 1980 Mitglied des baden-württembergischen Landtages. Er war Kultusminister von Baden-Württemberg von 1964 bis 1978. Er war von 1978 bis 1987 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Ich nenne Aenne Brauksiepe, geboren 1912, gestorben im Januar 1997. Von 1958 bis 1971 war sie Vorsitzende der Frauen-Union, von 1949 bis 1972 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages und in den Jahren 1968 bis 1969 die erste Bundesministerin unserer Republik für Familie und Jugend.

Ich nenne Ludwig Schnur, geboren 1909, gestorben im Januar 1997. Er war von 1959 bis 1980 Mitglied des Landtags des Saarlandes, war Landtagspräsident und in den Jahren 1961 bis 1974 Innenminister des Saarlandes.

Ich nenne Irma Blohm, geboren 1909, gestorben im Januar 1997. Sie war von 1953 bis 1957 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und von 1957 bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Arnold Kunst, geboren 1917, gestorben im März 1997. Er war Gründungsmitglied der Bremer CDU, von 1953 bis 1960 Kreisgeschäftsführer der CDU Bremen-Mitte und die folgenden Jahre hindurch Geschäftsführer der CDU-Fraktion in der Bürgerschaft.

Ich nenne Erik Blumenfeld, geboren 1915, gestorben im April 1997. Er war von 1949 bis 1955 Fraktionsvorsitzender der CDU in der Hamburgischen Bürgerschaft und von 1958 bis 1968 Landesvorsitzender der CDU Hamburg. Er gehörte dem Deutschen Bundestag von 1961 bis 1980 an.

Ich nenne Herbert Czaja, geboren 1914, gestorben im April 1997. Von 1953 bis 1990 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1970 bis 1994 war er Präsident des Bundes der Vertriebenen. Es ist nicht zuletzt seinem Engagement zu verdanken, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge in den demokratischen Parteien eine politische Heimat fanden.

Ich nenne Kai-Uwe von Hassel, geboren 1913, gestorben im Mai 1997. Von 1950 bis 1964 war er Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein. Von 1955 bis 1964 war er Vorsitzender der CDU Schleswig-Holsteins. Er war stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands. Von 1954 bis 1963 war er Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein. Er gehörte dem Deutschen Bundestag von 1953 bis 1954 und von 1965 bis 1980 an. Von 1963 bis 1966 war er Bundesminister der Verteidigung, in den folgenden Jahren Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Von 1969 bis 1972 war er Präsident des Deutschen Bundestages. Er war ein großer deutscher Patriot und ein leidenschaftlicher Europäer.

Ich nenne Heinrich Barth, geboren 1914, gestorben im Mai 1997. Er war von 1952 bis 1954 Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen. Von 1963 bis 1969 war er Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Jugend. Er war langjähriger Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung und von 1964 bis 1996 Vorsitzender des Bundesparteigerichts.

Ich nenne Helmut André, geboren 1915, gestorben im Juli 1997. Er war von 1956 bis 1972 Landesgeschäftsführer der CDU an der Saar.

Ich nenne Ernst Majonica, geboren 1920, gestorben im Juli 1997. Er war Mitbegründer der Jungen Union, deren Bundesvorsitzender er von 1950 bis 1955 war. Er gehörte viele Jahre dem Deutschen Bundestag an.

Ich nenne Gerold Rummier, geboren 1924, gestorben im August 1997. Er war seit 1946 - damals in der Sowjetischen Besatzungszone - Mitglied der CDU. 1952 floh er aus der DDR. Er war mehr als vier Jahrzehnte in der CDU-Bundesgeschäftsstelle tätig, zuletzt als Abteilungsleiter und Hauptgeschäftsführer der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung. Er hat nie, zu keinem Zeitpunkt, einen Zweifel an der Idee der deutschen Einheit aufkommen lassen und leidenschaftlich dafür gekämpft.

Ich nenne Fritz Klöckling, geboren 1924, gestorben im August 1997. Er wurde 1949 wegen „antisozialistischer Hetze“ von den Sowjets in Mecklenburg zu 25 Jahren Haft verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung 1956 wurde er Mitglied im CDU-Landesverband Berlin und leitete dort über 20 Jahre das Robert-Tillmans-Haus.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, ich habe diese wenigen Namen stellvertretend für die vielen genannt, an die wir in dieser Stunde denken und um die wir trauern. Wir wollen unseren verstorbenen Freunden ein stilles Gebet widmen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Nach der Ordnung des Parteitags liegt Ihnen in Ihren Unterlagen der Vorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums vor. Ich gehe davon aus, daß Sie alle die Vorlage zum Tagesordnungspunkt 2 vor sich haben. Ich stelle die Frage: Gibt es weitere Vorschläge zu diesem schriftlichen Vorschlag? - Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung. Wer für die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Soweit ich von hier aus erkennen kann, ist das einstimmig so angenommen.

Meine Damen und Herren, dann darf ich unseren Freund, den Landesvorsitzenden der CDU hier in Sachsen, Fritz Hähle, bitten, entsprechend dem eben getätigten Beschluß die Tagesleitung zu übernehmen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für das Vertrauen, das mir der Parteitag entgegenbringt. Ich werde mich bemühen, gemeinsam mit den weiteren Mitgliedern des Präsidiums den Parteitag fair und zügig zu leiten. Ich bitte die Delegierten dabei um Unterstützung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Vorsitzende hat in seiner Eröffnungsrede bereits einige Gäste begrüßt. Ich möchte hier nochmals alle Delegierten und Gäste ganz herzlich in Leipzig willkommen heißen. Ich freue mich, daß so viele Gäste aus dem In- und Ausland zu uns nach Leipzig gekommen sind und bitte Sie um Verständnis, daß wir leider nicht alle namentlich begrüßen können.

Ich freue mich ganz besonders darüber, daß Frau Hannelore Kohl ihren Mann nach Leipzig begleitet hat.

(Beifall)

Liebe Frau Kohl, ich heiÙe Sie im Namen des Tagungspräsidiums der CDU und im Namen der CDU Sachsen herzlich in Leipzig willkommen. Ich nutze die Gelegenheit gern, um Ihnen dafür zu danken, daß Sie Ihren Mann in so großartiger Weise unterstützen, und wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihren vielfältigen sozialen Engagements, insbesondere für das Kuratorium ZNS. Als kleines Zeichen unseres Dankes dürfen wir Ihnen einen Blumenstrauß überreichen.

(Beifall)

Meine herzlichen GrüÙe gelten auch den zahlreichen Vertretern der Medien. Ich freue mich, daß unser Parteitag wieder so viel öffentliche Aufmerksamkeit gefunden hat und hoffe auf eine faire und objektive Berichterstattung.

Herr Bundeskanzler, liebe Freunde, verehrte Gäste, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sächsische Union freut sich darüber, daß der 9. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig stattfindet. Sollte diese Freude nicht sofort für jeden sichtbar gewesen sein, so liegt das daran, daß die Sachsen in der Regel mit Gefühlsausbrüchen eher sparsam umgehen. Die Sachsen meckern gern, meinen das aber im allgemeinen nicht so.

(Heiterkeit und Beifall)

Offen und ehrlich miteinander zu reden gehört allerdings auch hier zum selbstverständlichen Gebrauch der wiedergewonnenen Meinungsfreiheit. Übrigens: Wenn die Sachsen einmal nicht meckern, dann ist das allerhöchstes Lob. Das meinen sie dann um so herzlicher - eingeschlossen der Ministerpräsident unseres Freistaates.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will es noch einmal sagen: Im Namen des Vorstandes und aller Mitglieder der CDU Sachsen heiÙe ich Sie herzlich willkommen, die Freunde und Gäste aus dem Westen und dem Osten, dem Norden und dem Süden unseres wiedervereinigten Vaterlandes. Ich grüÙe den Vorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und die Delegierten der Partei der deutschen Einheit.

(Beifall)

Die Neue Messe in Leipzig ist ein sichtbares Zeichen dafür, was in sieben Jahren Einheit an gemeinsamer Aufbauleistung vollbracht worden ist.

(Beifall)

Die Leipziger Messe hat eine lange Tradition. Der Bundeskanzler hat darauf hingewiesen. Ihre Anfänge reichen mehr als 500 Jahre zurück. Sie verdankt ihr Entstehen der günstigen Lage am Knotenpunkt wichtiger europäischer HandelsstraÙen am Zusammenfluß von Elster, PleiÙe und Parthe. Zugegebenermaßen sind das FlüÙe, die weniger bekannt sind als Vater Rhein. Aber das kann sich noch ändern.

In den Zeiten der SED-Diktatur war die Leipziger Messe eine Tür zur freien Welt, die zweimal im Jahr sozusagen einen Spalt offenstand. Leipzig war ein Ort der Begegnung, eine Keimzelle der Einheit, eine Stadt, in der die Widersinnigkeit der Teilung genauso deutlich spürbar war wie an der Mauer in Berlin. Die Sehnsucht nach Überwindung dieser Teilung wurde zu allererst hier in Leipzig übermächtig, mit der Folge, daß von dieser Stadt im Herbst 1989 ein in aller Welt hörbarer Aufschrei ausging. Leipzig war der Ausgangspunkt der friedlichen Revolution.

(Beifall)

Es war bis 1989 immer wieder die Messe in Leipzig, die Gelegenheit bot, in Anwesenheit von Journalisten aus der freien Welt auf Menschenrechtsverletzungen in der DDR hinzuweisen. Der Ruf „Wir wollen raus!“ wurde vom Staatssicherheitsdienst der DDR bei solchen Gelegenheiten immer wieder sehr schnell im Keim erstickt. Neu und überraschend war, daß eines Tages Hunderte riefen „Wir bleiben hier!“ als Reaktion auf das zynische Vorhaben der SED-Führung, mit einer großen Ausweisungs- und Ausreisewelle die Unzufriedenen und Aufrührerischen in den Westen abzuschieben, um hinfort Ruhe zu haben.

Aber sie hatten sich getäuscht. Es gab keine Ruhe. Aus „Wir bleiben hier!“ wurde „Wir sind das Volk!“ und bald „Wir sind ein Volk!“. Nicht nur schwarz-rot-goldene Fahnen wurden geschwenkt, sondern auch sofort Fahnen in den sächsischen Landesfarben weiß-grün. Die Sachsen waren nicht nur die ersten auf dem Weg zur deutschen Einheit. Sie haben auch als erste gezeigt, daß ein noch so perfektes Zwangsregime die Wurzeln und Traditionen eines alten Kulturvolkes nicht auf Dauer unterdrücken kann.

(Beifall)

Es gibt ein paar Krämerseelen in Deutschland, die bis heute nachrechnen, was die deutsche Einheit gekostet hat und noch kostet. Abgesehen davon werden die Begriffe verwechselt: Was wir bis heute gemeinsam abtragen, sind nicht die Kosten der Einheit; es sind immer noch die Kosten der Teilung.

(Beifall)

Ohne daß wir mit der Beseitigung der Schäden schon fertig wären, steht fest, daß Deutschland unendlich viel gewonnen hat: Die Ostdeutschen haben Hamburg, Bremen, Köln, Düsseldorf, München und Augsburg und die Westdeutschen haben Greifswald, Rostock, Potsdam, Schwerin, Weimar, Erfurt, Chemnitz, Dresden, Leipzig, das Erzgebirge, das Vogtland und die Oberlausitz wiedergewonnen.

(Beifall)

An Leipzig läßt sich wie an keiner anderen Stadt zeigen, was das bedeutet: Leipzig ist durch den Krieg stark und später nicht minder stark durch Verfall und kulturvandalistische Gewaltakte verborderter SED-Ideologen beschädigt worden. Auch darauf hat der Herr Bundeskanzler in seiner Begrüßung bereits hingewiesen: Am 30. Mai 1968 wurden die bis dahin noch völlig intakte Universitätskirche und dazu die alte Universität gesprengt. Das 750 Jahre alte Gotteshaus, die Pauliner-Kirche, die seit der Reformation zur Universität gehörte, mußte der sozialistischen Neugestaltung weichen. Dieser Akt der Zerstörung war auch als bewußter Angriff auf

die christlich-abendländische Kulturtradition und Geistesgeschichte gedacht. Dieser Feldzug wurde mit großer Energie und sehr systematisch weitergeführt, bis dem im Herbst 1989 ein Ende gesetzt werden konnte. Es war allerhöchste Zeit.

Die 1409 gegründete Leipziger Universität, die jahrhundertlang ein Zentrum deutschen Geisteslebens und freien Bürgersinns war, kann nun wieder an ihre große Geschichte anknüpfen und ist wieder offen für die Welt. Leipzig ist die Stadt Johann Sebastian Bachs, der von 1723 bis zu seinem Tode 1750 Kantor der Thomaskirche war. Er schuf hier in Leipzig 170 Kirchenkantaten und Motetten, unter anderem die Matthäus- und die Johannes-Passion und das Weihnachtsoratorium. An der Leipziger Universität studierte Goethe von 1765 bis 1768 Jura. Er hörte aber auch Vorlesungen in Literatur bei Christian Fürchtegott Gellert, der Professor in Leipzig war.

1813 wurde in der Völkerschlacht bei Leipzig Napoleon besiegt. Das war wohl der erste bekanntgewordene Kraftakt auf sächsischem Boden gegen die allzu frühe Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung.

(Heiterkeit)

Dieses Ereignis war allerdings nicht sehr nachhaltig, wie sich heute zeigt.

1835, zwei Jahrzehnte nach dieser Völkerschlacht, wurde Felix Mendelssohn Bartholdy Leiter der Gewandhauskonzerte in Leipzig. Die Uraufführung seines Paulus-Oratoriums fand in der Universitätskirche statt. Später wirkte hier Max Reger als Universitätsmusikdirektor.

Um die Reihe derer abzukürzen, die zu Leipzigs Ruhm beigetragen haben, will ich nur noch erwähnen, daß Kurt Biedenkopf 1990, noch vor der deutschen Einheit, Gastprofessor in Leipzig war.

(Beifall)

Was aus neuester Zeit in den Geschichtsbüchern vermerkt sein wird, ist noch offen. Eines wird allerdings in Erinnerung bleiben müssen: Den ersten Ministerpräsidenten des wiederverstandenen Freistaates stellte die Christlich Demokratische Union, die 1990 die Landtagswahlen mit 53,8 Prozent der Stimmen gewonnen hatte.

(Beifall)

Die sächsische Union hat bei den Landtagswahlen 1994 mit 58,1 Prozent der Stimmen sozusagen noch eins draufgelegt.

(Beifall)

Damit haben die Sachsen an die traditionellen Wahlergebnisse eines anderen deutschen, unionsgeführten Freistaates anknüpfen können. Es war sogar das bisher beste Ergebnis, daß für die CDU bei einer Landtagswahl erzielt wurde.

(Beifall)

Die Bundestagswahl 1994 brachte in Sachsen mit 48 Prozent ein Ergebnis, das um 13,8 Prozent über dem Bundesdurchschnitt lag. Weil die sächsische Union alle Direktmandate gewonnen hatte - das galt sowohl für die Landtagswahl als auch für die Bundestagswahl -, gab es drei Über-

hangmandate. Darüber hinaus - meine Damen und Herren, diese Tatsache wird Ihnen paradie-sisch vorkommen - stellt die CDU in Sachsen alle Landräte und die Mehrzahl der Bürgermeister.

Es gibt bei den Oberbürgermeistern einige Ausnahmen; einer von ihnen ist heute unter uns und wird noch ein Grußwort sprechen. Ungeachtet dessen hat die Christlich Demokratische Union Deutschlands also guten Grund, ihren 9. Parteitag nach Leipzig einzuberufen. Es ist im übrigen nach Dresden 1991 der zweite CDU-Parteitag im Freistaat Sachsen.

Nun weiß ich sehr wohl, meine Damen und Herren, daß die Bundesrepublik Deutschland 16 Länder hat und daß wir vielleicht lange nicht mehr dran sind. Einer unserer Grundwerte heißt schließlich Gerechtigkeit. Nur meinen wir - ich glaube, so sehen wir das alle - nicht ausschließ-lich Verteilungsgerechtigkeit. Vielmehr kennen wir auch den Begriff der Leistungsgerechtigkeit.

(Heiterkeit und Beifall)

Unter diesem Aspekt kann ich mir vorstellen, daß Sachsen auch 1998 wieder einen entschei-denden Beitrag für die Union erbringt und daß sich die Christlich Demokratische Union Deutschlands vielleicht in nicht allzu ferner Zeit einmal in Chemnitz trifft.

Mit Sicherheit voraussagen läßt sich ein solcher Erfolg allerdings nicht. Hierzulande gibt es noch keine langfristigen Bindungen an bestimmte Parteien. Deshalb muß jede Stimme für die Union wieder neu gewonnen werden. Wenn jemand ein feines Gespür dafür entwickelt hat, ob sich Politiker wirklich dem Gemeinwohl verpflichtet sehen oder ob sich die politische Klasse eher als Selbstzweck versteht, dann sind es die Menschen in den neuen Ländern. Es braucht deshalb den ganzen Einsatz, wenn wir wieder Erfolg haben wollen.

Vertrauen muß gerechtfertigt und neu verdient werden. Dies heißt, den Leuten nichts vorma-chen, sondern die Wahrheit sagen über das, was sie erwartet und was sie tun müssen. Das heißt, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen und nahe bei denen sein, die in der schwierigen Umbruchsituation Orientierung suchen.

(Beifall)

Ich glaube, zu Recht darauf hinweisen zu können, daß die sächsische Union zu den Landes-verbänden gehört, die sich frühzeitig mit den Zukunftsfragen befaßt haben, die heute in aller Munde sind. Deshalb habe ich mir erlaubt, meine Damen und Herren, dem Parteitag einen Nachdruck unseres Zukunftsprogramms zur Verfügung zu stellen, das wir im vergangenen Jahr nach einjähriger Diskussion in allen Parteigliederungen auf unserem 9. Landesparteitag in Delitzsch beschlossen haben. Wenn Sie sich dafür interessieren, können Sie es am Stand der Bundesgeschäftsstelle oder an den Ständen der KPV und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Empfang nehmen. Wenn Sie es einmal zur Hand nehmen und überfliegen, werden Sie fest-stellen, daß die wirtschaftspolitischen Thesen, die vor kurzem Herr Schröder aus Nieder-sachsen vorgelegt hat und die Teile der SPD angeblich vertreten - diese Thesen klingen sehr vernünftig -, nicht deren geistiges Eigentum sind.

(Beifall)

Hier in Leipzig und überall in Sachsen ist sichtbar, daß die Politik der Union viel Gutes bewirkt hat. Dafür sprechen nicht nur die sichtbaren Ergebnisse, sondern auch alle Vergleichsdaten.

Die Pro-Kopf-Verschuldung ist in Sachsen nur halb so hoch wie in Brandenburg oder in Sachsen-Anhalt. Trotzdem bleibt hier die Investitionsquote auch im nächsten Jahr unverändert bei etwa 30 Prozent. Die Arbeitslosenquote ist keinesfalls höher als in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt, sondern niedriger.

Die Region Leipzig gehört neben Dresden derzeit zu den wachstumsstärksten in Europa. Sie könnte noch besser dastehen, wäre eine gleichmäßige und koordinierte Entwicklung des Gesamttraumes Halle/Leipzig möglich. Halle gehört jedoch zu Sachsen-Anhalt, und die Regierung dieses Landes ist abhängig von der Duldung durch eine reaktionäre Partei, mit der nun einmal keine Zukunft zu gewinnen ist.

(Beifall)

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß viele aus dem Raum Halle lieber heute als morgen zu Sachsen gehören möchten. Wir sind natürlich nicht so vermessen, um das zu unterstützen. Unterstützen werden wir aber Christoph Bergner und die CDU in Sachsen-Anhalt, damit dort nach der Landtagswahl am 26. April 1996 wieder klare Verhältnisse einziehen, die unserem Nachbarland eine gute Perspektive sichern.

(Beifall)

Am gleichen Tag, am 26. April nächsten Jahres, wird in Leipzig auch ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Der Vorstand der Leipziger CDU hat Ende September einstimmig Stadtkämmerer Peter Kaminski als Kandidat der Union für das Amt des Oberbürgermeisters vorgeschlagen. Daß die sachsen-anhaltinische Nachbarstadt Halle mit Klaus Rauen schon einen CDU-Oberbürgermeister hat, Leipzig aber erst einen gewinnen muß - Herr Lehmann-Grube möge es mir nachsehen -, ist hierbei eine Herausforderung und für uns von ganz besonderem Reiz.

(Beifall)

Lassen Sie mich abschließend auf Johann Sebastian Bach zurückkommen. Dieser große Sohn der Stadt Leipzig zeichnete jedes seiner Notenmanuskripte mit S.D.G. als Abkürzung für Soli Deo Gloria: Gott allein die Ehre.

(Beifall)

– Ein später Beifall für Johann Sebastian Bach.

Ich möchte hinzufügen: Wir sind die Christlich Demokratische Union und stehen mit dem C im Parteinamen bewußt in dieser Tradition. Auch wenn 70 Prozent der sächsischen Bevölkerung nicht mehr Mitglied einer Kirche sind, haben die meisten Sachsen der CDU ihr Vertrauen geschenkt, unter anderem auch deshalb, weil sie irgendwie spüren, daß es den meisten von uns ernst ist mit der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Auf diesem Fundament wollen wir hier in Sachsen weiterbauen und weiterhin zum Wohle unseres vereinten Vaterlandes nach Kräften beitragen.

Ich bedanke mich für alle Hilfe und Unterstützung, die uns die Christlich Demokratische Union Deutschlands bisher zuteil werden ließ.

Herr Bundeskanzler, meine sehr geehrten Damen und Herren, das war mein Willkommensgruß. Ich wünsche dem 9. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig viel Erfolg.

(Beifall)

Obwohl es schon mehrmals geschehen ist, begrüße ich unter uns noch einmal ganz herzlich den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Herrn Dr. Hinrich Lehmann-Grube.

(Beifall)

Ich freue mich, daß Sie bei uns sind, und darf Sie um ein kurzes Grußwort bitten.

Dr. Hinrich Lehmann-Grube: Herr Bundesvorsitzender der CDU! Verehrte Ehrengäste und Delegierte! Seien Sie herzlich willkommen in Leipzig zu Ihrem Bundesparteitag!

Wir sind in Leipzig froh darüber - und auch ein wenig stolz -, daß unsere Stadt für drei Tage im Zentrum der Aufmerksamkeit all derer steht, die an Politik in Deutschland interessiert sind.

Sie eröffnen mit Ihrer Veranstaltung eine Serie von Bundesparteitagen. SPD und FDP werden im nächsten Jahr folgen. Da solche Parteitage nicht nur in ihren Inhalten und Abläufen, sondern auch hinsichtlich ihrer Örtlichkeit sorgfältig strategisch und taktisch geplant werden, darf ich vermuten, daß bei der Wahl Leipzigs nicht nur die bekannte Zuneigung Ihres Vorsitzenden, des Herrn Bundeskanzlers, zu Leipzig eine Rolle gespielt hat. Auch das aufbauförderliche Klima in Leipzig kann schwerlich den Ausschlag gegeben haben. Aber Leipzig paßt für politische Großveranstaltungen in diesem und im nächsten Jahre aus vielen Gründen.

Erstens - darauf haben meine Vorredner selbstverständlich bereits hingewiesen; aber ich als Oberbürgermeister dieser Stadt kann nicht darauf verzichten, das zu wiederholen - ist Leipzig die Stadt der friedlichen Revolution, die zum Fall der Mauer, zum Zusammenbruch der DDR und zur deutschen Einheit führte.

(Vereinzelt Beifall)

Vor wenigen Tagen, am 9. Oktober, jährte sich zum achten Male der Tag jener legendären Demonstration um den Leipziger Ring, mit der ein völlig neues Kapitel in der deutschen und europäischen Geschichte aufgeschlagen wurde.

Zweitens ist Leipzig in Ost- wie in Westdeutschland zum Hoffnungssymbol für das Gelingen des Vereinigungsprozesses geworden.

Und zum dritten - last but not least - haben wir ein wunderbares neues Messegelände mit einem ebenso funktionstüchtigen wie angenehmen Kongreßzentrum, einer fabelhaften Glashalle und vielfältigen Möglichkeiten, gerade solche Veranstaltungen durchzuführen. Tragen Sie das bitte weiter!

Dazu aber noch ein paar Worte: Als wir vor eineinhalb Jahren dieses neue Messegelände eröffneten, sagten wir, Leipzigerinnen und Leipziger, aber auch Sächsinnen und Sachsen, voller Stolz: Schaut her, das können wir: Wir können unterschiedliche politische Kräfte bündeln und zu großen Entscheidungen führen. Wir können die Amtsschimmel von vielen Behörden zum Trab und Galopp treiben und damit Plan- und Genehmigungsverfahren kurz halten.

Wir können sparsam mit Geld umgehen. Denn der anfangs gesetzte Kostenrahmen von 1,35 Milliarden DM wurde eingehalten. Und schließlich: Wir können ein Bauwerk schaffen, das in Architektur, Funktionalität und Technik neue Maßstäbe setzt.

Wir sagen das auch heute mit Freude und Stolz, aber nicht um zu prahlen. Im Gegenteil: Unser Erfolg, über den wir uns freuen, ist ein Teilerfolg, und das Ziel, das wir erreicht haben, ist ein Etappenziel. Schaut her, sage ich, aber bitte nicht nur auf dieses schöne Bauwerk und die neuen Straßen, Brücken und Schienenwege, die es umgeben. Dies ist ein kleiner, glänzender Teil eines großen Ganzen, das überwiegend ganz anders aussieht. Noch sind die meisten Straßen in Leipzig löchrig, die meisten Brücken nicht mehr tragfähig, die meisten Abwässerkanäle morsch und undicht. Noch sind die meisten Fabriken öde und leer, viele Häuser grau und verfallen. Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Leipzig liegt bei 17,7 Prozent - Tendenz, jedenfalls noch, steigend.

Vor uns liegt noch ein langer Weg voll Mühsal und Arbeit, Entbehrungen und Konsumverzicht. Daß keiner mehr hier zu früh triumphiert: Richten wir den Blick weit voraus, aber bleiben wir mit den Füßen auf dem Boden der Tatsachen! Die Kräfte, die uns bis hierher gebracht haben, müssen noch für einen langen Weg reichen. Etwas Entscheidendes wird anders sein auf der Wegstrecke, die vor uns liegt: Wir können vor uns selbst und vor anderen beweisen, daß wir erfolgreich sein können. Das war anders in den Jahren 1991 und 1992. Damals versprachen wir: „Leipzig kommt!“ Das war ein Versprechen, mehr nicht. Heute ist es zum Teil schon eingelöst. Für die Messe können wir sagen: Leipzig ist da.

Der Stolz auf die eigene Leistung darf uns nicht die Hilfe vergessen lassen, die wir empfangen haben und ohne die diese Neue Messe mitsamt Kongreßzentrum hier nicht stünde. Ich sagte bereits: 1,35 Milliarden DM hat dies gekostet. Davon hat der Bund 300 Millionen DM bezahlt. Unter Ihnen sind einige, allen voran der Herr Bundeskanzler, die an der Entscheidung beteiligt waren und denen ich gerne noch einmal ein herzliches Dankeschön sage.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Delegierte, ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Parteitag - erfolgreich in dem Sinne, daß Erfolg nicht am Wohl einer Partei, sondern am Wohl des ganzen Volkes gemessen wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister Lehmann-Grube. Sie können sicher sein, daß wir unseren Erfolg am Wohl des gesamten Volkes messen werden. Sie haben darauf hingewiesen, was noch alles zu tun ist. Wir wissen das sehr wohl und werden uns der Sache annehmen. „Leipzig kommt!“ - diesen Slogan haben wir zur Kenntnis genommen, und wir haben gemerkt, daß er zu Recht einmal so formuliert worden ist.

Ich habe nun noch die Ehre, einige Gäste aus den Gewerkschaften zu begrüßen: Herrn Roland Issen, den Vorsitzenden der Deutschen Angestelltengewerkschaft,

(Beifall)

und Frau Regina Görner, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 3:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung wurde Ihnen mit der Einladung zum 9. Parteitag zugesandt. Die aktualisierte Fassung liegt in Ihren Tagungsunterlagen vor. - Ich habe eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt. Herr Dr. Wulff möchte zu Wort kommen. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

Dr. Arne Wulff: Herr Tagungspräsident! Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich beantrage, wenn dies in der aktualisierten Tagesordnung denn noch so vorgesehen ist, die Absetzung des Tagesordnungspunktes 13, Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, sowie die Verkürzung des Tagesordnungspunktes 10, Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, insofern, als dieser Bericht des Generalsekretärs beschränkt werden sollte auf die Einführung zum Leitantrag des Bundesparteitages.

Ich möchte Ihnen das kurz begründen: Ich erlebe zum erstenmal - und ich bin seit mehreren Jahren Delegierter dieses Bundesparteitages -, daß wir als Tischvorlage eine Antragsmappe mit mehr als 500 Anträgen erhalten. Ich habe dies in meiner gesamten Tätigkeit, sowohl in der Bundespartei als auch auf anderen Ebenen, noch nicht erlebt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben das Schreiben des Bundesgeschäftsführers bekommen, in der auch die Begründung dafür gegeben wird. Gleichwohl liegt es wegen der Zuständigkeit der Organisation in der Verpflichtung der Bundesgeschäftsstelle und des Parteivorstandes, dafür zu sorgen, daß die Delegierten des Bundesparteitages die Anträge rechtzeitig zum Lesen und Bearbeiten bekommen.

(Beifall)

Wir haben zudem eine sehr dichtgedrängte Tagesordnung auf diesem Parteitag. Wie immer ist auch für diesen Parteitag die Zeit sehr knapp bemessen. Es stehen Forumsdiskussionen und etliche Berichte an. Ich meine, wir sollten uns im Interesse des Parteitages, im Interesse unserer demokratischen Sachauseinandersetzung und im Hinblick auf das Leitthema dieses Parteitages, im Hinblick darauf, daß wir uns den Herausforderungen der Zukunft des 21. Jahrhunderts stellen wollen, die Zeit nehmen, ausführlich über Sachanträge zu beraten.

Deshalb halte ich es für richtig, bei den Berichten, die zum Teil schon schriftlich vorliegen oder die noch nachgereicht werden - natürlich bis auf den Bericht des Parteivorsitzenden und den des Fraktionsvorsitzenden -, auf den mündlichen Bericht zu verzichten, also diese Berichte schriftlich vorzulegen und dann schon in die Debatte über die Sachanträge einzusteigen. Dadurch sparen wir mindestens eine bis anderthalb Stunden Zeit.

Ich bitte Sie als Delegierte, diesem Antrag zu folgen. Es ist ein Antrag, der auch an unsere Verpflichtung erinnert, wegen der wir hier sitzen. Wir sitzen hier nicht nur, um Berichte anzuhören;

wir sitzen hier, um über die Anträge unserer Orts-, Kreis- und Landesverbände ausführlich beraten zu können.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Möchte jemand dagegen oder jemand dafür sprechen? - Herr Generalsekretär, bitte.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Herr Tagungspräsident! Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter! Erst einmal kurz zum Sachverhalt, was die Anträge angeht: Wir haben Ihnen die Antragsmappe mit den Voten der Antragskommission heute vorgelegt, weil wir - eben um allen Gliederungen Gelegenheit zu geben, Anträge zu stellen - den Antragsschluß erst am letzten Freitag um 12 Uhr hatten. Wir haben von den Anträgen aus der Mitte der Partei über 300 an den letzten zwei Tagen bekommen, am Donnerstag und am Freitag, aber wir haben gesagt, wir legen sie heute alle bereits vor. Die Antragskommission hat mehrere Stunden gearbeitet. Das ist das Ergebnis, und ich möchte mich an dieser Stelle bei der Antragskommission bedanken, die diese Arbeit geleistet hat.

(Beifall)

Zweiter Punkt, was Günter Rinsche angeht: Auf diesem Parteitag wollen wir uns - das ist ja ein Schwerpunkt des Antrages - mit dem Thema „Europa“ beschäftigen. Das ist ein umfassendes und ein wichtiges Thema. Ich finde, es tut dem Parteitag gut, wenn wir hier von Günter Rinsche auch ein Wort aus dem Europäischen Parlament und aus der Arbeit unserer EVP-Fraktion hören. Es ist ein kurzes Wort, aber ich glaube, daß es unsere Diskussion nicht belastet, sondern befruchtet, wenn Günter Rinsche hier zu uns spricht.

(Beifall)

Dritter Punkt: Natürlich werde ich in den Antrag des Bundesvorstandes einführen, und das wird auch meinen Bericht wesentlich bestimmen, aber vor Beginn eines Wahljahres wie 1998 müssen auch zwei oder drei grundsätzliche Dinge aus unserer Parteiarbeit angesprochen werden, und deswegen schlage ich vor, daß wir die Tagesordnung so durchführen, wie sie uns hier vorliegt.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Darf ich nach dieser Erklärung von Peter Hintze zur Abstimmung über den Antrag zur Tagesordnung kommen? - Am besten, ich frage, wer dafür ist, daß wir die Tagesordnung so annehmen, wie sie ausgewiesen ist. Ich bitte um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das sind deutlich weniger Stimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Kaum Stimmenthaltungen. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit für einige Bemerkungen und Festlegungen zum organisatorischen und zeitlichen Ablauf:

Erstens. Der Generalsekretär hat Ihnen mit Schreiben vom 8. September die Leitansträge „Verantwortung für Deutschland - Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten - Projekt Zukunftschancen“ und „Die Innere Sicherheit stärken“ zugesandt. Beide Anträge wurden am

5. September vom Bundesvorstand der CDU verabschiedet. Die Ihnen vorliegende Antragsmappe berücksichtigt alle Ergänzungs- und Änderungsanträge, die bis Freitag, 10. Oktober, 12 Uhr, bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind.

Zweitens. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, den Antragsschluß auf diesem Parteitag auf heute, 16 Uhr, festzulegen. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so gebilligt. - Zur Beratung der eingegangenen Anträge trifft sich die Antragskommission heute um 18.30 Uhr im Raum der Antragskommission im Kongreßzentrum CCL.

Drittens. Für Initiativanträge, die auf dem Parteitag eingebracht werden, gilt folgendes Verfahren: Schriftliche Anträge können im Verlauf des Parteitages nach unserer Geschäftsordnung innerhalb der festgelegten Frist, also bis heute, 16 Uhr, eingebracht werden, wenn die Anträge von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten unterstützt werden. Wer einen Antrag zu stellen wünscht, wende sich bitte frühzeitig an das Büro der Antragskommission, das sich im Kongreßzentrum hinter dem Plenarsaal befindet. Der Weg dorthin ist ausgeschildert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Antragsbüros beraten Sie gerne in allen inhaltlichen und verfahrenstechnischen Fragen. Sie können dort auch Ihre Antragstexte schreiben lassen. Ferner erhalten Sie im Büro der Antragskommission ein Formular für die zur Gültigkeit des Antrags notwendigen 30 Unterschriften.

Viertens. Die Beratungen und die Beschlußfassung des Antrags „Verantwortung für Deutschland - Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten - Projekt Zukunftschancen“ erfolgen am Dienstagnachmittag, und zwar getrennt nach den Kapiteln „Chancen für neue Arbeit“, „Wissen für die Zukunft“ und „Europa ist Deutschlands Chance“ jeweils am Ende der entsprechenden Foren.

Fünftens. Für Wortmeldungen während der jeweiligen Aussprachen benutzen Sie bitte die Wortmeldezettel aus Ihren Delegiertenunterlagen. Vor der Bühne befindet sich auf der von Ihnen aus gesehen rechten Seite eine Mitarbeiterin, die Ihre Wortmeldungen annimmt. Von dort aus werden die Wortmeldungen dem amtierenden Tagungspräsidenten zugeleitet. Bitte füllen Sie die Wortmeldezettel vollständig aus und geben Sie an, zu welchem Thema und ob Sie von einem der im Saal aufgestellten Mikrophone sprechen möchten.

Schließlich freue ich mich, Sie auf den Sachsen-Abend hinweisen zu dürfen, zu dem ich Sie alle recht herzlich einladen möchte.

(Beifall)

Die Einladung dazu befindet sich in Ihren Unterlagen. Nach dem Ende der heutigen Tagung werden vor dem Haupteingang Sonderzüge der Straßenbahn zur Verfügung stehen, die Sie direkt zur Messehalle 7 auf dem alten Messegelände bringen, in welcher der Sachsen-Abend stattfindet. Ab 22.30 Uhr wird dann ein Pendelbusverkehr zwischen der Messehalle 7 und dem Hauptbahnhof in Leipzig eingerichtet.

Ich darf hier nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, daß Sie während dieses Parteitages beliebig oft und kostenlos alle öffentlichen Verkehrsmittel der Leipziger Verkehrsbetriebe benutzen können. Als gültiger Fahrausweis gilt die Anmeldebestätigung der CDU-Bundesge-

schäftsstelle oder Ihre Parteitagsplakette. - Die letzte Fahrt von der Messehalle 7 zum Hauptbahnhof wird übrigens um 1.00 Uhr durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission bestellt. Die Namensliste liegt Ihnen vor. Ich bitte um die Bestätigung mit der Stimmkarte. Sind Sie einverstanden? - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Antragskommission bestätigt.

Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß sich die Antragskommission heute um 18.30 Uhr in dem speziell dafür ausgewiesenen Raum trifft. - Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

BESTÄTIGUNG DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung wurde die Mandatsprüfungskommission vom Bundesausschuß der CDU gewählt. Ich darf Sie darum bitten, die vom Bundesausschuß gewählte Mandatsprüfungskommission hier nochmals zu bestätigen. Auch diese Namensliste finden Sie in Ihren Unterlagen. Ich bitte um Zustimmung mit dem Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Mandatsprüfungskommission bestätigt. - Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 6 auf:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Die Liste mit den vorgeschlagenen Personen findet sich wiederum in Ihren Unterlagen. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen. - Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich bitte um 12.45 Uhr zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission hinter der Bühne.

Bevor ich zum Tagesordnungspunkt 8 komme, ist es mir eine besondere Freude, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudi Seiters, auch im Namen des Tagungspräsidiums zum 60. Geburtstag zu gratulieren.

(Lebhafter Beifall)

Vor der Überleitung zum Tagesordnungspunkt 8 darf ich gleich beim Thema bleiben und dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, dem Landesgeschäftsführer der CDU Sachsen, Rolf Wollziefer, ebenfalls ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Ich bin sicher, daß wir heute beim Sachsen-Abend Gelegenheit finden werden, gebührend auf diese Ehrentage einzugehen. - Ich rufe nun den angekündigten TAGESORDNUNGSPUNKT 8 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Dazu darf ich den Vorsitzenden dieser Kommission, Rolf Wollziefer, um seinen Bericht bitten.

Rolf Wollziefer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte

dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 11.00 Uhr von den 1001 stimmberechtigten Delegierten des 9. Parteitags 921 anwesend. Der 9. Parteitag ist damit beschlußfähig. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Rolf Wollziefer und bei den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission.

(Beifall)

Nun rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Ich erteile unserem Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, das Wort.

(Lebhafter anhaltender Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Dieser Parteitag findet in einem entscheidenden Abschnitt deutscher Politik statt. Wir kämpfen in diesen Wochen und Monaten - bis Ende September des kommenden Jahres - um Grundentscheidungen für die Zukunft unseres Landes. Was wir hier in Leipzig diskutieren und beschließen - und wie wir das tun -, wird die politische Auseinandersetzung der kommenden Zeit ganz wesentlich prägen.

In nur viereinhalb Monaten; am 1. März kommenden Jahres, wird in Niedersachsen gewählt. Zwei Monate später, am 26. April, ist die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Am 13. September finden Landtagswahlen in Bayern und am 27. September in Mecklenburg-Vorpommern statt. Und am gleichen Tag, am 27. September, ist auch die Wahl zum Deutschen Bundestag. Bis dahin sind es nur noch elf Monate. Das heißt, liebe Freunde; der Kampf hat begonnen - ob wir es wollen oder nicht.

(Beifall)

Einen ersten Durchgang haben wir gerade erlebt. Wir freuen uns über das gute Wahlergebnis der CDU in Hamburg. Wir gratulieren Ole von Beust und unseren Freunden von der Hamburger CDU sehr herzlich.

(Lebhafter Beifall)

Das Wahlergebnis war das Ergebnis von Wahlkampf. Wer dabei war, konnte sehen, hören und beobachten, wie Ole von Beust und unsere Hamburger Freunde auf die Straßen gingen. Sie sind zu den Menschen gegangen, auch in Stadtquartiere, wo nicht jedermann die Union erwartet hat. Das Ergebnis hat dieser Arbeit recht gegeben. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Jetzt, liebe Freunde, kämpfen wir um jede Stimme in Niedersachsen, damit Christian Wulff Ministerpräsident in Hannover wird.

(Lebhafter anhaltender Beifall)

Wir kämpfen um jede Stimme in Sachsen-Anhalt, damit die CDU dort stärkste Partei bleibt und Christoph Bergner wieder Regierungschef in Magdeburg wird.

(Lebhafter Beifall)

Wir kämpfen gemeinsam in Mecklenburg-Vorpommern dafür, daß Berndt Seite seine gute Arbeit als Ministerpräsident dieses Landes fortsetzen kann.

(Lebhafter Beifall)

Und daß wir um jede Stimme bei der Bundestagswahl kämpfen, das weiß jeder.

(Heiterheit und Beifall)

Liebe Freunde! Vor uns liegt eine harte Wegstrecke. Sie wird uns das äußerste an Kraftanstrengung abverlangen. Schon jetzt ist abzusehen, daß der bevorstehende Wahlkampf einer der härtesten in der Geschichte unserer Bundesrepublik sein wird,- nicht weil wir das wollen, sondern weil es die andere Seite so will. Die Sozialdemokraten reden gern von politischer Kultur und praktizieren dann erbarmungslos ein Freund-Feind-Verhältnis.

Wir kämpfen für unsere Sache, wir kämpfen für unsere Ideen, für unsere Vorstellung von der Zukunft unseres Landes, und wir führen - das gehört sich auch so - diese Auseinandersetzung mit großer Leidenschaft.

Liebe Freunde, die Linke in Deutschland hat die großen Umbrüche am Ende des 20. Jahrhunderts immer noch nicht begriffen. Sie träumt von der Vergangenheit, und sie lebt immer noch in der Epoche vor 1989. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen in unserem Land den Weg ins 21. Jahrhundert antreten.

Wir glauben an die Freiheit - die Linke setzt auf Bevormundung. Wir treten ein für Erneuerung - die Linke steht für Vergangenheit. Wir sagen ja zur Zukunft - die Linke blockiert. Mit einem Wort: Es geht um Fortschritt oder Stillstand. Es geht um Aufbruch oder Abstieg. Das ist die klare Alternative.

(Lebhafter Beifall)

Es lohnt sich, für die Menschen in Deutschland zu arbeiten. Es lohnt sich - ich betone dies -, am Ende dieses Jahrhunderts für den Frieden und für die Freiheit in Europa zu arbeiten. Das ist es, was uns antreibt.

Wir wissen auch, liebe Freunde, was Wahlkampf bedeutet. Es bedeutet Kampf - so pflegte Konrad Adenauer uns auf den Parteitag seinerzeit einzustimmen. Diesen Kampf führen wir gemeinsam und mit ganzer Kraft. Ich erwarte, daß jeder in der Partei dabei mitmacht, und wenn ich sage „jeder“, dann fange ich bei mir an, das ist mein Job, das ist meine Pflicht. Und dann meine ich die Bundesminister, die Ministerpräsidenten, die Staatsminister, die Abgeordneten, die Bürgermeister, die Landräte - alle, die eine Funktion in der Partei haben. - Alle treten an.

(Lebhafter Beifall)

Wir, die CDU, sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft, der deutschen Einheit und der europäischen Einigung. Wir waren, sind und bleiben die Partei der politischen Mitte. Wir sind die Partei, die auch in der Mitte unseres Volkes steht. Immer wieder hat uns dieses Bewußtsein zu großen Anstrengungen angespornt. Immer wieder haben wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten - oft gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten - die Weichen für unser Land gestellt. Die Geschichte hat uns recht gegeben. Heute treten wir dafür ein und kämpfen wir dafür, daß wir auf dem Weg der Erneuerung vorankommen. Wir müssen dies jetzt tun und dürfen es nicht verschieben. Wir dürfen nicht sagen: Eine Wahl steht vor uns, und deswegen darf manches jetzt nicht in Angriff genommen werden. - Wir müssen auf diesem Weg vielmehr jetzt vorankommen, weil sonst die Geschichte über uns hinweggeht.

(Beifall)

Wer den Menschen Umstellungen und Veränderungen abverlangt, der stößt natürlich auf Vorbehalte, kritische Fragen und Ängste. Wir dürfen und wir werden die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ängsten und Sorgen nicht allein lassen. Wir müssen zu ihnen hingehen. Wir dürfen nicht darauf warten, daß sie zu uns kommen. Wir müssen sie ganz konkret in ihrem Lebensumfeld ansprechen - in der Nachbarschaft, auf den Straßen und Plätzen, in den Betrieben. Das ist der Schlüssel zu unserem Erfolg.

Wir haben die besseren Argumente. Wir haben auch ein klares Konzept. Die Sozialdemokraten sind ein solches Konzept bis jetzt schuldig geblieben. Die SPD weiß nicht, wohin, und sie weiß auch noch nicht, mit wem. Sie hat zwei Kandidaten. Die beiden haben eines gemeinsam: die schlechteste Leistungsbilanz unter den Ministerpräsidenten in den Flächenstaaten im Westen Deutschlands.

(Lebhafter Beifall)

Die Frage, die viele stellen, ist berechtigt: Wie kann derjenige, der nicht in der Lage ist, das eigene Bundesland ordentlich zu regieren, ganz Deutschland regieren?

(Beifall)

Der eine Bewerber ist - das sage ich mit Bedacht - ein Opportunist. In die Geschichte der Bundesrepublik ist er als Gastgeber der Chaostage von Hannover eingegangen.

(Beifall)

Die Polizeibeamten hat er immer dann im Stich gelassen, wenn es ernst wurde. Jetzt bietet er sich als Hüter von „Law and Order“ an.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, selten hat einer so dreist versucht, die Menschen zu täuschen.

(Lebhafter Beifall)

Der andere Bewerber hat erst sein Land in ein finanzielles Desaster geführt. Jetzt fordert er alle auf, es auf Kosten der ganzen Republik zu sanieren. Bei den Demonstrationen im März - dies habe ich nicht vergessen - hat er die Bergleute von Saar, Rhein und Ruhr gegen uns aufge-

hetzt. Er hat nichts zu einem vernünftigen Gespräch beigetragen, um Ängste abzubauen. Ich frage mich schon: Was hat er eigentlich für die Zukunft des Steinkohlebergbaus getan? Als es um die Entscheidungen ging, hat er die Menschen nicht beruhigt, nicht mit ihnen gesprochen, und auch keine Lösungen angeboten, sondern schlicht und einfach in primitiver Weise gehetzt.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

In der Zeit, seit er an der Spitze der SPD steht, hat es Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Hamburg gegeben. Bei all diesen Wahlen hat die SPD Stimmen verloren, zwischen 4,2 und 6,4 Prozentpunkte. Wir haben meist deutlich hinzugewonnen, zuletzt 5,6 Prozentpunkte in Hamburg.

Vor der Wahl in Hamburg - ich sage dies, weil es auch viele bei uns beachtet haben - ist die SPD herumgelaufen und hat verkündet: „Das wird ein Denkmahl für Helmut Kohl. Dies ist der Beginn des Machtwechsels in Bonn.“ - Ich denke, mit solchen Denkmahlen können wir ganz gut leben.

(Heiterkeit und Beifall)

Auch in unserer Partei blicken viele auf das Auf und Ab der Meinungsumfragen - manche, in Bonn zumindest, sogar täglich. Liebe Freunde, im Blick auf die nächsten elf Monate sage ich ihnen: Es kommt nicht auf die Meinungsumfragen an. Es kommt auf die Stimmen der Bürger am Wahltag an.

Natürlich weiß ich wie jeder hier im Saal, daß die Wahlen, die vor uns stehen, und insbesondere die Bundestagswahl, noch lange nicht gewonnen sind. Ich weiß aber auch, daß wir alle Chancen haben, wenn wir alle nur wollen, wenn wir zusammenstehen und wenn wir kämpfen.

Je näher der Wahltag rückt - auch das ist klar -, desto mehr Menschen im Lande werden erkennen, was die Sozialdemokraten und die Grünen vorhaben. Dabei ist die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt von einer ganz besonderen strategischen Bedeutung. Wenn es nach der SPD geht, soll das Magdeburger Linksbündnis mit der PDS für ganz Deutschland salonfähig gemacht werden - obwohl dies unentwegt dementiert wird, wie auch damals bei der letzten Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.

Die Marschrichtung eines Großteils derer, die ein solches Linksbündnis unterstützen, ist spätestens klar, seit der Entwurf der Erfurter Erklärung vom 9. Januar dieses Jahres vorgelegt wurde. Dort wurde ausdrücklich gefordert, SPD, Grüne und PDS sollten gemeinsam handeln, „sobald die Mehrheit für den Wechsel möglich wird“. Unter dem katastrophalen Eindruck, den dieser Text dann in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen hat, wurde vor 14 Tagen in Erfurt versucht, dieses Ziel zu verschleiern. Wir brauchen dem aber nicht zu glauben. Diese Leute wollen, was sie gelegentlich auch offen sagen: nicht nur eine andere Politik, sondern in entscheidenden Fragen auch eine andere Republik. Das ist klar und deutlich erkennbar.

(Beifall)

Wir müssen den Menschen klar sagen, welche Folgen eine solche Politik hätte. Es wäre ein Weg ins Abseits.

Liebe Freunde, wir wenden uns gegen die PDS, weil die Nachfolgepartei der SED sich niemals wirklich vom Kommunismus losgesagt hat. Sie war gegen die deutsche Einheit. Heute

hetzt sie täglich gegen die innere Einheit. Sie tut alles, damit die Menschen in Deutschland nicht zusammenfinden.

Wir wenden uns nicht gegen die Wähler der PDS. Sie wollen wir davon überzeugen, daß es besser ist, für eine gemeinsame demokratische Zukunft in Deutschland zu stimmen. Ich werbe dabei ganz bewußt und offen um die ostdeutschen Erstwähler. Wer 1998 bei der Bundestagswahl 18 Jahre alt ist, der war neun Jahre alt, als die Mauer fiel, und zehn Jahre alt, als die deutsche Einheit kam. Für die allermeisten dieser jungen Menschen gehört es jetzt zur Normalität, daß sie in ein vereintes und demokratisches Deutschland hineinwachsen. Je mehr es von solchen jungen Menschen in Deutschland gibt, um so weniger Chancen hat die PDS. Das sollten wir erkennen, und wir sollten um die Stimmen all dieser jungen Menschen ringen und kämpfen.

(Beifall)

Liebe Freunde, nach den Erfahrungen gerade dieser Jahre ist für mich ganz klar, daß nur die Koalition aus CDU, CSU und FDP in der Lage ist, die notwendigen Veränderungen in Deutschland durchzusetzen. Wir wollen diese Koalition und keine andere. CDU, CSU und FDP arbeiten in der Koalition gut und sachlich zusammen. Natürlich - auch das ist wahr - gibt es in unserer Koalition auch Meinungsverschiedenheiten, häufig genug auch gänzlich unnötige Reibungen. Dennoch kann sich unsere Bilanz in diesen Jahren sehen lassen.

Aber die Freien Demokraten müssen wissen: Wenn sie in der Frage der Koalition schwanken, wird es ihnen ähnlich ergehen wie in Hamburg: Der Weg zur SPD ist der Weg ins Abseits.

(Beifall)

Für den gemeinsamen Erfolg sind wir aufeinander angewiesen. Das erfordert gegenseitige Rücksichtnahme, und daran fehlt es natürlich gelegentlich auch. Dennoch bleibt unbestritten, daß wir gemeinsam eine große Wegstrecke mit guten Ergebnissen zurücklegen konnten.

Die Unionsparteien sind die führende politische Kraft in dieser Koalition. Die wichtigen Reformen tragen unsere Handschrift - von der Pflegeversicherung bis hin zum Programm für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung.

Die Steuerreform und die Rentenreform sind aus unserem Geist konzipiert.

Wir stehen für innere Sicherheit und den Schutz der Bürger. Wir wenden uns dagegen, daß Diebstahl bagatellisiert und damit das Rechtsbewußtsein ausgehöhlt wird. Der international organisierten Kriminalität sagen wir den entschiedenen Kampf an.

Eine leistungsfähige Bundeswehr, der Weg zur europäischen Einigung, das Atlantische Bündnis - das ist unsere Politik, eine Politik, die Deutschlands Ansehen in der Welt ausmacht.

Liebe Freunde, wir sollten das häufiger sagen, weil es eine der glücklichsten Entwicklungen am Ende dieses Jahrhunderts ist: Noch nie in der deutschen Geschichte hatten wir gleichzeitig so gute freundschaftliche Beziehungen zu Washington, Paris, London und Moskau. Und das ist unser Erfolg, liebe Freunde.

(Beifall)

Unser Profil wird im Alltag der Politik - und der ist oft schwierig genug - ganz maßgeblich von der gemeinsamen Bundestagsfraktion aus CDU und CSU geprägt. Dies ist eine gute Stunde, um ein herzliches Wort des Dankes zu sagen an Wolfgang Schäuble. Er leistet großartige Arbeit an der Spitze der Fraktion.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich kenne die Arbeit unserer Bundestagsfraktion seit meinen Studententagen. Ich war 1953 als 23jähriger zum ersten Mal und dann viele Jahre immer wieder dort zu Gast, später gehörte ich ihr selbst an - als Oppositionsführer und jetzt in der ganzen Zeit, seit ich Bundeskanzler bin. Ich kann sehr wohl beurteilen, wie eine Fraktion arbeitet, was sie leistet, aus welchem Geist sie geleitet wird. Deswegen ist Ihr Applaus, für den ich besonders dankbar bin, für Wolfgang Schäuble das Mindeste, was wir heute hier an Dank sagen können.

(Beifall)

Ich bedanke mich hier von dieser Stelle aus auch bei unseren Freunden in der CSU, allen voran beim CSU-Vorsitzenden Theo Waigel.

(Beifall)

Er hat ein ungewöhnlich schwieriges Amt als Bundesfinanzminister, und fast alle, die ihn kritisieren - übrigens auch in unseren Reihen - sind froh über die Tatsache, daß sie nie in die Lage kommen werden, Finanzminister zu sein.

(Heiterkeit und Beifall)

Es wiederholt sich bei ihm als Vorsitzendem der CSU, was viele vor ihm erlebt haben: daß der Alltag einer Partei, die sowohl in Bonn als auch in München wichtige Verantwortung trägt, immer auch Probleme mit sich bringt. Wer innerhalb der CDU über die CSU redet, sollte gelegentlich daran denken. Und wer in der CSU über die CDU redet, sollte erst recht daran denken, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Die Koalition der Mitte hat in dieser Legislaturperiode eine beispielloses Arbeitspensum bewältigt. In Ihrer Tagungsmappe finden Sie einen Rechenschaftsbericht. Ich bitte Sie herzlich, sich die Zeit zu nehmen und diese Bilanz einmal zu studieren. Das wird es dem einen oder anderen auch erleichtern, nicht Dinge erneut zu fordern, die wir längst getan haben.

(Beifall)

Und wenn Sie dann diese Unterlagen in unseren Kreisverbänden noch nutzen - nicht im Sinne einer geheimen Kommandosache - so daß man im Betrieb, in der Werkstatt, im Sportverein, überall dort, wo politische Diskussion stattfindet, etwas antworten kann auf diese oder jene Frage oder Kritik, dann sind wir ein gutes Stück weiter.

Wenn Sie diese Unterlagen ansehen, dann wissen Sie: Es ist ein enormes Pensum an Arbeit geleistet worden. Wenn wir uns das bewußt machen, dann können wir auch gelassener über unsere Fehler diskutieren. Denn natürlich haben wir Fehler gemacht; ich schließe mich da voll

und ganz ein. Es ist uns manches nicht so gelungen, wie wir es uns gewünscht hätten. Das konnte auch gar nicht ausbleiben: Die Veränderungen vollziehen sich in einem solchen Tempo - und dieses Tempo hat noch zugenommen -, daß unentwegt Entscheidungen von weitreichender Bedeutung sehr, sehr schnell und mit einem sehr geringem zeitlichen Beratungshorizont getroffen werden müssen. Dem können wir nicht ausweichen. Aber wir können versuchen, mit möglichst vielen Gesprächen und offenen Diskussionen auch unter uns möglichst viel an Sachverstand und Kompetenz mit einzubringen.

Dies ist ein Zeitabschnitt unserer Geschichte, in dem man keine Wohltaten verteilen kann. Was wir jetzt tun müssen, ist oft nicht populär. Aber da hilft, liebe Freunde, überhaupt kein Jammern. Wir müssen es jetzt tun, weil jetzt für die Zukunft entschieden wird. Wenn wir den Problemen jetzt ausweichen, verspielen wir die Zukunft. Denn überall in der Welt geht man daran, sich angesichts der dramatischen Veränderungen auf Zukunft einzurichten.

Die Welt von heute ist eine andere als die Welt vor 1989. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Überwindung des Ost-West-Konflikts waren im Wortsinne wirklich säkulare Ereignisse - Jahrhundertereignisse. Wir freuen uns über diesen historischen Wandel, denn wir haben ihn doch gewollt - ja, wir haben unseren Teil dazu beigetragen, daß er herbeigeführt werden konnte: durch unsere Deutschlandpolitik, durch unsere Europapolitik, durch unsere Außen- und Sicherheitspolitik.

Manche sagen, gerade jetzt vor der Wahl: Darüber brauchen wir doch eigentlich gar nicht zu reden. Warum eigentlich nicht? Auch ich weiß: Aus den Erfolgen von gestern allein kann man nicht Erfolge von morgen bauen. Aber es ist doch klar erkennbar, daß es in Deutschland eine Tendenz gibt - ausgehend von den Sozialdemokraten und ihren Helfern -, unsere historischen Leistungen und Erfolge aus jüngster Zeit möglichst zu verschweigen. Und es sind viele unterwegs, in Wort und Schrift, die jetzt das vergessen machen wollen, was sie in den Jahren 1988, 1989 und zuvor getan haben, als sie die Einheit des Vaterlandes verraten haben. Verraten - kein anderes Wort ist angemessen!

(Beifall)

Der Zusammenhang ist doch unübersehbar. Wenn wir von Frieden und Freiheit reden, wissen wir, daß dies für die alte Bundesrepublik und für die große Mehrheit der Bürger unseres Landes nur möglich war in der langen Partnerschaft mit unseren amerikanischen Freunden, mit unseren Partnern in der NATO. Wir haben die notwendigen Entscheidungen getroffen, und ohne unsere Entscheidungen wäre es nicht zum Umdenken in der sowjetischen Führung gekommen. Michail Gorbatschow hat das oft genug bestätigt: Ohne unsere Entscheidungen wäre der Ost-West-Gegensatz nicht überwunden worden. Er wurde nicht allein durch uns überwunden, aber wir haben einen wichtigen Beitrag geleistet.

Und ohne diese Beiträge insgesamt wäre die deutsche Einheit 1990 nicht möglich geworden.

Wir waren es, liebe Freunde, die die Chance ergriffen haben, - jene Chance, von denen die Menschen hier auf den Straßen und Plätzen und in den Kirchen Leipzigs gesprochen und geträumt haben.

Andere haben nicht begriffen, was damals geschah. Wie sagte Herr Lafontaine noch im Dezember 1989: Die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO sei „historischer Schwach-

sinn“. Meine Damen und Herren, wer solche Positionen vertreten hat, ist unfähig, in den nächsten entscheidenden Jahren das vereinte Deutschland in die Zukunft zu führen und in der Außen- und Sicherheitspolitik die richtigen Entscheidungen zum Aufbau des Hauses Europa zu treffen.

(Beifall)

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben längst begriffen, daß wir uns in Deutschland den dramatischen Umbrüchen in der Welt stellen müssen. Diese Umbrüche sind in vollem Gange. Allein zwischen 1980 und 1996 ist das Welthandelsvolumen von knapp von 2000 Milliarden US-Dollar auf 5300 Milliarden US-Dollar gestiegen - von 2000 auf 5300! Die grenzüberschreitenden Investitionen nehmen noch wesentlich schneller zu. Nur kommt das unserem Land nicht ausreichend zugute.

Das Geschäft auf den internationalen Finanzmärkten ist geradezu explodiert. Anfang der 80er Jahre betrug der weltweite Devisenhandel täglich rund 60 Milliarden US-Dollar. Anfang der 90er Jahre waren es bereits 1,2 Billionen US-Dollar. Das ist eine dramatische Veränderung. Die Finanzmärkte richten sich nicht nach Bundestagsdebatten oder Regierungsbeschlüssen. Wir müssen begreifen: Wir sind nicht der Nabel der Welt. Als Nummer zwei im Weltexport müssen wir uns jetzt auf diese Umwälzungen einstellen, wenn wir unsere Wirtschaftskraft und wenn wir unsere soziale Stabilität bewahren wollen. - Die OECD hat das uns allen vor ein paar Tagen ins Stammbuch geschrieben.

Heute leben fünf Milliarden Menschen auf der Erde, im Jahr 2020 werden es acht Milliarden sein. Und es soll hier niemand sagen: Was heißt schon 2020! Diejenigen, die heute geboren werden, sind dann gerade 22 Jahre alt. Sie stehen noch am Anfang eines Lebens, das sie weit hinausführt ins neue Jahrhundert.

In den Industrieländern wird die Bevölkerung im Durchschnitt immer älter. Das bedeutet höhere Ausgaben für Renten und Gesundheit, nicht zuletzt bei uns in Deutschland. Der Übergang zur Informationsgesellschaft bringt auf der ganzen Erde einen tiefgreifenden sozialen Wandel mit sich. Vor allem - und das ist für mich eine der entscheidenden sozialen Fragen - sind davon geringer qualifizierte Arbeitskräfte immer mehr betroffen; sie bleiben dann draußen vor der Tür.

Die Probleme der Globalisierung sind aber nur ein Teil der Wirklichkeit. Die Globalisierung bietet vor allem auch Chancen. Und Lösungen finden wir dann, wenn wir diese Chancen erkennen.

In den aufstrebenden jungen Industrieländern wird sich der Lebensstandard bis 2020 nahezu vervierfachen. In den OECD-Staaten wird er sich beinahe verdoppeln. Wenn wir die Chancen nutzen, wird die Globalisierung entgegen einem weitverbreiteten Vorurteil eine Vielzahl neuer Arbeitsplätze bringen. Wenn wir j e t z t die richtigen Entscheidungen treffen, profitieren auch wir davon.

Zu den Chancen gehört, daß das Wissen der Menschheit in nie gekanntem Tempo zunimmt. Zur Zeit verdoppeln sich die Erkenntnisse der Wissenschaft alle fünf Jahre. Wir haben darüber schon in Karlsruhe diskutiert. Darin liegt ein gewaltiges Potential - für neue Arbeitsplätze, - um Hunger, Elend und Krankheit in der Welt zu bekämpfen und, was ich für ganz wichtig halte für uns Christliche Demokraten, die Schöpfung - ich verwende bewußt dieses biblische Wort - zu bewahren.

Wir leben nicht in einer Nische, an der die Globalisierung und insgesamt die Veränderungen in der Welt vorbeigehen. Wir haben auch keine Schonfrist. Immer mehr Menschen erkennen das. Wenn wir jetzt - ich sage es noch einmal - nicht die notwendigen Vorbereitungen für das neue Jahrhundert treffen, wird die Entwicklung über uns hinweggehen: Wir werden zurückfallen. Deswegen, liebe Freunde, ist es unsere Pflicht - auch wenn das an manchen Tagen schwerfällt - dies den Menschen zu sagen, auch jetzt vor der Wahl. Die Zeit drängt, wir müssen handeln, jetzt und nicht irgendwann!

(Beifall)

Liebe Freunde, wir stellen uns den Wählern in elf Monaten als Regierungspartei, und wir stellen uns zugleich als Reformpartei mit einem umfassenden Konzept.

Die Wähler entscheiden in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zwischen klaren Alternativen. Das zeigt sich ganz konkret in zentralen Fragen der Politik:

- Wir setzen auf neue Arbeitsplätze durch Innovation und Wachstum; die Sozialdemokraten wollen nach alter Art umverteilen.
- Wir wollen soziale Gerechtigkeit, die SPD will soziale Gleichmacherei, und, wie wir es täglich in den Diskussionen erleben, sie appelliert an Neidgefühle.
- Wir wollen den Sozialstaat bewahren und ihn deshalb finanzierbar erhalten; die Sozialdemokraten setzen ihn mit ihrer Politik aufs Spiel, indem sie ihn überfordern.
- Wir wollen eine solide Finanzpolitik; wir sparen, um Steuern und Abgaben senken zu können und weniger Schulden machen zu müssen. Die Sozialdemokraten haben bewiesen, daß sie zum Sparen nicht bereit sind, und deswegen sperren sie sich auch gegen Steuersenkungen.

Wir Christliche Demokraten wollen Motor der Innovation und des Fortschritts sein. Das ist ein entscheidender Teil unseres Programms.

Wir haben Reformen durchgesetzt, die unser Land zukunftsfähig machen. Ich nenne wenige Beispiele:

- Wir haben gegen den jahrelangen erbitterten Widerstand von Rot-Grün das Gentechnikgesetz novelliert. Wir haben damit dafür gesorgt, daß Deutschland in dem entscheidenden Bereich der Biotechnologie inzwischen wieder zur Weltspitze aufgeschlossen hat.
- Wir haben das Arbeitszeitgesetz modernisiert, - nicht um sozialen Abbau zu betreiben, sondern um flexiblere Arbeitszeiten und längere Maschinenlaufzeiten möglich zu machen.
- Wir haben die Privatisierung vorangetrieben. Der Gang der Telekom an die Börse war ein großer Erfolg für die Aktien- und Wagniskapitalkultur. Jetzt folgt die Lufthansa, und - die Privatisierung - der Bahn ist auf den Weg gebracht.
- Und, meine Damen und Herren, auch das sage ich, weil es da viele Diskussionen auch innerhalb unserer Partei gab: Wir haben die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall neu geregelt. Ich hätte lieber gesehen, die Tarifpartner hätten diese Aufgabe - ihre Aufgabe - wahrgenommen.

(Beifall)

Ich habe im vergangenen Jahr Monat für Monat bei meinen Gesprächen darauf gedrungen, eine vernünftige Regelung zu finden.

Ich habe immer gesagt: Wir machen es lieber im Konsens. Dies kann aber nicht bedeuten, daß wir am Ende, wenn sich einer verweigert, gar nichts tun.

Konsens ist ein wichtiges Gut. Ich sage das auch angesichts mancher Stimme in Deutschland, die das verächtlich macht. Im vernünftigen Miteinander einen Konsens zu finden, das ist zunächst allemal klüger, als sich zu verweigern und am Ende gar nichts fertigzubringen. Konsens kann aber nicht bedeuten, daß wir unsere Handlungsfähigkeit aufgeben.

Ich wünsche mir eigentlich schon, daß in diesen Wochen und Monaten auch der eine oder andere aus der Wirtschaft gelegentlich einmal laut sagt, daß die deutschen Unternehmen durch die Neuregelung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall von Kosten in einer Größenordnung von über 10 Milliarden DM entlastet wurden. Es ist übrigens noch etwas eingetreten, das oft verschwiegen wird: Es ist eine „Gesundheitswelle“ über das Land gekommen. In einem Augenblick, wo wir davon reden, daß die Erdatmosphäre zerstört wird, das Wasser vergiftet ist, alle Wälder sterben und was sonst noch für ein Unsinn geredet wird, sind die Fehlzeiten in deutschen Betrieben plötzlich auf das niedrigste Niveau in den letzten 20 Jahren zurückgegangen. Natürlich weiß auch ich, daß hier die Angst vor der Arbeitslosigkeit eine Rolle spielt.

Wir können die Zukunft nur gewinnen und sichern, wenn der einzelne weiß, daß er seinen Beitrag dazu leisten muß. Der alte Satz ist nicht altmodisch geworden, daß derjenige, der Rechte hat, auch Pflichten hat, und umgekehrt. Beides gehört zusammen.

(Beifall)

Wir haben die arbeitsplatzvernichtenden Substanzsteuern abgeschafft und die Gewerbesteuer hier in den neuen Ländern gar nicht erst eingeführt. Wir haben den Abschluß befristeter Arbeitsverträge erleichtert und die Schwelle für die Anwendung des Kündigungsschutzes heraufgesetzt. Während der Diskussion über diese Fragen, die uns nicht einfach gefallen ist - es gab von draußen sehr viel Polemik bis in die Partei hinein -, habe ich viele Stimmen aus der Wirtschaft und dem Handwerk gehört: Es hieß: Wenn Ihr das durchsetzt, dann werden wir in großem Umfang Menschen einstellen.

Liebe Freunde, ich habe das nicht vergessen. Es ist Zeit, einzustellen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind alle geschaffen.

(Beifall)

Was gab es für ein Feldgeschrei bei der Einführung der Pflegeversicherung! Dies ist ohne Zweifel eine der größten sozialen Leistungen, die wir auf den Weg gebracht haben. 1,6 Millionen Pflegebedürftige haben Nutzen davon - Menschen, die zu den Schwächsten in unserer Gesellschaft gehören, die der Hilfe bedürfen. Daß es in dieser Übergangszeit noch eine ganze Reihe von Problemen gibt, über die man sprechen muß, zum Beispiel wie man Mitnahmeeffekte abbaut, das räume ich gerne ein. Aber ich sage Ihnen voraus: In wenigen Jahren werden

all diejenigen, die dagegen waren - es geht ja häufig so in der Politik -, für sich reklamieren, daß sie die Pflegeversicherung eingeführt haben. So wird es kommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind die Gesundheitsreform angegangen. Das haben wir nicht getan, um die Menschen zu ärgern. Vielmehr haben wir damit dem drohenden Anstieg der Beiträge zur Krankenversicherung entgegengewirkt. Wir wollen unser Gesundheitssystem erhalten. Es muß bezahlbar sein. Wir wollen unter allen Umständen die freie Arztwahl erhalten, um ein ganz wichtiges Thema zu nennen. Aber, liebe Freunde, das heißt doch, daß wir endlich zur Kenntnis nehmen müssen, wie sich die Dinge verändert haben.

Wenn Sie von hier aus in die Chirurgische Abteilung der Uniklinik hinübergehen, werden Sie feststellen, daß in jedem dritten oder vierten Bett ein Kranker in der Altersgruppe von über 60 bzw. 65 Jahren gepflegt oder operiert wird. Wenn wir uns außerdem klar sind, wie sich die Demographie - ich komme noch darauf zu sprechen - weiterentwickelt, dann können wir doch nicht sagen: Das alles geht uns nichts an.

Im England von Margret Thatcher hat man eine Regelung getroffen, die für mich indiskutabel ist. Wenn ich sie auf unsere Verhältnisse übertrage, würde dies bedeuten, daß für Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse in dieser Altersgruppe bestimmte medizinische Leistungen nicht mehr angeboten werden könnten, zum Beispiel eine Bypass-Operation. - Das kann unsere Politik nicht sein!

(Beifall)

Wir sind nicht die Partei der Marktwirtschaft. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Als Zeitzeuge wehre ich mich leidenschaftlich dagegen, daß für eine Politik der blanken marktwirtschaftlichen Orientierung gelegentlich Ludwig Erhard in Anspruch genommen wird. Ludwig Erhard war ein Mann, der von moralischen Überzeugungen zutiefst geprägt war. Er sprach mit Recht in diesem Sinne von Sozialer Marktwirtschaft.

(Beifall)

Diese wenigen Beispiele zeigen Ihnen - ich könnte noch sehr viel mehr anführen -, was alles auf den Weg gebracht wurde.

Wir lernen heute von Tag zu Tag mehr, daß Innovation - das ist im besten Sinne des Wortes gelebter Fortschritt - der Königsweg zu mehr Arbeitsplätzen ist. Innovation umfaßt weit mehr als das Entwickeln neuer Produkte oder Verfahren in den Unternehmen. Wir brauchen nicht nur neue Ideen - die sind schon in großem Umfang vorhanden; wir brauchen auch die Bereitschaft, diese Ideen umzusetzen. Wir brauchen sie in der Tarifpolitik, in der Unternehmensorganisation und in der Unternehmenskultur. Es geht um neue Arbeitszeitmodelle. Es geht um eine tragfähige Balance von Eigenvorsorge und kollektiven Leistungen sozialer Sicherung.

Es geht dabei auch um ein international wettbewerbsfähiges Steuerrecht. Dafür haben wir ein klares Konzept vorgelegt. Es hat im In- und Ausland die Zustimmung nahezu aller Experten

gefunden. Wir haben bis zuletzt versucht, einen tragfähigen Kompromiß zu finden. Ich sage das auch für die CDU-geführten Länder im Bundesrat und für unsere Fraktionskollegen im Vermittlungsausschuß. Auch Wolfgang Schäuble und viele andere haben hier Großes geleistet. Ein Kompromiß ist letztlich an den Sozialdemokraten gescheitert.

Eines wollen und können wir nicht zulassen, nämlich daß aus einer Steuerreform eine Steuerumverteilung, aus einer Steuersenkung eine Steuererhöhung wird. Die SPD hat angesichts ihrer Blockade schwere Verantwortung auf sich geladen. Das Signal, das für Investoren aus dem Ausland dringend ist, hat sich verzögert. Die Steuer- und Abgabenlast wird jetzt nicht, wie vorgesehen, gesenkt. Die Folge ist, daß der Anreiz zur Schwarzarbeit zugenommen hat und daß wir trotz eines erheblichen wirtschaftlichen Wachstums ein Schrumpfen bei den Steuereinnahmen feststellen, weil zum Beispiel legale Steuerschlupflöcher nicht gestopft werden.

Ich kann nicht verstehen, daß es - trotz aller Gegensätze in der Parteipolitik - unter vernünftigen Leuten nicht möglich sein soll, einen Weg zu finden, so daß wir beispielsweise mit unseren Nachbarn wieder besser konkurrieren können. Es ärgert mich einfach, wenn die Landesregierung von Vorarlberg in Österreich bei unseren württembergischen Landsleuten für Betriebsaussiedlungen mit der Behauptung werben kann, dies sei eine schöne Ferienlandschaft - das stimmt auch -, und es gebe niedrigere Steuersätze - das stimmt leider im Augenblick auch noch. Die Niederländer tun das gleiche.

Wir können uns darüber natürlich aufregen und sagen: Das ist nicht sehr freundlich. Unsere Nachbarn nehmen aber ihren Vorteil wahr. Es wird Zeit, daß wir uns diesem Wettbewerb stellen.

(Beifall)

Jetzt werden die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl über die Steuerreform entscheiden. Ich bin ganz sicher, daß wir eine klare Mehrheit dafür erzielen werden.

Ein Wahlsieg der Union und der Koalition bei der Bundestagswahl verändert natürlich nicht die Mehrheit im Bundesrat. Aber ich sage Ihnen voraus: Die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen werden es nach einer Bundestagswahl, bei der die Wählerinnen und Wähler auch über die Steuerpolitik entschieden haben, nicht riskieren, weiterhin zu blockieren. Wer das nicht glaubt, sollte einmal die Geschichte des Bundesrates studieren; jene Zeiten, als Reinhold Maier versuchte, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu blockieren und schließlich nach dem Ergebnis der Bundestagswahl aus dem Amt scheiden mußte. Ich kann noch viele andere Beispiele nennen und auch durchaus auf eigene Fehler der Union in diesen Jahren verweisen.

Ich bin überzeugt: Wenn wir die Wahl für uns entschieden haben, wird sich auch der Bundesrat mit seiner Mehrheit dem Votum der Wähler beugen.

Meine Damen und Herren, ich nenne die Rentenreform. Es ist erstaunlich, daß dieses Thema überhaupt zu parteipolitischen Kontroversen führt. Denn es ist doch offenkundig, daß wir bei der Alterssicherung handeln müssen. Hier danke ich ausdrücklich Norbert Blüm,

(Beifall)

der mit der ihm eigenen Dynamik und mit großem persönlichen Einsatz dieses Ziel auf geraden Wegen - manchmal waren sie auch ein bißchen gebogen - verfolgt. Es ist für ihn und für uns ein großer Erfolg, daß am vergangenen Freitag die Entscheidung über die Rentenreform im Bundestag fiel.

Diese Entscheidung - eigentlich müßte das jeder begreifen -, ist in einem Land mit unserer demographischen Situation überfällig. Deutschland ist gemeinsam mit Italien das Land mit der niedrigsten Geburtenrate in der EU.

Auf der anderen Seite steigt die Lebenserwartung. Bei den Männern liegt sie durchschnittlich bei 73 Jahren, bei Frauen bei 77 oder 78 Jahren. Es gibt in Deutschland über drei Millionen Menschen, die über 80 Jahre alt sind. Gleichzeitig stellen wir fest, daß auch die Zahl der Singles steigt - in den alten Ländern liegt die Zahl der Single-Haushalte bei 36 Prozent. Es ist klar, wohin das führt, denn Singles haben weniger Kinder.

(Heiterkeit)

Wir lachen darüber. Aber sind wir uns wirklich im klaren darüber, was da geschieht und welche Auswirkungen das auf unser Sozialsystem - vor allem auf unser Gesundheitssystem und auf die Alterssicherung - hat? Es ist richtig, daß die Rente für die, die jetzt alt sind, stabil ist. Das ist das mindeste, was wir dieser Generation schulden. Die Männer und Frauen, die zwischen 1920 und 1925 geboren sind, gehören zu jener Generation, die mehr als alle anderen in der deutschen Geschichte Not und Elend erfahren hat. Das ist die Generation, die die Schrecken des Krieges erlebte. Das ist die Flüchtlingsgeneration.

(Beifall)

Das ist die Generation der Ausgebombten, der Kriegswitwen, der Kriegsversehrten. Dies ist eine Generation, der man jetzt nicht im Alter Sorgen bereiten darf - sie alle spüren dies in ihrem eigenen familiären Umfeld -, sondern die man mit Liebe und Zuneigung unterstützen muß. Das ist eine moralische Pflicht der Deutschen.

(Beifall)

Die jungen Menschen aber fragen mit Recht: Wie sieht es eigentlich mit unserer Rente aus? Und können wir die Beitragslasten noch tragen? Deswegen muß jetzt gehandelt werden.

Sollten die Sozialdemokraten dem Finanzierungsteil der Reform nicht zustimmen, dann werden wir auch in dieser Frage eine Entscheidung der Wähler herbeiführen. Die Wählerinnen und Wähler in Deutschland müssen wissen - die Senioren genauso wie die Erstwähler -, daß dies nicht irgendein beiläufiges Thema, sondern eine Frage ist, in der es um die Grundsätze sozialer Politik und sozialer Sicherung in Deutschland geht. Darüber suchen wir die Entscheidung.

(Beifall)

Mit unserer Reformpolitik sind wir auf dem richtigen Weg. Wir haben eine gute Chance auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung. Als ich im Januar sagte - das war die Prognose der Bundesregierung -, eine Steigerung von 2,5 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt

sei in diesem Jahr möglich, bin ich verlacht worden. Alle Gurus - übrigens gibt es auch innerparteiliche Gurus - sind über uns hergefallen.

Vorgestern hieß es beiläufig, daß die führenden Wirtschaftsinstitute für dieses Jahr eine Zuwachsrate von 2,7 bis 3 Prozent vorhersagen. Diejenigen, die sehr verwegen sind, sprechen schon von einem Zuwachs von über 3 Prozent im nächsten Jahr. Das ist mit unser Erfolg - auch wenn jetzt sicherlich einige sagen: Das hat die Wirtschaft gemacht; die Politik hat gar nichts damit zu tun. Das läuft immer nach der gleichen „Arbeitsteilung“: Schneidet die Firma gut ab, ist der Vorstandsvorsitzende der Größte. Läuft es nicht gut, sind diese „Armleuchter in Bonn“ daran schuld.

(Beifall)

Das Exportgeschäft boomt. Ich bin sicher, daß auch die Binnenkonjunktur jetzt anspringt. Aber wahr ist auch, daß wirtschaftliches Wachstum nicht mehr so schnell wie früher zu mehr Arbeitsplätzen führt.

Deshalb müssen wir auf beides setzen: Auf Wachstum und auf strukturelle Reformen. Die Situation hat sich in den alten Ländern stabilisiert, der Abbau von Arbeitsplätzen ist zum Stillstand gekommen. Aber die Arbeitsmarktlage ist - vor allem in den neuen Ländern - überhaupt noch nicht befriedigend.

Wir müssen all unsere Kräfte darauf konzentrieren, daß Menschen, die arbeiten wollen, in Arbeit und Brot kommen. Ich bin sicher, daß sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt in der vor uns liegenden Zeit verbessern wird - und ich freue mich, daß auch der Vorsitzende des DGB für das Frühjahr 1998 die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt erwartet.

Wenn jetzt in diesen Tagen über neue Tarifabschlüsse diskutiert wird, dann ist es wichtig, dabei immer die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Blick zu haben. Wer Solidarität ernst nimmt, darf nicht zulassen, daß sich unsere Gesellschaft in zwei Gruppen teilt: Arbeitsplatzbesitzende und Arbeitsplatzsuchende. Wer im öffentlichen Dienst tätig ist, der sollte sich bewußt machen, daß er einen sicheren Arbeitsplatz hat, und er sollte sich einmal fragen, ob sein Nachbar, der nicht in dieser Lage ist, Verständnis für hohe Lohn- und Gehaltsforderungen der öffentlich Bediensteten hat.

(Beifall)

Neben diesen materiellen Entscheidungen ist die Veränderung in den Köpfen der Menschen entscheidend.

Wir brauchen die Bereitschaft zum Umdenken. Die alte Formel „Wer wagt, gewinnt“ ist doch keine Leerformel. Mit Vollkasko mentalität kann man keine Zukunft gewinnen. Deswegen brauchen wir - das ist ein entscheidendes Thema für uns, die Christlichen Demokraten - eine neue Kultur der Selbständigkeit, eine Wagniskultur.

Die bisherigen Erfolge sind ermutigend. Die Zahl der Selbständigen nimmt zu. Zwischen 1990 und 1995 haben sich in unserem Land etwa 1,9 Millionen Menschen selbständig gemacht, davon 500 000 in den neuen Ländern. Rund 40 Prozent dieser neuen Selbständigen beschäftigen bis zu fünf Mitarbeiter; nahezu jeder zehnte Existenzgründer schafft sogar mehr als fünf Arbeitsplätze.

Wahr ist auch, daß in dieser Zeit eine ganze Reihe von Betrieben aufgegeben haben, weil sie über die Durststrecke nicht hinausgekommen sind. Deswegen ist es wichtig, daß wir die Kultur der Selbständigkeit, wo immer es geht, nachdrücklich unterstützen. Die Politik hilft hier beispielsweise durch Existenzgründungshilfen. Ich nenne das Meister-BAföG: Inzwischen haben 70 000 junge Leute diese Mittel beantragt. Das sind 70 000 junge Männer und Frauen, die etwas leisten wollen, die Mut zur Zukunft haben.

Ich habe Ihnen in Karlsruhe gesagt und tue das heute noch einmal -: Wir werden in den nächsten zehn Jahren 700 000 mittelständische Betriebe in Deutschland haben, die einen Nachfolger suchen, davon fast 200 000 Handwerksbetriebe. Wenn sie keine Nachfolger finden, werden sie aufgegeben. Das heißt, daß wir überall, wo wir die Gelegenheit haben, auf junge Leute einwirken und ihnen sagen sollten: Wagt doch einmal etwas, träumt doch nicht schon von der Pensionierung, sondern traut euch etwas zu!

(Beifall)

Wozu dieses Sicherheitsdenken eigener Art geführt hat, das in vielen Elternhäusern, in vielen Schulen, auch in den Hochschulen vermittelt wird, erkennt man an einer Zahl: Es ist erschreckend, wenn rund 40 Prozent der Hochschulabsolventen in den öffentlichen Dienst streben. Meine Damen und Herren, das ist eine Zahl, die doch zeigt, daß ein wichtiger Teil der Leistungseliten mental überhaupt nicht bereit ist, das Wagnis der Selbständigkeit einzugehen.

Diese Zahlen - das muß uns sehr besorgt stimmen - sind im Vergleich zu vielen unserer europäischen Partner - von den Amerikanern rede ich gar nicht - sehr ungünstig. Hier müssen wir uns ändern, hier müssen wir ein Umdenken voranbringen, und zwar in den Elternhäusern, in den Schulen, überall dort, wo es möglich ist.

(Beifall)

Damit bin ich bei einem zentralen Thema. Ich kann Sie nur herzlich bitten, zu unserem Thema zu machen und nicht darüber zu diskutieren, ob das Bundessache, Landessache oder Sache der Kommunen ist. Es handelt sich um die notwendige Veränderung im Bildungswesen. Man muß sich doch gar nicht sehr in die Sache vertiefen, um zu wissen, daß Bildung und Ausbildung die Schlüssel zur Zukunft sind, daß sie über die Lebenschancen entscheiden.

Die nicht ausgebildeten Jugendlichen von heute sind die Langzeitarbeitslosen von morgen. Wer die Zahlen der Langzeitarbeitslosen einmal daraufhin untersucht, wie viele von ihnen keine qualifizierte Ausbildung haben, wird meiner Behauptung zustimmen müssen, daß mangelnde Ausbildung mit großer Wahrscheinlichkeit - und in der Zukunft wird die Wahrscheinlichkeit wegen der steigenden Anforderungen noch wachsen - zur Langzeitarbeitslosigkeit führt. Deswegen auch hier ein klares Wort an Sie alle: Helfen Sie mit, damit wir die notwendigen Lehrstellen finden!

Die Situation ist so - Jürgen Rüttgers wird morgen sicherlich mehr dazu sagen -, daß derzeit noch 15 000 bis 20 000 Lehrstellen fehlen. Die sind bis Weihnachten noch zu schaffen. Die Nachfrage nach Lehrstellen wird in den nächsten Jahren im übrigen noch steigen. Im Jahr 2006 - dann wird die Höchstzahl erreicht sein - werden es über 700 000 Lehrstellenbewerber sein. Ich verstehe überhaupt nicht das Gerede, das so klingt, als ob das eine Heimsuchung

wäre. Diese mehr als 700 000 jungen Leute sind eine große Chance für unser Land - ein großes kreatives Potential und ein menschlicher Gewinn.

Wenn ich jetzt gelegentlich höre, daß der eine oder andere nach dem Abitur eine handwerkliche Ausbildung macht und danach vielleicht noch an einer Hochschule oder einer vergleichbaren Institution studiert, dann muß ich sagen: Das ist doch keine verschleierte Investition. Das heißt doch mehr Praxisnähe in Deutschland. Das heißt mehr Konkurrenzfähigkeit in der Welt von morgen.

Das heißt, es ist unsere Sache - lassen Sie die anderen ruhig reden und tun, was sie wollen -, leidenschaftlich dafür zu kämpfen, daß jeder in Deutschland, der es kann und der es will, einen Ausbildungsplatz bekommt.

(Beifall)

Ich füge hinzu: In den alten Bundesländern muß begriffen werden, daß wir in den neuen Ländern angesichts einer in vielen Fällen fehlenden Infrastruktur gerade im Mittelstand für eine Übergangszeit von Staats wegen mehr tun müssen.

Für mich ist die Frage von Lehrstellen eine moralische Anfrage an unser Land. Denn um wen geht es denn? Es geht um 15jährige, 16jährige Jungen und Mädchen, die die Welt des Kindes verlassen und in die Welt des Erwachsenen eintreten. Wenn diese jungen Leute keine offenen, sondern verschlossene Tore finden, wie kann ich dann zum Beispiel von den jungen Männern erwarten, daß sie mit 19 Jahren zur Bundeswehr gehen oder ihren Ersatzdienst leisten? Wer Rechte hat, hat Pflichten - und umgekehrt. Wenn wir jungen Männern abverlangen, daß sie zur Bundeswehr gehen oder ihren Ersatzdienst leisten und sich nicht drücken, dann haben sie auch einen Anspruch darauf, daß ihre Frage beantwortet wird: Was tut die Gemeinschaft für uns, wenn wir diese Leistung erbringen?

(Beifall)

Der Reichtum unseres Landes - wir sind ein rohstoffarmes Land - liegt in seinen Menschen, in ihrem Fleiß, ihrer Kreativität, ihrem Wissen, ihrem Können. Wenn wir so vieles heute zu Recht auf den Prüfstand stellen, muß man doch einmal den Mut haben zu fragen, ob unser Bildungssystem diesen Reichtum eigentlich hinreichend pflegt. Wird da nicht zuviel verwaltet, statt diesen Reichtum zu mehren und zu nutzen? Das ist kein Angriff auf die Lehrer und die Hochschullehrer; das mag ich überhaupt nicht. Es ist eine Warnung vor Tendenzen, das Mittelmaß zum Maßstab zu machen; solche Tendenzen sind gefährlich für ein Land, das seinen Spitzenplatz innerhalb der Industrienationen behaupten will.

Wir wollen, daß unsere Kinder und die jungen Leute Freude an der Leistung haben, Freude an der Übernahme von Verantwortung. Meine Damen und Herren, auch wenn es viele als ganz altmodisch ansehen und als gestrig verteufeln: Das klare Ja zu Leistungseliten gehört zur Zukunft unseres Landes.

(Beifall)

Wenn das nicht mehr gilt, brauchen wir über Leistung nicht mehr zu sprechen.

Das hat überhaupt nichts mit elitärer Gesinnung zu tun, wie das bisweilen unterstellt wird. Das ist genauso falsch, wie wenn Autorität und autoritäre Gesinnung miteinander verwechselt werden. Wenn wir die Zukunft so gestalten wollen, wie wir das wünschen, dann müssen wir solche Denkschablonen überwinden, dann muß es uns gelingen, für unsere Kinder, für die jungen Menschen ein erstklassiges Bildungssystem zu gestalten. Warum sollen wir nicht den Ehrgeiz haben, auf diesem Feld zu den Besten in der Welt zu gehören?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, mir gefällt es nicht - ich spreche das offen aus -, daß wir in vielen Fällen noch ein gutes Stück von diesem Ziel entfernt sind. Es hat offenkundige Fehlentwicklungen gegeben. Ich finde es ziemlich primitiv, daß man das dann den Lehrern oder den Professoren anlastet.

Die Eltern haben - es ist gesagt worden - für ihre Kinder die erste Verantwortung vor Gott und den Menschen. In vielen Schulen und Universitäten wird ganz Hervorragendes geleistet. Wenn Sie in einer deutschen Großstadt in eine Schulklasse mit einem hohen Ausländeranteil gehen, - zum Beispiel in eine dritte oder vierte Grundschulklasse mit Kindern aus drei, vier, fünf verschiedenen Nationen -, können Sie erkennen, was ein Lehrer oder eine Lehrerin im Alltag leisten.

Wahr ist - und warum soll man das nicht zugeben: ich war als früherer Ministerpräsident daran beteiligt -, daß an unserem Bildungswesen zu viel experimentiert wurde. Aber wir sollten jetzt den Mut haben zu korrigieren, was sich nicht gut entwickelt hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, dies ist nicht irgendein Thema. Wir können die Steuersätze günstiger gestalten, wir können insgesamt in der Gesetzgebung vieles zuwege bringen. Aber entscheidend für den notwendigen Wandel, für Verbesserungen in unserem Land sind die geistigen Grundlagen - das, was der Bischof heute früh meinte, als er von den Tugenden sprach.

Als CDU Deutschlands tragen wir gemeinsam Verantwortung für die Politik in Gemeinden, in Ländern und im Bund. Deswegen bitte ich Sie daran mitzuwirken - nicht, indem wir uns gegenseitig anklagen, auch wenn wir in der Tat manches falsch gemacht haben -, den Fehlentwicklungen zu begegnen.

Ich halte zum Beispiel die Tendenz für falsch, gerade auch die Anforderungen in Gymnasien und Hochschulen herunterzuschrauben.

(Beifall)

Wer junge Leute fördern will, der muß sie auch fordern. Auch das ist eine der Notwendigkeiten, von denen ich sprach.

(Beifall)

Ich halte es für falsch, daß Kindern die Erfahrung von Autorität und damit von Orientierung vorenthalten wird. Wir müssen alles tun, damit sie die Chance dieser Erfahrung haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin immer noch erstaunt darüber, daß der Versuch, den Religionsunterricht aus den Schulen zu verdrängen - ein unglaublicher Skandal - so wenig Reaktion hervorgerufen hat.

(Beifall)

Die Bundesrepublik Deutschland ist doch nicht irgendein Land! Als wir in einer Nachtsitzung während der Verhandlungen über den Amsterdamer Vertrag über die Protokollerklärung zu den Kirchen sprachen, haben ich und andere mit ganzer Leidenschaft darauf hingewiesen: Dies ist nicht irgendein Europa, dies ist das christliche Abendland.

(Beifall)

„Abend“ steht doch nicht für gestern. Wie soll eigentlich die Zukunft der Deutschen aussehen, wenn den Kindern in der Schule die elementaren Erfahrungen des Glaubens vorenthalten werden? Auch Sie haben sicher schon erlebt, daß einfache Gebete kaum mehr in einem größeren Kreis gesprochen werden können, weil viele sie gar nicht mehr erlernt haben. Das ist eine erbärmliche Entwicklung, und dagegen müssen wir mit aller Entschiedenheit angehen.

(Beifall)

Zu diesem Bild paßt die Erfahrung, die ich jetzt wieder bei unserem Bemühen, möglichst die fehlenden Ausbildungsplätze zu beschaffen, jeden Tag vorgehalten bekomme: Die Meister sagen uns, daß 10 Prozent der Hauptschulabgänger die einfachsten Fertigkeiten nicht haben, die man braucht, um eine Lehre aufnehmen zu können. - Meine Damen und Herren, dies ist die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1997. Was ist denn eigentlich mit uns los? Dagegen muß sich doch eigentlich ein Aufstand erheben; das muß doch geändert werden.

(Beifall)

Ich bitte Sie herzlich: Wenn wir morgen bei den Beratungen zum Leipziger Manifest über diese Fragen sprechen, sollten wir dies mit Mut zur Entscheidung tun. Gegenseitige Beschuldigungen - „Warum habt ihr dieses oder jenes gemacht?“ - bringen uns nicht weiter.

Am Beispiel der Bildungspolitik wird für uns alle sehr deutlich, daß zwar die materiellen Fragen - auch Fragen der Organisationsstrukturen - sehr wichtig sind, daß aber das ganz Entscheidende das Nichtmaterielle ist, der Geist, in dem Entscheidungen getroffen werden. Es gilt zum Beispiel, in der Bildungspolitik mehr Mut einzufordern, aber auch denen, die den Mut aufbringen, Maßstäbe zu setzen, die notwendige Unterstützung zu geben.

(Vereinzelt Beifall)

Erziehung im Geiste von Selbstverantwortung und Gemeinsinn ist eine unabdingbare Voraussetzung für das menschliche Gesicht unseres Landes am Ende dieses Jahrhunderts. Viele, die hier im Saal sind, haben wie ich noch als Kinder einen Teil der NS-Zeit, den Krieg und die unmittelbare Nachkriegszeit erlebt. Wenn wir also über die menschliche Gesellschaft sprechen, reden wir nicht nur über die materiellen Gegebenheiten. Es geht ganz besonders auch um Fragen, die jenseits von Angebot und Nachfrage liegen.

Das Bild der Deutschen wird ganz entscheidend davon geprägt, ob wir in unserem Land dem Wertebewußtsein und den Tugenden - ich nenne nur Zuverlässigkeit, Verantwortungsbereitschaft und Pflichtgefühl - wieder einen vorderen Platz einräumen. Dies ist die Voraussetzung für eine gute Zukunft.

Und es ist doch nicht so, daß diese Werte und Tugenden bei uns nicht mehr gelten. Wir erleben es doch: Denken Sie nur an den Sommer: an die Feuerwehrmänner, an die Männer und Frauen vom Technischen Hilfswerk, an die Beamten des Bundesgrenzschutzes, an die Hilfsorganisationen, an die jungen Soldaten, die im Oderbruch bis zur Erschöpfung an der Instandsetzung der Deiche gearbeitet haben.

(Beifall)

Ich denke an die Soldaten, die in Bosnien-Herzegowina helfen, den Frieden zu schützen, die ihr Leben - auch für uns - einsetzen. Sie geben ein ganz hervorragendes Beispiel für Verantwortungsbewußtsein. Wir wollen ihnen danken und können stolz sein auf die Soldaten unserer Bundeswehr. Solchen jungen Menschen gehört die Zukunft!

(Beifall)

Liebe Freunde, in zwei Jahren beginnt ein neues Jahrtausend. Im Blick auf dieses neue Jahrtausend wächst bei vielen die Lebensangst. Sie suchen verstärkt nach Sicherheit und Orientierung. Hier liegt eine große Aufgabe, auch und nicht zuletzt für die Kirchen. Ich möchte mir wünschen, daß sich mancher im Gottesdienst mehr mit diesem Thema als mit sozialpolitischen Fragen befaßt - so wichtig diese auch sein mögen.

(Beifall)

Dies ist auch eine Herausforderung an unser Selbstverständnis. Was - der Parteitagpräsident hat es bei der Eröffnung gesagt - heißt dieses „C“ im Namen unserer Partei in einer säkularisierten Welt? Auch und gerade heute ist dieses „C“ für uns kein überholtes Relikt. Ich glaube daran und bleibe dabei: Es ist eine unserer größten Stärken und wichtiger denn je. Es macht uns unverwechselbar, wenn wir es beispielhaft leben. Es gibt Mut, Kraft und Zukunftsperspektiven.

Wir haben eine Vision von der Gesellschaft der Zukunft, einer Gesellschaft, in der die Menschen ihre Chance finden, schöpferische Kräfte zu entfalten. Wir wollen eine Gesellschaft bauen und weiter gestalten, die mehr Freiräume für den einzelnen und für sein persönliches Glück bietet. Aber dieses Glück ist nur im verantwortlichen Dienst am Nächsten denkbar.

Unsere Reformen für Deutschland sind nicht nur eine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit, sie sind auch Bausteine einer selbstbewußten Bürgergesellschaft im 21. Jahrhundert. Eigenverantwortung, wie wir sie verstehen, heißt: Wir wollen keine Gesellschaft, in der sich die Stärkeren zu Lasten der Schwächeren durchsetzen. Das bedeutet, Eigenverantwortung und Gemeinsinn müssen miteinander gepaart werden. Beides zusammen, mehr Freiheit und mehr Gemeinsinn, bedeutet mehr Menschlichkeit. Unser Land braucht also Leistung ebenso wie Opferbereitschaft, Selbständigkeit ebenso wie Nachbarschaftsgeist. Damit bilden und bauen wir eine Gesellschaft, in der die Menschen Wärme und Geborgenheit finden.

Dazu gehört ein partnerschaftliches Miteinander der Generationen. Es scheint mir notwendig zu sein, auch das in diesen Monaten immer wieder zu sagen. Das Fundament für ein solches Miteinander bleibt auch im 21. Jahrhundert die Familie. In ihr finden Menschen Wärme und Halt, erfahren sie Liebe und Verständnis wie an keinem anderen Ort. Liebe Freunde, die Familie ist nicht ein Auslaufmodell; sie ist und bleibt die Gemeinschaft der Zukunft.

(Beifall)

Ich weiß, solche Botschaften sind nicht modisch. Wenn Sie am Wochenende Ihre Zeit mit Talkshows verplempern, werden Sie sie nicht wiederfinden. Aber sie entsprechen - dessen bin ich sicher - auch in einer veränderten Welt zutiefst den Wünschen vieler im Lande, und deshalb werden jene, die klare Grundsätze vertreten, auch die Wahlen gewinnen.

Dann höre ich immer wieder: Ihr habt doch gar keine Visionen mehr. - Meine Antwort ist eine Gegenfrage: Gibt es eigentlich eine größere Vision als das vereinte Europa in Frieden und Freiheit? Der einzige Frieden, der diesen Namen wirklich verdient, ist doch der Frieden in Freiheit. Wir haben in diesem Jahrhundert ein Europa mit zwei Gesichtern erlebt. Die erste Hälfte war gezeichnet vom Schlimmsten, was die Menschheit je erlebt hat: totalitäre Ideologie, Terrorherrschaft, zwei Weltkriege. Die zweite Hälfte stand zumindest für einen großen Teil unseres Kontinents im Zeichen von Frieden und Freiheit, von Verständigung und Versöhnung.

Hier im Saal sind viele, die die beiden Gesichter dieses Jahrhunderts erlebt haben. Wir wissen, die tiefgreifende Veränderung vom Schlimmen zum Guten hat viele Gründe, vor allem aber den Weg zur Einigkeit Europas. Das vereinte Europa ist ein Glücksfall, gerade für uns Deutsche. Ohne die Einigung Europas, ohne diese Politik von Anbeginn der Bundesrepublik an, wäre es nicht möglich gewesen, aus dem freien Teil unseres Kontinents dauerhaft den Krieg zu verbannen. Ohne die Einigung Europas hätten wir nicht im Westen über Jahrzehnte Frieden und Freiheit sichern können, und im Osten hätte sich die Freiheit nicht durchsetzen können. Das ist nun wirklich die klare historische Wahrheit: Ohne die Einigung Europas wäre die deutsche Einheit nie möglich gewesen.

(Beifall)

Noch etwas kann man bei der Betrachtung dieses Abschnitts der Geschichte erkennen, und ich finde, das ist unerhört tröstlich: daß die Visionäre - die, die ein Ziel hatten und die daran glaubten - die wahren Realisten vor der Geschichte sind. Unser Ziel heißt: das Haus Europa, ein Haus, in dem wir gemeinsam leben können. Es ist ein Haus, das jetzt und nicht irgendwann fertiggestellt wird, ein Haus, das zerfällt, wenn wir es jetzt nicht abschließend fertigen.

Deswegen ist die Europäische Währungsunion ein Baustein von größter wirtschaftlicher und auch politischer Bedeutung. Der Euro ist die notwendige Ergänzung des europäischen Binnenmarkts mit 370 Millionen Menschen. Europa ist und bleibt der größte Exportmarkt der Deutschen; fast 60 % unserer Ausfuhr Güter gehen dorthin. Der Euro wird unsere Wettbewerbsposition in der ganzen Welt sichern. Er wird einen Schub für den Handelsaustausch bringen, unseren Export stärken und - dessen bin ich sicher - neue Arbeitsplätze ermöglichen. Das, liebe Freunde, ist Politik aus Verantwortung für Deutschland und für Europa.

Wenn ich das so sage, weiß ich, daß viele bei uns diese Entwicklung ängstlich betrachten. Die Mehrheit der Deutschen hat die Zeit der D-Mark als einen Zeitabschnitt des Friedens, der Freiheit und der sozialen Prosperität erlebt. Aber die Mehrheit weiß auch, daß jetzt neue Entwicklungen im Gange und neue Antworten notwendig sind. Wir haben gerade über die Veränderungen der Weltwirtschaft gesprochen. Ein wichtiger Teil unserer Antwort auf die Globalisierung heißt Europäisierung; das ist eine unserer wichtigsten Antworten.

(Beifall)

Deshalb werden wir, die Union, die Europapartei, diesen klaren Kurs weitergehen. Wir werden dafür sorgen, daß der Euro kommt - pünktlich und als stabile Währung, natürlich unter Einhaltung der vereinbarten Kriterien. Jeder kann sich darauf verlassen, daß wir diese Prinzipien einhalten werden. Die Europäische Währungsunion ist die wichtigste Weichenstellung in unserem Lande seit der deutschen Einheit, und wir, die Union, werden sie durchsetzen, denn wir sind es, die in unserem Land etwas verändern wollen.

Aus gutem Grund habe ich vom gemeinsamen Haus Europa gesprochen, nicht von einem Schmelztiegel. In unserem Europa wird niemand seine nationale Identität verlieren. Franzosen, Italiener, Spanier und Briten bleiben Franzosen, Italiener, Spanier und Briten. Wir Deutsche wollen, wie Thomas Mann einmal gesagt hat, *deutsche Europäer und europäische Deutsche sein*.

Unsere Muttersprache, unsere Kultur, unsere Geschichte, das sind starke Bindekräfte für die Nation; aber noch viel, viel wichtiger, ja entscheidend ist der Wille der Menschen, zusammenzugehören. Daran, daß dieser Wille da ist, der den Deutschen geholfen hat, die Jahrzehnte der staatlichen Teilung als ungeteilte Nation zu überstehen, habe ich keinen Zweifel. Es war dieser Wille, der die Deutschen wieder im gemeinsamen Deutschland zusammengeführt hat, und dies ist ein kostbares Geschenk.

Wir haben auf diesem Weg sieben schwierige Jahre zurückgelegt. Nicht alles ist geglückt, nicht alle Erwartungen konnten in kurzer Zeit erfüllt werden. Wir - auch ich - mußten zur Kenntnis nehmen, daß sich das, was die kommunistische Diktatur in 40 Jahren angerichtet hat, nicht einfach in sieben Jahren beseitigen läßt. Aber, liebe Freunde, das ändert doch überhaupt nichts daran, was die deutsche Einheit vor allem für uns bedeutet: einen unschätzbaren Gewinn an Freiheit und Menschlichkeit. Wir können gemeinsam die Zukunft gestalten!

(Beifall)

Liebe Freunde, vier Jahrzehnte der Teilung bleiben im Leben einer Nation nicht ohne Folgen. Es ist gut, daß wir hier in Leipzig sind, denn wir wollen dies heute nachmittag noch bedenken und darüber diskutieren: In dieser Zeit sind die Deutschen im Osten und im Westen ganz unterschiedlich geprägt worden. Sie haben Erfahrungen gemacht, wie sie zum Teil unterschiedlicher gar nicht hätten sein können. Die Unterschiede im Denken und Fühlen sind eine spürbare Realität.

Dennoch - davon bin ich überzeugt - sind die Deutschen in Ost und West einander näher, als sie selber glauben. Auch hier denke ich wieder an die Erfahrungen des gerade vergangenen Sommers: Als die Menschen im Oderbruch von den Fluten bedroht waren, erfuhren sie Zuspriechung, Anteilnahme und Unterstützung aus allen Teilen des Landes. Man reiste an und half. Zu den besten Erfahrungen der letzten Wochen und Monate gehört für mich im Gespräch mit

ausländischen Besuchern, daß sie fast alle und ganz selbstverständlich von jenen Bildern sprechen, die sie im Fernsehen zu Hause über diese Tage im Oderbruch gesehen haben.

Dann kommt einfach der Satz: Das entspricht unserem Bild von den Deutschen, so schätzen wir euch. Warum redet ihr nicht mehr davon, wie ihr wirklich seid? Warum jammert ihr soviel? Ihr tut doch vieles, was beispielhaft ist.

Es gab einen Geist des Miteinanders, den viele in der öffentlichen Diskussion gar nicht mehr für möglich hielten. „Ost“ und „West“ spielte dort keine Rolle, und das schlimme Wort von der „Mauer in den Köpfen“ war plötzlich auch vergessen. Ich bin der Meinung, das alles dürfen wir nicht vergessen, wir wollen uns ein Stück von dieser geistigen Haltung bewahren, wenn wir jetzt an die Herausforderungen des neuen Jahrhunderts gehen.

Liebe Freunde! Die Kinder, die in diesem Jahr eingeschult wurden, sind nach 1989 geboren worden. Sie wachsen im vereinten Deutschland auf. Sie werden sich in wenigen Jahren nicht mehr vorstellen können, daß unser Vaterland einmal geteilt war. Schwierigkeiten und Mißverständnisse zwischen Ost und West werden sie so gar nicht mehr kennen, es sei denn, Ältere halten die Erinnerung an diese Schwierigkeiten künstlich aufrecht. Diese Kinder, liebe Freunde, werden uns einmal fragen: Was habt ihr - diejenigen, die jetzt in der Verantwortung stehen - getan, um unsere Zukunft zu sichern, um die Herausforderungen zu meistern? Ich wünsche mir, ich wünsche uns, wir können ihnen dann sagen: Wir haben uns den Herausforderungen gestellt in Solidarität, mit Mut, Entschlossenheit und Zuversicht; wir haben versucht, unsere Pflicht zu tun.

Liebe Freunde, genau das will ich tun: mich der Verantwortung stellen und meine Pflicht erfüllen. Deswegen kandidiere ich erneut für das Amt des Bundeskanzlers.

(Anhaltender lebhafter Beifall -
Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen.)

Liebe Freunde! Ich will mithelfen, der jungen Generation das Tor zum 21. Jahrhundert aufzustoßen. Ich will mit Ihnen allen die europäische Einigung soweit vorantreiben, daß sie unumkehrbar ist, um Frieden und Freiheit zu sichern. Ich will mit Ihnen allen die notwendigen Reformen in Deutschland durchsetzen, und wir wollen gemeinsam die innere Einheit vollenden. Ich bin überzeugt: Das will auch die klare Mehrheit unseres Volkes. Für diese Ziele trete ich an, und darum, liebe Freunde, bitte ich Sie um Ihr Vertrauen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall -
Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen.)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Herr Bundeskanzler! Ich darf noch einmal mit Worten ausdrücken, was der Parteitag schon durch Beifall bekundet hat: Wir bedanken uns für diese Rede, für die Darstellung der Ausgangsposition und dessen, was notwendig ist, um eine gute Zukunft unseres vereinten Vaterlandes zu sichern.

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben mit Ihrem Beifall stellvertretend für alle Mitglieder gezeigt, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands die Herausforderungen annimmt und zum Handeln und zum Aufbruch bereit ist. - Vielen Dank.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 9.1

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES BUNDESVORSITZENDEN

auf. Ich möchte Sie nochmals daran erinnern, daß Sie für Ihre Wortmeldung bitte den Wortmeldezettel ausfüllen und auf der Bühne abgeben. - Mir liegen bisher sechs Wortmeldungen vor. Ich rufe als ersten Redner Oliver Nölken, Vorsitzender des RCDS, auf.

Oliver Nölken: Frau Tagungspräsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zukunft eines rohstoffarmen Landes liegt - das wurde eben schon gesagt - in den Köpfen seiner Menschen. Die Zukunft Deutschlands entscheidet sich darum in den Schulen, in den Ausbildungsbetrieben und an den Hochschulen. Darum ist die Bildungspolitik eines der zentralen Themen dieses Parteitages.

Daß die Bundesregierung hier Erfolge vorweisen kann, ist unbestreitbar. Ich erinnere nur an die Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG), die Leistungen, Autonomie und Wettbewerb in den Mittelpunkt der deutschen Hochschullandschaft rücken soll. Daß das neue HRG in einer Koalition der Vernunft zwischen Bund und Ländern zustande kam, ist in einer Zeit, in der so viel von blockierten Reformprojekten die Rede ist, keine Selbstverständlichkeit. Das neue HRG wird vieles von dem verwirklichen, was der RCDS in den letzten Jahren gefordert hat. Ich wünsche darum dem Gesetz, das mittlerweile seinen langen Marsch durch die Institutionen angetreten hat, viel Erfolg.

Ich bin mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, einer Meinung, wenn Sie sich des Zukunftsthemas Bildung annehmen. Ein bildungspolitischer Aufbruch setzt aber bildungspolitische Kompetenzen voraus. Diese bildungspolitische Kompetenz ist in der Union jedoch leider noch nicht flächendeckend verbreitet. Den Zeitungen der letzten Tage entnehme ich, daß es derzeit als besonders jung und wild gilt, neben der Ablösung des Bundeskanzlers als Parteichef auch die Einführung von Studiengebühren zu fordern, als ob wir keine anderen Themen, Ziele und Sorgen hätten!

(Beifall)

Wenn einer der „jungen Wilden“ etwa - nicht erst in den letzten Tagen, sondern schon während des Sommerlochs; das ist auch eine dankbare Zeit dafür - über die „Saarbrücker Zeitung“ verbreitet, die staatliche Hochschulfinanzierung sei nichts anderes als Unterstützung für den gewerblichen Müßiggang studierender Arztkinder, dann mag diese Aussage zwar noch als „wild“ durchgehen, von Sachkenntnis getrübt ist sie jedoch nicht.

Meine Damen und Herren! Die Studentenschaft ist doch kein elitärer Klüngel. Es gibt in Deutschland 1,9 Millionen Studenten aus allen gesellschaftlichen Schichten. - Die Spezies der Arztkinder ist darunter relativ selten vertreten, aber auch Arztkinder haben ein Recht auf Bildung.

(Beifall)

Ich teile die Auffassung unseres Bundeswissenschaftsministers Jürgen Rüttgers, daß wir in Deutschland nicht zu viele Studenten, sondern eher zu wenige haben, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. „Bildung für alle“ war und ist die Losung sozialdemokratischer Bildungs-

politik. „Bildung für alle, die bereit und in der Lage sind, Leistung zu bringen“ muß das Motto christdemokratischer Bildungspolitik sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir brauchen an den Hochschulen nicht die Reichsten, sondern die Fähigsten. Herr Bundeskanzler, hier liegt das größte bildungspolitische Defizit dieser Bundesregierung. Die Situation der Studenten aus sozial schwächeren Elternhäusern, sprich: die Lage beim BAföG, ist nicht nur schlecht, sondern beschämend. Sie ist beschämend für die Bundesregierung und für die CDU. Ich begrüße es ausdrücklich, daß der Leitantrag das Ziel formuliert, die Zahl der Geförderten beim Meister-BAföG zu verdoppeln. Ich bin es leid, daß Studenten und Auszubildende ständig gegeneinander ausgespielt werden. Wir werden die Zukunft nur gemeinsam gestalten.

(Vereinzelt Beifall)

Selbst wenn wir aber die Gefördertenquote beim Studenten-BAföG verdoppeln würden, lägen wir immer noch 7 Prozent unter dem Stand, den wir bei Ihrem Regierungsantritt hatten. Wenn die Gefördertenquote seit dem Regierungswechsel 1982 von 37 Prozent auf mittlerweile 15 Prozent aller Studenten zurückgegangen ist, so ist das für mich ein alarmierendes Zeichen, daß wir auf einen sozialen Numerus clausus zusteuern oder ihn bereits erreicht haben. Wir können und dürfen es uns aber nicht leisten, auf das geistige Potential von Hunderttausenden junger Menschen zu verzichten, nur weil ihre Eltern kein Geld haben, um ihnen ein Studium zu ermöglichen.

(Beifall).

Ich selbst studiere an einer Uni, die 1965 gegründet worden ist, um gerade die jungen Menschen im Ruhrgebiet mit seinen bekannten sozialen Problemen für ein Hochschulstudium zu gewinnen. Die damalige Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gründete die Ruhruniversität Bochum auch deshalb, weil sie erkannt hatte, daß wir keine Geldelite, sondern eine Leistungselite brauchen, unabhängig von der sozialen Herkunft der jungen Menschen. Es handelte sich damals um die CDU-geführte Landesregierung unter Ministerpräsident Meyers.

Leistung und Chancengerechtigkeit gehören zusammen. Das muß die CDU auch heute wieder begreifen und in praktische Politik umsetzen. Nur dann kann und wird der bildungspolitische Aufbruch der CDU gelingen. Glück auf!

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Ich möchte einem weiteren Geburtstagskind im Saal gratulieren. Das Timing des Parteitags scheint insofern wirklich gelungen zu sein. Christian Köckert, der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, feiert heute seinen 40. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, Herr Köckert!

(Beifall)

Nun hat Herr Dr. Dirk Notheis aus Baden-Württemberg das Wort.

Dr. Dirk Notheis: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns die Personaldiskussionen der vergangenen Wochen noch einmal vergegenwärtigen,

stellen wir fest, daß es dabei im Kern nicht etwa um die Frage „Kohl oder nicht Kohl?“ ging, sondern um die Frage, ob diese Partei die Kraft und den Willen zu einem echten Generationswechsel aufbringt, und zwar personell wie programmatisch. Ich bin der festen Überzeugung, daß wir diese Frage positiv werden beantworten müssen, positiv auch über den Zeitpunkt der nächsten Bundestagswahl hinaus, um im nächsten Jahr erfolgreich vor die jungen Wählerinnen und Wähler in diesem Land treten zu können.

(Vereinzelt Beifall)

Wer eine glaubwürdige Politik für die Zukunftschancen der jungen Generation betreiben will, muß diese Politik zusammen mit der jungen Generation gestalten. Er darf nicht nur über die junge Generation reden, sondern er muß auch mit ihr reden, und zwar im Sinne dessen, daß er auch mit ihrer Stimme redet. Wir werden die junge Generation - davon bin ich fest überzeugt - aus ihren Zukunftsängsten und aus dem, was der Bundeskanzler mit „Kopfproblemen“ umschrieben hat, nur dann herausholen, wenn wir Entwicklungsperspektiven wieder konkret darstellen, wenn wir Mut zur Zukunftszuversicht verbreiten. Ich glaube, was unsere Politik wieder stärker braucht - wir sind die einzige politische Kraft, die dazu in der Lage ist -, ist, Zukunftssignale auszusenden, die Mut machen. Ich hätte mir zum Beispiel gewünscht, daß die Internationale Automobilausstellung in Frankfurt von der entscheidenden politischen Kraft in diesem Lande dazu genutzt wird, im Lande der Wiege der Automobilindustrie die Spitzen der deutschen Automobilindustrie zu einem Zukunftspakt zusammenzurufen, der in einer gemeinsamen nationalen Kraftanstrengung vom deutschen Boden aus den Quantensprung in der Antriebstechnologie - weg vom Verbrennungsmotor herkömmlicher Art, hin zu einem umweltfreundlichen Wasserstoffmotor - ermöglicht. Das wäre - auch wenn ich mir vor Augen führe, daß über 1 Milliarde Chinesen sich in den nächsten 20 Jahren motorisiert in Bewegung setzen wollen - ein konkretes Zukunftssignal in programmatischer Hinsicht gewesen. Das wäre ein Zukunftssignal für die junge Generation gewesen.

Ich nenne ein weiteres Beispiel. Wir müssen, wie ich glaube, auch die Frage beantworten - und zwar konkret -, warum die Entwicklungen im Zuge der neuen industriellen Revolution, die Entwicklungen im Bereich der Multimediatechnologie, die sich auf dem Globus in rasanter Geschwindigkeit vollziehen, ein Stück weit am Standort Deutschland vorbeigehen. Wir müssen uns fragen, welches die Ursachen dafür sind, daß das neue Silicon Valley, das sogenannte Silicon Alley, wo junge Unternehmen, Ideenträger und Forscher sich im Internet zusammenfinden, nicht in Deutschland, sondern an der Ostküste der Vereinigten Staaten von Amerika - in New York - entsteht.

Ich meine, wir müssen unsere Politik wieder verstärkt auf solche Themen hin, auf konkrete Zukunftssignale hin bündeln. Dies ist auch der Anspruch, den die junge Generation im Blick auf ein echtes Zukunftsprogramm erhebt. Wenn wir in der Lage sind, solche Zukunftssignale auszusenden, wenn Innovation für uns nicht nur eine verbale Formel ist, sondern eine Formel, die wir konkret und programmatisch umsetzen können, werden wir - davon bin ich fest überzeugt - im nächsten Jahr auch wieder die Zuversicht bei jungen Wählerinnen und Wählern erwecken, die dazu führt, daß uns die Verantwortung für die Zukunft in diesem Land für weitere vier Jahre übertragen wird. Dies ist es, was ich aus der Sicht meiner Generation diesem Parteitag in Leipzig sagen wollte.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Notheis. Als nächster hat Herr Dr. Karl-Heinz Daehre aus Sachsen-Anhalt das Wort. - Meine Damen und Herren, da es etwas unruhig im Saale ist, bitte ich Sie um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Redner. Zugleich bitte ich die Redner, sich kurz zu fassen, damit wir wirklich alle Wortmeldungen abwickeln können. Bitte sehr, Herr Dr. Daehre!

Dr. Karl-Heinz Daehre: Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich werde mich daran halten und nur wenige Sätze sagen, aber ich denke, es ist wichtig, daß jemand aus Sachsen-Anhalt noch einmal das Wort ergreift.

Meine Damen und Herren, die Oktobertage 1989 sind uns allen noch bewußt. Wer konnte sich damals, als die deutsche Vereinigung erfolgte, vorstellen, daß sieben Jahre danach die ganz Linken schon wieder nach der Macht streben? Dies alles ist möglich geworden - das müssen wir in Deutschland immer wieder sagen - durch die Sozialdemokraten, durch Herrn Höppner. Er hat es 1994 in Magdeburg ermöglicht. Deshalb bin ich froh über die deutsche Einheit, denn welche Alternative hätten wir 1997? Wir wären jetzt in der Vorbereitung zum 50. Jahrestag der DDR unter dem Motto „Vorwärts mit Egon Krenz und der SED ins nächste Jahrtausend!“ Meine Damen und Herren, das ist die Alternative, die wir im Osten gehabt hätten. Dies müssen wir den Leuten trotz aller Probleme immer wieder sagen.

(Beifall)

Rot-Grün in Magdeburg bedeutet mit fast 21 Prozent nicht nur die höchste Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland, nein, es bedeutet auch ein Wirtschaftswachstum von nur 0,1 Prozent. Dies verdient schon gar nicht mehr die Bezeichnung Wirtschaftswachstum.

Das dritte: Wir haben die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in ganz Deutschland. Auch das ist die Wahrheit, auch das müssen wir den Leuten in Deutschland sagen. Es kann nicht angehen, daß die Union immer für das Sparen verantwortlich gemacht wird, während die Linken das Geld ausgeben.

(Beifall)

Wer noch nicht davon überzeugt ist, daß es im nächsten Jahr zu einer Koalition mit der PDS kommen wird, der sollte mal nach Magdeburg kommen und sich anschauen, wie SPD und PDS inzwischen zusammenarbeiten. Besuche der PDS in der Staatskanzlei sind keine Seltenheit mehr - und dies sieben Jahre nach der deutschen Einheit! Ich bin auch der Meinung, daß man nicht von einem Linksbündnis sprechen sollte. Dieses Wort klingt noch ein bißchen charmant. Es ist besser, wenn wir von einem Linkspakt sprechen, der in Magdeburg seinen Ursprung gehabt hat.

Letzte Anmerkung: Meine Damen und Herren, wohin wir inzwischen schon wieder gekommen sind: Vor kurzem hat die Ex-Terroristin Inge Vieth, die den Bundesdeutschen aus den 70er Jahren sicherlich noch bekannt ist, bei der PDS-nahen Stiftung Elsa eine Buchlesung gehalten. Eine Buchlesung ist das eine, aber der Beifall von über 500 jungen und alten Kommunisten, die in diesem Saal waren, machten das Ganze schlimm - in Anwesenheit von PDS-Landtagsabgeordneten! Ex-Terroristen bekommen in Sachsen-Anhalt wieder eine Plattform, um dort zu diskutieren und mit einer abenteuerlichen Darstellung die Jugend irrezuführen.

So sieht es in Sachsen-Anhalt aus. Ich bitte Sie alle, daß Sie uns im nächsten Jahr, am 26. April und im Vorfeld, unterstützen. Kommen Sie nach Sachsen-Anhalt! Sachsen-Anhalt ist ein wunderschönes Bundesland mit über tausendjähriger Geschichte.

(Beifall)

Wir als Union reden nicht Sachsen-Anhalt schlecht, im Gegenteil! Wir reden diese Landesregierung schlecht, die im Moment dort am Ruder ist. Deshalb müssen wir alles dafür tun, daß dieses wunderschöne Land Sachsen-Anhalt im nächsten Jahr wieder unionsregiert wird. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Als nächster hat Rainer Eppelmann das Wort. Bitte sehr, Herr Eppelmann.

Rainer Eppelmann: Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Liebe Freundinnen und Freunde! Wenn ich das in den vergangenen Minuten, bevor diese Diskussion hier anfang, richtig verstanden habe, dann haben wir jetzt wieder einen Kandidaten für das Bundeskanzleramt, und der Parteitag hat ja, wenn ich es richtig gesehen habe, mit überwältigender Mehrheit minutenlang gesagt: Ja, wir wollen ihn haben.

(Beifall)

Es gibt, wenn ich es richtig sehe, zwei wichtige Grundvoraussetzungen dafür, es auch 1998 wieder zu packen.

Sie werden sich nicht wundern, wenn ich jetzt als Bundesvorsitzender der CDA Wert darauf lege zu sagen: Wenn wir es richtig packen wollen, brauchen wir wieder 40 Prozent der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Denn ohne die Arbeitnehmer ist für die Volkspartei CDU eigentlich keine Wahl zu gewinnen. Wir brauchen weiterhin in den nächsten zwölf Monaten nicht nur Sprüche, nicht allein Reden, sondern Taten, keine Mundwerker, sondern Handwerker wie Helmut Kohl, Norbert Blüm und Jürgen Rüttgers. Und nur wir stehen für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit.

Dazu gehört zum Beispiel der Durchbruch bei der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital. Laßt uns hierfür noch in dieser Legislaturperiode einen gesetzlichen Rahmen schaffen! Die Zeit dafür ist endlich reif.

Solidarität und Gerechtigkeit, dazu gehört auch Beitragsfairneß in der Sozialversicherung. Wenn sich immer mehr Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der solidarischen Sozialversicherung verabschieden, dann müssen - das ist doch klar - die, die noch darin sind, um so mehr schultern. Es kann uns also nicht egal sein, wer da einbezahlt und wer warum nicht einbezahlt. Auf die Dauer hält das kein Sozialsystem aus, auch unseres nicht. Solidarität und Gerechtigkeit werden auf der Strecke bleiben. Darum danke ich in diesem Zusammenhang unserem Fraktionsvorsitzenden, daß er sich erneut dieses Themas geringfügige Beschäftigung angenommen und es öffentlich so beherzt angesprochen hat.

(Beifall)

Lassen Sie mich an dieser Stelle, weil ich natürlich auch die Stimmen der Bedenkenträger und Kritiker kenne, auf einen Punkt hinweisen: Wer neben seinem Haupteinkommen noch einen Nebenjob hat - und das sind immerhin 1,5 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer -, der muß, anders als bisher, seinen Beitrag zur Sozialversicherung genauso leisten, wie andere es auch tun. Bitte keine Beitragsprivilegien, sondern Gerechtigkeit für alle! Auch das müssen wir in dieser Legislaturperiode noch hinbekommen.

Immer mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse werden in Minijobs aufgespalten. Diese Dynamik müssen wir endlich stoppen und umkehren. Wir wollen die geringfügige Beschäftigung nicht gänzlich abschaffen - das wäre wohl töricht -, aber wir wollen sie deutlich begrenzen. Darum laßt uns die Einkommensgrenze einfrieren! Laßt uns auch dies in den nächsten Monaten noch festschreiben!

Mit diesen drei Themen können wir uns bei den Arbeitnehmern in den Betrieben und Verwaltungen sehen lassen. Wir müssen um jede Stimme kämpfen, zumal - alle wissen das vielleicht noch nicht - 1998 nicht nur sechs Landtagswahlen und eine Bundestagswahl stattfinden, sondern im Frühjahr in den Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, und zwar vom 1. März bis zum 31. Mai, auch Betriebsratswahlen durchgeführt werden.

Herr Bundeskanzler, wir stehen zu Ihnen - gestern, heute - wenn Sie wollen, auch morgen -, und zwar stehen wir zu Ihnen, weil Sie für die Union als die soziale Volkspartei der Mitte stehen. - Danke schön.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Eppelmann. Als nächster hat das Wort Herr Niedergesäß aus Berlin, danach Herr Uwe Greve aus Schleswig-Holstein. - Ich sehe den angekündigten Redner nicht, dann gebe ich zuerst Herrn Uwe Greve das Wort. - Ist Herr Niedergesäß da? - Gut, dann in der aufgerufenen Reihenfolge. - Deshalb nenne ich ja den nächsten und übernächsten Redner, damit sie sich schon in die Nähe des Mikrophons begeben können. - Bitte schön, Herr Niedergesäß.

Fritz Niedergesäß: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Arbeitslosigkeit ist sicherlich das ärgste Problem, das uns zur Zeit in Deutschland drückt. Wir haben in den letzten Jahren, nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft in der DDR, Rieseneinbrüche erlebt, die wir natürlich bis heute nicht kompensieren konnten.

Ich möchte an die Bundestagsabgeordneten appellieren, daß die Gesetze, die Dumpinglöhne und Schwarzarbeiter hier zulassen, weiter verschärft werden, und daß wir darüber hinaus Sozialhilfeempfänger und Langzeitarbeitslose grundsätzlich in Arbeit bringen, und zwar in der Form, in der es beispielsweise sehr vorbildlich vom Bürgermeister dieser Stadt Leipzig und seinen Leuten praktiziert wird, die in großartiger Weise ein Modell geschaffen haben, das für Deutschland insgesamt Anwendung finden sollte. Es kann nicht angehen, daß wir ständig Arbeitszeitverkürzungen bekommen und die Gewerkschaften jetzt irrsinnigerweise schon 32 Stunden fordern. Ich bin dafür, bei gleichem Lohn und gleichen Abgaben überall wieder die 40-Stunden-Woche einzuführen. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung, wie sie hier angestrebt wird, würde letztendlich die Nebenkosten weiter in die Höhe treiben und damit die Arbeitnehmer noch mehr belasten. Das sollte jedem, der von kaufmännischen Dingen etwas versteht, klar sein.

Ich bin in einem Unternehmen tätig seit 34 Jahren. Seit sieben Jahren nennen wir uns GmbH. Wir haben uns in den letzten Jahren von 3000 auf 1500 heruntergeackert, und jede einzelne Entlassung ist eine schmerzhaft Entscheidung. Ich muß aber dazu sagen, Herr Bundeskanzler, die Appelle allein an die Wirtschaft werden nicht dazu führen, daß wieder Leute eingestellt werden. Die Zwänge sind einfach so, daß die Unternehmen, wenn sie überleben wollen, Leute abbauen müssen. Diesen irrsinnigen Kreislauf müssen wir irgendwie durchbrechen. Es können nicht allein mit Appellen Arbeitsplätze geschaffen werden. Sicher sind Unternehmen dabei, die noch genügend Gewinne erwirtschaften, die mehr Leute verkraften könnten. Aber grundsätzlich treffen wir damit nicht den Kern der Sache.

Meine Damen und Herren, wir haben zur Zeit noch eine Gesetzgebung, die in den letzten 40 Jahren gut funktioniert hat. Mit der weiteren Globalisierung in Europa werden diese Gesetze und Verordnungen nicht mehr greifen. Wir haben den Umstand zu verzeichnen, daß von Portugal bis nach Polen, von Rumänien bis nach Bulgarien und die Ukraine hinein die Leute ins Land strömen und wir mit den schärfsten Kontrollen die Dumpingarbeit und die Schwarzarbeit nicht in den Griff kriegen. Ich fordere deshalb, daß wir ein geschlossenes System schaffen, daß grundsätzlich Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger nach dem Leipziger Modell in Arbeit gebracht werden. Die Riesensummen, die Norbert Blüm in den Haushalt einstellen muß, um die Arbeitslosigkeit zu bezahlen, sind eine Horrornummer, so wie es die Frauen heute morgen vor der Leipziger Kirche gesagt haben. Wir müssen Arbeit bezahlen. Es gibt genug Arbeit in den Kommunen. Wir haben in Berlin Riesensummen, die brach liegen, aber die Gesetze sind nun einmal so, daß wir die Leute nicht einfach zwingen können. Ich fordere die Bundestagsabgeordneten auf, hier einen Schritt voranzugehen und mehr Dampf zu machen, damit wir mehr Leute in Beschäftigungsverhältnisse hineinbringen.

Meine Damen und Herren, die Träume von der Vergangenheit, wurde vorhin gesagt, das sind die Träume aus der Welt von gestern. Wir wollen die Globalisierung, wir wollen auch die Marktwirtschaft, aber wir werden die Zukunft nur bestehen, wenn wir Regularien schaffen, die letztendlich dazu führen, daß uns die Arbeitslosigkeit nicht eines Tages von der Regierungsverantwortung wegputzt. Ich bitte darum, daß dort ein bißchen deftiger zugepackt wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Als nächster spricht zu uns Herr Uwe Greve, und danach rufe ich Peter Rauen auf, den Bundesvorsitzenden der Mittelstandsvereinigung.

Uwe Greve: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich möchte keinesfalls Wasser in den Wein unserer politischen Zukunft schütten, aber ich meine, daß wir heute doch einige Fragen ansprechen müssen, in denen die Defizite unserer Partei immer sichtbarer werden. Es ist unsinnig, in einen Wahlkampf hineinzugehen, in viele Wahlkämpfe hineinzugehen, ohne sich in diesen Tagen über diese Defizite zu unterhalten.

Ich möchte als erstes die Kernfrage stellen, an der für mich alles für die Zukunft hängt. Wir haben im Jahre 1982, lieber Herr Bundeskanzler, von Ihnen ein Wort gehört - ich habe es noch gut im Ohr, weil ich dabei war -: Wir brauchen eine geistige Wende. Wenn ich mich frage, warum wir mit guten Ideen nicht weiterkommen, sehe ich als Kern der Fragestellung die Tatsache, daß leider diese Forderung nach einer geistigen Wende, ja, ich muß sagen, ein hohles Wort geblieben ist. Wir haben uns um diese Aufgabe viel zu wenig gekümmert. Es ist zum Beispiel

nicht gelungen, in größerem Maßstab das geistige Potential in dieser Partei zu mobilisieren, es ist nicht gelungen, in größerem Maßstab uns nahestehende geistige Kräfte zu mobilisieren. Es ist insbesondere nicht gelungen, wofür ich mich heute noch schäme, daß die neuen Medien ein klein wenig ausgewogener sind, als die, die wir hatten.

Liebe Freunde, ich weiß noch, wie wir eines Tages gesagt haben, wir brauchen neue Medien, wir brauchen die unabhängigen, freien, privaten Medien. Was haben wir geschaffen? Wir haben den Medienmacher der deutschen Linken Sprachrohr verschafft. Daß Sie, Herr Bundeskanzler, heute vieles nicht mehr rüberbringen können, liegt unter anderem daran, daß wir in diesen Punkten entscheidend geschlafen haben.

Liebe Freunde, ich habe mir zum Beispiel die Reden des Bundeskanzlers in den letzten Jahren vor der Jungen Union angeschaut. Ich habe kein einziges Mal neben vielen guten Gedanken den Gedanken gefunden, lieber Herr Dr. Kohl, der da hineingehörte, und zwar daß Sie sagen: Geht in die Multiplikatorberufe, dort wird deutsche Politik der Zukunft bestimmt. - Nein, das haben die anderen in der Hand, die Multiplikatorberufe, und wir hinken hinterher und können die wichtigsten Inhalte nicht mehr unters Volk bringen.

Liebe Freunde, es ist schade, daß wir jetzt nur noch in diesem kleinen Kreis sind. Es wird Zeit, daß wir uns darüber unterhalten, ob wir diese geistige Wende noch angehen oder ob wir sagen, wir gehen einfach so weiter wie bisher und lassen diese grundsätzliche geistige Neuorientierung als Zielsetzung gegenüber der Sacharbeit als zweitrangig neben unseren Aufgaben. Wenn wir es nicht schaffen, diese geistige Wende herbeizuführen, dann werden wir logischerweise im Wahlkampf kaum noch anders arbeiten können als mit der Angst vor Rot-Grün.

Hier müssen wir natürlich im Auge haben, und auch das sage ich hier, daß unsere Partei ihre eigene Klientel in manchen Bereichen sehr schlecht behandelt. Auch das muß hier gesagt werden, liebe Freunde. Ich habe ein klares Wort gewünscht und gefordert, wie viele in unserer Partei in den letzten Monaten, über die Wehrmachtsausstellung und das, was dort gezeigt wird. Hunderttausende und Millionen aus dieser Generation leben noch. Mein eigener Vater war in dieser Wehrmacht wie viele andere. Ich hätte gewünscht, daß hier gesagt wird, natürlich sind in der Wehrmacht Verbrechen begangen worden wie in jeder anderen Armee auch, und natürlich war es eine schlimme Zeit unter einer Diktatur, aber die Menschen haben das Beste gewollt, und sie heute als Verbrecher zu diffamieren, ist ein Unding, und das tragen wir nicht mit, liebe Freunde.

(Vereinzelter Beifall)

Solche Worte hat Konrad Adenauer noch gesagt. Und ich weiß nicht, liebe Ältere hier unter uns, ob Sie sich noch erinnern, daß Konrad Adenauer sogar eine Lanze für die Waffen-SS als Kampftruppe gebrochen hat in seiner Zeit, weil er noch wußte, daß, wer sich linken Forderungen unterstellt, wer immer nur nachgibt, übermorgen die nächste Forderung auf dem Tisch hat. Ich sage Ihnen schon heute, wie das aussieht, nämlich Herr Rühle wird ausbaden müssen, was hier nicht gemacht worden ist. Wer hat denn die Bundeswehr aufgebaut, liebe Freunde? Diese „Verbrecherbande“. Leute dieser „Verbrecherbande“ waren der Spitze. Das heißt mit anderen Worten, daß wir uns wehren gegen solche widerlichen - ich betone: widerlichen - Anwürfe von links,

(Zurufe)

daß wir uns dagegenstellen, daß einer ganzen Generation die Ehre genommen wird.

Ich weiß, daß Sie meine Worte nicht gerne hören, aber ich sage sie.

(Weitere Zurufe)

Ich weiß das, aber ich sage sie. Ich sage sie, weil sie notwendig sind, und wenn Sie das nicht für notwendig erachten, dann tue ich das.

Liebe Freunde, ein letzter Gedanke, den ich für ebenso wichtig erachte. Wir haben in der Geschichte unserer Partei immer gesagt, Unrecht ist Unrecht, und wir haben immer gesagt, kommunistisches Unrecht und nationalsozialistisches Unrecht, wo immer es herkommt, wird, wenn es möglich ist, gesühnt. Ich habe die dringende Bitte an den Bundesvorstand und an den Herrn Bundeskanzler, daß er das Thema der Enteignungen 1945 bis 1949 noch einmal aufgreift.

(Vereinzelter Beifall)

Ich bin der Überzeugung, liebe Freunde, daß hier eine rechtsstaatliche Problematik vorliegt, die man nicht einfach mit einem Nebensatz wegwischen kann oder mit der immer wieder geäußerten und leider ja nun auch fast widerlegten Vorstellung, es sei eine Forderung der Sowjets gewesen, das so zu lassen, wie es war. Wer sich mit dieser Problematik befaßt, der weiß, daß es eine Sache der Rechtsstaatlichkeit ist. Wenn wir die Partei des Rechtsstaates sind, müssen wir uns dieser Frage neu stellen.

(Vereinzelter Beifall)

Liebe Freunde, ich weiß, daß das kritische Worte sind in einer Zeit, wo man nach vorn schauen muß, aber ich sage, wenn es uns nicht gelingen sollte, die geistige Wende zu vollziehen und unsere eigene Klientel, die Wähler, die uns jahrzehntelang gewählt haben, mit wirklich positiven Argumenten anzusprechen und sie vor Anwürfen zu schützen,

(Zurufe)

dann müssen wir unter Umständen erleben, daß uns die Stimmen dort fehlen, wo wir sie eigentlich finden könnten. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich hatte vorhin schon einmal an die Redner appelliert, sich kurzzufassen. Wir haben jetzt noch sechs Wortmeldungen. Wenn sich jeder kurzfaßt, brauche ich von dem Instrument der Redezeitbegrenzung, das ich nach der Geschäftsordnung habe, keinen Gebrauch zu machen. Ich möchte das nicht. Wenn sich alle sechs kurzfassen, dann können wir alle Wortmeldungen aufrufen. - Jetzt spricht zu uns Herr Peter Rau. Ich bitte Herrn Claus Jäger aus Baden-Württemberg, sich als nächster bereitzuhalten.

Peter Rau: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Mittelstandsvereinigung hat für unseren Bundesvorsitzenden ein Tageshoroskop erstellen lassen. Es heißt da:

Das Tageshoroskop für Helmut Kohl, geboren am 3. April 1930, lautet: Ihrer Phantasie geben Sie Ausdruck in schöpferischer Gestaltung. Sie lieben das, was Sie erreicht haben, und wissen, was Sie noch erreichen wollen.

Nach seiner Rede kann ich dem nur zustimmen, was das Tageshoroskop sagt.

Herr Dr. Kohl, ich bin Ihnen sehr dankbar. Sie haben in Ihrer Rede angesprochen, daß in den nächsten zwei Jahren 300 000 Unternehmer mittelständischer Betriebe ihren Nachfolger suchen. In der Tat, bis 1999 suchen 300 000 Unternehmer ihren Nachfolger. 160 000 davon wissen heute noch nicht, wie die Nachfolge geregelt wird. 180 000 Unternehmer sind über 65 Jahre. Das heißt, wenn dies nicht gelingt, würde das noch einmal eine Million Arbeitslose mehr bedeuten.

Wir müssen dieses Thema heute überhaupt viel deutlicher in die Diskussion bringen. Denn wir hatten Ende der 50er Jahre noch 9,5 Millionen Selbständige. Heute sind es gerade noch 2,6 Millionen. Wir laufen erkennbar auf eine Unternehmerlücke zu. Ohne Unternehmer wird es keine Arbeitsplätze geben. Viele meinen dabei, daß es finanzieller Hilfe bedürfe, in die Selbständigkeit zu gehen. Ich teile das nur bedingt. Auch das muß sein. Aber warum sollen sich junge Menschen dem Risiko der Selbständigkeit, dem Risiko, Konkurs gehen zu können und dafür geächtet zu werden, aussetzen, wenn der gleichzeitig winkende Gewinn, der Erfolg, von einem Teil der Gesellschaft geneidet wird?

Ich kann nur sagen: Weg mit der Neiddiskussion; weg mit der Neidhampelpolitik! Ich halte dies für einen wesentlichen Faktor, damit wieder mehr junge Menschen bereit sind, den Weg in die Selbständigkeit zu gehen.

Meine Damen und Herren, wir als Union müßten viel selbstbewußter sagen, daß neben der deutschen Einheit, die wir geschultert haben, auch unsere Partei es war, die zum letztenmal in großem Umfang zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen hat. Es war in den Jahren 1983 bis 1990, als über 3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden - damals vornehmlich in kleinen und mittleren Betrieben. Es ist eine Tatsache, daß dies gelang, weil der Staat sich damals zurückgenommen hat, die Staatsquote bzw. die Steuer- und Abgabenquote sanken, mehr Geld in privater Verantwortung blieb und damit Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Es ist völlig richtig und logisch, daß sich im letzten Jahr Bundesregierung, Gewerkschaften und Unternehmerverbände in dem Ziel einig waren, die Arbeitslosigkeit durch Absenkung der Staatsquote und durch Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge zu halbieren. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen. Bei aller Diskussion, die jetzt über die 610-DM-Jobs und vieles mehr aufkommt, müssen wir Klarheit darüber behalten, daß es vom Ursprung her gelingen muß, daß Arbeit wieder bezahlbarer wird und die Arbeitnehmer gleichzeitig wieder mehr von ihrem Verdienst im Geldbeutel behalten. Es gibt keine Alternative zu Struktur-reformen in den sozialen Sicherungssystemen. Es gibt auch keine Alternative zu einer großen Steuerreform mit einer deutlichen Nettoentlastung für die arbeitenden Menschen - egal, ob Unternehmer oder Arbeitnehmer.

Ein Letztes: Wir müssen bei dem Argument, es sei viel getan worden und jetzt müsse eingestellt werden, zwischen den ganz großen Aktiengesellschaften, die von angestellten Unternehmern geführt werden, und den kleinen und mittleren Betrieben, die von Eigentümerunternehmern geführt werden, unterscheiden. Das, was auf der einen Seite möglicherweise als Appell richtig verstanden wird, wird bei den kleinen und mittleren Betrieben kaum verstanden. Denn sie haben in den letzten Jahren leider noch keine wesentlichen Entlastungen erlebt, sondern eher Belastungen.

Die Abschaffung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer nützt mehr den kapitalintensiv produzierenden Betrieben, während die Steuerreform, die den Mittelstand entlastet, leider im Bundesrat gescheitert ist. Gleichzeitig haben die kleinen Betriebe erlebt, daß die Sozialversicherungsbeiträge in den letzten Jahren von rund 39,7 auf 42,2 Prozent gestiegen sind. Das sind 2,5 Prozent, die bedeuten, daß 40 Milliarden DM zur Hälfte den Arbeitnehmern an Kaufkraft und zur Hälfte den kleinen und mittleren Betrieben an Innovationskraft verlorengegangen sind. Das heißt also: Wir müssen angesichts des Appells „Stellt endlich ein!“ sehr zwischen den großen Konzernen sowie den kleinen und mittleren Betrieben differenzieren, die in der Tat noch einiges an Entlastungen benötigen, damit wieder mehr eingestellt wird.

Ich bin sicher: Wenn wir den klaren Kurs halten, die Ursachen zu beseitigen und nicht an den Symptomen herumzuoperieren, werden wir wieder den großen Weg schaffen, den Staat zurückzudrängen, die arbeitenden Menschen von Steuern und Abgaben zu entlasten und damit auch wieder für mehr Arbeitsplätze in Deutschland zu sorgen. - Schönen Dank.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Rauen. Das Wort hat jetzt Herr Jäger und danach Herr Minister Dr. Töpfer.

Claus Jäger: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Liebe Delegierte! Unser Vorsitzender hat sein großes Referat, seine große Rede, mit dem Ausblick auf die Bundestagswahl und die anderen Wahlen des kommenden Jahres begonnen. Er hat uns aufgefordert, um jede Stimme zu kämpfen. Das kann man nur dick unterstreichen. Wenn das unsere Aufgabe und Arbeit ist, die vor uns liegt, dann frage ich: Wenn es wirklich um jeden Wähler, um jeden Bürger geht, weshalb haben wir heute kein hilfreiches Wort an all die vielen christlichen Wähler hören können, denen es immer schwererfällt, ihre Stimme der Union zu geben, weil sie bei der Union Entscheidungen feststellen und auf andere Entscheidungen warten, die mit der geistigen Wende zu tun haben, von der vorhin schon einmal ein Vorredner gesprochen hat?

Unter Ihrem Vorsitz, Herr Bundesvorsitzender, hat der Bundesvorstand einen Leit Antrag vorgelegt mit dem Titel „Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten“. Weshalb enthält dieser Antrag kein einziges Wort über die Unmenschlichkeit gegenüber Hunderttausenden ungeborener Kinder, die in Deutschland jedes Jahr getötet werden und für die das 21. Jahrhundert genauso anbricht, wie für uns alle übrigen. Ich habe das vermißt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich teile die Auffassung unseres Vorsitzenden, daß wir uns dagegen wehren sollen, den Diebstahl zu bagatellisieren und zu entkriminalisieren, weil damit das Rechtsbewußtsein in unserem Volk untergraben würde. Aber müssen es nicht Christen, die für die Fragen des Schutzes des menschlichen Lebens sensibel sind, als Hohn empfinden, wenn der Diebstahl genannt wird, die Entkriminalisierung der Tötung menschlichen Lebens im Mutterleib aber mit keiner Silbe erwähnt wird. Ich persönlich kann das nur schwer nachvollziehen.

Es ist ja so, daß 1995 zum erstenmal mit der Mehrheit der Stimmen der CDU/CSU im Bundestag ein Gesetz beschlossen worden ist, mit dem der Schutz der ungeborenen Kinder ver-

schlechtern, verringert, dezimiert worden ist. Wir sehen dies daran, daß die Abreibungszahlen seit dieser Zeit Jahr für Jahr steigen.

Auch dazu haben Sie, Herr Vorsitzender, leider in Ihrem ansonsten wirklich großartigen Bericht kein Wort verloren. Wie wollen Sie, so frage ich, die für diese Fragen sensiblen Bürger für die Union gewinnen? Diese Bürger, diese Wähler sind eine Minderheit. Das weiß ich. Aber eine Minderheit, die bisher immer treu der Union ihre Stimme gegeben hat und die sich heute fragt - ich komme viel mit diesen Menschen zusammen; von denen erfahre ich das -: Können wir diese Union weiterhin wählen? Sie wählen nicht Rot, und sie wählen nicht Grün. Aber die Gefahr besteht, daß viele zu Hause bleiben und sagen: Ich kann gar nichts mehr wählen.

Diese Problematik müssen wir behandeln, wenn es uns damit ernst ist, 1998 Mehrheiten zu gewinnen; denn wir dürfen keine Minderheit, die uns eigentlich wählen will, die uns aber wegen Unsensibilität in diesen Fragen nicht wählen kann, vor den Kopf stoßen und verprellen. Herr Bundeskanzler, das gehört zu unseren Aufgaben. Ich hoffe, von Ihnen darauf eine Antwort zu bekommen. Danke schön.

(vereinzelt Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Jetzt spricht Herr Professor Töpfer und dann Herr Dr. Winn.

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Mich hat der Beitrag von vorhin motiviert, einen Satz zu der vom Redner angemahnten, aus seiner Sicht noch ausstehenden geistig-moralischen Wende zu sagen. Wir sollten diesem Parteifreund wirklich empfehlen, einmal die Realitäten in unserem Lande in bezug auf das, was sich verändert hat, zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall)

Hat man nicht zur Kenntnis genommen, wieviel Solidarität in unserem Lande vorhanden ist? An der Oder hat sich deutlich gezeigt: Wir sind ein Land, das wie kaum ein anderes die Gesellschaft mit Hilfe von Ehrenämtern mitgestaltet. Wir sind es den vielen in unserer Gesellschaft Tätigen schuldig, dies zu erwähnen und deutlich zu machen, daß wir nicht eine andere geistig-moralische Wende meinen als die, die wir bisher durchgesetzt haben und weiterführen wollen. Das zu verdeutlichen, ist unumgänglich und notwendig.

(Beifall)

Wir haben sehr viele Bürgerkriegsflüchtlinge in unserem Land aufgenommen. Wir sind ein offenes Land, ein Land, das eben nicht nur seine wirtschaftliche Dimension in Europa sieht, sondern ein Land, das weiß, daß Europa unsere kulturelle Heimat ist und daß wir in diesem Europa gemeinsam Friedenspolitik für die Welt gestalten müssen und können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir die Chancen nutzen, die für den Einsatz für unsere Gesellschaft vorhanden sind, dann haben wir eine gute, eine sehr weitreichende und engagierte Arbeit nicht nur für unsere Partei, sondern für die Gesellschaft insgesamt getan. Wenn es uns dann noch gelingt - so wie Peter Rauen es dargestellt hat -, daß wir uns auf den Weg machen, Strukturen so zu verändern, daß Arbeitsplätze für junge Menschen eine

Selbstverständlichkeit werden, daß wir mit mehr Phantasie handeln und uns fragen, wo wir Zuzahlungen aus dem sozialen Sicherungssystem leisten können, damit wieder Arbeitsplätze entstehen können - Kombi-Lohn und vieles andere gehört dazu -, dann haben wir eine Chance, die Potentiale, die in unserer Gesellschaft vorhanden sind, auf Dauer zu nutzen und unsere Gesellschaft in eine gute Zukunft zu führen.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben die Politik in diesem Land viele Jahre gestaltet. Ich glaube, daß sich etwas verändert hat. Es ist schon ein Ruck durch diese Gesellschaft gegangen. Wer hier anspricht, daß wir eine Technologiefeindlichkeit hätten, der sollte sich einmal umsehen, was bei unserer Jugend gegenwärtig der Fall ist. Die Technologiefeindlichkeit ist überwunden; wir haben sie nicht mehr. Ich wollte diesen Punkt zumindest angesprochen haben, damit nicht unkommentiert stehenbleibt, als wären wir alle dieser Meinung, die vorhin ausgedrückt wurde. Ich danke sehr herzlich.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke, Herr Minister. - Das Wort hat jetzt Dr. Winn und danach Herr Volker Schimpff aus Sachsen.

Dr. Kuno Winn: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Zunächst möchte ich Ihnen ein Geständnis machen: Ich bin Arzt und dazu noch ein niedergelassener Arzt. Das sage ich deshalb, weil ich manchmal das Gefühl habe, daß ich zumindest in der Politik zu einer aussterbenden Spezies gehöre. Hier und da gibt es noch Ärzte. Ich weiß, daß Herr Wagner ebenfalls Arzt ist.

Herr Bundeskanzler, Sie haben dankenswerterweise die Gesundheitspolitik angesprochen. Sie haben gesagt, daß Sie für die freie Arztwahl seien. Ich kann Ihnen sagen, daß auch ich dafür stehe. Sie haben gesagt, daß Sie keine Rationierung von medizinischen Leistungen haben möchten. Dafür, so glaube ich, sollte jeder in der Union stehen. Aber wir haben im Zeichen der neueren Gesetzgebung leider immer neue Budgetierungen, die absolut leistungsfeindlich sind und die dazu führen, daß wir eine schleichende Rationierung medizinischer Leistungen haben. Ich halte das genauso wie Sie für indiskutabel. Das ist aber leider die Folge der letzten Gesetzgebungen.

Ich kann überhaupt nicht verstehen, daß Herr Möllemann Dinge in das 1. NOG und 2. NOG heringebracht hat, die mit der Politik der Union und mit unserem Verständnis wenig zu tun haben.

Ich muß Ihnen ehrlich sagen, daß die Situation in den neuen Bundesländern besonders verschärft ist, weil dort der Druck auf die neu niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte erheblich ist und weil wir dort sehr viele Konkurse in nächster Zeit befürchten müssen. Zugespitzt wurde diese Situation - das möchte ich extra betonen - durch die unsägliche Hineinschreibung der Regelungen bei Überschreitung der Ärzte- und Heilmittelbudgets, die vom Einkommen der Ärzte zurückzuzahlen ist. Es gibt nicht einen einzigen Beruf in unserem Lande, der die Zunahme der Beschäftigten und vor allen Dingen den medizinischen Fortschritt aus der eigenen Tasche bezahlen muß. Diese Tatsache muß man einmal festhalten.

Ich sage ja zur Selbstbeteiligung in einem Land, wo wir über 53 Milliarden DM für Leistungen ausgeben, die zum Gesundheitsbereich gehören. Die Bürgerinnen und Bürger sind bereit,

sich an der medizinischen Leistung in Form einer Selbstbeteiligung zu beteiligen. Nur: Die Zuzahlungen, die wir jetzt haben, führen dazu, daß der Versicherte an der Kasse beim Apotheker nicht mehr versteht, daß für dasselbe Medikament der eine 9 DM, der nächste 11 DM oder 12 DM bezahlen muß. In Mecklenburg-Vorpommern wird es demnächst eine kleine Krankenkasse geben, die ihren Beitragssatz um 2,0 Prozent erhöhen muß, was eine Zuzahlung von 20 DM bedeutet. Die Diskussion dort vor Ort möchte ich einmal hören. Diese Maßnahme wird uns leider angelastet werden.

Ich will gar nicht das Jammerlied der Ärzte singen. Das ist auch gar nicht angebracht. Es ist aber einfach so, daß der Druck gerade in der ambulanten Medizin immer größer wird und daß wir - ich komme aus Niedersachsen - ein drohendes Überschreiten des Arznei- und Heilmittelbudgets haben, was tatsächlich explosiv ist. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen wird es noch keine Rolle spielen. Bei der Bundestagswahl könnte es eine Rolle spielen. Ich hoffe nicht, denn es würde tatsächlich manch andere Kräfte mobilisieren.

Die Ärzte in unserem Lande haben durch ihr eigenes Engagement bewiesen, daß sie zu unserem System stehen. Leider ist es aber so, daß das Wahlverhalten nicht mehr so ist, wie es sein sollte. Normalerweise gehören die Ärzte, die ja auch Unternehmer sind, die Angestellte haben und die teilweise leider mit Entlassungen reagiert haben, zu den Menschen, die zur Wahl gehen und normalerweise CDU wählen. Aber mittlerweile wählen diese, wenn sie überhaupt noch zur Wahl gehen, nicht die Partei, die sie sich am meisten wünschen, sondern die Partei, von der sie am wenigsten zu befürchten haben.

Uns allen nützt keine Neiddiskussion. Sie nützt vor allen Dingen nicht denjenigen Ärztinnen und Ärzten, die nachts, am Sonntag, am Feiertag, am 24. oder 31. Dezember ihren Dienst tun, Hausbesuche und dergleichen machen. Die Neiddiskussion hilft uns nicht weiter. Wir alle brauchen die Solidarität unserer Partei und auch die der Bevölkerung. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön. - Herr Schimpf aus Sachsen und danach Herr Hans-Achim Michna aus Niedersachsen.

Volker Schimpff: Meine Freunde! Auch diejenige von Ihnen, die bisher nur auf dem Hinweg das neue Messegelände von Leipzig gesehen haben, merken, wie weit wir in den vergangenen 7 Jahren seit der Wiedervereinigung gekommen sind, die Folgen von 57 Jahren sozialistischer Diktaturen zu überwinden.

Das Wort von den blühenden Landschaften ist nicht ein Kanzlerwort, über das viel gelästert wird, sondern es ist ein Wort, das auf materiellem und zunehmend auch auf dem geistigen Gebiet Wirklichkeit geworden ist. Mitunter sind die geistigen Mauern größer als die materiellen.

Ich möchte eines deutlich betonen - das wird auch in den neuen Bundesländern immer wieder in den Hintergrund gerückt -: Wir haben den Bundeskanzler an unserer Seite gehabt: beim Wiederaufbau der Wirtschaft, beim Wiederaufbau und bei der Erhaltung von Kultur und Wissenschaft. Programme, für die keine Rechtsverpflichtung des Bundes mehr bestand, sind weitergeführt worden. Manches, was Sie hier in Leipzig sehen, ist darauf zurückzuführen.

Ich habe das vor einigen Jahren auf einem Landesparteitag meiner Partei als Beispiel für nationale Solidarität vorgetragen. Weil das ein Wahlparteitag war und man bei dieser Gelegenheit immer etwas schärfer formuliert, habe ich zum Schluß gesagt: Wer meinem Kanzler ans Bein pinkeln will, muß erst einmal an mir vorbei. Der Erfolg war: Ich wurde damals als stellvertretender Landesvorsitzender wiedergewählt.

Jetzt, an der Schwelle eines Wahljahres, in dem einige wichtige Wahlen anstehen, müssen wir uns, denke ich, bewußt sein, daß Personaldiskussionen, wie sie in der letzten Zeit vor allem über die Presse geführt worden sind, unnützlich sind oder, wie mein Ministerpräsident sagen würde, wenig hilfreich. Man wechselt den Torjäger nicht in der Halbzeit aus.

Wenn ich mich sowohl hier im Raum, wo es natürlich eine Menge Leute gibt, die auch Bundeskanzler sein könnten, als auch in anderen deutschen Parteien umschaue, sehe ich niemanden, der die nächsten Jahre, die nicht leicht werden, so gut bestehen könnte. Ich sehe niemanden, der wie Helmut Kohl den internationalen Einfluß, den europäischen Einfluß hat und bei der Einführung des Euro unser Interesse an einer stabilen Währung durchsetzen kann. Ich sehe auch niemanden, der soviel Stehvermögen hat, Reformen, die nicht sofort durchsetzbar sind, durchzusetzen.

Wir reden immer über Zukunft. Wir haben in der letzten Zeit einen zähen Kampf gegen die Reformblockade der SPD erlebt. Die ganze Politik in Deutschland wirkte zähflüssig. Mitunter hatten auch wir als Unionspolitiker den Eindruck, irgendwie haben wir Angst vor der eigenen Courage. Aber wir haben nun einmal ein Reformtempo praktiziert, und daran müssen wir anknüpfen.

Gerade jetzt erinnere ich mich daran, was im Herbst 1989 in Leipzig geschah, was in den folgenden Monaten an Reformen durchgesetzt wurde. Dieses Tempo, die Entschlossenheit und die Entscheidungskraft von 1989/90 müssen wir wiedergewinnen. Wenn wir das im nächsten Jahr und nach einer hoffentlich gewonnenen Bundestagswahl vorlegen, dann wird Helmut Kohl sicherlich weiterhin lange kluge Briefe meines Ministerpräsidenten bekommen, aber er wird die sächsische Union, die Parteibasis und die sächsischen Wähler hinter sich haben.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schimpff. Jetzt hat das Wort Georg von Weichs aus Nordrhein-Westfalen.

Georg von Weichs: Frau Präsidentin! Herr Vorsitzender! Liebe Freundinnen und Freunde! Wir haben eine ganz tolle Rede unseres Bundesvorsitzenden gehört. Wir haben gestanden und ihm Ovationen dargebracht, und manch einer hat insgeheim gesungen. Im nachhinein aber werden sie wieder wach, die Kritiker und auch die Bedenkenräger, und spielen ein Spiel, das auf die Dauer ermüdet. Sie machen den Bundesvorsitzenden verantwortlich für das, was wir als Defizit beklagen. Das ist ja so viel.

Liebe Freunde, ich bin ein naturbelassener Sauerländer ohne Mandat und mit viel Freude bei der Sache. Ich wünschte mir, daß jeder von uns - nicht nur die, die wir heute hier sind, sondern auch die, in deren Auftrag wir heute hier sind - an der Stelle, wo er zu Hause gefordert ist, wo er das Mandat hat, wo er Vertrauen genießt, das tut, was er kann, um damit auch in die Zukunft hineinzuwirken. So unterschiedlich wir sind, so vielfältig können wir das tun. Wir

können das nur im Vertrauen aufeinander und im Vertrauen auf eine gute Zukunft. Lassen wir es nicht zu, daß Zukunft aus den eigenen Reihen negativ besetzt wird! Zukunftsgestaltung ist nichts Einfaches.

Ich rufe Sie also auf - das gilt für die Anwesenden und auch für die, die zu Hause sind -: Seien Sie weniger Bedenkenträger und mehr Ideenträger!

(Beifall)

Haben Sie den Mut zu agieren! Lassen Sie es nicht zu, daß Sie in eine Situation kommen, in der Sie immer nur reagieren müssen. Es selber machen und Mitverantwortung tragen, gepaart mit Mut, Zuversicht und auch dem erforderlichen fröhlichen Lächeln - das hilft uns ein Stück weiter. Ich denke, dann ist das Thema Wahlen für uns kein Thema. - Laßt uns endlich anpacken! - Danke schön.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr von Weichs. Jetzt kommt Herr Michna, Niedersachsen. Er ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union.

Hans-Achim Michna: Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So wie ich informiert bin, ist nach der Aussprache keine Antwort des Bundeskanzlers vorgesehen. Ich möchte trotzdem eine Frage stellen, die einen Sachverhalt betrifft, der mich besorgt macht. Ich will kein Bedenkenträger sein, sondern mehr ein Ideenträger. Aber manchmal braucht man ja auch die Motivation durch die Prominenz in der Partei, um dann auch den richtigen Weg zu finden.

Ich mache mir Sorgen um die Verschuldung in unserem Land. Nur ein paar Zahlen, die höchstwahrscheinlich alle kennen - Herr Bundeskanzler, Sie sicherlich viel besser als ich -: 2,2 Billionen DM Schulden haben Bund, Länder und Gemeinden, allein 20 Prozent beträgt die Zinslast des Bundeshaushalts; in den Ländern wird bald die gleiche Quote erreicht sein. Es ist eigentlich eine der größten Herausforderungen für uns, die Bundestagswahl 1998 noch einmal zu gewinnen, weil wir ganz genau wissen, daß Rot-Grün dies noch verschlimmern würde. Aber das reicht als Argumentation irgendwo nicht aus.

Wir müssen uns heute auch die Frage stellen: Wie wollen wir das in den Griff bekommen? Ich bin 30 Jahre alt und stelle mir schon die Frage, wie es mit der Verschuldung unseres Landes im Jahr 2020, 2030, 2040 aussieht. Das hat meiner Meinung nach nichts mit Jammern zu tun, auch nichts mit Undankbarkeit, sondern das ist eine legitime Frage junger Menschen, die gerade die Union wählen, die die Bundestagswahl 1998 und spätere Wahlen gewinnen wollen.

Ich möchte dies ausdrücklich nicht als Vorwurf formulieren - das kann ich auch gar nicht -, sondern als Frage. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Jetzt kommt der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Erwin Teufel.

Erwin Teufel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Parteitag hat schon nach zwei Stunden gezeigt: Wir lassen die Personaldiskussion dort, wohin sie

gehört, nämlich in der SPD, die es bis zur Stunde nicht einmal zu einem Kanzlerkandidaten gebracht hat.

(Beifall)

Die Rede des Bundeskanzlers hat gezeigt: Nicht Deutschland braucht einen neuen Regierungschef, Niedersachsen braucht einen neuen Regierungschef.

(Beifall)

Deswegen werden wir alle Christian Wulff in den nächsten Monaten mit ganzer Kraft unterstützen.

Liebe Freunde, die Sozialdemokraten sind weit von der Regierungsfähigkeit entfernt. Reden und Handeln klaffen auseinander. Sie reden von Entlastungen für die Wirtschaft, aber sie lassen sie, wenn es darauf ankommt, nicht zu, sondern vertreten exakt das Gegenteil, wie in den letzten Wochen in den Verhandlungen zur Steuerreform. Sie reden von der Senkung der Arbeitskosten in Deutschland, aber sie verweigern sich einer Entlastung durch Ablehnung einer echten Gegenfinanzierung. Sie unterstützen darüber hinaus in der Person ihres Vorsitzenden Lafontaine massive Lohnforderungen einzelner Gewerkschaften.

Die Sozialdemokraten reden von der Notwendigkeit des Euro, aber sie haben in diesem Jahr in Hamburg und im Landtagswahlkampf des letzten Jahres in Baden-Württemberg nun schon zweimal Wahlkampf gegen den Euro gemacht.

Die Sozialdemokraten reden im Wahlkampf neuerdings von innerer Sicherheit und Verbrechensbekämpfung. Aber wenn es darauf ankommt, ist mit der SPD fast nichts anzufangen: jahrelanger Kampf gegen die Änderung des Asylrechtes, keine optische Überwachung von Verbrecherwohnungen, keine zusätzlichen Stellen bei der Polizei, keine ereignisunabhängigen Kontrollen im Grenzgebiet. In den unionsregierten Ländern ist die innere Sicherheit und Bekämpfung der organisierten Kriminalität Handeln im Alltag.

Wir in Baden-Württemberg sind vorangegangen und haben die bundesweit niedrigste Kriminalitätsrate und unter allen 16 Ländern die höchste Aufklärungsquote von Straftaten.

(Beifall)

Das sollen SPD-geführte Länder erst einmal nachmachen. Deshalb bleibt innere Sicherheit ein CDU-Thema.

Steuern, Wirtschaftspolitik, Arbeitsplätze, Euro, innere Sicherheit - das sind die entscheidenden Themen für die Zukunft unseres Landes. Zu jedem dieser Themen gibt es in der SPD mindestens zwei Meinungen. Die SPD glaubt offenbar, daß man mit demselben Auto gleichzeitig vorwärts und rückwärts fahren kann. Die Einigkeit der SPD beschränkt sich deshalb seit Monaten darauf, zu allen wesentlichen Reformprojekten der Bundesregierung nein zu sagen. Sobald die Sozialdemokraten ein Mitspracherecht über den Bundesrat haben, heißt das Ergebnis: bremsen, monatelange Verhandlungen im Vermittlungsausschuß, Stillstand, Blockade. Das müssen und das werden wir in den nächsten elf Monaten bis zur Bundestagswahl schonungslos offenlegen. Die Sozialdemokraten bringen mit ihrer Blockadepolitik viele Menschen in unserem Land um ihre Zukunftschancen.

Nun haben manche Zeitgenossen das Scheitern der Steuerreform zum Anlaß genommen, den Föderalismus im allgemeinen und den Bundesrat im konkreten zu kritisieren. Das, liebe Freunde, ist zu kurz gesprungen. Das Problem ist weder der Föderalismus, noch ist es der Bundesrat als tragende Institution des Föderalismus in Deutschland. Der Bundesrat als Institution verhindert keine einzige Reform. Vielmehr verhindert die SPD als politische Partei die Reformen.

(Beifall)

Nicht der Föderalismus versagt, sondern der aus Saarbrücken ferngesteuerte sozialdemokratische Zentralismus ist die Ursache der Probleme in Deutschland.

(Beifall)

Oskar Lafontaine ordnet den Föderalismus und den Bundesrat parteitaktischen Erwägungen und Zielen bedingungslos unter. Gerhard Schröder hat schon 1994 vom Bundesrat als dem „neuen Machtzentrum der SPD“ gesprochen. Wer so handelt und so redet, der untergräbt das Vertrauen der Menschen in die Grundlagen des Regierungssystems der Bundesrepublik und der trägt auch zu Politikverdrossenheit bei.

Niemand von uns sagt, daß der Bundesrat dazu da sei, zu allem, was Bundesregierung und Bundestag einbringen, nur ja und amen zu sagen. Wir haben in den Reihen der Union genügend selbstbewußte Ministerpräsidenten, die einerseits das Gesamtwohl im Auge haben und andererseits die berechtigten Interessen ihrer Länder. Ein starker Föderalismus macht die Bundesrepublik reform- und wettbewerbsfähiger, wenn er nicht aus billigen parteitaktischen Gründen instrumentalisiert wird.

Liebe Freunde, es gibt einen sehr wirksamen Lösungsansatz zur Überwindung der Blockade durch die SPD-Mehrheit im Bundesrat: Die CDU muß wieder mehr Landtagswahlen gewinnen, wie das in früheren Jahren der Fall gewesen ist.

(Beifall)

Wir müssen SPD-geführte Landesregierungen ablösen. Das ist - der Bundeskanzler hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen - genauso wichtig wie unser Erfolg bei der Bundestagswahl 1998.

Ich meine auch - das hat die Rede Helmut Kohls ebenfalls gezeigt -, daß wir die Auseinandersetzung wieder mehr um die Grundsätze und Grundwerte führen sollten, um Perspektiven für die Menschen in unserem Land, um die Frage, welche Partei am besten geeignet ist, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Es sind vor allem zwei Fragen, die die Menschen in unserem Land - bewußt oder unbewußt - beschäftigen.

Zum ersten geht es um die Frage, wie wir im Zeitalter der Globalisierung, des knallharten weltweiten Wettbewerbs Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen können. Liebe Freunde, wir werden nicht mehr mit den Billiglohnländern der Welt konkurrieren können. Also haben wir nur eine einzige Chance: Wir müssen besser sein, innovativer sein, erfindungsreicher sein als andere.

Es kommt auf das Wissen der Menschen an. Es kommt darauf an, daß wir in die Köpfe der Menschen investieren. Es kommt ganz entscheidend auf die Bildung an. Zukunftschancen der jungen Generation beginnen in der Familie, in der vorschulischen Erziehung, in einer gut-

en Grundschulausbildung. Sie beginnen damit, daß wir Erziehung vermitteln und nicht nur Wissen, daß wir Spezialisierung, die später in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft dringend notwendig ist, nicht bis in die Grundschule hineintreiben. Es ist nämlich verhältnismäßig einfach, aus einem gebildeten Menschen später einen Spezialisten zu machen, aber verhältnismäßig schwierig, aus einem Spezialisten einen gebildeten Menschen.

(Beifall)

Grundlagen müssen in der Schule vermittelt werden. Es ist ein Vorteil für die junge Generation, daß die Union dort, wo sie regiert, keine Gesamtschulen eingeführt hat, sondern ein differenziertes Schulsystem anbietet,

(Beifall)

in dem jedes Kind die Schule findet, die seiner Begabung und Leistung entspricht. Wir setzen auf das duale Ausbildungssystem. Wir haben hervorragende Berufsschulen und gute Berufsschullehrer, aber das duale Ausbildungssystem steht und fällt in den nächsten Jahren mit der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen.

Inzwischen stellen ganze 24 Prozent der Betriebe Ausbildungsplätze zur Verfügung, vor allem im Handwerk und Handel. Von den restlichen 76 Prozent müssen mehr bereit sein, Ausbildungsplätze für die junge Generation zur Verfügung zu stellen. Dies ist - auch darauf hat der Bundeskanzler völlig zu Recht hingewiesen - eine nationale Aufgabe, eine moralische Aufgabe. Wir müssen Weiterbildung und Qualifizierung zu einem gleichberechtigten Bildungssystem neben dem allgemeinbildenden Schulwesen machen.

Es kommt entscheidend darauf an, daß wir Forschung fördern. Denn in der Forschungsförderung sind wir in der Bundesrepublik - das müssen wir selbstkritisch erkennen - hinter andere Länder zurückgefallen. Hier entscheiden sich aber Zukunftschancen für die junge Generation. Wir müssen gute Hochschulen anbieten, neue Märkte erschließen und Existenzgründungen fördern.

Herr Bundeskanzler, wir brauchen ein Klima, das Selbständigkeit ermöglicht. Aber wir brauchen vor allem, daß über die jungen Meisterinnen und Meister des Handwerks hinaus auch junge Akademiker, junge Ingenieure bereit sind, sich selbständig zu machen. Denn nur durch neue Betriebe entstehen auch neue Arbeitsplätze. Im Hinblick auf die Bereitstellung von Beteiligungskapital sind wir, verglichen mit den Vereinigten Staaten, noch ein Entwicklungsland. An dieser Stelle muß man ansetzen. Das wird schnell klar, wenn man sich einmal mit jungen Unternehmensgründern unterhält.

Die zweite Frage, die die Menschen beschäftigt, ist: Was hält unsere Gesellschaft überhaupt noch zusammen in einer Zeit, in der Flexibilisierung, Mobilität und Individualisierung zu Schlüsselbegriffen geworden sind?

Ich bin ganz sicher, es ist die Christlich Demokratische Union, die diese Fragen am ehesten beantworten kann. Wir als Christliche Demokraten haben die große Chance, die Antworten auf die drängenden Fragen der Menschen zu geben und Mehrheiten dafür zu gewinnen, wenn wir an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit festhalten, wenn wir sie im Gegensatz zu den anderen demokratischen Parteien weiterhin als gleichrangig und einander bedingend ansehen.

Unser grundsätzlicher Kurs muß klar sein, und wir müssen ihn den Menschen vor allem auch klarmachen: Eigenverantwortung und Mitverantwortung, Ja zu Leistung und Wettbewerb, wirtschaftliche Freiheit und sozialpflichtiges Handeln, Umbau des Sozialstaates zur Erhaltung des Sozialstaates, all dies gehört zusammen. Unser Auftrag ist es auch in Zukunft, den Weg der Mitte zwischen Individualismus und Kollektivismus zu finden und zu gehen, und das ist in Zeiten des globalen Umbruchs keine leichte, sondern eine schwere Aufgabe, die uns alles abverlangt.

Wir müssen uns davor hüten, zu glauben, daß wir mit einfachen Antworten und Parolen die Zukunft und die Wahlen gewinnen können. Nur mit klaren Zukunftsperspektiven und nur wenn Worte und Taten übereinstimmen, gewinnen wir auch Vertrauen. Wenn wir dies im Auge behalten, wenn wir dies unseren politischen Überlegungen und Sachaussagen zugrunde legen und den Menschen in Deutschland glaubhaft vermitteln, dann haben wir alle Chancen, daß die Schlagzeilen am 28. September 1998 heißen: Wahlsieg der CDU, Helmut Kohl bleibt Bundeskanzler.

(Beifall)

Dafür wollen wir in den nächsten Monaten arbeiten, und dafür sollten wir in den nächsten Monaten zusammenarbeiten. Herr Bundeskanzler, die CDU Baden-Württemberg steht geschlossen hinter Ihnen.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Wir danken Erwin Teufel für diesen engagierten und auch klarstellenden Beitrag. Es hat nun das Wort der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher.

Klaus Escher: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben gehört, was die Koalition in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat, und das ist sehr beeindruckend. Ebenso beeindruckend war, was wir über die riesigen Herausforderungen gehört haben, die noch vor uns liegen. Warum gibt es dann trotzdem im Lande bisweilen den Eindruck - ich wiederhole: den Eindruck -, daß es zu langsam geht, daß wir in der Gesellschaft Lähmung und Stillstand haben? Der Bundespräsident hat in der Adlon-Rede, die uns alle, wie ich meine, wachgerüttelt hat, davon gesprochen, daß es im Lande fast eine mentale Depression gibt.

Ich will jetzt kein düsteres Bild zeichnen, aber in dreierlei Hinsicht Verbesserungsvorschläge dazu machen, wie wir meines Erachtens aus diesem Eindruck des Stillstands ausbrechen können.

Das erste, meine Damen und Herren: Reformen sind nicht das Reagieren auf Notwendigkeiten, sondern das Definieren von Leitbildern und Visionen und deswegen auch von Strategien. Ich denke, daß das der entscheidende Ansatz ist, mit dem wir aus dem Stillstand herausführen, der nach dem Eindruck der Menschen vorhanden ist. Wir müssen sagen, was wir mit den Reformprojekten erreichen wollen, was das Leitbild dieser Gesellschaft ist und welche Visionen wir für das kommende Jahrhundert verfolgen.

Es gibt Weltregionen, die ein solches Leitbild haben. Insbesondere gibt es eine Region in Südostasien, die sich das Leitbild „2020“ vornimmt: Im Jahre 2020 soll der Westen eingeholt sein. Uns fehlt jetzt ein wenig diese Aufbruchstimmung, und wir müssen alles daransetzen, daß wir

diejenigen sind, die in Europa und in Deutschland diese Aufbruchstimmung in der Gesellschaft und in der Politik in Gang setzen.

Das zweite, meine Damen und Herren: Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, nur die Spielräume auszufüllen, die uns die Demoskopie als Reformbereitschaft vorgaukelt, sondern wir müssen selbst mit unseren Zielen Meinung bilden. Was wir nicht als Ziel ausgeben, wird auch nicht mehrheitsfähig. Deswegen müssen wir es definieren und den Leuten an Reformbereitschaft etwas abverlangen.

Das ist der zweite Weg aus dem Eindruck des Stillstands: daß wir in eine Richtung zeigen, in der die Gesellschaft angesteckt wird und von dem mitgerissen wird, was die Politik an Reformen voranbringt. Das ist sehr, sehr viel, und trotzdem bleibt eben bei einigen die Frage übrig, ob nicht die Anpassungsfähigkeit der Bevölkerung größer ist als die Reformbereitschaft der Politik. Als Beispiel dafür nenne ich, daß im Bereich der Erwerbsarbeit viele hoffen, daß wir einen klaren Akzent setzen, daß es nur mit unternehmerischer Selbständigkeit, mit jungen Existenzgründungen eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in diesem Land geben kann. Es darf nicht so sein, daß in den Niederlanden und in Großbritannien Schilder mit der Aufschrift „Verkäuferin gesucht“ in den Schaufenstern hängen, während in Deutschland das Schild an den Schaufenstern die Aufschrift trägt: Büroräume zu vermieten. Meine Damen und Herren, wir müssen Räume für unternehmerische Selbständigkeit und für Eigeninitiative schaffen.

Der dritte Punkt ist, daß wir vermitteln müssen, daß wir mit diesem Problem fertig werden. Natürlich haben Sie, Herr Bundeskanzler, recht damit, Norbert Blüm wegen der Rentenreform und wegen der Bereitschaft, dieses Thema aufzugreifen, zu loben. Wir müssen aber auch sehen, daß in vielen internationalen Berichten über die Reformpolitik gerade in diesem Bereich eine andere Sprache gesprochen wird. Ich zitiere einmal die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 7. Oktober 1997, also aus der vergangenen Woche. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird der Begriff der Rentenreform, wenn über Deutschland gesprochen wird, nur so geschrieben, daß der Wortteil „Reform“ in Anführungszeichen gesetzt wird. Wir Jüngeren verlangen, daß es einen weitergehenden und, wie wir finden, dann auch glaubwürdigen Reformansatz in diesem Bereich geben muß.

(Vereinzelt Beifall - Zuruf: Welchen denn?)

Meine Damen und Herren, was ist denn nun die Voraussetzung dafür, daß man diesen Eindruck des Stillstands aufbricht? Diese Voraussetzung kann nur der inhaltliche Streit sein. Wir müssen hier Sachdebatten ausdiskutieren, damit die Leute erkennen, daß sich die Partei über die verschiedenen inhaltlichen Fragen und Zielsetzungen rauft. Sprechen wir nicht von der Senkung der Lohnnebenkosten, sondern davon, daß wir in diesem Land unternehmerische Eigeninitiative fördern wollen. Sprechen wir nicht weiter von der Novelle des Hochschulrahmengesetzes, sondern geben wir das Ziel aus, das Bildungssystem europäisch zu öffnen. Sprechen wir über Ziele, die weit ins nächste Jahrtausend ragen, und sprechen wir auch darüber, Visionen zu formulieren, warum nicht die Vision, im Jahre 2020 in diesem Land alle Schulkinder zweisprachig auszubilden, um sie auf einen europäischen Markt vorzubereiten?

(Vereinzelt Beifall)

Definieren wir Ziele, die in die Zukunft weisen, und sprechen wir nicht so viel von den technischen und den politischen Abläufen. Ich denke, die Leute erwarten von uns, daß wir die Re-

formprojekte, die wir jetzt aktuell behandeln, in Leitbilder einbetten und daß wir diese erkennbar nach außen treten lassen.

Meine Damen und Herren, ich will das an dieser Stelle ansprechen, weil ich es auch im Vorfeld angesprochen habe: Nicht nur wir als Partei, sondern auch andere Institutionen stehen vor der Frage, wie man eigentlich Staffelhölzer und -stäbe weitergibt. Diese Frage ist von mir nicht deshalb angesprochen worden, weil ich destruktiv oder schädlich wirken wollte. Nein, wir machen von diesem Parteitag aus als Junge Union Wahlkampf, damit 1998 die Bundestagswahl gewinnt. Das ist völlig klar. Aber wir haben einen Sorgenhorizont, der weiter reicht, über das Jahr 1998 hinaus. Wenn der Deutsche Industrie- und Handelstag darauf hinweist, daß in den nächsten Jahren in Deutschland 300 000 Betriebe vor einem Generationswechsel stehen und daß in 80 000 Betrieben die Nachfolge noch nicht als geklärt gelten kann, dann, so meine ich, ist es unsere Aufgabe, auch im politischen Bereich mit Risikobereitschaft voranzugehen und einen Aufbruch zu ermöglichen. Das war der Sinn meines Vorstoßes, der jetzt beendet ist; denn jetzt gilt es, Wahlkampf zu machen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber es ist eine Aussage, von der ich glaube, daß sie legitim und notwendig ist.

Meine Damen und Herren, ein Buch, das von Christoph Ransmayr, einem sehr jungen Schriftsteller, vor einigen Wochen vorgelegt wurde, heißt „Die dritte Luft“. Darin geht es um das, was unserer Partei nach den großen historischen Herausforderungen, auch im Hinblick auf die Zukunft, guttut.

1949 war vielleicht die Zeit der ersten Luft, und es war Aufgabe der CDU, die Probleme in diesem Land zu lösen, eine politische und wirtschaftliche Entwicklung einzuleiten, die ihresgleichen sucht.

Die zweite Luft - das war die Herausforderung von 1989, als man merkte, daß ganz andere Prioritäten und ein Aufbruchsignal erforderlich sind, daß das Jahr 1989 als Epochenwandel, als eine Marke des Aufbruchs sehr ernst zu nehmen ist.

Mit dem von Bundeskanzler Helmut Kohl eben apostrophierten Ziel der europäischen Währungsunion 1999 stellt sich dann zum dritten Mal eine sehr grundlegende Herausforderung. Wenn wir die Folgen der Währungsunion richtig einschätzen, wird die Währungsunion uns, der Wirtschaft, der Gesellschaft in diesem Land einen Spiegel vorhalten und uns über die wahre Leistungsfähigkeit belehren. Es wird enormen Anpassungs- und Reformbedarf geben.

Die Währungsunion im Jahre 1999 und der damit verbundene Aufbruch verlangen von uns, von der CDU, von Leipzig ausgehend, so etwas wie die dritte Luft, also Anlauf zu nehmen und einen Startschuß zu geben, der von diesem Parteitag Geschlossenheit, aber auch eine darüber hinausgehende Perspektive deutlich macht. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Das Wort geht jetzt an Helmut Linssen.

Dr. Helmut Linssen: Frau Präsidentin! Herr Bundesvorsitzender! Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gern eine Passage der Rede von Herrn Escher aufnehmen, in der er sich darüber ausließ, wieviel Selbständige bei uns fehlen, wieviel Betriebs-

nachfolger bei uns fehlen. Ich möchte daran anknüpfend sagen, daß es die CDU war, die vor zwei Jahren das Thema „Kultur der Selbständigkeit“ hier im Lande eröffnet hat. Wir haben in dieser Diskussion also keinen Nachholbedarf, sondern sind so voranmarschiert, daß heute selbst ein Wirtschaftsminister im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen als Plagiator mit diesem Thema versucht, Stimmen zu gewinnen. Wir sind es, die in dieser Frage eine Nasenlänge voraus waren, und ich möchte, daß diese Partei immer eine Nasenlänge voraus ist.

(Beifall)

An diesem Beispiel wird deutlich, daß wir viele Konzepte entwickelt haben, aber dem einen oder anderen in unserer Partei nicht gegenwärtig ist, wie wir darüber diskutiert und darum gerungen haben und daß wir z.B. die Frage der Programmdiskussion unter der Stabsführung von Reinhard Göhner hervorragend bewältigt haben. Nun will ich nicht sagen, daß wir Offenheit genug hätten, aber in dieser Zeit lohnt es sich nun langsam, den Blick auf das gegnerische Tor zu richten und den Ball dorthin, statt ins eigene Tor zu lenken.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Kampflinie heißt: Da sind Rot-grün und PDS, und hier steht die bürgerliche Koalition. Wir werden versuchen, Mehrheiten zu gewinnen, und ich bin sicher, wir schaffen es auch, wenn wir auf Sieg setzen und nicht auf Platz, wie es vielleicht einige in unserer Partei in vorseilendem Gehorsam verinnerlicht haben.

(Beifall)

Ich werde mich jedenfalls an einer solchen Diskussion nicht beteiligen. Ich möchte auch einmal daran erinnern, daß wir 1992/93 zum Unwillen vieler bei uns die Standortdiskussion begonnen haben, die dann dazu geführt hat, daß 1994 auch Gewerkschaften mit niedrigen Abschlüssen dafür gesorgt haben, daß wir langsam in die Gänge kamen. 1995 waren diese Aktivitäten bereits vergessen. Es darf jedoch von uns, den Delegierten, nicht vergessen werden, daß wir diese Diskussion bei uns mit allem Nachdruck geführt haben und auch weiterführen müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben anläßlich der Bildungsreform sehr viel Material für moderne Ansätze vorgelegt. Es ist jetzt auch gelungen, in der Hochschulreform zumindest ein Stückchen weiterzukommen. Daran hat Jürgen Rüttgers ein großes Verdienst. Es ist doch nicht so, daß das jetzt von irgendwem neu geboren werden müßte.

Meine Damen und Herren! Die Personaldebatte ist aus meiner Sicht von 0,3 bis 0,4 Prozent der Delegierten losgetreten worden. Das ist vorhin auf dem Parteitag sehr deutlich geworden - und dafür bin ich dankbar -, daß es eine Diskussion von wenigen ist, die nicht das Stimmungsbild in der Partei widerspiegelt.

(Beifall)

Selbstkritik ja, aber, meine Damen und Herren, es ist unsere Aufgabe, gerade in den Ländern, die rot-grün regiert werden - Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Hessen und Nordrhein-Westfalen - klarzumachen, welche verheerenden Folgen Rot-grün für diese Republik und für die einzelnen Länder hat.

(Beifall)

Ich bitte sehr, daß die Partei zum Beispiel auch draußen vorträgt - so wie es im Wahlkampf voriges Jahr in den Ländern Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit hervorragendem Ergebnis vorexerziert wurde, daß diese Ergebnisse sich auch herumsprechen, daß auch gesagt wird, daß es Lähmungserscheinungen, wie es sie schlimmer überhaupt nicht geben kann, in dem größten Bundesland Nordrhein-Westfalen gibt. Es muß sich in Deutschland herumsprechen, daß sich die SPD in diesem Land in Endzeitstimmung befindet und daß im Grunde genommen ein ganzes Land, das größte Industrieland der Bundesrepublik Deutschland, in Geiselhaft genommen wird für eine bundespolitische rot-grüne Option.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es muß sich herumsprechen, daß bei der inneren Sicherheit die Roten als Verbalakrobaten tätig sind und bei uns in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel die Grünen lieber ein Anarchoparadies schaffen möchten.

Es muß sich herumsprechen, daß um das Kindergeld, das zu gering ist, in Bonn von der SPD ein Veitstanz aufgeführt wird und gleichzeitig den Eltern in Nordrhein-Westfalen das Geld über erhöhte Kinderbeiträge aus der Tasche gezogen werden sollte.

(Beifall)

Es muß sich herumsprechen, daß sich in Sachen Verkehr und moderne Technologien in diesem größten Industrieland nichts abspielt - außer einer Streitkoalition. Das kann man doch den Wählerinnen und Wählern in der Bundesrepublik rüberbringen. Es muß sich herumsprechen, daß im Bildungssystem bei uns von einer sechsjährigen notenfreien Grundschule - halten Sie sich fest! - geträumt wird, weil diese Leute natürlich mit Leistung nichts am Hut haben. Deshalb ist es richtig, wenn wir von Forderung und Förderung im Bildungssystem sprechen und das auch so deutlich machen.

(Beifall)

Liebe Freunde! Ich wünsche mir von unserer Partei, daß sie den Vorsprung, den wir bei der wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenz immer gehabt haben, wieder ausbaut - und das ist unsere große Aufgabe in der nächsten Zeit -, damit daraus auch die Mittel fließen, um die Sozialpolitik so zu gestalten, wie es unserem C-Profil entspricht.

Ich denke, daß die Bevölkerung weiß, daß es keine Verteilungsspielräume gibt, daß sie da zum Teil klüger ist als manche bei uns in der Partei, aber daß wir mit Innovation und Wettbewerbsfähigkeit die Stichworte haben, die diese Partei mit Leben erfüllen muß. Es wird sich alles an der Wettbewerbsfähigkeit dieser Republik entscheiden, meine Damen und Herren.

Wir sollten es vielleicht auch ab und zu herüberbringen, wenn wir ein hervorragendes Steuerkonzept haben. Die Petersberger Beschlüsse sind hervorragend, auch was die soziale Gerechtigkeit angeht. Es kann doch nicht sein, daß diese Partei vergißt, daß sie die Schlupflöcher, die im Steuerrecht bestehen, abschaffen wollte und gleichzeitig den Spitzensteuersatz und den Eingangstarif senken wollte. Das muß doch als Einheit vorgetragen werden, damit wir auch die Sensibilität für die soziale Gerechtigkeit draußen deutlich erkennen lassen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die SPD in Nordrhein-Westfalen - das sind zwei Parteien in einer, das ist der Streit innerhalb einer Partei, und das ist der Streit Rot-grün. Ich denke, daß es uns in den nächsten Monaten gelingen kann, das in der ganzen Bundesrepublik noch mehr als bisher bekannt zu machen.

Wir stehen für Kompetenz. Wir stehen für Bodenhaftung. Wir stehen für Einigkeit. Dieser Schulterschuß muß heute erfolgen, damit wir nicht nur die Bundestagswahl gewinnen, sondern auch in den Ländern die Mehrheiten wieder zurückerobern. Meine Damen und Herren, wir setzen auf Sieg und nicht auf Platz.

(Beifall)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Jetzt hat der stellvertretende Bundesvorsitzende, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, das Wort.

Dr. Norbert Blüm (mit Beifall begrüßt): Meine lieben Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Escher, ich meine, der Respekt gebietet es, daß wir den Dialog auch öffentlich führen. Ich sehe das sportlich. Wir sind eine offene Partei. Wer nur Harmonie will, muß in den Gesangverein gehen. Hier muß auch richtig zur Sache gesprochen werden. Insofern: herzlich willkommen!

Ich bin auch kein Musterknabe. Ebenso steht es mir nicht zu, Zensuren zu erteilen. Ich gehe aber schon der Frage nach - diese muß uns beschäftigen -: Wieso entsteht eigentlich der Eindruck von Stillstand? Man darf nie mit sich zufrieden sein. Denken Sie nicht etwa, ich singe jetzt: Heiapopeia, es ist alles in Ordnung. - So nicht! Blicken wir aber nur einmal auf die letzten 18 Monate zurück. Ich komme aus der Werkstatt der Reformen. Dort bin ich Vorarbeiter. Ich habe im Vorfeld gehört, wir würden dort in der Werkstatt nur auf dem Chaiselongue setzen. In meiner Reformwerkstatt steht kein Chaiselongue. Dort werden eher die Fensterscheiben eingeworfen.

(Beifall)

Von denen, die gesagt haben, wir hätten zuwenig reformiert, habe ich noch niemanden auf dem Marktplatz gesehen, wenn es Rambazamba gab.

(Beifall)

Wo ich hinkomme, wird von den Leuten immer gesagt, es gäbe zuviel an Reformen. Es könnte auch sein, daß diejenigen, die sagen, wir hätten zuwenig an Reformen, gar nicht wissen, was wir alles getan haben. Ich zähle aus dem Handgelenk heraus einmal ein paar Projekte aus der Werkstatt, in der ich zusammen mit vielen anderen Vorarbeiter bin, auf: AFG-Reform - fast unter Datenschutz -: Zumutbarkeit verschärft, neue Instrumente; Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik, Arbeitslosenhilfereform, Schlechtwettergeld, Entsendegesetz, Altersteilzeit, Frühverrentung. All das stammt aus den letzten 18 Monaten. Glaubt ihr etwa, die SPD würde unsere Reformen unter die Leute bringen? Soweit geht deren Nächstenliebe nicht. Das müssen wir also schon selber tun.

(Beifall)

Ich singe, wie gesagt, nicht: Heiapopeia, es ist alles in Ordnung. - Ich gehe statt dessen nochmals einigen Fragen nach. Warum entsteht der Eindruck, daß sich nichts bewegt? Könnte

es damit zusammenhängen, daß auch eine gewisse Hast entstanden ist? Ich habe als Kind gelernt: ein Klob nach dem anderen. Heute stellen wir manchmal fest: Wenn der erste Klob noch nicht gegessen ist, soll der zweite schon verdaut und der dritte bereits auf der Gabel sein.

Ich nenne weiterhin das Wachstum- und Beschäftigungsförderungsprogramm. Wir haben den Kündigungsschutz gelockert. Das ist mir nicht leichtgefallen. Sinn und Zweck war, Arbeitsplätze zu schaffen. Sinn und Zweck sind in den Köpfen der Leute, zum Beispiel bei den Handwerksmeistern, noch gar nicht angekommen, da fordert der Wirtschaftsrat schon eine weitere Lockerung des Kündigungsschutzes. Liebe Leute, wollen wir denn ein Alibi dafür schaffen, daß weiter abgewartet wird? Ein Unternehmen, das bei der Vorstellung eines neuen Modells sagt, in vier Wochen werde wieder ein neues Modell vorgestellt, setzt das neue Modell nicht ab. Wir brauchen also auch eine gewisse Konzentration auf Reformaufgaben. Sonst könnte es passieren, daß man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht.

Herr Escher, den größten Mangel sehe ich in folgendem: Wir haben kein Defizit an neuen Ideen. Wir haben ein Defizit an Umsetzern. Wir haben zuviel Besprecher und zuwenig Bearbeiter.

(Beifall)

Wodurch wird flexible Arbeitszeit in Deutschland behindert? Welches Gesetz behindert sie? Nennen Sie mir ein Gesetz! Warum gibt es bei uns weniger Teilzeitarbeitsplätze als in Holland? Das kann nicht an Paragraphen liegen. Es liegt an Zementköpfen.

(Beifall)

Diese kann ich durch Paragraphen leider Gottes nicht abschaffen. Dies ist die zweite Lehre. Es ist eine merkwürdige Schizophrenie: Die Leute erwarten von der Politik immer weniger und verlangen von den Politikern immer mehr. - Politik kann nicht alles. Insofern teile ich Ihre Ansicht, Herr Escher. Bitte schenken Sie mir Ihre geschätzte Aufmerksamkeit - oder auch nicht; Sie können meine Ausführungen im Protokoll ja nachlesen.

(Beifall)

Ich finde, daß wir Politik nicht nur auf der Ebene der Paragraphen betreiben dürfen. Es ist auch Ausdauer nötig. Das größte Reformdefizit ist eine gewisse Flatterhaftigkeit. Ich habe als Werkzeugmacher gelernt, ein Werkstück erst aus dem Schraubstock zu nehmen, wenn es fertig ist. Wenn in Bonn nicht alle 24 Stunden ein neuer Vorschlag gemacht wird, bricht aber geradezu Langeweile aus. Das macht die Leute doch verrückt. Bleibt doch einmal bei einem Thema! Bearbeitet es gewissermaßen erst einmal im Schraubstock, und zwar auch gegen Widerstände!

(Beifall)

Angesichts mancher Besprecher komme ich mir vor wie die elf Spieler von Borussia Dortmund, die im Moment nicht sehr gut in Form sind. Wenn sie spielen, sitzen 40 000 Bundestrainer auf den Tribünen, die alles besser wissen. Es geht doch aber um das Mitspielen. Gleiches gilt für den Bereich der Unternehmen. Wir brauchen jetzt Unternehmer, die etwas unternehmen. Das Gebot der Stunde lautet, Arbeitskräfte einzustellen.

(Beifall)

Wenn wir wirklich an einer Weggabelung stehen, muß jeder wissen, daß die Schlacht nicht in Südostasien, sondern hier in der Bundesrepublik Deutschland, am Standort Deutschland geschlagen wird.

(Beifall)

Im übrigen scheint mir jene Pantherlandschaft, die als Traumland für Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausgegeben wird, so schön gar nicht zu sein. Ich fürchte, viele, die das Bild von dem Traumland mit niedrigen Löhnen malen, würden ihre Kinder nicht nach Südostasien schicken, weil sie dort in Staub, Umweltschmutz und Dreck verkommen würden. Diese Länder sind nicht meine Vorbilder.

(Beifall)

Nun frage ich: Gibt es lohnende Ziele? Herr Escher, ich bin mit Ihnen wiederum der Meinung - Herr Escher, ich habe es aufgegeben. Ich bin mit vielen Kritikern der Meinung: Wir brauchen große Ziele. Auch ich sehe die Gefahr, daß wir uns sonst im Klein-klein verheddern. Ist es nicht das größte Ziel in diesem Jahrhundert, für die deutsche Einheit und für die europäische Einigung zu arbeiten? Es ist das beste Projekt, für das wir in diesem Jahrhundert jemals geschwitzt haben.

(Beifall)

Es geht darum, daß in Europa Grenzen fallen. Mit Jammern schaffen wir dies nicht. Es geht nicht nur um den Euro oder ein paar Bilanzen. Es geht vielmehr um eine Gesellschaft mit Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit in Europa. Es ist die schönste und beste Aufgabe, die Deutsche in diesem Jahrhundert vor sich hatten, für dieses Ziel alle Kräfte zu mobilisieren.

(Beifall)

Ob wir versagen werden, werden spätere Generationen zu klären haben.

Ich glaube weiterhin, daß wir klarmachen müssen: Beschaulichkeit und Rastplätze bietet die Gesellschaft nicht. Die Herausforderung auf Grund der Globalisierung ist wahrscheinlich so groß wie die Herausforderung vor 200 Jahren beim Übergang von der Agrargesellschaft zur Industriegesellschaft. Meine lieben Freunde, diesmal haben wir aber einen Sozialstaat. Er kann uns vor jenem Leid bewahren, das Europa vor 200 Jahren erschüttert hat. Ich erinnere an die Weberaufstände und das seinerzeitige Elend. Insofern ist der Sozialstaat nicht nur Klotz am Bein. Vielmehr erlaubt er einen friedlichen Wandel. Der Sozialstaat muß zwar umgebaut werden, aber wir brauchen ihn. Wir sind die Christdemokraten. Wir heißen nicht FDP und auch nicht SPD.

(Beifall)

Was ist Sinn und Zweck unserer Anstrengungen? Meinen Sie, es hätte mir Spaß gemacht, die Lohnfortzahlung einzuschränken? Der Grund für diese Einschränkung war, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Die größte Ungerechtigkeit ist, keine Arbeit zu bekommen. Die größte Ungerechtigkeit für 15- oder 16jährige ist, keinen Ausbildungsplatz zu bekommen. Die größte Ungerechtigkeit ist, 50jährige schon auszuschließen. „Freisetzen“ ist ein zynisches Wort. Dieser Begriff beinhaltet das Wort „frei“. „Frei“ ist etwas Gutes. „Freisetzen“ bedeutet aber „hinausschmeißen“.

Das ist die größte Ungerechtigkeit, und deshalb unsere Reformen für mehr Arbeit. Das hat etwas mit Selbständigkeit zu tun und nicht nur mit Selbständigkeit der Unternehmer, sondern auch mit selbständigen Arbeitnehmern.

Jetzt zum Thema Rentenversicherung, nur ganz kurz. Wissen Sie, da bin ich gar nicht so pessimistisch. Die Großeltern wissen alle, daß sie ihre Enkel nicht überfordern dürfen. Großeltern sind ja herkömmlicherweise eher in der Gefahr, die Enkel zu verwöhnen. Ich sage das aus empirischen Befunden. Die Gefahr also, daß Großeltern gegenüber der Enkelgeneration rücksichtslos sind, sehe ich nicht. Wir können in der Rentenversicherung nur weiterkommen durch Generationensolidarität, wenn die Alten auch einsehen, daß die Jungen nicht Beiträge zahlen können, unter denen sie zusammenbrechen.

Und keine Rente wird gekürzt. Das ist sozialdemokratische Angstmacherei. Aber sie steigt nicht mehr so. Und alles in allem haben wir doch einen Rentnerwohlstand, wie es keinen zweiten in der Welt gibt. Es gibt bei uns auch Armut, aber kein Massenelend, auch nicht in den neuen Bundesländern. Bei Honecker 16 Milliarden Ost-Mark, heute für das gleiche Gebiet und bei der gleichen Zahl von Rentnern 79 Milliarden D-Mark! Also, auch wenn einer in der Gesamtschule war: 79 Milliarden D-Mark sind mehr als 16 Milliarden Ost-Mark. Da kann doch niemand sagen, es wäre nicht besser geworden.

(Beifall)

Ich muß dazusagen: Diese Generation ist allerdings auch eine Generation - Helmut Kohl hat heute morgen davon gesprochen -, die viel mitgemacht hat. Ich wünsche der jungen Generation von ganzem Herzen, daß sie nie mehr solche Lasten tragen muß, wie sie ihre Eltern und Großeltern tragen mußten. Ich wünsche der nachwachsenden Generation, daß sie nie mehr aus Kriegen heimkehren muß, daß sie nie mehr ein Land von Trümmern befreien muß. Ich wünsche ihr, daß sie sich nie mehr von Diktaturen befreien muß. Zum ersten Mal wächst hier in Deutschland eine junge Generation heran, die alle Chancen hat, nie mehr Krieg, nie mehr Diktaturen erleben zu müssen. Das ist die allergrößte Chance in diesem Jahrhundert, und laßt uns doch mal über Chancen sprechen!

(Beifall)

Etwas zur Pflegeversicherung. Ich meine, wir dürfen unsere Politik nicht nur mit Mark und Pfennig klarmachen. Der größte Erfolg der Pflegeversicherung ist, daß die Zahl der Anträge auf Heimunterbringung zurückgeht. Die Menschen können wieder - mehr jedenfalls als vorher - auch im Alter in ihren vier vertrauten Wänden bleiben, wo sie ein ganzes Leben wohnten, weil die Familie unterstützt wird. Das ist Subsidiarität: den einzelnen nicht allein lassen, sondern ihn in die Lage versetzen, mit seiner Familie sein Leben zu meistern. Das ist in meinem Sinne auch Sozialstaat, der nicht verstaatlicht, sondern Selbstinititative stützt.

Solange Ost-West-Konkurrenz war, war ein Teil der Legitimation des westlichen Systems seine Überlegenheit. Es könnte sein, daß manche glauben, weil der Sozialismus zusammengebrochen ist, sei jetzt die Zeit des Kapitalismus gekommen. Das halte ich für einen historischen Irrtum. Gekommen ist die Zeit der sozialen Marktwirtschaft und nicht der Ellenbogenwirtschaft.

(Beifall)

Jeder Wandel ist eine Mischung zwischen Erhalten und Verändern. Unsere Aufgabe Weg muß es sein - links die Betonwand derjenigen, die nichts verändern wollen, rechts der Abgrund derjenigen, die alles zerschmettern wollen -, den Weg dazwischen zu bauen, von zwei Seiten angegriffen zu werden. Das ist der Weg der Mitte.

Manchmal wird geglaubt, CDU sei bequem, so ein bißchen Mitte, von allem etwas. Nein, CDU heißt, den Weg der Ausgewogenheit in einer Zeit großer und starker Veränderungen zu gehen. Da brauchen die Leute auch Zutrauen. Was haben wir nicht alles - das sage ich mit großem Respekt - den Bürgern in den neuen Ländern an Veränderungen zugemutet! Was haben sie über Nacht auf sich nehmen müssen. Sage doch niemand, Deutschland sei nicht veränderungsfähig! Die größte Veränderung war 1990. Wir reden gar nicht mehr darüber, was Menschen da bewerkstelligen mußten, etwa in Bitterfeld. Wenn ich an Rheinhausen in Westdeutschland denke, da hat ganz Westdeutschland gekracht. Das aber war mit den Umständen in den neuen Bundesländern überhaupt nicht vergleichbar. Laßt uns doch auch mal unseren Respekt gegenüber den Leuten sagen, die nicht resignieren, die nicht aufgeben, sondern die mit uns auf den Weg in eine bessere Zukunft gehen!

(Beifall)

Diese gesinnungsethischen Libretti kann auch ich singen. Aber es kommt immer darauf an: Was tun? Wir in der Politik und erst recht in der Regierung müssen sagen, was zu tun ist.

Lieber Herr Müller, bei dem gleichen Gewicht - na, ich bin ein bißchen schwerer, war aber auch ganz sportlich -: Habe ich Sie da mißverstanden? Sagten Sie, man müßte sich eventuell in der Opposition regenerieren? Ich muß sagen: Solange ich Politik mache, will ich in der Regierung sein, weil ich gestalten will.

(Lebhafter Beifall)

Das ist ja auch ganz schön. Sonst wäre ich Professor geworden, das wäre auch ganz gut. Nein, ich will gestalten. Eine Partei, die nicht die Mehrheit haben will, muß sich aufgeben. Wer nicht den Willen zur Gestaltung hat, auch im Kompromiß - der fällt auch mir nicht leicht -, muß sich aufgeben. Die Geschichte der letzten 100 Jahre ist weniger von denjenigen gefährdet worden, die kompromißfähig waren, sie ist von denjenigen gefährdet worden, die gesagt haben: Entweder wie ich will oder gar nicht. Da finde ich eher: Ein bißchen mehr ist besser als gar nichts. Schritt für Schritt, aber mit aller Kraft!

Wir wissen doch beide aus Landesverbänden, die lange Zeit in der Opposition sind: Opposition ist nichts Unehrenhaftes, aber erstrebenswert ist sie nicht. Ich kann sie auch nicht als einen Vitalitätspfad erkennen, weder bei uns noch bei Ihnen.

(Beifall)

Ich glaube, spannend für alle CDU-Mitglieder sind so Personalquatschereien: die Alten und die Jungen. Na, ich kenne Alte, die sind jung, und ich kenne Junge, die sind alt.

(Beifall)

Das kann sehr interessant sein. Ich fürchte nur, der Arbeitslose hier in Leipzig heute morgen vor der Kirche, der interessiert sich weniger für unser Personalgequatsche, der interessiert sich dafür, ob wir eine Antwort auf seine Sorgen haben oder nicht. Alles andere sind Blähungen.

(Beifall)

Und dann wollen wir uns doch hier mal zusammen mit der SPD beschäftigen - das ist heute morgen schon gesagt worden. Wir haben einen Kanzler und einen Kandidaten, und das ist derselbe Mann. Die SPD weiß überhaupt nicht, wen sie zum Kandidaten machen will. Wie komme ich dazu, Schmiere zu stehen, damit das der Öffentlichkeit nicht auffällt?

(Heiterkeit und Beifall)

Und sie eignen sich doch beide zum Angriff. Der Herr Lafontaine - das muß ich doch hier in Leipzig nicht sagen - hat doch jahrelang bei Honecker auf dem Schoß biwakiert.

(Heiterkeit und Beifall)

Das könnt ihr doch alles nicht vergessen. Und Herr Schröder ist doch der größte Bauchredner aller Zeiten. Er erklärt jetzt bei den Senioren: „Es muß ganz klar gesagt werden, daß wir bei den sozialen Leistungen nicht mehr draufsatteln können.“ Hurra! Agenturmeldungen: Großen Beifall erhielt diese Rede. Aber was nützt mir sein Gerede von „nicht mehr draufsatteln“? Die ganze SPD-Bundestagsfraktion ist eine einzige Draufsattlerei. Der Herr Dreßler hat mehr Sättel als Pferde.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Dann lese ich: Schröder bei den Unternehmern. Ich kann mir schon die glänzenden Augen vorstellen, wie dieser Nadelstreifen tragende, Havannas rauchende junge Mann die Unternehmer mit der Forderung beglückt: „Die Zumutbarkeit muß voll ausgeschöpft werden.“ Diese Zumutbarkeit, die heute gilt, im April 1997 beschlossen, ist von ebendieser SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt worden. Bin ich denn verrückt? Der wird vom Beifall der Unternehmer getragen für Sachen, die die SPD im Bundestag abgelehnt hat. So ist das.

(Beifall)

Denken die denn, wir hätten Gedächtnisschwund? Da sagt Scharping - Lafontaine; man wechselt ja schon das Personal -

(Heiterkeit)

die Arbeitsmarktpolitik müsse regionalisiert werden - das ist das Wesen des AFG; ab 1998 haben die Arbeitsämter vor Ort mehr Möglichkeiten - fordert Lafontaine. Die SPD-Bundestagsfraktion hat es abgelehnt. Liebe Leute, beschäftigt euch doch nicht mit euch selber, wir müssen diese Widersprüche unter die Leute bringen. Wahlkampf ist kein Schmusen.

(Beifall)

Und dann mache ich das auch wirklich alles mit. Ich habe in der Tat eine Vorstellung, wie die Gesellschaft aussehen soll, die ich meinen Kindern und Enkeln hinterlasse. Es ist nicht die Gesellschaft der Individualisten, es ist auch nicht der Kollektivismus. Die hatten beide Zeit, zu zeigen, was sie auf der Welt können. Es geht um den Weg in der Mitte.

Ich bin vor vielen Jahren, nicht aus Zufall in die CDU eingetreten. Die SPD war mir zu kollektivistisch, zu staatlich. Und ehrlich gesagt - keine Koalitionskrise -, die FDP war mir zu extravagant. Dazwischen liegt das ureigene Profil der CDU als eine Partei, wo es auch Ramba-zamba gibt und Diskussionen, aber wenn es gilt, müssen wir kämpfen. Wir brauchen eine Partei, die offen ist für Diskussionen - da fallen niemandem Zacken aus der Krone -, die auch kämpft um die Vorstellung einer verantwortlichen Gesellschaft, einer Gesellschaft mit Solidarität, nicht eine Gesellschaft nur mit Ellenbogen. Meine Gesellschaft wäre das nicht, auch nicht eine Gesellschaft, die unter staatlicher Vormundschaft steht. Ich möchte nicht eine rund um die Uhr betreute Gesellschaft. Das Soziale hat nicht nur etwas mit Geldverteilen zu tun, worum die ganze Zeit gestritten wird. Es hat vielmehr etwas mit Gesinnung zu tun, mit einer familiären Gesinnung in einer globalisierten Welt. Ich bin ganz sicher, es wird auch wieder die Sehnsucht geben, zurückzukehren in die kleinen überschaubaren Räume. Wenn die ganze Welt verkabelt ist und wenn Rüttgers alles ans Internet angeschlossen hat, dann werden die Leute wieder Sehnsucht haben, mit dem Nachbarn ein Bier zu trinken, dem Freund die Hand zu schütteln.

(Beifall)

Das ist eine bunte Mischung aus konservativen Sehnsüchten und der Bereitschaft, nicht faul auf dem Sessel sitzenzubleiben, sondern in der Reformwerkstatt, wenn es auch zieht und wenn die Scheiben manchmal zertrümmert sind, hart und energisch weiterzuarbeiten.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Christine Lieberknecht, Tagungspräsidium: Lieber Norbert Blüm, Sie haben es gespürt, der Parteitag dankt Ihnen für diesen Beitrag, aber auch für eine Arbeit, die Sie seit Jahr und Tag für die Christlich Demokratische Union leisten. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifeunde, damit sind die Wortmeldungen abgearbeitet. Ich danke noch einmal allen Rednern, die sich an dieser Aussprache beteiligt haben. Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 11 auf:

**BERICHT DER BUNDESSCHATZMEISTERIN DER CDU DEUTSCHLANDS,
BRIGITTE BAUMEISTER, UND VORLAGE DES
RECHENSCHAFTSBERICHTES 1995 GEMÄSS § 23 ABS. 2 PARTEIENGESETZ**

Der von der Bundesschatzmeisterin vorgelegte Bericht für das Rechnungsjahr 1995 ist mit den Tagungsunterlagen verteilt worden. Damit ist unserer Satzung nach § 29 Abs. 4 Genüge getan. - Ich frage, gibt es Wortmeldungen dazu. - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte nicht versäumen, unserer Bundesschatzmeisterin, Frau Brigitte Baumeister, ganz herzlich für ihre engagierte und erfolgreiche Arbeit zu danken. Sie haben ein schweres Amt, haben es aber großartig gemeistert. Vielen Dank, Frau Baumeister.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, der nächste Punkt ist der Tagesordnungspunkt 14, das Forum „Sieben Jahre Deutsche Einheit“. Wir werden mit diesem Forum in 15 Minuten beginnen. Die Leitung wird dann Dr. Christoph Bergner übernehmen. Seien Sie bitte um 15.30 Uhr wieder pünktlich im Saal.

(Unterbrechung von 15.16 bis 15.50 Uhr)

Plenums-Forum
Sieben Jahre Deutsche Einheit
Beginn: 15.50 Uhr

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte alle zum Forum „Sieben Jahre Deutsche Einheit“ herzlich einladen. Es gibt Bezüge zu unserem Thema, und es gibt Bezüge zu Ort und Zeit. Die Bezüge zum Thema sind, so glaube ich, offensichtlich. Vollendung der inneren Einheit und Bewältigung der Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts gehören zusammen. Einheit und Erneuerung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Ich möchte aber auch auf die Beziehungen zu Zeit und Ort hinweisen. Vor acht Jahren, fast auf den Tag, im Oktober 1989 erreichten die Montagsdemonstrationen gegen das SED-Regime hier in Leipzig Ausmaß und Kraft, den Machtapparat der Staats- und Parteiführung der DDR zu überwinden. Von Leipzig aus erhielt die friedliche Revolution des Herbstes 1989 ihre wichtigsten Impulse.

Sieben Jahre deutsche Einheit - heute steht die Frage im Raum: Wer, welche politische Kraft in Deutschland kann sich heute glaubwürdig in die Tradition des Herbstes 1989 stellen? Sind es diejenigen, die in Erfurt über Bündnisse mit den SED-Nachfolgern beraten und gescheiterte sozialutopische Träume zum Maßstab für die Politik im 21. Jahrhundert machen? Sind es diejenigen, die heute vor der Nikolaikirche mit Bezug auf Montagsdemonstrationen gegen unsere Anwesenheit demonstrierten?

Liebe Freunde, es ist von hoher Symbolkraft, daß gerade im letzten Jahr namhafte Bürgerrechtler aus anderen Parteien den Weg in die CDU gesucht und gefunden haben.

(Beifall)

Für uns, die CDU Deutschlands, sollte das nicht nur Anlaß zu Bestätigung und Genugung, sondern vor allem zu Verpflichtung sein, und zwar Verpflichtung, an die Aufbruchstimmung des Herbstes 1989 anzuknüpfen, den Mut zur Veränderung weiterzutragen und in Bindungen an das christliche Menschenbild die Grundwerte der freiheitlichen Gesellschaft gegen Ignoranz, Verleumdung und Relativierung zu verteidigen.

Ich freue mich deshalb und kündige Ihnen an, daß sich für unser Forum „Sieben Jahre Deutsche Einheit“ Gäste zu Wort gemeldet haben. Namhafte Bürgerrechtler, Vera Lengsfeld und Ehrhart Neubert, werden sprechen. Wir sind auf ihren Beitrag gespannt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nicht zufällig nenne ich im Zusammenhang mit den Bürgerrechtlern einen weiteren Redner unseres Forums, den Dichter Reiner Kunze.

(Beifall)

Seine Lesungen in der Studentengemeinde Halle Anfang der 70er Jahre sind mir und meinen Freunden in bleibender Erinnerung geblieben. Seine Gedichte, deren Abschriften wir heimlich weitergaben, haben uns Orientierung und Anstoß geliefert, uns nicht der Anpassung an die

allgegenwärtige Staatsmacht zu überlassen. Deshalb freue ich mich, daß Reiner Kunze über das geistige Klima in Deutschland zu uns sprechen wird.

(Beifall)

Sieben Jahre deutsche Einheit - wir haben es heute wiederholt gehört: Die staatliche Einheit war nur möglich, weil im Westen CDU und CSU in den Jahrzehnten der Teilung am Ziel der deutschen Einheit festgehalten haben. Die Botschaft von damals gilt noch heute: Die CDU geht von der Zusammengehörigkeit aller Deutschen aus und wird dies auch zukünftig tun.

Ich freue mich deshalb besonders über eine Wortmeldung eines Mannes, eines wichtigen Repräsentanten unserer Partei, der nicht nur die Generation vertritt, die die Klammer unserer Geschichte über die Zeit der Teilung liefert und der sicher nicht nur für mich in besonderer Weise dafür steht, Ziel und Anliegen der deutschen Einheit energisch gegen die Wirren und Angriffe des Zeitgeistes der alten Bundesrepublik verteidigt zu haben. Ich freue mich auf den Redebeitrag von Dr. Alfred Dregger.

(Beifall)

Sieben Jahre deutsche Einheit - das bedeutet eine ungeheure Aufbauleistung, die von der Solidarität vieler Menschen im Westen und der Umstellungs-, Anpassungs- und Veränderungsbereitschaft vieler Menschen im Osten getragen wurde. Ich bin dankbar, daß sich Redner zu Wort gemeldet haben, die an diesem Aufbauprozeß besonderen Anteil hatten: ein Kommunalpolitiker der ersten Stunde hier aus Leipzig, Peter Kaminski, der im nächsten Jahr bei der Oberbürgermeisterwahl für die CDU antritt. Ich freue mich sehr, daß er bei uns ist;

(Beifall)

Manfred Thiele, ein Landwirt des Freistaates Sachsen, der Sächsische Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie und andere, die über ihre Erfahrungen berichten wollen.

Liebe Freunde, im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit wird richtigerweise festgestellt, daß sich der Einigungsprozeß in materieller Hinsicht zwar in zum Teil atemberaubendem Tempo vollzogen hat, die innere Einheit, die Angleichung der Mentalitäten und der politischen Kultur, die Entstehung einer Wertegemeinschaft aber sehr viel langsamer verläuft. Umfragen und Beobachtungen bestätigen dies. Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? Halten wir es mit Egon Bahr, der uns kürzlich geraten hat, vom Ziel der inneren Einheit Abstand zu nehmen und es durch Toleranz im Umgang zu ersetzen? Ich glaube, das kann nicht Absicht der CDU sein.

(Beifall)

Es kann nicht unser Ziel sein, Entfremdungen und Vorurteile zu kultivieren. Es muß unser Ziel bleiben, das Zusammenwachsen zu fördern. Deshalb freue ich mich, daß sich unter der Überschrift „Entwicklung der Mentalitätsunterschiede in Deutschland“ Michael Hahn als stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union und Joachim Gauck zu Wort gemeldet haben. Ich freue mich und bin gespannt auf diese Beiträge.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, dieses Forum findet in einer Zeit statt, in der die Angleichung der Lebensverhältnisse als Ziel in die Ferne zu rücken scheint, weil Wachstumsprognosen negativer ausfallen und weil die Wachstumsraten im Jahr 1997 in den neuen Bundesländern geringer sind als die in den alten Bundesländern. Folgende Frage stellt sich: Wie können wir die Angleichung an die Verhältnisse West mit dem großen Ziel des Meisterns der Herausforderungen im 21. Jahrhundert verbinden? Ist der Osten nicht geradezu berufen, Vorreiter des deutschen Reform- und Modernisierungsprozesses zu sein? Sind die Menschen in den neuen Ländern, die bodenstürzende Veränderungen hinter sich haben, nicht vielleicht sogar besonders befähigt, sich in diesen Prozeß aktiv einzubringen?

Ich freue mich über die Wortmeldung meines Kollegen Eckhardt Rehberg, der diese Überlegungen mit seiner Denkschrift „Identitätsgewinn beim Aufbau Ost“ vor einiger Zeit aufgegriffen hat. Ich denke, daß auch er einen interessanten Diskussionsanstoß geben wird.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich hoffe, daß wir am Nachmittag dieses Parteitages nach zugegeben aufregenden Diskussionen zu der Konzentration und Aufmerksamkeit finden, die dieses Themas - sieben Jahre deutsche Einheit - würdig sind.

Wir dürfen zuerst, wie im Programm angekündigt, zwei Politikerinnen aus unserer Mitte das Wort geben, die etwa zur gleichen Zeit, aber in unterschiedlichen Teilen Deutschlands geboren wurden, die ihre spezifischen Erfahrungen einbringen und sich nun gemeinsam für die Politik der Union im vereinten Deutschland einsetzen. Wir beginnen unser Forum mit dem Referat von Angela Merkel und mit dem Referat von Annette Schavan. Wir werden dann mit den Beiträgen der Bürgerrechtler und dem Beitrag von Reiner Kunze anknüpfen. Wir werden die Frage der Mentalitätsunterschiede erörtern; wir werden die Problematik und die Erfahrungen des Aufbaus und die Konsequenzen daraus bedenken.

Es gehen laufend Wortmeldungen ein. Ich denke, wir können eine gute, eine interessante und eine zukunftsweisende Diskussion erleben. Ich freue mich auf diese Diskussion und erteile Angela Merkel das Wort.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel: Lieber Christoph Bergner! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wo Frau Schavan geboren ist. Ich bin in Hamburg geboren, habe dort allerdings nur sechs Wochen verbracht; denn mein Vater hatte schon vor meiner Geburt entschieden, daß er als evangelischer Pfarrer in die DDR gehen wollte. Die brauchten auch seelischen Beistand. Insofern bin ich dann in der DDR aufgewachsen.

Liebe Freunde, ich finde es gut, daß wir uns heute nachmittag unter dem Thema „Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten“ Zeit nehmen, über die Tatsache von sieben Jahren Wiedervereinigung miteinander zu sprechen. Diese sieben Jahre waren von Grund auf verändertes Leben für 16 Millionen, aber im Grunde auch für 80 Millionen Deutsche. Wir alle haben sie voller Dankbarkeit, voller Freude erfahren. Wir alle können auch ein bißchen froh darüber sein, daß manches heute schon Normalität ist, wenn wir uns begeben.

Ich möchte allerdings für mich sagen, daß sieben Jahre nach der deutschen Einheit immer noch Dinge passieren, die ich mir vor sieben Jahren nicht ausgemalt hätte. Im Frühjahr dieses Jahres wurde ich von der „Leipziger Volkszeitung“ gebeten, in einem Streitgespräch mit dem sachsen-anhaltinischen Ministerpräsidenten über die Frage zu diskutieren: War die DDR ein Unrechtsstaat, ja oder nein? Liebe Freunde, für mich war und ist die Antwort völlig klar: Die DDR war ein Unrechtsstaat. Ich bin sehr froh, daß sie so auch in die Geschichtsbücher eingeht.

(Beifall)

Man muß wirklich schon unter grandioser Vergeßlichkeit leiden, wenn man die Staatssicherheit und Bautzen vergißt, wenn man vergißt, wie viele Briefe geöffnet wurden, wie Wohnungen abgehört wurden, wie Menschen keine beruflichen Chancen hatten, weil sie anders dachten, als es befohlen war, weil sie Christen waren, wie die Ungerechtigkeiten von der Schule bis ins Berufsleben den Alltag vieler Menschen bestimmt haben. Wer wie Herr Höppner diese Frage nach dem Unrechtsstaat DDR heute nicht mehr mit einem klaren Ja beantworten kann, der verniedlicht und verkleinert die historische Rolle des real existierenden Sozialismus.

(Beifall)

Herr Höppner gehört bekanntlich der SPD an. Die SPD schickt sich an - natürlich sind wir auf einem Parteitag der CDU, aber ich muß das gleichwohl sagen -, hier wieder einen historischen Fehler zu machen, nämlich denen, die im Grunde keine demokratische Gesellschaft wollen, damit Tür und Tor zu öffnen.

(Beifall)

Durch die Beantwortung der Frage „War die DDR ein Unrechtsstaat?“ mit Nein wird die PDS nämlich geradezu ermutigt, ungeniert von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zu reden, ohne sich selber von der SED zur PDS richtig reformiert zu haben. Liebe Freunde, wer den Verfassungsschutz abschaffen will - und das will die PDS -, wer die Bundeswehr abschaffen will, wer Soldaten als Mörder beschimpft, der will im Grunde nichts anderes, als diese Bundesrepublik Deutschland über taktische Finessen in ihrem Wesenskern zu verändern.

(Beifall)

Und diejenigen, die mit der Unterzeichnung der „Erfurter Erklärung“ denen von der PDS Beistand geleistet haben, müssen sich ganz besonders fragen, wessen Spiel sie spielen.

(Beifall)

Daß dazu Intellektuelle aus Westdeutschland - wie Günter Grass und Walter Jens -, die ich in meiner Jugend geachtet habe, gehören, stimmt mich besonders traurig, weil es der deutschen Geschichte ein Blatt zufügen wird, was sie eigentlich nicht verdient hätte.

Eine meiner schwierigsten Erfahrungen im Zusammenhang mit der deutschen Einheit war vielleicht, daß linke Illusionäre aus dem Westen, die niemals eine Mehrheit für ihre Thesen gefunden haben, ziemlich bald nach der Wende versucht haben, uns eine ganz andere Bundesrepublik überzustülpen, als wir sie für uns gewollt haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Menschen in Leipzig und in vielen anderen Städten der früheren DDR haben gewußt, daß sie die bestehenden Grundwerte und das Grundgesetz dieser Bundesrepublik Deutschland wollten. Diesem Grundgesetz sind sie beigetreten, und deshalb brauchen wir nach 40 Jahren Diktatur in diesen Fragen wirklich keine Fremdbestimmung von linken Ideologen.

(Beifall)

Die Tatsache, daß wir in der „Leipziger Volkszeitung“ über diese Frage in dieser Ausführlichkeit sprechen und mich zu meinem Beitrag „Ja, die DDR war ein Unrechtsstaat“ sehr viele Leserbriefe erreicht haben, muß aber noch einen anderen Hintergrund haben. Und sie hat einen anderen Hintergrund, den wir ernst nehmen müssen. Weil die DDR als System ein Unrechtsstaat war, quält viele Menschen heute die Frage: Was ist mein Leben in diesem Staat eigentlich wert gewesen? Muß ich nicht alles in die Ecke stellen? Habe ich etwas Wertvolles in diesem Leben gehabt? Ich glaube, wir müssen noch stärker deutlich machen, daß die DDR zwar durch den Staat und sein System vieles bestimmt hat. Aber die Bestimmung über das menschliche Leben war glücklicherweise nicht vollkommen.

Auch wir haben Feiertage und Familienfeste erlebt. Wir hatten gutgelaunte und schlechtgelaunte Eltern, wir hatten Streit, Freude und Trauer. Wir haben schöne Spaziergänge und gute Urlaube gehabt. Ich habe mein Leben oft mit dem meiner Cousinen aus Hamburg verglichen und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß auch die Kinder im Westen manchmal Sorgen hatten. Deshalb gibt es keinen Grund, das Leben in der früheren DDR zu vergessen.

(Beifall)

Ich glaube, eine der besten Erfahrungen, die es zu bewahren gilt, aus dieser Zeit ist, daß Millionen von Eltern in der früheren DDR versucht haben, ihre Kinder nach den elementaren menschlichen Grundsätzen zu erziehen und sich nicht der Staatsräson zu unterwerfen.

(Beifall)

Genau diese Erfahrung war für mich im übrigen ein Grund, der CDU beizutreten; denn ich glaube, mit der CDU steht eine Partei in der Regierungsverantwortung, die nicht versucht, das gesamte menschliche Leben durch die Politik und den Staat zu bestimmen, sondern bewußt Freiräume läßt und sagt: Wir wollen das menschliche Leben nicht in Schablonen pressen.

(Beifall)

Wir können stolz darauf sein, daß sich der Staat nicht an allen Ecken und Enden in das persönliche Leben einmischt. Die CDU hat den Allmachtsanspruch von Politik immer verneint, sie hat immer gesagt, Politik kann nicht das allein Sinnstiftende sein. Unsere christliche Tradition sagt uns ja gerade, daß wir in allem, was wir tun, relativ sind. Das war für mich ganz wichtig, als ich Mitglied der CDU wurde.

Liebe Freunde, wie war es im Oktober 1989? Millionen Menschen aus der früheren DDR waren zutiefst aufgewühlt, bis in die letzte Nervenspitze aufmerksam und aktiv, weil sich Ungeheuerliches ereignet hatte. Im Sommer hatten viele die DDR über Ungarn und die ehemalige CSSR verlassen. Im Spätsommer und im Herbst haben sich Parteien und Gruppen gebildet. Das bislang felsenfest scheinende Regime geriet plötzlich ins Wanken.

Die Menschen haben eine Erfahrung gemacht, die man im Leben wahrscheinlich nicht oft machen kann. Sie haben in der Realität erlebt, wovon man kaum zu träumen wagte: Sie konnten ihre Meinung laut und öffentlich sagen, wurden dafür nicht mehr diskriminiert. Alles, was man früher können mußte - zwischen den Zeilen lesen, auf Nuancen achten -, war vorbei. Man konnte sich laut äußern, ja man mußte es sogar tun, um gehört zu werden.

Da liegt nun auch schon wieder eines der Probleme, das wir haben. Natürlich war es schwierig, diese neuen Bedingungen sofort zu akzeptieren. Gerade vielen Menschen in der mittleren Altersgruppe fiel es eben nicht so leicht, von den leisen Tönen auf die lauten umzuschalten.

Viele gerade in der mittleren Altersgruppe waren enttäuscht, daß sie nun, wo es endlich die Freiheit gab, nicht so mitmachen konnten, wie sie sich das vorgestellt hatten, ganz besonders, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit, im beruflichen Bereich.

Wir müssen uns vor Augen halten, daß dort zwei Welten aufeinandergeprallt sind, daß Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensprägungen zusammenkamen: Polizisten aus Ost und West; Menschen, die in der NVA und in der Bundeswehr Dienst getan haben; Kombinatdirektoren mit Betriebsleitern aus dem Westen - wobei sich diese beiden Gruppen noch ganz gut verstanden haben; Arbeiter und Bauern aus Ost und West.

Im Grunde hatten wir doch nur Bilder voneinander. In der früheren DDR haben viele - das ist richtig - Westfernsehen gesehen. Aber wir hatten die Vorstellung eines ziemlich schlaffemlandähnlichen Daseins. Wer die Werbung von Pril oder Palmolive gesehen hat, hatte den Eindruck: Abwaschen im Westen ist keine Arbeit mehr. Und wir waren bitterlich enttäuscht, als sich plötzlich herausstellte, daß das Leben auch nach der deutschen Einheit weiter viele stupide, eintönige, relativ unerquickliche Tätigkeiten bot. Wir haben häufig auch übersehen, daß der Wohlstand im Westen hart und schwer und nur schrittweise erarbeitet war. Wir bekamen die Westpakete; welche Mühe, welcher Schweiß dahintersteckte, war oft nicht klar. Im nachhinein kann man nur sagen: Danke.

(Beifall)

Die CDU ist die Partei, die es geschafft hat, niemals der Versuchung zu erliegen, vor diesen Unterschieden in irgendeiner Weise zu kapitulieren oder auf sie gar in verschiedener Weise in Deutschland zu reagieren. Deshalb werden wir nicht zusehen, wenn der niedersächsische Ministerpräsident, der noch vor wenigen Jahren von der „beeindruckenden Persönlichkeit Erich Honeckers und Egon Krenz“ geschrieben hat, auf der einen Seite behauptet, es werde zuviel getan für die deutsche Einheit, der Westen müsse sich selber Geld bereitstellen, während er auf der anderen Seite in Ostdeutschland billige Polemik betreibt, indem er meint, die Menschen sollten mehr vom Wohlfahrtsstaat verlangen. Diese Doppelzüngigkeit werden wir nicht zulassen.

(Beifall)

Wir haben uns immer wieder der Mühe ausgesetzt, auf die unterschiedlichen Weisen des Herangehens die richtigen Antworten zu geben. Ich glaube, es ist manchmal auch gar nicht einfach: Ob es um den Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ geht, ob es um die Frage des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz geht, ob es um die Frage des Erhalts von Ar-

beitsplätzen in Ost und West geht - immer wieder stehen wir vor dem Problem, schwierigste Abwägungen vornehmen zu müssen.

Natürlich gibt es Themen, die geradezu spürbar als Diskussionspunkte zwischen uns stehen. Ich glaube, wir sollten sie auch offen benennen. Das Thema der Rente, das ich zu den gelungensten Lösungen für die Menschen in den neuen Bundesländern im Rahmen der deutschen Einheit betrachte, wird gerade unter Frauen, auch der alten Bundesländer, sehr kritisch diskutiert. Als ich Frauenministerin war, habe ich auf einer Versammlung einmal auf die Frage, ob es wahr sei, daß die Frauen in den neuen Bundesländern mehr Rente bekommen als in den alten, gesagt: Na klar, die haben ja auch gearbeitet.

(Vereinzelt Widerspruch)

Damals gab es einen viel böseren Sturm der Entrüstung als der, der hier nur ganz flau aufkommt, weil die Frauen im Westen mit recht gesagt haben: Was heißt hier, die haben gearbeitet? Was haben wir eigentlich getan? Wir haben Kinder erzogen, wir waren ehrenamtlich tätig, wir haben bei Schulaufgaben geholfen. Wir haben unseren Beitrag für diese Gesellschaft Bundesrepublik Deutschland geleistet. Deshalb kann man nicht einfach sagen, wir haben nicht gearbeitet.

An Hand dieses ganz bestimmten Punktes zeigt sich doch, daß die Frage, die uns auseinanderbringt, gar nicht jene ist, ob man für Erwerbstätigkeit - die bei den Frauen im Osten natürlich viel häufiger war - Rente zahlen soll. Vielmehr heißt die Frage: Wie halten wir es in ganz Deutschland mit den verschiedenen Formen der Arbeit, und wie erkennen wir in unseren sozialen Sicherungssystemen diese verschiedenen Formen der Arbeit an? Genau diese Frage werden wir weiter miteinander diskutieren.

(Beifall)

Ich finde, an diesem Beispiel sieht man, daß sich ein ganz spannender Prozeß entzündet: Denn die Unterschiede in unserem Erleben führen langsam zur Lösung der Probleme, die wir jetzt, nach sieben Jahren Einheit, gemeinsam zu bewältigen haben. Ich glaube, eine der größten Gefahren könnte darin bestehen, die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Bundesrepublik Deutschland zu sehr der deutschen Einheit anzulasten. Ich bin mir ganz sicher: Viele, die meisten, fast alle der Probleme wären auf die Bundesrepublik zugekommen - nicht so schnell, nicht so hart, vielleicht nicht in dieser Schärfe, aber vom Grundsatz her -, auch ohne die deutsche Einheit.

(Beifall)

Deshalb sollten wir gar nicht so sehr von der Angleichung der Lebensverhältnisse in der Zukunft sprechen, sondern fragen: Welche Lebensverhältnisse gestalten wir uns für ganz Deutschland in der Zukunft?

Wir sind - daran möchte ich keinen Zweifel lassen - für die Grundfesten und die Grundprinzipien dieser Republik. Aber wir haben uns manchmal schon eine Frage gestellt, die ich scherzhaft so formuliere: Wißt ihr eigentlich, wieviel Sozialismus ihr in dieser Republik habt?

(Beifall)

Soziale Besitzstände sind zum Teil in einem Maße angeboten worden, daß man sich über ihren Mißbrauch schon fast nicht mehr wundern muß. Liebe Freunde, mit der deutschen Einheit werden Sie die Fragen vermehrt aushalten müssen: Braucht man 13 Jahre bis zum Abitur? Warum braucht man so lange, um die Ladenöffnungszeiten zu ändern?

(Beifall)

Warum ist es so schwierig, einmal gelassen über das Thema der Lohnfortzahlung zu sprechen? Warum kann man keine Zwischen- und Aufnahmeprüfungen an Universitäten einrichten? Warum tut man sich so schwer im Umgang mit dem Wort Risiko? Warum werden so oft die Fragen gestellt: Lohnt es sich? Was könnte passieren?

Wir haben früher als Wissenschaftler so oft vor dem Mangel gesessen. Wir haben davon geträumt, welche Experimente wir machen würden, was wir tun würden, wenn wir endlich alles hätten, was wir brauchten, wenn wir keinen russischen Rechner, sondern einen amerikanischen hätten, wenn wir keinen kaputten Kartenlochautomaten hätten, sondern einen funktionierenden. - Heute haben wir die Technik, und wir sitzen da und fragen uns: Wollen wir es, wollen wir es nicht? Welcher Nutzen kommt dabei heraus, welche Kosten könnten entstehen, welche Wirkung hat das Projekt? Das können nicht die Fragen sein, mit denen wir unsere Zukunft meistern.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir aus der früheren DDR - auch wenn man das, so glaube ich, nicht zu sehr verallgemeinern sollte - haben erlebt, daß ein Staat zusammenbricht, wenn er unentwegt über seine eigenen Verhältnisse lebt. Dieses Wissen wird uns ganz fest prägen. Wir können uns in Deutschland viele Rechtsansprüche definieren: den auf einen Kindergartenplatz, den auf Sozialhilfe, den auf Kuren und den auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Aber den Rechtsanspruch auf eine führende Rolle in der Weltwirtschaft können wir uns nicht definieren. Den müssen wir uns erarbeiten.

(Beifall)

Deshalb heißen sieben Jahre deutsche Einheit für mich: Wir müssen auf der Grundlage unserer gemeinsamen und unserer unterschiedlichen Erfahrungen die Agenda für das 21. Jahrhundert schreiben. Das wichtigste Problem dabei ist - das ist unstrittig - die Arbeitslosigkeit. Wir haben in den neuen Bundesländern richtigerweise in den ersten Jahren die industriellen Kerne erhalten, um überhaupt weitermachen zu können, Menschen Arbeitsplätze und Zukunft geben zu können. Aber wir erkennen inzwischen auch: Es ist nicht so sehr wahrscheinlich, daß in den Bereichen, wo auch in den alten Bundesländern strukturelle Schwierigkeiten bestehen - ich nehme einmal das Beispiel des Maschinenbaus in Baden-Württemberg -, nun auch noch in den neuen Bundesländern unzählige neue Arbeitsplätze entstehen werden.

Deshalb heißt das für uns, kreativ zu überlegen: Wo könnten unter den Bedingungen von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und anderen Ländern Arbeitsplätze für Deutschland in der Zukunft liegen? Das kann im Dienstleistungssektor der Fall sein, das kann im Bereich außergesetzlicher Krankenversicherungen, bei der Gesundheitsfürsorge, beim lebenslangen Lernen, bei der Erstellung von Software-Programmen oder wo auch im-

mer der Fall sein. Wir müssen in neuen Richtungen denken. Und manchmal, so glaube ich, können wir vielleicht auch einmal ein Stück für ein altes Bundesland mitdenken.

Wer diese Kreativität, die wir brauchen, totmacht, indem er - wie Herr Zwickel von der IG Metall - sagt „Die Zeit der Bescheidenheit ist zu Ende“, der zieht nichts weiter als eine alte Klassenkampfparole aus dem Sack und hilft den Menschen in ganz Deutschland überhaupt nicht.

(Beifall)

Wir haben in den neuen Bundesländern keine 40 Jahre lebendiger Arbeit in Parteien gehabt. Wir knüpften an vieles an, was noch existiert, und es gehört sicherlich zu den schönsten Erlebnissen nach der deutschen Einheit, daß Bräuche, Traditionen und vieles andere wieder erstanden sind. Aber für uns ist es schon ein Problem, daß 60 oder 70 % der Menschen vom christlichen Glauben nichts gehört haben, daß - insbesondere in den großen Städten - keine gesellschaftlich verbindenden Strukturen existieren. Es ist sehr schwer, dort einen vorpolitischen Raum aufzubauen, und wir müssen uns die Frage stellen, wie Parteiarbeit in diesen großen Städten ohne die Traditionen aussieht, die Sie kennen.

Deshalb fragen wir: Sind es nur die Probleme von Rostock, Greifswald und Neubrandenburg, oder sind es nicht vielleicht doch auch die Probleme von Frankfurt am Main und Hamburg - mehr Anonymität, mehr Zersiedlung, mehr Individualisierung, was bei uns in ganz Deutschland zu der Frage führt, wie eine lebendige CDU im 21. Jahrhundert aussieht. Ich denke, darüber müssen wir sprechen.

(Beifall)

Liebe Freunde, zu den dramatischsten Hinterlassenschaften des Sozialismus zählt der brutale Umgang mit der Natur und der Umwelt. Eine der Wurzeln der Oppositionsbewegung in der früheren DDR war die Auflehnung gegen diesen brutalen Umgang. Der Bundeskanzler hat heute von der Bewahrung der Schöpfung gesprochen. Deshalb sage ich, wir als CDU dürfen im 21. Jahrhundert bei allen Problemen, die wir haben mögen, niemals versäumen, auch an die künftigen Generationen und ihre Lebensverhältnisse zu denken. Auch das ist eine Erfahrung aus der früheren DDR.

(Beifall)

Ein letztes Beispiel: Ich erinnere mich noch genau, wie wir durch Budapest und Bukarest geschlichen sind, wegen der Versperrung des Westens immer wieder auf denselben Urlaubswegen. 20 oder 30 Mark am Tag durften wir umtauschen. Wir waren selbst im sozialistischen Lager so ein bißchen die Underdogs. Dann sind wir auf vergleichsweise selbstbewußte - manchmal ein bißchen sehr selbstbewußte - westdeutsche Touristengruppen gestoßen, und man hat sich mit großen Augen angeguckt. Liebe Freunde, mit der Wiedervereinigung haben wir als gemeinsames Deutschland unsere Rolle in der Welt zu finden, nicht angeberisch, nicht auf uns bezogen. Es geht darum, die Balance zwischen der Verantwortung für andere und der Vertretung eigener Ansprüche im besten Sinne zu wahren. Auch das ist uns in den letzten sieben Jahren nicht immer leichtgefallen, und ich denke, auch das müssen wir noch lernen.

Alles in allem kann man sagen: Die Welt hat sich verändert. Die deutsche Einheit ist Folge des Zusammenbruchs des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West insgesamt. Wir müssen

herausfinden, wie wir die Zukunft gestalten. Das heißt: weder populistischen Ängsten und Rufen sofort nachgeben noch technisch und fachorientiert auf alles reagieren; vielmehr brauchen wir für diese Umwandlung die Herzen der Menschen, und das wird die Aufgabe der CDU sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, die SPD hat in Bonn vor ihrer Wahlkampfzentrale, die sie jetzt extra eingerichtet hat - und zwar mit einer Uhr, damit auch keiner vergißt, wann Wahlen sind -, Plakate aufgestellt, auf denen in großen Lettern das Wort „MUT“ geschrieben steht. Für mich zeigt dieses Plakat in geradezu exemplarischer Weise den geistigen Zustand der SPD. Die SPD schreibt auf Plakate, was wir von der CDU im Blut haben.

(Zuruf: Jawohl!)

Mut haben wir im Blut,

(Beifall)

und ich möchte Ihnen, liebe Freunde, sagen: Wir aus den neuen Bundesländern wollen den Geist des Mutes von 1989 weiter nutzen, um gemeinsam mit Ihnen die Zukunft zu gestalten. Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Liebe Angela Merkel, der Beifall zeigt Dir, wie sehr wir Dir für diesen Beitrag danken. Du hast den einfühlsamen Umgang mit eigenen Erlebnissen mit klaren politischen Schlußfolgerungen im Sinne unserer Arbeit verbunden. Ich glaube, das hat uns allen gutgetan.

Du hast ein Weiteres getan, was mir als Tagungsleiter besonders wichtig ist: Du hast die Aufmerksamkeit gebündelt, hast die Aufmerksamkeit geschaffen, die wir für dieses Forum brauchen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Dr. Annette Schavan.

Dr. Annette Schavan: Herr Bundesvorsitzender! Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir waren im November 1989 im Osten und Westen, im Süden und Norden Deutschlands zu Recht begeistert vom Aufbruch hin zur deutschen Einheit. Wir waren zu Recht begeistert über die Kraft und den Mut jener Menschen, die mit der friedlichen Revolution die Vollendung der deutschen Einheit bewirkt haben.

Martin Walser schrieb damals:

Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert, daß Deutsche Geschichte gut verläuft ... Jetzt ist die Zeit, glücklich zu sein, sich zu freuen, daß Deutschen auch einmal Geschichte gelingt.

Die Vollendung der deutschen Einheit, das war der Sieg mutiger Menschen über ein Staatswesen, das Angst vor der Freiheitsliebe seiner Bürgerinnen und Bürger hatte und Angst vor

jedem Widerspruch. Eines zeigte sich 1989 überdeutlich: Mit Bevormundung und mit der Unterdrückung von Widerspruch und Freiheit läßt sich auf Dauer kein moderner Staat machen; so ist auf Dauer kein Staat konkurrenzfähig, weder auf dem Markt der Ideen noch auf dem Markt der Finanzen.

(Beifall)

Moderne Gesellschaften, moderne Staatswesen wahren die Freiheit der Menschen, und sie müssen das tun: Nur mit freien, selbständigen Menschen, die kritisieren und zustimmen können, die ihr Leben in die Hand nehmen und planen können, die auf eigene Verantwortung denken und handeln, nur mit freien Menschen sind gesellschaftlicher Fortschritt und ökonomische Entwicklung möglich.

Zweifellos stimmt aber auch, daß die globale Euphorie nach dem Fall der Mauer bald von einem Alltag eingeholt wurde, der für die Menschen in Ost und West sehr verschiedene Erfahrungen brachte. Wenn wir - diejenigen in den alten Bundesländern - ehrlich sind, müssen wir wohl auch zugeben, daß wir zwar staunend vor dem Ausmaß des Umbruchs und der Veränderungsfähigkeit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Osten standen, im stillen aber auch darauf gehofft haben, daß bei uns alles wie gehabt bleiben werde. Es wäre uns ganz lieb gewesen, wenn der Wandel an uns spurlos vorübergegangen wäre.

Wir wurden Zeugen, wie sich im Leben der Menschen in den neuen Ländern so viel änderte, daß sie dies nicht nur als Bereicherung, sondern auch als Zumutung empfanden. Darauf haben wir gesagt, das sei der Preis der Freiheit. Wir haben auf hohe Transferleistungen hingewiesen und auf unsere gut funktionierenden Institutionen, die wir uns und Ihnen - uns gemeinsam - immer neu empfohlen haben. Es fehlte uns manches Mal das Gespür dafür, daß die neugewonnene Freiheit viele Menschen im Osten zwang, über ihre Kräfte hinauszuwachsen, und ihnen ein Maß an existentieller Verunsicherung zumutete, das für die meisten von uns im Westen, jedenfalls für die Jüngeren, bis heute unbekannt ist.

(Beifall)

Der Westen hat viel dafür getan, daß sich im Osten alles ändert. Aber wir sind erstaunlich schüchtern, wenn es um Veränderungen im Westen geht.

(Beifall)

Deshalb muß dieser Parteitag, sieben Jahre nach der deutschen Einheit, einen Perspektivenwechsel in Gang setzen. Deutsche Einheit, das heißt 1997: Ost und West müssen nachhaltige Veränderungen bewältigen, in Angriff nehmen, forcieren.

Es ist an der Zeit einzusehen, daß manche vorhandene Bereitschaft von Menschen zu neuen Wegen, die weder im Osten noch im Westen bislang versucht wurden, nicht zum Zuge kam, weil uns im Zweifelsfalle die Bürokratie näher ist als die Initiative von Menschen. Die politische Kunst besteht heute darin, Institutionen und soziale Sicherungssysteme weiterzuentwickeln oder auch umzubauen, aber so umzubauen, daß darin der vorhandene Gemeinsinn der Menschen Platz hat und wachsen kann. Deshalb reicht es auch nicht aus, pathetisch und manchmal auch arrogant - wie die Liberalen es bisweilen tun - von den Menschen einfach nur Mut,

Hoffnung und Zuversicht zu verlangen, zumal Besserverdienenden dies in der Regel leichter fällt als Menschen, die Monat für Monat sehr genau rechnen müssen.

(Beifall)

Unsere demokratischen Institutionen müssen Werkzeuge gesellschaftlicher Gerechtigkeit sein. Das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen ist hellwach. Politik, die einen gesellschaftlichen Aufbruch bewirken will, muß konsequent aus der Perspektive der persönlichen Lebens- und Zukunftschancen der Menschen formuliert werden. Initiative und Selbstverantwortung verlangen Strukturen, in denen sie sich entfalten können und mit deren Hilfe Leistung und Solidarität gestärkt werden. Es reicht nicht aus, die Gesetze so zu lassen, wie sie sind, und dann darüber zu stöhnen, daß die Bürgerinnen und Bürger sich auf die darin enthaltenen Ansprüche berufen.

Die Menschen können wenig anfangen mit einer abstrakten Debatte über die Globalisierung der Märkte und den Wirtschaftsstandort Deutschland, wenn nicht deutlich wird, wo und wie konkrete Zukunftschancen durch neue Wege gesellschaftlicher und politischer Gestaltung möglich werden. Politische Führung verlangt von uns, daß die Globalisierung eben nicht als Bedrohung und Zerstörung von Chancen dargestellt wird, sondern die möglichen neuen Zukunftschancen darin deutlich werden.

(Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt - es ist heute morgen unter anderem auf die Flutkatastrophe in diesem Sommer hingewiesen worden -: Menschen brauchen gemeinsame Ziele und Perspektiven, und wenn sie diese haben, wenn sie wissen, wofür Anstrengung sich lohnt, sind sie dazu bereit. Es gibt in diesem Land keinen globalen Werteverfall. Es gibt nur hin und wieder zuviel Profis, die jenen, die Initiativen ergreifen wollen, klarmachen, daß es die Profis immer besser machen als die Amateure, und damit manche Initiative im Keim ersticken.

(Beifall)

Wir müssen uns heute im Gespräch der Generationen entscheiden, was uns wichtig und wertvoll ist, damit es im Wind der Veränderung nicht verlorengeht. Da geht es um sehr viel mehr als um Wahlkampfstrategien. Da geht es um Perspektiven, um Werte und um unsere Vorstellungen von einem gerechten und guten Zusammenleben. In einer demokratischen Gesellschaft sind diese Fragen nicht vorentschieden. Die Frage nach dem gerechten guten Zusammenleben ist eine spezifisch politische Frage. Es ist keine ökonomische, sondern eine politische Frage, die wir offen und offensiv angehen müssen.

„Der Sinn von Politik ist Freiheit“ - so hat Hannah Arendt einmal formuliert. Das konnten wir gut begreifen im Angesicht der Unfreiheit, mit der Mauer vor Augen. Nach dem Fall der Mauer und dem Sieg der Freiheit müssen wir uns jetzt klarwerden, welche Freiheit wir wollen, was wir gemeinsam damit anfangen wollen. Wenn die Freiheit errungen ist, dann kommt es darauf an, daß eine Gesellschaft sich - zur Wahrung dieser Freiheit - nicht allein als Objekt staatlichen Handelns versteht, sondern auch als politisches Subjekt ernst nimmt. Das meint die Rede von der aktiven Bürgergesellschaft, von der der Bundeskanzler heute morgen gesprochen hat.

Wenn die Freiheit erkämpft ist, dann muß erfahrbar werden, daß das Wohl des Gemeinwesens dem Wohl des einzelnen nicht widerspricht, sondern dieses ergänzt. Dann muß sich die Einsicht durchsetzen, daß der Staat seine Fürsorgepflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nur dann wirkungsvoll wahrnehmen kann, wenn die Bürgerinnen und Bürger selbst ihre Verantwortung für das Gemeinwesen aktiv wahrnehmen. Ansonsten droht die Gefahr, daß der Staat und seine Institutionen zu immer höheren Kosten immer geringere Leistungen bieten.

Zum Aufbau in ganz Deutschland, zu einem wirklichen Aufbruch, von dem in diesen Tagen zu Recht viel die Rede ist, gehört schließlich die Erkenntnis, daß die Ideen, Talente und Initiativen von Menschen nicht nur daran gemessen und beurteilt werden dürfen, inwieweit sie sich institutionell verwalten lassen. - Siehe der Hinweis von Bischof Reinelt heute morgen in der Predigt.

Junge Menschen in Ost und West haben viel von dem bisher Gesagten längst begriffen. Kürzlich war ein Beitrag über die Jugend 97 in einer großen deutschen Zeitschrift überschrieben mit „Keine Jammerlappen“, und viele von uns erinnern sich an die Worte des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Wolfgang Frühwald, auf dem CDU-Parteitag 1995 in Karlsruhe. Wolfgang Frühwald hat damals gesagt: „Weder gedankenlos noch bedenkenlos nähert sich die neue, in diese Welt geborene und mit ihr aufwachsende Generation den neuen Möglichkeiten, den neuen Freiheiten, sondern sie nähert sich ihnen nachdenklich. Und weil dies so ist, kann dieser Generation etwas zugemutet werden. Sie ist belastbarer, als all jene meinen, die ihr die Schwierigkeiten aus dem Weg räumen, statt sie an diesen Schwierigkeiten stark werden zu lassen.“

(Beifall)

Jugend 1997 - das ist eine Generation, die so vielfältig ist, daß kein Etikett paßt, und es ist gut, daß sich diese Generation dagegen wehrt, immer wieder neue Etiketten von den Alten aufgedrückt zu bekommen. Jugendliche plädieren nach allen Umfragen für klassische Werte und Grundhaltungen, die ihnen wichtig sind. Sie nennen Ehrlichkeit, Hilfsbereitschaft, Treue, Pflichtbewußtsein - quer durch alle Umfragen.

Diese Jugendlichen wissen um den Wert der Arbeit, aber erfahren zunehmend die Schwierigkeiten, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt einen Platz zu finden. Jugendliche wissen, daß sie gute Qualifikationen brauchen und von ihnen Mobilität erwartet wird. Sie sind keine Bremser auf dem Weg der Veränderungen. Aber sie erwarten zu Recht von dieser Gesellschaft Signale, daß ihre Veränderungsbereitschaft auch tatsächlich wahrgenommen wird. Sie brauchen konkrete Gestaltungsräume, in denen nicht immer schon Profis sitzen, die alles besser können.

(Beifall)

Sie wollen Ehrlichkeit in unseren Debatten. Junge Menschen heute wollen wissen, wie es um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme wirklich steht. Wenn immer gesagt wird, daß die Voraussetzungen für diese Systeme in der jungen Generation nicht mehr stimmen, dann wollen sie auch wissen, wie es denn langfristig um diese Sicherungssysteme wirklich steht.

(Beifall)

Sie wollen eine ehrliche Antwort auf die Frage, was wir tun, um zum Beispiel der rasant wachsenden Zahl der Schulabgänger in den kommenden zehn Jahren gerecht zu werden.

Der Bundeskanzler hat heute morgen von den zehn Prozent Hauptschulabsolventen gesprochen, die keine ausreichenden Kenntnisse mitbringen, um in eine Lehre einsteigen zu können. Das ist eine dramatische Zahl, die es aber auch schon vor 30 Jahren gegeben hat. Auch vor 30 Jahren waren das zehn Prozent. Der große und dramatische Unterschied aber ist, daß vor 30, vor 20 und zum Teil auch noch vor zehn Jahren diese zehn Prozent eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen haben.

Diese haben sie heute nicht. Die Konsequenz für uns ist: Diese jungen Menschen brauchen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Sie brauchen aber vor allen Dingen mehr Unterricht in der Schule. Sie brauchen mehr Lehrer. Das ist eine ganz einfache Rechnung.

(Beifall)

Den Hauptschülerinnen und Hauptschülern sind Deutsch- und Mathematikstunden in jedem Jahrzehnt gestrichen worden. Wenn Sie einmal in Ihren Bundesländern in den Stundenplänen aus den Jahren 1958, 1968, 1978 und 1988 nachschauen, werden Sie - ich bin bereit, die Wette einzugehen - einen kontinuierlichen Abbau bei den Unterrichtsstunden in Deutsch und Mathematik feststellen. Insofern ist es nicht überraschend, daß sich hinsichtlich der Kenntnisse in Deutsch und Mathematik heute Probleme ergeben.

Sieben Jahre nach der deutschen Einheit gibt es immer noch die Versuchung, vor allem die Jugendlichen im Osten in Schablonen zu pressen. In vielen Köpfen steckt immer noch das Bild von den verunsicherten, gewaltbereiten und für Sekten anfälligen Ostjugendlichen. Eine aktuelle Studie von Gerhard Schmidtchen zeigt, daß keines dieser Vorurteile so stimmt.

Fragt man Jugendliche aus dem Osten, was für sie bei der Wiedervereinigung besonders wichtig gewesen ist, dann nennen sie vor allem die Reisefreiheit. Damit meinen sie mehr als hin- und herfahren. Als ich - damals noch als Leiterin eines Begabtenförderungswerkes - wenige Monate nach dem Mauerfall durch alle neuen Bundesländer gefahren bin, habe ich unzählige junge Menschen getroffen, die rasch bereit waren, in andere Länder zu gehen, ins Ausland zu gehen, Sprachkurse und Studien, Zusatzausbildungen und Praktika zu absolvieren. Sie haben sich in kürzester Zeit und mit enormen Anstrengungen den neuen Herausforderungen gestellt und die neuen Bildungschancen zielstrebig genutzt. Es gibt aber heute noch allein in Sachsen 20 000 freie Studienplätze. Studierende aus den alten Bundesländern tun sich immer noch schwer, in die neuen Bundesländer zu gehen. Wir brauchen in unseren Schulen mehr Partnerschaft zwischen den Bundesländern. Wir brauchen mehr junge Menschen in den alten Bundesländern, die die gleiche Bewegungskraft zeigen wie die Jugendlichen in den neuen Bundesländern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe eben gesagt, daß es keinen Werteverfall gibt. Ich weiß, daß diese These unter uns sehr umstritten ist. Nach jeder Umfrage unter jungen Menschen fühle ich mich aber in meiner Annahme bestätigt, daß die These richtig ist. Über 90 Prozent der Jugendlichen in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland geben die Ehrlichkeit zu sich selbst als

den ihnen wichtigsten Grundsatz an. Ehrlich zu sich selbst zu sein, ist keine Selbstverständlichkeit. Was sich hinter diesem scheinbar individualistischen Wert verbirgt, ist das, was wir in der westlichen Kultur und im Christentum das Gewissen genannt haben und immer noch nennen. Ehrlich zu sich selbst zu sein, heißt ein Gewissen zu haben und dafür sensibel zu sein. Ich meine, wenn wir über die menschliche Gestaltung des 21. Jahrhunderts sprechen, stellt die Tatsache, daß 90 Prozent der Jugendlichen in allen Ländern der Bundesrepublik sich zu dem erwähnten Grundsatz bekennen, ein wertvolles und gutes Kapital für das 21. Jahrhundert dar.

(Beifall)

Deshalb ist die CDU meines Erachtens auch ein guter Gesprächspartner für junge Menschen. Unser politisches Handeln beruht auf einer Sicht vom Menschen, hinter der auch die lange christliche Tradition steht, eine Tradition, die uns vor zuviel Idealismus, die uns vor Überforderung schützt und die realistisch macht.

Die christliche Tradition - auch verstanden als die Summe einer zweitausendjährigen Geschichte der Lebenserfahrungen - muß das gerechte und gute Leben nicht jeden Tag neu erfinden. Sie muß auch Politik nicht jeden Tag neu erfinden. Diese Tradition, die am Beginn all unserer Grundsatzprogramme steht, gibt ein gesundes Gespür für das, was ich den geistigen Generationenvertrag nenne. Aus diesem geistigen Generationenvertrag dürfen wir uns auch nicht mit der Geste der Innovationsoffenheit, Liberalität und Selbstironie herausstehlen, so als seien bisherige Erfahrungen des Menschen mit sich selbst und mit einem Leben in Gemeinschaft obsolet geworden. Erfahrungsvergessenheit macht nicht innovativ, sondern birgt die Gefahr, den Boden unter den Füßen zu verlieren. Wer diesen einmal verloren hat, ist zwar nach allen Seiten offen, aber selten zur wirklichen Erneuerung und Innovation in der Lage.

(Beifall)

Der klassische Ort, an dem der geistige Generationenvertrag eingelöst wird, sind Bildung und Erziehung. Dies sind die klassischen Bereiche, in denen das Gespräch zwischen den Generationen stattfindet. Davon wird morgen mehr die Rede sein. Ich will deshalb an dieser Stelle nur sehr kurz darauf eingehen. Wir waren enttäuscht von dem Ergebnis einer internationalen Studie, nach der die Schulen in Deutschland im Blick auf Mathematik und Naturwissenschaften eher mittelmäßig abgeschnitten haben. Wir haben aber zuwenig verdeutlicht, daß die Ergebnisse in Ländern mit einer kontinuierlich christdemokratischen Politik ganz gut sind.

(Beifall)

In diesen Ländern sind die Ergebnisse anders als in Ländern, in denen die Sozialdemokraten für die Bildungspolitik die Verantwortung tragen. Deshalb muß man den Vergleich unter den Ländern in Deutschland als Hilfe zur Qualitätsentwicklung fordern. Nur dann können wir uns ein richtiges Urteil über unsere Schulen bilden.

(Beifall)

Diese Studie hat aber noch etwas anderes deutlich gemacht, was ebenfalls kontinuierlich verschwiegen wird, nämlich daß die Akzeptanz schulischer Arbeit in einer Gesellschaft und das Bewußtsein einer Kultur für Lernen und Leistung die Erfolgsfaktoren für Schule generell sind.

Wir praktizieren in Deutschland in der Regel jedoch nur zweierlei. Wir reden auf der einen Seite die Arbeit der öffentliche Schule schlecht und tun so, als lasse sich Schule auf dem Reißbrett neu entwerfen. Wir lassen andererseits zu, daß die Schule in den letzten 30 Jahren immer dann, wenn ein gesellschaftliches Defizit festgestellt wird, einen Auftrag von uns erhält. Diese Gesellschaft hat unsere Schule unaufhörlich überfordert. Deshalb gehört zu realistischer Bildungspolitik, daß diese Gesellschaft ein Gespür für Lernen und Leistung entwickelt, daß sie Kindern nicht den Eindruck vermittelt, als seien Leistung und Lernen an sich nur lästige Pflichten, und daß wir wieder realistischer zwischen dem unterscheiden, was in der Schule geschieht und was dort nicht geschehen kann.

(Beifall)

Zu der von vielen zu Recht geforderten Kultur der Anstrengung gehört auch - Frau Merkel hat darauf bereits hingewiesen -, daß es in Deutschland möglich sein muß, nach zwölf Jahren Abitur zu machen.

(Beifall)

Dies wird von der Mehrheit der Länder immer noch abgelehnt, obwohl bereits die Mehrheit der Gymnasiasten in Deutschland für die Wahlmöglichkeit zwischen acht oder neun Jahren auf dem Gymnasium ist. Dieser Punkt ist bildungspolitisch genauso bedeutsam wie der Punkt, jenen, die sich mit jedem Schulabschluß schwertun, Möglichkeiten zu eröffnen.

Zu dem, was für uns nicht zur Disposition stehen darf und was in den geistigen Generationenvertrag hineingehört, gehören Leidenschaft für die Freiheit und Solidarität mit den Schwachen. Beides muß wirklich zusammenkommen. Nur wenn beides zusammenkommt, kann es zu dem gemeinsamen Abenteuer der deutschen Einheit, von dem Jacques Delors auch im Blick auf die europäische Einigung gesprochen hat, kommen.

Eine besondere Form der Vereinbarung von Freiheit und Gerechtigkeit ist die Soziale Marktwirtschaft. Der Fall der Mauer war auch eine Folge der verheerenden ökonomischen Entwicklung der Planwirtschaft. Uns bleibt aber nicht verborgen, daß die Soziale Marktwirtschaft, der sogenannte rheinische Kapitalismus, auch unter Druck geraten ist. Struktureller Wandel ist nötig, aber nicht, weil die Soziale Marktwirtschaft, jene besondere Form der Vereinbarung von Freiheit und Gerechtigkeit, ihren Wert verloren hätte, sondern weil wir neue Strukturen brauchen, in denen diese Werte auch im 21. Jahrhundert nicht aufgegeben werden.

Das ist eine Stärke christdemokratischer Politik. Es gibt in Deutschland immer noch diejenigen, die im Zweifel auf jede Analyse mit einer Subvention und einem neuen staatlichen Plan, und es gibt jene, die bei jeder erkennbaren Krise nur mit dem freien Spiel der Kräfte antworten. Beides sind Sackgassen, beides ist dem Menschen nicht gemäß. Nur wo Freiheit und Gerechtigkeit zusammenkommen, nur wo die sozialen Voraussetzungen des Marktes berücksichtigt werden, entsteht eine menschliche Gestaltung für das 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Der Markt sagt uns nicht, wie wir leben sollen, und er sagt uns auch nicht, wie ein gelungenes Leben praktisch möglich ist.

Meine Damen und Herren, wer viel mit jungen Menschen zu tun hat, der spürt, daß diese Generation ungemein viel Hoffnung in christdemokratische Politik und Impulse hat. Das ist anders als vor 10 und 15 Jahren. Das ist ein enormes Kapital. Da gibt es Gespür für das, was uns wichtig und bedeutsam ist. Auf diesem Kapital sollten wir aufbauen, und dafür haben wir Kraft in vielen Politikfeldern, die von uns in den Kommunen, in den Ländern und im Bund belegt sind.

Die CDU Deutschlands ist die Partei der deutschen Einheit. Das sagen wir zu Recht. Das muß aber auch heißen, daß wir nach sieben Jahren deutscher Einheit wirklich einen Aufbruch wagen, in dem Leidenschaft für die Freiheit, Leidenschaft für Ehrlichkeit und Gerechtigkeit zwischen den Generationen sichtbar wird.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Liebe Frau Schavan, mit den Delegierten sage ich einen herzlichen Dank für diesen Beitrag, und einen herzlichen Dank dafür, daß Sie mit diesem Beitrag auch auf die junge Generation im vereinten Deutschland und auf die Chancen und Perspektiven hingewiesen haben.

Wir kommen jetzt zur Diskussion der einzelnen Punkte. Ich greife erst dann zu den Wortmeldungen, wenn wir zunächst einmal den Weg, den ich anfangs beschrieben habe, gegangen sind. Deshalb ist jetzt der Punkt, an dem hier in Leipzig acht Jahre nach Beginn der Montagsdemonstrationen und sieben Jahre nach Vollendung der deutschen Einheit Bürgerrechtler zu Wort kommen sollen, die im letzten Jahr aus anderen Parteien zu uns gekommen sind. - Ich möchte als erster Vera Lengsfeld das Wort geben.

Vera Lengsfeld (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren, ich möchte mich zuallererst für die Möglichkeit, als Gast auf diesem Parteitag sprechen zu dürfen, ganz herzlich bedanken. Für das Thema Bürgerrechtler und CDU gibt es kaum einen beziehungsreicheren Ort als Leipzig. Diese Stadt ist in vieler Hinsicht symbolisch. Hier wurde die langjährige Arbeit der Oppositionsgruppen der DDR von einem unerwarteten und überwältigenden Erfolg gekrönt. Hier wurde auf den Montagsdemos zuerst aus „Wir sind das Volk“ „Wir sind ein Volk“.

Am 6. Dezember 1989 habe ich hier auf einer der Montagsdemos gesprochen und für eine eigenständige demokratische DDR geworben. Der Beifall kam von einer kleinen Minderheit, die Mehrheit wollte sichtbar und hörbar diesen DDR-Staat nur noch loswerden.

Dieser Abend in Leipzig war für mich persönlich noch nicht das Ende meiner Illusionen über einen dritten Weg, aber der Beginn eines längeren Umdenkungsprozesses, an dessen Ende unser Übertritt in die CDU stand. Aber es war nicht nur der Prozeß einer Annäherung an eine Partei, sondern die Befreiung von der Prägung durch eine totalitäre Diktatur und ihrer Verachtung der Grundwerte der Demokratie. Ich habe in diesen Jahren nicht nur begriffen, daß die parlamentarische Demokratie zwar keine vollkommene, aber die beste aller bekannten Regierungsformen ist, sondern ich habe auch begriffen, daß sie keine Ewigkeitsgarantie besitzt und täglich neu verteidigt werden muß.

(Beifall)

Das ist keineswegs ein Allgemeinplatz, sondern eine konkrete aktuelle politische Herausforderung.

Der jüngste Beweis dafür ist die zum Erfurter Appell mutierte Erfurter Erklärung, die zur Bildung einer breiten Linksfront unter Einschluß der PDS aufruft. Sie ruft nicht nur zur Zusammenarbeit mit der PDS auf, sondern propagiert ausdrücklich gesellschaftspolitische und sozialpolitische Ziele, die denen der PDS so nahestehen, daß sie den vielgelobten wirtschaftspolitischen Thesen von Gerhard Schröder direkt widersprechen. Das ist der Beweis, daß die PDS nicht das Füllmittel, sondern der Spiritus rector dieser geplanten Linksfront ist.

(Beifall)

Ehrhart Neubert wird nachher noch näher auf die Erfurter Erklärung eingehen, so daß ich mir weitere Ausführungen zu diesem Thema sparen kann. Ich will stattdessen mehr auf ein Thema eingehen, das die Öffentlichkeit seit unserem Übertritt immer wieder beschäftigt hat: Wie hat sich das Verhältnis von Bürgerrechtlern und CDU entwickelt?

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß wir ja keineswegs die ersten Bürgerrechtler waren, die in die CDU eingetreten sind. Schon 1990 haben Rainer Eppelmann und große Teile des Demokratischen Aufbruchs den Weg in die CDU gefunden, und namhafte Vertreter wie Arnold Vaatz und Angela Merkel haben heute wichtige Ämter und Funktionen inne. Eine so neue Erfahrung war also die Integration von Bürgerrechtlern für die CDU gar nicht.

Neu und ungewohnt war nur, daß wir Übertreter uns vorher jahrelang in den Parteien von Bündnis 90/Grüne engagiert hatten. Von daher war der Schritt auf beiden Seiten mit Risiken verbunden, aber ich denke, es hat sich für beide Seiten gelohnt, dieses Risiko auf sich zu nehmen.

(Beifall)

Seit über einem Dreivierteljahr bin ich jetzt jede Woche einmal, manchmal zwei- oder dreimal in einem Kreisverband der CDU auf einer Veranstaltung der Jungen Union, der Frauen-Union, der CDA oder anderer Gruppierungen. Die meisten Einladungen kommen aus dem Westen, aber in letzter Zeit - und das freut mich ganz besonders - mit steigender Tendenz auch aus dem Osten. Durch diese Besuche bin ich relativ gut mit der Stimmung in der Partei bekanntgeworden und kann von daher ganz gut mit einigen Legenden aufräumen, die in vielen Medien verbreitet werden.

Legende eins ist, der Westen würde sich nicht für den Osten interessieren, ja, es mache sich sogar eine Abwehrhaltung breit. In der CDU ist das keineswegs der Fall. Ich werde eingeladen - und das trifft auch auf meine Freunde zu -, weil das Interesse an den Ostthemen nach wie vor groß ist. Dieses Interesse ist immer verbunden mit der Frage, was man denn noch für den Osten tun kann.

Viele Westkreisverbände waren in der Wende und danach sehr engagiert in ihren Ost-Partnerverbänden. Dann gab es eine Phase der Frustration und der Zurückweisung. Aber jetzt ist der Wille wieder erwacht, sich erneut zu engagieren. Ich habe in diesen Diskussionen immer dazu ermutigt, an die alten Kontakte anzuknüpfen, und ich nütze jetzt hier die Gelegenheit, das auch an dieser Stelle zu tun. Denn ich halte solche Kontakte zwischen Ost- und Westkreisverbänden für einen ganz wichtigen und nicht zu unterschätzenden Faktor beim weiteren Zusammenwachsen.

(Beifall)

Legende Nummer zwei ist mit der sogenannten Blockflötenfrage verbunden. Ich will gar nicht verschweigen, daß wir vor unserem Eintritt in die CDU geglaubt haben, dies könnte nach unserem Übertritt tatsächlich ein größeres Problem werden. Die Presse hat dann genüßlich aufgezählt, mit welchen Blockflöten wir es zu tun haben würden, und prophezeit, daß wir auf eine massive Blockade der Blockflöten stoßen würden. Nach einem Dreivierteljahr praktischer Erfahrung in der Fraktion und in der Partei möchte ich hier eines ganz entschieden feststellen: Es gibt kein Blockflötenproblem in der CDU.

(Beifall)

Es gibt es erstens deshalb nicht, weil der größte Teil der Funktionäre der Alt-CDU und der Bauernpartei die Vereinigung mit der CDU gar nicht mitgemacht hat, sondern ausgetreten ist. Als Beispiel kann ich nennen Günther Maleuda. Der letzte Chef der Bauernpartei sitzt heute für die PDS im Bundestag und nicht für die CDU.

Ich weiß schon, was jetzt an dieser Stelle kommt. Es wird mir immer entgegengehalten, aber Ulrich Junghans, der Stellvertreter von Maleuda, sei heute für die CDU im Bundestag. Ulrich Junghans, das wird nie dazugesagt, hat diese Funktion im Frühjahr 1990 übernommen, als nicht mehr unbedingt die SED-hörigsten Funktionäre in solche Positionen kamen. Außerdem - das kann ich jetzt nach einem Dreivierteljahr wirklich sagen - ist Ulrich Junghans - und das trifft auf alle meine anderen Kollegen in der Bundestagsfraktion zu - ein überzeugender Demokrat. Wir arbeiten gut zusammen, und von Blockade ist wirklich keine Spur. Das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall)

Dann bleibt die Frage, wie es in der Partei aussieht. In unserem Thüringer Landesverband gibt es inzwischen mehr neue als Altmitglieder. Vor allem die Freunde vom Demokratischen Aufbruch haben dafür gesorgt, daß es in der CDU einen Selbstreinigungsprozeß gab wie kaum in einer anderen Partei. Stasi-belastete Funktionäre wurden ohne Wenn und Aber aus ihren Positionen entfernt. Es soll - das habe ich auch heute auf dem Gang gehört und als Beispiel Chemnitz genannt bekommen - immer noch unentdeckte oder vereinzelt Altlasten geben. Ich will das gar nicht bestreiten. Mit denen muß man sich auseinandersetzen. Aber die CDU hat keinen Stolpe und keine Ich-habe-doch-niemand-geschadet-IMs, die sich auf ihn berufen können.

(Beifall)

Es ist vielleicht auch nötig, an dieser Stelle einmal daran zu erinnern, daß die Mehrheit der Mitglieder beider Blockparteien in diesen Parteien waren, weil sie glaubten, einer Parteimitgliedschaft nicht entgehen zu können, aber der Zumutung, SED-Mitglied zu werden, entgehen wollten.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist auch schon mehr als merkwürdig, daß ausgerechnet diejenigen, die offen eine Rehabilitierung der PDS betreiben, obwohl diese Partei nachweislich und ausweislich ihres Programms immer noch totalitäre Ziele verfolgt, so tun, als wären die Mitglieder der Blockparteien nicht lernfähig. Nach sieben Jahren ist es nicht mehr wichtig, ob sich einer einmal zum Sozialismus bekannt hat. Ich habe das selbst in einem bestimmten Abschnitt meines Lebens ge-

tan. Es ist auch nicht mehr wichtig, ob jemand 1989 eine staatliche Auszeichnung bekommen hat. Heute ist vielmehr wichtig, für welche Politik man steht und welche Politik man macht.

(Beifall)

Die Mitglieder der Blockparteien sind einer demokratischen Partei beigetreten. Sie haben sich zu diesen demokratischen Werten bekannt, inzwischen auch damit identifiziert, und sie vertreten sie heute überzeugend. Wir werden trotzdem die Blöckflötendiskussion im nächsten Wahlkampf bekommen. Da mache ich mir keine Illusionen. Aber wir haben keinen Grund, uns in dieser Diskussion wegzuducken. Wir sollten sie ganz offensiv aufnehmen und die Frage nach dem Dirigenten und der ersten Geige stellen.

(Beifall)

Weil ich jetzt gerade beim Wahlkampf bin, möchte ich ein paar Bemerkungen dazu machen, und zwar aus gegebenem Anlaß. Es waren gerade in den letzten Tagen wieder Stimmen zu hören wie die des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, der die CDU davor warnt, einen Lagerwahlkampf zu führen. Vielleicht hat sich ja der Inhalt des Erfurter Appells noch nicht bis in die sächsische Staatskanzlei herumgesprochen,

(Beifall)

denn sonst müßte Herr Biedenkopf wissen, daß es diesen Lagerwahlkampf geben wird, egal ob die CDU ihn sich wünscht oder nicht. Der Erfurter Appell ist die linke Plattform für diesen Lagerwahlkampf. Es hieße, den Wahlsieg zur Disposition zu stellen, wenn die CDU diese Herausforderung nicht annimmt.

(Lebhafter Beifall)

Es geht ja nicht darum, ob es schlimm oder nicht so schlimm ist, wenn die SPD regierungsbildende Partei wird, es geht darum, daß sie sich nicht scheuen wird, mit der PDS zu koalieren, selbst wenn sie es heute nicht sagt. Wer das nicht glaubt, der sollte einen Blick auf die Unterstützerliste der Erfurter Erklärung werfen und einmal nachzählen, wieviele SPD-Mitglieder und Parlamentsabgeordnete sowohl des Bundestages als auch der Länderparlamente darunter stehen. Sie alle fordern ein Zusammengehen mit der PDS. Sie werden das tun mit der Folge, daß es eine andere Republik geben wird. Die CDU ist die einzige Partei, die das verhindern kann.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich aus gegebenem Anlaß jetzt einen etwas persönlicheren Teil einschiebe. Die dritte Legende ist damit verbunden, daß die CDU ein rein instrumentelles Verhältnis zu den Bürgerrechtlern habe, sie nur benutze und ihnen keinen wirklichen Platz bieten wolle. Diese Legende ist mit dem starken Bemühen interessierter Kreise verbunden, unseren Übertritt zu einem Mißerfolg umzuschreiben. Was da an Desinformation betrieben wird, ist kein Ruhmesblatt für eine demokratische Presse.

(Vereinzelter Beifall)

Ich nenne Ihnen einmal zwei Beispiele. Mir wurde immer wieder vorausgesagt, daß ich mit meinen ökologischen Positionen Schiffbruch in der CDU erleiden würde. Das trifft nicht zu. Ich ha-

be in der CDU Umweltpolitiker kennengelernt wie Professor Rieder, der vielleicht jetzt irgendwo im Saal sitzt, von denen ich noch viel lernen kann. Es gibt etliche innovative und faszinierende Konzepte in der CDU, die sich der Herausforderung der Versöhnung von Ökologie und Technikentwicklung stellen und die in der technischen Entwicklung nicht die Gefahr, sondern vor allen Dingen die Chance für den Umweltschutz sehen. Natürlich, das weiß ich genau, sind viele dieser Konzepte noch nicht mehrheitsfähig. Da haben wir in der Partei noch eine ganze Menge zu tun. Leider ist die Umweltproblematik auch wieder ganz ans Ende des Leitantes geraten. Ich glaube, es war nicht gemeint, das als krönenden Abschluß zu sehen, aber das kann sich ja noch ändern. Für mich ist wichtig, es gibt diese Konzepte und die Leute, die entschlossen sind, sie durchzusetzen, und das ist mehr, als manche andere Partei zu bieten hat.

(Beifall)

Vor drei Wochen habe ich meinen ersten umweltpolitischen Antrag für die CDU in den Bundestag eingebracht. Es handelte sich um einen Antrag, der die Errichtung eines Nationalparks in Thüringen unterstützen soll. Es war nicht einfach. Ich habe gemerkt, welche Hindernisse man überwinden muß und auch mit welchen Widerständen man sich auseinandersetzen hat. Das Ergebnis war aber immerhin, daß der NABU diesen Antrag besser beurteilte als den der SPD und daß alle Fraktionen zugestimmt haben. Nun war in der Thüringer Presse, die breit berichtet hätte, wenn ich mit diesem Antrag gescheitert wäre, von diesem Erfolg nichts zu lesen. Die „Thüringer Allgemeine“ ging sogar soweit, nur die Rüge eines SPD-Jungpolitikers abzudrucken, der dem Antrag tags zuvor selbst zugestimmt hatte. Diese Meinungsma- che ist leider keine Ausnahme.

Ich sage Ihnen noch ein weiteres Beispiel. Am 7. Oktober beglückte ein Herr Loreck in einem Kölner Blatt seine Leser mit der Meldung, ich hätte Peter Hintze unter vier Augen meinen Wunsch anvertraut, wieder in den Bundestag zu wollen. Er wollte damit offenbar den Eindruck einer Hinterzimmerpolitik erwecken. Tatsächlich hatte ich bereits im Sommer in einer Pressemitteilung meine Bereitschaft, wieder zu kandidieren, angekündigt, und das wurde auch in allen Zeitungen abgedruckt.

(Beifall)

Ich habe diese beiden Beispiele erwähnt, weil es im Augenblick an Desinformationen um unsere Stellung in der Partei und meine Kandidatur insbesondere in der Presse nur so wimmelt. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, an dieser Stelle zu sagen, daß alle diese Artikel voller Spekulationen, Mutmaßungen, Halbwahrheiten, wo Unterstützung als Druck von oben denunziert wird und wo sich jeder breitesten Interesses erfreuen kann, wenn er sich aus noch so durchsichtigen Gründen in dunklen Andeutungen angeblich undemokratischer Machenschaften ergeht, mit äußerster Skepsis zu lesen sind.

Sie sollten eines nicht bewirken: Die Zwietracht, die sie säen, Realität werden zu lassen.

(Beifall)

Natürlich - wie immer im Leben - hat diese Auseinandersetzung einen rationalen Kern. Das ist die konkrete Frage: Wenn wir Bürgerrechtler einen festen Platz in der CDU haben sollen - das wollen wir auch -, dann ist das nicht abstrakt zu lösen. Das ist aber keine Frage der Würdigung

von oben, über die wir uns natürlich freuen, sondern eine Frage der Anerkennung und der Annahme von unten. Es ist auf jeden Fall kein Problem, dessen Lösung wir uns von der Presse diktieren lassen sollten.

(Beifall)

Abschließend würde ich gern noch etwas zur CDU als Reformpartei sagen. Einer der Gründe für unseren Übertritt in die CDU war, daß wir gesagt haben, daß die CDU die einzige Partei ist, die in Deutschland die Reformen wirklich anpackt. Sie muß dabei - da sind wir in diesem Saal sicherlich alle einer Meinung - nur viel offensiver werden und sich weniger blockieren lassen. Das ist es, was die Menschen im Land von uns erwarten.

(Beifall)

Die Konzepte - davon war ja heute schon ein paarmal die Rede - sind vorhanden. Sie können und müssen sicherlich noch verbessert werden. Vor allem eines aber ist wichtig: Sie müssen umgesetzt werden.

Tony Blair hat seinen Wahlkampf nicht hauptsächlich mit eigenen Ideen gewonnen, sondern deshalb, weil er im Gegensatz zu den Tories klargemacht hat, daß er das konservative Programm durchsetzen kann. Es wird auch für die CDU ganz entscheidend darauf ankommen, ob sie sich als durchsetzungsfähig erweist.

(Beifall)

Noch eine Lehre sollten wir aus der Niederlage der Tories ziehen. Die Partei von John Major hatte sich vor ihrer Niederlage durch innerparteiliche Zerstrittenheit und Machtkämpfe selber demontiert, deren hauptsächliches Ergebnis dann war, daß sie die Macht verloren hat. Das sollte uns kurz vor den Wahlen ein warnendes Beispiel sein.

(Beifall)

Denn wenn die SPD gewinnen sollte, dann gewinnt sie nicht wegen ihrer überzeugenden Konzepte. Denn die hat sie ja nachgewiesenermaßen nicht. Sie gewinnt auch nicht wegen ihrer Fähigkeit, die Reformen durchzusetzen, die sie heute verhindert. Sie wird vielmehr nur gewinnen, wenn sich die CDU vorher selber schwächt.

Dann könnte es den „jungen Wilden“ gehen wie Brandts Enkeln. Bei diesen gab es nachgewiesenermaßen keine Regeneration in der Opposition. Sie sind heute um die 50 Jahre und voller Frust, daß sie noch keine Möglichkeiten zum Regieren hatten.

(Beifall)

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß es mit der SPD keinen Generationswechsel in der Regierung geben wird, sondern eher eine Gerontokratie der ewigen Berufsjugendlichen. Das kann doch niemand ernsthaft wollen.

(Heiterkeit und Beifall)

Es wäre ja auch wirklich schade um die vielen guten Ideen und die Konzepte der „jungen Wilden“, die ich im übrigen sehr schätze.

Meine Damen und Herren, Sie haben an meiner Rede vielleicht gemerkt, wie sehr ich mich der Partei inzwischen verbunden fühle.

(Beifall)

Es war zugegebenermaßen keine Liebe auf den ersten Blick. Aber es war eine zögerliche Annäherung und eine mit den Jahren wachsende Zuneigung. Das kann ich hier ausdrücklich auch für meine Freunde und Mitübertreter sagen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Liebe Vera Lengsfeld, herzlichen Dank. Falls es in der CDU Deutschlands noch immer irgend jemanden gegeben hat, der gezweifelt hat, ob Sie jetzt wirklich zu uns gehören, dann muß ich sagen: Mit dieser Rede muß er überzeugt sein. Es gibt gar keinen Zweifel mehr daran.

(Beifall)

Ich gebe jetzt Ehrhart Neubert das Wort.

Ehrhart Neubert: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Vera, es wäre, so glaube ich, besser, Du hieltest Deine schöne Rede noch einmal. - Es sind, seit wir im vorigen Jahr zur CDU übergetreten sind, inzwischen weitere Bürgerrechtler hinzugekommen. In den letzten Wochen haben mich wieder andere ehemalige DDR-Oppositionelle und Bürgerrechtler angesprochen, die ihren Übertritt oder Eintritt in die CDU angekündigt haben.

(Beifall)

Ich wünsche mir, daß diese Bewegung noch ein wenig anhält. Dies hängt damit zusammen, daß Leute wie wir, die wir im Gegensatz zu vielen anderen erst jetzt zur CDU gekommen sind - ich habe manchmal ein schlechtes Gewissen, wenn ich an Angela Merkel oder Rainer Eppelmann denke -, einen umständlichen, langen Weg gegangen sind. Aber es setzt sich die Erkenntnis durch, daß das Ende der intellektuellen Alleingänge und auch des intellektuellen Hochmuts vorbei sein muß, da es doch darauf ankommt, im Osten Deutschlands die Ergebnisse von 1989 und 1990 zu sichern.

(Beifall)

Die Bürgerrechtsbewegung ist auch in historischer Hinsicht eine angemessene Verbindung mit der CDU eingegangen. Der Widerstand gegen Hitler hat 1945 ja auch den Beistand der Alliierten benötigt, um in Westdeutschland die Demokratie aufzubauen. Die Opposition gegen Honecker brauchte die westdeutsche Politik und ganz besonders Sie, Herr Bundeskanzler, um im Osten die Demokratie und für das ganze Land die Einheit herzustellen.

(Beifall)

Diese historische Legitimation, die beiden Füße, auf denen die Einheit und die Demokratie in Deutschland ruhen, das ist der Kitt, der CDU und Bürgerbewegung dauerhaft zusammenhalten wird.

Aber die Spalter von gestern, die sich einbildeten, die Sieger der Geschichte zu sein, haben ihre Niederlage im Osten ja noch längst nicht verkraftet. Darum ist es für uns ganz wichtig, dar-

auf zu achten, welche Geschichtslegenden sie nun erfinden, um die deutsche Teilung erst einmal zu rechtfertigen und die Spaltung in den Köpfen der Menschen zu verlängern. Sie wissen natürlich, daß sie nie wieder einen eigenen Staat gewinnen werden. Aber sie wollen gerade an dem Unbehagen, an der Unsicherheit, an der Ungeduld der Ostdeutschen partizipieren und davon profitieren.

Es ist so, daß sich die Postkommunisten für diese Strategie zwei wesentliche Teile ausgedacht haben. Der erste Teil dieser Strategie ist, daß sie versuchen, die gewonnene Freiheit und den enormen Wohlstandsgewinn - jeder von den Ostdeutschen müßte das ehrlicherweise einmal zugeben - kaputtzureden. Sie vermiesen und diskreditieren dies. Geschickt nutzen sie jede Möglichkeit aus, irgend etwas Unzulängliches in politische Münze umzuschlagen.

Sie können dabei - das ist leider zu beobachten - immer wieder Erfolge erzielen. Sie können davon ablenken, daß sie selbst die größte Krise dieses Landes in den 80er Jahren hervorgeufen haben. Sie fürchten natürlich die Wahrheit und versuchen, sich ein neues Feindbild zu rechtzuschustern. Das ist ausgerechnet die CDU oder - noch schlimmer - generell die Westdeutschen. Dazu erfinden Sie nachträglich eine ostdeutsche Identität.

Ich warne davor, auch in der CDU irgendeine Form einer ostdeutschen Identität zu definieren. Natürlich gibt es landschaftliche Besonderheiten und Eigenheiten. Es gibt Prägungen und auch andere Erfahrungen. Aber es darf vor der Geschichte keine Sonderidentität im Osten geben.

(Beifall)

Die DDR war in historischer Hinsicht keine Alternative zur Demokratie als Antwort auf den Krieg. Das Gegenteil zu beweisen, versuchen vor allem Gysi und sein PDS-Trupp. Sie haben Helfer, die weit gefährlicher sind, weil sie wirksamer sind und diese Spaltung in Ost und West nach wie vor betreiben.

Da ist vor allen Dingen der politische Unschuldengel von Brandenburg, Stolpe, zu nennen. Er redet ein ostdeutsches Wir-Gefühl herbei, um die Verunsicherten hinter sich zu bringen. Doch die Mehrheit der Ostdeutschen gehört nicht in diese neue sozialistische Menschengemeinschaft, wie sie von Ulbricht genannt wurde. Die Mehrheit der Ostdeutschen fühlt sich im Grunde, trotz aller Verunsicherung, im vereinten Deutschland als freie Bürger.

(Beifall)

Doch es wäre ein politischer Fehler, wenn wir die Verführungskraft der Spalter unterschätzen. Stolpe ist Meister der undurchsichtigen und unklaren Positionen. Oft sagt er, er sei ein gelernter DDR-Bürger. Aber er ist ein gelernter Verunklarer und Verwirrer. Er hat sich immer auf die bequeme Schaukel der Nulllösung gesetzt. Wie im Sozialismus alle Übel der Welt auf Bonn geschoben wurden, so wird im Stolpismus das Feindbild West gepflegt.

(Beifall)

Vor 1989 hat Stolpe die Bürgerbewegung verschaukelt. Jetzt verschaukelt er die Kirchen mit der Behinderung des Religionsunterrichtes.

(Beifall)

Den Einwohnern des sorbischen Dorfes Hornow versprach Stolpe den Erhalt ihrer Heimat. Dann aber organisierte er den Abriß des Ortes. Jüngst hat er sich wiederum um eine Position gedrückt, als in seinem Land Brandenburg russische Juden zurückgewiesen wurden. Als hemmungsloser Populist zeigte er Verständnis für eine das Ansehen der ganzen Nation schädigende Haltung. Ich bin mir sicher, daß die Ostdeutschen diesen Mann durchschauen würden, wenn wir ihnen diese Tatsachen vermitteln würden.

Der zweite Teil der Strategie der Spalter ist die Konstruktion einer Volksfront, einer Neuauflage einer vereinnahmenden Blockpolitik. Wenn heute jemand eine Blockpolitik betreibt, dann ist es die PDS. Die SPD ist dabei, sich vor diesen Karren spannen zu lassen. Die Signale sind eindeutig. Beispiele sind heute immer wieder genannt worden: das Magdeburger Modell, die Erfurter Erklärung, das Thierse-Papier vom Dezember 1996 und die Bekundungen vieler Sozialdemokraten. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sich einige Sozialdemokraten - es gibt auch ein paar ehrliche, die keine Zusammenarbeit wollen - aus taktischen Gründen von der PDS öffentlich distanzieren. Die politische Vereinigung von SPD und PDS hat bereits stattgefunden. Wir sehen, wie sie mit verteilten Rollen spielen.

(Beifall)

Ich habe heute früh im Radio gehört, daß in Artern, einer Kleinstadt in Sachsen-Anhalt, ein PDS-Bürgermeister eine große Stimmenmehrheit gegen die CDU gewonnen hat. Hier zeigt sich: Es gibt im Osten nur eine Alternative zur PDS, und das ist die CDU.

(Beifall)

Es muß nicht nur für Bürgerrechtler, es muß auch für die Partei und für die ganze Nation unerträglich sein, wenn die Enteigner von Geist und Gut, die Enteigner von Tradition und Zukunft wieder nach der Macht greifen.

(Beifall)

Die postkommunistische Hetze gegen die CDU und gegen die Regierung und die sozialdemokratische Blockadepolitik sind auch aus Ostsicht nur zwei Seiten der gleichen Medaille. Was hat die SPD von der PDS zu fürchten? Ich weiß Bescheid: Vor 1989 hat die SPD mit der SED einen latenten Schmusekurs nicht nur auf höchster politischer Ebene, sondern auch auf der Ebene der Kommunen gefahren.

(Beifall)

Dies setzt sich nun einfach fort. Trotz mancher hehrer Reden in der SPD war für sie die Revolution von 1989 nur ein Unfall der Geschichte. Die SPD muß sich fragen lassen, wie sie es mit der Demokratie hält, wenn sie jetzt mit ihren Gegnern zusammenarbeitet.

In Berlin haben vor einigen Tagen aufgehetzte junge Leute eine Einkaufshalle in der Nähe meiner Wohnung und viele Autos von Berliner Bürgern, und auch von Arbeitslosen, angezündet. Da geht eine Saat im antikapitalistischen Klassenkampf auf, die andere ausgestreut haben. Die kommunistischen Haßpotentiale sind ja noch vorhanden, auch wenn sie sich wie immer sozusagen demokratisch verkleiden. Achten wir auf die honorigen Schreibtischtäter, die

die Verunsicherung schüren und deswegen inzwischen selbst ein Sicherheitsrisiko für die Demokratie geworden sind!

(Beifall)

Vera Lengsfeld sprach davon: Es kann im Grunde genommen kein klardenkender Mensch mehr übersehen, daß zur Zeit allein die CDU die politische Courage aufbringt und auch den Mut zu manchen unpopulären Maßnahmen hat, um die nötigen Reformen für die Zukunft in Angriff zu nehmen. Das irritiert gerade diejenigen, die sich unentwegt den Fortschritt auf ihre ideologischen Fahnen schreiben. Nun erweist sich, daß ihr Denken weit zurückgeblieben ist. Sie führen noch die Schlachten um die sozialen Konflikte des 19. Jahrhunderts. Wer aber den nötigen Umbau des Sozialstaates deklariert, Sozialneid schürt und den Popanz eines angeblich von der CDU eingeführten Manchester-Kapitalismus aufbaut, verläßt den demokratischen Grundkonsens.

(Beifall)

Leider beteiligen sich daran einige Intellektuelle, Theologen und auch einige ehemalige Mitglieder der Opposition in der DDR. Sie sind wichtige gesellschaftliche Multiplikatoren in Ost und West. Die Erfurter Erklärung ist ein Beispiel dafür. Diese Leute müßten es eigentlich besser wissen, weil schon die Nationalsozialisten die sozialen Fragen gegen die Demokratie ausspielten.

Dieses Handeln zeigt noch etwas anderes: Die Opposition in der DDR konnte in der Auseinandersetzung mit einem totalitären Staat oftmals keine mustergültigen demokratischen Programme aufweisen. Aber wer die Programme oder den politischen Ansatz der 70er und 80er Jahre gegen die SED heute gegen die Demokratie und gegen die neue Bundesrepublik richtet, der zeigt, daß er nicht nur von der Geschichte, sondern auch von der Politik nichts versteht.

(Beifall)

Diejenigen, die so lautstark gegen den Neoliberalismus, den es angeblich gibt, zu Felde ziehen, bekämpfen tatsächlich die liberalen Grundwerte dieser Gesellschaft. Das muß zu dem entschlossenen Widerstand der Demokraten in Ost und West herausfordern. Es gehört zu den ureigensten Anliegen der Bürgerrechtsbewegung, diesen Demagogen ins Handwerk zu pfuschen.

Als Bürgerrechtler in der CDU schauen wir ja nicht auf die Vergangenheit, um uns selbst herauszustellen. Natürlich gibt es auch bei uns genügend Nostalgie. Es geht uns aber allein um die Zukunft. Wir wünschen uns eine CDU, in der wir einen Platz haben. Wir bringen unsere politische Legitimation als die anderen authentischen Ostdeutschen und unsere Erfahrungen im Kampf gegen die Verführer oder - um es mit der Stimme des Volkes zu sagen, Herr Generalsekretär - gegen die roten Socken ein.

(Beifall)

Wir wollen auch nicht, daß die Straftaten derer verjähren, die den Ostdeutschen Unrecht zugefügt haben und die sich durch den Konkurs der DDR widerrechtlich bereicherten.

(Beifall)

Unser Engagement gilt den Opfern der SED-Diktatur. Wir wollen das Selbstbewußtsein der Ostdeutschen stärken, die sich mehrheitlich nichts haben zuschulden kommen lassen. Wir wünschen uns eine CDU, die entschlossen ist, die deutsche Einheit weiterzugestalten. Wir wünschen uns eine CDU, die auf allen Ebenen deutlich den Willen zeigt, aus Verantwortung für Deutschland die Regierungsmacht zu behaupten, gerade jetzt und mit Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir rufen deswegen alle westdeutschen und ostdeutschen Mitstreiter in der CDU auf, diese Entschlossenheit auch im Wahlkampf zu zeigen. Bei meinen vielen Reisen in den letzten Monaten zu den westlichen Orts-, Kreis- und Landesverbänden habe ich gemerkt, daß da und dort schon Selbstzweifel gekommen sind. Das muß überwunden werden. Wir brauchen einen neuen Elan. Vor allen Dingen rufen wir als Bürgerrechtler in der CDU die Freunde, die bis jetzt noch unabhängig in der Bürgerrechtsbewegung sind, auf, unseren Wahlkampf in der und für die CDU zu unterstützen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Ehrhart Neubert, einen herzlichen Dank für den Beitrag, für eine authentische Stimme, die sich zu Zeiten der DDR mit der Diktatur auseinandergesetzt hat, und die heute sehr wohl über die Gefahren der Diktatur weiß und sie benennen kann.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich freue mich jetzt besonders, den Dichter Reiner Kunze ansagen zu dürfen. Ich bitte um Aufmerksamkeit für seinen Beitrag.

(Beifall)

Dr. Reiner Kunze: Meine Damen und Herren! Ich hätte es nie gewagt, mich hier zu Wort zu melden. Ich bin dazu eingeladen worden. Dieses Rednerpult ist für mich viel zu groß. Ich komme mir vor, als wenn ich hier im Anzug des Herrn Bundeskanzlers stünde.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn Sie mir trotzdem zehn Minuten zuhören wollen, wäre ich Ihnen selbstverständlich sehr dankbar.

Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren, erlauben Sie mir bitte fünf Sätze Vorrede und zwei Anmerkungen zum intellektuellen Klima in Deutschland.

Nach unserer Übersiedlung in die Bundesrepublik 1977 wurde in der DDR ein junger Ingenieur verhaftet und wegen Staatshetze zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil gründete sich auf einen vom Staatssicherheitsdienst fotokopierten privaten Briefwechsel mit mir. Um dem Ingenieur zu helfen, wandte ich mich an den Innenausschuß des Deutschen Bundestages und traf bei dieser Gelegenheit mit Helmut Kohl zusammen, der damals Fraktionsvorsitzender war. Heute, lieber Herr Kohl, begegnen wir einander in einem freien Leipzig, in einem souveränen Deutschland.

(Beifall)

Als einer, dem in dieser Stadt frühe, aber lebenslang wirksame politische Traumata widerfahren, danke ich Ihnen, daß Sie und Ihr Finanzminister, nachdem die Leipziger im Herbst 1989 das Ihrige getan hatten, das Richtige taten.

(Beifall)

Zwei Anmerkungen zum intellektuellen Klima in Deutschland:

Erstens. Wolfgang Graf Vitzthum sagte im Rahmen des Tübinger Studium Generale:

Viele Dichter nahmen die Erste deutsche Republik...nicht an. Die Einberufung der Nationalversammlung in die Stadt Goethes und Schillers führte zu keiner Legitimitätsvermehrenden, integrierenden Landnahme der Republik im „Geistigen“... Tucholsky und die anderen verletzenden Kritiker...verstanden einfach nicht, daß die Republik erst Wurzeln fassen mußte in fremdem Boden. Ohne Staatsbewußtsein, ohne Empfindungen...hält kein Staat die inneren Spannungen und die Schubkraft der Geschichte aus... So erlag die deutsche Öffentlichkeit Alfred Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“. Sie fiel denen in die Hände, die zunächst ein nationalsozialistisches Großdeutschland, dann ein germanisches Weltreich errichten wollten. Was half es den Schriftstellern, daß sie zu der Leere, die dieser Wahnsinn zu füllen vorgab, beigetragen hatten?

Walter Jens, im selben akademischen Rahmen sprechend, bezeichnete

Tucholsky und die anderen von Graf Vitzthum kritisch betrachteten Schriftsteller als einen Autorentyp, der

im Alltag von Weimar jene Utopien wachzuhalten suchte, die nach Kriegsende, im „Rat geistiger Arbeiter“ während der Münchener Räterepublik, bei der Proklamation der radikalen Vernunft zur Verwirklichung anstanden.

Jens zitierte einen Artikel Tucholskys, in dem es heißt:

Ich halte einen Zusammenschluß der radikalen Intellektuellen mit der KPD für einen Segen und ein Glück.

Eine Kontroverse. Erhellend, wie ich meine, und die Wahrheit komplettierend - also, wie immer man zur jeweiligen Meinung stehen mag, erfreulich.

Doch das intellektuelle Klima läßt Freude an der Wahrheitssuche nicht aufkommen. In einer Einlassung, die Graf Vitzthum eine Woche später vortrug, sagte er unter anderem:

Und Tucholsky? Darf ich den offenbar in meinem Vortrag besonders irritierenden Faden noch einmal aufnehmen, ohne befürchten zu müssen, Freunde zu verlieren?

Eine Frage, die bezeichnend ist. Jemand, der gesellschaftliche Totalentwürfe und die ihnen meist innewohnende unmenschliche Radikalität ablehnt, sich also weigert, dem Leitspruch zu folgen: Wer nicht mein Freund ist, ist mein Feind, und Feinden wird kein Pardon gegeben - jemand dieses intellektuellen Zuschnitts muß, äußert er seine Gedanken, in Deutschland sofort befürchten, Freunde zu verlieren (im Wiederholungsfall also Feind zu werden, dem man kein Pardon gibt).

Ja, er braucht nicht einmal eine Meinung zu äußern, sondern nur mit jemandem zu sprechen, dem kein Pardon gegeben wird. Als Martin Walser einer Einladung der CSU-Landesgruppe im Bundestag gefolgt war, fragte ihn eine Journalistin:

Hat die CSU jetzt einen neuen Ghostwriter gefunden?

Wenn Politiker eines demokratischen Gemeinwesens einen Schriftsteller bitten, zu und mit ihnen zu sprechen, ist es in Deutschland keine staatsbürgerliche Selbstverständlichkeit, daß er der Bitte nachkommt. Martin Walser 1997:

Ich kenne nichts Intoleranteres als unser intellektuelles Klima.

(Beifall)

Soweit ich ins Ausland gekommen bin, habe ich nirgendwo etwas Vergleichbares miterlebt.

Diejenigen Intellektuellen in den neuen Bundesländern, die am politischen System der DDR fast erstickt sind, empfinden die geistige Freiheit, die sie errungen und durch die Vereinigung gesichert bekommen haben, als den erstrebenswerten Wert überhaupt und sich selbst keinesfalls als intellektuelle Rosen, die – um eine Metapher von Günter Grass abzuwandeln – unter politischem Mehltau dahinvegetieren.

(Beifall)

Intellektuelle wie sie sind aber im Osten wie im Westen in der Minderheit. Und wenn sie der Intoleranz die Stirn bieten, tun sie es als Einzelgänger.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten konnte deshalb am intellektuellen Klima nur wenig ändern. Damit sich etwas ändert, bedürfte es eines Mutationssprungs. Bis dahin bleibt uns, wollen wir das 21. Jahrhundert menschlich gestalten, in der Tat nur die eigene Stirn.

(Beifall)

Anmerkung zwei: Als das erste Wörterbuch mit den neuen Rechtschreibregeln erschienen war, ging ich es Seite für Seite durch, um mir die Regeln anzueignen und so viele Einzelfälle wie möglich einzuprägen. Doch als ich bemerkte, daß durch die Reform zahlreiche schriftliche Ausdrucksmöglichkeiten verloren gingen, um die wir beneidet werden, und das Lesen, der Zweck allen Schreibens, erschwert wird, meldete ich mich zu Wort.

Seien Sie unbesorgt, meine Damen und Herren, im folgenden erwartet Sie kein Plädoyer für oder gegen die Rechtschreibreform,- ich bleibe beim Thema: das intellektuelle Klima in Deutschland.

Mir war bekannt, daß einer der Herren Kultusminister auf die Frage des „Spiegel“, ob die Deutschen wüßten, was mit der Rechtschreibreform auf sie zukommt, geantwortet hatte:

Nein, überhaupt nicht. Die breite Öffentlichkeit ist so gut wie gar nicht informiert. Deshalb werden viele erschrecken, wenn es zu einer Reform kommt, und zwar auch dann, wenn noch etwas geändert wird... Man wird uns Kultusminister fragen, was habt ihr denn da angestellt?

Der Ton, der mir im Rundfunk aus dem Mund einiger Wortführer der Kultusministerkonferenz entgegenschlug, war jedoch der Ton unfehlbarer Staatsmacht, wie ich ihn in dieser Weise seit 20 Jahren nicht mehr vernommen hatte. Daß ein Einwand gegen die Reform vernünftig sein könnte, schien nicht in Betracht gezogen zu werden.

(Beifall)

Den Kritikern wurden Motive unterstellt, die verletzend waren, und in der Sache wiegelte man mit unwarhen Behauptungen ab. Ich sah mich plötzlich einem Machtgestus gegenüber, der mich an frühere Zeiten erinnerte. Ein Kultusminister hob so weit ab, daß er sogar seine Muttersprache unter sich ließ.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Menschen dächten, sagte er - Zitat -: „Wir wollen an ihre Sprache“. Wieso „an ihre“?

(Heiterkeit)

Derselbe Kultusminister ließ mir - wenn auch freundlich - das sei dankbar vermerkt, durch die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ ausrichten, ich solle mich nicht mit der Rechtschreibreform befassen, denn sie sei das Unwesentlichste von der Welt. Das Unwesentlichste von der Welt betraf u.a. „etwa 800 sinnvolle Zusammensetzungen“ (Munske), um die die geschriebene Sprache von 100 Millionen Menschen verarmen würde,- und darum soll sich ein Schriftsteller nicht kümmern?

(Beifall)

Wäre ich dieser Empfehlung gefolgt, müßte ich als Autor zurücktreten - oder als Deutscher.

(Heiterkeit und Beifall)

Man halte von den Einsprüchen gegen die Reform, was man will,- wenn der Staat Mitdenkende so behandelt und diejenigen, die ihre Gedanken nicht zuletzt deshalb einbringen, weil sie diese Republik und keine andere wollen, vor den Kopf stößt, dürfen sich die Parteien über das Klima zwischen ihnen und bestimmten Intellektuellen nicht wundern.

(Beifall)

Oder - polemisch gefragt - sind Intellektuelle, die ihren Kopf weder bei einer Ideologie, noch beim Staat abgegeben haben, nun auch im demokratisch verfaßten Deutschland unerwünscht? Die Art und Weise, in der die Kultusministerkonferenz die sachlichen Einwände gegen die Rechtschreibreform - und nur von ihnen, den sachlichen Einwänden, spreche ich - abschmetterte, die Kritiker mit Hohn bedachte und die Amtsmacht hervorkehrte, hat einen Klimasturz verursacht.

Der Bundesvorstand Ihrer Partei, meine Damen und Herren, erhebt die Vision, das 21. Jahrhundert menschlich zu gestalten, zum Programm. Ohne hochdifferenzierendes, schöpferisches Denken und adäquates Kommunizieren wird das kaum gelingen. Ich danke Ihnen, daß Sie mir so lange zugehört haben.

(Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Herzlichen Dank, Herr Kunze, daß Sie bereit waren, sich demokratisch engagierten Politikern im Dialog zu stellen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt gemäß unserer Ankündigung Dr. Alfred Dregger.

Dr. Alfred Dregger (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Vor kurzem haben wir den Tag der Deutschen Einheit gefeiert. Ehrengast der zentralen Veranstaltung in Stuttgart war der frühere amerikanische Präsident George Bush.

Diese Ehrung war nicht unverdient. Die Amerikaner haben sich damals, als es darauf ankam, stark und verlässlich gezeigt. Und Stärke und Verlässlichkeit machen den Verbündeten aus. Aber in Wahrheit haben die Amerikaner viel mehr eingebracht: Sie haben die deutsche Einheit zu ihrer Sache gemacht, weil es ihnen nicht nur um Macht ging, sondern auch um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

Auf dieser gemeinsamen Basis kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem deutschen Bundeskanzler, wie sie intensiver nicht hätte sein können. Ich glaube, daß sie es letztlich garantiert hat, daß dieses Unternehmen erfolgreich und friedlich verlaufen ist.

Zweitens. Daß die deutsche Einheit - im Gegensatz zu 1871 - diesmal mit Zustimmung aller unserer Nachbarn zustande gekommen ist, das war eine der größten staatsmännischen Leistungen unseres Bundeskanzlers.

(Beifall)

Lieber Helmut Kohl, wir sind stolz auf Sie, und wir freuen uns, daß Sie uns in den Bundestagswahlkampf führen werden.

(Beifall)

Mit der Teilung Deutschlands wurde auch die Teilung Europas überwunden. Ost- und Mitteleuropa können nun in Freiheit „nach Europa zurückkehren“, wie Präsident Havel es ausdrückte. Der heutige Staatspräsident Estlands, Lennard Meri, hat bei seinem ersten Bonn-Besuch nach seiner Ernennung zum Außenminister auch mich aufgesucht. Als ich ihn zur wiedergewonnenen Freiheit und Souveränität seines Landes beglückwünschte, antwortete er: „Und ich beglückwünsche Sie, lieber Herr Dregger, dazu, daß nun der Zweite Weltkrieg endgültig zu Ende ist.“

Deshalb sage ich unter Bezugnahme auf Havel und Meri: Wer die Freiheit, die Demokratie und die Menschenrechte liebt, der freut sich mit uns auch heute noch und immer wieder über diesen 3. Oktober 1990, der eine für Europa und damit für die Welt glückliche Entwicklung eingeleitet hat.

Das gemeinsame Aufbauwerk, um das wir uns mühen, ist sicherlich nicht leicht und nicht fehlerlos, und trotzdem wird es zu einem Erfolg, zu einem großen Erfolg werden. Wer sich auf dem Weg hierher die Straßen und Städte angesehen hat, oder sich hier in Leipzig nur einmal umblickt, der kann das mit Händen greifen. Wir beglückwünschen Sie, unsere lieben Landsleute aus Sachsen, zu diesen Ergebnissen und zu diesem Erfolg. Wir sind stolz mit Ihnen!

(Beifall)

Natürlich gibt es Schwierigkeiten. Die Gegner der Wiedervereinigung haben auf diese nur gewartet, um die Wiedervereinigung miesreden und die Menschen in Ost und West gegeneinander aufhetzen zu können. Es werde zuviel gegeben, sagen sie den einen; es sei zuwenig, sagen sie den anderen.

Da melden sich wieder jene zu Wort, denen die ganze Richtung nicht paßt, die offenen und die verdeckten Gegner der Wiedervereinigung, denen angeblich alles zu schnell gegangen ist, die aber in Wirklichkeit an zwei deutschen Staaten festhalten und deshalb den Prozeß verlangsamen wollten: die Kommunisten im Osten, die einen untauglichen Versuch unternehmen wollten, ihr „System“ zu reformieren, und die Sozialisten im Westen, die sich ihre sozialistische Spielwiese in der DDR nicht nehmen lassen wollten.

(Zustimmung)

Wir dürfen nicht zulassen, daß das begonnene und schon weit gediehene Werk von Leuten wie Gysi, Bisky und Genossen mit ihren Partnern im Westen in Frage gestellt wird. Sie sind nicht die fürsorglichen Sozialhelfer der kleinen Leute, als die sie sich am liebsten feiern lassen. In Wahrheit gehören sie zu den Spaltern Deutschlands und zu den Unterdrückern von 17 Millionen Deutschen in der ehemaligen DDR.

(Beifall)

Ohne sie wäre der Rückstand in Ostdeutschland nicht entstanden, den wir jetzt aufarbeiten müssen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, die „Erfurter Erklärung“, die inzwischen auch von führenden Sozialdemokraten unterschrieben worden ist, macht deutlich, was diese Leute auch heute noch wollen. Noch 1988 und 1989 haben SPD und SED gemeinsame Sache gemacht. Der damalige Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, wollte seine Partei auf Ablehnungskurs gegen die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR zwingen. Das hätte zu einem Chaos geführt in Deutschland und in Europa. Dieser Mann hat übrigens einmal gesagt, er habe „Probleme damit, Deutschstämmige vorrangig aufzunehmen vor einem farbigen Asylanten“. Die Gemeinschaft des deutschen Volkes scheint Herrn Lafontaine unbekannt oder zumindest gleichgültig zu sein.

(Vereinzelt Beifall)

1989 wollte er die Botschaftsflüchtlinge aus Warschau, Budapest und Prag wieder in die DDR zurückschicken, sie sozusagen der Stasi ans Messer liefern.

Deshalb sage ich: Ein Wahlsieg der SPD, wie sie sich jetzt unter Führung von Lafontaine und Schröder darstellt, wäre ein Unglück für Deutschland und Europa, das wir verhindern müssen.

(Beifall)

Mit der Blockadepolitik im Bundesrat verweigert die SPD dem wiedervereinigten Deutschland den dringend notwendigen Modernisierungsschub. Gleichzeitig empfiehlt Lafontaine unverantwortliche Lohnerhöhungen, die unseren wirtschaftlichen Aufschwung ersticken würden, ehe er sich entfaltet hat, was sich vor allem in den neuen Ländern auswirken würde.

Dieser unsinnigen und unverantwortlichen Politik der SPD setzen wir unseren klaren Reformkurs entgegen. So, wie wir nach dem Krieg die Bundesrepublik erfolgreich aufgebaut haben, außenpolitisch mit der Westintegration Deutschlands durch Konrad Adenauer, wirtschafts- und sozialpolitisch mit der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards und deutschlandpolitisch mit der Europa- und Allianzpolitik Helmut Kohls, werden wir jetzt die Zukunft des geeinten Deutschlands und des Europas der vereinten Vaterländer mit unseren Nachbarn und Freunden gestalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Herzlichen Dank! - Ich darf jetzt zum nächsten Schwerpunkt unserer Ausführungen überleiten: die Unterschiede in den Mentalitäten in Ost und West, wie gehen wir damit um? Ich freue mich ganz besonders, daß wir einen Gast unter uns haben, der uns in den letzten Jahren in vielerlei Hinsicht wichtig geworden ist und der, glaube ich, an der Entwicklung im vereinten Deutschland ganz intensiv teilhat. Ich bitte Joachim Gauck um sein Wort.

(Beifall)

Joachim Gauck: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke den Verantwortlichen für die Einladung eines Parteilosen, hier zu sprechen, eines Parteilosen, der übrigens auch noch parteilos bleiben möchte.

Wir haben die Gelegenheit, über Probleme und erfreuliche Ereignisse sieben Jahre nach der deutschen Einheit zu reden. Sie haben sich ein hohes Thema gestellt. Dennoch haben Sie - wie alle anderen, die daran oder an anderen Zielen mitwirken - Ihre hohen Ziele unter den Schatten der Vergangenheit durchzusetzen, und diese Schatten der Vergangenheit sind - das haben uns die letzten Jahre gelehrt - außerordentlich lang, viel länger, als wir gedacht haben. Darüber möchte ich einen Moment nachdenken.

Zuvor aber möchte ich Ihrer Partei für die während der ganzen Zeit, die hinter uns liegt, stattgehabte Unterstützung des Aufarbeitungswerks danken, und ich möchte Sie, die CDU, daran erinnern, daß das Thema der Aufarbeitung der SED- und Stasi-Vergangenheit eine Koalition der Vernunft der politischen Kräfte herbeigebracht hat, wie sie sonst relativ selten ist oder überhaupt nicht mehr vorkommt. Es ist daran zu erinnern, daß das Stasi-Unterlagen-Gesetz durch die Parlamentarier nicht nur der Koalition, sondern auch der Sozialdemokratischen Partei und von Bündnis 90/ Die Grünen mit gefördert wurde, und noch steht diese Koalition der Vernunft. Ich könnte mir denken, daß angesichts der schwierigen Lage in Deutschland auf anderen Gebieten eine Menge Wähler nach solchen Koalitionen der Vernunft jenseits der Parteilinien Ausschau halten.

Ich bin nicht sicher, ob man das auf dem Parteitag gern hört; denn Sie müssen die Front aufstellen, Sie müssen sich sammeln und Sie müssen die Spezifik Ihrer eigenen Wahlprogrammatisierung betonen. Aber einige wesentliche Debatten in der Vergangenheit, auch einiges an Scheitern - etwa in der Steuerdebatte - hat im Wählervolk einen unglaublichen Frust hervorgerufen. Es gibt also die Möglichkeit zu Koalitionen der Vernunft, und ich wünsche mir mehr davon.

Jetzt aber zu dem Thema, mit dem ich als Bundesbeauftragter betraut bin: Nach dem Gesetzestext sollen wir die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Vergangenheit

voranbringen. Ich habe in der letzten Zeit gelernt, daß - selbst, wenn die allergünstigsten Voraussetzungen bestehen, dies zu tun, auch die politische Vernunft, sogar getragen von breiten parlamentarischen Mehrheiten, vorhanden ist - die kommunistische Vergangenheit zu Wort kommen zu lassen, Fakten zu benennen, bestimmte organisatorische Schritte zu gehen, Menschen zu entschädigen, Strafverfolgung einzuleiten und Rehabilitierungsverfahren durchzuführen, die eine Sache ist, die andere Sache jedoch ist, die große Masse eines Volkes, das im Grunde genommen über zwei bis drei Generationen nicht gelernt hat, sich in der Freiheit auszuprobieren, mitzunehmen auf die Reise in die Freiheit.

Die Ostdeutschen haben seit 1933 wesentliche Teile ihrer Selbstbestimmtheit aufgeben müssen. Sie sind zurückverwandelt worden in den - politisch gesehen - Status eines Untertanen. Ihre Mitwirkung an der politischen Partizipation war nicht gefragt oder nur dann, wenn sie die eigene Gewissensentscheidung und die eigene Weltsicht aufgegeben haben. Das prägt Menschen. Etwas anderes hat ebenfalls gelitten, und zwar durch die Art und Weise, wie das Ich im Gemeinwesen angesehen wurde. Die Diktatoren aller Couleure - auch die kommunistischen - sind im Grunde genommen Feinde von Individualität und Kreativität. Sie bilden das, was an Selbstbestimmtheit in uns angelegt ist, zurück und belohnen uns für Haltungen der Feigheit, der Unterwerfung und der Angst.

Die Konzeption, Menschen durch Angst und Überwachung gefügig zu machen, ist zum großen Teil aufgegangen. Die Menschen waren gefügig. Sie waren nicht so überangepaßt, daß ein Volk von Verrätern aus ihnen entstanden wäre - das ist Unfug. Nur ein bis zwei Prozent der Ostdeutschen waren so überangepaßt. Aber es ist so, daß wir für die Herausforderungen einer Wettbewerbsgesellschaft, einer Konfliktgesellschaft - und freie Gesellschaften sind Konfliktgesellschaften - auch die Verantwortung für unser eigenes Leben nur sehr bedingt tragen können.

Es gibt also viel zurückgebliebene Angst in den Seelen der Menschen, die über Jahrzehnte gelernt haben: Habe nur genügend Angst, und du wirst auch Erfolg haben. Und so neigen diese Menschen dazu, einen Teil der besorgniserregenden Faktoren unserer Gegenwart zu großen Angstfaktoren umzustilisieren, und sie sind deshalb bestimmten Zumutungen der politischen Gegenwart und bestimmen Konfliktsituationen hilfloser ausgeliefert, als es jemand ist, der seine Individualität, seine Selbstbestimmtheit über 40 Jahre hat ausprobieren dürfen.

Es ist ja keineswegs so, lieber Ehrhart Neubert, daß es nur in Ihrer Partei Menschen gibt, die noch wachsam genug sind, um den Erfurtern und anderen Verwirrten etwas entgegenzusetzen. In der von Ihnen geschmähten Sozialdemokratischen Partei und in der Partei Bündnis 90/ Die Grünen wird es noch genug Menschen geben, die mit Ihnen zusammenstehen, wo es um die Delegitimierung von Diktatur geht.

Natürlich können wir ein Stück besorgt sein, und es steht Ihnen auch gut an, mit dem Finger auf jene zu weisen, nur müssen Sie davon ausgehen, daß in Ostdeutschland noch genug Menschen leben, die jenseits von Parteistategien bereit sind, das in der Vergangenheit erworbene Wissen über die reale DDR wieder aufleben zu lassen. Nicht alle in diesem Land lieben das gezinkte Erinnern, wo aus den Zeiten der Diktatur nur noch die Kindergärten, die Vollbeschäftigung und die niedrige Kriminalität erinnert werden.

(Beifall)

Wir haben es also in Deutschland mit zwei doch recht unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu tun, und es wäre töricht, die daraus erwachsenden Probleme nicht zu sehen.

Ich würde Ihnen auch gern allerhand Blumensträuße überreichen, aber ich hätte es gerne, wenn sich die Politiker, die uns regieren, und die Parlamentarier, die die Gesetze für uns machen, darauf einstellen, daß wir noch mindestens eine Generation lang, möglicherweise aber länger, mit so unterschiedlich geprägten Mentalitäten zu rechnen haben. Das ist nun inzwischen mehrfach gesagt worden. Oftmals überfordern wir uns aber gegenseitig, indem wir den Ostdeutschen eine Haltung zumuten, als hätten sie schon seit 40 Jahren in der Gewerkschaftsarbeit, in der Parteiarbeit, in der freien Presse oder in einem Parlament Erfahrungen gesammelt. Sie haben dies aber nicht, und deshalb verdienen unsere Landsleute im Osten sehr viel mehr Geduld, als ihnen gegenwärtig entgegengebracht wird. Und sie verdienen vor allen Dingen, daß wir ihre eigene Leistung bei der Herstellung von Freiheit und Demokratie in diesem Teil Deutschlands deutlicher als bisher würdigen.

(Beifall)

Es genügt nicht, daß wir ihnen immer wieder vorrechnen, wie hoch die Transferleistungen sind. Es muß zu der Tatsache, daß zu dem Mengentransfer von Kapital auch eine rationale Strukturpolitik gehört, die diese Mengenzuweisung von Kapital in Erfolge ummünzt, eine Strategie kommen, diesen Minderheitsdeutschen im Osten zu erklären, daß das gesamte Deutschland ihnen dankbar ist, weil sie unserer Nation das Entreebillet in den Kreis jener Völker in Europa gelöst haben, die eine eigene Freiheitstradition haben.

(Beifall)

Es ist mir davon zuwenig die Rede, und deshalb bedürfen wir im Grunde genommen einer neuen Aufmerksamkeit für diesen Teil der ostdeutschen Gesellschaft. Es ist doch erschreckend, daß viele der Aktivisten, die 1989 auf den Straßen waren und die trotz langer Angst endlich „wir“ und „ich“, „Wir sind das Volk!“ und „Wir wollen etwas Neues“ gesagt haben, heute oftmals wieder unfähig oder angstgebannt im Grunde in einer neuen Ohnmacht nach Bonn starren, wo die allmächtigen Regierenden sitzen.

Wir wissen, Herr Bundeskanzler, daß unsere demokratische Regierung nicht allmächtig sein möchte, aber wir möchten auch anerkannt wissen, daß die Menschen, die im Osten aus dieser lange erzeugten Ohnmacht oder Angst oder Unfertigkeit, aus dieser geprägten Mentalität, in das Neue hineingehen müssen. Wir möchten, daß Sie in Bonn wissen, daß eine Last auf allen Deutschen liegt. Ich weiß, daß die Arbeitslosigkeit in Ostfriesland und in West-Berlin genauso groß ist wie in Teilen Ostdeutschlands. Es ist aber so, daß Menschen, die 40 Jahre gelernt haben, mit bestimmten Risiken zu leben, ein wenig besser begreifen, daß das im Kern kein Angriff auf sie selber ist. Das ist im Osten anders.

Deshalb ist besonders für unsere ostdeutschen Jugendlichen nicht hinnehmbar, daß wir mit einer gewissen Nonchalance auf die Tatsache blicken, daß für mehrere zehntausend junge Menschen kein Ausbildungsplatz existiert.

Es ist darauf hinzuweisen, daß Menschen die Demokratie um so intensiver bejahen können, je mehr Trainingsfelder der Partizipation und der Emanzipation sie in der freien Gesellschaft finden.

Liebe Vera, lieber Herr Neubert, selbstverständlich wird es große Koalitionen der Vernunft geben, die davor warnen, daß wir wieder auf solche Leute hereinfallen, die mit Volksfrontparolen daherkommen. Auf der anderen Seite brauchen wir eine überaus große Ernsthaftigkeit, diese Verfassung der Ostdeutschen, die sich nicht genügend beachtet fühlen - ob das nun stimmt oder nicht - als Politikum zu erkennen.

Deshalb bedürfen wir einer neuen und energischeren Zuwendung, um diese Trainingsräume des Sich-Ausprobierens beim Eintritt in das Berufsleben oder auch beim Eintritt in partizipatorische Projekte des Politischen zu schaffen. Die Erinnerung daran, daß Menschen, die 40 Jahre und länger Diktatur erlebt haben, nicht von heute auf morgen mit einem Sprung in die fremde Welt zu Vorzeigedemokraten mutieren können, ist mir wichtig, ebenso der Hinweis darauf, daß geprägte Menschen - Diktatur macht nun einmal krank, indem sie uns schwach macht und von unseren eigenen Möglichkeiten wegbringt - eine forcierte Bemühung beim Eintritt in die freiheitliche Gesellschaft brauchen. - Ich danke Ihnen, daß Sie mir die Gelegenheit zu dieser Anmerkung eröffnet haben.

(Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Herr Gauck, herzlichen Dank für diese Anmerkung, die, wie ich glaube, zu Recht sehr viel Nachdenklichkeit hinterlassen hat.

Wir kommen nun zu dem nächsten Abschnitt, den zu behandeln wir uns vorgenommen haben, nämlich zu dem Aufbruch nach der Wende, zum Aufbau und dem Aufbauwillen. Es ist mir wichtig, hier in Leipzig mit besonderem Nachdruck denjenigen anzukündigen, den ich vorhin schon als einen Kommunalpolitiker der ersten Stunde bezeichnet habe. Ich kündigt ihn deshalb mit besonderem Nachdruck an, weil dieser Parteitag ihm für die Oberbürgermeisterwahl im nächsten Jahr alles Gute wünscht. Ich gebe Peter Kaminski das Wort.

(Beifall)

Peter Kaminski: Recht schönen Dank, Herr Bergner! Mir geht es um die Aufbauleistungen in den sieben Jahren der Einheit Deutschlands, das heißt um die Mühen der Ebene. Sie sind hier Gäste in der Stadt Leipzig, wie Herr Kunze sagte: in der freien Stadt Leipzig. Was soll ich über Aufbauleistungen sprechen? Sie sehen sie hier. Die Neue Messe ist ein Symbol des Aufbaus für die Bürger der Stadt. Nebenan haben wir Quelle. Wenn Sie heute abend zum Sachsen-Abend in die Stadt hineinfahren, fahren Sie auf einer Straße, die es vor sieben Jahren, ja sogar vor vier Jahren überhaupt noch nicht gegeben hat und die noch nicht einmal angedacht war. So gibt es hier vieles, was vom Aufbau in den neuen Bundesländern kündigt.

1989, kurz nachdem die Bürger dieser Stadt über den Ring gelaufen sind, wurde hier in Leipzig ein Film mit dem Titel „Ist Leipzig noch zu retten?“ gedreht. Die Filmemacher konnten sich nicht zu einem Ja auf diese Frage durchringen. Das war das Erbe der Diktatur des Sozialismus, das wir übernommen hatten. Herr Lafontaine wollte es 1990 zementieren.

Die Leipziger, die nun endlich frei waren und nicht nur als Leipziger, sondern auch als Sachsen eine Identität hatten, sagten aber mit Nachdruck ja zum Aufbau. Sie sagten: Ja, diese Stadt ist noch zu retten.

Wie haben wir das erreicht? Ich bin seit dem 1. Juli 1990 Kämmerer in dieser Stadt. Ich habe den Aufbau also von Anfang an miterlebt. Ich hatte auch die Chance, diesen Aufbau mitzugestalten. Wir erhielten vom ersten Tage an Hilfe aus den alten Bundesländern, zuerst aus unseren Partnerstädten Hannover und Frankfurt. Es war aber auch der Wille der Menschen in der Verwaltung zu Veränderungen da. Es ging nicht nur um eine Strukturveränderung, sondern es mußten auch inhaltliche Veränderungen herbeigeführt werden. Sie wissen, daß gerade in den Kommunen Gesetze Grundlagen der Arbeit sind: Personalgesetze und Tarifbestimmungen, Baugesetze, Umweltgesetze und vieles mehr. Denken Sie an das Vermögensgesetz und den Grundsatz der Rückgabe vor Entschädigung. In dieser Stadt gab es 70 000 vermögensrechtliche Anträge. 70 000 Bürger haben gesagt: Dieses Grundstück bzw. dieser Vermögensgegenstand gehörten einmal mir und ich möchte es bzw. ihn wiederhaben. Diese 70 000 Anträge mußten nun von der jungen Verwaltung bearbeitet werden. Meine Damen und Herren, wir haben einen großen Teil davon bearbeitet. Wir haben schon Anfang 1991 gesagt: Derjenige soll sein Grundstück ganz schnell zurückbekommen, der investieren möchte. - Die Früchte dieser Entscheidung sehen Sie in dieser Stadt.

Mit all den Gesetzen, von denen ich sprach, mußte man sich vertraut machen; sie mußten aber auch angewandt werden. Ob alles immer gut war oder nicht, ist zweitrangig. Wir konnten nur Erfolg haben, weil wir auf allen Ebenen der Verwaltung - von der Spitze bis zum Sachbearbeiter - als Ost- und Westdeutsche miteinander gearbeitet haben. Die einen lernten von den anderen. Die einen brachten ihre Erfahrungen mit ein, die anderen ihr Verständnis für die Probleme vor Ort.

(Vereinzelt Beifall)

Nur dieses Zusammenwirken ermöglichte den neuen Verwaltungsaufbau und den Aufbau in dieser Stadt. Natürlich haben wir auch heute noch Probleme. Das will keiner bestreiten. Wir haben nur ein Viertel der Steuereinnahmen vergleichbarer westdeutscher Städte. Auf Grund der Blockadehaltung der SPD im Bundesrat müssen wir damit noch eine Weile leben. Das Problem der Ertragsschwäche, das die Firmen vor Ort haben, hätte gelöst werden können. Zur Lösung dieses Problems kommt es derzeit aber nicht.

Ebenso sind in manchen Fällen die Eigentumsverhältnisse noch nicht geklärt. Sie sehen in dieser Stadt noch viele Häuser, die Ruinen sind. Dort sind die Eigentumsfragen nicht geklärt. Wir können in solchen Fällen nur eine Notgeschäftsführung durchführen. Wir haben es weiterhin mit einem anderen wichtigen Problem zu tun, dem Problem des Anspruchs der Bürger an die Verwaltung. Es geht darum, daß die Bürger begreifen, daß sie vieles selbst tun müssen, daß die Verwaltung nicht allzuständig ist und nicht alles festlegen muß.

Schließlich nenne ich noch den Umgang mit Demokratie, der noch besser gelernt werden muß. Der Bürger muß begreifen, daß tausendmal „mein Wohl“ noch lange nicht „Gemeinwohl“ bedeutet. Dies fällt vielen nach wie vor schwer.

(Beifall)

Die Arbeitslosenquote in der Region beträgt 17,5 Prozent. Auch damit leben wir. Natürlich wollen wir diese Arbeitslosigkeit abbauen. Wir haben die Chance des Aufbaus in Freiheit und

Demokratie bekommen, und wir haben sie genutzt. Ich möchte dem Bundesvorsitzenden Dr. Helmut Kohl von hier aus noch einmal dafür danken, daß er sich von Anfang an für die neuen Bundesländer und für deren Aufbau eingesetzt hat. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Vielen Dank, Herr Kaminski, daß Sie uns an die Aufbauarbeit in den Kommunen erinnert haben. Vielen Dank auch dafür, daß Sie die nationale Solidarität, die in dieser Aufbauzeit gegeben war, mit praktischen Beispielen belegt haben.

Liebe Freunde, mir liegt eine Vielzahl von Wortmeldungen vor. Es tut mir leid, ankündigen zu müssen, daß wir dieses Forum gegen 18.45 Uhr beenden müssen, um alle nachfolgenden Veranstaltungen erreichen zu können. Ich bitte deshalb im voraus um Verständnis, wenn ich mich zunächst auf die angekündigten Redner konzentriere und die große Zahl der Wortmeldungen jetzt nicht berücksichtigen kann. - Als nächster hat ein Landwirt aus dem Freistaat Sachsen, Herr Thiele, das Wort, um seine Erfahrungen mit der Aufbauarbeit hier darzulegen.

Manfred Thiele: Meine Damen und Herren! Als am 1. Mai 1991 früh um 3 Uhr die Stalltore des Landgutes Chursdorf geöffnet wurden, wehte ein neuer Wind, von dem keiner genau wußte, was er alles bringen wird. Zum ersten Mal im Leben selbständiger Landwirt, wie es die Väter und Großväter waren, mit allen Freuden und Problemen, die dieser Stand mit sich bringt, und mit sehr vielen noch ungeklärten Fragen! Im Prozeß der friedlichen Revolution und der damit so glücklich erlangten Wiedervereinigung Deutschlands haben wir damals als LPG-Bauern in meinem Heimatort Chursdorf viele Stunden zusammengesessen und diskutiert, wie es weitergehen könnte.

Seit dem 15. März 1990 wußten wir, daß wir als Bauern wieder die volle Verfügungsgewalt über unseren Grund und Boden hatten. Wir wußten auch, daß die Klärung der Eigentumsfragen zum LPG-Vermögen und zum Grund und Boden Grundpfeiler der Umstrukturierung der LPG in marktwirtschaftliche Betriebsformen waren und sind. Aber ebenso haben wir in unseren Diskussionen erkannt, daß wir nicht dort wieder anfangen konnten, Landwirtschaft zu betreiben, wo unsere Väter 1961 zwangsweise aufhören mußten.

Die Informationen, die wir uns im Winter 1991 holten, bestärkten mich in dem Vorsatz, einen privaten Landwirtschaftsbetrieb in einer wettbewerbsfähigen Größenordnung aufzubauen. Wir bewirtschaften heute 580 Hektar und halten 500 Rinder, davon 250 Milchkühe.

Die Liquidation der damaligen LPG wurde in ihrer letzten Mitgliederversammlung im März 1991 beschlossen. In dieser Versammlung gab ich unsere Entscheidung bekannt, zusammen mit einigen Landeigentümern weiter Landwirtschaft betreiben zu wollen. Aber nicht jeder hatte den Mut, persönliche Kredite aufzunehmen, und so blieben vier übrig, die sich zum Neuanfang entschlossen. Die Prognosen von „wohlmeinenden“ Kollegen über unser Scheitern reichten von einigen Monaten bis zu einem Jahr.

Den zukünftigen Gesellschaftern des Landgutes Chursdorf war klar: Hier ist Pioniergeist gefragt, jetzt müssen die Ärmel hochgekrempelt werden. Wir haben diesen Neubeginn in der nach unserer Meinung für die Landwirtschaft geeigneten Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts gewagt, weil die Spezialisierung uns dazu zwang, wir unsere Kräfte bündeln

wollten, die Gemeinschaftsarbeit gewöhnt sind und damit Produktionsgrößen haben, die den Traktoreinsatz verbilligen.

Dieser Weg war für uns eine große Herausforderung. Es gab für uns Zeiten, in denen wir finanziell am Abgrund standen. Da mußte ich immer an den Optimismus von Martin Luther denken, der gesagt hat: „Wenn ich wüßte, daß morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch einen Baum pflanzen.“

(Beifall)

Inzwischen stehen wir auf einem soliden Fundament. Wir erwirtschaften zwar noch keine großen Gewinne, haben aber durch Investitionen in einer Höhe von 1,5 Millionen DM eine gute Produktionssicherheit erreicht. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Milchleistung ist von 1990 bis heute von 3900 auf 7000 kg pro Kuh und Jahr gestiegen.

(Beifall)

Wir beschäftigen ständig acht Arbeitnehmer sowie drei Saisonarbeitskräfte, bilden drei Lehrlinge aus und produzieren umweltgerecht und nachhaltig.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als selbständiger Landwirt und CDU-Mitglied sehe ich mich, ausgelöst von der gestrigen sogenannten Deutschbauern-Demonstration veranlaßt, vor dem Plenum des Parteitages Stellung zu nehmen. Gerade in der Bauernschaft und im ländlichen Raum hat die CDU ein großes Wählerpotential, wobei es kaum eine Rolle spielt, ob die Landwirte dem Deutschen Bauernverband oder dem Landbund angehören. Wahlergebnisse von 55 Prozent für die CDU sind in den sächsischen Dörfern keine Seltenheit.

(Beifall)

Die praktizierenden Landwirte, gleich ob Einzellandwirte oder Landwirte in einem Mehrfamilienbetrieb, nach der Rechtsform juristische Personen genannt, haben sich überwiegend im Sächsischen Landesbauernverband zusammengeschlossen.

Angesichts der Herausforderungen der kommenden Jahre - ich nenne hier nur die Schlagworte Globalisierung, Liberalisierung und EU-Osterweiterung mit all ihren Vor- und Nachteilen, die insbesondere in der Agenda 2000 aufgezeigt werden - muß der Berufsstand, um Schaden abzuwenden, geschlossen auftreten. So ist es nicht hinnehmbar, daß auf Grund individueller, oft bis zur Demagogie reichender Ansichten, hauptsächlich von Einzelpersonen, die Basis der Verbände immer weiter gespalten wird, obwohl vielfach gemeinsame Interessen und in Sachfragen auch gemeinsamer Handlungsbedarf bestehen. So kann meines Erachtens ein nur auf die neuen Bundesländer begrenzter Dachverband als Vertretung von nicht mehr landwirtschaftlich tätigen Grundeigentümern sowie für einen Teil privater Landwirte nicht die politische Bedeutung eines bundesweit agierenden Deutschen Bauernverbandes besitzen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist falsch, wenn behauptet wird, daß die ostdeutschen Privatbauern flächenarm sind. Ein Einzelunternehmen im Haupterwerb bewirtschaftet in Sachsen 100 Hektar.

Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß Privatbauern bei der Förderung benachteiligt werden. Die staatlichen Zuwendungen zum Unternehmensertrag je Hektar stimmen bei den Einzelunternehmen und den juristischen Personen nahezu auf die Mark überein, obwohl viehhaltungsbedingt bei den juristischen Personen ein größerer Arbeitskräftebesatz erforderlich ist. Mittlerweile wurde durch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm die einzelbetriebliche Investitionsförderung bundesweit vereinheitlicht.

Es ist falsch, wenn behauptet wird, daß Privatbauern bei der Verpachtung von Treuhandflächen benachteiligt werden. Der Anteil an Privatbauern verpachteter Treuhandflächen ist mit 48 Prozent bedeutend höher als ihr Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Sachsen von 37 Prozent.

Von einem Flächenmonopol der juristischen Personen in Sachsen kann ebenfalls keine Rede sein. So bewirtschaften natürliche Personen in Sachsen immerhin 37 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Ich möchte vor diesem Plenum der Sächsischen Staatsregierung ausdrücklich für ihre Agrarpolitik der besonderen Unterstützung, der Wiedereinrichtung sowie der Chancengleichheit danken.

(Beifall)

Die Förderung der LPG-Nachfolgebetriebe von der ordnungsgemäßen Vermögensauseinandersetzung abhängig zu machen hat in den Landesrichtlinien kein neues Bundesland so konsequent wie Sachsen in die Praxis umgesetzt und kontrolliert. Schwarze Schafe sind in Sachsen die Ausnahme und nicht, wie immer wieder behauptet, die flächendeckende Regel. Und von ein paar schwarzen Schafen wird doch nicht die ganze Herde schwarz.

An diesem Prozeß der Vermögensauseinandersetzung und der Eigentumsordnung haben beide Verbände, sowohl der Sächsische Bauernverband als auch der Verband der privaten Landwirte und Grundeigentümer in Sachsen, großen Anteil.

Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß Geschäftsführer von größeren Betrieben zumeist frei gewählte Angestellte der Unternehmen sind und damit auch der Kontrolle des Unternehmens durch Gesellschafterversammlung, Vorstand bzw. Aufsichtsrat unterliegen. So wird die Behauptung, die Roten Barone würden sich immer weiter das bäuerliche Eigentum aneignen, haltlos. Aber Vorurteile sind schwieriger zu knacken als Atomkerne, meinte Albert Einstein. In Sachsen bestanden Ende 1996 545 juristische Personen, die durchschnittlich 1045 Hektar mit 32 Arbeitskräften bewirtschaften. Das entspricht einer Fläche von rund 33 Hektar pro Arbeitskraft. Ferner bestehen in Sachsen 1810 Einzelunternehmen im Haupterwerb mit durchschnittlich 100 Hektar und zwei Arbeitskräften. Das entspricht einer Fläche von rund 50 Hektar pro Arbeitskraft.

Eine Degression bzw. eine Obergrenze für die Prämienausgleichszahlung würde die Familien in diesen Betrieben besonders hart treffen. Insbesondere muß beachtet werden, daß sich dieser sowieso schon niedrige, aber auch arbeitsintensive Tierbestand in Sachsen zu über 70 Prozent in diesen Mehrfamilienbetrieben befindet.

Darüber sollten wir uns bei dieser fruchtlosen Diskussion schon Gedanken machen. Eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum wäre eine unausbleibliche Folge solcher Entscheidungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Privatbauern in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts treffen uns die Pläne der Agenda 2000 erheblich. Wahrscheinlich wissen deren Verfechter immer noch nicht, daß neben geforderten Degressionen bzw. Obergrenzen die Erzeugerpreise drastisch gesenkt werden sollen und die Erhöhung der Prämien dies nicht ausgleichen wird. Das trifft einen jeden landwirtschaftlichen Betrieb in Ost und West, unabhängig von der Rechtsform. Nach welchem Recht soll mein Betrieb einer Degression bzw. Obergrenzenregelung unterliegen, nur weil meine Kollegen und ich uns freiwillig zu einer modernen und leistungsfähigen Organisationsform zusammengeschlossen haben? Der Betrieb hat neben den vier Gesellschafterfamilien weitere sechs Familien von Arbeitnehmern zu ernähren.

Auf Grund der Misere am Milchmarkt treffen uns zudem die verzerrenden Auswirkungen der Ungleichbehandlung zwischen Pflanzenbau und Tierhaltung ebenso, wie die Futterbaubetriebe in den alten Bundesländern. Hier müssen wir uns noch gemeinsam für eine Lösung im Interesse der viehhaltenden Betriebe in ganz Deutschland einsetzen. Ich fordere Sie auf, sich die Situation der Landwirtschaft in Sachsen vor Ort anzusehen und danach darüber zu urteilen. Mein Betrieb steht Ihnen gern dazu bereit. Mit gutem Gewissen kann ich behaupten, daß wir bäuerlich wirtschaften, da dieses nicht von der Betriebsgröße, sondern von der Art und Weise der Bewirtschaftung abhängig ist.

Eine rein pauschale Verunglimpfung der ostdeutschen und speziell der sächsischen Landwirtschaft fußt überwiegend auf Polemik und auf einer sachlich und fachlich fundierten Argumentation. Daher lehne ich die Kriminalisierung der Landwirtschaft in den neuen Ländern und damit auch meiner Person seitens bestimmter, angeblich die Interessen des Berufsstandes vertretender, Kräfte entschieden ab.

(Vereinzelter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man kann alles kleinreden, man kann die deutsche Einheit kleinreden, wie die insgesamt positive Entwicklung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Natürlich gibt es noch genügend Probleme, aber wer würde diese mit den Schwierigkeiten in unseren östlichen Nachbarländern tauschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, setzen wir alle unsere Kräfte dafür ein, das Motto unseres Parteitagés „Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten“ zu verwirklichen, und betrachten wir es als große Herausforderung.

(Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Herr Thiele, herzlichen Dank. Auch wenn die Spezifika der Landwirtschaftspolitik in den neuen Ländern sicher den einen oder anderen im Saale überfordert haben, ist, glaube ich, der Mut zur Selbständigkeit und das Beispiel zur Selbständigkeit in der Landwirtschaft des Ostens deutlich geworden.

(Beifall)

Ich gebe als Nächstem Eckhardt Rehberg das Wort. Ich bitte gleich Herrn Hahn, sich als übernächster Redner vorzubereiten.

Eckhardt Rehberg: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich glaube, es gehört zur Chronistenpflicht, daran zu erinnern, daß eine andere große deutsche Volkspartei letztes Jahr ihr Forum Ost hat ausfallen lassen, um in einer schamlosen Art und Weise etwas zu vollziehen, nämlich ihren Parteivorsitzenden zu stürzen. Ich will nur auch Journalisten daran erinnern, wie unterschiedlich Kultur in den beiden großen deutschen Volksparteien ist, wenn es darum geht, mit den Problemen im Osten Deutschlands umzugehen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich bin dankbar für diese Diskussion, die vielleicht ein Stück weit letztes Jahr im Februar mit angeschoben worden ist durch ein Papier aus Schwerin. Ich bin auch dankbar, daß wir kritisch-kontrovers miteinander zu bestimmten Dingen und Themen diskutieren können. Wir haben damals gesagt, wir sehen die Notwendigkeit einer Wertediskussion. Warum, liebe Freunde? In 40 Jahren sozialistischer Propaganda sind die Grundwerte in der DDR zur Farce verkommen. An die Stelle der herkömmlichen Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit traten zum Beispiel das Recht auf Arbeit, preiswerte Grundnahrungsmittel, billige Mieten, Gleichmacherei und vermeintlich staatlich garantierte Sicherheit. Liebe Freunde, ich bin schon der Meinung, daß es der Union, der Partei der deutschen Einheit, auch der Partei, die das christliche Menschenbild für sich als Grundlage nimmt, gut ansteht, über Werte wie Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit, aber auch über das Spannungsfeld zwischen Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung zu sprechen, denn ohne diese Diskussion werden wir das 21. Jahrhundert nicht menschlich gestalten können. Wir müssen das in unserer Partei und darüber hinaus diskutieren, in West, liebe Freunde, und in Ost.

Das letzte Jahr hat mir gezeigt, daß dies eine fruchtbare Diskussion sein kann. Die Fraktionsvorsitzenden der neuen Bundesländer haben am 18. März vergangenen Jahres in Wörlitz folgendes gesagt: Dieses hat nichts, aber auch gar nichts mit einer sogenannten Ostidentität zu tun, sondern das Aufbauwerk Ost stellt eine historisch einmalige Herausforderung der deutschen Geschichte dar. Die bisher erbrachten Leistungen, verkürzt gesagt, Solidarität des Westens, Flexibilität, Veränderungsbereitschaft und Aufbauwille im Osten, besitzen ein identitätsstiftendes Potential, das die geeinte deutsche Nation zur Bewältigung der Zukunftsherausforderungen befähigen kann.

Liebe Freunde, Joachim Gauck hat eines angesprochen, Angela Merkel hat es gesagt und auch Frau Schavan: Wir müssen das Selbstwertgefühl der Menschen in den neuen Bundesländern stärken. Wie geht es einem 50- oder 55jährigen, der bis 1990 30 oder 40 Jahre als Schlosser gearbeitet hat in einer alten Wellblechhütte, die abgerissen werden müßte, und der gesehen hat, daß seine Produkte nicht mehr absetzbar waren? Wie geht es einer Frau Mitte 40, die auch nach der dritten Umschulung im ländlichen Raum nur schwer eine Chance hat, eine neue Arbeit zu finden? Deswegen sollten wir schon die Erfahrungen der neuen Bundesländer nutzen, was Flexibilität, was Veränderungsbereitschaft betrifft, um einem Schub in ganz Deutschland gerecht zu werden.

Ich denke, Herr Kämmerer, es gibt noch viele andere Beispiele. Nehmen wir zum Beispiel den berühmten § 35 des Baugesetzbuches. Fragen Sie Kommunalpolitiker in den neuen Bundesländern, wieviele Investitionen erschwert, behindert oder unmöglich gemacht werden, weil ein 40 Jahre ausgeformtes Recht in Deutschland West eben für die Situation im Osten nicht passend ist. Wir müssen hier viele Dinge hinausschieben oder können sie gar nicht umsetzen.

(Vereinzelter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, wenn wir es ernst nehmen mit dem Selbstwertgefühl der Menschen in den neuen Bundesländern, dann haben wir auch sehr, sehr gute Chancen - das ist meine feste innere Überzeugung - der PDS zu entgegnen und zu begegnen. Sie wissen vielleicht, ich bin Fraktionsvorsitzender in einer großen Koalition in Schwerin. Sie können mir eines abnehmen: Wenn numerisch die Möglichkeit in Schwerin oder in Erfurt oder in Bonn gegeben ist, daß die Linken eine Mehrheit mit der PDS bilden können, dann werden sie es tun. Es muß deutlich werden, auch von diesem Parteitag aus, worum es im September 1998 und am 26. April 1998 bei Christoph Bergner in Sachsen-Anhalt geht. Es geht ganz einfach darum, daß das politische Koordinatensystem in Deutschland nach links verschoben werden soll. Liebe Freunde, wir müssen uns Nichtwählern zuwenden, wir müssen uns SPD-Wählern zuwenden, wir müssen uns aber auch der PDS-Wählerklientel zuwenden, denn für Mecklenburg-Vorpommern ist die Rechnung relativ einfach. Wir hatten gemeinsam mit der FDP 1994, die ja nicht in den Landtag gekommen ist, 41 Prozent. Wir müssen über strukturelle Mehrheiten nachdenken, und wir müssen den Menschen in unserem Land sagen, wer gegen die Ostseeautobahn ist, wer für die Freigabe weicher Drogen ist, wer am liebsten die Polizisten mit einem luftbereiften Roller und einem Lutscher in der Hand durchs Land fahren lassen will. Meine Damen und Herren, das ist die PDS, das sind die Grünen, das ist in weiten Teilen auch die SPD. Deswegen sage ich ja zu einem sachlich orientierten Lagerwahlkampf. Aber bitte, liebe Freunde, nicht mit Mitteln, die die Menschen in der ehemaligen DDR an ihre eigene Biographie erinnern oder ihren eigenen Lebensweg in irgendeiner Art und Weise in Frage stellt.

(Vereinzelter Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß noch zwei Punkte sagen - ich möchte auch meinem Nachredner noch mindestens fünf, sechs Minuten übriglassen -: Ich bin der festen Überzeugung, daß wir es im Bogen zur praktischen Politik, wie wir die Grundwerte verstanden wissen wollen, auch im kommenden Jahr schaffen, einen Wahlkampf gegen die versammelte Linke in der Bundesrepublik Deutschland zu führen. Ich bin der festen Überzeugung, daß dies, wenn wir alle, wie es Helmut Kohl heute morgen gesagt hat, vom einfachen Parteimitglied über den Bürgermeister, Landrat bis hin zum Parteivorsitzenden dabei sind, schaffbar ist.

Liebe Freunde, lassen Sie mich noch eines sagen: Wenn wir uns die Situation im Bundesrat ansehen, dann ist festzustellen: Die Wahlen werden insbesondere im Osten gewonnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Vielen Dank, Eckardt Rehberg. Das Wort hat nun der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union, Herr Hahn.

Michael Hahn: Den Letzten beißen häufig die Hunde. Insofern bitte ich Sie, die Sie schon so lange ausgehalten haben, noch um einen kleinen Augenblick der Geduld.

Meine Damen! Meine Herren! Auch in diesem Jahr war der 3. Oktober wieder Anlaß zahlreicher Bestandsaufnahmen zum Miteinander der Deutschen. Es wurden Studien verfaßt; es wurden Reden gehalten. Viele haben sich auf die Schultern geklopft. Manche meinten, daß man alles ganz, ganz anders hätte machen müssen.

Eines jedenfalls fällt wieder auf: Wir sprechen über Bilanzen und Transfers und zucken ein wenig hilflos mit den Schultern, wenn Studien feststellen, daß die emotionale Ferne eher zu- als abnimmt. Ostdeutsches trifft auf westdeutsches Unverständnis. Nun werden etliche von Ihnen sagen: Unverschämtheit, was heißt hier Unverständnis? Schließlich haben wir im Osten eine ungeheure Aufbauleistung und Umstellung erbracht. Schließlich haben wir im Westen das alles bezahlt. Zweifellos!

Aber lassen Sie mich Ihnen eine kleine Geschichte erzählen, ein kleines Beispiel geben. Ein westdeutscher Unternehmer sagte mir: Das ist alles ganz falsch organisiert worden. Ich wäre ja bereit gewesen, ein paar Ostdeutsche einmal für zwei, drei Wochen bei mir aufzunehmen. Dann hätte ich denen gezeigt, wie es hier im Westen läuft. Die wären dann zurückgegangen und hätten ihren Leuten erzählen können, wie das ist, wenn man in Freiheit lebt. Das kannten die ja schließlich gar nicht.

Sehen Sie mir nach, wenn ich jetzt aller Parität zum Trotz das ostdeutsche Beispiel weglasse. Der Mann meinte es gut und sah die Vereinigung vor allem als eine territoriale Vergrößerung an, als eine Art neue Terra incognita. Ich denke, das kann man so bezeichnen, wenn etwa 50 Prozent der Westdeutschen und 30 Prozent der Ostdeutschen in diesen sieben Jahren noch nicht den Weg in den jeweils anderen Teil des Landes gefunden haben.

Daß zum Gefühl der Zusammengehörigkeit aber mehr gehört, nämlich sich in die Menschen hineinzudenken, deren Probleme ernst zu nehmen und den Alltag in der DDR, auch wenn sie nicht mehr existiert, aus Sicht derer wahrzunehmen, die ihn erlebt haben, darüber sprechen wir. Das wissen wir. Aber wir nehmen uns selten die Zeit, uns damit auseinanderzusetzen.

Das Aufwachsen in Kollektiven, im bevormundenden Staat hat viel tiefere Narben hinterlassen, als durch ein paar Jahre des Nebeneinanderlebens im vereinigten Land geheilt werden könnten. Als schwerstes Vergehen des sozialistischen Staates an seinen Bürgern sehe ich die Entmündigung des einzelnen, die Diskreditierung der individuellen Wünsche und der Verantwortung des einzelnen.

Als die Mauer fiel, war ich 20 Jahre alt. Mir scheint heute: Für viele wird mit zunehmender Distanz die DDR immer schöner. Die täglichen Mühen werden vergessen. Man erinnert sich nicht gern daran, wie einem anerzogen wurde, zu heucheln, wider besseren Wissens und gegen die eigene Überzeugung die geforderten Bekenntnisse zu bringen. Doch nur in der Erinnerung wird erlebbar, was die gewonnene Freiheit eigentlich ausmacht. Ich glaube, wir in Ost wie in West tun uns schwer, die Freiheit als solche wertzuschätzen. Für viele ist Freiheit eine überwiegend materielle Kategorie: zu kaufen, zu reisen und zu vergnügen.

Im Gespräch mit politischen Freunden aus Ungarn, Tschechien und Polen höre ich oft: Unsere Probleme sind ungleich größer als eure. Aber die Freiheit und Unabhängigkeit errungen zu

haben, das ist uns die Mühe wert. - Nun ist es freilich ein ziemlich abstrakter und langer Weg, auf dem Konsens bzw. dem neuen Gefühl der Freiheit ein Miteinander zu erreichen. Denn diese Erfahrung muß ja jeder für sich machen.

Daß aber eine Bereitschaft zum Verständnis vorhanden ist, hat sich so eindrucksvoll gezeigt wie seit Jahren nicht mehr, als im Sommer die Oder über die Ufer trat. Da empfanden es eben viele nicht als etwas, das irgendwo im weiten, fernen Osten stattfindet, wo sowieso alles ein wenig grau und traurig ist, sondern als etwas, das mitten im Lande geschieht und uns alle angeht.

Die Herausforderungen der Zukunft fragen ebensowenig nach Ost und West. Hier werden es nun auch die Westdeutschen sein müssen, die zeigen, daß sie sich auf neue Rahmenbedingungen einstellen können. Wir als CDU spüren an uns selber, wie schwer und wie unbequem das ist.

Wir hatten in den ersten Jahren der Einheit eine ganze Reihe von Illusionen über den zeitlichen Aspekt des Zusammenwachsens, des wirtschaftlichen Aufbaus, aber auch unrealistische Vorstellungen davon, was wir eigentlich erreichen wollten. Wir haben gesagt: Gleiche Lebensbedingungen, gemeinsame Identität. Haben wir damit nicht die Ungeduld und Unzufriedenheit in gewisser Weise mit einprogrammiert?

Gleiche Lebensbedingungen heißt doch mehr als dasselbe Sozialsystem. Es wird noch auf Jahrzehnte ein Wohlstandsgefälle geben. Die materiellen Werte, die sich im Westen in privater Hand gesammelt haben - wir sprechen schließlich von der Erbgeneration - konnten im Osten einfach nie entstehen. Vergleichen wir aber verschiedene Regionen in den alten Bundesländern, so finden wir auch dort immense Unterschiede.

Gemeinsame Identität, das heißt doch mehr, als nur den gleichen Paß zu besitzen. Anerkennung der DDR hin oder her - 16 Millionen Ostdeutsche sind in einem anderen Land aufgewachsen, mußten sich darin einrichten und konnten nicht unablässig von der Einheit träumen. Dieses Ziel lag für eine große Mehrheit so weit jenseits des Möglichen, daß in den Gedanken kein Platz für sie war.

Fragen wir aber die Bürger der alten Bundesländer zwischen Hamburg und München nach ihrer gemeinsamen Identität, dann glaube ich nicht, daß wir eine einhellige Antwort bekommen werden. Was wir schaffen müssen, ist, wieder Mut zu fassen, das Erreichte nicht an den Illusionen von gestern zu messen und auf das Einlösen nicht gegebener Versprechen zu warten, sondern die gemeinsamen Probleme als Herausforderung zu begreifen.

Gestatten Sie mir einen letzten Punkt, der mir persönlich sehr am Herzen liegt. Wenn die PDS versucht, die Politbüroprozesse als kollektive Diskreditierung der DDR-Bürger darzustellen, so ist dies nichts anderes als das Aufdrängen einer Komplizenschaft für ihre schändlichen Taten gegenüber 16 Millionen Menschen. Dies wird nicht gelingen. Ein Abschließen der Aufarbeitung der Taten und der Mechanismen der Diktatur, ein Schließen der Akten, wenn noch so vieles unbekannt ist, und eine Verjährungsdiskussion, wenn noch so vieles ungeahndet ist, heißt nichts anderes als „Schwamm drüber“.

(Beifall)

Ich warne davor und warne diejenigen aus der Union, die glauben, ein pragmatisches Wegsehen wäre im Interesse des Zusammenwachsens. Die Vergangenheit holt uns wieder ein. Ein Verweis auf die streitbare Praxis im Westen Nachkriegsdeutschlands macht das Kurzsichtige an dieser Lösung eher deutlicher. Wenn wir diese Haltung beherzigen, wird es uns nicht nur gelingen, die alten Strukturen zurückzudrängen, an denen wir noch immer kränken und die keinerlei Interesse an einem Sichnäherkommen der Deutschen haben.

Wenn wir dann noch das annehmen, was Wirklichkeit im angehenden 21. Jahrhundert ist und über die deutsche Einheit weit hinausgeht, dann wird man sagen können: Ich komme aus Leipzig, Rostock oder Ostberlin. Dies wird die Benennung eines Herkunftsortes sein und nicht den zuweilen schalen Beigeschmack einer stereotypen sozialen Klassifizierung haben. Dann wird nicht nur die PDS verschwinden; dann werden wir über das gemeinsame Gestalten der Zukunft zu einem gleichberechtigten Miteinander kommen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Christoph Bergner, Forumsleitung: Vielen Dank, Michael Hahn.- Meine Damen und Herren, liebe Freunde, Michael Hahn hatte vorhin etwas Unverständnis dafür gehabt, daß wir ihn so weit nach hinten schieben mußten. Vielleicht fällt es ihm leichter, die Rolle des Letzten zu akzeptieren, wenn ich ihm sage, daß ich hier noch zwölf Wortmeldungen liegen habe und daß ich eine nicht gezählte Zahl von Wortmeldungen gleich zurückgewiesen habe, weil ich gesagt habe: Die kommen mit Sicherheit nicht mehr an die Reihe.

Am Ende dieses Forums muß ich einen ersten wichtigen Punkt festzustellen: Es hat ein großes Interesse an der Aussprache gegeben. Darüber freue ich mich sehr.

(Beifall)

Die CDU als Partei der deutschen Einheit wird die Probleme des Zusammenwachsens und die Aufbauarbeit im Zusammenhang mit der deutschen Einheit immer wieder thematisieren. Wir werden nicht wie andere Parteien - Eckhardt Rehberg hat eben den Mannheimer Parteitag der SPD erwähnt -, vertagen und verdrängen. Vielmehr wird dieses Thema ein zentraler Punkt in der Diskussion bleiben.

(Beifall)

Ich werde - anders, als ich es mir selbst vorgenommen habe - nicht versuchen, eine Zusammenfassung zu geben und die einzelnen Aspekte zu wichten. Ich will noch einmal drei mir wichtig erscheinende Punkte hervorheben.

Erster Punkt. Angela Merkel, aber auch andere haben in ihrem Vortrag gesagt: Das Bejahen ostdeutscher Biographien heißt nicht das Bejahen des DDR-Staates. Wenn wir als CDU im Osten politisch diskutieren, sollten wir immer diesen Unterschied machen. Wir sind dies den Menschen schuldig, die hier großgeworden sind.

(Beifall)

Zweiter Punkt. Wir haben in diesen Jahren des Aufbaus nationale Solidarität erfahren. Wir haben die Nation nicht als Schutz- und Trutzgemeinschaft, sondern als Solidargemeinschaft er-

fahren. Das ist eine wichtige Erfahrung in Deutschland, aus der wir viele Schlußfolgerungen ziehen können.

Dritter Punkt. Die Schlußfolgerungen, die aus dem Scheitern des Sozialismus gezogen werden müssen, betreffen nicht nur die Menschen im Osten. Sie betreffen auch die Menschen im Westen. Das hat Angela Merkel mit Hinweisen auf Gesellschaftserwartungen in den alten Bundesländern deutlich gemacht.

Ich will es noch ein wenig prononcieren: Im Osten ist mit dem Sozialismus eine kollektive Selbstverwirklichungsidee und Selbsterlösungsidee gescheitert. Wir haben es aber im Westen mit sehr viel individualistischeren Selbsterlösungsideen zu tun, die ebenfalls einer Prüfung vor dem christlichen Menschenbild nicht standhalten können.

(Beifall)

Deshalb bleibt mit Blick auf diese Situation die Überschrift unseres Grundsatzprogramms „Freiheit in Verantwortung“ nicht Selbsterlösungswahn, sondern Verantwortung für die Menschen und für die Gesellschaft ein dauerhaftes Motto für unsere Partei.

Ich danke allen, die mitgewirkt haben. Ich danke in besonderer Weise unseren Gästen. Ich danke denjenigen für ihr Verständnis, die nicht zu Wort gekommen sind und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Als letztes habe ich noch einen Hinweis zu geben: Die Delegierten können ihre Unterlagen auf den Tischen liegenlassen. Alles, was auf dem Boden liegt, wird weggeräumt. Bitte die Wertesachen mitnehmen!

Ich unterbreche den Parteitag. Wir sehen uns auf dem Sachsen-Abend wieder. Herzlichen Dank.

(Schluß: 18.54 Uhr)

Dienstag, 14. Oktober 1997
Zweite Plenarsitzung
Beginn: 9.14 Uhr

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne die zweite Plenarsitzung unseres Bundesparteitages und begrüße Sie sehr herzlich. Wir haben ein wenig gewartet, weil noch nicht so viele Delegierte anwesend sind. Wenn ich das feststelle, nehme ich die Gelegenheit wahr, herzlich Dank zu sagen dem gastgebenden Landesverband Sachsen für den gestrigen Abend.

(Beifall)

Ich hoffe sehr, daß die Kollegen, die dort gestern abend etwas länger waren, im Laufe des Vormittags zu uns stoßen.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

BERATUNG SONSTIGER ANTRÄGE

Sie finden diese Anträge ab Seite 177 in der Antragsbroschüre.

Ich rufe die Anträge C 1 und C 3 auf der Seite 177 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundesfinanzkommission. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit der Überweisung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 1 Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C 2 auf der Seite 177 auf. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit dem Vorschlag der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 1 Enthaltung so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 1 auf der Seite 178 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Vorbereitungskommission für das Wahlprogramm 1998. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit dem Vorschlag der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 3 Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 2 bis D 7 auf den Seiten 179 bis 206 der Antragsbroschüre auf. Diese Anträge sollen gemäß dem Vorschlag der Antragskommission gemeinsam behandelt werden. Wie Sie den Unterlagen entnehmen können, empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die Vorbereitungskommission für das Wahlprogramm 1998. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit der Empfehlung der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 2 Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 8 auf der Seite 206 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Vorbereitungskommission für das Wahlprogramm 1998. Wird dazu das Wort gewünscht? -

Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer mit der Empfehlung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 9 auf der Seite 207 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei 2 Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe Antrag D 10 auf der Seite 207 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch Beschlußfassung zu Antrag A 86 als erledigt zu betrachten. Dieser allerdings wird erst heute nachmittag oder morgen aufgerufen. - Es liegt keine Wortmeldung vor. Dann gehe ich davon aus, daß wir diesen Antrag heute nachmittag oder morgen noch einmal aufrufen.

Ich rufe den Antrag D 11 auf der Seite 208 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 12 auf der Seite 208 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Niemand. Enthaltungen? - Ebenfalls niemand. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 13 auf der Seite 209 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundesfachausschüsse Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik mit der Maßgabe, eine Stellungnahme zu erarbeiten. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Niemand. Enthaltungen? - Ebenfalls niemand. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 14 auf der Seite 209 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch Beschlußfassung zum Antrag A 347 als erledigt zu betrachten. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für dieses Verfahren ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Niemand. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 15 auf den Seiten 209 und 210 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch Beschlußfassung zu Antrag A 173 als erledigt zu betrachten. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Niemand. Enthaltungen? - Zwei Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 16 auf der Seite 210 auf. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Niemand. Enthaltungen? - Ebenfalls niemand. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 17 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt,

den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Niemand. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 18, D 19 und D 20 auf den Seiten 210 und 211 auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung der Anträge an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Oliver Nölken vor. - Bitte schön, Herr Nölken.

Oliver Nölken: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anträge D 18 bis D 20 enthalten im wesentlichen die gemeinsame Erklärung aller wissenschaftspolitischen Sprecher der CDU-Fraktionen in den Ländern, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie der CSU-Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag von Ende Juni 1997. Diese gemeinsame Erklärung aller Sprecher ist im Wortlaut wiederholt.

Ich habe bei der Antragskommission nachgefragt, warum das nicht zur Annahme empfohlen wird. Mir wurde gesagt, weil dies Geld koste. Ich habe darauf verwiesen, daß es BAföG-Reformmodelle gibt, zum Beispiel das bayerische Modell - ich kann Ihnen das gerne näher erläutern, möchte darauf aber im Moment aus Zeitgründen verzichten -, die mit Umschichtungen vom Familienlastenausgleich in das BAföG auskommen, das heißt, die kein Geld kosten.

Darauf wurde mir gesagt, das koste sehr wohl Geld, und deshalb könne man das nicht zur Annahme empfehlen. Meine Damen und Herren, das ist wieder so ein Beispiel, das ich im Blick habe, wenn ich mehr bildungspolitische Kompetenz in unserer Partei anmahne.

Da die bildungspolitischen Sprecher der Fraktionen dies eh schon beschlossen haben, macht es wenig Sinn, das an eine Fraktion zurückzuverweisen. Daher möchte ich dringend anmahnen, unseren bildungspolitischen Sprechern in allen 15 Bundesländern sowie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Rücken zu stärken, indem wir diesen Antrag annehmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. - Herr Axel Tantzen, Sie haben sich ebenfalls zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Axel Tantzen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte das, was der RCDS-Bundvorsitzende eben ausgeführt hat, noch in einem Punkt ergänzen, und zwar ebenfalls zu dem, was das liebe Geld angeht.

Heute nachmittag diskutieren wir über den Leitantrag, zu dem wir als Kreisverband Bonn einen Änderungsantrag zum Thema BAföG gestellt haben. Auch wir haben in diesem Antrag unter anderen gefordert, das Mittelstandsloch zu schließen. Die Zahl der BAföG-Empfänger ist seit 1982 von 37 auf 15 Prozent gesunken. In den letzten fünf Jahren ist die Ausgabenlast für BAföG um 40 Prozent gekürzt worden. Gleichzeitig hat die Bundesregierung 1990 ein verändertes BAföG-Modell eingeführt, nach dem die eine Hälfte des BAföG als Zuschuß und die andere Hälfte als Darlehen gewährt wird.

Das ist unserer Meinung nach ein großer Fehler gewesen; denn das Geld, das damals als Zuschuß gewährt wurde und den Studenten nicht mehr zur Last fällt, ist jetzt auf der Einnahmeseite auch weggefallen. Deshalb haben wir auch für heute nachmittag den Antrag gestellt - aber es paßt jetzt genau hier hinein -, daß das Zuschußmodell gestrichen wird, weil die Studenten,

wenn sie gut verdienende Akademiker geworden sind, das Geld, das sie einmal vom Staat bekommen haben, auch zurückzahlen können. Das wäre eine echte Solidargemeinschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Die von der Antragskommission vorgeschlagene Verweisung ist meines Erachtens ein großer Fehler - Oliver Nölken hat eben dazu ausgeführt. Wir müssen das BAföG-Modell entkernen und wieder auf das zurückführen, was es früher einmal war, nämlich eine Unterstützung der Studenten, die ihr Studium selbst nicht finanzieren können. - Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Tantzen. Das Wort erhält der Generalsekretär.

Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Liebe Freunde! Ich halte die Diskussionsbeiträge, die hierzu gekommen sind, für wichtig und zielführend. Deswegen würde ich gern das Votum der Antragskommission modifizieren.

Wir haben insgesamt drei Anträge, die sich mit dem BAföG beschäftigen: den Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg, der eine Reform der Ausbildungsförderung verlangt und die Defizite, die Oliver Nölken und Axel Tantzen hier angesprochen haben, beheben soll, und die Anträge aus Essen und Soest, die dann praktisch zu einem ausgabewirksamen Schluß kommen.

Ich schlage vor, daß wir dem Anliegen dadurch Rechnung tragen, daß wir den Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg annehmen, und zwar in der Form, daß nicht nur die CDU Baden-Württemberg, sondern die CDU insgesamt eine Reform der Ausbildungsförderung unterstützt - denn wenn wir den Antrag annehmen, ist es ja unser aller Anliegen -, und daß wir die ausgabenwirksamen Anregungen von Essen und Soest an die Bundestagsfraktion überweisen. Dann haben wir ein positives Votum im Sinne BAföG-Reform, wie es auch von unserem Bundesbildungsminister angestrebt wird. - Er nickt aus der Mitte der Delegierten. Damit haben wir die Frage, wie das Geld richtig zusammengebracht wird, bei Wolfgang Schäuble ordnungsgemäß aufgehoben. - Auch er freut sich.

(Heiterkeit)

Der Delegierte Bundeskanzler Kohl ist auch einverstanden. - Ich schlage vor, daß wir den Antrag in dieser Form verabschieden, also Annahme von D 18 und Überweisung von D 19 und D 20.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich abstimmen über den erweiterten Antrag der Antragskommission, wie er gerade von Peter Hintze vorgetragen wurde. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Beifall)

Ich rufe die Anträge D 23 und D 24 auf der Seite 222 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen: Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 27 auf der Seite 226 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesfachausschuß Europapolitik. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für die Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 28 auf der Seite 227 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Das Wort wird nicht gewünscht. Ich lasse abstimmen. - Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Drei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 29 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich lasse abstimmen. - Wer für diese Empfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 30 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch Beschlußfassung zu Antrag A 138 als erledigt zu betrachten. Das Wort wird hierzu nicht gewünscht. Ich lasse abstimmen. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 31 auf der Seite 228 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch Beschlußfassung des 8. Parteitages als erledigt zu betrachten. Das Wort wird nicht gewünscht. Ich lasse abstimmen. - Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 32 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. - Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Drei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 33 auf der Seite 228 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der ausgedruckten Fassung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. - Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 34 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Absätze 1 bis 3. Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich lasse abstimmen. - Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 35 auf der Seite 229 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das Wort wird hierzu nicht gewünscht. - Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 36 auf. Die Antragskommission empfiehlt auch hier Überweisung an die Bundestagsfraktion. - Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für die

Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 37 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch Beschlußfassung zum Antrag „Sicherer leben in Deutschland“ als erledigt zu betrachten. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für dieses Verfahren ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Dann ist auch hier so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 38 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für die Überweisungsempfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 40 auf den Seiten 230 und 231 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Überweisung an die CDU-Landtagsfraktionen ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Eine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 39 und D 41 auf den Seiten 230 und 231 auf. Die Antragskommission empfiehlt Erledigung bzw. Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. - Eine Wortmeldung hierzu liegt nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Ebenfalls keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 42 auf. Dieser Antrag lag wortgleich bereits dem letzten Parteitag vor. Die Antragskommission empfiehlt deshalb Nichtbefassung. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen, daß wir uns damit nicht befassen. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch hier so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 43 auf. Hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 44 auf. Auch hier wird Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen. Wünscht jemand das Wort dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Dann ist auch hier so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 45 auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktionen in den Landtagen. Wünscht jemand das Wort hierzu? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für diesen Verfahrensvorschlag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 46 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch Beschlußfassung zu Antrag B 55 als erledigt zu betrachten. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 47 und D 48 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesfachausschuß Medienpolitik mit der Maßgabe, eine abgestimmte Position der CDU zum Thema dieser Anträge zu erarbeiten. Wünscht hierzu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 49 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Generalsekretär. Wünscht jemand das Wort? - Ja, bitte.

Carola Wulff: Es geht mir jetzt gar nicht um den Inhalt des Antrages, sondern um eine grundsätzliche Frage. Wenn wir diesen Antrag an den Generalsekretär überweisen, bedeutet das doch, daß der Generalsekretär darüber entscheidet, ob wir einen Mehrgenerationenkongreß durchführen oder nicht. Oder sehe ich das falsch? Meines Erachtens sollte vom Parteitag die Entscheidung darüber getroffen werden, ob er einen Mehrgenerationenkongreß durchgeführt wissen will.

(Beifall)

Wenn wir das wollen, müssen wir dem Antrag D 49 zustimmen. Der Generalsekretär muß sich dann um die Umsetzung kümmern. So sehe ich das.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Der Generalsekretär muß darauf schauen, woher er das Geld für einen solchen Kongreß nimmt. Deshalb hat uns die Antragskommission jene, wie ich glaube, weise Empfehlung vorgelegt. Wünscht jemand aus der Antragskommission das Wort? - Herr Generalsekretär, bitte sehr.

Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Ich möchte das Votum der Antragskommission zu diesem Punkt erläutern. Diejenigen, die seit langem engagiert bei unseren Parteitagen dabei sind, wissen, daß es immer wieder berechnete Anliegen gibt, so daß darüber entschieden werden muß, zu welchem politischen Thema wir einen Kongreß durchführen und zu welchem nicht. Für das Wahljahr 1998 ist es so, daß der Bundesvorstand in einer Klausurartagung über die Kongreßplanung entscheiden wird. Diese Planung wird abgestimmt sein mit der Wahlkampfplanung, mit der Wahlkampflinie unter Berücksichtigung dessen, was wir mit den normalerweise begrenzten Haushaltsmitteln im Jahr 1998 machen können.

Deswegen schlagen wir vor, jetzt nicht ein einzelnes Projekt aufzunehmen, obwohl es interessant ist und obwohl es von einer wichtigen Vereinigung vorgeschlagen worden ist. Das hätte nämlich zur Folge, daß andere Themen, die für das Wahlkampfsjahr wichtig sind, möglicherweise auf der Strecke bleiben.

Da wir diesen Vorschlag nicht ablehnen wollen, sondern ihn für interessant halten, haben wir die erwähnte Vorgehensweise vorgeschlagen. Es wäre natürlich auch möglich, den Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. Es geht nicht darum, daß ich das als Person entscheiden möchte. Ich wäre froh, wenn das auf mehr Schultern verteilt würde. Es geht also darum, daß der Bundesvorstand in der Planung für das Jahr 1998 diese Anregung prüft und sie, wenn es in die Planung paßt, aufnimmt. Das ist der Gedanke. Vielleicht können wir das so ändern, Frau Präsidentin, daß wir die Anregung der Delegierten aufnehmen und formulieren, der Bundesvorstand, in dem alle Landesverbände und Vereinigungen vertreten sind, solle darüber entscheiden.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Ich frage die Delegierte, ob sie damit einverstanden ist. - Sie hört gerade nicht zu. - Ich lasse darüber abstimmen. Wer mit dem erweiterten Vorschlag des Generalsekretärs einverstanden ist, diesen Antrag dem Bundesvorstand zuzuordnen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Zehn Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 50 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundesfinanzkommission. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 51 auf. Hier schlägt die Antragskommission ebenfalls Überweisung an den Generalsekretär vor. Bitte sehr, dort gibt es eine Wortmeldung.

Dr. Arne Wulff: Frau Präsidentin, ich möchte Ihnen das Verfahren nicht erschweren, aber ich habe den Eindruck, daß die Antragskommission nicht genügend Zeit gehabt hat, sich mit den Anträgen zu befassen.

Wenn es in Antrag D 51 Nr. 4 heißt „Eine andere Maßnahme, die zur weiteren Integration von EU-Bürgern behilflich sein könnte, ist die Forderung, daß EU-Bürger nicht mehr zu den Ausländerbehörden gehen müssen“, so handelt es sich um eine politische Forderung. Dann frage ich mich schon, wieso die Antragskommission sagt, daß auch Nr. 4 an den Generalsekretär zu überweisen ist. Was hat der Generalsekretär mit dieser Forderung zu tun? Darüber muß in einem politischen Gremium entschieden werden und nicht am Bürotisch des Generalsekretärs.

Ich bitte ganz generell inständig darum, auf dem Parteitag einmal darüber nachzudenken, wie beschlossen wird. Wir haben Anträge, in denen die Bundestagsfraktion aufgefordert wird, etwas zu tun, und gleichzeitig beschließt der Parteitag die Überweisung an die Bundestagsfraktion. Dann sollten wir in Zukunft Parteitage der Bundestagsfraktionen machen, aber nicht mehr der CDU Deutschlands.

(Vereinzelt Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Wer wünscht für die Antragskommission das Wort? - Bitte schön, Herr Generalsekretär.

Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Liebe Freunde, es liegt in der Natur der Sache, daß wir bei den sonstigen Anträgen viele interessante Themen genannt bekommen

und auch viele Anregungen erhalten, die in ganz unterschiedliche Richtungen gehen. Es ist schwierig, im Rahmen eines Parteitages neben den eigentlichen Themen des Parteitages diese Dinge entsprechend zu würdigen und zu behandeln.

Zu Antrag D 51 schlage ich vor, daß wir die Anregung des Antragstellers aufgreifen und formulieren: Die Nummern 1 bis 3 sind so zuzuordnen, wie es die Antragskommission vorschlägt, und Nr. 4, also die politische Beschlußfassung, das Ausländerrecht entsprechend zu ändern, überweisen wir an den CDU-Bundesvorstand, der politisch darüber entscheiden soll.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Der Delegierte ist mit diesem Verfahren einverstanden. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem Vorschlag von Peter Hintze als Vorsitzender der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Etwa zehn Gegenstimmen. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag D 57 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch Beschlußfassung zum Antrag „Sicherer leben in Deutschland“ als erledigt zu betrachten. Wer diesem Verfahren zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Eine. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, Antrag D 58 wird auf Empfehlung der Antragskommission auf morgen vertagt.

Ich rufe Antrag D 60 auf der Seite 239 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Auch keine. Es ist so beschlossen.

Antrag D 51. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesfachausschuß Außen- und Sicherheitspolitik. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich abstimmen. Wer für diese Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag D 52 auf. Auch hier lautet die Empfehlung Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Antrag D 63. Hier empfiehlt die Antragskommission, den Antrag durch Beschlußfassung zu Antrag A 179 als erledigt zu betrachten. Wünscht hierzu jemand das Wort? - Bitte schön, Frau Limbach.

Editha Limbach: Frau Präsidentin, wir haben jetzt häufig Anträge als erledigt betrachtet mit Hinweis auf Anträge, die wir noch gar nicht behandelt haben. Es könnte theoretisch sein - ich halte dies für sehr unwahrscheinlich -, daß die jeweils genannten Anträge gar nicht in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung angenommen werden. Ich wäre für einen Hinweis dankbar, was mit den Anträgen passiert, die wir mit Hinweis auf Anträge, die wir noch gar nicht behandelt haben, als erledigt betrachten. Ich finde, das ist logisch etwas schwer nachzuvollziehen.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Frau Kollegin Limbach, das ist richtig. Auch mir ist es heute morgen schwergefallen, einen solchen Verfahrensvorschlag zu machen. Wenn der Fall eintreten sollte, daß nicht so beschlossen würde, wie von der Antragskommission vorgeschlagen, würde ich oder der dann amtierende Tagungspräsident diese Anträge zwangsläufig noch einmal aufrufen müssen. Einverstanden? -

Dann lasse ich abstimmen. Wer für das von der Antragskommission vorgeschlagene Verfahren ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Vier Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 64 auf. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme in der ausgedruckten Fassung. Wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für diese Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer möchte dagegenstimmen? - Niemand. Enthaltungen? - Zwei Enthaltungen. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 65 und D 68 auf. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme wie ausgedruckt und zugleich Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für dieses Verfahren ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenstimmen bitte! - 2. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 66 auf. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für diesen Verfahrensvorschlag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Niemand. Enthaltungen? - Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 67 auf. Hier ist ein ähnlicher Verfahrensvorschlag, wie er soeben von Frau Limbach moniert wurde. Hier empfiehlt die Antragskommission nämlich, den Antrag durch die Beschlußfassung zu dem Antrag A 126 als erledigt zu betrachten. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenstimmen bitte! - Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Bei zwei Enthaltungen ist es so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 69 auf. Hier empfiehlt die Antragskommission die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Volker Bandmann aus Sachsen vor. Bitte schön, Herr Bandmann.

Volker Bandmann: Frau Präsidentin, ich bitte um Zustimmung für den Antrag, denn der Antragstext lautet, die Bundestagsfraktion zu beauftragen, den Ausbau der Sachsenmagistrale im Abschnitt Dresden - Görlitz unabhängig von der Entscheidung der polnischen Regierung vorzunehmen. Des weiteren sollte die Deutsche Bahn AG aufgefordert werden, kurzfristig die Voraussetzungen zu einer spürbaren Erhöhung der Reisegeschwindigkeit auch durch den Einsatz von Neigetechnik-Fahrzeugen zu schaffen.

Es ist für uns an der Außengrenze Deutschlands ein unhaltbarer Zustand, daß der Verkehr 100 km vor der Grenze praktisch gebrochen wird, so daß die Menschen dahinter das Gefühl haben, dieses Gebiet wird abgekoppelt. In einem Prozeß des zusammenwachsenden Europas und angesichts der Integration auch der polnischen Nachbarregionen ist es wichtig, daß Deutschland seine Verkehrsstränge bis an die Grenze ausbaut, zunächst auch unabhängig von den Entscheidungen, die in Polen getroffen werden.

Da ja in dem Votum Überweisung an die Bundestagsfraktion enthalten ist, bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. Er ist für uns aus verkehrspolitischer Sicht für die Ost-West-Tangente außerordentlich wichtig.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke, Herr Bandmann. - Darf ich die Antragskommission fragen, ob sie mit diesem Vorschlag einverstanden ist. - Herr Generalsekretär.

Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine Menge Sympathie für diesen Antrag. Der Punkt ist nur folgender: Wenn wir jetzt anfangen, durch Parteitagbeschuß einzelne Eisenbahnteilstrecken plus Einsatz von Neigungstechnik-Fahrzeugen auf einzelnen Teilstrecken festzulegen, dann bleiben möglicherweise andere Teilstrecken auf der Strecke, die genauso wichtig sind. Deswegen haben wir gesagt: mit Sympathie an die Fraktion. Wir können jetzt nicht beschließen: eine bestimmte Strecke wird ausgebaut, ohne daß uns hier jemand vorträgt, welche Strecke dafür, bildlich gesprochen, auf der Strecke bleibt. Deswegen bitte ich Sie, doch dem Votum der Antragskommission zu folgen.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Bandmann, sind Sie damit einverstanden? - Sie haben noch einmal das Wort.

Volker Bandmann: Es bleibt mir natürlich nichts anderes übrig. Wichtig ist aber die Feststellung, daß die Entscheidung in Deutschland unabhängig davon getroffen wird, was die polnische Seite beschließt. Wir sollten deswegen diese beiden Teile entkoppeln und dem ersten Teil zustimmen. Zu dem zweiten Teil würde ich mich mit dem Votum des Generalsekretärs einverstanden erklären.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Noch mal Peter Hintze, bitte.

Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Ich verstehe, daß der Delegierte aus der Region, einer wunderschönen Region in Deutschland sagt: Wir brauchen diesen Ausbau.

(Zurufe)

- Ja, die Region ist mir persönlich bekannt, und ich schätze sie. Ich habe also Verständnis, wenn gesagt wird: Wir brauchen diese Eisenbahnverbindung, auch wenn sie dann an der Ostgrenze nicht weiter fortgesetzt wird. Das würde ich als Vertreter dieser Region ebenfalls fordern. Aber ich finde es problematisch, wenn wir isoliert als Antrag D 69 mal so en passent eine Eisenbahnstrecke beschließen, ohne zu wissen, wie das in den Verkehrswegeplan hineinpaßt und was dann auf der Strecke bleibt, wenn wir das so machen. Wir können sagen, jeder schöne Wunsch wird von uns hier beschlossen. Das tun wir aber bei solchen Einzelwünschen so nie.

Deswegen bitte ich doch, beim Votum der Antragskommission zu bleiben. Wir lehnen diesen Antrag ja nicht ab. Wir haben durch die Diskussion auch erreicht, daß in den regionalen Zeitungen darüber berichtet werden kann, daß die Delegierten dafür gefochten haben, daß die Sachsen-Magistrale im Abschnitt Dresden - Görlitz errichtet wird. Der Bundesverkehrsminister hat es gehört und hat es jetzt auch in Herz und Sinn. Aber ich bitte Sie doch, diese Sache - einschließlich dieses Neigetechnik-Vorschlags - so zu überweisen, wie es hier vorgeschlagen ist.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Gut. Der Delegierte Bandmann ist damit einverstanden. Herzlichen Dank. - Dann lasse ich so abstimmen, wie gerade vorgeschlagen. Wer für den Vorschlag von Peter Hintze ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenstimmen! - Etwa 12 bis 15 Gegenstimmen. Enthaltungen? - Bei sieben Enthaltungen ist es so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 70 auf. Hier empfiehlt die Antragskommission, den Antrag angesichts konkreter Vorlagen der Bundesregierung als erledigt zu betrachten. Mir liegt eine Wortmeldung von Herrn Keppler vor. - Bitte sehr.

Dr. Erhard Keppler: Wir wollten bei dieser Gelegenheit einmal nachfragen, ob das, was der Verkehrsminister plant, vor dem Jahr 2010 oder 2015 durchgeführt wird, ob wir also ernsthaft damit rechnen können. Wir sehen doch, wie die Zustände auf den bundesdeutschen Autobahnen wirklich sind. Vielleicht ist jemand hier im Saal, der das versteht. Ich frage mich: Warum ist das, was in Spanien, in Frankreich und Italien möglich ist, in der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich?

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. Die Wortmeldung von Minister Wissmann liegt mir vor. - Bitte sehr.

Matthias Wissmann: Liebe Parteifreunde, ich bin dankbar, daß dieses Thema von den Freunden angesprochen wird.

Ich will zunächst einmal darauf hinweisen: Wir haben es nach jahrelangem Bemühen geschafft, daß ab 1. Januar 1995 das erstmal in Deutschland auf den Autobahnen für Deutsche und Ausländer Lkw-Gebühren erhoben werden, die allein im Jahr 1997 rund 800 Millionen DM Einnahmen bringen. Das war ein großer Erfolg, den wir in Europa durchgesetzt haben. Wir werden in den nächsten Jahren aus dieser zeitbezogenen Lkw-Gebühr eine streckenbezogene machen, die verkehrlich und ökologisch weitere Vorteile bietet. Insofern ist das berechtigte Anliegen des Antragsstellers in der Politik der Bundesregierung bereits umgesetzt.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Wissmann. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe bitte. - 15 Gegenstimmen. Enthaltungen? - Bei fünf Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 71 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Fünf Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag D 72 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die CDU/CSU-Gruppe der EVP im Europäischen Parlament. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für dieses Verfahren ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Drei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 73 auf. Hier wird empfohlen, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Eine Wortmeldung liegt hier nicht vor. - Doch, bitte sehr.

Dr. Otto Wulff: Frau Präsidentin, ich möchte im Sinne des Antrages D 73 darum bitten, daß der Antragsteller den Antrag hier mündlich begründet, möchte auch darum bitten, daß die Antragskommission wiederum ihre Haltung hier inhaltlich mündlich begründet. Es handelt sich wiederum um einen Antrag an den Bundesparteitag, wo die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen, aber gleichwohl in dem Antrag selbst die Bundestagsfraktion aufgefordert wird, etwas zu tun. Das Verfahren bringt nichts. Dann kann der Antragsteller seine Anträge gleich an die Bundestagsfraktion schicken, und wir brauchen uns hier auf dem Bundesparteitag nicht damit zu beschäftigen. Von uns werden doch inhaltliche Beschlüsse erwartet. Dies ist zum Beispiel ein Antrag, den man auf einem Bundesparteitag sehr gut inhaltlich beraten kann. Was die Bundestagsfraktion dann daraus macht, werden wir in einem der nächsten Berichte erfahren. Deswegen bitte ich hier den Antragsteller um mündliche Begründung seines Antrages.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Wünscht das Land Brandenburg das Wort? - Bitte schön, Herr Dr. Wagner.

Dr. Peter Wagner: Frau Präsidentin! Sie haben recht, daß dieser Antrag ein hochpolitischer Antrag ist. Die Intention dieses Antrages ist aus der Tatsache erwachsen, daß wir uns beim Ladendiebstahl - gestatten Sie mir diesen Schlenker - einig sind, daß es kein Bagatelldelikt bleiben soll und daß man es entsprechend ahnden soll, damit eine entsprechende Rechtsmoral oder Rechtsauffassung in Deutschland wieder Raum greift.

Die Verzugszinsen werden nach unserer Auffassung dort viel lockerer behandelt. Es entspricht den Tatsachen - das betrifft nicht nur das Land Brandenburg, sondern alle neuen Bundesländer -, daß viele junge Betriebe, die entstanden sind, zugrunde gehen, weil sie einer schlechten Zahlungsmoral einmal von der öffentlichen Hand, was besonders verwerflich ist, aber auch von privat unterliegen. Es ist sogar vorgekommen, und das ist kein Einzelfall, daß Betriebe in Konkurs gegangen sind, weil, vom Auftraggeber offensichtlich gewollt, durch verzögerte Zahlung dieser Konkurs gefördert wurde.

Unsere Überlegung war folgende: diesen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu übergeben, weil es eine rechtliche Würdigung ist und weil in Ruhe darüber nachgedacht werden muß, wie man Recht gestaltet.

Der Teil zwei des Antrages, die Verzugszinsen zu erhöhen, ist nach unserer Auffassung durchaus in einem Gang hier auf dem Bundesparteitag zu erledigen, indem wir eine Willensäußerung an die Bundestagsfraktion mitgeben, nämlich an der Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Erhöhung der Verzugszinsen zu arbeiten. Das hat eine höhere Rechtsbindung, das hat eine höhere Bindung an unsere Bundestagsfraktion, das ist richtig, wir können aber diesen Antrag im Plenum letztendlich nur politisch abstimmen lassen, weil wir uns der Rechtsproblematik, die damit zusammenhängt, durchaus bewußt sind.

Ich bitte aus diesem Grunde, den Antrag in dieser Form anzunehmen, daß rechtzeitig und frühzeitig Arbeit geleistet werden kann. Damit wird in den neuen Bundesländern insbesondere den aufstrebenden mittelständischen Betrieben ein guter Dienst erwiesen. - Ich bedanke mich.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Wagner. Für die Antragskommission erteile ich das Wort Herrn Koch.

Roland Koch, Antragskommission: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, dieses zu überweisen, weil wir uns sonst relativ viel Zeit nehmen müssen. Die Frage, ob wir das Institut des Mahnverfahrens bei Gericht, das ursprünglich eingeführt worden ist, um Verfahren weniger kompliziert zu machen, weil die überwiegende Zahl von Mahnverfahren zu Zahlungen und nicht zu Gerichtsverfahren führt, aufheben oder aushebeln, indem die Betroffenen, die etwa Ansinnen haben, wie Herr Wagner sagt, dann dazu kommen, gleich Gerichtsverfahren anzustrengen mit der Folge, daß sie unsere Kammern verstopfen und wir ein anderes riesiges Problem bekommen, das die Länderjustizverwaltungen durch zusätzliche Richter lösen müßten, wenn sie das könnten. Es ist eine Frage, die wir in Ruhe diskutieren müssen, weil die Antragskommission anerkennt, daß es immer mehr Menschen gerade in den neuen Bundesländern gibt, die das Mahnverfahren mißbrauchen, um Zahlungsziele zu strecken. Deshalb aber das Institut des Mahnverfahrens so in Frage zu stellen, wie es in dem Antrag geschieht, erscheint uns nicht sachgerecht; das hier abzulehnen, trüge dem Antrag zu wenig Rechnung. Deswegen denke ich, das Gespräch in der Bundestagsfraktion ist richtig. Es dürfte kein Streit entstehen, daß die brandenburgische CDU angemessen an den Beratungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beteiligt wird. Deshalb bitte ich, dem Votum der Antragskommission zu folgen.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, der Antragsteller wie auch die Antragskommission haben die Empfehlung ausgesprochen, den Antrag zu überweisen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! Zwei Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 74 auf. Hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 75 auf. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen! - Die Gegenprobe! - Drei. - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 76 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag durch einen entsprechenden Beschluß des Deutschen Bundestages als erledigt zu betrachten. Hier liegt eine Wortmeldung von Herrn Peter Jensen-Nissen vor. - Bitte schön.

Peter Jensen-Nissen: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht hier schlichtweg um Arbeitsplätze. Wir meinen, daß die Christlich Demokratische Union dieses Thema zu ihrem Hauptthema machen sollte. Wir sollten hier ein eigenes Votum herbeiführen.

Wir haben zwar Verständnis für die Formulierung, die Sie hier angewandt haben. Aber wir sind hier auf dem Parteitag der Christlich Demokratischen Union. Wir bitten Sie herzlich, unserem Antrag zuzustimmen. 6 000 Arbeitsplätze unmittelbar in den deutschen Küstenländern und 15 000 Arbeitsplätze im nordeuropäischen Küstenraum sind gefährdet, wenn die Europäische

Union 1999 den Duty-Free-Handel auslaufen läßt. Dies kann nicht unsere Beschlußlage sein. Deshalb nehmen Sie bitte Ihr Kartenzeichen hoch, und stimmen Sie für diesen Antrag! Unterstützen Sie uns in dem Kampf für die Erhaltung des Duty-Free-Handels! - Danke.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Es liegt noch eine weitere Wortmeldung von Frau Brita Schmitz-Hübsch vor. - Bitte.

Brita Schmitz-Hübsch: Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich komme aus Flensburg, der nördlichsten Stadt unseres Landes. Dort haben wir eine Dauerarbeitslosigkeit von 16 Prozent. Wenn der Duty-Free-Handel wirklich wegfällt, dann wird diese Arbeitslosigkeit erneut verstärkt. Wir bitten Sie herzlich, mit Ihrem Votum unser Anliegen heute noch einmal zu unterstützen und ein deutliches Zeichen auch für die Bundesregierung zu geben, sich in Brüssel für uns alle einzusetzen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. - Für die Antragskommission erteile ich das Wort Frau Doris Pack.

Doris Pack, Antragskommission: Liebe Delegierte! Ich möchte darauf hinweisen, daß der Deutsche Bundestag genau dieser Intention folgend einen Beschluß gefaßt hat, der in der entsprechenden Bundestagsdrucksache nachzulesen ist. Ich denke, wir brauchen nicht nachzukarten. Das, was hier gefordert wird, ist bereits getan worden.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Bitte sehr, noch einmal Herr Jensen-Nissen.

Peter Jensen-Nissen: Ich möchte hier noch einmal um Unterstützung unseres Antrages bitten. Dies sollten wir als Delegierte des Parteitages auch tun, und alles Weitere nicht nur dem Bundestag überlassen. Hier sollte der ständige Druck zum Handeln erhöht werden. Diesen Weg wollen wir gehen.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Gut, wir haben es verstanden. Das ist Ihr Wunsch.

(Beifall)

Die Antragskommission widerspricht dem, so glaube ich, nicht mehr. Ich lasse über Ihre Bitte, daß wir hier so verfahren, nämlich Sie zu unterstützen, abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Etwa neun Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Bei drei Enthaltungen ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 77 auf. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Vier Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Bei etwa noch einmal vier Enthaltungen ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 78 auf. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Zwei Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 79 auf. Auch hier wird eine Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktionen in den Landtagen empfohlen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für diesen Verfahrensvorschlag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen! - Keine. - Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt noch den Initiativantrag D 83 auf. Sie haben heute morgen eine kleine Broschüre mit den Initiativanträgen erhalten.

(Zuruf: Nein!)

- Doch, die ist verteilt worden. Sie muß theoretisch auf jedem Platz liegen, wenn man sie nicht bereits unter den Tisch hat fallen lassen. Auch das ist nämlich bei vielen der Fall. - Das Wort hat der Herr Generalsekretär. - Bitte sehr.

Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier einen Antrag, der aus der Mitte der Jungen Union gekommen ist. Er hatte einen Vorgängerantrag. Dieser hat viele Diskussionen hervorgerufen. Die Antragskommission hat sich über einige Formulierungen, wie ich finde, zu Recht erregt und deswegen Ablehnung empfohlen.

Auf der anderen Seite - ich habe soeben mit dem Bundesparteivorsitzenden darüber gesprochen - sind wir der Auffassung, daß doch die Möglichkeit bestehen sollte, daß wir das, was an positiven Anregungen in dem Antrag steht - wenn man einmal über einige Formulierungen hinwegsieht -, im Bundesvorstand einmal beraten sollten. Wir wollen diesen Antrag hier nicht einfach beerdigen, sondern, liebe Freunde, wir sollten ihn an den Bundesvorstand überweisen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierte, eine Wortmeldung zum Antrag liegt mir nicht vor. Sie haben den Überweisungsvorschlag an den Bundesvorstand vernommen. Ich lasse abstimmen. Wenn Sie für diesen Verfahrensvorschlag sind, daß der Bundesvorstand sich mit dem Antrag beschäftigt, bitte ich um Ihr Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Zehn Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit übergebe ich jetzt das Präsidium an den Kollegen Linssen. Ich danke Ihnen, daß Sie so zügig mitberaten haben.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 19 auf:

WAHL DER DELEGIERTEN UND STELLVERTRETENDEN DELEGIERTEN ZUM XII. EVP-KONGRESS IN TOULOUSE

Laut § 31 Abs. 4 des Statuts der CDU wählt der Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes die Delegierten für die Gremien der Europäischen Volkspartei. Da vor dem XII. EVP-Kongreß keine Bundesausschußsitzung mehr stattfinden wird, nimmt in diesem Fall der Bundesparteitag diese Wahl vor. Die Landesverbände sind vor dem Bundesparteitag schriftlich gebeten worden, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Die Liste mit den von

den Landesverbänden vorgeschlagenen Delegierten und stellvertretenden Delegierten finden Sie in Ihren Unterlagen. Das ist eine Vorlage zu dem Tagesordnungspunkt 19.

Unser Statut läßt es nun zu, daß diese Wahl per Akklamation durchgeführt wird. So darf ich diejenigen bitten, die diesem Vorschlag zustimmen möchten, dies mit ihrer Stimmkarte anzuzeigen. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Vorschlag ist bei zwei Enthaltungen angenommen.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE IN DER EVP-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Ich erteile Herrn Prof. Dr. Günter Rinsche das Wort.

Prof. Dr. Günter Rinsche: Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! „Wir haben eine Vision, und diese Vision heißt Europa.“ So begann unser Bundespräsident Roman Herzog seine große Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Dann beschrieb er unsere gemeinsame Aufgabe: „Allerdings sind Visionen unbequem, anders als Utopien. Für den Eintritt einer Utopie ist niemand verantwortlich, weil sie gar nicht eintreten kann; für die Erfüllung von Visionen sind wir es selbst.“

Die 47 Abgeordneten der CDU/CSU in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments arbeiten für die dauerhafte Verwirklichung unserer gemeinsamen Vision Europa. Wir wissen: Die unumkehrbare Einigung ganz Europas in Frieden und Freiheit ist eine notwendige Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben der Europäer im 21. Jahrhundert. Integration erweitert Lebensmöglichkeiten. Isolation verengt und verringert Lebensmöglichkeiten. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir wissen aber auch, daß die Schwierigkeiten der europäischen Einigung wachsen, je näher wir dem Ziele kommen.

Konrad Adenauer hat die damit verbundenen Schwierigkeiten und Erfordernisse schon vor 40 Jahren beschrieben. In einer Rede am 23. November 1957 in Amsterdam sagte er - ich zitiere wörtlich -:

Es ist dieser Kleinmut, in dem ich die schwerste Belastung für unsere gemeinsame europäische Zukunft erblicke. Die Trägheit, der wir oft in geistig-politischer Hinsicht begegnen, steht ja nicht allein. Die Lässigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet, die Tendenz, mitunter zu früh die Hände in den Schoß zu legen, ist unser erster Feind.

Seine Schlußfolgerung für die Politik der europäischen Einigung lautete damals:

Der Weg, der vor uns liegt, wird nicht leicht sein. Er erfordert Härte gegen uns selbst, gute Nerven und eine Politik, die sich jeder Lage, ungeachtet der Schwierigkeiten der anstehenden Probleme, elastisch anzupassen vermag.

Mit 47 Abgeordneten hat die CDU/CSU einen Anteil von 7,5 Prozent an der Gesamtzahl der 626 Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Der Anteil unserer EVP-Fraktion an der Gesamtzahl der EP-Mandate ist rund 29 Prozent. Von den 181 Mitgliedern der EVP-Fraktion hat die CDU/CSU rund 25 Prozent. Der Einfluß der CDU/CSU-Abgeordneten auf die Politik der EU-

Institutionen, der von außenstehenden Beobachtern als relativ groß bezeichnet wird, beruht somit nicht auf numerischen Mehrheiten, sondern auf Schlüsselpositionen und Schlüsselaufgaben, die von Mitgliedern der CDU/CSU-Gruppe kompetent und energisch gestaltet werden.

Zu diesen Schlüsselaufgaben gehören unter anderem: die Vorbereitung und Mitgestaltung des Vertrages von Amsterdam, die Schaffung wichtiger Voraussetzungen der Erweiterung der Europäischen Union, die Pflege der persönlichen Kontakte mit politischen Persönlichkeiten der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas, die Informationsarbeit zur Einführung des Euro, die legislative Arbeit für die Wirtschafts- und Währungsunion, die Haushaltspolitik und die Haushaltskontrolle und viele andere Aufgaben.

Von besonderer Bedeutung für die Effizienz unserer Politik ist hierbei die sehr gute Zusammenarbeit mit unserem Bundeskanzler Helmut Kohl, dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble und unseren Freunden im Bundestag und in der Bundesregierung. Ihnen allen möchte ich für die Konkordanz und Kooperation sehr herzlich danken.

Meine Damen und Herren, den Unkenrufen der Euroskeptiker zum Trotz wurde die Regierungskonferenz von Amsterdam zu einem weiterführenden Kapitel in der Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung. Die schwierigen Beschlüsse sind in einigen Bereichen unvollkommen. Aber auch europäische Politik ist und bleibt immer eine Kunst des Möglichen. Die Konferenzergebnisse führten jedenfalls nicht in eine Sackgasse, sondern eröffneten neue Möglichkeiten der Integration. Jetzt und in Zukunft wird es darauf ankommen, diese neuen Möglichkeiten systematisch zu analysieren und tatkräftig zu nutzen.

Europäischer Fortschritt ist Zielverwirklichung im Zeitablauf. Wenn man nicht von der irrealen Vorstellung ausgeht, daß die Integration von 15 oder gar 25 Staaten in einem einzigen Urknall oder „großen Sprung“ erfolgt und die finale Struktur der Europäischen Union durch einen einzigen Schöpfungsakt zu erreichen ist, dann muß man folgerichtig von einem Wachstum in Schritten und Stufen ausgehen. In Zeiten historischer Umbrüche und tiefgreifender Strukturwandlungen sind Festigkeit und Flexibilität die Schlüsselwörter der Integration. Die Festigung erhöht die Anziehungskraft des Ganzen. Die Flexibilität ermöglicht die Handlungsfähigkeit der Union.

Vor 50 Jahren sagte der Initiator des europäischen Wiederaufbauprogramms, George Marshall: „Kleine Taten, die man ausführt, sind besser als große, die man plant.“ Die 13 Milliarden Dollar, die damals den Wiederaufbau in Deutschland ankurbelten, sind ein kleiner Beitrag verglichen mit den Summen, die heute bewegt werden. In Verbindung mit Aufbaumotivation, Einsatzfreude und Zuversicht bewirkten diese „kleinen Taten“ großartige und zukunftsschaffende Ergebnisse. Es gilt, diese Erfahrungen heute und für morgen zu nutzen.

Die Ausgangslage der Regierungskonferenz von Amsterdam war schwierig und kompliziert. Wenn trotz dieser Schwierigkeiten ein beachtlicher Erfolg erzielt werden konnte, dann ist das vor allem den europäischen Staatsmännern zu verdanken, die mit unbeirrbarer Zielstrebigkeit und Zähigkeit den notwendigen Konsens erreichten und damit neue Wege für die Zukunftssicherung der Europäer erschlossen haben. Unser herzlicher Dank gilt unserem Bundeskanzler Helmut Kohl.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, das letzte Buch des europäischen Philosophen Karl Popper trägt den Titel „Alles Leben ist Problemlösen“. Es ist nicht zu leugnen, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit in Europa ein Problem darstellt, dessen Lösung lebensnotwendig ist. So günstig die anspringende Konjunktur und die spürbar besseren gesamtwirtschaftlichen Eckdaten auch sind, die Tatsache, daß 18 Millionen Europäer keinen Arbeitsplatz haben, und die Prognose, daß auch in diesem Jahr wieder mehr als 200 000 mittelständische Unternehmen in der Europäischen Union insolvent werden, stellt die europäische und deutsche Politik vor große Herausforderungen. Im Zeitpunkt 1988 bis 1995 konnten die Arbeitsplatzverluste in den Großunternehmen weitgehend durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in Klein- und Mittelbetrieben ausgeglichen werden. Gegenwärtig gibt es aber in unserer europäischen Statistik weder Hinweise noch Garantien für die Fortsetzung einer solchen Entwicklung.

Für die CDU/CSU im Europäischen Parlament hat die Schaffung von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen höchste Priorität. Wir teilen voll und ganz die Erwartungen unseres Freundes Wolfgang Schäuble an den Beschäftigungsgipfel im November in Luxemburg:

Es kann dabei nicht um neue Kompetenzübertragungen oder Ausgabenprogramme gehen, die über höhere Steuern und Abgaben am Ende eher beschäftigungshindernd sind, sondern es geht darum, daß alle Verantwortungsebenen dem Beschäftigungsziel Vorrang geben.

In den europäischen Institutionen, auch im Europäischen Parlament, gibt es nun politische Gruppierungen wie Alt-Sozialisten und Neo-Ideologen, die immer noch, bzw. schon wieder ihr Heil in europäischen Dekreten und Beschäftigungsprogrammen erblicken. Unsere politischen Gegner aus diesen Lagern und Ideologiereservaten verkennen die Tatsache, daß nur wertschaffende und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze im globalen Wettbewerb bestehen können.

Im übrigen hat Otmar Issing recht, wenn er feststellt:

Das Geld, das man auf nationaler Ebene nicht hat, kann man auf europäischer Ebene allemal nicht ausgeben. Was auf nationaler Ebene nicht zum Ziel führt, wird nicht besser, indem man es europäisch macht.

Scharfsinnig hat man die kontraproduktiven Deficit-spending-Programme der Sozialisten als „Bekämpfung von Mangelerscheinungen durch verstärkte Verschwendung“ entlarvt. Könnten die Altsozialisten und Neoideologen die europäische Beschäftigungspolitik bestimmen, so wäre unser Europa im 21. Jahrhundert nur noch ein Museum, das von asiatischen Touristen besucht wird, die unsere Küche und Kultur schätzen.

Wir, meine Damen und Herren, die CDU/CSU-Abgeordneten, werden mit unseren Freunden in der EVP-Fraktion und aus anderen Fraktionen des Parlaments dafür sorgen, daß die Zukunft Europas nicht durch sozialistische Ideologien und rücksichtslose Machtsucht blockiert wird. Vor allem aber werden wir die europäischen Möglichkeiten zur Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit nutzen. Nach unserer Auffassung sind wichtige Erfolgsfaktoren im globalen Wettbewerb: erstens sozialökonomische Integration zur Erreichung von Kostenvorteilen; zweitens europäische Forschung zur Erreichung von Innovationsvorteilen; drittens Flexibilisierung durch europäische Deregulierung zur Erreichung von Zeitvorteilen.

Wir setzen uns ein für eine beschäftigungsorientierte und mittelstandsfreundliche Folgenabschätzung europäischer Richtlinien, Verordnungen und Maßnahmen. Die alte politische Grundfrage „Cui bono?“, „Zu wessen Nutzen?“, muß unter den Aspekten dauerhafter Erfolgsmöglichkeiten der Beschäftigungspolitik gestellt und beantwortet werden. Wir begrüßen daher die Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verstärkung der Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbständigkeit und werden auf europäischer Ebene unseren Teil dazu beitragen, damit die Beschäftigungskrise überwunden und dadurch ein wesentliches Stück Zukunftssicherung gewonnen werden kann.

Die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments halten die rechtzeitige Einführung einer dauerhaft stabilen Euro-Währung für unverzichtbar zur sozialökonomischen Zukunftssicherung und zur Förderung der europäischen Integration. Wir wissen aber auch, daß ein Mindestmaß an Akzeptanz zu den Erfolgsvoraussetzungen einer einheitlichen europäischen Währung gehört. Dies war der Grund dafür, daß wir im Januar 1996 unseren Euro-Dialog begannen. Seitdem haben die 47 Mitglieder unserer Gruppe in weit über 1 000 Veranstaltungen zum Euro flächendeckend den direkten Kontakt mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gesucht und in Diskussionen, Interviews und mit speziellen Publikationen über die Erfordernisse und Vorteile einer europäischen Währung informiert.

Während uns in den ersten Monaten unseres Eurodialogs noch vielfach eine aggressive Antihaltung entgegenschlug, hat sich die Grundstimmung in den letzten Monaten entscheidend verbessert. Nun überwiegt in unseren Diskussionen ein mehr sachlich orientiertes Informationsbedürfnis. Unsere empirischen Erfahrungen werden auch durch Meinungsumfragen bestätigt. So geht der überwiegende Teil der Bevölkerung mittlerweile davon aus, daß der Euro sicher kommt, und interessiert sich mehr für die praktischen Auswirkungen. Gleiche Umfragen zeigen, daß die Menschen in unserem Land nur den Unionsparteien die Kompetenz zuweisen, die Erfolgsgeschichte der D-Mark im Euro fortzusetzen.

Das Thema Euro hat seine negative Thematik schon jetzt weitgehend verloren. Nach einer soeben vorgelegten Vorabauswertung einer repräsentativen Umfrage der Adenauer-Stiftung vom Oktober 1997 ergibt sich folgendes Bild: Der Anteil der Bundesbürger, die die Währungsunion ablehnen, ist seit Herbst 1996 von damals 63 Prozent auf jetzt 43 Prozent gesunken. 90 Prozent rechnen damit, daß der Euro kommen wird. Das Vertrauen in die Stabilität des Euro ist deutlich gestiegen. Nur noch 24 Prozent meinen, daß der Euro vielleicht weniger stabil sein könnte als die D-Mark.

Zu diesem Stimmungsumschwung paßt, daß immer weniger Bürger das Thema Euro für sich persönlich für ein sehr wichtiges Thema halten. Nach einer Umfrage der „Forschungsgruppe Wahlen“ sind im September 1997 nur noch 7,8 Prozent der Mitbürger dieser Meinung. Alles in allem zeigt sich ein Trend zu mehr positiver Einstellung auf die einheitliche europäische Währung.

(Beifall)

Das wirkt sich übrigens auch auf die generelle Einstellung zur Europäischen Union aus. Die Zustimmung zur Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union ist in den letzten Monaten wieder signifikant gestiegen.

Eine wichtige Erkenntnis, die wir in unseren Veranstaltungen immer wieder gewinnen konnten, ist, daß unsere Mitbürger nicht nur begriffliche, sondern auch anschauliche Wahrheit wollen. Auf diese Notwendigkeit, die auch mit der Symbolkraft eines gemeinsamen Geldes verbunden ist, hat unser Parteifreund Hans Dichgans schon in einer Debatte im Jahr 1966 im Europäischen Parlament aufmerksam gemacht. Er sagte damals - ich zitiere -:

Wenn jeder eine europäische Münze in der Hand hält, die eine wohlgestaltete junge Dame zeigt, die auf einem Stier reitet, dann würde die Anschaulichkeit dieser Münze Impuls zur Stärkung des europäischen Bewußtseins geben.

Dabei muß es nicht unbedingt Europa auf dem Stier sein, die die Symbolkraft einer europäischen Münze zum Ausdruck bringt.

Die verbindungsstiftende Kraft eines gemeinsamen Geldes war allerdings schon immer ein Erfolgselement großräumiger Gemeinschaften. Der erste europäische Binnenmarkt im Römischen Imperium vor 2000 Jahren war auch deshalb ein sozialökonomischer Erfolg, weil der Aureus für fast 300 Jahre Geldwertstabilität garantierte und die Transaktionskosten einer großräumigen Arbeitsteilung bemerkenswert niedrig hielt. Die Vorteile des Binnenmarktes damals - das ist ein Beispiel auch für heute - resultierten aus einer produktivitätsfördernden Arbeitsteilung, einer funktionsfähigen Infrastruktur, einer gemeinsamen Rechtsordnung und einer stabilen Währung.

Nun sind historische Erfahrungen keine Patentrezepte zur Gestaltung der Zukunft, aber sie ermöglichen es uns, anschauliche Antworten auf die Fragen nach der Funktionsfähigkeit einer europäischen Währung zu geben.

Aus wichtigen Gründen wird die nachhaltige Finanzierung der europäischen Politik zu einem zentralen Thema in den Gesprächen der Fraktionen des Europäischen Parlaments. Die aktuelle Debatte um die Erweiterung der Europäischen Union und die damit verbundenen Finanzierungsfragen lassen Probleme entstehen, mit denen wir uns in der gebotenen Sachlichkeit und ohne emotionalen Überschwang beschäftigen müssen. Dabei stellt sich uns die nicht leichte Aufgabe, mehrere Erfordernisse auf einen Nenner zu bringen.

Folgende Notwendigkeiten gilt es zu beachten. Für die Solidarität der europäischen Völker ist die Solidität der europäischen Finanzen eine unabdingbare Grundlage. Dem von Theo Waigel initiierten und von der Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl durchgesetzten Stabilitätspakt kommt auch unter diesen Aspekten eine große Bedeutung zu.

Auch für die europäische Politik gilt der Satz von Raymond Aron:

Die Politik kann die Ziele nicht bestimmen, ohne die verfügbaren Mittel in Betracht zu ziehen.

Daraus folgt, daß sich die europäische Finanzpolitik nicht nur mit der Einnahmeseite, sondern vor allem auch mit der Ausgabeseite zu befassen hat. Die von der Arbeitsgruppe „Strukturpolitik“ der CDU/CSU im EP vorgelegten Vorschläge zur Reform der EU-Strukturfonds sind ein Beispiel für unsere Bemühungen, mehr Effizienz und mehr Lastengerechtigkeit in der EU zu

verwirklichen. In dieselbe Richtung gehen auch die Überlegungen zur Subsidiarität und Dezentralisierung als Leitsätze zur Reform der kostenintensiven Politikbereiche und der problematischen Subventionspolitik der Europäischen Union.

Richtig ist auch die Forderung, daß innereuropäische Transfers finanzieller Mittel nicht dazu mißbraucht werden dürfen, um nationale Standortünden zu kompensieren.

Schließlich muß auch die europapolitische Bedeutung der deutschen Steuerreform in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden. Nach ernstzunehmenden Schätzungen gehen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union jährlich Steuereinnahmen in Höhe von 600 Milliarden DM durch die zunehmende Schattenwirtschaft und Steuerkriminalität verloren. Diese Strukturkrise der europäischen Finanzpolitik ist auch auf eine übermäßig große Steuerbelastung mit beschäftigungsfeindlichen Wirkungen zurückzuführen. Hierauf müssen wir eine gemeinsame europäische Antwort finden. Die Reformblockaden der SPD mit dem Ziel, Deutschland zu einem Vetoland werden zu lassen, sind deswegen auch zutiefst antieuropäisch und zukunftsfeindlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Aktivität im Bereich der sogenannten Aufgabenkritik und Ausgabenkontrolle ist unsere Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rechnungshof, dem unser Parteifreund Bernhard Friedmann vorsteht. Er ist übrigens zur Zeit der einzige deutsche Präsident eines Organs der Europäischen Union. Seine Wahl zum Präsidenten ist auch ein Beweis für das Vertrauen, das deutsche Christdemokraten im Europäischen Parlament und im Rechnungshof gewinnen konnten.

Die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind sich bewußt, daß die Schaffung und der Ausbau der Europäischen Union nur gelingen können, wenn die Zusammenarbeit der Verantwortungsträger bestmöglich gestaltet wird.

Lassen Sie mich schließen mit einem herzlichen Dank: an den deutschen Bundeskanzler und europäischen Staatsmann, Helmut Kohl, an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, und an alle europapolitisch engagierte Freunde in Deutschland, auf deren Hilfe und Unterstützung wir immer rechnen konnten und die wir auch in Zukunft brauchen. Unser gemeinsames Programm ist die Verpflichtung: „Deutschland unser Vaterland - Europa unsere Zukunft“.

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Günter Rinsche. Herzlichen Dank Ihnen und den 47 Mitgliedern der CDU/CSU-Gruppe sowie den Freunden der EVP-Fraktion für das Arbeiten an der Konkretisierung unserer Vision, die uns trägt und hilft, Europa nach vorne zu bringen. Sie haben die Kosten-, Innovations- und Zeitvorteile geschildert, für die Sie arbeiten, und in Ihrem Vortrag auf Subsidiarität und solide Finanzen Wert gelegt. Herzlichen Dank für diese konkrete Arbeit an unserem Ziel, Europa zu einen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG, DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

Ich erteile Dr. Wolfgang Schäuble das Wort.

Dr. Wolfgang Schäuble (mit Beifall begrüßt): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als wir, fast auf den Tag genau, vor einem Jahr von unserem Parteitag in Hannover auseinandergegangen sind, wußten wir, daß ein hartes Stück Arbeit vor uns liegen würde. Wir, die 295 Abgeordneten von CDU und CSU waren mitten in der Umsetzung unseres Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wir haben darin den politischen Handlungsbedarf präzise benannt und die großen Projekte Steuerreform, Rentenreform, Krankenkassenreform auf die Bahn gebracht.

Wenn ich heute, ein Jahr später, Bilanz ziehe, stelle ich fest: Wir haben in diesem Jahr mehr zustande gebracht, als wir uns selbst wohl vor einem Jahr zugetraut hatten. Wir haben - auch in der Koalition mit der FDP - schwierige Fragen gemeinsam gelöst. Wir haben keine einzige Abstimmung verloren. Wir haben unser Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung fast vollständig umgesetzt, jedenfalls überall da, wo wir nicht auf die Zustimmung des Bundesrats angewiesen waren. Wir haben das Arbeitsförderungsgesetz und die Sozialhilfe reformiert. Wir haben die Gesundheitsreform in Kraft gesetzt, am vergangenen Freitag die Rentenreform verabschiedet, ein umfangreiches Paket zur Kriminalitätsbekämpfung durch den Bundestag gebracht, und wir haben ein überzeugendes Konzept für eine große Steuerreform vorgelegt.

Aber ich stelle auch fest: Wir sind noch lange nicht am Ende der Wegstrecke angelangt. Mit dem, was wir erreicht haben, können wir zufrieden sein. Aber einen Grund zur Selbstzufriedenheit haben wir nicht.

Daran hindert uns schon die Zahl von mehr als vier Millionen Arbeitslosen. Unsere Politik war richtig, was sich an steigenden Wachstumswahlen ablesen läßt. Aber es reicht noch nicht. Wenn die Wirtschaft wächst, aber der Arbeitsmarkt davon nicht oder nur ungenügend profitiert, dann beschreibt dieser Befund, nüchtern und unbarmherzig zugleich, daß die Anstrengungen, Wirtschaft und soziale Wirklichkeit in Deutschland an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen, für alle noch lange nicht zu Ende sind.

Die Welt verändert sich in atemberaubendem Tempo. Stichwort Globalisierung: Märkte wachsen zusammen, ökonomische Entfernungen schrumpfen. Entwicklungen in anderen Kontinenten beeinflussen uns unmittelbar, von den internationalen Finanzmärkten über den Wettbewerb um Investitionen und Produktionsanteile bis zu den Waldbränden in Südostasien.

Stichwort technologische Revolution: Mit immer weniger Arbeitskraft wird immer mehr produziert. Fabriken, die Zehntausenden Arbeit bieten, wird es in der Zukunft kaum noch geben. Der Weg von der Industrie- in die Dienstleistungsgesellschaft scheint unausweichlich, wenn wir uns mit steigender Arbeitslosigkeit nicht abfinden wollen.

Stichwort soziale Veränderungen: 50 Prozent Einpersonenhaushalte in deutschen Großstädten, ebenso viele Menschen über 60 Jahre wie unter 20, und nur gut die Hälfte der Einwohner Hamburgs ist noch Mitglied einer der großen christlichen Glaubensgemeinschaften.

Wie, liebe Freunde, können wir Wohlstand und soziale Sicherheit erhalten, Freiheit, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit bewahren angesichts derart dramatischer Veränderungen? Welche Anpassungsleistungen müssen wir dafür erbringen? Das sind die Fragen, auf die wir Antworten geben müssen. Wir müssen die Richtung deutlich machen, in die wir gehen, den roten Faden, der unser Denken und Handeln durchzieht, den gemeinsamen Nenner, auf den unsere Politik gebracht werden kann. Denn all die vielen Maßnahmen, die wir ergriffen haben und noch ergreifen müssen, um unser Land fit zu machen für die Zukunft, nützen am Ende wenig, wenn die Leute den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen.

Problemlösungen finden, das setzt Nachdenken voraus - auch lautes Nachdenken. Eine große Volkspartei ist auf das Nachdenken möglichst vieler angewiesen. Wir sollten das Nachdenken nicht verbieten wollen.

(Beifall)

Wer ein Problem als ein solches benennt, ohne schon eine perfekte Lösung zu haben, der sollte von den Bedenkenträgern und Besitzstandsverteidigern nicht gleich des Hochverrats verdächtigt werden.

(Beifall)

Aber mit Nach-, Vor- und Querdenken allein ist es dann auch wieder nicht getan. Das Nachdenken muß auch zu Ergebnissen führen, zu möglichst realitätstüchtigen Ergebnissen.

(Beifall)

Die Welt als Wille und Vorstellung - das befriedigt vielleicht Intellektuelle. Als Rezept für verantwortliche Politik taugt es nicht. So umfassend darf die Analyse dann auch nicht werden, daß kein konkreter Schluß mehr daraus gezogen werden kann.

(Vereinzelt Beifall)

Die Wünschbarkeit des ganz großen Reformansatzes entbindet nicht von der Realisierbarkeit des nächsten Schrittes. Also brauchen wir beides: kreatives Nachdenken, tabufreies Suchen nach Lösungen für neue Probleme und realitätsbezogenes Handeln.

Wenn alles sich ändert, dürfen wir nicht stillstehen. Die Chancen sind um so größer, je mehr wir vorausschauend handeln, je mehr wir den Wandel gestalten. Wenn es um Anpassungsfähigkeit, um Flexibilität, um Innovation geht, dann sind die kleinen Einheiten den bürokratischen Großorganisationen immer überlegen. Dinosaurier sind nicht zukunftsfähig. Also: nicht mehr, sondern weniger Staat.

(Beifall)

Das verstehen die Sozialisten nicht. Die setzen am Ende immer auf zentralisierte Bürokratien. Aber kleine Einheiten, die die Lage vor Ort kennen, die unmittelbar Zugriff haben, die sich persön-

lich verantwortlich fühlen, finden im Zweifel bessere Lösungen, haben mehr Phantasie und Kreativität als ferne Bürokratien. Das gilt für den staatlichen Bereich so sehr wie für die Wirtschaft, Forschung oder Soziales. Deshalb setzen wir auf Deregulierung und Entbürokratisierung, auf Subsidiarität und dezentrale Lösungen - Vertrauen also in die Menschen und nicht in die Apparate, Eigenverantwortung und Wettbewerb, Leistungsbereitschaft und freiwillige Solidarität. Das, liebe Freunde, entspricht unserem christlichen Menschenbild. Und das geht alle an: Bund, Länder und Gemeinden, Tarifpartner, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und gesellschaftliche Gruppen.

Wir haben zum Beispiel - das wird ja niemand bestreiten - Defizite in der Bildungspolitik.

Ein wachsender Teil der Jugendlichen, der die schulischen Voraussetzungen nicht mitbekommt, um einer qualifizierten Lehrlingsausbildung gewachsen zu sein; ein wachsender Teil der Abiturienten, der schlechterdings nicht studierfähig ist; ein wachsender Teil Hochschulabsolventen, der international nicht konkurrenzfähig ist, und sei es, weil er zu alt ist, wenn er die Uni verläßt.

Konkurrenz belebt das Geschäft, und Wettbewerb macht Verantwortung sichtbar. Der Erfolg des einen - wenn man ihn denn läßt - wirft ein grelles Licht auf Versäumnisse des anderen. Das, liebe Freunde, ist doch der Grund, warum Monopolisten aller Art den Wettbewerb scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Soll doch jeder Kultusminister, jeder Hochschulrektor und jeder Schulleiter in Deutschland zeigen, was sein Land und was seine Einrichtung beim Abbau solcher Defizite leisten kann, soll er doch von Erfolgen auch profitieren können!

(Beifall)

Deswegen wird durch die Novelle des Hochschulrahmengesetzes mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen ermöglicht. Deshalb auch wollen wir den Kommunen geeignete Instrumente in die Hand geben, damit sie wirkungsvoll Ansiedlungspolitik und kommunale Beschäftigungspolitik betreiben können. Das stärkt Eigenverantwortung. Wir brauchen mehr Eigenverantwortung in Deutschland.

Das beginnt bei den Tarifpartnern. Natürlich war das Wehklagen groß - aber es war richtig, die Verantwortung für Schlechtwettergeld in die Hände der Tarifpartner zu legen, und es war genauso richtig, die gesetzliche Regelung zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zurückzunehmen, um Platz zu schaffen für eigenverantwortliche Absprachen von Arbeitgebern und Gewerkschaften.

(Beifall)

Mehr Eigenverantwortung kann vielfältig helfen. Wir haben ja nicht nur Engpässe bei Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, sondern wir haben auch einen Mangel an geeigneten Bewerbern in vielen Bereichen. Und wenn ich die Sorge höre, Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeit weg, denke ich manchmal, ob wir ohne ausländische Arbeitskräfte vielleicht verhungern könnten - von den Erntehelfern bis zur Gastronomie.

(Beifall)

Und daß Rom und Paris heute sauberer wirken als manches deutsche großstädtische Zentrum, ist wohl auch nicht nur ausländischen Mitbürgern zuzuschreiben - vom Reinigungsgeerbe bis zur Müllabfuhr.

(Vereinzelter Beifall)

Mehr Eigenverantwortung, das war auch das Prinzip, mit dem wir bei der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung erfolgreich waren - nicht ohne Widerstände, nicht ohne Irrwege, bis wir die Blockade der SPD-Mehrheit im Bundesrat umgangen, also das Gesetz zustimmungsfrei gemacht hatten.

Wenn Mittelverschwendung in der gesetzlichen Krankenversicherung vermieden werden soll - im Jahre 1996 sind noch Medikamente für vier Milliarden Mark auf dem Müll gelandet, die die gesetzliche Krankenversicherung bezahlt hat -, dann bleibt kein anderer Weg, als diejenigen, die über die Inanspruchnahme von Leistungen entscheiden, für Sparsamkeit zu gewinnen. Das heißt Zuzahlung oder Eigenbeteiligung, sozial zumutbar ausgestaltet, und, liebe Freunde, das funktioniert: Seit Juli steigen die Ausgaben der Krankenkassen nicht mehr an, so bleibt die bestmögliche Gesundheitsversorgung, die wir in Deutschland haben, auch in Zukunft wirtschaftlich tragbar.

(Beifall)

Daß unsere Sozialversicherungssysteme alle hart an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind, hat auch viel damit zu tun, daß wir es uns in Jahrzehnten angewöhnt haben, immer zuerst nach dem Staat, dem kollektiven System, zu rufen. Das Motto von John F. Kennedy „Frag' nicht, was Dein Land für Dich tun kann, frag', was Du für Dein Land tun kannst“, heißt doch auch: Kümmere Dich doch erst einmal selbst, bevor Du die Allgemeinheit in Anspruch nimmst.

(Beifall)

„Sozial ist, was Beschäftigung schafft“ - prägnanter als mit dem Motto der diesjährigen CDA-Bundestagung in Magdeburg kann man es nicht ausdrücken. Mehr wirtschaftliche Dynamik, neue Chancen am Arbeitsmarkt, das hat absolute Priorität für unsere Politik.

Wir haben viel getan für Arbeit und Beschäftigung in diesem Land. Mehr Handlungsspielraum und Verantwortung für die Tarifpartner, zum Beispiel Lohnfortzahlung und Schlechtwettergeld, Beseitigung von Einstellungshemmnissen beim Kündigungsschutz, Erleichterungen für befristete Arbeitsverhältnisse und zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit. Wir haben den Ladenschluß ausgedehnt, was uns fast an den Rand des Bürgerkriegs zu führen drohte,

(Heiterkeit)

aber, liebe Freunde, es war doch richtig in einem Land, das als besonders wenig kunden- und servicefreundlich gilt und gleichzeitig mehr Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich braucht. Es genügt allerdings nicht, daß das alles im Gesetzblatt steht - wir müssen es auch unter die Leute bringen, wir müssen informieren und werben, anwenden und umsetzen, damit die Verbesserung von Rahmenbedingungen auch Früchte auf dem Arbeitsmarkt trägt.

Wir sind noch lange nicht am Ende, es gibt noch viel zu tun für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Mehr Beschäftigung in Wachstumsbranchen setzt zum Beispiel innovatives risikobereites Unternehmertum voraus. Also hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Initiative gestartet, die mit zahlreichen Aktionen vor Ort Menschen dafür begeistern will,

sich wirtschaftlich selbständig zu machen, denn in der Einstellung haben wir in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern bekanntermaßen große Defizite.

Oder: Trotz der beachtlichen Vermittlungserfolge der Arbeitsämter dauert es noch immer zu lange, bis angebotene Stellen besetzt werden können. Bei über 4 Millionen Arbeitslosen kann man sich nicht erklären, warum das so lange dauert. Also wollen wir uns in jedem Wahlkreis bemühen, wenigstens eine Halbierung der Vermittlungsdauer zu erreichen.

Oder: Den zwei Millionen Langzeitarbeitslosen in Deutschland dürfen wir nicht nur Arbeitslosen- und Sozialhilfe zahlen und sie dafür spaziergehen oder im Zweifel schwarzarbeiten lassen. Also arbeiten wir daran, daß künftig jedem arbeitsfähigen Empfänger von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe eine Arbeitsgelegenheit nachgewiesen werden kann, notfalls auch in Form eines öffentlichen Beschäftigungsangebots.

(Beifall)

Oder: Die Einrichtung von Einfacharbeitsplätzen, mit denen ein Teil der Arbeitslosen von der Straße geholt werden könnte, kommt nicht in Gang, weil die niedrigen Löhne - für sich genommen - kaum über dem Existenzminimum der Sozialhilfe liegen. Also überlegen wir, wie die Verwerfungen zwischen sozialen Hilfen und niedrigen Arbeitseinkommen durch Kombinationen so aufgelöst werden können, daß auch geringer bezahlte Arbeit lohnend erscheint und angenommen wird.

(Beifall)

Oder: Die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse nehmen immer mehr zu. Aber, liebe Freunde, ein System sozialer Sicherung, das seine Finanzierung im wesentlichen an die nichtselbständige Beschäftigung knüpft, muß zerstört werden, wenn ein immer größerer Teil von Beschäftigung versicherungsfrei wird und ein kleiner werdender Teil immer höhere Beiträge zu verkraften hat.

(Beifall)

Also haben wir ein Problem. Natürlich kann man nicht einfach die Versicherungsfreiheit der 610-Mark-Jobs aufheben, wenn man nicht noch mehr Schwarzarbeit will. Aber das Problem bleibt, auch wenn die Lösung schwierig ist. Daran kann auch Herr Westerwelle nichts ändern.

(Beifall)

Deshalb suchen wir weiter. Vielleicht hilft eine Art kleines Beschäftigungsverhältnis, genauso flexibel einsetzbar, aber weniger mißbrauchsanfällig. Vielleicht geht es auch mit Quoten oder mit Obergrenzen. Aber wer Probleme bestreitet, weil er sich vor der Lösung fürchtet, der verweigert die Realität und ist nicht zukunftsfähig.

(Beifall)

In der globalisierten Wirtschaft ist Kapital mobiler als Arbeitskraft. Aber das Auseinanderbrechen unserer Gesellschaft in einen Teil, der immer reicher wird, und einen anderen, der in der modernen Welt Anschluß und Zukunft verliert, entspricht nicht unserem Leitbild von sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall)

Deshalb werden Vermögensbildung und Vermögenspolitik noch wichtiger. Und weil unser Markt für Risiko und Investitionskapital viel enger ist als etwa in der angelsächsischen Welt, werden wir eine Initiative zur Vermögensbildung verbinden mit Maßnahmen zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland und zum besseren Zugang für kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründer zu Eigen- und Risikokapital.

(Beifall)

Liebe Freunde, das alles sind konkrete Beispiele, wie wir für unser Ziel „Arbeit für alle“ arbeiten. Das ist unsere Antwort auf die Frage nach mehr sozialer Gerechtigkeit, nach mehr Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Niemand sage, das sei ein zu ehrgeiziges Ziel. Es mag sein, daß auf absehbare Zeit nicht mehr jeder einen traditionellen Vollzeit Arbeitsplatz bekommen können. Aber eine Beschäftigungschance - sei es Teilzeit, sei es ein Einfacharbeitsplatz, sei es ein Beschäftigungsverhältnis auf gemeinnütziger Basis - sollte jedem zugänglich sein. Das ist allemal besser als Arbeitslosigkeit auf Dauer.

(Beifall)

Im übrigen bin ich ganz sicher, daß wir auch in der globalisierten Wirtschaft soziale Gerechtigkeit eben nicht durch eine sozialistische Verteilungsbürokratie schaffen, sondern besser durch einen funktionierenden Arbeitsmarkt - ergänzt um breitere Vermögensbildung und Kapitalmarkt.

(Beifall)

Die Arbeitswelt unserer Kinder wird mit der Arbeitswelt unserer Eltern nur noch wenig gemein haben. Nicht mehr industrielle Großunternehmen werden bestimmend sein, sondern immer mehr kleinere und mittlere Unternehmen, viele Neugründungen mit wenigen Beschäftigten, die in der Lage sind, sich flexibel einem Markt anzupassen, der mehr und mehr von Dienstleistungen aller Art, zum Teil hochspezialisiert, geprägt sein wird.

Diesen Arbeitsmarkt erschließen wir nicht damit, daß wir vorhandene Arbeit lediglich neu verteilen. Das ist die Kuchentheorie von Scharping und Co., die auch in manchen protestantischen Kirchen - ich bin selber Protestant - gelegentlich gepflegt wird. Es heißt dann, wenn der Kuchen nicht reiche, müsse man die Stücke für alle kleiner machen; dann bekäme jeder noch ein paar Krümel ab. Leider wird der Kuchen in der ökonomischen Wirklichkeit durch Teilen aber nicht größer, sondern kleiner. Der Kuchen wird nur dann größer, wenn wir das Potential an zukünftiger Beschäftigung von Fesseln befreien, die es an der Entfaltung hindern. Vor allem deshalb fordern wir Deregulierung, weniger Normen, weniger Vorschriften, weniger Verwaltungsaufwand und weniger Bürokratie.

(Beifall)

Der Kuchen wird nur dann größer, wenn wir damit aufhören, den Faktor Arbeit immer weiter mit Kosten zu belasten, und Arbeit statt dessen billiger machen. Im Gegenzug müssen wir teurer machen, was zu billig angeboten wird: Energie- und Rohstoffeinsatz. Nur weil dies in unserem Grundsatzprogramm steht, liebe Freunde, muß es ja noch nicht falsch sein.

(Beifall)

Wenn wir Arbeit von Kosten entlasten wollen, dann muß der erste Schritt sein, die Steuern weiter zu senken. Unsere Steuersätze sind zu hoch. Das ist leistungsfeindlich, das verhindert Investitionen und gefährdet Arbeitsplätze.

(Beifall)

Auf dem letzten Parteitag haben wir unser Steuerkonzept beschlossen. „Niedriger - einfacher - gerechter - durch weniger Steuern mehr Arbeitsplätze“ - das war, das ist und das bleibt Ziel unseres Steuertarifs 2000. Daß wir dieses Konzept vorgelegt haben und es im Bundestag durchgesetzt haben, war richtig. Dieses Konzept ist in Wahrheit auch nicht gescheitert. Ich höre oder lese gelegentlich, man hätte doch wissen müssen, wie die Mehrheiten im Bundesrat sind. Vielleicht hätten wir es gleich bleibenlassen sollen. - Liebe Freunde, stellen Sie sich vor, wir hätten unser Steuerkonzept nicht vorgelegt. Was wäre dann die Folge gewesen? Wie wäre dann heute die Stimmung in der Wirtschaft, bei den Verbänden und bei den Steuerzahlern?

Politik ist das Bohren dicker Bretter. Wir haben aber nicht den geringsten Anlaß zur Resignation. Ich bin überzeugt: Die Steuerreform kommt. Die Menschen wissen, daß wir sie brauchen. Alle Sachverständigen bestätigen uns. Wir haben ein schlüssiges Konzept, die SPD hat keines.

(Beifall)

Wenn wir mit Helmut Kohl die Wahl gewonnen haben, wird jeder weitere Widerstand der SPD gegen die Steuerreform durch das Votum der Wähler endgültig delegitimiert sein und zusammenbrechen.

(Beifall)

Den Schaden durch die Verzögerung allerdings hat das Land, und dafür, liebe Freunde, trägt die SPD die Verantwortung.

(Beifall)

Wie mißbräuchlich die SPD ihre Mehrheit im Bundesrat nutzt, wird am deutlichsten daran sichtbar, daß die Einnahmen aus Körperschaft- und veranlagter Einkommensteuer trotz oder wegen zu hoher Steuersätze bei steigender Wirtschaftskraft dramatisch sinken, was die Haushalte von Bund und Ländern gleichermaßen belastet. Also verweigert die SPD-Mehrheit im Bundesrat nicht nur ihre Mitverantwortung für den Gesamtstaat, nein, sie handelt auch gegen die ureigenen Interessen ihrer eigenen Länder, nur um kleinlicher parteipolitischer Taktik willen.

(Beifall)

Wir brauchen die Steuerreform in beiden Teilen: niedrigere Sätze für alle und weniger Ausnahmen. Es macht übrigens keinen Sinn, Steuerpflichtige zu beschimpfen, die bei international nicht wettbewerbsfähig hohen Steuersätzen Ausnahmemöglichkeiten nutzen oder die auf den Rat ihrer Steuerberater hören, die dafür bezahlt werden, daß sie ihnen solche Ratschläge geben. Es macht also keinen Sinn, die Steuerpflichtigen zu beschimpfen. Deshalb ist auch die isolierte Debatte über Steuerschlupflöcher falsch, die die SPD zynisch genau einen Tag

nach dem Scheitern des Vermittlungsverfahrens begonnen hat. Liebe Freunde, das ist sozialdemagogische Neidhammelsprache, die am Ende nur weitere Steuererhöhungen will.

(Beifall)

Nur wenn wir zugleich alle Steuersätze senken und Ausnahmen beseitigen, kann unser Steuersystem wieder in Ordnung kommen. Wer Bürger und Wirtschaft nicht mit Steuern und Abgaben dauerhaft überfordern will, der muß - es bleibt gar nichts anderes übrig - in den öffentlichen Haushalten sparen. So haben wir - jetzt verrate ich ein Staatsgeheimnis - im Bundeshaushalt seit 1994 Jahr für Jahr real rückläufige Ausgaben, wofür uns die Opposition übrigens bei jeder Haushaltsberatung, bei der Beratung jedes Einzelplanes immer entsprechend kritisiert. Auch die Stellenpläne der Bundesverwaltung führen wir seit 1992 konsequent zurück. Wir werden 1999 in der Bundesverwaltung - alle zusammengenommen: Beamte, Angestellte, Arbeiter, Soldaten und Richter - weniger Beschäftigte haben, als wir 1989 in der alten Bundesrepublik hatten, obwohl inzwischen fünfeneinhalb neue Länder hinzugekommen sind.

(Beifall)

Bei diesem Sachverhalt müssen Sie klatschen. Die Ökonomen sprechen immer von dem Gesetz von Adolf Wagner, das beinhaltet, die Staatsausgaben müßten immer steigen. Das ist natürlich Quatsch. Wir widerlegen dieses Gesetz. Seit 1994 gehen die Ausgaben im Bundeshaushalt zurück. Daß wir innerhalb von zehn Jahren im wiedervereinten Deutschland weniger Beschäftigte in der Bundesverwaltung haben, als wir zuvor in der alten Bundesrepublik hatten, zeigt, daß die Sprüche, die ich gelegentlich in Wirtschaftsteilen lese oder von Menschen höre, die glauben, sie hätten einen hohen Sachverstand, nicht nur in wirtschaftlichen Fragen, sondern auch in der Politik - es heißt dann, man müsse Subventionen abbauen und mit dem Sparen endlich Ernst machen -, von Kenntnis der Realität nicht getrübt sind. Auf diese Weise redet es sich aber auch am leichtesten.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir stehen, was diesen Sachverhalt angeht, immer in einer Auseinandersetzung mit der Opposition. Die SPD ist zum Sparen unfähig, und sie kommt immer nur zum Geldverteilen. Das hängt auch mit ihrer Neigung zusammen, daß sie am Ende, wenn sie Probleme erkannt hat und diese wirklich lösen will, also nicht nur über deren Lösung reden will, immer zu großen zentralistischen, bürokratischen Ansätzen kommt, bis hin zur Berufsbildungsabgabe oder -umlage. Wie man den Kretin nennt, ist ja egal. Das führt zu immer neuer Bürokratie und noch mehr Abgaben. Die SPD kommt immer nur zum Geldverteilen.

(Beifall)

Das zeigt sich auch in der Rentenreformdebatte. Nur umfinanzieren, aber keine Strukturreform - so kann man weder Rente noch Zukunft sichern.

(Vereinzelt Beifall)

Auch die Rentenreform soll ja zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen, diesmal zwischen den Generationen. Der Generationenvertrag unserer solidarischen Rentenversicherung ist vor allem aus demographischen Gründen in eine Schiefelage geraten. Die Menschen leben länger,

was ja nicht schlecht ist. Alle Umweltskandale und Nahrungsmittelvergiftungen relativieren sich ja ein wenig angesichts der Tatsache, daß die Menschen länger und in besserer Gesundheit leben.

Die Geburtenzahlen sind gesunken. Es gibt mehr ältere Menschen und weniger Kinder. Zusätzlich geht die Lebensarbeitszeit zurück, und die Erwerbsbiographien werden immer differenzierter. Das alles beschreibt den Reformbedarf in der Rentenversicherung.

Mit dem Rentenreformgesetz, das wir am vergangenen Freitag im Bundestag verabschiedet haben, korrigieren wir das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenempfängern, indem die finanziellen Folgen aus steigender Lebenserwartung und längerem Rentenbezug gleichmäßig auf beide Generationen, Beitragszahler und Rentenempfänger, verteilt werden.

Aber die Renten werden nicht gesenkt. Sie können in Zukunft nur langsamer steigen, damit sie sicher bleiben, weil eine mit zu hohen Beitragssätzen überforderte Wirtschaft und überforderte Beitragszahler die Sicherheit der Renten in Wahrheit nicht gewährleisten können.

Das verstehen die Menschen auch. Man darf sie nur nicht verwirren. Deshalb flehe ich unsere Sozialexperten an: Hört auf mit der Rentenniveaudebatte! Der Prozentsatz des Rentenniveaus hat im Laufe der Jahrzehnte heftig geschwankt, und er sagt über die Höhe der Rente wenig und im Zweifel nur Falsches aus. Aber wenn die Fachleute ständig von sinkendem Rentenniveau reden, müssen doch die älteren Menschen um ihre Rente fürchten.

(Beifall)

Deshalb noch einmal: Die Renten sinken nicht, sie steigen nur langsamer.

(Beifall)

So und nur so bleiben die Renten sicher.

Der nächste Schritt für mehr Generationengerechtigkeit in der Rentenversicherung - damit das auch klar ist - ist für die nächste Legislaturperiode schon versprochen. Wir haben es in unserem Bundesausschuß im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn so beschlossen - der Parteivor-sitzende, der Generalsekretär, der Arbeitsminister.

Die Rentenversicherung ist ein Dreigenerationenvertrag. Die aktive Generation zahlt Beiträge für die Renten der Ruhestandsgeneration und zieht zugleich die nächste Generation auf; sonst gibt es nämlich keine. Also ist nicht nur Beitragszahlung für die Älteren, sondern auch Kindererziehung Vorsorge.

(Beifall)

Deshalb muß zwischen Beitragszahlern mit Kindern und Beitragszahlern ohne Kinder mehr Gerechtigkeit hergestellt werden.

(Beifall)

Ich finde - was ich jetzt sage, haben wir im Gegensatz zu dem, worüber ich eben gesprochen habe, noch nicht beschlossen -, wir machen es am besten so, daß die Eltern in der Erziehungsphase entlastet werden.

(Beifall)

Das, liebe Freunde, machen wir im nächsten Schritt der Rentenreform zusammen mit der Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung. So haben wir es beschlossen. Wenn wir dann noch einen Weg finden, wie die Rentenversicherung auf differenzierte Erwerbsbiographien antworten kann, dann bleiben die Renten sicher und die Beitragsbelastungen verkraftbar.

Wir dürfen nicht auf Kosten derer leben, die nach uns kommen. Opportunismus ist bekanntlich der Totengräber jeder Glaubwürdigkeit. Deshalb habe ich überhaupt kein Verständnis für die, die, weil die wirtschaftliche Lage und die Probleme am Arbeitsmarkt andere Prioritäten zu verlangen scheinen, flugs alle Umweltbekenntnisse über Bord werfen. Die Versäumnisse werden mit doppelter und dreifacher Wucht auf uns oder unsere Kinder zurückfallen.

(Beifall)

Auch die Grünen sind ja gegen diese Versuchung nicht gefeit. Die Grünen äußern sich heute zu diesem und zu jenem, nur nicht mehr zur Umwelt. Selbst Joschka Fischer kommt sichtbar in die Jahre.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir, liebe Freunde, ziehen uns diesen Schuh nicht an, ganz im Gegenteil. Wir haben in der Umweltpolitik Linie gehalten. Das ist auch so ein Staatsgeheimnis. Die Rauchgasentschwefelung, der Katalysator, ein verbesserter Wärmeschutz, der Stopp der FCKW-Produktion, das CO₂-Minderungsprogramm, die Kraftfahrzeugsteuerreform - das alles haben wir zuwege gebracht.

(Beifall)

Was die Verbesserung der Umweltqualität und den Einsatz umweltschonender Verfahren anlangt, so liegen wir Deutschen weltweit in Führung. Deutschland besitzt mit die größten Kapazitäten zur Luftreinhaltung, mit den höchsten Anteil schadstoffarmer Pkw auf der ganzen Welt. Wir benötigen heute für dieselbe Wertschöpfung nicht einmal mehr halb soviel Rohstoffe und Energieträger wie vor 25 Jahren. Wir setzen nicht einmal mehr halb soviel Kohlendioxid frei, und es fällt nicht einmal mehr halb soviel Abfall an. Die Schäden an Umwelt und Natur gehen auch zurück. Der Waldzustand bessert sich. Das, liebe Freunde, ist alles unser Verdienst, und wir sollten das herausstreichen.

(Lebhafter Beifall)

Wir dürfen dabei natürlich die Umweltprobleme, mit denen wir konfrontiert sind, nicht vergessen: Treibhauseffekt, Klimaveränderungen, Lücken in der Ozonschicht, Versteppung, Waldschäden. Sie sind letzten Endes nicht auf regionaler Ebene allein zu lösen. Die ökologische Herausforderung ist eine Herausforderung im Weltmaßstab, und sie kann auch nur im Weltmaßstab bekämpft werden.

Aber das heißt natürlich nicht, nach dem Motto zu verfahren: Je größer der Maßstab, desto weniger geht es uns an. Denn wie überaus ernst diese Herausforderung ist, das haben uns jüngst wieder die Fernsehbilder aus Indonesien gezeigt. Ein dicker, beißender Smog, durch den sich hustende Menschen quälen, liegt über dem halben Kontinent; Schiffe stoßen zu-

sammen; ein Flugzeug stürzt ab; Zehntausende erkrankt, viele bereits gestorben. Die Wirklichkeit, liebe Freunde, übertrifft oft jeden Katastrophenfilm.

Deshalb sollten wir nicht der Versuchung erliegen, die Umweltkatastrophe in Südostasien mit Achselzucken und unter Hinweis auf staatliche Versäumnisse anderswo zu übergehen. Unsere Antworten auf die Umweltprobleme müssen der globalen Herausforderung entsprechen.

Deshalb macht es zum Beispiel keinen Sinn, in der Energiepolitik so zu tun, als lebten wir auf einer Insel der Seligen nach dem Motto: Wenn alle anderen auf der Welt sparen, dann reichen Kohle und Erdöl noch lange für uns. Deshalb muß, wer hier aus allem möglichen aussteigen will, sagen, was passieren soll, wenn die übrigen sechs Milliarden Menschen auf dieser Erde auf die Idee kommen, sich so verhalten zu wollen wie wir.

(Beifall)

Die Umwelt, liebe Freunde, ist nicht das einzige, aber vielleicht ist sie das augenfälligste Beispiel dafür, daß nationale Lösungsansätze allein nicht mehr ausreichen. Der Nationalstaat ist nicht mehr die feste Burg, von deren Zinnen wir gelassen ins Land blicken können.

Es ist nur natürlich, daß die Menschen sich vor all dem Neuen und Fremden, vor all dem Abhängigsein von Entwicklungen anderswo sorgen.

Die Antwort der Sozialdemokraten darauf ist ebenso schlicht wie falsch. „Der Standortwettbewerb ist keine Lösung“, schreibt der berühmte Weltökonom Lafontaine.

(Heiterkeit und Beifall)

Der Aufsatz ist im vergangenen Jahr in einer großen deutschen Tageszeitung ganzseitig erschienen. Ich sage nicht, in welcher, sonst mache ich Werbung.

Die Überschrift „Der Standortwettbewerb ist keine Lösung“ heißt auf deutsch: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen. Lohndumping, Sozialdumping, Umweltdumping - alles verbieten! Da müssen internationale Absprachen über soziale Mindeststandards usw. her; Bundeskanzler, mach mal! - Nur, liebe Freunde, bis wir die Bangladeshi auf unser Sozialniveau und auf unseren Lebensstandard gehoben haben, das wird dauern!

(Heiterkeit und Beifall)

Das zeigt, dieses Rezept taugt nicht. Die Botschaft ist falsch. Aber das Schlimmste an der Botschaft ist, daß sie am Ende, weil die Menschen das spüren, die Menschen mutlos macht. Wir dürfen Globalisierung nicht immer nur als Bedrohung, wir müssen sie als Chance begreifen.

(Beifall)

Wir können heute den Frieden besser sichern, als wir alle es noch vor zehn Jahren für denkbar hielten. Wir können die Umweltprobleme heute weltweit bekämpfen. Der Rio-Prozeß kommt bei aller Mühsal doch voran. Auch die weltweite wirtschaftliche Arbeitsteilung enthält gewaltige Chancen für mehr Entwicklung und weniger Elend überall, für mehr Wohlstand und für mehr Austausch. Aber um diese Chancen zu nutzen, liebe Freunde, brauchen wir Europa.

Europäische Einigung, Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion, das ist die europäische Antwortung auf die Globalisierung, das ist das Schlüsselprojekt für unser aller Zukunftsfähigkeit.

(Beifall)

Für dieses Projekt steht ein Name: Helmut Kohl.

(Beifall)

Niemand hat konsequenter, beharrlicher, entschiedener die Einigung Europas vorgebracht als Helmut Kohl. Kein Deutscher wird im Ausland mehr geachtet.

(Beifall)

Auf seine ausgleichenden Fähigkeiten - die kennen wir ja auch, sie sind auch notwendig, sonst kommt man nicht voran, und Europa schon gar nicht - sind die Hoffnungen unserer Partner gerichtet, und auf seine mutige Entschlossenheit bauen alle, die in Europa vorankommen wollen. Es spricht doch für sich, daß selbst französische Sozialisten auf Helmut Kohl setzen, weil sie ihren Genossen Lafontaine und Schröder nicht über den Weg trauen.

(Heiterkeit und Beifall)

Überall in Europa fürchten die Menschen natürlich völlig zu Recht, daß der Fortgang der europäischen Einigung, auch das rechtzeitige Zustandekommen der Währungsunion gefährdet wäre, wenn Schröder und Lafontaine das Sagen hätten.

Natürlich empfinden die Menschen Unbehagen bei der Vorstellung, die D-Mark durch eine europäische Währung zu ersetzen. Bei der D-Mark wissen wir, was wir haben, und das Neue ist immer ungewiß. Aber gerade deshalb, liebe Freunde, müssen wir den Menschen die Vorteile erklären: daß heute schon als Folge des Maastricht-Vertrages Stabilität überall in Europa herrscht. Die durchschnittliche Inflationsrate innerhalb der Europäischen Union liegt knapp über zwei Prozent. Als die Sozialdemokraten in Deutschland regierten, hatten wir zwischen fünf und acht Prozent Inflation in Deutschland. Heute haben wir zwei Prozent in der Europäischen Union, als Folge des Maastricht-Vertrages.

Daß sich die Ordnungsvorstellungen der Sozialen Marktwirtschaft in der Europäischen Union durchgesetzt haben - bis hin zur Unabhängigkeit der Notenbank, was für unsere französischen Freunde wirklich eine Revolution in ihrem Staatsdenken seit dem Merkantilismus von Colbert gewesen ist -, daß wir als exportstärkstes Land am meisten von einer gemeinsamen Währung profitieren, wenn die Wechselkursrisiken ausgeschaltet sind, und daß im übrigen die Wirtschafts- und Währungsunion die notwendige Modernisierung aller europäischen Volkswirtschaften befördert, auch der unseren -, das kann auch für uns nicht schaden.

(Beifall)

Also, die Vorzüge, die Erfolge schon in der Vorbereitungsphase der Währungsunion überwiegen alle theoretischen Risiken und Gefahren bei weitem. Aber wenn wir immer nur über die Risiken reden, liebe Freunde, schaffen wir kein Vertrauen. Deshalb laßt uns endlich damit aufhören.

(Beifall)

Der Euro kommt. Eben ist die Meldung gelaufen, daß nach der Prognose der Kommission der Europäischen Union Deutschland nach der Herbstprognose das Defizitkriterium für den Beitritt zur Währungsunion 1999 erfüllen wird. Nach der am Dienstag veröffentlichten Vorhersage landet Bonn im entscheidenden Jahr 1997 punktgenau bei 3,0 Prozent. Also, was soll diese Spekulation noch? Hört auf damit!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Der Euro kommt, und die Währungsunion wird stabiler sein, als es die D-Mark war, solange die Sozialdemokraten in Deutschland regiert haben.

(Beifall)

Wer aber dauernd mit Grübelfalten auf der Stirn sinniert, ob der Himmel nicht vielleicht doch einstürzen könnte, der weckt weder Zuversicht in den Euro noch Zukunftsmut überhaupt.

(Beifall)

Wenn wir die Menschen mitnehmen wollen ins nächste Jahrhundert - und das ist ja nicht mehr lange hin -, dann müssen wir ihnen die Angst vor der Moderne nehmen, die Angst vor der Zukunft. Wir müssen den Menschen die Sorge nehmen, daß der Standortwettbewerb auf nichts anderes hinauslaufe als auf galoppierenden Arbeitsplatzverlust und daß Massenarbeitslosigkeit unser unabwendbares Schicksal sei. Wir müssen ihnen die Sorge nehmen vor einem unaufhaltsam wachsenden Ausländeranteil, weil Deutschland sonst auf Dauer kein tolerantes und ausländerfreundliches Land bleiben wird.

(Beifall)

Wir müssen den Menschen die Sorge nehmen vor steigender Kriminalitätsbelastung und allen möglichen Gefährdungen für Sicherheit und Ordnung in unserem Land.

Zukunftsmut und Engagement für andere hat mit Orientierung zu tun. Deshalb bleibt Wertevermittlung unverzichtbar: in Erziehung, Familie und Schule, im privaten Bereich und in der durch die modernen Medien geprägten Öffentlichkeit, auch durch Selbstbeschränkung und Vorbild. Den Satz von Bischof Reinelt gestern, daß keine Kultur je ohne Verzicht ausgekommen ist, den können wir auch noch in unser Parteiprogramm hineinschreiben.

(Beifall)

Gerade die globalisierte Welt und ein sich einigendes Europa brauchen Subsidiarität, Dezentralisierung, Gegengewichte, damit die Menschen sich nicht im Ungewissen, im Bindungslosen, im Anonymen verlieren. Und inneren Halt findet der Mensch eben in überschaubaren Gemeinschaften: Familie, Nachbarschaft, Vereine, Kirchengemeinden, Dorf, Stadt oder Herkunftsregion, Heimat. „Wiederentdeckung der Nähe“ kann Gegengewichte schaffen. Verkehrsbelastungen, Umweltbelastungen werden in dem Maße vermieden, wie Wege kürzer werden. Also vielleicht noch mehr regionaler Handel, lokales Handwerk, lokale Dienstleistungen, Dezentralisierung der Agrarförderung. Einzelhandelszentren auf der grünen Wiese vor den Toren der Stadt, das bedeutet ja nicht nur Flächenverbrauch und Zersiedelung - das auch -, es bedeutet vor allem, daß älteren Menschen oder auch Müttern mit kleineren Kindern die Einkaufsmöglichkeiten um

die Ecke zunehmend genommen werden. Deshalb dürfen wir der strukturellen Auszehrung des Einzelhandels nicht weiter zusehen.

(Beifall)

Deshalb haben wir einen Antrag für den Parteitag vorgelegt. Deshalb haben wir in der vergangenen Woche in der Koalition einen Weg verabredet, wie wir die Wettbewerbssituation des Einzelhandels im Rahmen der Kartellnovelle verbessern können. Wenn unsere Kommunalpolitiker die Instrumente der Bauleitplanung konsequent nutzen und wenn unsere Innenstädte auch durch mehr Sicherheit und Ordnung revitalisiert werden, dann nehmen wir Angst vor der Moderne, stärken wir Toleranz und Humanität. Wenn Zukunft menschlich gestaltet sein soll, werden sich eben Kommunikation und Begegnung in Stadt und Dorf nicht vollständig durch das Internet ersetzen lassen.

(Beifall)

Wir müssen übrigens das Zusammenleben in der Gemeinschaft, soweit es eben geht, freihalten von Angst und Bedrohung. Denn Angst und Bedrohung sind Gift für Freiheit, Solidarität und Toleranz. Das bedeutet, daß wir nicht nachlassen dürfen im Kampf für mehr Sicherheit und Ordnung, im Kampf gegen Kriminalität und Verbrechen. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich unsere Großstädte dahin entwickeln - und sei es nur im Bewußtsein der Menschen; manchmal wird ja gesagt, objektiv sei es gar nicht so, die Menschen würden es nur so empfinden, aber das ist auch eine Realität, vielleicht die wichtigere -, daß sich die Bürger abends in bestimmte Viertel nicht mehr hineintrauen, daß sie die Benutzung von U- oder S-Bahn als Abenteuer und den Gang durch den Stadtpark als unkalkulierbares Risiko betrachten. Auch deshalb ist es übrigens so wichtig, daß es gelingt, Einzelhandel und Gastronomie in den Innenstädten zu halten oder wieder anzusiedeln. Denn eine intakte Sozialstruktur ist allemal die beste Vorbeugung für mehr Sicherheit und weniger Kriminalität.

(Beifall)

Übrigens, wie oft hat man uns einzureden versucht, gegen die Straßenkriminalität moderner Großstädte, gegen die sogenannte - die Worte muß man sich schon auf der Zunge zergehen lassen, muß sie dann aber auch wieder ausspucken - Alltags- oder Massenkriminalität sei kein Kraut gewachsen. Jetzt führt uns ausgerechnet eine Stadt wie New York, früher für viele Synonym für Gewalt und Verbrechen, vor, daß es auch bessere Entwicklungen gibt.

In New York hat sich die Zahl der Raubdelikte in zehn Jahren glatt halbiert, und in Hamburg ist die Zahl in der gleichen Zeit um das Doppelte gestiegen. Heute geben sich Polizeipräsidenten deutscher Großstädte in New York die Klinke in die Hand. Alle kommen sie mit der Erkenntnis nach Hause, daß der Anstieg der Kriminalität jedenfalls kein Naturgesetz ist und daß die Erfolge New Yorks vielleicht doch mit dieser oder jener Modifizierung auch in Deutschland wiederholt werden können.

(Beifall)

Die Lehre ist, man kann etwas tun gegen die Massenkriminalität. Man muß es nur wollen, und man muß es anpacken. Man kann etwas tun, wenn man aufhört, sich hinter Zuständigkeitsfragen und Kompetenzverteilungen zu verstecken.

(Beifall)

Manchmal habe ich das Gefühl, daß unsere föderale Wirklichkeit in erster Linie dazu dient, daß jeder immer erklärt, warum der andere verantwortlich ist, damit er selber nichts tun muß. So können wir auch nicht weitermachen.

(Beifall)

Man kann etwas tun, wenn man die berühmten gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt und Verbrechen nicht als Alibi für Nichtstun benutzt. So klingt es nämlich. Man kann etwas tun, was auf alle Fälle besser ist als die Entkriminalisierungsstrategie von Rot und Grün, die Landdiebstahl, Schwarzfahren und Drogenkonsum allenfalls noch als Ordnungswidrigkeit verfolgen wollen. Die Erfolge anderer beweisen doch, daß wir recht hatten, wenn wir gesagt haben, es darf keine Kapitulation vor der Kriminalität geben.

(Beifall)

Liebe Freunde, das 21. Jahrhundert menschlich gestalten: Nach einem Jahrhundert, das so viel Schreckliches gesehen hat, halten wir heute den Schlüssel in Händen zu einer Zukunft voller großartiger Chancen und Perspektiven. Die Tatsache, daß die Welt immer mehr zusammenwächst, das ist doch in Wahrheit faszinierend, es ist ein Geschenk, eine Gelegenheit für uns alle. Wir haben die Kraft zu Veränderungen, und wir können diese Entwicklungen auch beeinflussen, die technologischen, die wirtschaftlichen, die sozialen, und wir haben den Spielraum zu bewußter Gestaltung für mehr Wachstum und Dynamik, für mehr soziale Teilhabe und Chancengerechtigkeit, und es gibt keinen Stillstand. Moderne Gesellschaften bewegen sich nicht auf Knopfdruck oder Kommando. Wer immer solche Kommandos gerne geben möchte oder sollte, sondern moderne Gesellschaften bewegen sich prozeßhaft. Wer aber unvoreingenommen unser Land betrachtet, der erkennt, daß mehr in Bewegung geraten ist, als sich die meisten vor ein paar Jahren noch vorstellen konnten - bei den Gewerkschaften und bei den großen Konzernen, bei der jungen Generation und bei den Existenzgründern. Liebe Freunde, Leipzig, die neuen Bundesländer, sie sind auch ein Symbol gegen Stillstand.

(Beifall)

Die Zustimmung zu unseren Reformkonzepten ist gewachsen. Wir sind die politische Kraft, die von Innovationen nicht nur redet, sondern die handelt, weil wir als große Volkspartei Maß und Mitte halten zwischen Bewahren und Verändern, zwischen wirtschaftlicher Effizienz und sozialem Ausgleich, zwischen Region, Nation und Europa, zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen sozialer Freiheit und Verantwortung. Weil wir Maß und Mitte halten, liebe Freunde, deswegen halten wir Kurs.

(Beifall)

Wer schwankt, der gewinnt kein Vertrauen. Wer heute das sagt und morgen das Gegenteil, der gewinnt kein Vertrauen. Wer hier so handelt oder redet und dort ganz anders, der gewinnt kein Vertrauen. Wer das Richtige sagt, aber das Falsche tut, der gewinnt kein Vertrauen. Deshalb können wir nicht allen alles versprechen, sondern wir müssen ja und nein sagen. Wir müssen entscheiden, was geht und was in die richtige Richtung führt. Das andere überlassen wir Rot-Grün. Damit gewinnen sie vielleicht Meinungsumfragen, aber keine Wahlen. Neid und Angst, damit arbeiten Rot und Grün. Wir wirken mit Tatkraft und Vertrauen. Nicht die egalitäre Verteilung von Mangel durch

möglichst zentralisierte Bürokratien, sondern die Gestaltung der Zukunft durch Freiheit, Eigenverantwortung und Solidarität, das ist das Spielfeld der politischen Auseinandersetzung für uns.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, ist es auch unerheblich, welches Gesicht die Sozialdemokraten nächstes Jahr plakatieren, denn die Menschen treffen ihre Wahlentscheidung weder nach der Schönheit der Nase noch nach der Farbe der Augen, und eine Zigarre allein macht auch noch keinen Ludwig Erhard.

(Lebhafter Beifall)

Die politische Kraft wird die nächsten Wahlen gewinnen, der die Menschen am ehesten zu vertrauen, mit den besseren Konzepten die Agenda der Zukunft zu bestimmen. Deshalb dürfen wir uns auch keinen Augenblick zurücklehnen. Noch vor einem Jahr wurde übrigens gesagt, wir packten zu viele Reformen an. Heute heißt es, es müsse mehr und schneller sein.

Wir sollten uns von den Pendelschlägen der öffentlichen Meinung auch nicht verwirren lassen. Wir werden unseren Kurs halten, ruhig und entschieden, zielstrebig und zukunftsorientiert. Wir sind die Partei der Hoffnung, des Optimismus und der Zuversicht. Mögen andere unserem Helmut Kohl seine unerschütterliche Zuversicht vorhalten, wir betrachten das als Vorbild und eifern ihm darin nach. Griesgrämigkeit steht uns nicht.

(Beifall)

Was uns zu Gesicht steht, das sind Mut und Tatkraft. Um Mut zur Zukunft und Tatkraft für Veränderungen, darum geht es, liebe Freunde, nicht nur im Ringen um die nächsten Wahlen, nein, im Ringen um die Zukunft für unser deutsches Vaterland, und danach laßt uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall –
Die Delegierten erheben sich)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Einen herzlichen Dank an Wolfgang Schäuble für seinen Bericht und seine erfolgreiche Arbeit als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er hat in eindrucksvoller Weise geschildert, was die 295 Abgeordneten der Fraktion unter seiner Führung in den vergangenen drei Jahren erreicht und verabschiedet haben, vom Programm für Wachstum und Beschäftigung über die Gesundheits- bis zur Rentenreform. Meine Damen und Herren, die Fraktion hat in bewundernswerter Disziplin das Notwendige durchgetragen. Ich darf an dieser Stelle den herzlichen Dank des Parteitages auch an alle Fraktionsmitglieder aussprechen und ihnen und Wolfgang Schäuble weiterhin viel Erfolg wünschen.

(Beifall)

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 12.1:

AUSSPRACHE

Ich darf nochmals darauf hinweisen, daß eventuelle Wortmeldungen bitte an Hand der Wortmeldezettel erfolgen sollen. Ich habe bereits einige Wortmeldungen vorliegen. - Zuerst erteile ich Peter Müller vom Landesverband Saar das Wort.

Peter Müller: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble und der Bundeskanzler Helmut Kohl haben in ihren Reden gestern und heute Leitbilder christlich-demokratischer Politik deutlich gemacht. Ich meine, es kommt jetzt darauf an, diese Leitbilder in die politische Auseinandersetzung zu tragen und ihnen ein eigenes, ein unverwechselbares Profil unserer Partei mit auf den Weg zu geben. Ich glaube, daß in der Koalition dieses eigene Profil der CDU in den letzten Wochen und Monaten gelitten hat und zu schärfen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich weiß, daß es zu dieser Koalition zur Zeit keine Alternative auf Bundesebene gibt und daß Koalition Kompromißnotwendigkeit bedeutet. Ich weiß aber auch, daß die CDU die deutlich stärkste Kraft in dieser Koalition ist und daß sie deshalb einen Anspruch darauf hat, daß ihre Handschrift in dieser Koalition klar und deutlich erkennbar ist.

(Beifall)

Ich finde, daß dieser Anspruch insbesondere dort besteht, wo sich unsere Handlungsvorstellungen unmittelbar aus unseren Grundsätzen ergeben. Wolfgang Schäuble hat die Problematik der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft angesprochen. Wir sind nicht nur die Partei der Marktwirtschaft; wir sind nicht nur die Partei der Sozialen Marktwirtschaft; wir sind die Partei der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft.

Wolfgang Schäuble hat gesagt: Dies heißt, daß wir Umweltverbrauch belasten müssen, damit wir ehrliche Preise erhalten. Dies heißt auch, daß wir die Kosten der Arbeit entlasten müssen, damit neue Beschäftigung geschaffen werden kann.

Wenn Wolfgang Schäuble vor diesem Hintergrund vor wenigen Wochen einen Vorschlag entwickelt hat, wie Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden können und wie im Gegenzug dann neben anderem auch eine moderate Erhöhung der Mineralölsteuer in die Überlegungen eingeschlossen werden muß, dann ist das die konkrete Umsetzung eines Leitbildes unserer Politik, und dann hat ein solcher Vorschlag unsere Unterstützung verdient.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb meine ich, daß auch in dieser Frage in der Koalition das letzte Wort noch nicht gesprochen sein kann. Deshalb sollte diese Diskussion in der Koalition noch einmal aufgenommen werden.

Ich nenne ein zweites Beispiel. Die CDU ist nicht die Partei der Chancengleichheit, sondern der Chancengerechtigkeit. Dies wird gerade mit Blick auf die zunehmend bedeutsame Frage der Wahrnehmung von Bildungs- und Ausbildungsangeboten immer wichtiger. Ich nenne das Beispiel Studienplätze. Niemand soll durch seine Herkunft gehindert werden, einen Studienplatz zu erhalten. Aber, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wenn der Staat diese Studienplätze kostenlos zur Verfügung stellt, begründet das auch die Verpflichtung des Studenten, zügig zu studieren und den Studienplatz nicht übermäßig lange in Anspruch zu nehmen.

(Beifall)

Ich jedenfalls finde es nicht gerecht, daß der Handwerksgehilfe mit seinen Steuern nicht nur die kostenlose Inanspruchnahme von Studienplätzen finanziert, sondern daß er dann, wenn er sich zur Meisterprüfung anmeldet, auch noch Prüfungsgebühren in fünfstelliger Größenordnung selber bezahlen muß. Wenigstens diejenigen, die an den Universitäten bummeln, sollten zahlen. Ich hoffe, daß der Parteitag in diesem Zusammenhang ein klares Signal setzt.

(Beifall)

Was die Ausbildungsplätze anbetrifft, müssen wir zu falschen Vorstellungen nein sagen. Wolfgang Schäuble hat die Ausbildungsplatzabgabe angesprochen. Als der SPD-Parteitag, nachdem die Juso-Vorsitzende dort sagte: „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt“, in tosenden Beifall ausgebrochen ist, hat er gezeigt, auf welchem Niveau Sozialdemokraten diskutieren.

Die Wahrheit ist genau umgekehrt: Wer umgelegt wird, bildet nicht aus. Deshalb müssen wir andere Antworten geben. Auch da darf sich die CDU vor schwierigen Diskussionen nicht scheuen. Da müssen wir nach unserem Schulsystem fragen. Dies haben Wolfgang Schäuble und Helmut Kohl angesprochen. Da müssen wir nach der Situation der Verfügbarkeit der Auszubildenden im Betrieb fragen. Da muß die Frage erlaubt sein, ob Ausbildungsplatzvergütungen mittlerweile nicht zu Ausbildungshemmnissen geworden sind.

(Beifall)

Vielleicht brauchen wir auch die Solidarität derjenigen, die einen Ausbildungsplatz haben, mit denjenigen, die eine Lehrstelle suchen. Vielleicht ist die Neue Soziale Frage des 21. Jahrhunderts die Frage danach, wie sich die Solidarität der Arbeitsplatzbesitzer mit denjenigen, die einen Arbeitsplatz suchen, verhält.

Liebe Parteifreunde, lassen Sie mich als letztes das Stichwort Europa anführen. Ich kann es kurz machen. Die CDU ist die Europapartei. Deshalb müssen wir die Partei des Euro sein. Wir dürfen in dieser Frage nicht wackeln. Wir wollen die zeitgerechte Einführung des Euro. Wir dürfen die Frage, ob im Rahmen des Konvergenzkriteriums der Neuverschuldung 3,0, 3,1 oder 2,9 Prozent richtig sind, nicht zu einer Diskussion der Krämerseelen machen.

Wir dürfen nicht nur über die Folgen sprechen, die eintreten, wenn der Euro kommt. Wir müssen uns auch einmal fragen, was geschieht, wenn der Euro nicht kommt. Dies wäre ein nicht wiedergutzumachender Schaden. Deshalb laßt uns als CDU für dieses Projekt eintreten - egal, was andere Parteien sagen, egal, ob in einer Koalition verbunden oder nicht.

Diese Beispiele - viele ließen sich anfügen - zeigen, daß wir auf der Grundlage überzeugender Leitbilder Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben können. Sie zeigen, daß die CDU im Unterschied zu dem, was immer wieder behauptet wird, kein reiner Kanzlerwahlverein ist. Nebenbei: Ein Kanzlerwahlverein zu sein ist so schlecht gar nicht. Wenn dieser Verein dafür sorgt, daß der Kanzler im nächsten Jahr weder Lafontaine noch Schröder, sondern daß der Kanzler wieder Helmut Kohl heißt, dann hat dieser Verein etwas für dieses Land getan.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, lieber Norbert Blüm, wenn ich auf das, was gestern von Dir gesagt worden ist, zurückkommen darf: Da ist wirklich etwas mißverstanden

worden. Vielleicht habe ich mich auch nicht sehr schlaue ausgedrückt. Ich sage ganz klar: Regieren ist besser als Opponieren. Regieren ist aber kein Selbstzweck. Wir wollen regieren, weil wir gestalten wollen - in Verantwortung für die Menschen in unserem Land.

Wir kämpfen um Mehrheiten im Bund, aber auch in den Ländern. Wir müssen bei den Landtagswahlen Mehrheiten gewinnen - bei der nächsten Landtagswahl in Niedersachsen mit Christian Wulff und in meinem Heimatland, im Saarland. Es ist interessant, sich die Situation dort einmal anzuschauen: Niedersachsen: stärkster Anstieg der Verschuldung; Saarland: höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller westlichen Flächenländer. Niedersachsen: stärkster Anstieg der Arbeitslosigkeit in den westlichen Flächenländern; Saarland: höchste Arbeitslosigkeit in den westlichen Flächenländern.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß in der SPD das Wettrennen um die Kanzlerkandidatur danach entschieden wird, wer die schlechtere Finanzpolitik sowie die schlechtere Wirtschaftspolitik macht und wer die schlechteren Ergebnisse vorweisen kann. Das kann natürlich nicht hingenommen, nicht akzeptiert werden. Wer in seinem Heimatland so versagt wie Schröder und Lafontaine, darf nicht Kanzler dieser Republik werden.

(Beifall)

Für den Erfolg bei der Bundestagswahl laßt uns gemeinsam kämpfen! Wir können die Mehrheit unter drei Voraussetzungen erreichen:

Erstens. Der richtige Kanzlerkandidat. Das ist Helmut Kohl.

Zweitens. Die richtige Mannschaft. Ich glaube, es ist gut, wenn die CDU deutlich macht, daß sie neben Helmut Kohl noch viele andere hat und daß sie mehr ist als Helmut Kohl.

Drittens. Das richtige Programm. Das gilt es auch auf diesem Parteitag zu entwickeln.

Wir wollen nicht aus Gründen des Machterhalts und des Parteintuzes, sondern aus Verantwortung für die Menschen dieses Landes die Wahl gewinnen. In diesem Sinne Glück auf! - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Ich erteile Claus Jäger vom Landesverband Baden-Württemberg das Wort.

Claus Jäger: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Lieber Wolfgang Schäuble, ich möchte Sie zu Ihrer großartigen Rede herzlich beglückwünschen.

(Beifall)

Ich freue mich, daß Sie uns das Material an die Hand gegeben haben, mit dem wir in den kommenden Monaten dem Bürger zeigen können, welche Richtung wir einschlagen wollen. Ich möchte mich dafür ausdrücklich bedanken.

Trotzdem ändert das nichts an der Tatsache, daß ich an zwei Stellen, die Sie gesagt haben, hängengeblieben bin. Die eine Stelle lautet: Zukunftsmut und Engagement für andere hat mit Orientierung zu tun. Deshalb bleibt Wertevermittlung so unverzichtbar. - Die zweite Stelle lau-

tet: Wir müssen das Zusammenleben in der Gemeinschaft, so weit es eben geht, freihalten von Angst und Bedrohung, weil diese Gift für Freiheit, Solidarität und Toleranz sind.

Ich bin deswegen an diesen Stellen hängengeblieben, weil die Frage im Raum steht, wie denn die Wirklichkeit in unserem Land auf diesem Gebiet ist. Die Massenmedien vermitteln uns doch jeden Tag in Vielzahl Gewalt, Tod und Mord. Es wirkt sich auf die Psyche der Menschen aus, wenn sie merken, wie wenig das menschliche Leben wert ist und wie wenig die Gesellschaft und der Staat in der Lage sind, dieser Herabwertung menschlichen Lebens entgegenzuwirken.

Ein anderes Beispiel: Ein umstrittener, aber sehr werbewirksam auftretender Professor aus Australien darf in Deutschland, ohne von höchster Stelle gerügt zu werden, laut und deutlich sagen, daß er die Selektion der neugeborenen Kinder fordert und daß Kinder in den ersten Lebensmonaten nach der Geburt weniger Lebensinteresse als ein ausgewachsenes Schwein hätten. Das darf dieser Mann in Deutschland sagen, obwohl das alles in zwölf Jahren des Nazi-Reiches schon einmal bei uns geschehen ist.

Ein weiteres Beispiel: Wir erleben in diesem Land - das ist ein weit verbreitetes gesellschaftliches Problem -, daß Hunderttausende von Kindern gar nicht geboren werden, weil sie schon vorher getötet werden.

Diese Vorgänge wirken sich doch auf die Einschätzung des Werts des menschlichen Lebens in unserer Gesellschaft aus. Wenn Menschen sehen, daß das alles vom Staat mehr oder minder hingenommen wird, dann kann man ihnen auch mit noch so schönen Reden nicht beibringen, daß sie das Leben und die Abwesenheit von Angst und Bedrohung als einen wirklichen Wert und als ein Ziel der Politik verstehen sollten.

Deswegen, lieber Freund Schäuble, würde mich folgendes einmal interessieren: Wie stellt sich die Fraktion, über deren Arbeit Sie uns berichtet haben, die Lösung dieser Probleme vor? Glaubt die Fraktion, daß sie es schaffen kann, die von Ihnen geforderte Wertevermittlung ganz praktisch in die Tat umzusetzen? - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Frau Löwisch. Ich bitte Ulf Fink aus Brandenburg, sich danach bereitzuhalten.

Sigrun Löwisch: Herr Bundeskanzler! Liebe Freunde! Unser Fraktionsvorsitzender hat in seiner tollen Rede auch zum Euro gesprochen. Lieber Herr Schäuble, für mich als Abgeordnete des Wahlkreises Freiburg-Breisgau-Hochschwarzwald und für uns alle - auch Sie sind ja Badener - im Oberrhein-Gebiet, also im Dreiländereck Baden, Elsaß und Nordschweiz, ist eine gemeinsame Währung gar nichts Neues. Wir hatten sie schon einmal für zwei Jahrhunderte, etwa von 1400 bis 1600. Diese Art Euro hieß damals Rappenmünzbund. Dieser „Euro“ hat damals zu einem großen wirtschaftlichen Aufschwung am Oberrhein geführt.

Ich bin ganz sicher: Wenn dieser Euro kommt, dann wird auch er zu dem Aufschwung, den wir dringend brauchen, beitragen. Wir haben am Freitag in unserem Kreisverband Freiburg ein ganz überwältigendes Votum für den Euro abgegeben. Ich denke, daß wir das auch in Leipzig tun sollten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Herr Fink, bitte. Danach möchte sich bitte Herr Schmidt-Behrends aus Baden-Württemberg bereithalten.

Ulf Fink: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wolfgang Schäuble hat, wie ich finde, überzeugend dargelegt, daß derjenige die besten Chancen hat, die Bundestagswahl zu gewinnen, der die Probleme richtig benennt und die richtigen Antworten darauf gibt.

Das größte Problem - Wolfgang Schäuble hat das in den Mittelpunkt seiner Rede gestellt - ist die Arbeitslosigkeit. Was die Entwicklung unserer Wirtschaft sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr angeht, bin ich zwar optimistisch, daß es uns gelingen wird, eine Trendwende am Arbeitsmarkt hinzubekommen. Aber das größte Problem, das wir damit immer noch nicht gelöst haben werden, ist das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit.

Wir wissen aus den offiziellen Statistiken, daß jeder dritte Arbeitslose als Langzeitarbeitsloser zu gelten hat. Wenn man genauer nachschaut, dann kann man feststellen, daß es noch bedeutend mehr sind. Wir dürfen aber nicht zulassen, daß für diese Menschen die einzige Perspektive die Sozialhilfe oder die Arbeitslosenhilfe ist. Nach dem Prinzip „Wer sich selbst nicht helfen kann, dem müssen wir besonders stark helfen. Aber wer selber etwas leisten kann, der soll auch etwas tun.“ haben wir deshalb im letzten Jahr die Sozialhilfe reformiert.

In den Gemeinden gibt es großartige Beispiele. Es gibt Städte, die sagen: Jawohl, wir wollen den arbeitslosen Sozialhilfeempfängern wirklich helfen. - Beispielsweise hat es eine Stadt wie Leipzig geschafft, daß jeder arbeitslose Sozialhilfeempfänger in der ersten Woche seiner Arbeitslosigkeit ein Arbeitsangebot bekommt. Das ist ein Vorgehen, das nicht nur für Leipzig gelten darf. Vielmehr müssen sich dies alle Städte in der Bundesrepublik Deutschland zur Aufgabe machen. Warum soll das nur in Leipzig gehen? Warum soll das nicht auch in München, Hamburg und woanders funktionieren?

(Beifall)

Die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind großartig. All das, was man tut, um den Menschen Arbeit zu geben, hilft nicht nur den Menschen selbst, sondern es hilft letztendlich auch den Gemeinden; denn jede Mark, die man in diesen Bereich investiert, rechnet sich auf das allerbeste, wie bereits Untersuchungen zeigen.

Es ist nicht schlimm, wenn man dann feststellt, daß jeder dritte - in manchen Städten sogar jeder zweite -, dem man eine solche Arbeit angeboten hat, den Kontakt zum Sozialamt daraufhin einstellt. Auch Schwarzarbeit gibt es, und viele, die nicht bedürftig sind, nehmen Leistungen in Anspruch.

Was soll das Gegenargument, das von manchen Städten hervorgebracht wird, daß die Arbeiten im Bereich der Grünflächenpflege und der Verwaltung unter Umständen nicht zumutbar wären? Ist denn nicht bekannt, daß Hunderttausende von Menschen in Deutschland solche Arbeit leisten, mit deren Hilfe über die Steuerleistung die Sozialhilfe überhaupt erst bezahlt werden kann? Deshalb sage ich: Wir müssen etwas tun, um in diese Richtung weiterzugehen.

Man muß sich einmal folgendes vor Augen halten: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland 15 000 Gemeinden. Würde jede dieser Gemeinden nur zusätzlich sechs Sozialhilfeempfängern eine Beschäftigung geben, dann hätten wir bereits 100 000 Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit. Ich finde, das ist ein Ziel, für das es sich zu arbeiten lohnt.

Das zweite große Thema ist, wie man geringbezahlte Tätigkeiten durch Transferzahlungen und durch Lohnsubvention aufstocken kann.

Das ist ein wichtiges Thema, mit dem wir uns auch zu beschäftigen haben. Wir müssen nur sehr aufpassen, daß wir nicht in den Fehler verfallen, in den die SPD verfallen ist. Denn Herr Schröder hat gemeint, er müsse einmal einen fortschrittlichen Leitantrag für den SPD-Bundesparteitag unterbreiten, aber dabei ist ihm ein zentrales Mißverständnis passiert. Er würde nämlich mit seinen Vorschlägen erreichen, daß sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger glatt verdoppelt. Er sagt also auf der einen Seite, Leistung soll sich wieder lohnen, aber in Wirklichkeit vertritt er genau das gegenteilige Prinzip, nämlich daß Millionen von Menschen zusätzlich in die Sozialhilfe abgedrängt würden.

Wir werden auf Initiative von Wolfgang Schäuble am 18. November in Berlin einen großen Kongreß zum Thema „Arbeit für alle“ veranstalten. Ich fordere alle auf, dort mitzumachen und in ihren Gemeinden mit dafür zu sorgen, daß wieder mehr Arbeit für alle ermöglicht wird, damit wir zeigen: Wir resignieren nicht, sondern das Ziel „Arbeit für alle“ ist erreichbar, und wir kämpfen darum. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Als nächster spricht zu uns Jan-Erik Schmidt-Behrends aus Baden-Württemberg.

Jan-Erik Schmidt-Behrends: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für die rasche Geschlechtsumwandlung. Ich bin natürlich ein großer Anhänger des Frauenforums, wußte aber nicht, daß ich jetzt schon davon profitieren kann.

Zu dem angekungenen Thema der Reformen - Rentenreform, Sozialreform usw. - möchte ich einen kurzen Beitrag zur Reform staatlicher Strukturen leisten. Mir fehlt in diesem Zusammenhang der Ansatz einer grundsätzlichen Gesetzesreform in diesem Land. Denn ich denke, daß dieses Land später mit einem vorbildlichen Gesetzssystem in die europäische Einigung gehen soll, und das darf nicht bedeuten, daß die europäische Einigung dazu führt, daß man noch mehr Gesetze hat, als in Deutschland jetzt schon bestehen. Ihnen ist sicherlich bekannt, daß 100 000 Gesetze, Verordnungen und Erlasse im Prinzip vieles von dem strangulieren, was zu entscheiden notwendig ist.

Es ist erforderlich, die Gesetze darauf zu untersuchen, welche Wirkungen sie zu entfalten haben und entfalten sollen. Man wird feststellen, daß es sehr viele ähnliche und letztendlich identische Regelungen gibt, die in ihrer Masse jegliche Innovation behindern und abwürgen.

In der Folge müssen wir uns natürlich über eines klarwerden: Wenn wir über die Reform der staatlichen Strukturen sprechen, sprechen wir nicht nur über Hierarchien und Organisationen, sondern auch über Menschen, die in diesen Organisationen tätig sind, also, um es ganz ein-

fach auszudrücken, über Personal. Vieles von dem, was in dem Bereich, den ich anspreche, noch nicht bewegt worden ist, ist deswegen nicht bewegt worden, weil eben entsprechende Pfründenverteidiger und hauptamtliche Bedenkenräger es verhindert haben. Wenn man allerdings Gesetze als Grenzen von Handlungs- und Spielräumen versteht und nicht als Nahrungsgrundlage einer Bürokratie, dann schaffen wir sicherlich die Voraussetzungen, die notwendig sind, um nicht nur dieses Land, sondern auch die Bevölkerung wieder dafür zu gewinnen, daß wir optimistisch in die Zukunft gehen und diese Zukunft dann auch gestalten und nicht nur verwalten können. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Ich rufe Dr. Geisler aus Sachsen auf.

Dr. Hans Geisler: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich danke Wolfgang Schäuble im besonderen dafür, daß er sehr deutlich ausgesprochen hat, daß wir bezüglich der Generationengerechtigkeit noch notwendige Schritte vor uns haben. Wir hatten uns dazu auf dem letzten Parteitag vor allem zu dem Antrag zur Gestaltung eines Erziehungsgehaltes geäußert. Der in dem erarbeiteten Bericht dazu enthaltene Teil ist für mich durchaus nachvollziehbar; trotzdem habe ich bei diesem Bundesvorstandsbericht den Eindruck gehabt, daß dies damit zu den Akten gelegt werden sollte. Ich danke Wolfgang Schäuble also dafür, daß er sehr deutlich gesagt hat, daß die Gerechtigkeit zwischen den Beitragszahlern mit Kindern und den Beitragszahlern ohne Kinder bisher noch nicht besteht, daß wir hier einen Schritt weiter gehen müssen und daß dieser Schritt der Gerechtigkeit in der Erziehungsphase dienen muß. Das kann ich nur ganz klar unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Unionsfreundinnen und -freunde, auf diesem Gebiet hat die Union seit 1984 in Deutschland entscheidende Schritte getan. Ich erkenne an, daß vieles schon besser geworden ist, daß vieles an der Erziehungsleistung heute anerkannt wird. Aber ich weiß auch, daß das bisherige nicht ausreicht. Gerade in einer Zeit, in der auch immer wieder die Frage nach der vorhandenen Arbeit und ihrer Anerkennung gestellt wird, müssen wir es in unsere Überlegungen einbeziehen, daß die Akzeptanz der Erziehungsarbeit gesteigert wird. Das möchte ich in unserem Wahlkampf sehr deutlich mit in den Vordergrund rücken, und ich hoffe, daß wir in dieser Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen weitere Schritte gehen können, damit Eltern mit Kindern in der Zukunft eine stärkere Entlastung erleben können. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank! - Zum Schluß der Aussprache hat sich Dr. Wolfgang Schäuble noch einmal zu Wort gemeldet.

Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Auf die Frage von Claus Jäger muß ich eine Antwort geben. Er hat gefragt, wie die Fraktion das auf den Weg bringen will, was ich zur Wertevermittlung gesagt habe.

Es gibt in der freiheitlich-pluralistischen Demokratie kein Monopol für Wertevermittlung. Also gibt es auch nicht eine ausschließliche Zuständigkeit einer Institution. Claus Jäger, wir sind auch in diesem Bereich natürlich darauf angewiesen, unsere Meinung zu sagen und dafür zu werben und einzutreten, aber wir müssen uns auch mit anderen auseinandersetzen, die andere Auffassungen vertreten.

Die Position der Fraktion zum Schutz von Leben, ungeborenem wie zu Ende gehendem, ist eindeutig und klar. Wir waren ja lange genug zusammen in der Fraktion und haben zusammen für den Schutz von ungeborenem Leben gestritten. Da braucht keiner aus Australien hierher zu kommen und dummes Zeug zu reden, um unsere Position in Zweifel zu ziehen; das ist keine Frage.

Wir haben vor dem Verfassungsgericht all unsere rechtlichen Möglichkeiten genutzt, und wir haben am Ende zum Schutz ungeborenen Lebens eine gesetzliche Regelung erreicht, die für Sie nicht ausreichend ist, die aber jedenfalls viel besser in unserem gemeinsamen Sinne wirkt, als jede andere denkbare Regelung, die in Deutschland erreichbar gewesen wäre, hätte wirken können.

(Zustimmung)

Wir haben es beim Organtransplantationsgesetz - um einen ähnlichen Regelungsbereich zu nehmen - im Bundestag, wie ich finde, geschafft, mit dem schwierigen Gegenstand angemessen und im Sinne von Wertevermittlung umzugehen. Wir werden mit dem Thema der Biomedizinkonvention des Europarates genauso umgehen. Wir haben in der Fraktion schon dreimal intensive stundenlange Debatten über dieses Thema geführt, und die Bundesregierung hat auch zugesagt, daß, ehe sie entscheidet, ob überhaupt gezeichnet wird, weitere Voraussetzungen vorliegen müssen. Zuvor wollen wir im Deutschen Bundestag noch darüber debattieren, weil wir glauben, daß wir auf diese Weise unseren Teil an Verantwortung im Wettbewerb um die Werte, die zu vermitteln sind, wahrnehmen können.

Das sind nur beispielhafte Antworten. Claus Jäger, es gibt Entwicklungen in den Medien, die uns nicht gefallen, dem einen mehr, dem anderen weniger, was ja auch völlig richtig ist. Sie haben das auch angesprochen: zuviel Gewalt im Fernsehen und ähnliches mehr. Aber wir sollten nicht darauf setzen, daß wir die Freiheit abschaffen wollen, sondern darauf, daß wir dort, wo wir handeln können, mutig für das eintreten, von dem wir überzeugt sind. Wir sollten auch nicht glauben, daß Wertevermittlung durch Erziehung, Familie und Schule, durch Menschen, die dazu in der Öffentlichkeit den Mut haben, durch gesetzliche Regelungen ersetzt werden kann. Das nützt am Ende überhaupt nichts, sondern letzten Endes wird es auch hier auf das beispielhafte Eintreten jedes einzelnen ankommen.

Wir müssen uns klarmachen: Es gibt nicht ein Monopol, sondern einen Wettbewerb. Wir haben die Pflicht, in diesem Wettbewerb mutig und unerschrocken für das einzutreten, was wir für richtig halten. Dann brauchen wir auch in der Zukunft nicht bange darum zu sein, daß sich unsere Vorstellungen vom Menschen, vom Zusammenleben der Menschen und von Werten und Institutionen, die menschliches Zusammenleben besser und freiheitlicher in die Zukunft tragen können, nicht durchsetzen ließen.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wolfgang Schäuble, für diese klarstellenden Hinweise. Die Aussprache zum Bericht des Fraktionsvorsitzenden ist damit abgeschlossen.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis. In der Aussprache zu den Berichten haben nach der Geschäftsordnung des Parteitages nur Delegierte Rederecht. Wortmeldungen ohne eingetragene Delegiertennummer können deshalb an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden. Eine Ausnahme gilt bei der Diskussion in den Foren.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS UND
EINFÜHRUNG IN DEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES
„PROJEKT ZUKUNFTSCHANCEN“

Das Wort hat der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Peter Hintze.

(Beifall)

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Lieber Fritz Hähle! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! In knapp einem Jahr treffen wir Deutschen die erste Wahlentscheidung für das 21. Jahrhundert. In der jüngsten Ausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“ habe ich von einem Parteifreund dazu die erstaunliche Aussage gelesen, es sei nicht so wichtig, wer bei diesen Wahlen die Mehrheit in Deutschland bekomme. Liebe Freunde, ich halte es für sehr wichtig, wer bei diesen Wahlen in Deutschland die Mehrheit bekommt. Unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder hängt davon ab, ob wir Erfolg haben oder ob sich Rot-Grün-Dunkelrot durchsetzt. Dieser Unterschied ist doch nun wirklich für jedermann erkennbar.

(Beifall)

Ich habe in einem Kommentar zum gestrigen Tag gelesen, die CDU sei nicht kämpferisch genug. Also, dann wollen wir die Kommentatoren einmal aufklären. Wir werden in diesem Wahljahr für unsere Überzeugungen, für den richtigen Weg mit aller Kraft kämpfen, einen Weg, der mutig und klar die richtigen Antworten auf die nationalen und internationalen Herausforderungen gibt, einen Weg, der die eingeleitete Politik der Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung, den Wolfgang Schäuble eben so überzeugend beschrieben hat, fortsetzt, und einen Weg, der die Politik des Verweigerens, Taktierens und Blockierens in die Schranken weist. Liebe Freunde, wir werden diese Auseinandersetzung nicht nur führen, sondern wir werden sie gewinnen, weil wir deutlich machen, daß wir die besseren Zukunftskonzepte haben, daß wir die bessere Mannschaft haben, und weil wir Helmut Kohl als Kanzler haben.

(Beifall)

Nun gehört zum Bericht des Generalsekretärs, auch kritische Punkte anzusprechen. Deswegen möchte ich ein Wort sagen zu den Kandidatenaufstellungen für den Deutschen Bundestag, die in diesen Wochen und Monaten in den Wahlkreisen und auch für die Landeslisten stattfinden. Ich wünsche mir, daß sich bei der Aufstellung in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten die Vielfalt und die ganze Kraft unserer Union widerspiegelt. Ich appelliere deshalb eindringlich an Sie, in Wahlkreisen und auf den Listen unseren Beschluß zum Frauenforum umzusetzen.

(Beifall)

Dabei geht es nicht nur um Formales. Bei der Wahl 1998 dürfen wir, liebe Freunde, nicht auf die Chancen verzichten, die in einer stärkeren Beteiligung qualifizierter Frauen an der Politik liegen.

Liebe Freunde, 1982 sind wir angetreten, um die alte Bundesrepublik aus ihrer Lähmung zu befreien. Wir haben eine tiefsitzende mentale und wirtschaftliche Depression überwunden mit dem Ergebnis des längsten anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs in der Nachkriegsgeschichte.

1990 sind wir angetreten, das vereinte Deutschland voranzubringen. Das Ergebnis ist die Beseitigung von 40 Jahren Diktatur, Unrat und Mißwirtschaft. Wir haben dem Aufbau Ost Priorität gegeben, und wir werden das auch in Zukunft tun.

1998 treten wir an, um in einer entscheidenden Phase Europas unsere Brücke in das 21. Jahrhundert zu bauen.

50 Jahre soziale Sicherheit, innerer und äußerer Friede, deutsche Einheit und europäische Einigung sind für uns das Fundament, das keine andere Generation in der Geschichte hatte. Wolfgang Schäuble hat in seinem Bericht nachgewiesen, wie unsere Reformpolitik in vielen großen Politikfeldern - von der Gesundheitsreform über den Umweltschutz bis zur Hochschulreform - das Signal gibt, daß es in unserem Land aufwärtsgeht.

Liebe Freunde, die große Steuerreform würde den entscheidenden zusätzlichen Schub bringen. Wer sie blockiert, trägt die Verantwortung dafür, daß wir jetzt im Wettbewerb um die Zukunft ein Jahr verlieren.

(Beifall)

Darum sei von diesem Parteitag nach Saarbrücken gesagt: Herr Lafontaine, brechen Sie die Mauer der Blockade ab! Sie können das Richtige auf Dauer nicht verhindern.

(Beifall)

Sie konnten es nicht, als wir die Einheit gestaltet haben, die Sie gar nicht wollten. Sie konnten es nicht, als wir das Asylproblem angegangen sind, das Sie noch länger für Ihre Zwecke mißbrauchen wollten. Sie konnten es nicht, als wir mit der Abschaffung der Substanzsteuern die ersten Schritte zu einem gerechten und leistungsfähigeren Steuersystem gegangen sind. Und, liebe Freunde, ich sage zu Lafontaine: Sie werden es bei der großen Steuerreform ebenfalls nicht können; die Wählerinnen und Wähler werden Sie bei der Bundestagswahl ins Unrecht setzen.

(Beifall)

1998 werden uns die Wählerinnen und Wähler fragen: Was ist euer politisches Projekt für die Jahre 1998 bis 2002, für die nächste Legislaturperiode. Der vorliegende Leitantrag des Bundesvorstandes, unser 'Projekt Zukunftschancen' stellt inhaltlich die Weichen. Wir weisen den Weg für mehr Arbeitsplätze, für bessere Bildung, für ein zukunftsfähiges Europa. Wir weisen den Weg für eine menschliche Gesellschaft in Freiheit und Verantwortung, die den Heraus-

forderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist.

Überall auf der Welt laufen die Vorbereitungen für die Jahrtausendwende auf Hochtouren. Der amerikanische Präsident hat ein Millennium-Programm ins Leben gerufen, an dem die ganze Nation teilnehmen wird. Die Australier werden die Olympischen Spiele als Jahrhundertfest des Sports ausrichten. Und bei uns findet ein Ereignis statt, auf das die Welt blicken wird: Die Weltausstellung 2000 kommt nach Deutschland. Wir sind Gastgeber der Welt. Wir werden einen Markt der Ideen, der Innovationen und der Kreativität ausrichten.

(Beifall)

Es ist unser Bundeskanzler, dessen Name aufs engste mit dieser Weltausstellung verbunden ist. Wir alle freuen uns darauf, daß Bundeskanzler Helmut Kohl gemeinsam mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff die EXPO 2000 eröffnen wird.

(Beifall)

Ich bin davon überzeugt, daß Christian Wulff den derzeit noch amtierenden Ministerpräsidenten in Hannover entzaubern und ablösen wird.

(Beifall)

Denn Christian Wulff, liebe Freunde, hat die Eigenschaften, die Schröder gerne hätte: Christian Wulff hat Ideenkraft und Verlässlichkeit. Das werden die Niedersachsen merken, und sie werden ihn wählen.

(Beifall)

Bei einer Online-Umfrage im Internet - wir sind ja eben ermahnt worden, nicht die gesamte Kommunikation aufs Internet zu begrenzen; aber ein bißchen findet da schon statt - hat ein junger Mann auf die Frage „Was ist Ihre größte Sorge für das 21. Jahrhundert?“ geantwortet: „daß mein PC abstürzt“. Darüber schmunzeln wir. Aber dieses Bild kann haftenbleiben, weil es so trefflich den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozeß dokumentiert.

Die Art, wie wir leben, wie wir arbeiten, wie wir miteinander kommunizieren, wandelt sich grundlegend. Mehr noch: Die Art und Weise, wie wir unsere Zeit gestalten, und die Gewichtung der wirtschaftlichen Inhalte - also das, womit wir unser Geld verdienen - sind diesem Wandel unterzogen.

Liebe Freunde, wir können stolz sein, daß dieser Parteitag hier in Leipzig der erste Parteitag in der deutschen Parteigeschichte ist, der weltweit live im Computernetz Internet übertragen wird.

(Beifall)

Die anderen reden manchmal von modernen Technologien; wir praktizieren sie: Wir hatten als erste ein Kommunikationssystem zwischen allen unseren Kreisverbänden. Wir haben als erste den Computer in seinen positiven Wirkungen genutzt, und wir befinden uns auf dem ersten Parteitag, an dem die ganze Welt zeitgleich über das Internet Anteil nehmen kann.

Der Generaldirektor der Welthandelsorganisation, WTO, Renato Ruggiero, brachte es kürz-

lich auf den Punkt: „Die Handelsrouten der 90er Jahre sind Laser- und Satellitenstrahlen. Ihre Ladung besteht nicht aus Seide und Gewürzen, sondern aus Technologien, Informationen und Ideen.“ Wenn das so ist - und daran zweifle ich nicht -, können wir voller Elan und Zuversicht den künftigen Entwicklungen begegnen.

In vielen technologischen Bereichen sind wir doch führend. Deutsche Technologie hat dem kleinen Marsmobil Sojourner die Fähigkeit gegeben, das Gestein des roten Planeten zu analysieren. Die Automobilindustrie ist von der A-Klasse bis hin zum Boxter durch Spitzentechnologie und Spitzendesign wieder in der Offensive. Und mit SAP haben wir eines der größten und bedeutendsten Softwarehäuser der Welt, deren Programme rund um den Globus verkauft werden. Unsere Forscher und Entwickler sind weltbekannt. Also lassen Sie uns die neuen Entwicklungen, all das, was wir Globalisierung nennen, als Chance betrachten. Die Deutschen haben auf den Weltmärkten immer eine führende Rolle gespielt. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, daß dies so bleibt.

(Beifall)

Zur Wahrheit gehört natürlich auch, daß wir in der globalisierten Wirtschaft mit unseren staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sehr viel stärker als früher im Wettbewerb mit anderen Nationen stehen. Wir können nicht hinnehmen, daß ausländische Investitionen an Deutschland vorbeigehen - nach Schweden, Österreich oder England fließen -, weil wir ein Problem mit unserer Steuerstruktur haben. Oder: Wenn die chemische Industrie Auslandsinvestitionen vornimmt, weil die Genehmigung derselben Anlage in Belgien vier Monate dauert, wir aber auf Grund gutgemeinter, aber übertriebener Bürokratie mehrere Jahre brauchen, dann ist das korrekturbedürftig.

(Beifall)

Unsere Voraussetzungen in der Bio- und Gentechnik sind in bezug auf die Unternehmen und auf die Forschung glänzend, aber wir sind derzeit nur auf Platz fünf in Europa. Unser Ziel ist es, daß wir bis zum Jahre 2000 auf diesem Gebiet die Nummer eins in Europa werden.

(Beifall)

Das hat nicht nur Wirkung im Blick auf die Finanzen, das hat auch Wirkung im Blick auf die Arbeitsplätze. Wenn dieses Ziel gelingt - die Bundesregierung tut im Moment eine Masse dafür, daß dies der Fall sein kann -, dann werden bis zur Jahrtausendwende 100 000 neue Arbeitsplätze in der Biotechnologie entstehen.

Dazu gehört ein Punkt, der mit dem gesellschaftlichen Klima zu tun hat: Es muß ein Ende haben, daß entscheidende Zukunftsbereiche für unser Land immer von ihren vermeintlichen Gefahren und nicht von ihren großen Chancen her diskutiert werden.

(Beifall)

Die größte Gefahr wäre, vor den Chancen der Zukunft die Augen zu verschließen. Wirtschaftlicher Wandel ist keine Katastrophe. Im Gegenteil: Eher schon ist er die Voraussetzung, um Katastrophen zu verhindern.

Hätte das ehemals lupenreine Montanunternehmen Mannesmann nicht rechtzeitig in Daten-

netze und Kommunikation investiert, würde der Konzern heute 12 000 Menschen weniger beschäftigen. Und hätte das Management eines großen, traditionell sozialdemokratisch geführten Schiffbauunternehmens in Bremen sein Engagement in die Optimierung von Produktideen gesteckt, statt staatlichen Subventionen hinterherzulaufen, hätte der Vulkanausbruch des tausendfachen Arbeitsplatzverlustes verhindert werden können.

(Beifall)

Für uns alle - egal, auf welcher Ebene: ob in der Wirtschaft, in Verbänden, Gewerkschaften oder in Parteien - gilt dieselbe Logik: Wer blockiert, verläßt den Platz als Verlierer. Nur wer den Wandel gestaltet, bleibt am Ende vorn.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir wollen eine Weiterentwicklung unseres Sozialsystems, die Leistungsbeurteilung und Eigenverantwortung fördert und bei der der Fleißige belohnt und nicht bestraft wird. Wir sind die Partei der Fleißigen. Der alte Grundsatz „Ohne Fleiß kein Preis!“ muß wieder stärker in Geltung gesetzt werden.

(Beifall)

Wer will denn auf Dauer erklären, warum der 50jährige Gymnasiallehrer aus Kattowitz gerne anstrengende Feldarbeit annimmt und von früh morgens bis spät abends bei der Gemüseernte in Deutschland hilft, während dies dem 25jährigen voll arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger aus Oldenburg offenbar nicht zugemutet werden kann. Wer will denn das erklären?

(Beifall)

Wer als Saisonarbeiter nicht zur Verfügung steht, weil er lieber in den Tag hineintrödelt, der darf aus staatlichen Kassen in Zukunft nichts mehr bekommen.

(Beifall)

Sozialhilfebedürftigkeit ist sehr häufig ein ernstes Problem. Aber der Weg in die Sozialhilfe darf nicht attraktiver sein als der Weg zur Arbeit.

Und daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion eine dicke Broschüre drucken ließ, in der offen Tricks zum Sozialbetrug verbreitet werden, bleibt ein Skandal.

(Beifall)

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist unsere größte Aufgabe. Oft wird bezweifelt, daß sich die Beschäftigungszahlen tatsächlich steigern lassen. Dabei wird im Blick auf die Statistik aus Nürnberg, in der immer die Zahl der Arbeitslosen benannt wird, meist übersehen, daß nicht nur die Zahl der Arbeitslosen, sondern auch die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen ist. Wir haben heute allein in Westdeutschland 1,9 Millionen Arbeitsplätze mehr als 1983. Millionen von Arbeitsplätzen, die in der DDR vom Staatsbankrott der SED-Diktatur bedroht waren, konnten wir sichern.

Auch die Weltwirtschaft ist weit entfernt vom voreilig verkündeten Ende der Arbeit. Die Beschäftigung hat weltweit zugenommen. In 25 Jahren wurden in den westlichen Industrieländern

rund 110 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, obwohl mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und mit den Schwellenländern Asiens die halbe Weltbevölkerung in die internationale Arbeitsteilung und damit in den internationalen Wettbewerb eingetreten ist. Arbeit ist ebenso unbegrenzt und vielfältig möglich, wie die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen unbegrenzt und vielfältig sind. Es geht darum, dieses Potential auch in Arbeitsplätze umzusetzen.

In den letzten Wochen haben Sozialdemokraten und Gewerkschafter die Diskussion um den richtigen Weg in der Lohnpolitik wieder angefacht. Die Lafontainesche Zauberlehrlingsformel lautet: „Löhne rauf gleich Arbeitslosigkeit runter“. Die Älteren im Saal erinnert dies - nur leicht verändert - an den Spruch der DKP in den 60er Jahren: „Löhne rauf, Preise runter“. Liebe Freunde, nur ein Narr kann glauben, daß man mit steigenden Löhnen mehr Arbeitsplätze schafft. Die Wahrheit ist: Produkte werden teurer, und die Arbeitsplätze geraten in Gefahr. Auf eine solche Ökonomie können wir verzichten.

(Beifall)

Der frühere Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel Herbert Giersch hat hierzu gesagt - ich zitiere -:

Wenn es an nichts anderem fehlt als an Nachfrage, darf man getrost Geld aus einem Hubschrauber regnen lassen oder die Leute nutzlos beschäftigen, ohne auf die Produktivitäts- und Angebotseffekte zu achten. ... Es kommt im Zeichen der Globalisierung nicht auf die lokale Konsumnachfrage an, sondern ganz im Gegenteil auf die Attraktivität des Landes für internationale Investoren.

Wie diese Attraktivität für internationale Investoren zu erreichen ist, das ist die entscheidende Frage für uns. Auf sie gehen wir im ersten Hauptabschnitt des Antrags ein. Es gilt, die Bedingungen für Investitionen konsequent zu verbessern. Aus diesem Grund ist auch die von IG-Metall-Chef Klaus Zwickel neu aufgeworfene Forderung nach der 32-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich ein dramatischer Irrweg, liebe Freunde.

(Beifall)

Statt geringere Arbeitszeiten zu proklamieren und die alten Debatten zu führen, sollten wir uns stärker mit der Erschließung neuer Beschäftigungsfelder befassen.

In Amerika waren es vor allem die personenbezogenen Dienstleistungen, die zu einem nachhaltigen Beschäftigungsaufschwung geführt haben, insbesondere für einen sehr großen Personenkreis, der in der verarbeitenden Industrie keinen Arbeitsplatz gefunden hat. Dieser Weg der personenbezogenen Dienstleistungen stößt in Deutschland auf Hemmnisse. Die bayerisch-sächsische Zukunftskommission - deren Texte wir hier vereilt haben - hat dazu festgestellt: „Europa, vor allem aber Deutschland, zögert, diesen Weg der „kleinen Dienste“ mitzugehen. Er widerspricht traditionellen Vorstellungen von Erwerbsarbeit in Deutschland. Es gilt bei uns als historischer Fortschritt, daß solche Dienste gerade nicht mehr in großem Umfang über den Markt abgewickelt werden. Sie anzubieten, empfinden viele als entwürdigend, sie nachzufragen, als anmaßend.“

Die Zukunftskommission kommt zu dem Schluß, daß - würde Deutschland in diesem Markt

mit den USA gleichziehen - vier Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstehen könnten. Liebe Freunde, wir müssen in dem Bereich etwas tun. Wir müssen der Frage nachgehen, wie wir Menschen mit relativ geringer Qualifikation, die im Bereich der Industrieproduktion keine Arbeit finden, in Arbeit bringen können.

Wir sprechen in unserem Antrag einen Komplex an, den Wolfgang Schäuble eben schon umrissen hat. Wir glauben, daß wir mit einem Kombi-Lohn-Modell zusätzliche Anreize schaffen und neue Beschäftigung erschließen können. Deshalb müssen wir das jetzt machen.

(Beifall)

Liebe Freunde! Selbständige schaffen Arbeit. Die größten Arbeitsplatzwirkungen liegen in der Arbeit kleiner und mittlerer Betriebe und ihrer Neugründung. Heinz Riesenhuber hat im Auftrag der CDU/CSU-Fraktion und der CDU-Bundespartei eine Initiative zur Förderung von Existenzgründungen entwickelt. Wir werden in den kommenden Monaten in allen Kreisverbänden dieses Thema aufgreifen. Wir werden für mehr Selbständigkeit werben, und ich möchte Sie ermutigen, mitzumachen.

Übrigens: Wenn Sie im SPD-Internet-Volltextsuchprogramm das Wort „Selbständigkeit“ eingeben, erscheint auf dem Bildschirm die Botschaft „Nicht gefunden“. Liebe Freunde, das ist symptomatisch.

(Gelächter)

Nicht gefunden - das ist die richtige Zustandsbeschreibung rot-grüner Wirtschaftskompetenz.

(Beifall)

Der von der SPD jüngst vorgelegte Wirtschaftsplan offenbart die tiefe Kluft - besser: den garstigen Graben - zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit sozialdemokratischer Politik.

Übrigens, noch ein Wort zu Schröder: Die vernünftigsten politischen Vorschläge von Schröder können Sie am besten daran erkennen, daß er sie in Niedersachsen nicht praktiziert und im Bundesrat ablehnt.

(Beifall)

– Beispiel Steuern: Die SPD sagt, sie will die Steuern senken. Im Bundestag und Bundesrat stimmt sie gegen die Steuerreform, ohne einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen.

– Beispiel Verschuldung: Die SPD sagt, sie will einen Abbau der Verschuldung. Tatsache ist: Gerade die Haushalte von Schröder in Niedersachsen und von Lafontaine im Saarland sind unter den westdeutschen Flächenländern bei der Verschuldung traurige Spitzenreiter!

– Beispiel Forschung: Die SPD sagt, man müsse mehr für Forschung und Technologie tun. Dort, wo sie es selber könnte, ist die Bilanz verheerend. Das von Schröder regierte Niedersachsen hat die schlechteste Technologieförderung in ganz Deutschland.

(Beifall)

Ein Kommentator hat geschrieben, Schröder sei als Kandidat „ein Geschenk des Himmels“. Meine Freunde, auch in der säkularisierten Welt sollten wir mit transzendentalen Begründungen für politische Schicksalsschläge etwas behutsamer umgehen.

(Beifall und Heiterkeit)

Das zweite Kapitel unseres Leittrags beschäftigt sich mit dem Übergang von der Industrie zur Wissensgesellschaft.

Die zunehmende Veränderungsgeschwindigkeit - die Beschleunigung des Erfahrungswandels - ist das entscheidende Kennzeichen unserer Zeit. Wie nie zuvor werden Bildung und Ausbildung in Zukunft ausschlaggebend sein für den Lebensweg jedes einzelnen. Wer ohne Bildung und Ausbildung bleibt, hat es in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt noch schwerer als heute.

Bildung ist der Stoff, aus dem die Zukunft wird. Und wir, liebe Freunde, sind gut beraten, die Bildungspolitik wieder stärker in das Zentrum unserer politischen Arbeit zu rücken, und zwar offensiv.

(Beifall)

Der Grundsatz „Gelernt ist gelernt“ gilt nur noch auf Zeit. Ein führender Manager eines Automobilkonzerns erklärte vor Technikstudenten: „In eurer Karriere ist Wissen wie Milch. Sie wird nach einiger Zeit sauer. Ein Technikstudium ist heute drei Jahre aktuell. Wer dann sein Wissen nicht auf den neuesten Stand bringt, verliert den Anschluß.“

Wir werden in Zukunft unser ganzes Leben lang lernen. Dies geht nicht ohne solide Grundqualifikation. Dazu gehört auch - nach vielen Experimentierphasen in der Schule -, daß Rechnen, Schreiben und Lesen wieder so gründlich vermittelt werden, daß dies ein Leben lang trägt, liebe Freunde.

(Beifall)

Es ist ein Alarmzeichen, daß die Heimat von Adam Riese und Carl Friedrich Gauß im internationalen Leistungsvergleich in der TIMSS-Studie in Mathematik unter 8-Kläßlern gerade noch auf Platz 25 landet. Übrigens: Hätten wir in Deutschland nur Gesamtschulen, lägen wir noch weiter zurück. Deutsche Gesamtschulen belegen im internationalen Vergleich gerade noch Platz 38, knapp vor Afghanistan, und das ist zuwenig, liebe Freunde.

(Beifall)

Wie können wir dies korrigieren? Dies geht nur - das sprechen wir in unserem Antrag an - durch eine stärkere Konzentration auf den Leistungsgedanken.

In der Bildungspolitik haben rote und rot-grüne Regierungen schwerste Fehler zu verantworten. Wer, wie die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, damit spielt, die Notengebung in der Schule abzuschaffen, erstickt den Leistungsgedanken im Keim und tut den Schülern keinen Gefallen. Das lehnen wir ab!

(Beifall)

In Niedersachsen sind kürzlich Eltern, Lehrer und Schüler aus Protest mit Transparenten auf die Straße gegangen, die ihre bildungspolitische Anklage auf den Punkt bringen. Der Slogan lautete: „Nicht blöder durch Schröder“. Die Leute haben recht!

(Beifall und Heiterkeit)

Der Abschied von der Vermittlung des Leistungsgedankens, wie er in der linken Pädagogik betrieben wird, wäre verhängnisvoll. Eine Gesellschaft, in der Leistung diffamiert wird und sich der Bessere schämen soll, entspricht nicht unserem Menschenbild. Es ist nicht vernünftig, einen solchen Weg zu weisen. Die Sozialdemokraten entblöden sich nicht, liebe Freunde, zu plakatieren: „Wer Kapital sucht, muß nicht an die Börse gehen, der soll in der Schule suchen!“ Sozialdemokratische Schulpolitik ist nun das wenigste Kapital, das für die Zukunft geboten werden könnte. Das müssen wir ändern, wir müssen unsere Schulpolitik wieder zur Geltung bringen!

(Beifall)

Ich sage auch ein klares Wort zur Elitenbildung - auch das ist ja verpönt -: Ohne die systematische Förderung von Hochbegabten bleibt ein großes Potential unerschlossen, das unser Land braucht. Die Förderung von Spitzenbegabungen und Spitzenleistungen dient uns allen. Deshalb sage ich ein eindeutiges Ja zur Elitenbildung in allen Bereichen, liebe Freunde.

(Beifall)

Auf der anderen Seite erleben wir, daß die Ausbildung für manche so kompliziert geworden ist, daß sie keinen Abschluß mehr erreichen. Als Christliche Demokraten haben wir das Ziel, auch etwas für diejenigen zu tun, die mit höheren theoretischen Anforderungen nicht klarkommen. Deswegen haben wir in unserem Antrag den Gedanken formuliert, daß ein Lehrling, der erfolgreich die praktische Prüfung im Bereich seiner Ausbildung besteht, bei dem es aber in der Theorie hakt, einen „Kleinen Gesellenbrief“ bekommt. Wir sind der Meinung, daß die Zukunft eines jungen Gärtners absolut davon abhängen darf, ob er weiß, daß sich hinter einem Helianthus eine Sonnenblume verbirgt, wenn er diese Blume ordentlich pflegen, pflanzen und wachsen lassen kann.

(Beifall)

Wenn wir von Bildung sprechen, haben wir nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und technologische Innovationen im Blick. Bildung ist für uns auch das Vermögen zur Kultur. Wer Bildung vernachlässigt, verarmt doppelt, sowohl materiell - dazu habe ich schon einiges ausgeführt - als auch ideell, weil er die kulturelle und ethische Dimension, die zivilisatorische Leistung von Bildung nicht zur Entfaltung bringt. Liebe Freunde, wir wollen eine Schule, die verbindlich Werte und Normen vermittelt. Ohne klare Werte kann keine Gesellschaft Bestand haben.

(Beifall)

Ich habe von Ehrhart Neubert gestern das Wort „Stolpismus“ gehört. Es hat mir sehr gut gefallen. Ich sage an dieser Stelle sehr klar: Wir verurteilen alle Bestrebungen, wie es sie in Brandenburg seitens der Stolpe-Regierung gibt, den Religionsunterricht aus den Schulen zu entfernen.

(Beifall)

Wir sagen ein klares Ja zum Religionsunterricht. Für uns war und ist das christliche Verständnis vom Menschen die Klammer, die unsere Gesellschaft zusammenhält. Das wollen wir auch vermittelt wissen.

(Beifall)

Unser Land lebt wie kein anderes von den Kenntnissen und Fähigkeiten seiner Bürger. Deshalb gehört zu unserem „Projekt Zukunftschancen“ eine neue bildungspolitische Offensive, die der jungen Generation faire Chancen eröffnet.

Liebe Freunde, das dritte Kapitel unseres Leitantes beschräftigt sich mit Europa. Für die junge Generation, von der ich gerade gesprochen habe, wird Europa in einer Weise Wirklichkeit, wie es vorher kaum zu denken war. Die meisten können sich heute zumindest in Englisch verständigen, absolvieren Teile ihrer Ausbildung in Nachbarländern und machen Praktika anderenorts. Die Menschen in Europa rücken näher zusammen. Wir wollen und wir werden den Einigungsprozeß weiter voranbringen - menschlich, politisch und wirtschaftlich. Erinnern wir uns an das, was der Bundeskanzler klar und deutlich gesagt hat: Wer uns vorwirft, wir hätten keine Visionen, wir würden keine Visionen zur Entfaltung bringen, sollte sich anschauen, was sich auf dem alten Kontinent tut. Wir haben diesen Kontinent auf die Rückwand des Parteitaiges projiziert, damit wir uns das Ziel immer deutlich machen können. Wir haben eine großartige Vision. Liebe Freunde, wir sind Träger dieser Vision und ihrer Verwirklichung.

(Beifall)

Die Währungsunion mit dem Euro - wir spüren alle noch eine gewisse Restskepsis auch in der eigenen Truppe - ist ein ganz wichtiger Schlüssel zu mehr wirtschaftlichen Wirkungen, die uns nutzen und zu einem stärkeren Zusammenwirken in einem Kontinent, der einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bildet und der auch politisch immer enger zusammenarbeitet. Wer fragt, wie wir den Beweis antreten könnten, daß alles gut verläuft, und wie wir den Menschen erklären könnten, daß alle die Pessimismuspapolen nicht richtig sind, der schaue bitte auf die Vorwirkungen des Maastrichter Vertrages. Schon vor dem Start der gemeinsamen europäischen Währung haben wir in Europa eine Geldwertstabilität, wie wir sie in unserer Geschichte nicht gekannt haben. Die Inflationsrate liegt in ganz Europa bei 2 Prozent. Das ist eine Vorwirkung des Maastrichter Vertrages, eine Konsequenz unserer Politik und ein Beweis, daß der Euro so stabil sein wird wie die D-Mark, zugleich aber noch stärker, weil in Europa nun mehr zusammenstehen werden.

(Beifall)

Der Euro hat Europa bereits positiv verändert. Es gibt einen Zusammenhang von wirtschaftlicher Stabilität und politischer Stabilität. In Ländern, in denen Inflation herrscht, ist auch die politische Stabilität in Gefahr. Die Tatsache, daß wir es geschafft haben, daß die Prinzipien der D-Mark auch die Prinzipien des Euro sind, ist ein Erfolg auch für die politische Stabilität auf dem alten Kontinent.

Liebe Freunde, manche fragen: Warum schaffen wir die D-Mark ab und den Euro an? Der Euro ist nicht einfach ein Ersatz für die D-Mark, sondern er setzt sie auf europäischer Ebene fort. Der Euro ist die Zukunft der D-Mark in einer globalisierten Wirtschaft zum Nutzen aller in Europa.

(Beifall)

Der Euro wird auch im Wahljahr 1998 eine wichtige Rolle spielen. Eines der interessantesten Ergebnisse der Hamburger Wahl ist für mich, daß mit Euro-Gegnerschaft kein Erfolg zu erzielen ist. Die Menschen wollen Informationen statt Polemik, Aufklärung statt Angstmacherei. Der Euro ist wirklichkeitwerdende Vision, und er ist ein starkes Argument im Wahlkampf.

Unser Bundeskanzler vertritt in der großen Frage des europäischen Einigungsprozesses eine große Idee und die Interessen unseres Landes. Helmut Kohl steht nicht nur für die deutsche Einheit, sondern auch für den europäischen Integrationsprozeß. Sie, Herr Bundeskanzler, haben entscheidenden Anteil daran, daß der Euro eine starke Währungsverfassung bekommen hat. Sie haben dafür gesorgt, daß die Europäische Zentralbank nach Frankfurt kommt. So, wie der Name Helmut Kohl in Deutschland und Europa ein Synonym für Stabilität, Verlässlichkeit, Vertrauen und Verantwortung ist, so gilt auch der Satz: starker Kanzler - starker Euro. Das ist eine unschlagbare Verbindung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Liebe Freunde, hier in Leipzig, am Ursprungsort der Montagsdemonstrationen, sind uns jene mutigen Menschen besonders präsent, die sich dem sozialistischen Machtapparat entgegengestellt haben. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal meiner Freude Ausdruck geben, daß Vera Lengsfeld, Ehrhart Neubert und mit ihnen Freunde aus der Bürgerrechtsbewegung den Schritt, den Rainer Eppelmann gleich zu Beginn, zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung, getan hat, nachvollzogen haben und eine klare Entscheidung zugunsten der CDU getroffen haben. Das ist ein Gewinn für uns alle. Wir haben es gestern wieder erlebt, liebe Freunde.

(Beifall)

Es war die Union, die während der schmerzlichen Jahrzehnte der Teilung unbeirrt an der Einheit der Nation festgehalten hat. Es war die Union, die stets betonte, daß die Freiheit das Ziel jeder Wiedervereinigungspolitik sein muß - und niemals ihr Preis sein darf. Wir können mit Recht von uns sagen: Wir haben an die deutsche Einheit geglaubt. Wir haben nie aufgehört, dafür zu kämpfen. Wir haben sie erreicht. Darauf sind wir stolz.

(Beifall)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kurzen historischen Hinweis. Ich bitte die Freunde aus den neuen Ländern um volle Konzentration, weil dieser Hinweis im Wahlkampf interessant sein könnte. Als am 9. Juni 1990 der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Deutschland im Bundesrat zur Abstimmung stand, haben zwei Ministerpräsidenten diesem Werk der Einheit ihre Zustimmung verweigert. Es waren der Ministerpräsident des Saarlandes und der gerade gewählte Ministerpräsident von Niedersachsen.

(Pfui-Rufe)

Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder haben nein gesagt. Ich sage Ihnen: Wer in einer so entscheidenden Frage der Nation so gedacht und so gehandelt hat, der hat das moralische Recht verwirkt, sich für die Kanzlerschaft im vereinten Deutschland zu bewerben, liebe Freunde.

(Anhaltender lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Es ist gerade zehn Jahre her, da hat sich die Grundwertekommission der SPD mit der ideologischen Elite der SED an einen Tisch gesetzt und ein „gemeinsames Grundwertepapier“ erarbeitet. Die SED hat von diesem Jahrestag nicht viel Aufhebens gemacht. Kein Wunder, denn dieser deutschlandpolitische Offenbarungseid ist wahrlich kein Ruhmesblatt. Dieses

SPD-SED-Papier aus dem Jahre 1987 war nichts anderes als ein ideologischer Persilschein für die DDR-Diktaturpartei. Auch hieran werden wir erinnern, liebe Freunde.

(Beifall)

Aber schon wird an einem neuen Bündnis gebastelt. Wir bekommen ja auch Mahnungen von außen, wir sollten den „Lagerwahlkampf“ unterlassen. Ich bekomme gelegentlich auch persönlich Mahnungen. Diese will ich hier nicht vortragen, aber eines will ich Ihnen sagen: Wir werden im Wahlkampf deutlich machen, was Sache ist. Und wenn sich am Tag der deutschen Einheit in Erfurt Gegner der deutschen Einheit unter dem Banner einer linksoppositionellen Bruderschaft zwischen SPD, Grünen und PDS treffen und gegen die Wiedervereinigung und gegen die Soziale Marktwirtschaft zu Felde ziehen, dann werden wir das öffentlich machen, liebe Freunde.

(Beifall)

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 6. Oktober 1997 von diesem Erfurter Treffen und über die Ausführungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten. Ich zitiere:

Für den Weimarer SPD-Bundestagsabgeordneten Richter wiegen die 'Verheerungen' der Bonner Politik in Ostdeutschland schwerer als jene der 40 Jahre dauernden SED-Herrschaft.

Liebe Freunde, eine solche miese Fälschung der deutschen Geschichte werden wir nie und nimmer zulassen.

(Beifall)

Damit man nicht sagt, Herr Richter sei vielleicht ein Hinterbänkler oder was weiß ich: Auch Reinhard Höppner, der SPD-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, schlägt seltsame Töne an. Höppner, dessen rot-grüne Minderheitsregierung seit Jahren am Krückstock der Kaderpartei PDS geht, ist sich nicht zu schade, das Unrechtssystem des SED-Staates bis zur Unkenntlichkeit zu relativieren. Ich zitiere ihn:

Daß in der DDR Unrecht geschehen ist, wird niemand bezweifeln. Aber das reicht nicht aus, diesen Staat zu charakterisieren. Wer wollte leugnen, daß es in der ehemaligen Bundesrepublik kein Unrecht gegeben hätte?

Liebe Freunde, da stellt ein SPD-Ministerpräsident in Deutschland das Unrechtsregime in der DDR auf eine Stufe mit der rechtsstaatlichen Ordnung des Grundgesetzes. Das ist unerträglich.

(Beifall)

Eine kleine Nachbemerkung zur PDS. Mir wird oft gesagt, die PDS sei nicht mehr die alte SED. Das stimmt absolut. Es ist das Konzentrat der alten SED, von den zwei Millionen sind es die 100 000, die nicht ausgetreten sind. Auch das kann man hier einmal ansprechen.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Wahlkampf steht vor der Tür. Wir haben einen Kanzler; die anderen suchen gerade ihren Kandidaten. Ich weiß nicht, ob Sie die Plakatierung ein bißchen verfolgt ha-

ben. Erst haben sie einen Kürbis plakatiert, jetzt plakatieren sie zwei andere Köpfe. Aber viel mehr Eindruck machen die auch nicht. Die Troika ist zum Duo geschrumpft, aber in der Sache hat sich nichts geändert, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Aufgabe für uns ist klar. Wir werden in den nächsten Monaten unser Programm, unser Projekt für die Jahre 1998 bis 2002 deutlich machen, aber auch die Alternativen aufzeigen. Ich werde manchmal gemahnt, man müsse im Wahlkampf sachlich sein. Das ist ja richtig. Wir müssen sachlich sein. Wer heute Wolfgang Schäuble zugehört hat, wer gestern dem Bundeskanzler zugehört hat, wer unsere Debatten verfolgt, wer den Antrag liest - an Sache haben wir viel zu bieten. Aber wir müssen im Wahlkampf auch das Herz ansprechen und auch ein paar Sachverhalte plakativ auf den Punkt bringen. Deswegen müssen wir im Wahlkampf klar machen: Es geht darum, ob die Linken an die Macht kommen mit all den fatalen Folgen, die das hätte, oder ob Deutschland von der politischen Mitte regiert wird. Das ist ein wichtiger Unterschied, liebe Freunde.

(Beifall)

Es geht zweitens darum, ob die SPD mit ihrer rückwärts gewandten Blockadestrategie durchkommt oder ob wir hier deutlich machen, daß dieser Wahlkampf darüber entscheidet, ob es im Lande weiter vorangeht. Innovation statt Blockade - auch das werden wir deutlich machen.

(Beifall)

Außerdem nutzt die Linke einen weiteren Trick. Darauf muß ich Sie ordnungsgemäß hinweisen. Die Linke versucht, ihre Neidparolen mit dem Mantel der Gerechtigkeit zu umhüllen. Wir müssen den Unterschied deutlich machen. Es geht nicht um Neidparolen, es geht um Gerechtigkeit, und dafür stehen wir mit unserer Politik, liebe Freunde.

(Beifall)

Der Wahlkampf geht ja bald los. Die erste wichtige Station ist Niedersachsen. Dort haben wir die Aufgabe klar im Blick, und die Chance ist beachtlich. Liebe Freunde, ich will nicht nur die Niedersachsen ansprechen, ich will uns alle ansprechen: Wir wollen Christian Wulff unterstützen, damit er Gerhard Schröder ablösen kann. Das hat Niedersachsen verdient.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich habe erlebt, wie Christian Wulff bereits jetzt im Vorwahlkampf eingestiegen ist. Mit seiner großen Sommertour ist er zu den Menschen in Niedersachsen gegangen und hat sich als Kandidat vorgestellt. Er hat Charisma, politische Power, und er wird den zur Zeit in Hannover amtierenden Ministerpräsidenten in die Schranken verweisen. Wir alle wollen dabei sein und uns am Wahlabend freuen, daß Niedersachsen endlich wieder einen CDU-Ministerpräsidenten hat.

(Lebhafter Beifall)

Die Freude über Christian Wulff gibt uns dann den richtigen Schwung, in den nächsten Wahlkampf hineinzugehen. Das ist der Wahlkampf in Sachsen-Anhalt. In Sachsen-Anhalt geht es

um Verschiedenes. Es geht erstens darum, daß wir auch hier mit Christoph Bergner wieder einen Ministerpräsidenten bekommen, der diesen Namen verdient und den Sachsen-Anhalt dringend braucht, liebe Freunde.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Da müssen wir alle mit einsteigen; denn es geht zweitens darum, eine historische Fehlleistung zu korrigieren. Die von Höppner und von der Baracke begangene historische Fehlleistung, diejenigen ins Boot zu holen, die das Schiff torpediert haben, muß korrigiert werden, liebe Freunde.

(Beifall)

Dann kommt die Wahl unserer bayerischen Freunde. Da sind wir überhaupt nicht nachtragend wegen der einen oder anderen Irritation, die es da gelegentlich gibt. Insgesamt befinden wir uns in einem tollen Familienverhältnis, und deswegen werden wir auch unsere bayerischen Freunde und den Ministerpräsidenten Stoiber kurz vor der Bundestagswahl bei den bayerischen Landtagswahlen unterstützen, damit die CSU ein stolzes Unionsergebnis vor der Bundestagswahl erzielen kann.

(Beifall)

Dann sind wir schon in der Schlußrunde. Da geht es um Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden dafür sorgen, daß das von Berndt Seite vorzüglich gesteuerte Regierungsschiff in Mecklenburg-Vorpommern nicht nach links wegkentert. Wir wissen, daß Sozialdemokraten und PDS da schon etwas im Stübchen spinnen. Aber wir werden einen mächtigen Wahlkampf führen und dafür sorgen, daß das Ergebnis für Berndt Seite so stark wird, daß er weiter Ministerpräsident dieses schönen norddeutschen Bundeslandes bleibt, liebe Freunde.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Am 27. September 1998 wird der Bundestag gewählt. Unser Kandidat ist klar. Das hat der Parteitag in einer, wie ich finde, großartigen Weise der deutschen Öffentlichkeit gezeigt. Die Verblüffung auf den Gesichtern einiger Journalisten war eine gewisse Labsal; das zu sagen kann ich nicht verhehlen. Wir haben einen tollen Kanzler, und er wird auch für die Jahre 1998 bis 2002 ein starker Kanzler sein. Mit ihm werden wir in die Bundestagswahl ziehen, liebe Freunde.

Wir umreißen unser Projekt Zukunftschancen. Lassen Sie sich da nicht durch die eine oder andere Umfrage irritieren: Die Wähler erwarten etwas von uns. Die Wähler hoffen auf uns, sie setzen auf uns. Und ich sage euch: Wir werden sie nicht enttäuschen. Wir werden hart arbeiten. Wir werden überzeugend argumentieren. Und wir alle, liebe Freunde, werden Träger des Erfolges sein. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall,
die Delegierten erheben sich von den Plätzen.)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank unserem Generalsekretär Peter Hintze für diese engagierte Rede. Herzlichen Dank für die Klarheit und die Perspektiven, die

daraus sprechen. Dank an Peter Hintze für erfolgreiche und leidenschaftliche Arbeit und für die Siegeszuversicht, die aus dieser Rede spricht. Sie ist im Saal angekommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu TAGESORDNUNGSPUNKT 10.1:

AUSSPRACHE ÜBER DEN BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

Ich erteile das Wort an Frau Ministerin Nolte.

Claudia Nolte: Frau Tagungspräsidentin! Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Wir haben schon in den vergangenen Tagen sehr intensiv über den Leitantrag diskutiert. Für mich macht der Leitantrag vor allen Dingen deutlich, daß wir in der Union bereit sind, auf Veränderungen in der Welt auch mit Veränderung und mit Reformen zu reagieren. Das ist, glaube ich, auch das, was wir im nächsten Jahr deutlich herausarbeiten müssen.

Wir müssen bei den Wahlen sagen, um was es geht: entweder mit einem Linksbündnis rückwärtsgewandtes Verharren in alten Ideologien oder mit uns mutiges Anpacken der bevorstehenden Herausforderungen. Entweder mit einem Linksbündnis Besitzstandswahrung, Umverteilung, Neidebatte oder mit uns das Vortreiben von Innovation und Modernisierung.

Modernisieren, liebe Freunde, macht man nicht daran fest, wie häufig jemand seine Frau wechselt.

(Beifall)

Die letzte von der SPD begrüßte technologische Errungenschaft war die Einführung des Farbfernsehens vor 30 Jahren. - Das ist nicht von mir, sondern so zitiert man den verehrten Herrn Schmoldt, der hier ja anwesend ist. In diesem Punkt hat er uneingeschränkt recht. Modernisierung heißt vielmehr, daß wir bereit sind, neue Wege zu gehen, daß wir moderne Technologien bejahen, daß wir ja sagen zu Innovationen. Es heißt auch, daß wir bereit sind, Risiken einzugehen, Risikobereitschaft mitbringen. Freiheit schließt Risiken immer mit ein. Es heißt aber letztendlich auch, daß Freiheit ohne Verantwortung nicht zu haben ist. Und unser Land braucht mehr Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, die bereit sind, auch ein Risiko einzugehen.

Da sind zum Beispiel die Selbständigen, die dies in besonderer Weise unter Beweis stellen. Deshalb ist es richtig, daß wir Selbständigkeit fördern. Das muß schon früh anfangen: in den Schulen, in der Berufsausbildung. Junge Menschen müssen Erfahrung mit Unternehmertum machen, und wir sollten ihnen dafür die Möglichkeiten schaffen.

Liebe Freunde, Modernisierung bleibt aber eine ständige Aufgabe. Denn wir wissen alle selber: Das, was gestern modern war, ist heute schon altmodisch. Das ist auch nicht weiter schlimm. Wir müssen nur darauf achten, daß wir uns modernisieren, daß wir up to date sind. Aber es gibt Bleibendes. Die Werte, die unsere menschliche Gesellschaft zusammenhalten, waren gestern richtig, sind es heute und werden es auch morgen bleiben. Deshalb gilt es, auch diese Werte herauszuarbeiten, zu verteidigen und zu vertreten: Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft, Achtung vor dem anderen, solidarisches Handeln.

Wir erheben den Anspruch, das 21. Jahrhundert menschlich zu gestalten. Ganz klar: Das schließt ein, daß wir uns auf Lösungswege zur Schaffung zukunftswichtiger Arbeitsplätze verständigen. Es heißt aber auch, daß wir deutlich machen, daß Arbeit mehr ist als bezahlte Arbeitsplätze. Hier denke ich an Familienarbeit, hier denke ich an das vielfältige ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement der Menschen in unserem Land. Hier wird doch unsere Gesellschaft geprägt. Das macht doch letztendlich das menschliche Klima in unserer Gesellschaft aus. Deshalb ist es für mich wichtig, daß wir die Familien fördern. Die Familie ist die Regenerationsquelle für die Menschen schlechthin.

Da kann ich nur sagen, daß die niedrige Geburtenrate, die wir haben, mir schon Sorgen macht. Weniger Kinder heißt weniger menschliche Beziehungen, heißt weniger Verantwortung, heißt auch steigendes Risiko der Einsamkeit, steigende Ausgaben der sozialen Sicherungssysteme. Deshalb war es richtig und dringend notwendig, daß wir in dieser Legislaturperiode auch auf anderem Gebiet eine wichtige Reform gemacht haben, nämlich im Bereich der Familienförderung durch die Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs. Jetzt stehen jährlich 12 Milliarden DM mehr im Rahmen des Kindergeldes den Familien zur Verfügung.

Ich unterstütze auch ausdrücklich die Weiterentwicklung unseres Rentenversicherungssystems, wie es Wolfgang Schäuble hier skizziert hat, um den Familien deutlich zu machen: Sie haben in uns die Unterstützer.

Liebe Freunde, braune und rote Diktaturen haben die Familie, haben freiheitlich-bürgerchaftliches Engagement, haben die bleibenden Werte in diesem Jahrhundert immer wieder bekämpft. Es war die Union, die diesen Werten eine politische Heimat gegeben hat. Vollbeschäftigung allein, hohe Wachstumsraten, technologischer Fortschritt reichen uns nicht aus. Deshalb sind erfolgreiche Modernisierer wertkonservativ. - Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat Herr Schreier.

Jürgen Schreier: Meine Damen und Herren, bei unserem Projekt Zukunftschancen hat das Kapitel „Wissen für die Zukunft“ eine ganz zentrale Bedeutung. Endlich kommt die Bildungspolitik wieder weg von der überkommenen Organisations- und Strukturdebatte. Endlich wenden wir uns wieder der viel wichtigeren Qualitätsdebatte im Bildungswesen zu. Das, meine Damen und Herren, ist der richtige Ansatz. Aber wir müssen aufpassen, daß wir nicht wieder gleich offene Flanken bieten.

Natürlich sind hochqualifizierte Arbeitnehmer, hochqualifizierte Unternehmer Voraussetzung für unsere Produkte, wie es im Leitantrag steht. Aber diese Aussage ist zu einseitig, sie reicht nicht aus. Am Anfang unseres Bildungskapitels darf nicht das Produkt stehen, an den Anfang unseres Bildungskapitels gehört der Mensch.

Bildung ist für uns doch mehr als Vorbereitung für den Arbeitsmarkt. Bildung muß für die CDU in erster Linie Persönlichkeitsentwicklung sein und dann erst Wirtschaftsfaktor.

Ein zweiter Punkt, der im übrigen nicht nur für die Bildungspolitik gilt. Wir müssen wieder klar machen, daß der Erwerb von Wissen mit Anstrengung und mit Arbeit verbunden ist, daß es

ohne Fleiß keinen Preis gibt. Der Erfolg kommt eben nicht von allein, er setzt Leistung, er setzt Anstrengung voraus. Diese einfache ganz wichtige, aber nach wie vor gültige Botschaft, ist in den letzten 20 Jahren in Vergessenheit geraten, wie unser mittelmäßiger Platz im internationalen Vergleich es uns so drastisch vor Augen führt. Wir dürfen also nicht nur fördern, wir müssen auch wieder fordern, und das gilt auch und gerade für die Leistungselite. Aber auch hier müssen wir achtgeben, daß unsere richtige Position nicht von vielen falsch verstanden und mißinterpretiert wird. Leistungselite in unserer Gesellschaft ist eben nicht beschränkt auf Weiße-Kragen-Elite, nicht beschränkt auf akademische Elite, es gibt auch praktische Eliten, die wir nicht ausgrenzen dürfen.

(Beifall)

Gerade die sind nämlich für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland von zentraler Bedeutung. Deshalb sollten wir nicht nur von Hochbegabten reden, sondern von besonders Begabten, denn die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt von seinen verschiedenen Eliten ab, im übrigen auch von den emotionalen Eliten, den Menschen mit Herzensbildung, wie es altmodisch, aber so schön verständlich heißt.

Bei aller Förderung von Eliten, das bereitet mir nicht die Hauptsorge. Die größte Herausforderung für unsere Gesellschaft ist die noch ausstehende Antwort auf die Frage: Was machen wir eigentlich in unserer Wissensgesellschaft mit denen, die in diesem Wissenskampf, bei diesem lebenslangen Lernen nicht mithalten können? Nicht, weil sie es nicht wollen, sondern weil es nicht können und weil sie den Anforderungen nicht gewachsen sind. Mit diesen jungen Leuten ohne Abschluß, mit schlechtem Abschluß, die früher erst gar keine Lehre gemacht haben, die als Hilfsarbeiter in die Fabriken gegangen sind, die haben jetzt weniger Chancen, weil es diese Einfacharbeitsplätze nicht mehr in dieser großen Anzahl in der Industrie gibt. Hier müssen wir Antworten finden, um diese Jugendlichen müssen wir uns nachhaltig kümmern. Das ist die tatsächliche Neue Soziale Frage im Bildungsbereich. Ansätze bietet der Leitantrag, aber es ist eben nicht nur ein Problem der Politik, sondern es muß auch in die Köpfe von Gewerkschaftern und in die Köpfe von Arbeitgebern.

Unser Zukunftsprojekt heißt nicht „Das 21. Jahrhundert gestalten“, unser Zukunftsprojekt heißt „Das 21. Jahrhundert m e n s c h l i c h gestalten“. Eine Politik zugunsten von Bildung und Ausbildung ist nicht nur die Grundvoraussetzung für unsere Wirtschaftskraft, sie rechtfertigt sich auch aus sich selbst heraus im Blick auf die Persönlichkeit des einzelnen und auf sein Selbstwertgefühl. Das ist die herausragende Zukunftsfrage, auf die wir als CDU gute und offene Antworten geben können.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Generalsekretär Herbert Reul.

Herbert Reul: Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich finde es toll und ich finde, es muß auch gewürdigt werden, daß die Bundes-CDU in dieser Zeit das Bildungsthema zu einem Topthema macht, deutlich macht, daß die Zukunftsfrage nicht nur eine Kostenfrage ist, sondern die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland ganz wesentlich davon abhängt, ob es uns gelingt, Menschen mit ausreichenden Qualifikationen zu versorgen. Es geht darum,

Menschen, Kinder, Jugendliche, gut, besser, am besten zu qualifizieren. Wir haben die Chance, dieses Thema klar nach vorne zu tragen. Einiges ist eben schon gesagt worden. Ich will es nur ergänzen.

Es gibt zwingenden Handlungsbedarf, liebe Parteifreunde, es gibt nämlich Fehlentwicklungen. Wenn Sie sich das Schulwesen in Deutschland ansehen, ist das nicht nur eine Frage der TIMSS-Studie, wo wir uns hinten auf den letzten Rangplätzen wiederfinden, sondern es hat auch etwas damit zu tun, was wir in die Schule alles hineinpacken. Ich finde, es ist an der Zeit, daß wir einmal prüfen, ob tatsächlich alles, was irgendwo in der Welt passiert, von der Schule erledigt werden muß oder ob wir uns darauf konzentrieren, daß das Wenige gut gemacht wird, wofür Schule zuständig ist, und daß wir nicht alles da reinräumen.

(Beifall)

In Nordrhein-Westfalen hat der grüne Minister Vesper, der Wohnungsbauminister, vorgeschlagen, im Schulunterricht auch noch Mieterkunde zu machen. Ich frage mich wirklich, wo wir hinkommen.

Man muß die Frage definieren, und dafür haben wir bei diesem Antrag eine Chance: Was ist eigentlich die Aufgabe von Schule, was soll Schule leisten, was soll sie machen? Soll sie alle Defizite, die zu Hause in der Erziehung auftreten, aufholen? Da überfordern wir Schule total. Ich wäre froh, wenn die Schule dafür sorgen würde, daß das, was Unterricht ist, ordentlich gemacht wird. Dann wären wir schon ein paar Kilometer weiter.

Das ist nämlich wichtig. Die Schule soll deshalb Unterricht leisten, soll deshalb Lernen vermitteln, Bildung vermitteln, weil das nicht so selbstverständlich stattfindet. Es gibt ein paar Bildungspäpste, die meinen, man könne das auch durch zufällige Begegnung mit den Stoffen erlernen. Nein, nein, Unterricht, geübtes, konzentriertes, sortiertes Lernen ist eine zwingende Voraussetzung. Systematisch muß das passieren, sonst wird man mit bestimmten Kenntnissen überhaupt nicht vertraut. Das kann man nicht dem Zufall überlassen. Die Gesellschaft muß doch ein nachhaltiges Interesse daran haben, daß das, was an Wissenstatbeständen da ist, weitergegeben wird, daß man nicht immer wieder bei Null anfängt, sondern daß aufgebaut wird, weitergegeben wird, daß Vorsprung erarbeitet wird.

Deshalb ist das, was im grün-SPD-bildungspolitischen Bereich stattfindet, eine Idee von einer Schule der Beliebigkeit. Bei uns haben die Grünen ein Programm verabschiedet, da steht drin: Morgens treffen sich Lehrer, Schüler, Eltern und, wenn es geht, auch noch der Hausmeister und überlegen gemeinsam: Was machen wir denn heute? - Wo kommen wir denn da hin, wenn Schule organisiert wird nach dem Prinzip der Zufälligkeit und Beliebigkeit? Es darf eben nicht sein, daß wir den Fachunterricht zur Disposition stellen, sondern es muß dafür gesorgt werden, daß er erhalten und gestärkt wird, wenn es richtig ist, daß da Defizite sind. Deswegen darf es nicht eine Schule der Beliebigkeit und der Zufälligkeit geben. Wir brauchen vielmehr eine Schule, die im Sinne des Wortes strukturierten Unterricht anbietet. Die Zukunft gehört nicht der Spaßschule, die Zukunft gehört der Leistungsschule in einer Leistungsgesellschaft. Das ist die Wahrheit, die ausgesprochen werden muß.

(Beifall)

Wir kommen da mit Schmuseeckenpädagogik nicht weiter. Wir sind schon ganz schön weit auf dem falschen Weg gelandet. Deswegen ist es klug, daß dieser Antrag die Qualität von Schule und Unterricht in den Mittelpunkt stellt. Der Vorredner hat es eben schon gesagt.

Im Mittelpunkt stehen muß auch der Teil Leistung. Das ist nichts, wofür man sich schämen muß, sondern es ist etwas, was selbstverständlich ist, was notwendig ist. In den einen Bundesländern werden die Noten abgeschafft, in anderen werden die Klassenarbeiten reduziert, im dritten Bundesland werden irgendwelche Rasterzeugnisse entwickelt, damit man Überblicke über Notenstände bekommt. Wo sind wir eigentlich hingekommen? Ich kann nur sagen, meine Töchter finden das sehr in Ordnung, daß sie ein Zeugnis mit Noten bekommen. Die halten nichts von diesem ganzen Gequatsche, daß das alles nur beschreibende Texte sein sollen. Die wollen wissen, woran sie sind, wo sie sind und was das heißt, ganz präzise, klar und deutlich.

(Beifall)

Im übrigen ist dieses Leistungskriterium auch ein wesentliches Kriterium für die Auswahl, von mir aus Selektion, in einer Gesellschaft, wer welche Position einnimmt. Es gibt und gab Gesellschaften, da wurde das über den Geldbeutel entschieden, es gibt Gesellschaften, da wird nach der Parteizugehörigkeit entschieden, wer was wird. Demokratische Gesellschaften entscheiden das an Hand des Leistungskriteriums. Ob du etwas bringst, und was du bringst, das entscheidet darüber, welche Position du in der Gesellschaft einnimmst. Das ist ein wesentliches Element von demokratischer Gesellschaft. Man braucht sich dafür nicht zu schämen. Wir müssen dafür kämpfen, daß Leistung wieder zum tragenden Prinzip in der Schule wird.

(Beifall)

Vielleicht hilft ein ganz banaler Satz, den einmal ein kluger Mensch ausgesprochen hat: Anstrengung kommt vor Erfolg, nicht nur in der Sache, auch im Alphabet. So einfach und so praktisch ist das.

Wir stehen vor der Gefahr, daß Schule zu einer Light- und Easy-Welle verkommt. Hauptsache, es ist gemütlich; Spaß muß es machen. Ich hätte nichts dagegen, wenn meine Töchter auf der Strecke auch noch etwas lernen, etwas mitnehmen, und dann, wenn sie aus der Schule herauskommen, mithalten können.

Schule entwickelt sich von Bundesland zu Bundesland - das hat etwas mit grün-roter Politik zu tun - immer mehr in Richtung der Infantilisierung von Unterricht. - Hauptsache schön und gemütlich muß es sein.

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen vorlesen, das mich entsetzt hat. Im Rahmen der Lehrerfortbildung von Nordrhein-Westfalen gibt es zu einer Übung folgenden Text - das ist ein Zitat und nicht von mir ausgedacht; bitte hören sie jetzt einmal sorgfältig zu -:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sitzen im Kreis.

Das ist übrigens eine Fortbildungsveranstaltung für Studienräte.

Es wird reihum gezählt und dabei jede Zahl, die eine Sieben enthält oder ein Vielfaches der Sieben ist, durch Bum ersetzt. Gelangt der Kreis ohne Schwierigkeiten über 30,

Nochmals, es sind Studienräte, die dort sitzen.

wird eine zusätzliche Zahl, zum Beispiel die Sechs, durch Bim ersetzt. Eventuell kann Acht auch noch durch Bam ersetzt werden.

Eins, zwei, drei, vier, fünf, bim, bum, bam, neun, zehn, elf, bim, dreizehn usw.

Bei einem Fehler beginnt die Runde noch mal von vorn mit Eins.

Da sitzen Studienräte zusammen. Fortbildung ist das in Nordrhein-Westfalen!

(Heiterkeit und Beifall)

Jetzt passen Sie auf: Der Leiter der Übung wird dann noch ordentlich ermahnt und ermuntert, sich durch eine eventuelle Verweigerungshaltung einzelner Teilnehmer nicht irremachen zu lassen. Denn die Scheu vor solchen Kinderspielen werde sich schon legen und die Atmosphäre sich lockern. Denn schließlich seien Fehler unproblematisch. Es scheidet ja am Ende keiner aus.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn das der Maßstab für Unterricht in Nordrhein-Westfalen oder in Deutschland ist, dann kann ich nur sagen: Nacht Mattes. Dann können wir es sein lassen. Dann schaffen wir die Schule besser ganz ab und lassen die Kinder zu Hause spielen.

Wir brauchen eine Rehabilitierung des Unterrichts und des Lernens, das auch Mühe kosten soll. Wir brauchen eine Initiative für Qualität und Leistung in der Schule. Die CDU leistet heute einen Superbeitrag dazu, daß das wieder stärker in die Köpfe der Menschen kommt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Otti Geschka, Tagungspräsidium: Als nächstes haben Herr Jungen und danach Heiner Geißler das Wort.

Peter Jungen: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es ganz toll, wie auf diesem Parteitag in vielen Redebeiträgen über die Selbständigkeit und die Aufforderung, sich selbständig zu machen, gesprochen wird. Der Bundeskanzler, Wolfgang Schäuble vorhin, Peter Hintze, Frau Nolte und auch die Vorvordnerin haben das getan. Der Bundeskanzler hat in der Neujahrsansprache 1996 das Thema für die CDU sozusagen besetzt. Das finde ich gut so. Ich hoffe, daß auch einige Selbständige hier im Saale sind. Ich will sie jetzt nicht bitten aufzustehen. Denn das sind möglicherweise noch zu wenige, als daß die CDU damit nach außen schon einen guten Beitrag leisten würde.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns aber einig darin sind, daß Arbeitsplätze nur noch von den kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen werden - daran besteht offensichtlich ja kein Zweifel -, dann müssen wir uns allerdings fragen: Wie schaffen wir es denn, diese Arbeitsplätze auch wirklich zur Verfügung zu stellen? Wenn es keinen Mangel an Arbeitgebern gibt, dann bedeutet das, daß wir für die Selbständigkeit mehr werben müssen, als wir das bisher getan haben. Dann müssen wir die Selbständigkeit vor allen Dingen fördern - aber nicht dadurch, daß wir einfach wieder neue Programme entwerfen, sondern dadurch, daß wir Hindernisse beseitigen, die einer Selbständigkeit entgegenstehen, und zwar in vielfältigen Berei-

chen der Gesetzgebung, in der Sozialgesetzgebung, im Arbeitsrecht und in der Frage der Beschaffung von Risikokapital. Kurzum: Wir müssen die Übergänge erleichtern, damit mehr junge Leute animiert werden, den Schritt zur Selbständigkeit auch wirklich zu tun.

Meine Damen und Herren, in der Praxis haben wir nach wie vor eine steuerliche Diskriminierung von Risikokapital. Wir wissen das alle. Wir fördern nach wie vor Immobilien - gerade auch in den neuen Ländern - über Sonderabschreibungen, die dann über Verlustzuweisungen dazu führen, daß der Einsatz dieses Kapitals möglichst sofort durch die eingesparten Steuern gedeckt wird.

Wenn aber jemand einen solchen Betrag risikoreich in einem Unternehmen anlegt, dann bedeutet das, daß, steuerlich gesehen, gar nichts geschieht. Wir müssen uns doch fragen, ob es richtig ist, daß wir sonntags immer fordern, mehr Risikokapital zu mobilisieren, und von montags bis freitags dieses Risikokapital steuerlich diskriminieren und es im Grunde steuerlich wie eine Briefmarkensammlung behandeln. Wenn Sie einen Anteil an einer GmbH kaufen, dann passiert, steuerlich gesehen, nichts. Wenn das Unternehmen in Konkurs geht, passiert, steuerlich gesehen, nichts. Wenn Sie den Anteil hinterher verkaufen, passiert je nach der Höhe des Anteils, steuerlich gesehen, auch nichts.

Meine Damen und Herren, ich meine, an dieser Stelle müssen wir unsere Prioritäten ernst nehmen und zumindest dazu kommen, daß Risikokapital steuerlich so behandelt wird wie die Anlage in alle anderen Formen. Denn wir haben heute eine klare Diskriminierung von Risikokapital gegenüber allen anderen Formen der Geldanlage, die wir uns vorstellen können.

Dies ist einer der wesentlichen Gründe dafür, daß wir in Deutschland zwar keinen Mangel an Kapital, aber einen Mangel an Risikokapital haben. Das müssen wir ändern. Wir müssen vor allen Dingen erreichen, daß mehr junge Menschen Zugang zu Risikokapital finden, wie das in anderen Ländern der Fall ist.

Im übrigen will ich sagen: Risikokapital anzulegen, ist nicht nur eine Sache von ein paar Unternehmern, sondern eine Sache von jedem. Jeder kann sein Sparkapital in Risikokapital anlegen. Daß das nur wenige tun, hat Gründe. Diese Gründe liegen möglicherweise in den Punkten, die ich Ihnen soeben genannt habe.

Es bringt auch wenig, daß wir die Banken auffordern, Risikokapital zur Verfügung zu stellen. Das ist nicht Sache der Banken. Im angelsächsischen Bereich ist das anders organisiert. Da gibt es Risikokapitalgeber, die sich allerdings steuerlich nicht diskriminiert vorkommen, wenn sie ihr Kapital in Neugründungen oder in wachsende Unternehmen anlegen. Da müssen wir ansetzen.

Ich darf noch einen zweiten Punkt anfügen. Wir alle sagen, es sei jetzt Zeit einzustellen. Peter Rauhen hat schon gestern darauf hingewiesen, daß man da ein bißchen differenzieren müsse. Das ist sicher richtig. Aber wer ist der Adressat? Wir sagen: Es sind überwiegend die kleinen und mittleren Unternehmen, von denen die Arbeitsplätze geschaffen werden. Wer ist das denn? Das sind Personen, die ihr eigenes Kapital einsetzen, ein hohes Risiko eingehen und anderen Menschen Lebens- und Beschäftigungsrisiken abnehmen, die also sozusagen Sorgen für andere übernehmen. Dann wird gesagt, es sei die Aufgabe dieser Unternehmer, zuerst Arbeitsplätze zu schaffen.

Ist das wirklich richtig? Ist es nicht in erster Linie Aufgabe der Unternehmer, Kunden zu suchen und zu finden, die Produkte und Leistungen abkaufen, die dann, wenn sie kostendeckend hergestellt werden können, zu Beschäftigung führen? Dann kann man Mitarbeiter einstellen, um diese Aufträge abzuarbeiten. Meine Damen und Herren, da müssen wir ansetzen.

(Beifall)

Aber wir dürfen Menschen nicht demotivieren, indem wir einfach fordern: Jetzt müssen die einstellen. Denn, wer ist das? Weshalb haben wir in Deutschland so wenige Selbständige? Wir liegen hier weit unter dem OECD-Durchschnitt und weit hinter Großbritannien. Wir liegen vielleicht bei acht bis neun Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. In England sind es um die 15 und in den USA knapp 20 Prozent. In einem Land wie Italien ist jeder vierzehnte selbständig. Bezogen auf Deutschland würde das etwa 5,6 Millionen Selbständige bedeuten. Wir haben aber nur knapp drei Millionen. Es sind fast drei Millionen Selbständige, die in Deutschland im Vergleich zu der Wirtschaftsstruktur Italiens fehlen.

Wir müssen uns doch die Frage stellen: Woran liegt es denn, daß das bei uns so unterschiedlich ist? Es war schon einmal anders. Wir hatten einmal 14 bzw. 15 Prozent Selbständige bezogen auf die arbeitsfähige Bevölkerung. Jetzt sind wir noch gut bei der Hälfte.

Meine Damen und Herren, wir sollten nicht immer sagen: Die anderen sollen sich selbständig machen. Wir müssen darüber nachdenken, weshalb es erstens so wenige sind und wer zweitens dazu einen Beitrag leisten könnte.

Selbständig zu werden ist in Deutschland im Gegensatz zu manchen Zugangsvoraussetzungen zur Universität nicht Numerus-clausus-behaftet. Das ist kein zugangsbeschränkter Beruf. Jeder kann sich selbständig machen. Ich möchte das nur einmal mitteilen, weil das möglicherweise vertraulich ist oder bisher geheimgehalten worden ist. Man wird auch nicht als solcher geboren - manche schon, indem sie etwas erben. Aber die meisten der Selbständigen sind diejenigen, die sich selber selbständig gemacht haben oder ein Unternehmen kaufen.

Meine Damen und Herren, ich hatte eine Vision bzw. einen Traum. Als ich heute morgen wach wurde, hielt das der Realität allerdings nicht stand. Ich hatte nämlich den Gedanken, daß wir alle einen Beitrag zu der Forderung, wir bräuchten mehr Selbständige, leisten. In diesem Saal - jetzt sind nicht alle hier - haben wir nach der Zählweise 1001 Delegierte. Jetzt stellen wir uns einmal vor, welche Aufmerksamkeit wir heute in den Abendnachrichten erreichen würden, wenn durch die Sender gehen würde, daß sich 500 der anwesenden Delegierten entschlossen hätten, sich heute selbständig zu machen,

(Vereinzelt Beifall)

und daß die anderen 500 von diesen, weil sie sich noch nicht trauen, eingestellt würden. So haben wir 500 mehr Selbständige und 500 mehr Arbeitsplätze. Jetzt werden Sie natürlich fragen: Was ist mit dem einen Delegierten, der noch übrigbleibt? Das ist der Bundeskanzler. Der soll sich natürlich nicht selbständig machen. Der muß Bundeskanzler bleiben, um das richtige Klima bis zur Bundestagswahl zu haben.

Meine Damen und Herren, Scherz beiseite: Ich meine, je mehr Unternehmer mit politischer Erfahrung und je mehr Politiker mit einer unternehmerischen Erfahrung wir haben, desto besser ist das für die Wirtschaft und die Politik in diesem Lande.

Die CDU, meine Damen und Herren, ist die einzige Partei in Deutschland, die eine Plattform bietet, auf der Arbeitnehmer und Unternehmer miteinander und nicht übereinander reden. Dort wirft man sich nicht gegenseitig vor, was die anderen immer falsch machen. Wir sollten in der Union die Chance nutzen, zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern diese Diskussion zu führen, die letztlich nicht nur im Interesse der Unternehmer, sondern auch im Interesse derjenigen ist, die hinterher eine Beschäftigung in unserem Lande finden können.

Meine Damen, wir wissen genau, was wir zu tun haben. Wir sollten es auch tun und uns nicht weiter über die Defizite beklagen. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Zunächst spricht Heiner Geißler und dann Rita Süßmuth. Danach wird die allgemeine Aussprache beendet sein. Ich mache schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir unmittelbar danach, also ohne Pause, in das Plenums-Forum einsteigen. - Heiner Geißler, bitte.

Dr. Heiner Geißler (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich möchte in meinem Beitrag etwas zum Wahlkampf sagen. Ich will nichts zu der Tatsache sagen, daß sich die Lagertheorie von Bundesparteitag zu Bundesparteitag immer mehr verfestigt. Ich will auch nichts zur Mannschaft sagen, obwohl wir viele gute Leute haben, die wir nicht verstecken sollten.

(Beifall)

Ich möchte Peter Hintze nicht nur auf Grund seiner Rede,

(Beifall)

sondern auch noch aus einem anderen Grunde gratulieren. Bundestagswahlen sind immer von den Parteien gewonnen worden, die erkannt haben, wie sich die Grundströmung der Meinung im Volke entwickelt. Bei dieser Beurteilung lagen wir auch schon einmal in den Jahren 1969 und 1972 falsch. Aber die CDU hat bei den allermeisten Bundestagswahlen erkannt - ich will jetzt nicht sagen: den Zeitgeist erkannt, obwohl das nach Hegel nichts Schlechtes ist, ganz im Gegenteil -, wo die eigentlichen Zukunftsprobleme liegen.

Auf einen Punkt gebracht: Das, was uns bewegt, ist die Tatsache, daß wir uns in einem Umbruch befinden, der so fundamental ist - Norbert Blüm, Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble haben es bereits gesagt - wie der Umbruch vor 200 Jahren. Ich meine die Globalisierung der Wirtschaft, die von den Menschen unglaublich viel an Flexibilität und Mobilität verlangt. Die Menschen erwarten deswegen von uns, daß wir politisch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese neue Welt mit einer Halbwertszeit des Wissens von fünf Jahren und mit einem gigantischen, global vernetzten Wissen - es gibt jährlich 22 Milliarden Zeitungsseiten; das entspricht dem Inhalt von 30 Millionen Büchern und der gesendeten Information von 15 000 Fernsehkanälen - eine menschliche Welt bleibt.

Unser Motto „Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten“ entspricht genau dem - deshalb habe ich vorhin gesagt, ich müsse Peter Hintze gratulieren -, was die Menschen von uns erwarten.

(Beifall)

Die Frage ist, ob wir als CDU den Menschen bis zur Wahlentscheidung diesen Eindruck glaubhaft vermitteln können.

Ich habe eine Sorge. Auch deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet. Die Existenz von politischen Organisationen und ihre Zukunftsaussichten stehen und fallen mit ihren Ideen. Die Ideen haben die Welt bewegt. Auch die Politik der Nachkriegszeit, unsere eigene Politik, ist von Ideen geprägt worden. Unsere Ideen haben die Politik der vergangenen 40 bis 45 Jahre bestimmt: Europa, Soziale Marktwirtschaft, deutsche Einheit und christliches Menschenbild.

Das Problem der Altliberalen, unseres Koalitionspartner - damit ist das Problem auch ein Problem der Koalition -, besteht darin, daß sie zum Beispiel die Soziale Marktwirtschaft - Helmut Kohl hat das gestern noch einmal unterstrichen -, nicht als Erfordernis der Integration von Freiheit und Brüderlichkeit erkannt haben. Sie meinen, menschliche Werte würden sich sozusagen automatisch aus dem Markt ergeben. Aber wenn es nur noch um Markt und Wirtschaft geht und wenn die Menschen den Eindruck haben, daß diejenigen, die die politische Verantwortung tragen, dieser Auffassung sind, dann bleiben Kultur, Geist, Tradition, Grundwerte und natürlich auch Menschenrechte und Gerechtigkeit auf der Strecke.

(Beifall)

Diese Auffassung kann sich eine kleine Partei erlauben. Aber Ethik und Moral als Grundlage einer solidarischen Gesellschaft sind dann gefährdet.

Es ist in allen Reden zum Ausdruck gekommen, daß wir uns auf unsere Werte besinnen müssen. Konkret ist damit gemeint: Religionsunterricht in unseren Schulen und das christliche Menschenbild, das schon von Helmut Kohl angesprochen worden ist. Wir hatten in dem letzten Jahr eine Auseinandersetzung über das Aufhängen von Kreuzen in den Schulen. Diese Frage hat uns alle mehr oder weniger bewegt: Gehören Kreuze in die Schulzimmer?

Ich will mich nicht ausführlich damit auseinandersetzen, was dagegen gesagt worden ist. Es ist zum Beispiel gesagt worden, daß man Gott in seinem Innern suchen müsse, daß man dazu keine staatlichen Veranstaltungen brauche und daß man Gott auch in der Natur finden könne. Darauf sage ich nur: Wer Gott statt in der Kirche in der Natur sucht, der soll sich gefälligst vom Oberförster beerdigen lassen.

(Heiterkeit und Beifall)

Auf der anderen Seite müssen wir vielleicht einmal hinterfragen, ob die Forderung, daß wir unsere Politik nach dem christlichen Menschenbild ausrichten sollen, die Frage beinhaltet, wie viele Kreuze in den Schulzimmern hängen sollen. Ist es nicht vielleicht richtiger, die Frage zu stellen - und sie dann auch zu beantworten -, was derjenige, der an dem Kreuze hing, zu unseren konkreten Problemen heute sagen würde? Würde er zum Beispiel sagen, daß das Boot voll ist? Oder würde er sagen, daß die Arbeitslosen Faulenzer sind? Entsprechend

de Aussagen gibt es ja. Würde er sagen, daß diese Wirtschaftsordnung, wie sie sich präsentiert, in Ordnung ist?

Die zehn reichsten Familien auf der Welt haben ein Vermögen von 360 Milliarden DM. Das entspricht dem Bruttosozialprodukt von 70 Staaten. Das heißt, diese zehn Familien haben ein Vermögen, das so hoch ist wie das, was 420 Millionen Menschen an Werten, Produkten und Dienstleistungen im Jahr erarbeiten.

Die Folge der Globalisierung ist, daß sich die Ökonomie von dem Sozialen emanzipiert. Plötzlich werden Werte als absolute Maßstäbe gesetzt, die vorher ethisch eingeschränkt waren. Ich nenne den Shareholder-value, die Dividende am Ende des Jahres und den Aktienkurs. So bekommen die Menschen den Eindruck, sie erlebten einen wüsten Tanz um das goldene Kalb.

Das ist eine für uns sehr gefährliche Entwicklung. Während die Aktienkurse nach oben gehen, nach oben rasen, gibt es bei den Löhnen Nullrunden, und die Zahl der Arbeitslosen steigt. Die „Süddeutsche Zeitung“ hat vor einem halben Jahr eine Schlagzeile getitelt, die lautete: Hiobsbotschaften am Arbeitsmarkt sind Siegesmeldungen an der Wall Street. - Da brauchen wir aber gar nicht nach Amerika zu gehen. Als Bernhard Jagoda im Februar die Arbeitslosenzahlen bekanntgegeben hat, ist in derselben Abendsendung mitgeteilt worden, daß der Dax-Index um 20 oder 30 Punkte gestiegen ist. Eine große Weltfirma hat vor nicht allzu langer Zeit eine Presseerklärung abgegeben, die lautete: Wir haben 2,6 Milliarden DM Gewinn gemacht, müssen aber 2000 Leute entlassen. - Da sage ich Ihnen das eine: Eine solche Wirtschaftsordnung ist auf die Dauer nicht konsensfähig, und wir als CDU dürfen uns damit nicht identifizieren.

(Beifall)

Es muß ja gar nicht stimmen - und es stimmt ja auch nicht; ich bin doch nicht blauäugig -, daß die Zukunft eines Unternehmens durch Massenentlassungen gesichert wird. Aber es reicht, wenn es genügend Leute mit Geld gibt, die so etwas glauben und dann solche Aktien kaufen. Massenentlassungen als positiver psychologischer Faktor an der Börse, das kann eben dazu führen, daß mehr Leute entlassen werden, als es betriebswirtschaftlich notwendig wäre. Das ist der eigentliche Skandal.

Was wir konkret tun müssen, hat Wolfgang Schäuble dargestellt. Dem will ich nichts hinzufügen. Nur, diese Entwicklung ist für uns eine ganz ernste Angelegenheit, denn wir sind hier auf diesem Bundesparteitag versammelt, und wir bestätigen uns auch gegenseitig, daß das, was wir sagen und wollen, richtig ist; die Frage ist aber, ob die Leute draußen das so sehen und ob eine solche Entwicklung, wenn wir sie ungesteuert treiben lassen, nicht Folgen hat, nicht nur für unsere Partei, sondern darüber hinaus auch für unser demokratisches Verständnis.

Die Soziale Marktwirtschaft, die den geordneten Wettbewerb kennt, ist angewandte Aufklärung. Sie beruht auf der Erkenntnis und der Einsicht, daß sich nur Menschen, die eine Wohnung, einen Arbeitsplatz und damit auch eine materielle Zukunft haben, langfristig die Demokratie zu eigen machen und sie lebendig halten. Ohne soziale Sicherheit gibt es auch keine politische Freiheit, also keine Demokratie.

Die Bedrohungen durch radikale Strömungen und Ideologien nehmen zu. In Amerika haben wir eine weitgehend grassierende Verarmung der Mittelschicht. Das fängt bei uns auch an.

(Zurufe: Nein!)

Es fängt bei uns auch an!

(Weitere Zurufe: Nein!)

Dann zitiere ich einmal das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das erst vor drei Wochen erklärt hat - und es hat doch keinen Wert, die Realität zu verdrängen -, das Armutsrisiko - das Risiko! - reiche heute bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein. Das sagt ja nun kein Institut, das man einfach auf die Seite schieben kann. Das kann man ja auch beweisen. Warum reden wir denn darüber? Netto haben die Leute immer weniger. Das ist doch der Punkt! Die Löhne wachsen, wenn sie wachsen, langsamer; sie wuchsen zuletzt langsamer als die Preise. Die Nettoeinkommen haben sich doch nicht erhöht. Die Sozialabgaben und die Steuern steigen. Zwar sind die Steuersätze hoch, aber wir haben Steuervergünstigungen, die es denjenigen, die die Möglichkeit haben, erlauben, sich den hohen Steuern zu entziehen. Der Normalverdiener hat diese Möglichkeit nicht. Er zahlt immer mehr Steuern und Sozialabgaben.

Diese Situation des normalen Arbeiters ist doch der Grund dafür, daß wir die Steuerreform haben wollen, eine Steuerreform mit niedrigeren Sätzen und dem Abbau der Steuerprivilegien. Die Sozialdemokraten, die diese Reform verhindert haben, begehen ja damit nicht nur eine soziale Ungerechtigkeit, sondern wenn das, was ich gesagt habe, richtig ist, gefährden sie damit auch die Grundlagen der Demokratie. Das muß man erkennen!

(Beifall)

Wir machen doch die Steuerreform nicht umsonst; und wir verlangen z. B. bei der Rentenreform, daß wir die direkte Belastung der Arbeitskosten absenken. Auch dies ist von den Sozialdemokraten verhindert worden. Ich habe in der Zeitung gelesen, daß sich Herr Scharping darüber beschwert, daß die Reichen, wie er sagt, bei uns keine Steuern zahlen. Da muß ich Wolfgang Schäuble völlig recht geben: Sie zahlen keine Steuern, weil die Steuergesetzgebung es ihnen erlaubt.

Darin ist natürlich ein Problem versteckt. Diese Leute nehmen für sich selbst die teure Infrastruktur selbstverständlich in Anspruch, aber deren öffentliche Finanzierung torpedieren sie dadurch, daß sie keine Steuern zahlen. Es geht nicht an - das ist auch wahr -, daß viele Unternehmer dort Steuern zahlen, wo das am billigsten ist, dort leben, wo es am schönsten ist, und ihre Kinder dort in die Schulen schicken, wo die am besten sind. Daß das, vom Staatsbürgerlichen her gesehen, Mißbrauch ist, das kann man ja schlecht bestreiten, aber dafür, daß dieser Mißbrauch auch in der Zukunft möglich ist, tragen wieder diejenigen die Verantwortung, die eine Realisierung der Steuerreform jetzt verhindert haben.

(Beifall)

Man muß einmal die gesellschaftspolitischen und die ethischen Auswirkungen dieses Ver-säumnisses klarmachen. Es geht ja nicht nur darum, daß wir hier ökonomisch etwas nicht bewerkstelligen können, was wir eigentlich so bald wie möglich machen müßten, sondern weil dies so ist, wird diese ganze Wirtschafts- und Steuerordnung immer weniger konsens-fähig, und wir laufen Gefahr, daß die Unordnung, die hier zum Tragen kommt, uns angela-stet wird, uns, die wir an der Regierung sind. Deswegen muß diese Diskussion grundsätz-lich geführt werden.

Lieber Jürgen Rüttgers, es ist nicht so, daß diejenigen, die bereits arbeitslos geworden sind, möglicherweise das eigentliche Problem darstellen, auch nicht die Sozialhilfeempfänger. Das ist auch in Amerika nicht der Fall. Eine unkalkulierbare politische Sprengkraft liegt vielmehr in der Furcht vor Deklassierung, wie sie sich jetzt in der Mitte der Gesellschaft ein bißchen wei-ter ausbreitet. Das Hamburger Beispiel mit der Zunahme des Rechtsradikalismus ist natürlich ein Symptom für diese Entwicklung.

Das ist genau der Vorgang, den wir in Amerika beobachten können. Es ist nicht die Armut, von der zunächst die Gefahr für die Demokratie ausgeht, sondern es ist die Angst vor der Armut, die Angst vor der Arbeitslosigkeit. Deswegen müssen wir den Menschen durch die Maßnah-men und die Entscheidungen, die wir eingeleitet haben, diese Angst nehmen.

Ich würde im übrigen empfehlen, hier nicht das Beispiel der Konservativen in England nach-zumachen. Man kann schwierige Operationen nur im Konsens machen. Konfrontationsmo-delle sind in den vergangenen Jahren gescheitert. In all den Ländern, die man uns als Bei-spiele vorgibt, in den Niederlanden, in Schweden, in Dänemark gibt es Konsensmodelle, die von allen zusammen - Regierung, Gewerkschaften, Unternehmern - realisiert worden sind.

Verelendung, mangelnde Perspektiven, Hoffnungslosigkeit und Chancenlosigkeit, das be-günstigt auch Analphabetismus und Kriminalität. Von den Amerikanern kann man all das ler-nen, was Jürgen Rüttgers und viele andere vorhin schon gesagt haben: mehr selbständige Existenzen und wie man bei den modernen Technologien und den damit verbundenen Dienst-leistungen Arbeitsplätze schafft. Das kann man von den Amerikanern lernen, aber Sozialpoli-tik kann man von ihnen nicht lernen.

(Zustimmung)

Die amerikanische Erziehungsministerin hat nicht umsonst gesagt, daß sie die Rate der An-alphabeten in Amerika inzwischen auf 20 oder 25 % schätzt. Die Rate der Kapitalverbrechen - morgen reden wir darüber - liegt in Amerika pro 100 000 Einwohner bei 12, bei uns bei 2,5. Armut, Hoffnungslosigkeit, Perspektivlosigkeit, das produziert nach aller Erfahrung eben An-alphabetismus und Kriminalität und damit langfristig politische Radikalität. Deswegen können wir uns diese Wirtschaftsordnung nicht zu eigen machen.

Der Wirtschaftswissenschaftler Walter Eucken, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, Herr Murmann, Herr Walther Leisler Kiep - er sitzt hier vorne -, hat über die Soziale Marktwirt-schaft gesagt: Eine Wirtschaftsordnung muß nicht nur effizient, sie muß auch menschenwür-dig sein. Wir dürfen die Diskussion um die Standortfrage nicht so führen, als ginge es uns gar nicht um die Menschen. Den Eindruck haben jedoch manche Diskussionen erweckt. Der

Markt ist eben nicht alles. Daimler-Benz - das größte Lkw-Werk Europas ist in meinem Wahlkreis - könnte mit seinem ganzen Kapital absolut nichts anfangen - es wäre nichts wert -, wenn es nicht Menschen gäbe, die mit diesem Kapital Autos bauen, die so gut sind, daß andere Menschen diese Autos kaufen.

(Beifall)

Deswegen hat Pischetsrieder von BMW völlig recht, der gesagt hat: Meine Aktien, mein Kapital, das alles ist für mich wichtig, aber das wichtigste Kapital sind für mich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sollten das als Christliche Demokraten auch sagen.

Wolfgang Schäuble hat vorhin gesagt, das Kapital sei beweglich, die Arbeit weniger mobil. Der Konflikt ist nach wie vor da. Wir haben ihn mit der Sozialen Marktwirtschaft human gelöst.

Die Kommunisten wollten diesen Konflikt dadurch lösen, daß sie das Kapital eliminiert und die Kapitaleigner liquidiert haben. Wir dürfen uns nicht der Gefahr aussetzen, daß bei uns der Eindruck entsteht, jetzt würde das Kapital die Arbeit eliminieren und die Menschen am Arbeitsplatz liquidieren. Kommunismus und Sozialismus sind genauso falsch wie der Kapitalismus. Was wir brauchen, ist der mittlere Weg, der Königsweg der Sozialen Marktwirtschaft.

Das bedeutet heute angesichts der Globalisierung unserer Wirtschaft eine internationale Marktwirtschaft. Wir müssen versuchen, auf die Globalisierung der Ökonomie eine soziale Antwort zu geben. Da stehen wir erst am Anfang. Aber wir sollten nicht den Fehler machen, den unsere Vorfahren vor 200 Jahren gemacht haben, indem sie das Problem gar nicht erkannt haben. Das Ergebnis war das Kommunistische Manifest im Jahre 1848: „Ein Gespenst geht um in Europa, der Kommunismus.“ Weil die damals Verantwortlichen die Brisanz der alten sozialen Frage nicht kapiert hatten, haben die beiden diese Antwort mit einer unglaublichen politischen Wirkung geben können. Dann hat es 140 Jahre gedauert, nämlich bis zum Jahre 1989, bis die letzten Fetzen dieses Gespenstes verscheucht waren.

Wir sollten nicht zu denen gehören, die die Fehler der Weltgeschichte zwei- oder dreimal machen, damit man sie besonders gut beherrscht.

(Beifall)

Eine Wirtschaftsordnung wie in den Vereinigten Staaten oder in England sollte man uns nicht als Vorbild empfehlen. Eine Gesellschaft für zwei Drittel der Menschen wie in England, wo die Gelegenheitsarbeiter von einem Kündigungstermin zum anderen leben, hat mit unserem christlichen Menschenbild so viel zu tun wie Margaret Thatcher mit Mutter Theresa.

(Beifall)

Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Das Wort hat Rita Süßmuth.

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Frau Präsidentin! Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Wenn das Motto unseres Parteitags „Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten“ heißt, muß ich sagen: Wenn ich in die Gesichter schaue und die Reaktionen auf diesem Parteitag mir vor Augen führe, dann habe ich sehr wohl gemerkt, wie wichtig es ist, Politik zu erklären, deutlich

zu machen, wo wir stehen und wie es weitergeht. So wie die Menschen eine Perspektive brauchen, so gilt das auch für die Mitglieder der CDU, die als Delegierte von diesem Parteitag etwas mit nach Hause nehmen wollen.

Wenn es um die Beantwortung der Frage geht, ob die Politik abgedankt hat, dann hoffe ich, daß die Tage in Leipzig Ihnen deutlich machen: Ganz im Gegenteil; je gravierender die Veränderungen, je größer die Probleme desto zentraler die Aufgabe der Politik in der Demokratie. Wer meint, die Politik habe abgedankt, ist auf einem völlig falschen Dampfer.

Die Zivilisation der Menschheit hat immer entscheidend mit Politik zu tun gehabt, mit den Vereinbarungen, die Menschen darüber getroffen haben, wie sie jetzt und in Zukunft leben wollen, im Kleinen und im Großen. Deswegen ist „menschlich“ mehr als nur ein Wort, das wir auch noch in das Motto dieses Parteitages aufgenommen haben. Wie die Welt aussieht, hängt entscheidend von uns Menschen ab. Ob sie menschenverträglich gestaltet wird, hängt ebenfalls von uns Menschen ab. Und hier wiederum ist entscheidend das Engagement und die Qualität, die die Bürgerinnen und Bürger in die Politik der staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen einbringen. Wenn wir uns das wieder zu eigen machen, dann hat der Satz, daß Demokratie täglich neu erkämpft werden muß, einen viel größeren Stellenwert, als wir uns das in Sonntagsreden klarmachen.

Was ist mir dabei wichtig? Heiner Geißler und andere haben es angesprochen: Es geht darum, deutlich zu machen, welche Stärken in den Menschen der Bundesrepublik liegen. Man kann nicht zweiter im Export sein, man kann nicht in wenigen Jahren immense Vereänderung in der Wirtschaft herbeiführen, wenn es hier nicht leistungsfähige und verantwortliche Menschen gibt. Da ist die Leistungskraft der Unternehmer wie der Arbeitnehmer.

Trotzdem ist es auch wichtig, die Defizite zu benennen. Deswegen ist für mich ganz entscheidend, daß wir uns klarmachen: In unserem Leitantrag ist zwar kaum von der Familie, von den kleinen Lebenswelten die Rede. Aber wenn wir dort nicht die entscheidenden Investitionen tätigen, dann fehlt es an Menschen, die in ausreichendem Maße befähigt sind zur menschlichen Gestaltung der Zukunft. Wenn das nicht erfolgt, bleiben wir die Antwort auf die Frage schuldig: Wo sind die Kinder eigentlich erzogen worden, wo ist menschliche Kraft in sie hineingelegt worden?

(Beifall)

Ich will Ihnen ein Zweites sagen. Wir reden heute nachmittag über unser Bildungswesen. Im Unterschied zu anderen Bereichen haben wir gerade in diesem Bereich einen Nachholbedarf, was die Reform von Bildung und Hochschule angeht. Herr Reul, ich möchte Ihnen an einer Stelle widersprechen. Ich bin für Leistung an den Schulen, ich bin für guten Unterricht. Aber eine Schule, die es versäumt, erziehenden Unterricht zu erteilen, verfehlt ihren Bildungsauftrag.

(Beifall)

Ich glaube nicht, daß wir in Deutschland einen Mangel an Unterrichtsbereitschaft haben. Aber was wird denn aus einer Nation, wenn sie nicht mehr erzogen ist, wenn sie nicht mehr weiß, wie sie mit Wissen verantwortlich umgeht, wenn sie nicht mehr weiß, daß es nicht nur um Ge-

winne in Deutschland geht, sondern daß wir auch verantwortlich sind - das haben amerikanische Schülerinnen und Schüler früh gelernt - für Arbeitsplätze im eigenen Land? Das ist mehr als Shareholder-value. Der Amerikaner weiß sehr wohl, daß er mit Arbeitsplätzen im eigenen Land viel weniger Gewinne erzielt als mit jenen, die er global errichtet. Aber er weiß, daß er seinem Land Arbeitsplätze schuldet.

Das gilt auch für unser Land. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit es attraktiv ist, in der Bundesrepublik zu wirtschaften und Arbeitsplätze zu schaffen. Es gibt aber auch eine Verpflichtung gegenüber den Menschen im eigenen Land. Wenn ich das nicht in der Familie, in der Schule, im Betrieb und an unseren Bildungs- und Weiterbildungsinstitutionen lerne, wo denn dann? Deswegen ist Erziehung für mich nicht weniger wichtig als Unterricht. Bildung ist mehr, als den Menschen im Kopf zu qualifizieren.

(Beifall)

Dazu gehört dann auch - Minister Rüttgers wird das heute nachmittag erläutern -: Viele praktische Fähigkeiten, wenn sie erst einmal entwickelt sind, machen den Menschen auch wieder empfänglicher für theoretische Fähigkeiten. Wenn wir in unserem Hochschulsystem mehr Verbindung zwischen Theorie und Praxis hätten, wäre unsere Ausbildung auch praxisbezogener und kürzer.

(Beifall)

Das nächste, was mir wichtig ist und was ich ansprechen möchte: Wir sagen, unsere Schulen müssen sich verändern. In einigen Ländern geht man her und betreibt das mit einer wahnsinnigen Schelte der Pädagogen. Was meinen Sie, wie sehr die Frauen und Männer danach rufen, daß ihnen endlich wieder ein Stück mehr Autorität gegeben wird, damit sie das tun können, was die jungen Menschen brauchen?

(Beifall)

Wenn ich überhaupt nicht mehr wagen darf, eine einzige Maßnahme mit Autorität durchzusetzen, dann ist die Welt ins Gegenteil verkehrt worden. Dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Lehrkräfte fragen: Wie schütze ich mich vor Gewalt in den Schulen?

Ich verkenne überhaupt nicht das, was gestern angesprochen worden ist: wie sehr junge Menschen nach positiven Werten streben. Aber die fallen nicht vom Himmel, die müssen eingeübt und durchgesetzt werden. Und wenn Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr die Autorität haben, sie durchzusetzen, dann sind sie eben sozusagen ins Loch gefallen. Deswegen ist es notwendig, daß wir sie mit Autorität im demokratischen Staat ausstatten.

(Beifall)

Ich möchte noch eines anfügen: Viele der Ängste der Menschen gründen sich in Verstehensproblemen. Unsere Welt ist äußerst kompliziert, komplex geworden. Das gilt auch für einen Bereich, den ich im Leitantrag vermissem, nämlich die naturwissenschaftlich-technologische Entwicklung. Überhaupt gehört die moderne Naturwissenschaft ebenso zu den „basic skills“ wie die Kulturdisziplinen. Insofern ist es schon abenteuerlich, daß wir in Deutschland keinen festen Lehrplan mehr haben für die Literatur, die jeder Schüler gelesen haben sollte,

(Beifall)

weil sie in der europäischen Tradition Bestand haben und für die Zukunft behalten werden.

Gegenwärtig wird die Rechtschreibreform mit vielen Emotionen verbunden. Auch das gründet sich in der Sorge der Menschen, daß es mit der Qualität der Sprache bergab geht und daß über Sprache entschieden wird, ohne daß eine breite Aufklärung oder gar Beteiligung stattgefunden hätte. Ich sage Ihnen ferner zu den Naturwissenschaften: Wir müssen große Anstrengungen unternehmen, um das, was immer weniger vorstellbar ist - die moderne Forschung ist nicht mehr zum Anfassen -, wieder anfaßbarer zu machen. Es gibt genügend Mittel - im Wege des Films, von Vergrößerungen und durch Exponate -, um dies möglich zu machen.

Dazu gehört, daß wir die Begeisterung stiften, die ich in vielen asiatischen Ländern erlebe: Zwar ist Lernen mit Verzicht auf anderes verbunden, aber es braucht auch Begeisterung. Denn es kommt nichts ohne Anstrengung und Hingabe zustande - ohne daß man Verzicht leistet. Aber man muß auch für das Lernen begeistern. Dies geht nicht, wenn wir schon während der Arbeit auf die Freizeit warten und wenn Arbeit keinen Spaß mehr macht.

Wir erleben bei immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: Je mehr sie selbstverantwortlich mitentscheiden, weil sie mitdenken, desto höher ihre Motivation und ihre Freude an der Arbeit. Das sollten wir nicht vernachlässigen.

(Beifall)

Noch eines zum Leitantrag: Wir können die Welt nur mit den Menschen bewegen. Deshalb ist die wichtigste Investition die Investition in die Menschen. Aber bedenken wir dabei, nicht immer nur - was wir allzu gerne tun - geschlechtsneutral zu formulieren. Es geht um Frauen und Männer, um Jüngere und Ältere. Nennen wir sie häufiger beim Namen, sonst ist immer ein Teil ausgegrenzt! Der Begriff „die Menschen“ ist so allgemein, und niemand fühlt sich angesprochen.

Zum menschlichen Gestalten gehört das Prinzip der Partnerschaft von Frauen und Männern in allen Bereichen. Wenn wir das begriffen haben, dann streiten wir uns auch nicht ständig darum, wo sie richtig am Platz sind. Wir brauchen sie überall, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Wenn wir in der Weise fortfahren, wie wir in diesen Tagen unsere Probleme, unsere Zukunft diskutieren, dann sind wir auch in der Lage, den Menschen eine Perspektive zu geben. Das Sichanstrengen muß in eine Perspektive einmünden, sowohl im Bereich der Bildung als auch insbesondere im Bereich der Arbeit. Deswegen wiederhole ich hier: Alle Anstrengungen, die gegenwärtig unternommen werden, um nicht Arbeitslosigkeit, sondern an erster Stelle Arbeit zu finanzieren, dienen dazu, daß jeder, der arbeiten kann, seinen Platz in der Gemeinschaft einnimmt. Das schafft mehr Perspektive, als einfach nur zu sagen: Irgendwie bist du sozial abgesichert.

(Beifall)

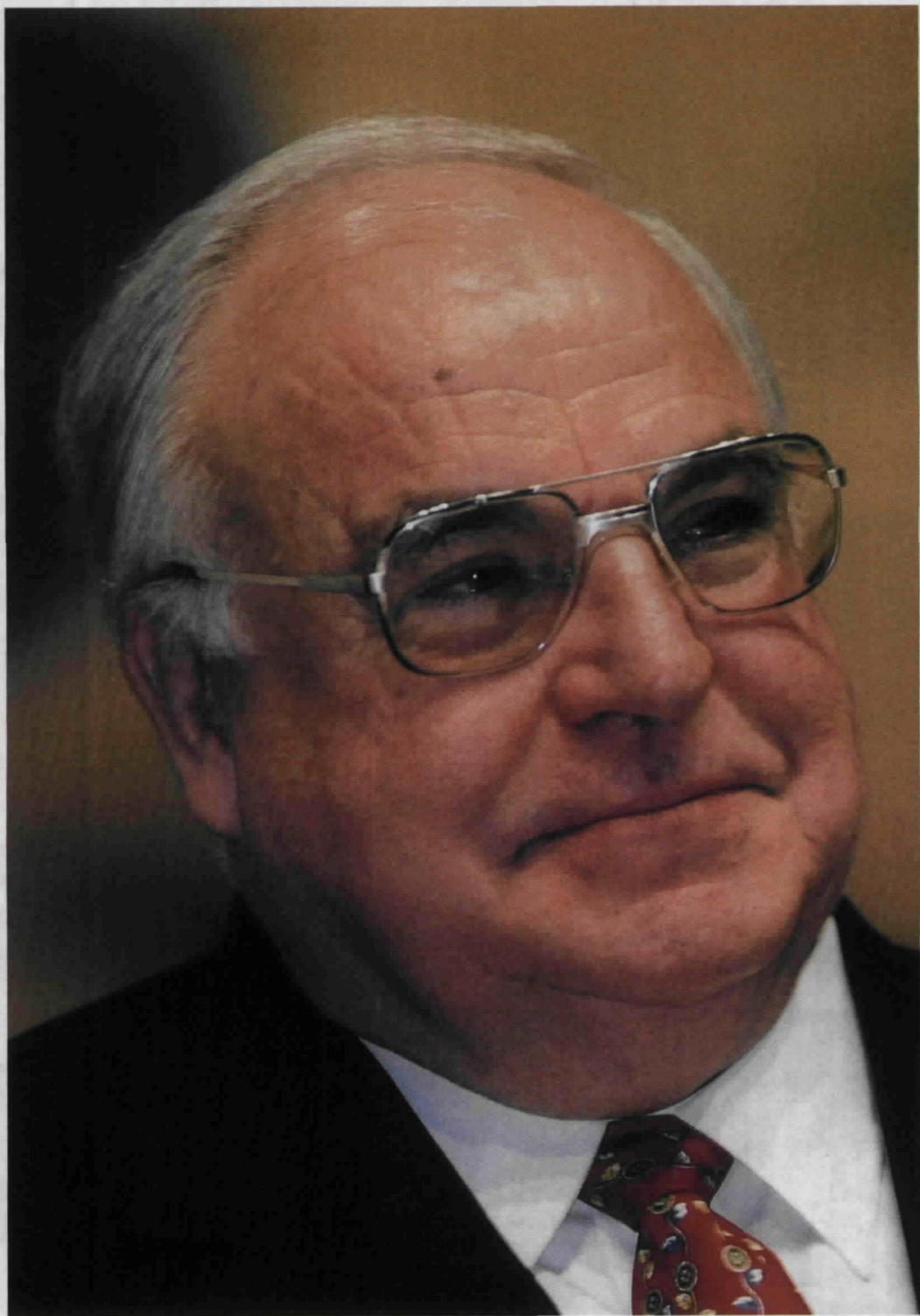
Mit der Perspektive, daß jeder Mensch seinen Platz, aber auch seine Aufgabe in der Gemeinschaft hat, erwecken wir mehr Vertrauen und gewinnen verlorenes zurück, zumal wir gegenwärtig in der Bundesrepublik erleben, daß wir viel von unseren Nachbarn lernen können. Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal. Mir ist es im Moment wichtiger, die Augen in Richtung Großbritannien, die Niederlande - die übrigens auch das beste Bildungssystem gegenwärtig haben -, die USA und Asien zu richten, um zu erfahren, was wir lernen können, als von vornherein zu entscheiden, was wir nicht übernehmen können. Denn nur in der Offenheit kommen wir weiter, nicht in der Abgrenzung nach außen hin.

Im übrigen gilt es, die Lösung der Probleme, die wir erreicht haben, nicht für uns zu behalten, sondern sie europa- und weltweit einzubringen. Das wünsche ich mir von unseren Anstrengungen und unserer Arbeit.

(Beifall)

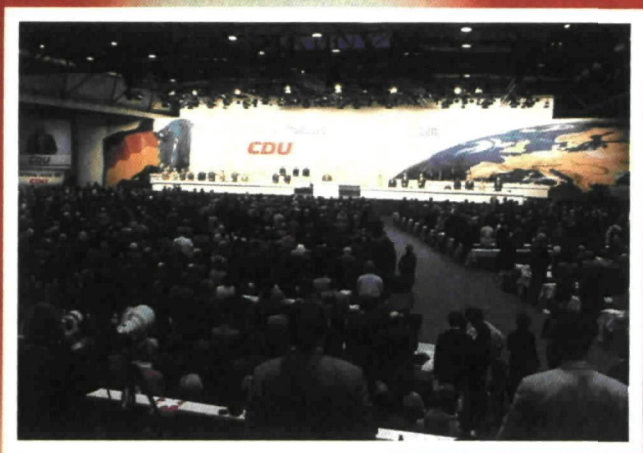
Dr. Annette Schavan, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Damit, meine Damen und Herren, ist die allgemeine Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs beendet.

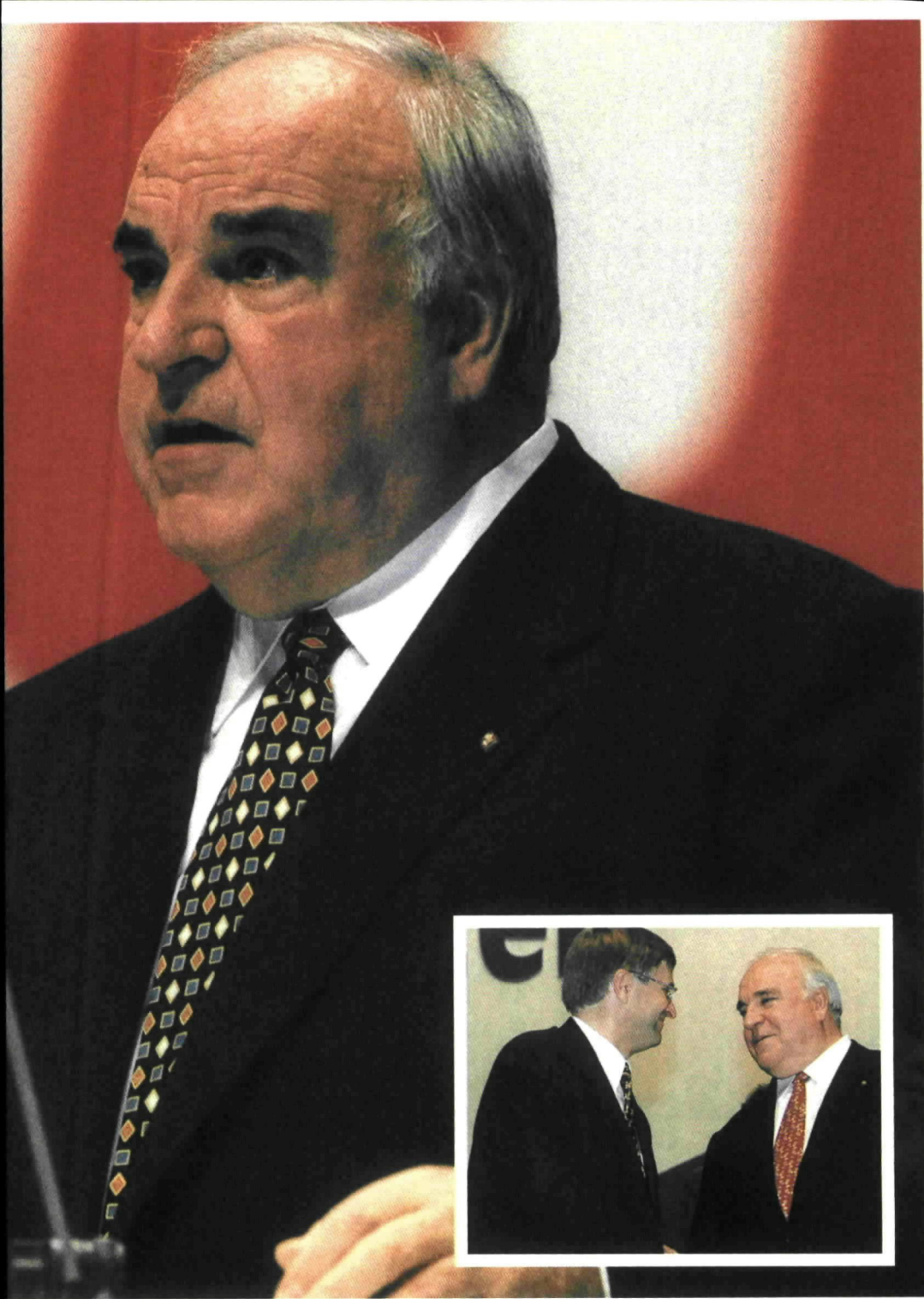
Wir treten jetzt - ohne Pause - in das Plenumsforum ein. Es werden lediglich die Namensschilder aufgestellt und kleine Umbauten vorgenommen.

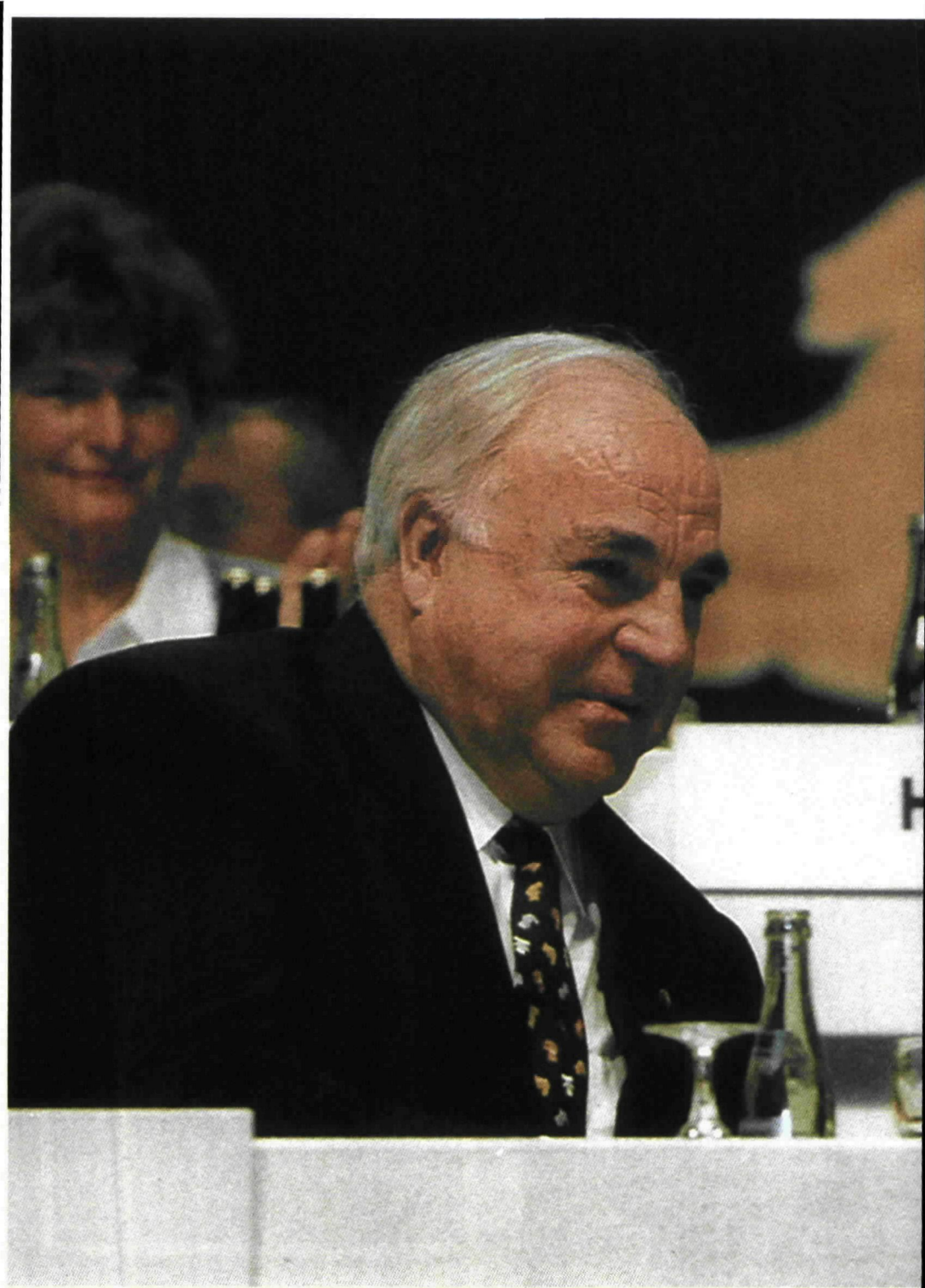














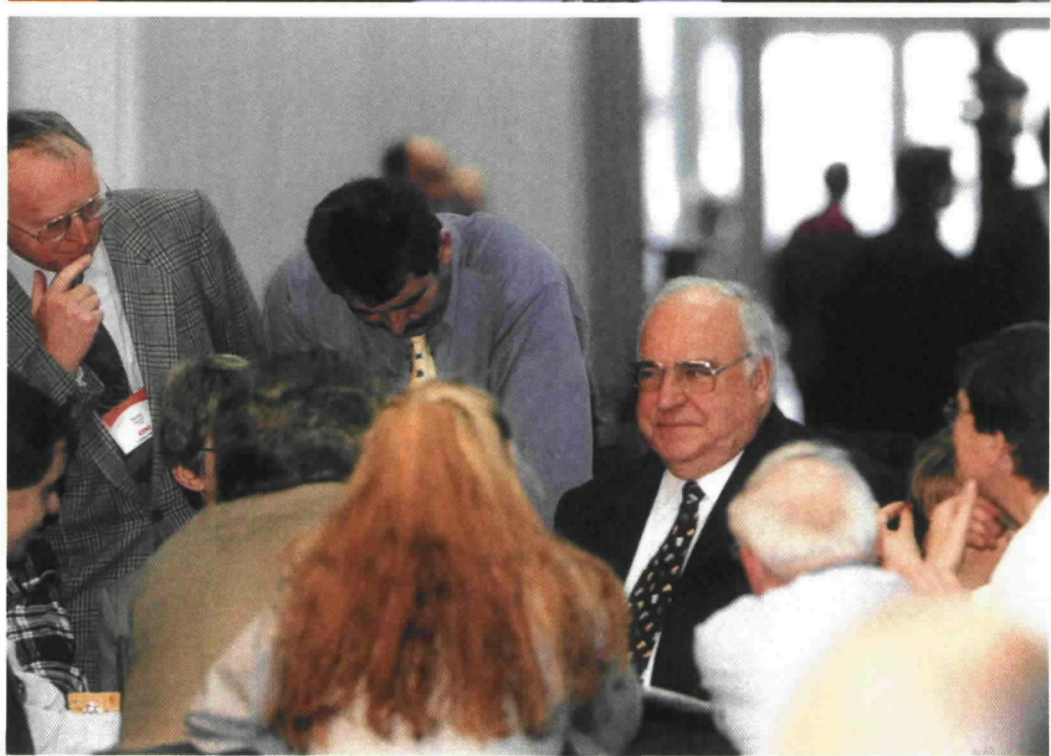
ähle

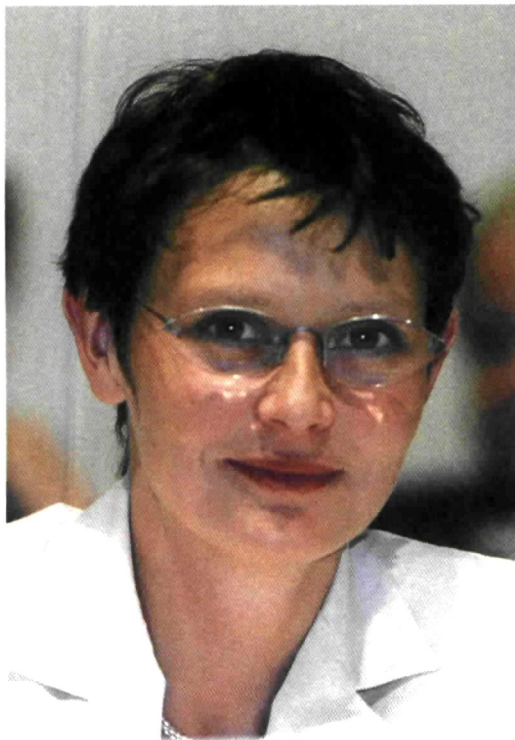
hka

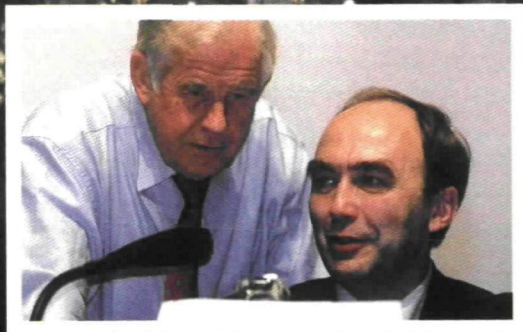
Schäuble

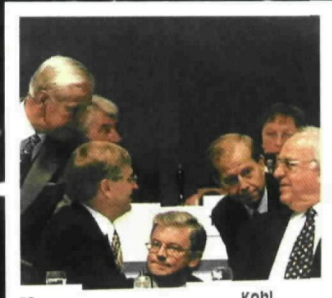
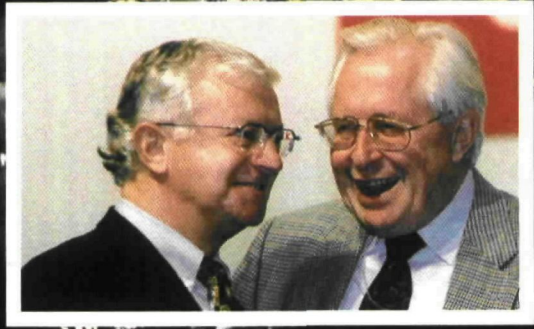
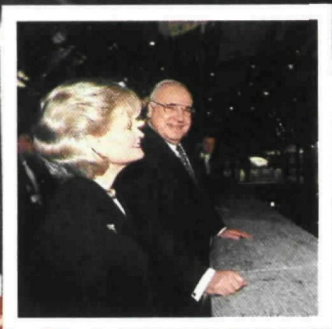
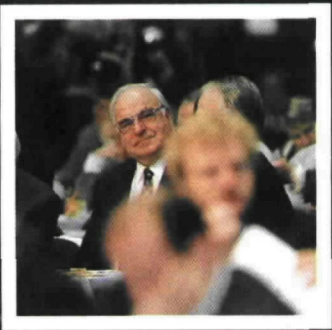










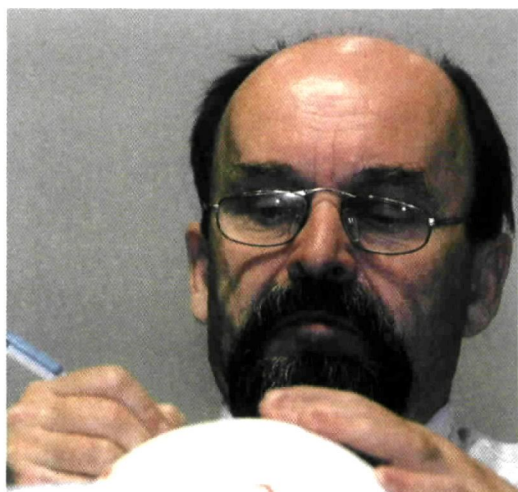
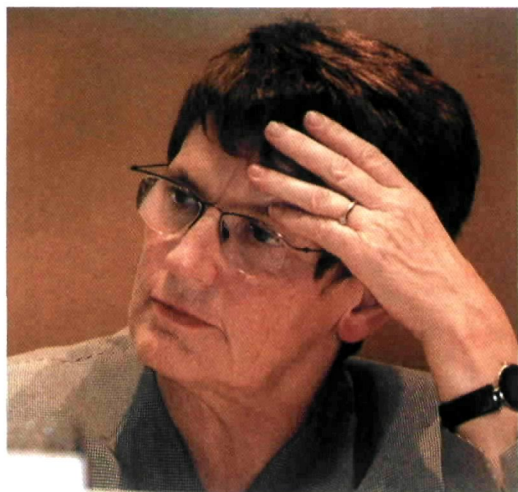
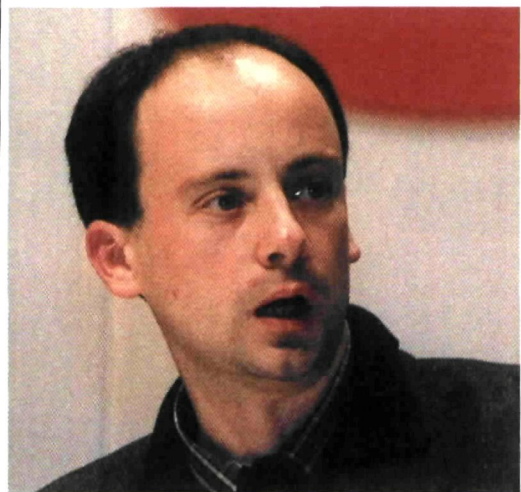


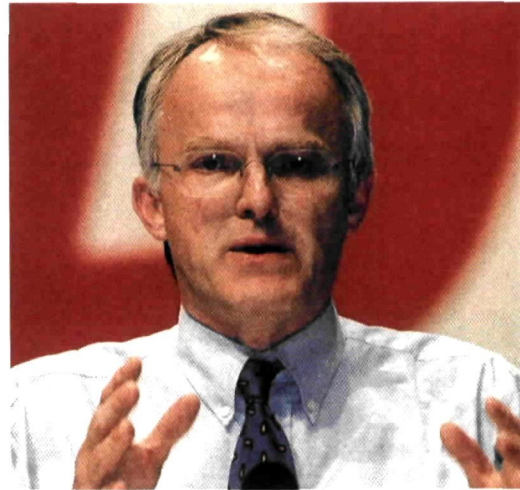
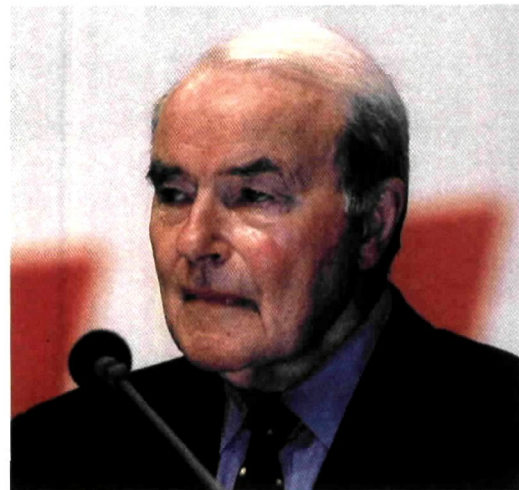
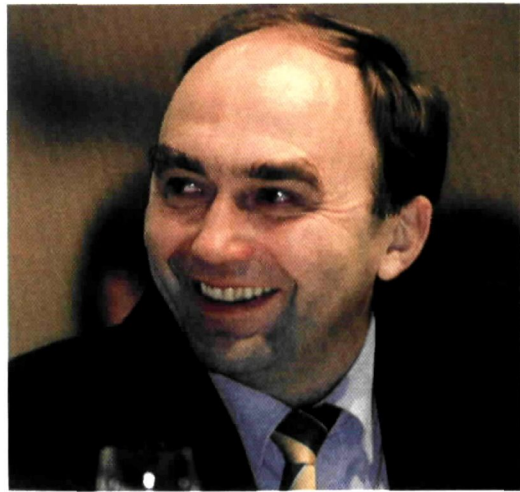
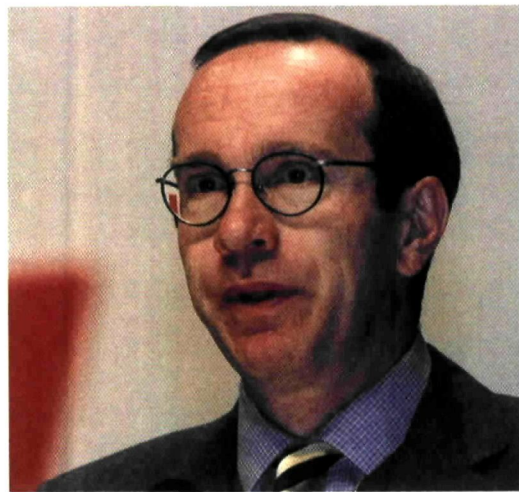
ze

Kohl











**WIR
GESTALTEN
ZUKUNFT** **CDU**

**PLENUMS-FOREN:
VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS 21. JAHRHUNDERT MENSCHLICH GESTALTEN
– PROJEKT ZUKUNFTSCHANCEN –**

Forum 1:
Chancen für neue Arbeit
Beginn: 14.07 Uhr

Christian Wulff, Forumsleitung: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Ich darf Sie im Forum 1 - Chancen für neue Arbeit - begrüßen und freue mich besonders darüber, daß ich unter uns einen Gast „von außen“ und einen Gast aus unserer Partei willkommen heißen darf.

Nach der alphabetischen Reihenfolge begrüßen wir zum ersten Herrn Professor Dr. Kurt Biedenkopf, erfolgreicher Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

(Beifall)

und mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Er ist sicher einer derer, die zu diesem Thema etwas zu sagen haben, vor allem unter Bezugnahme auf die Zukunftskommission der beiden Freistaaten Bayern und Sachsen.

Als zweiten - auch darüber freuen wir uns ganz besonders - können wir bei unserem 9. CDU-Parteitag Herrn Hubertus Schmoldt begrüßen, zwar ebenfalls wiedergewählt, aber erstmals gewählt als Vorsitzender der fusionierten Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie, und zwar mit fast 100 Prozent Zustimmung. Das ist auch in Gewerkschaftskreisen nur denen gegönnt, die wirklich gute Arbeit als Vorsitzender einer Gewerkschaft leisten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das zentrale Thema, weil die Arbeitslosigkeit die Geißel unserer Gesellschaft ist. Sie frißt unsere öffentlichen Haushalte auf, und sie zerstört auf Dauer die Grundlagen sozialer Sicherungssysteme.

Wenn 100 000 Menschen arbeitslos sind, dann kosten sie alleine die Bundesanstalt für Arbeit drei Milliarden DM. Wenn 100 000 Menschen in unserem Lande Arbeit finden, dann verdienen sie fünf Milliarden DM, und sie zahlen Steuern und Sozialabgaben, die - einschließlich der Arbeitgeberbeiträge - drei Milliarden DM betragen. Das heißt, ob wir 100 000 Arbeitslose mehr oder weniger haben, entscheidet über die Grundlagen unserer sozialen Sicherungssysteme und darüber, ob die öffentlichen Haushalte saniert oder ruiniert werden.

Ein Land mit mehr als vier Millionen Arbeitslosen darf sich damit nicht abfinden, sondern muß sich empören können. Die Fähigkeit der Union zur sozialen Entrüstung über die extrem hohe Arbeitslosigkeit kann nicht deshalb abnehmen, weil wir in diesem Land lange Jahre Verantwortung tragen. Vielmehr dürfen gerade wir uns aufregen, weil wir feststellen müssen, daß die Veränderungen, die wir betrieben haben, noch größer sein müßten, weil die Veränderungen um uns herum wiederum noch größer sind als das, was wir in den letzten Jahren bewegen konnten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, allein von 1982 bis 1992 sind in den Bundesländern der ehemaligen Bundesrepublik 3 Millionen neue, zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, und wir haben in

den neuen Ländern eine historisch einzigartige Situation des Umbaus vom Sozialismus in eine freie, soziale und ökologische Marktwirtschaft zu bewältigen. Wir können stolz sein, daß wir dies problembewußt machen. Aber wir müssen den Menschen draußen sagen: Es besteht kein Anlaß zum Pessimismus, weil allein im Bereich der OECD-Industriestaaten dieser Erde seit den 70er Jahren über 80 Millionen neue, zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind und sich diese Gesellschaft damit nicht gerade an Arbeitslosigkeit als Schicksal gewöhnen muß, sondern schlichtweg die Menschen auf den Weg mitnehmen muß für mehr Beschäftigung, für mehr Arbeitsplätze.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Reden Roman Herzogs in Berlin, Helmut Kohls gestern und Wolfgang Schäubles heute bilden die Grundlage dafür, einen Ruck durch dieses Land gehen zu lassen. Wir müssen aber die Menschen auf diesem Wege mitnehmen. Das kann nicht allein Sache der Politik sein; es muß auch Sache der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Verbände, der Organisationen, der Medien sein, ein Klima zu schaffen, in dem sich in diesem Lande mehr bewegt, als sich bisher bewegen läßt.

(Beifall)

Wir erleben immer mehr, daß Leute von 50 Jahren - wenn man ehrlich mit ihnen spricht - sagen: Eigentlich geht es uns ganz gut in diesem Land. - Vielleicht sind wir nicht nur gut situiert, sondern sogar ein bißchen saturiert. Aber was wird aus unseren Kindern, wenn der öffentliche Dienst nicht mehr viel einstellt, wenn Arbeitsplätze abwandern und wenig Arbeitsplätze von Ausländern in Deutschland geschaffen werden? Es muß Aufgabe eines solchen Parteitages sein, auf diese Situation zu reagieren, damit es nicht Menschen gibt, die im Beschäftigungssystem sind, und solche, die draußen bleiben und keine Ansprüche haben und diese Situation nicht immer dramatischer, immer bedrohlicher wird.

Die Steuerreform, die die Union vorangebracht hat, ist gescheitert an unverantwortlicher Blockadepolitik, ist aber auch gescheitert, weil Einzelne Bestandteile zur Kernfrage hochstilisiert haben. Sie ist gescheitert, weil Lobbyisten und Interessengruppen Einzelinteressen dem Gesamtinteresse übergeordnet haben. Sie ist gescheitert, weil nicht der Vernunft gefolgt wurde, sondern die Sozialdemokraten Politik der Verunsicherung betreiben, eine Politik, die zu Stillstand, zu Zurückhaltung führt im Lande, aber auch von seiten des Auslandes.

Meine Damen und Herren, es ist doch ein bedrohliches Warnsignal, wenn 1995 noch von seiten des Auslandes 18,2 Milliarden DM in Deutschland investiert wurden und es ein Jahr später nur noch 1,1 Milliarden DM waren. Da wird doch klar: Die Welt wartet ab, ob wir Deutschen unsere Probleme, unsere Standortprobleme in den Griff bekommen oder nicht. Ich meine, wir sollten ein Signal von Leipzig ausgehen lassen, daß wir es schaffen, wenn die Menschen die Bremser, die Blockierer in die Knie zwingen und sagen: Wir wollen Veränderungen, wir sind mutig genug für Veränderungen, und wir stehen dahinter.

(Beifall)

Das Gefühl, es bewegt sich zuwenig, stört nicht nur uns, es stört immer mehr Menschen in unserem Land. Kurt Tucholsky hat einmal gesagt, den meisten Leuten sollte man in ihr Wappen

schreiben: Wann eigentlich, wenn nicht jetzt? - Es scheint damals schon Sozialdemokraten gegeben zu haben. Es bewegt die Menschen, daß wir zwar Weltmeister in der Analyse sind, aber nicht im Handeln, daß wir also nicht handlungsstark genug sind, weil das komplexe System von Bundestag und Bundesrat es schwierig macht.

Wir haben aber auch Mentalitätsschwierigkeiten. Es reicht manchem in Deutschland, zu sagen: Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse. - Meine Damen und Herren, das ist zwar richtig, die meisten von uns wollen keine amerikanischen Verhältnisse, aber das reicht doch nicht aus. Wir müssen doch sagen: Wir wollen von Amerika lernen, wir wollen gucken, was dort getan wurde, um zu 27 Millionen neuer Arbeitsplätze zu kommen.

(Beifall)

Wir müssen von dem hohen Roß herunter, daß hier alles in Ordnung und anderswo alles falsch sei. Wir können lernen von Holland, von Schweden, von den USA, von Großbritannien, von Neuseeland und vielen anderen. Meine Damen und Herren, wir wollen dabei einen eigenen, deutschen Weg der sozialen Marktwirtschaft. Die Christlich Demokratische Union weiß, daß unser Standort, unser Wirtschaften beeinflusst ist von der Ethik des Protestantismus, von katholischer Soziallehre, daß wir einen eigenen deutschen Weg der Sozialpartnerschaft und des sozialen Friedens beschritten und vertreten haben, und daran wollen wir festhalten. Deshalb sind Tarifparteien und Politik hier in diesem Forum gemeinsam in der Diskussion. Deshalb setzen wir uns Ziele und streiten um die Erreichung der Ziele und nicht um das Ziel.

Meine Damen und Herren, es ist geradezu grotesk, daß in Deutschland eine Debatte darüber geführt wird, ob der Bundeskanzler versprochen habe, die Arbeitslosigkeit zu halbieren, ob er das Versprechen hätte geben dürfen, ob dies realistisch oder ob das Versprechen vielleicht schon gebrochen sei - obwohl bis zum Jahr 2000 noch über zwei Jahre vergehen werden.

Es ist eine groteske Debatte, die aber typisch ist für dieses Land. Man führt Phantom-Debatten. Wir wollen nicht darüber streiten, daß wir die Arbeitslosigkeit halbieren, sondern darüber, wie wir sie halbieren, daß wir jetzt beginnen, sie zu halbieren, und nicht darüber, ob man so etwas ankündigen kann.

(Beifall)

Politiker, die ein solches Ziel nicht ins Auge fassen, gehören davongejagt. Natürlich müssen wir alle das Ziel haben, Menschen mit Beschäftigung zu versorgen, für mehr Beschäftigung Sorge zu tragen.

Die Neuseeländer haben ihre Arbeitslosigkeit von 12 auf 6 Prozent halbiert. Dort war man bereit, Deregulierungen, Privatisierungen vorzunehmen. Heute ist Neuseeland ein Faktor in der Weltwirtschaft. Die Neuseeländer bauen Schulden ab und machen keine neuen. Das sollte auch für uns Ansporn sein.

(Beifall)

Wie steht es um die Veränderungsbereitschaft in Deutschland? Meine Damen und Herren, ich sehe große Veränderungsbereitschaft in den neuen Ländern. Ich bin tief beglückt über das, was man hier in Leipzig und anderswo sehen kann. Es ist einfach beeindruckend, welche Ver-

änderungen die Menschen in den neuen Ländern in den letzten Jahren auf sich genommen haben. Es wäre gut, wir würden unseren Ministerpräsidenten Bernhard Vogel, Bernd Seite, Eberhard Diepgen und Kurt Biedenkopf gerade in den neuen Ländern dafür danken, daß sie mit den CDU-Verbänden der neuen Länder so viel Veränderungen in den letzten Jahren bewirkt haben.

Dagegen wirkt manchmal peinlich, welcher Aufwand in den Altbundesländern schon bei kleineren Veränderungen betrieben wird.

(Beifall)

Ich nenne Ihnen das Beispiel der Lohnfortzahlung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da demonstrieren Tausende in Hamburg gegen die Veränderungen bei der Lohnfortzahlung seitens der Banken und Sparkassen. Sie sagen, es sei der Untergang des Sozialstaates, wenn an dem Thema der hundertprozentigen Entgeltfortzahlung etwas geändert werde. Der Untergang des Sozialstaates wird auf Transparenten und Reden beklagt. Meine Damen und Herren, wenn jemand einen relativ krisenfesten Arbeitsplatz bei einer Bank oder Sparkasse hat, dann hat er in der Regel 14 Monatsgehälter - manchmal etwas weniger, manchmal etwas mehr. Er hat 30 Urlaubstage, 2 Bankfeiertage, 10 gesetzliche Feiertage und 52 Wochenende. Er arbeitet 38 Stunden in der Woche. Wenn dann jemand ein paar Wochen krank ist und den Urlaubsanspruch mit ins nächste Jahr nimmt, dann stellt sich doch bei solcher Arbeitszeitgestaltung die Frage: Wann will der seinen Urlaub überhaupt nehmen? Das ist doch die Frage an diesem Standort Deutschland!

(Beifall)

Ich bringe dieses Beispiel, weil ich hiermit Herrn Schmoldt ein wenig provozieren will. Zu Herrn Biedenkopf komme ich noch.

Die Frage, Herr Schmoldt, ist, ob es nicht auch in den Gewerkschaften einen Umdenkungsprozeß in der Richtung geben müßte, diese freiwerdenden Möglichkeiten beim Kostenfaktor Arbeit durch Lohnfortzahlungsveränderung einzubringen in mehr Ausbildungsplätze, in mehr Übernahmen von Auszubildenden in Arbeit. Wäre es nicht gut, wir würden dafür etwas tun, als uns hier jeder Veränderung zu widersetzen und damit das einzige Land der Erde mit 100prozentiger Entgeltfortzahlung zu sein?

Wenn ich die Rede sehe, die beispielsweise auf dem IG-Chemie-Kongreß und anderswo gehalten wurde, in der man schon als Brandstifter bezeichnet wird, wenn man das Thema so anspricht, wie ich es getan habe, in der man als Hardliner bezeichnet wird, wenn man einen bestimmten Konsens in Frage stellt, dann stellt sich die Frage, ob wir nicht bei einem solchen Forum aufeinander zugehen können, um zu klären, wie die Bedingungen sind und was getan werden muß, um hier zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Das, was die Chemie-Gewerkschaft auf den Weg gebracht hat, ist großartig. Das ist das Resultat vieler Absprachen der Gewerkschaften mit der Arbeitgeberseite, die Umdenken zeigen, und ich würde mich freuen, wenn heute nachmittag viel herüberkäme von dem Tarifabschluß der Chemieindustrie, die sogar Lohnabsenkungen unter Tarif zuläßt und damit Abkehr von starren Flächentarifverträgen als moderne Tarifpolitik. Die Politik könnte erwidern: Wir wollen dann aber auch Fortschritte

mit einer ertragsabhängigen Säule der Entlohnung, also Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, so wie es der Leitantrag vorsieht.

Meine Damen und Herren, unser Land braucht ein Turn-around-Programm. Wir müssen uns Ziele setzen, die wir erreichen wollen, mit einer gesenkten Staatsquote von beispielsweise - wie es im Leitantrag heißt - von 45 Prozent im Jahr 2000, mit einer Rückführung der Lohnsatzkosten auf unter 40 Prozent, wie es ebenfalls im Leitantrag für das Jahr 2000 heißt, mit Deregulierung und Entbürokratisierung, was wir uns bis zum Jahre 2002 gemäß des Leitantes vornehmen.

Wir müssen sagen: Das sind die Wege, das sind die Schritte, um die festgelegten Ziele zu erreichen. Schließlich würde sich auch ein Unternehmen, das Probleme hat, ein Turn-around-Programm, ein Wendeprogramm, setzen, um neue Ziele zu erreichen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der Sozialstaat kann nicht überleben, wenn wir seine finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen ruinieren. Es kann im Bereich der Gesundheitsversorgung keinen höheren Anstieg als im Bereich des Bruttosozialprodukts geben. Wir können nicht sechs bis acht Prozent mehr Kuren und Reha-Maßnahmen zulassen, wenn das Bruttosozialprodukt nur um zwei bis drei Prozent steigt.

Meine Damen und Herren, das Grundproblem ist doch vermutlich, daß ein Arbeitnehmer, der 2 700 DM netto verdient, 7 200 DM brutto an Arbeitskosten verursacht. Wenn ein Arbeitsplatz 7 200 DM kostet und dem Arbeitnehmer netto 2 700 DM bringt, trifft die Behauptung der Mittelstandsvereinigung zu, daß die Arbeitskosten brutto zu hoch und die Arbeitseinkommen in Deutschland netto eher zu niedrig sind.

(Beifall)

Diese Schere muß man dann wieder zusammenführen. Wir müssen gegen die Flucht in Scheinselbständigkeit, gegen die Flucht in die Schwarzarbeit angehen, indem wir die Belastung des Faktors Arbeit minimieren. Darüber müssen wir heute nachmittag streiten und beim Leitantrag sodann die entsprechenden Beschlüsse fassen. Es gibt die Entziehung aus der Sozialversicherungspflicht. Wir sollten nicht geringschätzen, daß Ulrich Wickert mit seinem Buch „Der Ehrliche ist der Dumme“ Rekordauflagen erzielt. Das Ziel der Christlich Demokratischen Union muß sein, daß die Menschen dieses Buch nicht einmal mehr für 1,50 DM im Antiquariat kaufen, weil sie sagen: Es stimmt in Deutschland ja gar nicht mehr, daß der Ehrliche der Dumme ist. Vielmehr ist der Fleißige derjenige, der anerkannt wird, während der Unehrlliche der Dumme ist. Es darf nicht andersherum sein.

(Beifall)

Wir sollten uns auch damit beschäftigen, daß immer mehr Bürger beklagen, daß es für jede Gruppe, für jedes Interesse, für jeden Lobbyisten einen Beauftragten gibt, daß sich um die großen Gruppen - die Facharbeiter, die Arbeitnehmerschaft, den Mittelstand - aber immer weniger zu kümmern scheinen. Der einzige Beauftragte für diese großen Gruppen ist gewissermaßen die CDU/CSU. Ansonsten sind nicht viele zu finden, die sich um diejenigen kümmern, die ihren Job machen.

(Vereinzelt Beifall)

In diesem Zusammenhang ist über neue Potentiale nachzudenken. Ich nenne den Dienstleistungsbereich, neue Technologien, Kombilohn sowie die Handhabung des Lohnfächers nach unten. Wir müssen darüber nachdenken, daß es nicht so sein sollte, daß Hunderte polnischer Kontingentarbeiter im Sommer auf den ostfriesischen Inseln arbeiten, während die Arbeitslosenquote auf dem Festland bei 20 Prozent liegt. Wir sollten dafür Sorge tragen, daß nicht solche Probleme, wie sie von Wolfgang Schäuble und Peter Hintze genannt worden sind, zu beklagen sind, daß im Bereich des Obstbaus und der Weinlese die Arbeit nur noch mit ausländischen Arbeitnehmern zu bewerkstelligen ist. Es muß auch zu neuen Formen der Arbeitsvermittlung auf kommunaler Ebene kommen. Wir müssen uns der Innovation öffnen.

Lassen Sie mich hier einführend - in meiner Rolle als Moderator möchte ich mich später zurückhalten -

(Beifall)

noch folgendes sagen. Wir erleben im Bereich der Innovation eine große Begriffsverwirrung. Alle führen den Begriff „Innovation“ im Munde. Mit einem Male scheinen alle für Bio- und Gentechnologie, für Forschung und Entwicklung, für die Informations- und Dienstleistungsgesellschaft zu sein. Gerhard Schröder läßt sich für den Eurofighter feiern. Er hat aber selber nichts dafür getan. Die Sozialdemokraten haben zehn Jahre lang zu Protokoll gegeben, daß sie keine einzige Mark für den Eurofighter jemals in den Bundeshaushalt eingestellt haben oder einstellen werden. Schröder setzt sich jetzt für den Transrapid ein und sagt, er sei für die Technologie, aber gegen die Strecke. Die Sozialdemokraten haben aber immer gegen den Transrapid gestimmt. Schröder hat in Niedersachsen die Wehrforschung verboten, läßt sich jetzt aber im Zusammenhang mit Satellitentechnik und Navigationssystemen feiern. Er praktiziert jetzt die Flexibilisierung im Bereich des Arbeitsrechtes, die wir durchgesetzt haben, indem er 1 000 Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen in Emden hat einstellen lassen. Herr Schröder betreibt eine Lehrstellenbörse. Wenn wir nicht das Vermittlungsmonopol des Arbeitsamtes aufgelöst hätten, hätte er schon jetzt Bescheide, die ihm Rechtswidrigkeit attestieren, im Hause. Die Zusammenführung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern jenseits der Bundesanstalt für Arbeit wurde erst möglich, weil wir in den letzten Jahren Flexibilität durchgesetzt haben. Das geschah immer gegen die Sozialdemokraten, niemals mit der SPD. Das muß den Beteiligten draußen auch gesagt werden, damit über einen Begriff wie „Innovation“ kein Begriffskrieg stattfindet.

(Beifall)

Herr Biedenkopf, vor diesem Hintergrund ist es - jedenfalls aus meiner Sicht - dann schon eine sehr problematische Sache, wenn man es nicht für eine Katastrophe hielte, dieses Land für einige Jahre rot-grünen Lebensgefühlen zu überlassen. Ich glaube, daß eine entsprechende Diskussion erbringen würde, daß die Berühmtheit mancher Zeitgenossen unmittelbar mit der Uninformiertheit der Bewunderer verknüpft ist. Viele wissen eben nicht, was an Technologie und an Wirtschaftsförderung verhindert wurde.

(Beifall)

Sie müssen verstehen, daß wir jedenfalls der Überzeugung sind, daß wir die Situation von Blockade und Bremsung in Deutschland durch Erfolge bei Landtagswahlen beseitigen kön-

nen. Wir wissen, daß sich, wenn die sieben Stimmen Niedersachsens im Bundesrat bzw. im Vermittlungsausschuß nicht mehr für Blockade, sondern für Veränderung, Erneuerung und Reform eingesetzt werden, nicht ein Jahr Stillstand, sondern nur vier Monate Stillstand ergeben. Deswegen kämpfen wir seitens der Niedersachsen für eine Veränderung.

(Beifall)

Die klügsten deutschen Banker - das ist wohl wahr - sind auf den Bankrotteur Schneider hereingefallen. Sie müssen verstehen, daß wir verhindern werden, daß die klugen niedersächsischen Wähler auf den Bankrotteur Schröder hereinfliegen. Das würde dann auch verhindern, daß dies bundesweit passiert.

(Beifall)

Ich möchte, daß von diesem Forum, für das einige Stunden vorgesehen sind, viele inhaltliche Anstöße ausgehen. Ich wünsche mir aber auch ein Signal, daß die junge Generation sich selbst bemühen möchte, daß sie in diesem Lande eine Zukunft hat, daß es zu einer neuen Balance zwischen individuellen Rechten und sozialen Pflichten kommt, daß man von dem Lebensgefühl der 68er mit *Anspruchsinflation, Konsumorientierung und exzessiver Umverteilung* ein bißchen Abstand nimmt und, wie es Dahrendorf gesagt hat, hin zur Anstrengung der 98er mit Solidarität, aber auch weniger Staat, weniger Bürokratie, mehr Freiräumen, mehr Dynamik und Prozessen, die die soziale Sicherheit wieder sicherer machen und keinen Raubbau an der Zukunft ermöglichen, kommt.

Meine Damen und Herren, jeder von uns weiß: Deutschland hat gewaltige Chancen in der globalisierten Welt. Wir haben riesige Standortvorteile, eine exzellente Infrastruktur, sozialen Frieden und hochqualifizierte Menschen in diesem Land. Wir haben aber auch einige Schwächen. Wir sollten diese Schwächen nicht nur erkennen und sie analysieren. Vielmehr sollte in der CDU Übereinstimmung darüber herbeigeführt werden, daß gehandelt werden sollte, um diese Schwächen auszumerzen, damit die Menschen in diesem Lande - gerade die Arbeitslosen - eine große Zukunft vor sich haben, indem sie wieder Arbeit finden. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Ich gebe jetzt Herrn Professor Biedenkopf das Wort. Ihm folgt Herr Schmoldt. Danach steigen wir in die Diskussion ein. Herr Professor Biedenkopf hat das Wort.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen! Liebe Delegierte! Zunächst eine Vorbemerkung. An Sie ist ein Text verteilt worden, der nicht der Redetext von Kurt Biedenkopf ist. Manche haben irrtümlicherweise gedacht, der verteilte Text sei mein Redetext. Der verteilte Text beinhaltet die Zusammenfassung der ersten beiden Teile des Berichts der Zukunftskommission. Auf die Arbeit der Zukunftskommission wird im Leittrag Bezug genommen. Da ich auf diese Ergebnisse auch Bezug nehme, dachte ich, es würde das Verfahren vereinfachen, wenn Sie den Text auch schriftlich haben.

Und nun zum Thema:

Wenn man hier in Leipzig vor dem Hintergrund von sieben Jahren deutscher Einheit über den Arbeitsmarkt im geeinten Deutschland spricht, kann man nicht zur Sache kommen, bevor man die historische Dimension der nationalen Solidarität benennt, die wir in den letzten sieben Jahren in Deutschland erlebt haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, diese nationale Solidarität wurde fast geräuschlos erbracht. Die größte Bewunderung für diese Leistung trifft man im Ausland an. Die Menschen fragen dort: Wie war es möglich, daß die Westdeutschen, die zu Beginn des Einigungsprozesses 93 Prozent des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts erzeugt haben, von diesem Inlandsprodukt ganz selbstverständlich 3 bis 4 Prozent pro Jahr nach Ostdeutschland transferiert haben, um den Aufbau in Ostdeutschland mit zu finanzieren?

Daß wir heute schon wieder eine höhere Beschäftigung haben - über Arbeitslosigkeit wird auch noch zu reden sein, aber wir müssen beide Seiten sehen, also auch die Beschäftigung - als gleich nach dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, verdanken wir auch der gesamtdeutschen Solidarität.

(Beifall)

Sie werden verstehen, daß ich als Ministerpräsident des Gastlandes dieses Bundesparteitages und auch als Gastgeber für den Bundeskanzler nicht zur Sache kommen kann, ohne vorher Ihnen allen, die Sie aus dem Westen Deutschlands hierher gekommen sind und mit Ihrer politischen Arbeit die Voraussetzungen für die Konsensfähigkeit dieser solidarischen Leistung geschaffen haben, zu danken.

(Beifall)

Wir haben, wenn man die Beschäftigung in Anteilen an der Wohnbevölkerung mißt, in Westdeutschland derzeit, 1997, 41,2 % der Wohnbevölkerung in einer Erwerbstätigkeit. Also, 41,2 % der Menschen, die in Westdeutschland leben, haben einen Arbeitsplatz, welcher Art auch immer, Vollzeit, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung usw. In Ostdeutschland sind es 41,8 %.

In Westdeutschland war der Anteil vor einigen Jahren noch höher. Er ist um etwa drei bis vier % zurückgegangen. In der DDR lag die Beschäftigungsquote 1989 und auch noch 1990 bei fast 60 %. Sie können daran sehen - der Anteil ist von 60 auf 40 % zurückgegangen -, daß jeder dritte Arbeitsplatz verlorengegangen, zwei von drei sind erhalten geblieben, und das innerhalb von drei Jahren. Das ist die eigentliche Dimension dieses Zusammenbruchs. In der alten DDR waren rund zehn Millionen Menschen beschäftigt, und jetzt sind es noch 6,44 Millionen.

Das heißt, es hat sich nicht nur die Arbeit verändert, es hat sich das ganze Leben verändert. Wenn Menschen, Frau und Mann, von morgens um sieben bis nachmittags um fünf arbeiten, die Kinder in der Babykrippe, im Kindergarten, in der Schule oder sonstwo abliefern, die Wohnung praktisch nur für den Abend und das Wochenende dient, wenn sie jetzt aber plötzlich arbeitslos sind und den ganzen Tag in dieser Wohnung sitzen, dann hat sich nicht nur das Ein-

kommen geändert, sondern dann hat sich die ganze Lebensstruktur geändert. Dann ist der Ort weggefallen, über den sich die Menschen vor der Einheit vermittelt haben.

Der wichtigste Ort der sozialen Beziehungen ist plötzlich verschwunden. Und da in der DDR andere Orte sozialer Beziehungen nicht aufgebaut werden durften, jedenfalls nicht außerhalb des Herrschaftssystems, gab es zunächst überhaupt keine. So war der Verlust des sozialen Kontakts, das Herausgeworfenwerden aus dem Netz sozialer Beziehungen mindestens genauso schlimm, und das war durch die Arbeitslosenversicherung nicht aufwiegbar. Die Geldmittel für das Leben waren da, aber das Leben war im übrigen tiefgreifend verändert.

Wir haben heute immer noch wichtige Veränderungen. Die Einkommen in Ostdeutschland sind niedriger, die gewerblichen Einkommen liegen bei rund 75 % West, aber die Preise für die Produkte, die wir in den Läden, in den Supermärkten usw. kaufen, sind dieselben, das Benzin kostet an der Tankstelle genausoviel, eher ein wenig mehr.

Die Bevölkerung hat eine ganz andere Beschäftigungserfahrung. Diese muß sie abstoßen. Das heißt, sie muß in einer sehr tiefgreifenden Weise umlernen. Das hätte sie selbst dann gemußt, wenn es uns gelungen wäre, was gar nicht möglich war, die westdeutsche Wirtschaftsstruktur gewissermaßen von heute auf morgen West nach Ost zu übertragen.

Ein ganz wichtiger Unterschied, der immer aus dem Auge verloren wird: Die westdeutschen Privathaushalte hatten 40 Jahre lang Zeit, Vermögen zu bilden. Die Bundesbank hat uns gesagt, daß die Vermögensbildung der westdeutschen Haushalte bei etwa 4500 Milliarden DM liegt. Diese Zahl betrifft nur das Geldwertvermögen. Hinzu kommen die Immobilienvermögen, die etwa den gleichen Marktwert haben.

1991 war der Zuwachs der Geldvermögensbildung der westdeutschen Haushalte - der Zuwachs! - genauso hoch wie das gesamte Geldvermögen der ostdeutschen Bevölkerung. Es wird Generationen dauern, bis sich diese Lücke langsam schließt. Wahrscheinlich wird man sie nie ganz beseitigen können.

Das Entscheidende aber, warum ich von West - Ost rede, ehe ich zu einigen Fragen auch des Leitantes komme, ist folgendes: Wir erleben hier Entwicklungen durch den Wiederaufbau in Ostdeutschland, die in Westdeutschland noch verdeckt sind, die aber auch dort jetzt langsam an die Oberfläche kommen und große Unruhe auslösen.

Was sind das für Entwicklungen? Wenn in der gewerblichen Wirtschaft in Sachsen - ich meine jetzt in der Produktion - ein neuer Arbeitsplatz entsteht, dann spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß dieser Arbeitsplatz mindestens 500 000 bis 600 000 DM kostet, wahrscheinlich mehr. Arbeitsplätze bei Siemens, bei AMD, in Mosel bei VW, bei der Motorenfabrik in Chemnitz, bei der Papierfabrik in Eilenburg und andere kosten zwischen zwei und fünf Millionen DM.

Das heißt, was wir hier erleben, ist eine Chance, aber gleichzeitig ein Problem. Wir haben keinen kontinuierlichen Übergang von weniger kapitalintensiven zu kapitalintensiveren Arbeitsplätzen, sondern einen schlagartigen Übergang. Das bedeutet modernste Technik, höchste Produktivität und geringste Beschäftigung.

Wenn wir hier die produzierende Wirtschaft mit Erfolg wiederaufbauen - ich nehme Sachsen jetzt pars pro toto - und in 20 Jahren eine neue leistungsfähige Wirtschaftsstruktur haben werden, dann wird die Beschäftigung in der Produktion vielleicht noch 20 % betragen, mehr bestimmt nicht. Aber diese 20 % Beschäftigung werden für einen wesentlichen Teil der Wertschöpfung im Lande stehen. Ich komme noch darauf zurück.

Wir spüren die Auswirkungen der Wissensintensität und der Kapitalintensität der Arbeitsplätze also sehr viel stärker und schneller als im Westen. Das heißt, wir sind der Zukunftsentwicklung näher, was die neue Technologie angeht. Das alte Telefonsystem in Sachsen stammte aus dem Jahre 1925. Ich habe noch einen Drehhubwähler aus dieser Zeit in meinem Büro stehen und zeige ihn oft den Investoren, die zu mir kommen. Die neuen Anlagen sind die Anlagen des 21. Jahrhunderts, die modernsten, die man sich vorstellen kann. Das ist ein Riesensprung in der Qualität, aber mit allen Konsequenzen, die damit für eine Gesellschaft verbunden sind - Vorteil und Herausforderung!

Wir erleben die Herausforderung der Globalisierung hautnah; denn unsere Unternehmen sind noch nicht so mit dem Export, mit internationalen Märkten vertraut. Sie hatten ja gar keine Chance, es zu lernen. Ihre Märkte waren die Märkte in der Sowjetunion. Sie ist zusammengebrochen und die Märkte mit ihr. Alles das, Wirtschaftsbeziehungen und Handel, muß völlig neu aufgebaut werden.

Wir spüren die Auswirkungen der Produktivitätsentwicklung - ich habe gerade darüber gesprochen -, und wir spüren die Auswirkungen eines hochentwickelten, komplexen, aber außerordentlich anspruchsvollen Sozialsystems.

Ich möchte hier das Sozialsystem nicht zur Debatte stellen. Aber ich möchte auf einen Punkt hinweisen: Im Jahre 1954, als wir damit begannen, die alte Bundesrepublik wiederaufzubauen, hat Konrad Adenauer eine Gruppe von vier Gelehrten gebeten, sie mögen ihm ein Gutachten über die zukünftige Entwicklung des Sozialstaates erstatten. Zu diesen vier gehörte unter anderem Professor Höffner, der spätere Kardinal Höffner in Köln. In diesem Gutachten haben die vier Gelehrten Konrad Adenauer folgendes übermittelt: Der Staat ist zuständig für die Sicherung der - wie sie es wörtlich nannten - „Basic needs“, das heißt der Grundbedürfnisse. Darüber hinaus dürfe der Staat nicht gehen. Wenn er zu weit darüber hinausgehe, bedrohe er die Freiheit.

Immerhin war das die Zeit, in der die Einkommen ein Fünftel der Einkommen von heute betragen, die realen Nettoeinkommen ein Viertel der Einkommen von heute. Der Nettoanteil aus der Bruttolohn- und Gehaltssumme, der ausgezahlt wurde, betrug knapp 75 %. Heute beträgt der Nettoanteil noch 51 %.

Das heißt: Die Vorstellungen über das Soziale haben sich gewandelt. Der Aufbau in Westdeutschland fand statt zu einer Zeit, als die soziale Last sehr viel geringer war. Das hat uns auch eine ganze Menge Wettbewerbsvorteile gebracht. Jetzt müssen wir den Aufbau Ost gewissermaßen mit dem Ergebnis einer erfolgreichen Entwicklung West leisten. Normalerweise sagen wir das im Zusammenhang mit dem Normengebäude der Regulierungsdichte, das wir ja mit Resolution nach Resolution, Programm nach Programm abschaffen wollen. Wenn ich aus der Schule plaudern würde, würde ich sagen: Wir haben wieder kraftvoll für den Abbau

der Bürokratisierung und des Normendickichts gestimmt und uns gleichzeitig gegenseitig zu-geflüstert, daß es weiter wachsen wird. Wir müssen da noch mehr kämpfen! Unseren Aufbau Ost müssen wir aber mit einem Normengebäude leisten, mit dem man 1950 bis 1960 West-deutschland niemals hätte aufbauen können. Auch das ist ein Problem für uns.

(Vereinzelt Beifall)

Weil wir weniger Eigenkapital haben, weniger Erfahrungen mit der Marktwirtschaft, und weil wir mit einem ausgereiften Wirtschafts- und Sozialsystem konfrontiert sind, das man in einer Aufbausituation so kaum mittragen kann: Auch deshalb sind wir für die Solidarität aus dem Westen dankbar.

Ich sagte, wir stehen gewissermaßen schon unmittelbar im 21. Jahrhundert: Seinen Techno-logien und seinen Herausforderungen. Was sind denn nun diese Herausforderungen? Was sind die Chancen für neue Arbeit? Es geht um folgendes. Wir müssen die neue Wirklichkeit er-kennen. Wolfgang Schäuble hat davon heute gesprochen, Helmut Kohl gestern. Wir müssen ihre Auswirkungen auf unser Leben verstehen. Wir müssen unsere Lebensweise - nicht nur den Staat, nicht nur die Strukturen, sondern unsere Lebensweise - so weiterentwickeln, daß sie der neuen Wirklichkeit gerecht wird.

Helmut Kohl hat gestern gesagt: Wir müssen uns den weltweiten Umbrüchen stellen. Wenn wir jetzt den Herausforderungen ausweichen, dann verspielen wir die Zukunft.

Liebe Freunde, wir alle sagen das in unseren Reden, und es wird beklatscht. Aber ich würde uns allen raten, daß wir uns jetzt mal überlegen, was das wirklich heißt. Daß wir mal etwas in die Tiefe gehen und fragen: Was nehmen wir uns denn da vor? Mit Rhetorik allein verändern wir gar nichts.

Helmut Kohl hat gesagt: Wenn wir jetzt nicht die notwendigen Entscheidungen treffen, wird die Entwicklung über uns hinweggehen. Das ist richtig. Der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall hat in bezug auf die Sozialsysteme die Befürchtung geäußert, die Wirklichkeit könne die bestehenden Systeme zerstören. Er hat in diesem Zusammenhang den Strukturkonser-vatismus angeprangert auch in seiner eigenen Organisation. Der Bundespräsident hat uns im April zugerufen: Die Wirklichkeit wartet nicht auf uns. Das wird sie auch nicht tun!

Ich bin überzeugt davon, daß wir dann die prägende Kraft in Deutschland bleiben werden, wenn wir es sind, die sich dieser Wirklichkeit stellen und die den Menschen helfen, auf diese neue Wirklichkeit zukunfts-fähige und tragfähige Antworten zu finden.

(Beifall)

Was sind die Herausforderungen? Ich kann sie hier jetzt nicht alle erwähnen, deshalb nur Stichworte.

Die nach wie vor größte Herausforderung für unser Volk ist die demographische Entwicklung. Wir diskutieren sie immer im Zusammenhang mit dem Sozialsystem. Das ist eine unzulässi-ge Verkürzung. Wenn Sie Hochschullehrer fragen - oder Professoren der Max-Planck-Ge-sellschaft -: wann ist die kreativste Phase ihrer Schüler, der Leute, die sie ausbilden, wann fällt denen am meisten ein, dann sagen sie in aller Regel nicht: nach dem 50. Lebensjahr, sondern:

nach dem 25. Lebensjahr. Wir werden in Deutschland aber als Deutsche im nächsten Jahrzehnt ein Durchschnittsalter von 50 Jahren erreichen. Das ist eine revolutionäre Veränderung unserer Wirklichkeit. 1950 gab es in Deutschland zweimal soviel 20jährige und Jüngere wie 60jährige und Ältere. Im Jahre 2030 wird es nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes in der deutschen Bevölkerung zweimal soviel 60jährige und Ältere geben wie 20jährige und Jüngere.

Was heißt das für die Innovationsfähigkeit einer Bevölkerung? Ich sehe Herrn Rüttgers. Was heißt das für unser Bildungssystem? Wie kann sich unser Bildungssystem so verändern, daß ein 40- oder 50jähriger noch einmal voll auftanken kann, damit er wieder so innovativ wird wie der 20jährige? Was bedeutet das für die Arbeitsbiographien? Was bedeutet das für die zukünftige Gestaltung von Arbeit, Bildung und Forschung? Welche Ansprüche - wir werden das ja nachher diskutieren - muß ein alterndes Land an sein Bildungssystem stellen? Das ist für mich überhaupt die zentrale Frage.

(Beifall)

Denn wenn es richtig ist, daß ein rohstoffarmes Land seinen Wohlstand in erster Linie seinem Wissen und Können verdankt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann wird unser Kapital in den Volksschulen, in den weiterführenden Schulen, in den Gymnasien und in den Universitäten gebildet und nicht auf den Weltkapitalmärkten.

(Beifall)

Auf den Weltkapitalmärkten wird das Ergebnis dieses Geistkapitals gehandelt, nicht aber das Geistkapital selbst. Das können wir nicht kaufen, das können wir nur selber produzieren.

Der Anteil von Wissen und Kapital an unseren Arbeitsplätzen wächst. Das ist die zweite große Herausforderung. Ihre Produktivität verdanken sie immer mehr dem Wissen und dem Kapital, die in sie investiert sind.

Die dritte große Herausforderung ist die Globalisierung. Was heißt das eigentlich? Globalisierung heißt Veränderung des Weltmarktes. Bis vor ungefähr 15 oder 10 Jahren bestand der Weltmarkt im wesentlichen aus der westlichen Welt. Wir kannten uns, wir hatten die gleichen Wertsysteme, die gleichen Vorstellungen von Demokratie, Menschenwürde usw. Wir haben miteinander im Wettbewerb gestanden. Das war hart genug, aber keiner mußte Angst haben, daß der andere ihn umbringen, im wahrsten Sinne des Wortes überwinden will. Das ist nicht mehr so.

In den nächsten zehn Jahren werden ungefähr 800 Millionen Facharbeiter neu in den Weltarbeitsmarkt eintreten, aus den Ländern, die jetzt als neue Industrienationen in die Welt eintreten und ihren Anteil verlangen: am Markt, am Erfolg, an den Rohstoffen, an allem möglichen anderem. Sie werden nicht in gleichem Maße auf uns und unsere Lebensweise Rücksicht nehmen. Das bedeutet Globalisierung!

Geld kostet inzwischen in der Welt überall dasselbe: Die Folge der Globalisierung der Kapitalmärkte. Wir zahlen Realzinsen überall in gleicher Höhe. Ob die inflationiert sind oder nicht, interessiert den Investor weniger. Und das Angebot an qualifizierter Arbeit nimmt weiterhin zu.

Heiner Geißler hat gesagt, die Soziale Marktwirtschaft sei das Ergebnis der Aufklärung. Damit bin ich sehr einverstanden. Aber Aufklärung hat etwas mit aufklären zu tun. Also müssen wir uns mal hinsetzen und aufklären, was sich denn verändert hat, damit wir die richtigen Maßnahmen auf die Wirklichkeit ausrichten und nicht von einer Scheinwirklichkeit ausgehen, die in der Vergangenheit mal bestanden hat, in die zu intervenieren aber keine Wirkungen mehr entfaltet - jedenfalls nicht so, wie wir uns das vorstellen.

Was hat das für den Arbeitsmarkt zu bedeuten? Das erste ist, daß das Arbeitsvolumen in Jahresarbeitsstunden in den Bereichen, in denen Wissen und Kapital immer wichtiger werden, zurückgeht. Das ist für Deutschland besonders bedeutsam, weil die Investitionen in unsere Arbeitsplätze besonders hoch sind. Ich will Ihnen nur ganz wenige Zahlen angeben, Sie damit nicht langweilen. Aber die Dimensionen sind schon eindrucksvoll. Von 1960 bis heute ist in der Produktionswirtschaft der Kapitaleinsatz pro Arbeitsplatz - preisbereinigt - um 400 Prozent gestiegen, der Kapitaleinsatz in den Dienstleistungen, auf die wir ja soviel setzen, um 350 Prozent. Und das Interessante: Im Primärbereich, also insbesondere in der Landwirtschaft, ist der Kapitaleinsatz um 650 Prozent gestiegen. Im Primärbereich ist in der gleichen Zeit die Beschäftigung von 100 auf 20 gesunken. Das heißt, wir haben nur noch 20 Prozent der Beschäftigung von 1960. Deshalb haben wir im Augenblick auch sowenig Selbständige. Denn der Großteil der selbständigen Landwirte ist inzwischen ausgeschieden. Sie haben früher einen wesentlichen Teil der Selbständigen ausgemacht.

Es gibt nur einen Bereich, wo die Beschäftigung seit 1960 angestiegen ist - unter Beschäftigung verstehe ich das Arbeitsvolumen im Jahr, die Arbeitsstunden, die im Jahr gearbeitet werden, nämlich im Dienstleistungsbereich von 100 auf 120. Im Produktionsbereich sind die Jahresarbeitsstunden, ist das Arbeitsvolumen auf 60 Prozent gesunken.

Was kommt denn darin zum Ausdruck? Zum Ausdruck kommt, daß wir mit immer weniger Arbeit immer mehr Güter und Dienstleistungen erzeugen können. Wir könnten heute das Bruttoinlandsprodukt von 1970 mit genau 50 Prozent des Arbeitsvolumens erzeugen, das wir damals aufgewendet haben. Unser Bruttoinlandsprodukt ist aber nicht um 100 Prozent gestiegen, sondern nur um 65 Prozent. Deshalb sind auch nur noch knapp 80 Prozent Arbeitsvolumen angefallen. Daran können wir politisch nichts ändern. Das ist das Ergebnis unseres eigenen Tuns. Unser Ziel ist es doch, die Arbeit leichter zu machen, produktiver zu machen, immer mehr Technologie zu entwickeln, Maschinen zu bauen, die Maschinen bauen. Handys, Autos werden heute fast ohne menschliche Mitwirkung durch Maschinen gebaut.

Auf der einen Seite empfinden wir das als eine große Entlastung des Menschen. Die Utopien des 19. Jahrhunderts waren geradezu ausgerichtet auf die Idee weniger Arbeit und mehr Wohlstand. Jetzt stehen wir vor einem hervorragenden Ergebnis. Wir sind im Begriff, diese Utopie einzulösen. Aber wir stehen da und wissen nicht, was wir damit anfangen sollen.

Was ist passiert? Wir haben auf dem Weg dorthin unsere Gesellschaft so organisiert, daß sich alles über die Erwerbsarbeit vermittelt: das Einkommen, das Ansehen, den sozialen Status, die sozialen Kontakte, die Zukunftschancen. Alles vermittelt sich über die Erwerbsarbeit. Wir haben praktisch keinen anderen Raum mehr in unserer Gesellschaft, der auch nur im entferntesten die gleiche Bedeutung für das menschliche Zusammenleben hat. Die Konzentration auf

die Arbeit hat dazu geführt, daß sich die Familienverbände teilweise auflösen, wir uns individualisieren. Alles ist arbeitsbezogen. Man kann Gesellschaft so organisieren. Aber dann muß man aus dieser Entwicklung auch die Konsequenzen ziehen. Wir können nicht zu einer geringeren Produktivität zurückkehren, um wieder mehr Menschen zu beschäftigen. Das geht nicht.

(Beifall)

Also müssen wir uns fragen: Wie schaffen wir eine menschenwürdige Gesellschaft im 21. Jahrhundert, die nicht nur arbeitszentriert ist? Das ist die große Herausforderung, vor der wir stehen.

Auf diese Herausforderungen gibt es rückwärtsgewandte Antworten. Sie werden vorzugsweise von der SPD geliefert. Lafontaine greift in die alte Mottenkiste und erzählt uns: „Wir müssen die Nachfrage stärken.“ Als ob die Nachfrage vom Himmel fiele. „Die Arbeitnehmer müssen mehr Einkommen haben.“ Wer hat den Nutzen davon? Wenn wir die Arbeit teurer machen, beschleunigt sich der Prozeß, Arbeit durch Wissen und Kapital zu ersetzen. Das heißt, die Zahl der Arbeitsplätze nimmt ab. Gleichzeitig fließt die erhöhte Kaufkraft in erster Linie denjenigen zu, die Kapital bereitstellen oder über Wissen verfügen. Das heißt, der Teil der Bevölkerung, der auf Arbeit als einzige Einkommensquelle angewiesen ist, zieht also den kürzeren.

Herr Lafontaine hat diese Zusammenhänge nicht erkannt, weil er in erster Linie, wie Wolfgang Schäuble uns heute morgen gesagt hat, mit weltökonomischen Fragen beschäftigt ist. Aber diese Zusammenhänge sind es, die die Menschen interessieren. Deshalb müssen wir ihnen sagen, dieser rückwärtsgewandte Weg führt ins Abseits. Er spaltet die Gesellschaft.

(Beifall)

Er erhöht die Zahl der Ausgegrenzten, und er verringert die Zahl derer, die an den kapitalintensiven, den wissensintensiven Arbeitsplätzen arbeiten und dort ein sehr gutes Einkommen erzielen. Dieser Weg ist nicht der Weg in die Zukunft. Es ist der Rückweg in eine überholte Wirklichkeit und damit ein untauglicher Weg.

Andere Vorschläge lauten - mit Blick auf das, was Heiner Geißler vorhin vorgetragen hat zu steigenden Gewinnen der Unternehmen und abnehmender Beschäftigung -, man solle doch die Lohnsteigerungen nicht an die Produktivitätssteigerungen knüpfen, sondern an die Gewinne. Das ist scheinbar genial. Nur, was ist das Ergebnis? Da es sich um Flächentarife oder zumindest um Gebietstarife handelt, trifft eine solche Tarifpolitik nicht nur die Gewinnstarken, sondern alle. Nicht alle haben aber hohe Gewinne. Zweitens werden auch dadurch Arbeitnehmer vertrieben, vor allen Dingen Arbeitnehmer mit weniger produktiven Arbeitsplätzen. Auch hier die Spaltung der Gesellschaft in gesicherte Arbeitsplatzbesitzer und eine wachsende Zahl von Arbeitslosen.

Meine Damen und Herren, wenn man glaubt, man könnte in einer offenen Wirtschaft, die sich auf das 21. Jahrhundert vorbereitet, solche Prozesse mit Gewalt durchsetzen, dann täuscht man sich.

(Beifall)

In welcher Richtung müssen wir die Antworten suchen? Einiges dazu wird im Leitantrag gesagt. Darüber werden wir nachher noch diskutieren. „Zukunftsfähigkeit der Sozialsysteme

sichern“ ist ein Aufruf. Hier ist mir wichtig, daß der Leit Antrag unsere heutigen Veränderungen vergleicht mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts. Ich halte diesen Vergleich für zutreffend. Nur, wenn er zutreffend ist, dann stellt sich im 21. Jahrhundert auch wieder die Frage, die im 19. Jahrhundert über Jahrzehnte des Ringens und zumindest einen Weltkrieg erst gefunden wurde, nämlich: Wie kann ich die Marktkräfte domestizieren, wie kann ich sie einfangen, wie kann ich sie zu menschenwürdigem Handeln veranlassen, wie kann ich die Sozialpflichtigkeit des Eigentums verwirklichen?

Im 21. Jahrhundert stellt sich die Frage neu. Warum? Weil wir keine globale Sozialpolitik haben. Wir haben nicht einmal eine europäische Sozialpolitik, und es wäre außerordentlich schwierig, sie zu entwickeln. Die Marktkräfte agieren aber weltweit. Wenn aber die Marktkräfte, gerade die stärkeren, dem Zugriff der nationalen Ordnung, der Bindung an die Wertordnungen, an die soziale Ordnung, ausweichen können, dann werden sie das tun. Wie sichern wir dann die soziale Marktwirtschaft? Die Frage kann ich nicht mit den Erfahrungen der Vergangenheit beantworten.

Wir wollen den Anteil an Teilzeitarbeit erhöhen. Wir stellen fest, wir haben die höchsten Lohnnebenkosten. Das ist richtig, ich habe es schon erwähnt. Und wir wollen eine Reihe von anderen richtigen Dingen in Gang setzen. Hier sind Wegweiser für den Weg in die Zukunft. Aber noch keine Antworten.

Im letzten Abschnitt meiner Einführungen möchte ich dazu noch einige ergänzende Ausführungen machen. Ich glaube, daß die Antworten in folgenden Richtungen gesucht werden müssen.

Erstens: Das Verhältnis von Arbeitsverhältnis und Sozialverhältnis muß sich verändern. Wir werden auf die Dauer die soziale Ordnung nicht durch die Arbeitseinkommen finanzieren können, jedenfalls nicht alleine. Wir wissen, sie kosten im Augenblick rund 40 Prozent der Arbeitseinkommen. Im Blick auf die demographische Entwicklung werden sie weiter steigen, es sei denn, wir subventionieren die Systeme aus Steuermitteln.

Welche Wirkung das hat, müssen wir diskutieren. Wenn ich die Rente aus Steuermitteln subventioniere, ihre Struktur aber so lasse, wie sie ist, dann bedeutet das: Auch in Zukunft erhält die Teilzeitbeschäftigte oder der Teilzeitbeschäftigte auf dieser Grundlage keine ausreichende Alterssicherung. Denn der sogenannte Eckrentner, das heißt, der zum Durchschnittseinkommen Beschäftigte muß, zu heutigen Preisen, 27 Jahre Beiträge zahlen, um eine Rente zu bekommen, die dem Sozialhilfeniveau entspricht. Heute arbeiten aber nur noch 75 Prozent der Bevölkerung 36 Stunden oder mehr in der Woche. Der restliche Teil arbeitet weniger. Das stellt Fragen an unser soziales System, die wir noch nicht beantwortet haben.

Ich habe mich gefreut, daß Wolfgang Schäuble heute morgen gesagt hat: Und wenn es uns dann gelingt, die soziale Systeme auch noch an den veränderten Arbeitsmarkt anzupassen, dann hätten wir das Ziel erreicht. - Wolfgang Schäuble, ich kann Ihnen nur zustimmen.

(Beifall)

Hier stellt sich eine zentrale Frage - ich habe vorhin von Kardinal Höffner und den anderen Wissenschaftlern von 1954 gesprochen -, was gehört in den Bereich der Daseinsvorsorge und was gehört in den Bereich der personalen Verantwortung. Die Frage zu beantworten wird uns ganz

schön anstrengen. Das sagt sich nämlich so einfach: mehr Eigenverantwortung. Auf welche Weise? Wir haben einige wenige Schritte getan, und wir wissen auch, gegen welchen erbitterten politischen Widerstand. Nur, meine lieben Freunde, wir brauchen auch in dem Bereich der Sozialsysteme einen Innovationsschub. Es geht immerhin um 30 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts.

Innovationsschübe in Zeiten, in denen die Antworten unsicher sind, entwickelt man am besten durch Wettbewerb. Also müssen wir uns zum ersten überlegen: Wie können wir denn mehr Wettbewerb, mehr Vielfalt, mehr Auswahlmöglichkeiten in die Systeme bringen, damit die Menschen an der Beantwortung der Frage, wie das Verhältnis von Arbeit und Sozialsystem im 21. Jahrhundert aussehen soll, selber mitarbeiten können? Wenn wir die Bevölkerung von der Reform eines Drittels des Bruttoinlandsprodukts mit dem Argument fernhalten, aus angeblichen Gründen der Solidarität, der Verteilungsgerechtigkeit und ähnlichem, weil das nur der Staat regeln können soll, dann werden die Menschen auch nur den Staat für die Ergebnisse verantwortlich machen. Kein demokratisch gewählter Staat mit einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung kann diese politische Last auf die Dauer tragen. Das sage ich Ihnen voraus. Deshalb brauchen wir hier mehr Innovationen.

(Beifall)

Das zweite, was wir brauchen, ist eine Regionalisierung der Arbeitsmärkte. Wir versuchen zur Zeit unser kleines Land Sachsen in fünf Regionen zu unterteilen und innerhalb dieser Regionen eine regionalspezifische Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Es ist erstaunlich, was den Leuten vor Ort alles einfällt, wenn man sie an der Lösung solcher Fragen beteiligt.

(Beifall)

Wenn sie merken: Es ist nicht nur das Arbeitsamt, sondern es sind wir selber, die über die Qualität der Arbeit, über die Beschäftigung und den sozialen Zusammenhalt der Regionen mitentscheiden.

Regionalisierung bedeutet umgekehrt, daß wir die Arbeitsmarktpolitik nicht auf die europäische Ebene heben können. Ich möchte hier wirklich mit allem Nachdruck feststellen, daß wir uns da nicht auf einen falschen Weg bringen lassen dürfen.

(Beifall)

Ich sage das nicht gegen Europa, sondern für Europa und seine Einheit. Denn wenn es möglich wäre, die politischen Kosten der Arbeitslosigkeit auf die europäische Ebene zu transportieren, würde Europa durch politische Kosten belastet, die auch ein geeintes Europa nicht tragen könnte.

(Beifall)

Es würde zu Konflikten unter den Mitgliedern kommen: Denn hohe Arbeitslosigkeit, die zu EU-Transferleistungen führten, würden sich dann plötzlich lohnen.

(Beifall)

Ganz besonders auch dem Bundeskanzler möchte ich sagen: Der europäische Beschäftigungspfeil muß klarmachen, daß man trotz aller Akzeptanz von Gesprächen über die Probleme der Arbeitslosigkeit die Regionalisierung und Dezentralisierung der Arbeitswelt in einer hochentwickelten Industriegesellschaft nicht preisgeben darf, auch wenn die Versuchung groß ist, das zu tun.

(Beifall)

Drittens Bildung und Wissen: Wir werden später über dieses Thema sprechen. Deshalb will ich es nicht vertiefen. Ich habe schon angedeutet, warum dieses Thema so wichtig ist. Für mich ist es der Schlüssel zu unserer Zukunft überhaupt. Der Schlüssel für unsere Zukunft: Das heißt, die Antwort auf die Frage, ob wir es fertigbringen, uns so innovativ zu verhalten, wie man sein muß, wenn man in einer Welt bestehen will, in der die Chinesen, die Koreaner und die Indonesier mit unserer Technologie und unserem Wissen, das frei verfügbar ist, bei Massengütern genau die gleiche Qualität erzeugen können wie wir.

(Beifall)

Wir müssen lernen - ich habe es hier in Sachsen gelernt -, daß die eigentliche Stärke Europas in einer Verbindung, einer Synthese von Wissen, Können, Kultur, Demokratie, Freiheit und Disziplin besteht, die man an keiner anderen Stelle der Welt reproduzieren kann.

(Beifall)

Die Wirtschaft - das kann man in der Geschichte des Freistaates Sachsen lernen - ruht auf der Kultur. Die Wirtschaft ist ein Teil der Kultur des Landes - nicht nur im Handwerk oder im Kunstgewerbe, sondern überall. Dies ist eine besondere europäische Qualität. Sie ist nicht reproduzierbar. Das können die Asiaten so nicht. Denn diese Verbindung beruht auf dem Respekt vor dem Individuum, vor seinem Können und Wissen,

(Beifall)

und auf einer politischen Ordnung, in der sich dieses Individuum frei entfalten und damit nicht nur für sich, sondern für die ganze Ordnung seine Leistungen erbringen kann. Das geht nur in Europa - und in der westlichen Welt.

(Beifall)

Diese besondere Kraft müssen wir erhalten und mehren. Deswegen müssen wir auch darauf achten, unsere Gesellschaft nicht zunehmend eindimensional - nur noch in Wachstumsraten, in BIP-Zahlen, in Beschäftigungszahlen und in Einkommenszahlen - zu betrachten. Auch wenn wir in diesen Bereichen einmal nicht erfolgreich sind, dürfen wir nicht sagen: Wir haben versagt. Wenn das die Maßstäbe für den Aufbau Ost wären, dann hätten wir schon versagt. Dann hätten die Menschen hier keine wirkliche Perspektive. Denn sie wissen inzwischen: Es dauert 20 Jahre, bis wir die Folgen der Vergangenheit überwunden und die Angleichung vollzogen haben.

In der Zwischenzeit können wir doch nicht sagen: Wir sind mit dem Leben unzufrieden.

Mit den Herausforderungen, die uns die neue Wirklichkeit aufzwingt - ich sage bewußt „aufzwingt“; sonst würden wir uns ihnen nämlich nicht stellen -, können wir zugleich den großen Reichtum aus der Verbindung der verschiedenen Aspekte der europäischen Kultur, der Wirtschaft und der Wissenschaft neu entdecken. Das wird uns dann auch helfen, die grundlegenden Veränderungen vorzunehmen, die die neue Wirklichkeit von uns fordert.

Viertens. Schließlich und letztlich: Wir müssen den Menschen den Zugang zum Kapital öffnen. Das fordern wir schon 25 Jahre lang. Wir fordern es immer unter Gesichtspunkten der

Verteilungsgerechtigkeit. Ich fordere es jetzt aus einem anderen Grund: Wenn es richtig ist, daß der Anteil der Einkommen wächst, die durch Wissen und Kapital erzielt werden und der Anteil der Einkommen, die durch Arbeit erzielt werden, stagnieren oder, gemessen an den Gesamteinkommen, also am Bruttoinlandsprodukt, sogar zurückgehen - in Deutschland ist von Mitte der 70er Jahre bis jetzt der Anteil der Bruttolohn- und -gehaltssumme am Bruttoinlandsprodukt von 57 auf 52 Prozent zurückgegangen und das wird so weitergehen -, dann müssen wir die Menschen in die Lage versetzen, auch an den Kapitalerträgen teilzuhaben.

(Beifall)

Denn damit erschließen wir ihnen neben der Arbeit eine weitere Einkommensquelle. Dann werden sie sich auch mehr Beweglichkeit im Arbeitsmarkt leisten können.

Ich bin davon überzeugt, daß wir die Herausforderungen meistern können, wenn wir den Mut haben, zum Beispiel nicht nur die gegenwärtigen Probleme des Rentensystems zu lösen, sondern wirklich in die Tiefe zu gehen und die Fragen zu stellen, die uns weh tun. Ich weiß das: auch mir tun sie weh. Denn sie zwingen uns, wohlverdienene Erfahrungen aufzugeben.

Wenn Sie wissen wollen, ob es möglich ist, erworbene Erfahrungen aufzugeben, dann schauen Sie, was die Bevölkerung hier in Sachsen geleistet hat.

(Beifall)

Warum hat sie das geleistet? Warum konnte sie das leisten? Weil sie diesen Veränderungsprozeß selber in Gang gesetzt hat, weil sie im Oktober/November 1989 entschieden hat: Wir wollen diese Veränderung! Ohne zu wissen, was dies wirklich bedeutet. So haben sie dann das Ergebnis, diese revolutionäre Veränderung ihres Lebens, mit großer Mehrheit, als eine Herausforderung und nicht als eine Gefahr akzeptiert.

Wenn wir so handeln, werden auch wir es schaffen. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Herr Professor Biedenkopf. Wir hören jetzt Hubertus Schmoldt und freuen uns auf seine Ausführungen in etwa ähnlicher Länge.

(Beifall)

Hubertus Schmoldt: Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der letzten Woche hat die IG BCE ihren ersten ordentlichen Kongreß in Hannover durchgeführt. Wie es bei uns gute demokratische Sitte ist, haben wir dort die Vertreter der Parteien gebeten, zu uns zu sprechen. Ich freue mich, daß wir diesen Dialog heute im Rahmen Ihres Parteitages fortsetzen können. Ich bin mir bewußt, daß ich hier kein Heimspiel habe.

Ich bin der Einladung Ihres Vorsitzenden deshalb gerne gefolgt, weil es sich hier um ein Podium handelt, das sich mit einem Thema befaßt, welches nach unserer Meinung aus ökonomischer, aus sozialpolitischer und auch aus gesellschaftspolitischer Sicht das wichtigste Thema ist, nämlich die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall)

Ich bin der Einladung auch deswegen gerne gefolgt, weil ich den Dialog zwischen allen politischen Lagern in dieser Frage für unbedingt notwendig und unabdingbar halte. Dabei gehe ich davon aus, daß sich die CDU immer noch als Partei Ludwig Erhards und somit als Partei der Sozialen Marktwirtschaft versteht. Dieses politische Erbe stellt eine Verpflichtung dar. Sie sind sicherlich mit mir der Auffassung, daß sich Massenarbeitslosigkeit nicht mit den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft verträgt.

Ich kann und möchte heute dezidiert die Auffassung meiner Gewerkschaft, der IG BCE, vertreten. Ob und inwieweit ich damit auch die Meinung anderer Gewerkschaften wiedergebe, sollten Sie am Ende selbst entscheiden.

Für das nächste Jahr wird mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit auf fast 4,5 Millionen registrierte Arbeitslose im Jahresdurchschnitt gerechnet. Dies ist eine Beschäftigungskrise, meine Damen und Herren, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt haben. Für die Betroffenen ist Arbeitslosigkeit in aller Regel ein schlimmes persönliches Schicksal. Für unsere Gesellschaft und für unsere Volkswirtschaft bedeutet Arbeitslosigkeit den Verlust von Leistungswillen, die Vergeudung von Schaffenskraft und den Raubbau an der Substanz unseres wichtigsten Standortvorteils, nämlich der Qualifikation und der Motivation der Menschen.

Ich bin entschieden der Auffassung, daß alle, die Verantwortung tragen - sei es in der Politik, in der Wirtschaft oder in den Verbänden -, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur wichtigsten innenpolitischen Aufgabe erklären müssen. Nun stellen wir alle miteinander fest, daß in den Absichten offenbar Einigkeit besteht. Auf allen Seiten bekennt man sich zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Bei genauem Hinsehen unterscheiden sich allerdings die Methoden. Der Erfolg der Anstrengungen war bisher nicht gerade ausreichend.

Das bringt mich zu meiner ersten Feststellung: Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann nur im gesellschaftlichen Konsens geschehen, in einem Bündnis der Verantwortung, an dem Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften gleichermaßen beteiligt sind. Konsens bedeutet aber - dies füge ich mit Absicht hinzu -, daß alle bereit sind, gemeinsam Lösungen zu finden, aufeinander zuzugehen, Abstriche von ihren eigenen Auffassungen zu machen und auch Opfer zu bringen. Mir scheint dies bisher nicht in ausreichendem Maße geschehen zu sein.

Sie alle wissen, daß es am Ende nicht zum Bündnis für Arbeit gekommen ist, weil Interessen und Klientelpolitik die notwendigen Kompromisse verhindert haben. Wir, die Gewerkschaften, haben nicht verstanden, daß man unsere ausgestreckte Hand ausgeschlagen hat und daß wir statt dessen etwa beim Kündigungsschutz oder bei der gesetzlichen Lohnfortzahlung neue Konflikte austragen mußten.

Herr Wulff, Sie haben mich mit Ihren Bemerkungen zur Lohnfortzahlung deshalb nicht provoziert, weil wir - ich kann dies für alle Gewerkschaften sagen - ein großes Interesse daran haben, eine Senkung der Lohnnebenkosten und auch eine Senkung im Bereich der Lohnfortzahlung gemeinsam zu erzielen. Die Frage ist nur, auf welchem Weg und mit welchen Mitteln dies geschieht. Ihre Antwort darauf fanden wir nicht richtig.

Meine Damen und Herren, mit dem Bündnis für Arbeit hatten sich alle Beteiligten auf das Ziel verständigt, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Ob dieses Ziel erreichbar ist,

dürfte nicht die ausschlaggebende Frage sein. Auf den Willen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und auf die Anstrengungen, die man dafür unternimmt, kommt es an.

Mit Bedauern stellen wir fest, daß wertvolle Zeit bereits vertan wurde. Aber dennoch - dies ist meine zweite Feststellung - halte ich ein Bündnis für Arbeit für notwendig und für möglich. Wir sind bereit, an einem solchen Bündnis mitzuwirken. Allerdings müssen die Voraussetzungen stimmen und Wege zu gemeinsam tragbaren Lösungen erkennbar sein. Dies ist für mich, meine Damen und Herren, unabhängig davon, welche Regierung die Verantwortung trägt.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der Regierungen von Bund und Ländern, die Bundesbank und die Tarifparteien zusammenwirken müssen. Damit nehme ich uns selbst ausdrücklich in die Verantwortung. Allerdings wäre es eine grobe Fehleinschätzung, wenn man die Möglichkeiten der Tarifparteien überschätzen würde.

Für meine Gewerkschaft, die IG BCE, und für unsere Tarifpartner kann ich, so glaube ich, mit gutem Recht in Anspruch nehmen, daß wir die engen Spielräume für Beschäftigungspolitik in unseren Branchen genutzt haben. Wir haben Flexibilität und Differenzierung in der Arbeitszeitpolitik vereinbart, ebenso wie maßgeschneiderte Tarifverträge zu Einstiegstarifen für Arbeitslose, für Zeitabgeltung bei Überstunden, für eine Freischichtenregelung, für die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze - das waren in drei Jahren immerhin 25 Prozent - und im Frühjahr dieses Jahres für den Entgeltkorridor.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich vorstellen können, daß wir für all diese neuen tarifpolitischen Instrumente auch in der eigenen Organisation eine Menge an Überzeugungsarbeit leisten mußten.

(Beifall)

Neben diesen tarifpolitischen Innovationen haben wir in der chemischen Industrie mit dem Beschäftigungsmoratorium im Jahre 1996 verbindliche Beschäftigungssicherung und -förderung, Stopp des Arbeitsplatzabbaus und 25 000 neue Arbeitsplätze innerhalb von acht Monaten realisiert. Ich denke, das ist ein beachtlicher Erfolg.

(Beifall)

Damit haben wir unter Beweis gestellt, daß all diejenigen wohl nicht richtig liegen, die uns Unbeweglichkeit und Dogmatismus vorwerfen. Wir haben den notwendigen Bewegungsspielraum im Rahmen des Flächentarifvertrags ermöglicht, um unsere Ziele, Arbeitsplatzzerhaltung und Standortsicherung, voranzubringen.

Bei unseren tarifpolitischen Bemühungen spielt die Arbeitszeitpolitik sicher eine besondere Rolle. Wir sind uns mit anderen Gewerkschaften einig, daß Arbeitszeitverkürzung ein wirksames Instrument gegen Arbeitslosigkeit ist. Dabei gibt es allerdings keinen Königsweg. Deshalb suchen wir nach flexiblen Systemen, um den unterschiedlichen Anforderungen von Branchen und von Betrieben gerecht zu werden. Ich halte überhaupt nichts davon, die Debatte in diesem Zusammenhang auf die 32-Stunden-Woche oder auf die Frage des Lohnausgleichs zu reduzieren.

(Beifall)

In den letzten Tagen ist vermehrt darüber diskutiert worden, ob nicht eine Steigerung der Kaufkraft zur Stützung unserer Konjunktur nötig wäre. Alle Zahlen, die uns vorliegen, bestätigen, daß die Kaufkraft der durchschnittlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren mit der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nicht Schritt gehalten hat. Deswegen ist dieses Argument nicht vom Tisch zu wischen. Aber die zu geringe Kaufkraft, meine Damen und Herren, ist nicht in erster Linie in der Verantwortung der Tarifvertragsparteien zu suchen. Sie hat vielmehr ganz erheblich ihre Ursache in den immens gestiegenen Abgaben und Steuern, die die Kaufkraft des Arbeitnehmers und damit seine Möglichkeiten, Geld auszugeben, geschmälert haben.

(Beifall)

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Die Gewerkschaften sind in den zurückliegenden Jahren nicht bescheiden gewesen. Sie waren verantwortungsbewußt, indem sie den schwierigen Spagat zwischen Einkommenssicherung und Beschäftigungssicherung zum Schwerpunkt ihrer Tarifpolitik gemacht haben. Zumindest wird es für die IG BCE dabei bleiben.

(Beifall)

Die Massenarbeitslosigkeit verursacht immense gesellschaftliche Kosten, die über Steuern, Abgaben und andere Leistungen finanziert werden müssen. Diese zahlt wiederum die Allgemeinheit.

Sie sehen also, daß eine Forderung, wie sie im Entwurf Ihres Leitantrages enthalten ist, nämlich daß die Deutschen grundsätzlich bereit sein müßten, für gleichen Lohn mehr zu arbeiten, meine Zustimmung so - in dieser schlichten Form - nicht finden kann.

Meine dritte Feststellung lautet: An einer weiteren Umverteilung von Arbeit führt kein Weg vorbei. Wir haben durch verschiedene Tarifverträge zugleich aber auch deutlich gemacht, daß wir einer sinnvollen Flexibilisierung überhaupt nicht im Wege stehen. Bereits 1987 haben wir einen Tarifvertrag über die Gestaltung von Teilzeitarbeit abgeschlossen. Vor anderthalb Jahren entstand der erste Tarifvertrag zur Altersteilzeit, ein halbes Jahr vor der gesetzlichen Regelung der Bundesregierung und des Bundestages, vorher!

Aber, meine Damen und Herren - hier will ich das unterstützen, was Kurt Biedenkopf gesagt hat -, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden von diesen beiden Möglichkeiten, Teilzeit und Altersteilzeit, nur dann in größerem Maße Gebrauch machen, wenn sie keine gravierenden Nachteile bei der Sozialversicherung und bei der späteren Rente in Kauf nehmen müssen.

Ein Kapitel der künftigen Tarifpolitik wird mit Sicherheit sein, Lösungswege zu finden, die die Arbeitnehmer am Unternehmenskapital beteiligen können. Das geht weit über das hinaus, was wir bisher in der Frage der Vermögensbildung diskutiert und nicht zustande gebracht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Bereits 1995 habe ich als neugewählter Vorsitzender der damaligen IG Chemie auch vorgeschlagen, für bestimmte Gruppen von Arbeitsplätzen befristet eine Kombination von tariflichem Einkommen und Transfereinkommen vorzusehen, allerdings ohne die Tarifeinkommen

abzusenken. Dies wäre nach meiner festen Überzeugung in exportorientierten Branchen durchaus sinnvoll, die unter extremem Druck des internationalen Kostenwettbewerbs stehen, damit man ihnen die Zeit für die notwendige Reorganisation und Umstrukturierung der Unternehmen und der betreffenden Arbeitsplätze einräumen kann. Würden diese Arbeitsplätze ins Ausland verlagert, wären sie für uns endgültig verloren.

Darüber hinaus wäre es ebenso vorstellbar, in vielen Bereichen der personennahen Dienstleistungen eine solche Kombination von Lohn und Transferleistung zu ermöglichen. Ich warne an dieser Stelle allerdings davor, zu glauben, daß damit den Problemgruppen unseres Arbeitsmarktes auf Dauer geholfen werden kann. Ausländische Erfahrungen zeigen nämlich, daß diese sogenannten Billigarbeitsplätze häufig von solchen Gruppen wahrgenommen werden, die sich das auf Grund von anderen Einkommen leisten können. Dennoch - das will ich deutlich sagen - sollten wir uns gemeinsam darum bemühen, die Voraussetzungen für die sinnvolle Anwendung solcher Entlohnungsmodelle zu finden.

Immer dann, wenn das Thema „Arbeitslosigkeit“ im Mittelpunkt steht, sollten wir auch das Thema „Ausbildungskrise“ in den Mittelpunkt stellen. Wie Sie wissen, bin ich persönlich kein Freund von Modellen, die mit Abgaben experimentieren.

(Beifall)

Wir würden den betroffenen jungen Menschen, aber auch unserem Wirtschaftsstandort wesentlich mehr nützen, wenn wir das bewährte und erfolgreiche System der dualen Ausbildung stützen und mit Augenmaß reformieren würden. Dabei muß den Kammern und den Betrieben weiterhin eine entscheidende Rolle zukommen. Entsprechende Vorschläge dazu liegen ja auf dem Tisch.

Was wir alle dabei aber ein wenig vernachlässigt haben, ist die konzeptionelle Ausrichtung unserer Ausbildung. Es ist bislang nicht gelungen, Qualifikationsanforderungen und Berufsentwicklung der Zukunft in ausreichendem Maße mit der Ausbildungsplanung zu koordinieren. An dieser Stelle muß ebenso wie bei der beruflichen Fortbildung mehr Systematik, mehr Zukunftsorientierung Platz greifen, wenn wir unnötigen Aufwand vermeiden und zugleich das notwendige Potential an Qualifikation erreichen wollen.

Zum Gelingen einer Politik gegen die Arbeitslosigkeit gehören natürlich eine Reihe von wichtigen Rahmenbedingungen, für die die Tarifparteien nicht unbedingt verantwortlich zeichnen. Ohne damit eine Diskussion über die Rolle des Staates sowie über Wettbewerb und Marktwirtschaft anzetteln zu wollen, will ich doch in meiner vierten Aussage feststellen, daß der Gesetzgeber oder der Staat für eine Reihe von wichtigen Rahmenbedingungen verantwortlich ist, die für den Zustand des Arbeitsmarktes von ganz entscheidender Bedeutung sind.

Da wir uns heute hier im Herzen der fünf neuen Bundesländer befinden, möchte ich zuerst die Bedeutung des zweiten Arbeitsmarktes ansprechen. Angesichts der tiefgreifenden Strukturbrüche und der Beschäftigungskrise, die Kurt Biedenkopf gerade eindrucksvoll geschildert hat, ist es für eine Übergangssituation unumgänglich, daß ein zweiter Arbeitsmarkt installiert wird. Dieser darf aber weder auf Dauer konzipiert sein noch die Entwicklung des ersten Arbeitsmarktes behindern.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, gerade die Erfahrungen aus Ostdeutschland zeigen, daß mit Beschäftigungspolitik und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wertvolle Beiträge für die Infrastruktur und für die Sanierung der Landschaft geleistet werden und zugleich Beschäftigung für Übergangszeiträume garantiert wird. Deswegen verstehe ich es nicht, wenn nunmehr unter dem Diktat der Haushalte diese beschäftigungssichernden Maßnahmen deutlich reduziert werden. Was von seiten des Bundesfinanzministeriums an dieser Stelle nicht zur Verfügung steht, dürfte über kurz oder lang Löcher in die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit oder des Bundesarbeitsministeriums reißen.

Zu den staatlichen Rahmenbedingungen, die die wirtschaftliche Entwicklung am Arbeitsmarkt formen, gehört selbstverständlich auch die Einnahmen- und Ausgabenseite. Über eine sachgerechte Steuerpolitik und über eine innovationsorientierte Ausgabenpolitik können wertvolle Impulse für Wachstum und Beschäftigung erreicht werden.

Ich sage auch hier, daß ich das Scheitern der Steuerreform für äußerst schädlich halte.

(Beifall)

Von der Frage der Verteilungsgerechtigkeit einmal abgesehen, ist damit die dringend notwendige Senkung der Lohnnebenkosten vorerst wohl nicht zu erreichen. Damit bleibt ein Nachteil bestehen, den unser Wirtschaftsstandort im europäischen und internationalen Wettbewerb offenbar wirklich hat; denn es hat sich ja wohl zwischenzeitlich herumgesprochen, daß es weniger die Kosten des Faktors Arbeit selbst als vielmehr die Lohnnebenkosten sind, die unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Ländern in den letzten Jahren beeinträchtigt haben.

Unabhängig vom Zustandekommen einer Steuerreform sollte diese Aufgabe deshalb dringend angegangen werden. Die Entlastung des Faktors Arbeit von unsachgemäßen Kosten würde einen deutlich positiven Effekt für die Beschäftigung haben.

Im Wettbewerb der Standorte kann unser Land dann am besten bestehen, wenn es seine Stärken ausbaut, die Schwächen beseitigt, nicht aber den Versuch macht, andere Länder durch die Absenkung von Löhnen oder Sozialstandards zu unterbieten. Deshalb müssen wir eine Innovationsoffensive in Gang bringen, um den Anschluß nicht zu verpassen. Unter Beachtung der notwendigen sozialen Standards brauchen wir technologische Innovationen zur Erschließung von neuen Wachstumsmärkten, Produkten und produktionsnahen Dienstleistungen. Dies wird zwangsläufig zu neuer und, wie ich überzeugt bin, dauerhafter Beschäftigung beitragen.

Der Staat selber kann hier durch Standortmarketing viele positive Akzente setzen. Dies lehrt uns das Beispiel Japans und auch anderer Länder. Wir selbst, also die alte IG Chemie und die IG BCE, haben mit dem Bioregio-Wettbewerb, den Minister Rüttgers auf den Weg gebracht hat, beste Erfahrungen gemacht, denn er hat bewiesen, daß auf diesem Wege Initialzündungen möglich sind.

(Beifall)

Überhaupt zeigt die aktuelle Entwicklung in der Biotechnologie, was uns, bezogen auf die Zukunft, voranbringen könnte. Durch eine gewissermaßen konzertierte Aktion von Gewerkschaft, Politik und Unternehmen haben wir die zähe Akzeptanzdebatte der letzten Jahre zug

um Zug überwunden. Heute verzeichnen wir als Bio- und Gentechnik-Standort die höchsten Wachstumsraten in der Welt und zunehmend auch eine steigende Beschäftigung.

In neuen, kreativen Unternehmen stecken nicht nur Phantasie, sondern auch erhebliche Beschäftigungspotentiale. Deshalb brauchen wir mehr erfahrene Unternehmer, Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschaftler, die junge Unternehmen in der Startphase beraten und unterstützen. Ich habe auf unserem Kongreß hierzu angekündigt, daß die IG BCE eine eigene Initiative beginnen wird, um diese Art des Know-how-Transfers voranzubringen.

Wir alle wissen inzwischen, daß die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes und damit auch die Beschäftigung keine nationale Angelegenheit mehr sind. Auch hier kann ich auf die Ausführungen von Kurt Biedenkopf verweisen. Europa wird aber Schaden nehmen, meine Damen und Herren, wenn ein ungezügelter Wettbewerb um niedrigere Steuern und Abgaben und um ein niedriges Lohnniveau stattfindet. Europa wird politisch und wirtschaftlich erst dann stabil werden können, wenn die Menschen auch dort Arbeit finden, wo sie leben. Dies ist kein Argument gegen die Freizügigkeit. Aber ein Zeitalter der billigen Wanderarbeiter, wie wir es in einigen Branchen zur Zeit erleben, ist nicht das, was wir uns unter europäischer Freizügigkeit vorstellen.

(Beifall)

Dies ist im übrigen auch ein Grund, warum ich mich mit aller Entschiedenheit für die Europäische Währungsunion und für den Euro ausspreche.

(Beifall)

Ich weiß sehr wohl um die Fragen und Probleme, die im Zusammenhang mit der Europäischen Währungsunion stehen und auf die wir heute noch keine Antwort haben, nämlich: Welche Konsequenzen hat das für die Tarif- und Beschäftigungspolitik? Dennoch bleibe ich dabei: Es gibt keinen anderen Weg als die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, allerdings habe ich in diesem Zusammenhang - auch das will ich genauso deutlich sagen - viele der Diskussionen um die Maastricht-Kriterien nicht nachvollziehen können.

(Beifall)

Selbstverständlich braucht die europäische Währung einen Zielkorridor für die Defizitbekämpfung. Wenn dies aber zu Haushaltseinschnitten und zu hektischem Sozialabbau führt, dann vergrößert das die Arbeitslosigkeit und verschärft das soziale Gefälle. Damit wird keine wirkliche Stabilität erreicht, sondern eher der Keim für künftige Instabilität gelegt. Ohne gesellschaftliche Stabilität ist Geldwertstabilität dauerhaft nicht tragfähig.

Für den EU-Beschäftigungsgipfel am 21. November hat die europäische Staatengemeinschaft das Ziel gesetzt, einen wichtigen Schritt zur Stärkung der sozialen Dimension des Binnenmarktes anzugehen. Es ist ein gutes Signal, daß die EU-Kommission Leitlinien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorlegen will, nach denen in den nächsten Jahren 12 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Deutschland ist in der Pflicht, diese Initiative aufzugreifen und einen notwendigen nationalen Beitrag zu leisten.

Wenn vom Beschäftigungsgipfel ein positives Signal zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeht, dann wird dies auch ein Anstoß sein, die gemeinsamen Bemühungen in unserem eigenen Land zu verstärken. Dabei kann nicht rechthaberischer Streit über den zweckmäßigen Weg das Mittel sein, sondern die Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung für Gegenwart und für Zukunft. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Hubertus Schmoldt. Sie haben an der Ruhe im Auditorium gemerkt, daß Ihre Rede genauso wie die von Professor Kurt Biedenkopf auf große Zustimmung und große Nachdenklichkeit gestoßen ist.

Natürlich freut die Union als Volkspartei das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen beiden Reden und das hohe Maß an Gemeinsamkeit zwischen dem, was Sie gesagt haben, und dem, was im Leitantrag steht. Dann gibt es noch den einen oder anderen im Saal, der sich freut, daß Kurt Biedenkopf eine abweichende Meinung zu manchem bezieht und daß Sie sich wiederum abweichend zur Währungsunion ausgesprochen haben. Es macht den Reiz eines solchen Forums aus, daß wir ganz unterschiedliche Meinungen, hervorragend begründet, hören dürfen.

Wir haben ein zeitliches Problem, weil wir über eine Stunde später als geplant angefangen haben und heute abend noch den Ministerpräsidenten Luxemburgs und andere wichtige Gäste bei uns haben werden. Ohne daß Sie es merken, haben wir die Uhr also immer im Blick, und von den Teilnehmern erwarten wir eine gewisse Disziplin.

Zum technischen Ablauf möchte ich folgendes sagen: Wir wollen die Einleitung und das Kapitel I in diesem Forum gleich mitberaten. Im Forum 2 wird dann das Kapitel „Bildung“ und im Forum 3 das Kapitel „Europa“ mitberaten. Auch die Beschlußfassung über dieses Kapitel erfolgt in den Foren. Die Schlußabstimmung erfolgt dann unter Tagesordnungspunkt 16, sofern Sie damit einverstanden sind, was wir unterstellen. Bundesvorstand, Tagungspräsidium und Antragskommission schlagen diese Vorgehensweise vor.

Sie können also jetzt auch Wortmeldungen zu den Anträgen abgeben. Wir können die Diskussion insofern strukturieren, als wir die Ziffern des Kapitels I und die Einleitung zum Schwerpunkt der Diskussion machen und nicht zu viele allgemeine Reden hören.

Was die allgemeinen Reden in der Generaldebatte, die jetzt beginnt, anlangt, ist zu sagen: Es sollen zunächst die zu Wort kommen, die sich an Hubertus Schmoldt wenden wollen; denn er muß uns gleich verlassen. Dafür haben wir natürlich Verständnis, weil wir um 13 Uhr anfangen wollten, tatsächlich aber erst nach 14 Uhr angefangen haben. Ich frage daher, ob sich alle, die sich zu Wort gemeldet haben, an Hubertus Schmoldt wenden wollen. Im übrigen wird die Rede von Herrn Schmoldt sicherlich bei der Antragsberatung und der Beschlußfassung eine Rolle spielen. Die Rede enthält ja vieles, was erst einmal wirken muß. Dazu sind Sie ja auch da, daß Sie uns ein bißchen zum Nachdenken mit auf den Weg geben. - Rainer Eppelmann, Bundesvorsitzender unserer Sozialausschüsse, hat das Wort.

Rainer Eppelmann: Lieber Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde! Ich möchte zunächst Ihrer Aufforderung nachkommen und mich ganz direkt an Hubertus

Schmoldt wenden. Als Mitglied einer großen Volkspartei habe ich in den letzten Jahren immer wieder erlebt, daß wir unterschiedlicher Meinung sind und miteinander reden müssen. Ich habe heute mit großer Freude wieder zur Kenntnis genommen, daß das mit den Gewerkschaften genauso ist. Auch bei ihnen gibt es Vertreter, die sehr unterschiedlich reden. Ich verhehle nicht, daß ich demjenigen, der eben geredet hat, ausgesprochen gerne und mit viel Zuneigung zugehört habe.

(Beifall)

Ein bekannter Gelehrter hat für mich mit sehr schönen Worten umschrieben, was konservativ ist. Ich zitiere einmal so, wie ich das in Erinnerung habe: „Konservativ ist nicht das Bemühen zu erhalten, was gestern war, sondern das Bewahren dessen, was immer wichtig sein wird.“ Das gilt zum Beispiel für Gerechtigkeit, Hilfsbereitschaft oder menschliche Tugenden wie Zuverlässigkeit, Treue und Fleiß. Darum bin ich richtig froh darüber, daß wir heute über dieses Thema reden und uns soviel Zeit nehmen. Das ist, glaube ich, nicht selbstverständlich.

Unser Bewußtsein ist zum Glück dabei, sich zu ändern. Unsere Bereitschaft wächst, nachzudenken, umzudenken und auch anders zu handeln.

Lassen Sie sich bitte von einem, der bis vor sieben Jahren ein Außenstehender war, sagen, daß ich zwei Dinge der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht so richtig begriffen habe: einmal, daß Sie offensichtlich ganz gut damit leben konnten, daß es Mißbrauch gewaltigen Umfangs gibt - im Subventionsbereich, im Sozialbereich, im Steuerbereich - und daß Sie das scheinbar überhaupt nicht gestört hat, daß es insoweit über viele Jahre überhaupt kein Bewußtsein gegeben hat. Ich habe den Eindruck, es ging Ihnen so gut, daß Sie gedacht haben, der Ärger, den wir uns dabei einhandeln, wenn wir das angehen, ist zu groß; also lassen wir es lieber.

Das zweite, was mir einfällt, ist: Im Frühjahr dieses Jahres habe ich ein Braunkohlentagebaugebiet in Nordrhein-Westfalen besucht und dort mit einem grauhaarigen Kommunalpolitiker geredet, der mir etwas sagte, was mir den Unterkiefer runterfallen ließ. Er erinnerte sich, daß er sich als Kommunalpolitiker zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen viele Jahre - ich hatte den Eindruck, er sprach von mindestens 20 Jahren - quälend damit beschäftigen mußte, das viele Geld, das sie hatten, möglichst verantwortlich auszugeben.

Das ist für mich eine unvorstellbare Vorstellung gewesen; aber offensichtlich war das so. Es ging, wenn ich das richtig sehe, auf eine Zeit zurück, in der eine Fülle der Strukturen dieser Bundesrepublik Deutschland geschaffen wurden - unter anderem auch alle unsere Sozialgesetze -, die dieses Land so schön, so liebenswert und so erfolgreich gemacht haben. Da wir uns offensichtlich lange um öffentliche Diskussionen an dieser Stelle herumgedrückt haben, begreifen wir nur langsam, daß unser Verhalten und unser Handeln angesichts der Tatsache, daß sich das in den letzten 25, 30 Jahren alles verändert hat, nicht beibehalten werden dürfen, wie das in den letzten Jahren der Fall gewesen ist.

Eine Menge von dem, was mir dazu einfällt, ist von Kurt Biedenkopf, vorhin von Wolfgang Schäuble und auch von Hubertus Schmoldt gesagt worden. Man wird verstehen, daß ich mir als Bundesvorsitzender der CDA einen speziellen Aspekt herausgreife, der nach meiner Mei-

nung der Dreh- und Angelpunkt unserer gegenwärtigen Probleme ist, und zwar die hohe Arbeitslosigkeit. Denn Massenarbeitslosigkeit belastet unsere gesamte Gesellschaft, nicht nur diejenigen, die gerne bezahlter Arbeit nachgehen möchten und feststellen, daß sie das nicht können und offensichtlich nicht gebraucht werden, sondern auch die Arbeitsplatzbesitzer.

Aktuelle Berechnungen zeigen, daß sich bei dem gegenwärtigen Stand der Erwerbslosigkeit direkt nachweisbare Mehrausgaben und Einnahmeausfälle von fast 200 Milliarden DM im Jahr ergeben. Die Folgen sind - wir wissen es alle und ärgern uns darüber - hohe Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge.

Wer in dieser Situation mit hohen Lohnforderungen droht, der droht mit dem Ende der tarifpolitischen und gesamtgesellschaftlichen Vernunft. Millionen von Arbeitslosen hätten nämlich das Nachsehen, und es gäbe vermutlich nur noch mehr. Ich fordere darum Herrn Zwickel, Herrn Wiesehügel und Herrn Lafontaine auf, die offensichtlich parteipolitisch bestimmte Scharfmacherei zu beenden. Denn aus der Sicht der Arbeitslosen sind solche tarifpolitischen Forderungen Steine statt Brot.

(Beifall)

Nachdrücklich unterstütze ich die Aussage von Hubertus Schmoldt, daß die Gewerkschaften in den letzten Jahren beschäftigungspolitisches Augenmaß bewiesen haben. Dieser Kurs muß aber beibehalten werden, um eine nachhaltige Wende auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Soll die Wende gelingen, müssen sich allerdings vor allem auch die Arbeitgeber mehr bewegen, haben sie doch, trotz moderater Tarifabschlüsse und trotz für uns schmerzhafter Veränderungen im Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung, die versprochenen oder in Aussicht gestellten Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen bisher nicht geschaffen. Die Unternehmer müssen endlich ihren Teil dazu beitragen, daß sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland rasch und nachhaltig verringert.

Wir brauchen jetzt - getragen von großer Gesamtverantwortung - ein neues Bündnis für Arbeit. Zu einem solchen Sozialpakt gibt es meiner Meinung nach keine Alternative. Denn die Probleme, die wir haben, lassen sich nur gemeinsam lösen. Es ist ganz entscheidend, daß die Arbeitslosen selbst bei einem neuen Bündnis für mehr Beschäftigung stärker beteiligt werden. Ihre Interessen müssen ebenso zum Zuge kommen wie die der Tarifparteien. Bisher haben Arbeitsplatzbesitzer auch über das geredet, was für die Arbeitslosen gut und wichtig und hilfreich wäre. Jeder muß an seinem Platz alles daransetzen, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt rasch und nachhaltig verbessert. „Jeder“, das sind für uns Unternehmer und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Betriebsräte, Verbandsvertreter, Kirchen, Regierungen, aber auch die Oppositionsparteien.

Die SPD steht offensichtlich, zumindest in ihrer öffentlichen Darstellung, völlig ratlos vor diesen aktuellen Herausforderungen. Ihre Rezepte beschränken sich auf abgedroschene Phrasen staatlicher Allmacht wie zentralisieren, dirigieren, umverteilen, und zwar alles über einen Kamm - seit Jahrzehnten immer wieder das gleiche, zumindest inzwischen nicht mehr weiterhelfende Credo. Es ist wohlthuend, festzustellen, daß es innerhalb dieser Volkspartei SPD aber auch Menschen gibt, die da anders denken.

Umschichten und verteilen allein reicht nicht mehr aus, um unsere Probleme zu lösen, um mehr Beschäftigung zu schaffen. Wir erinnern uns an das vorhin gebrauchte Bild von dem Kuchen, von dem irgendwann für jeden nur noch soviel übrigbleibt, daß er nicht mehr satt werden kann. Es reicht nicht aus, nur einfach den Mangel zu verwalten. Es reicht auch nicht, die vorhandene Arbeit zwangsweise breiter zu verteilen. Darum ist Zwickel mit seiner Forderung nach einer generellen Arbeitszeitverkürzung auf dem Holzweg.

Nein, wenn wir neue Arbeitsplätze wollen, dann müssen wir neue Beschäftigungsfelder entwickeln, sie ausbauen, ja, überhaupt erst annehmen. Das hat auch wieder etwas mit dem Denken in unseren Köpfen zu tun. Ich beobachte immer wieder, daß wir zuallererst eine Debatte über das Risiko führen und uns fragen: Was könnte, um Gottes Willen, passieren, wenn wir dieses oder jenes tun? Zugleich öffnen wir uns einer richtig ausgewogenen Debatte über Chancen und Risiken kaum.

Beispiele, die an dieser Stelle immer wieder genannt werden müssen, reichem vom Transrapid bis zu dem berühmten Fax-Gerät, das von einem Kieler entwickelt sein soll, der keinen gefunden hat, der daran interessiert war, das in Deutschland auf den Markt zu bringen. Andere haben es gerne übernommen, und wir haben das Produkt hinterher für viel Geld wieder einkaufen müssen.

Wir müssen Investitionen in Deutschland attraktiver machen: Investitionen, die die Wettbewerbsfähigkeit fördern und neue Erwerbsarbeitsfelder erschließen. Dazu brauchen wir aber auch mehr Führungskräfte, die neue unternehmerische Wege wagen, die auch neue, intelligentere Formen der Arbeitsorganisation anstreben, statt den Standort Deutschland schlechtzureden, schlechter, als er tatsächlich ist. Es liegt zuerst an den Unternehmern selbst, daß viele Unternehmen im internationalen Wettbewerb Terrain verloren haben. Es fehlt allzuhäufig an einer wirklich kreativen Managementkultur, an Risikobereitschaft, an Verantwortungsbereitschaft für die Belegschaften.

Wir brauchen zum Abbau der Arbeitslosigkeit einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch: einen Aufbruch, der den Ausbau von Bildung und Forschung ganz oben auf die Tagesordnung setzt; einen Aufbruch, der unternehmerischer Initiative innerhalb der Gesellschaft durch den Abbau bürokratischer Barrieren viel mehr Möglichkeiten und Chancen gibt; einen Aufbruch, der unternehmerische Risikobereitschaft an Stelle von passivem Sicherheitsdenken fördert; einen Aufbruch, der hervorragende deutsche Forschungsergebnisse in Deutschland optimal in marktfähige Produkte umsetzt.

Wenn wir neue, zukunftsträchtige Arbeitsplätze schaffen wollen, dann muß die Förderung von Innovation, von Investition, Qualifizierung und Beschäftigung prinzipiell Vorrang haben vor der Finanzierung der Arbeitslosigkeit durch Lohnersatzleistungen.

Der Aufbruch zu mehr Beschäftigung erfordert es schließlich auch, die Arbeitnehmer stärker am Produktivvermögen zu beteiligen. Wir haben uns gemeinsam das Ziel gesetzt, noch in dieser Legislaturperiode ein Investivlohngesetz auf den Weg zu bringen. Lassen Sie uns darauf gemeinsam mit aller Energie hinarbeiten! Wenn sich die Volkspartei CDU bei den bevorstehenden Wahlen durchsetzen will, dann muß sie erneut auch die Arbeitnehmer für sich gewinnen, dann brauchen wir einen Durchbruch bei der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Wir haben gerade in den letzten Monaten wichtige Reformprojekte auf den Weg gebracht und beschäftigungspolitische Weichen gestellt. Der oftmals in der Öffentlichkeit verbreitete Eindruck, es sei nichts passiert, stimmt nicht. Der Fraktionsvorsitzende hat das vorhin überzeugend belegt. Von daher kann ich mir hier eine entsprechende Aufstellung sparen.

Wir müssen die eingeschlagene Richtung beharrlich und mit Geduld weiterverfolgen. Denn - auch das muß fairerweise gesagt werden - die beschäftigungspolitischen Entscheidungen der letzten Monate benötigen natürlich in den meisten Fällen Reifezeit. Ich bin überzeugt: Wir können noch immer einen deutlichen Erfolg am Arbeitsmarkt bis zur Jahrtausendwende erreichen, wenn wir auch die letzten Monate dieser Legislaturperiode zu aktivem Regierungshandeln nutzen. Selbst wenn Oskar Lafontaine vor Wut platzt: Wir werden ihm den Gefallen nicht tun, uns von ihm blockieren zu lassen!

(Beifall)

Wir werden uns intensiver fragen müssen, wie wir denjenigen Arbeitslosen besser helfen können, die auch bei einer Belebung des Arbeitsmarktes voraussichtlich nicht die Chance erhalten werden, aus eigenen Kräften in den regulären Arbeitsmarkt zurückzukehren. Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen besitzt nur eine geringe Qualifikation. Wir werden uns ernsthaft der Frage stellen müssen: Wie gehen wir mit den Menschen um, die eben nicht in der Lage sind, Professoren zu werden oder einen Computer zu bedienen? Wir können nicht nur immer wieder sagen, daß wir eine berufliche Ausbildung brauchen, in der noch mehr Qualifikation nötig ist, um erfolgreich bestehen zu können. Das werden nicht alle von uns können.

Wir werden auch ein Angebot für die anderen haben müssen, wenn wir nicht wollen, daß sie in die Sozialhilfe geboren werden.

(Beifall)

In Deutschland beschäftigen sich 37 Behörden damit, 150 verschiedene Sozialleistungen festzusetzen und auszuführen.

Sozialleistungen und Steuerrecht müssen stärker zusammengeführt und wesentlich besser aufeinander abgestimmt werden, damit sie effizienter, zielgenauer funktionieren und in den unteren Einkommensbereichen mehr Anreize zur regulären Arbeitsaufnahme geschaffen werden. Anzustreben sind auch Kombinationsmöglichkeiten von Markteinkommen und Sozialhilfeleistungen.

Arbeitslose, vor allem Langzeitarbeitslose, sollen und müssen in Zukunft eine bessere Chance erhalten, sich aus der Sozialhilfe gemäß unserer Losung „Hilfe zur Selbsthilfe“ schrittweise herauszuarbeiten. Sozialhilfe darf kein Parkplatz sein, sie muß dazu beitragen, Brücken in den Arbeitsmarkt zu bauen. Darum ist es höchste Zeit, die Kommunen zu verpflichten, Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger zu schaffen.

Auch das SPD-Eckpunktepapier aus Schröders Feder unterstreicht die Devise „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“. Wenn die SPD dies ernsthaft anstrebt und nicht bloß populistische Wahlpropaganda betreiben will, muß sie unsere Vorschläge zur Beschäftigung und Qualifizierung von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern unterstützen.

Unserem Parteitag liegen zwei Leiteträge vor. Der eine stellt die Beschäftigungspolitik in den Vordergrund, der andere zeigt neue Wege zur inneren Sicherheit auf. Beide Herausforderungen sind eng miteinander verflochten. Dort, wo massenhaft Arbeitslosigkeit herrscht, wo die Menschen keine Lebens- und Berufsperspektiven mehr haben, kann die Sicherheit der Bürger nicht mehr voll gewährleistet werden. Wir Christdemokraten müssen darum mit aller Energie darum kämpfen, daß die Menschen in den Arbeitsmarkt zurückkommen. Wir müssen dieses Ziel jetzt packen.

Von Leipzig muß ein neues Signal für mehr Beschäftigung ausgehen. Leipzig muß deutlich machen, daß die Zukunft in Deutschland nur drei Buchstaben tragen kann: CDU. - Danke schön.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank. - Mir wird der vielfache Wunsch signalisiert, uns über Redezeiten zu verständigen.

(Beifall)

Jeder sieht, wir wollen viel leisten, wir wollen viel machen. Die Analyse der Situation ist in unserem Land sehr weit fortgeschritten. Wir wollen uns darüber verständigen, wie wir es durchsetzen. - Ich bitte alle Redner darum, sich etwas kürzer zu fassen, damit viele zu Wort kommen können.

Wir haben auch drei Gäste in diesem Forum, die ich gleich noch nennen werde. Wir wollen also zunächst einmal in Gang kommen und dann an die Antragsberatung gehen.

Als weitere Redner habe ich Herrn Wissmann, Hermann Schnipkoweit, Frau Thoben und einige weitere verzeichnet. Im Anschluß werde ich geschäftsleitend einige Dinge sagen. Zunächst spricht Matthias Wissmann, Bundesminister für Verkehr.

(Beifall)

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu dem Thema „Chancen für neue Arbeit“ gemeldet, weil ich glaube, daß wir gemeinsam darauf achten müssen, daß im Inneren unserer Arbeit, aber auch in der Außenwirkung das Thema, das über diesem Forum steht, zu einem Synonym für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Union wird und wir uns immer wieder darauf verständigen müssen, welche die wesentlichen Elemente einer solchen Politik sind, die wirklich neue Arbeit schaffen.

Der erste Schlüsselbegriff ist mit Sicherheit das Thema Investitionen. Wir wissen, daß die privaten Investitionen in Deutschland in den letzten Jahren Not leiden, daß in Deutschland zwischen 1985 und 1996 eine Negativbilanz der privaten Investitionen von 185 Milliarden Dollar besteht, das heißt, mehr Investitionen aus Deutschland heraus als nach Deutschland hereingekommen sind. Die Deutsche Bundesbank sagt zu Recht, der entscheidende Punkt heißt: Unternehmenssteuern und Arbeitskosten.

Wir als die große Volkspartei müssen uns darüber im klaren sein, daß wir mit dem Wegfall der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer keineswegs am Ende der Erneuerung unseres Steuersystems angelangt sind, sondern daß wir die von Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble be-

triebene Steuerreform auch und gerade wegen der Stärkung der privaten Investitionen zwingend brauchen, ja, daß sie auch der Schlüssel für die Veränderung des Klimas am Arbeitsmarkt ist.

(Beifall)

Nun sind wir, liebe Freunde, bei der Werbung für private Investitionen natürlich noch überzeugender, wenn wir - und zwar als Volkspartei auf allen Ebenen - uns gleichzeitig um die Stärkung der öffentlichen Investitionen bemühen; denn auch die öffentlichen Investitionen sind im Verhältnis von Bund, Ländern, Gemeinden und Kreisen in den letzten Jahren nicht gestiegen, sondern die Kürzungen sind sehr häufig nicht bei den Transferleistungen, sondern bei den Investitionen angesetzt worden.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Weil man in einer solchen Debatte auch deutlich machen muß, was wir bereits bewirkt haben, und nicht nur, was wir noch zu tun haben, will ich einmal sagen: Die einzige öffentliche Gebietskörperschaft, die in den letzten Jahren ihre Investitionen nicht gekürzt hat, sondern auf hohem Niveau gehalten, sogar leicht gesteigert hat, ist der Bund. Unsere Verkehrsinvestitionen von 20 Milliarden DM - eine Milliarde Investitionen bedeutet 12 000 bis 15 000 Arbeitsplätze - sind nicht gekürzt, sie sind gehalten, sogar leicht gesteigert worden.

Im Vergleich zu jedem anderen europäischen Land stehen wir hier besser da, und ich finde, wir müssen es hier auch sagen: Wir werden diesen Investitionskurs fortsetzen müssen, wenn wir die neuen Bundesländer in ihrer Verkehrsinfrastruktur weiter modernisieren und auch in den alten Bundesländern die Voraussetzungen für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung schaffen wollen - ein Hauptpunkt moderner Gesellschafts-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall)

Wir werden für die Entwicklung unserer Schienen-, Straßen- und Wasserstraßeninvestitionen natürlich auch Privatfinanzierungselemente immer stärker zu nutzen haben.

Letzte Woche haben die Grünen im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages einen Streichungsantrag von 2,3 Milliarden DM für Straßenbauinvestitionen gestellt. Sie haben dabei verschwiegen, daß das praktisch die Einstellung aller großen Baustellen in den neuen Bundesländern im Straßenbau und eine weitere Arbeitslosigkeit von 40 bis 50 000 bedeuten würde. Liebe Freunde, deswegen spreche ich Sie an: Ich glaube, wir müssen in diesen Themen auch öffentlich deutlicher werden und klarmachen: Wer öffentliche oder private Investitionen gefährdet, der schadet denen, die arbeitslos sind, und der gefährdet vorhandene Arbeitsplätze.

(Beifall)

Wir dürfen es niemandem durchgehen lassen, auch nicht Grün/Rot.

Liebe Freunde, das zweite Schlüsselwort - es ist bei Herrn Schmoldt gefallen und auch bei Christian Wulff und Kurt Biedenkopf deutlich geworden - heißt: Technologien auch gegen Widerstände durchsetzen, denn in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts wird in der Industrie nur der Arbeitsplatz auf Dauer bestehen, der eine hohe Wertschöpfung aufweist, also einen hohen Technologieanteil.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Wir haben solche Schlüsseltechnologien in Deutschland. Wir sind in der Patentbilanz - das zeichnet sich deutlich ab - nicht schlechter, sondern besser geworden. Jetzt kommt es darauf an, daß wir gerade auch in umstrittenen Bereichen die Kraft besitzen, Technologien gegen Widerstände durchzusetzen. Das Raumordnungsverfahren zum Transrapid ist jetzt beendet. Das Planfeststellungsverfahren beginnt in wenigen Monaten.

Für die CDU muß klar sein: Wir tun alles, um diese umweltfreundliche Technologie, die 18 000 Arbeitsplätze schafft, auch gegen Widerstände durchzusetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen klarmachen: Es gibt niemanden, der dies sonst ins öffentliche Bewußtsein ruft. Liebe Freunde, wir wissen auch, daß moderne Technologien weit über die klassischen Felder hinaus Arbeitsplätze schaffen. Im Multimediabereich sind in New York allein in den letzten zwölf Monaten rund 80 000 neue Arbeitsplätze entstanden.

In den Ausführungen von Herrn Schmoldt ist deutlich geworden, was von verantwortlichen Tarifvertragspartnern hinsichtlich der weiteren Gestaltung auch der Arbeitsmarktbedingungen entwickelt und durchgesetzt werden kann und wie Zusammenarbeit mit Gewerkschaften funktionieren kann. Ich will die Gelegenheit nutzen, um hier vor dem Forum dieses Parteitagés zu sagen, daß wir nicht nur im Tarifvertragsbereich, sondern auch bei wichtigen Reformen für den Standort Deutschland in den letzten Jahren gut mit wichtigen Gewerkschaften zusammengearbeitet haben. Die Bahnreform wäre ohne die Zustimmung der Belegschaft und der führenden Gewerkschaften bei der Bahn nicht durchsetzbar gewesen. Wir führen damit 400 000 Menschen aus dem öffentlichen Sektor heraus. Die gestern erfolgreich abgeschlossene Lufthansa-Privatisierung wäre - auch rechtlich - ohne die Kappung des öffentlich-rechtlichen Versorgungssystems bei der Lufthansa mit Zustimmung der Gewerkschaften nicht möglich gewesen. Auch die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, die wir in diesen Monaten vornehmen werden, wäre ohne die enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Personalvertretern und den Gewerkschaften nicht möglich. Liebe Freunde, wir müssen das öffentlich deutlicher sagen, weil an der Steuerreform, die wegen des Widerstandes der SPD im Bundesrat gescheitert ist, der Begriff „Stillstand“ festgemacht wird. Wir können zeigen, daß wir auf vielen Feldern Reformen mit Zustimmung der Belegschaften durchgesetzt haben und Zeichen für die Veränderungsfähigkeit am Standort Deutschland gesetzt haben. Dieses Land ist reformfähiger, als die Nörgler und Bedenkenträger glauben. Dieses Land wird, weil es reformfähig ist, auch die Herausforderung auf dem Arbeitsmarkt besser bewältigen, als es heute mancher meint. Deswegen ist es, wie ich glaube, gut, daß hier ein führender Gewerkschaftsvertreter gesprochen hat. Dies zeigt, daß es weit über enge Grenzen hinaus trotz aller Unterschiede die Bereitschaft zu echter Innovation am Standort Deutschland gibt.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Matthias Wissmann. Als nächster hat Hermann Schnipkoweit das Wort. Herr Schnipkoweit faßt seine Ausführungen immer sehr präzise. Im Blick auf die folgenden Redner möchte ich aber sagen, daß ich ab jetzt nach drei Minuten mit der Glocke ein Zeichen geben werde, damit die Ausführungen beendet werden.

Hermann Schnipkoweit: Sie können sich darauf verlassen, daß ich nicht viel länger reden werde. Ich möchte aber gern den Hinweis geben, daß sich die Spitzenfuhrleute vorher dann auch etwas kürzer hätten fassen sollen.

(Beifall)

Wenn wir für 13 Uhr Gäste einladen, ist es nicht besonders schön, wenn Spitzenleute dann hier 20 oder 25 Minuten lang reden. Ich komme mit der Zeit aus. Trotzdem wollte ich diese Anmerkung hier machen.

(Beifall)

Ich habe mich vor allen Dingen aus folgendem Grund zu Wort gemeldet. Ich bedaure es sehr, daß der Kollege Schmoltd - ich darf das so sagen, denn ich bin seit 52 Jahren Mitglied der IG Bergbau; er ist jetzt mein Chef - nicht gehört hat, daß sich die Union schon früher mit diesem Thema befaßt hat. Ich bedaure, daß Dinge, die der Parteitag schon einmal beschlossen hat, kaum umgesetzt worden sind. Ich habe die Ehre und das Vergnügen gehabt, beim Kölner Parteitag 1983 im Zusammenhang mit einer Initiative, die Niedersachsen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ergriffen hat - die Arbeitslosigkeit war damals nicht ein so großes Thema wie heute -, vier Punkte darzustellen. Erstens ging es damals um eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit, die älteren Arbeitnehmern ab 58 Jahren mehr Entscheidungsfreiheit für die Vorbereitung auf den Ruhestand ermöglicht. Seit kurzer Zeit beschäftigen sich die Gewerkschaften und auch die Bundesregierung mit diesem Thema. Eine einzige Gewerkschaft, nämlich die Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten, hat schon vor zwölf oder 15 Jahren für ältere Arbeitnehmer etwas getan. Heute wird viel darüber geredet, wie lange ausgebildet wird. Man muß dabei eines wissen: Menschen, die heute 55 Jahre alt sind, sind oft schon mit 14 Jahren in das Arbeitsleben eingetreten, nicht erst mit 30 Jahren. Sie stehen also seit über 40 Jahren im Berufsleben. Das muß man wissen. Diese Menschen haben zudem unter ganz anderen Umständen gearbeitet.

(Beifall)

Der zweite Punkt war die Ausweitung des Angebots an Teilzeitarbeit. Auch dies war Gegenstand des Beschlusses von 1983.

Drittens ging es um die Einschränkung von Nebentätigkeit der Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Auch in dieser Hinsicht ist fast nichts passiert. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn bei über vier Millionen Arbeitslosen Architekten, die den schönen, warmen Mantel des öffentlichen Dienstes tragen, Nebentätigkeit ausüben, wenn Lehrer in Volkshochschulen nebenbei tätig sind und wenn Professoren an Hochschulen Nebentätigkeit ausüben, während junge Kollegen nicht zum Zuge kommen. Das sage ich hier mit aller Deutlichkeit.

(Beifall)

Der vierte Punkt ist der Abbau von systematisch gefahrenen Überstunden zugunsten von Zeitverträgen oder Neueinstellungen. Dazu ist hier einiges gesagt worden. Werfen Sie aber einmal einen Blick auf VW. Dort gibt es einen Boom ohnegleichen. Die Betriebsräte und die Gewerkschaften müssen den Vorstand quasi hintragen, damit mehr Arbeitnehmer eingestellt

werden. Wir haben doch die Möglichkeit der Zeitverträge. Man kann doch jemanden für ein halbes Jahr oder ein Jahr einstellen. Insofern habe ich kein Verständnis, daß wir auf diesen Gebieten nicht mehr getan haben.

Ich höre immer wieder das dumme Geschwätz, jene Überstunden ließen sich nicht vermeiden. Ich habe auf beiden Seiten gestanden. Ich war zunächst einmal 29 Jahre lang als Hauer unter Tage. Dann war ich im Betriebsrat. Allerdings war ich nie freigestellt, weil ich das falsche Partei-buch hatte. Danach war ich fast 15 Jahre lang Sozialminister in einem Riesensbereich mit über 8 000 Beschäftigten. Ich weiß, daß man manches ändern kann. Der Vorstand muß sich allerdings selbst darum kümmern. Es darf nicht so sein, daß Anweisungen gegeben werden, Arbeitnehmer freizusetzen, während weiter Überstunden gemacht werden. Das habe ich alles erlebt.

Hier ist oft von anderen Ländern - etwa den Niederlanden oder Großbritannien - die Rede gewesen, die Vorbilder für uns sein könnten. Ein Beispiel hat der Bundeskanzler gestern ebenfalls genannt. Ich würde von England natürlich nicht übernehmen wollen, daß alte Menschen nicht mehr operiert werden dürfen. Ich habe gestern oder vorgestern gelesen, daß Premierminister Blair gesagt hat, daß viele Rentner mit 60 Pfund in der Woche auskommen müßten und daß sie, wenn es in den nächsten Wochen kalt werde, frieren müßten. Dieses oder ähnliches wollen wir aus England nicht übernehmen. Es gibt andere Einsparmöglichkeiten.

Ich will Ihnen aber auch ein Beispiel dafür nennen, wo wir von anderen Ländern etwas lernen können. Ich habe vorhin das Thema Teilzeitarbeit angesprochen. Ich will Ihnen hier einmal schön langsam Zahlen vorlesen, die belegen, wie andere Länder mit dem Thema Teilzeitarbeit umgegangen sind. In den Niederlanden gibt es 37,4 Prozent Teilzeitarbeitsplätze, in der Schweiz 28,3 Prozent, in Norwegen 24,8 Prozent, in Schweden 24,3 Prozent, in Großbritannien 24,1 Prozent, in Dänemark 21,6 Prozent und in Japan 20 Prozent. Meine Damen und Herren, selbst wenn wir nur die Zahl von England erreicht hätten, hätten wir eine ganze Menge Arbeitslose weniger. Das muß doch unser Ziel sein. Wir sollten uns also nicht nur an Positionen wie denen festklammern, daß wir alles tolle Leute sind und daß wir alle Arbeit haben. Wir sollten teilen. Dies ist doch wohl jedem klargeworden - durch die Ausführungen von Kurt Biedenkopf, aber auch durch die Ausführungen von allen anderen -: Wir haben gar nicht mehr soviel Arbeit, daß alle vernünftig arbeiten können. Dann ist es besser, zu teilen. Es sollte nicht so sein, daß manche mehr arbeiten, während andere überhaupt keine Arbeit haben.

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen. Was mich immer etwas aufregt, ist das Thema der Ausbildungsplätze. Wir hören heute zum Beispiel von Bürgermeistern - vielleicht sogar von einigen, die hier im Saal sind: Wir stellen nur soviel Auszubildende oder Lehrlinge ein, wie wir später übernehmen können. Meine Damen und Herren, die niedersächsische Landesregierung hat schon 1985 gesagt: Wir stellen erheblich mehr ein. Die jungen Leute müssen dann, wenn sie ausgelernt haben, eben mit einem Zweidrittelarbeitsplatz zufrieden sein. Wir können doch nicht Tausende und Abertausende ausgrenzen und damit dazu beitragen, daß sie immer ohne Chance bleiben.

Wir müssen doch wirklich versuchen, jeder an seinem Platz, ob als Minister - ich möchte wissen, ob alle hier diesbezüglich ihre Schularbeiten gemacht haben -

(Zuruf: Ich schon!)

- Klaus, du ja, aber es sind längst nicht alle so - oder auch viele andere, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Einen letzten Satz, weil unser Bauminister gerade „hau, hau!“ gesagt hat: Ich verstehe eines nicht. Wir haben wirklich Arbeit, die getan werden müßte. Wenn Sie durch Leipzig fahren, wenn Sie durch Dresden fahren - ich bin durch viele Städte gefahren -, stellen Sie eines fest: Es gäbe eine Möglichkeit, die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter zu verringern. Wir müßten lediglich mehr Geld für Stadtanierung ausgeben. Was für eine Bausubstanz gibt es doch in den Städten hier! Wenn wir da ein paar hundert Millionen mehr ausgeben würden, hätten wir einen ausgezeichneten Wohnungsbau. Die Menschen wären zufrieden.

Ich behaupte eines - ich war lange Zeit Wohnungsbauminister -: Es gibt keine bessere Beschäftigungsinitiative, und es gibt keinen anderen Bereich, in dem öffentliche Mittel so viele Arbeitsplätze schaffen können, wie die Stadtanierung. Wir sind davon ausgegangen: Eine Mark öffentlicher Mittel hat sechs Mark in anderen Bereichen freigesetzt. Ich meine, wir sollten überlegen, ob wir da nicht einiges umschichten könnten. Die Bundesanstalt gibt Milliarden für arbeitslose Bauarbeiter aus, aber wir haben kein Geld für die Stadtanierung, die dringend notwendig wäre. - Ich bedanke mich.

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank. Meine Damen und Herren, wir befinden uns in dem Forum mit den meisten Anträgen, wir befinden uns in dem Forum mit dem Thema, das uns am meisten beschäftigt, bei allem Respekt vor der Bildung als einem wichtigen Teilbereich der Problematik neue Arbeitsplätze, Innovation für die Zukunft und für Europa. Aber wir müssen jetzt sehen, daß wir das vernünftig so hinbekommen - das wäre wenigstens mein Wunsch -, daß möglichst viele Delegiertinnen und Delegierte hier zu Wort kommen, daß sie sagen können, was sie beisteuern möchten, ohne alles beizusteuern, was beigesteuert werden könnte; denn sonst müßten viel mehr Wortmeldungen zurückgezogen werden, weil schon so viel gesagt worden ist.

Ich möchte sagen, wie es sich jetzt in etwa gestaltet. Wir haben noch einige Wortmeldungen aus dem Auditorium. Dann müssen wir noch drei Gäste einschieben, die der Generalsekretär eingeladen hat, nämlich Herrn Dr. Joachim Lesser vom Vorstand der Deutschen Ausgleichsbank, der dort den Bereich Existenzgründungen leitet, Herrn Jens Bormann, der Preisträger des Existenzgründerpreises des RCDS geworden ist und als studentischer Existenzgründer 200 Arbeitsplätze geschaffen hat, und Herrn Dr. Rolf Kroker, Geschäftsführer des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Alle drei werden Kurzbeiträge beisteuern.

Von den Delegierten wären Frau Thoben, Herr Blüm, Herr Jungen, Herr Arentz, Herr Koch, Herr Dr. Nick und Herr Grill diejenigen, auf deren Wortmeldungen zur Aussprache wir uns jetzt beschränken sollten. Danach treten wir in die Antragsberatung ein, zu der beim Präsidium auch bereits einige Wortmeldungen vorliegen. - Das zeigt wohl, daß Frau Thoben jetzt ein gutes Beispiel für einen schlagkräftigen kurzen Beitrag geben sollte. Frau Thoben, Sie haben das Wort.

Christa Thoben: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Fraktionsvorsitzende hat in seiner Rede zu Recht den roten Faden angemahnt. Wenn ich die Äußerungen, die bisher in diesem Forum gefallen sind, auf mich wirken lasse, so vermisse ich diesen roten

Faden an einer ganz entscheidenden Stelle: Wir sind für freien Kapitalverkehr, wir sind in Ziffer 17 für freien Warenverkehr und gegen Protektionismus, und gleichzeitig sagt Herr Schmoldt, wir seien aber nicht in einem Zeitalter neuer Wanderarbeiter.

Wer will eigentlich die Freizügigkeit der Menschen in Europa wieder aufheben? Und wenn wir sie nicht aufheben wollen, wer will dann Bauarbeiter zum Beispiel aus Portugal und Irland daran hindern, sich zu den Arbeitsbedingungen hier am Arbeitsmarkt zu bewerben, die sie zu Hause als unheimlichen Gewinn empfinden würden?

(Vereinzelt Beifall)

Müssen wir nicht der Ehrlichkeit halber, wenn wir über die Zukunft des Arbeitsmarktes reden, auch darüber reden, daß wir nicht nur die Städtebauförderungsmittel aufstocken müßten, was wir gern täten, sondern daß die Frage, wieviel Bauen damit zustandekommt, auch davon abhängt, wieviel die Bauarbeiter verdienen? Ist diese Frage denn so schräg, daß wir sie gar nicht mehr stellen?

Ich frage das deshalb, weil wir häufig über Sozialdumping klagen. Was sagen wir eigentlich den Menschen, die bereit sind, zu anderen Bedingungen zu arbeiten, und das für sich selber als Fortschritt empfinden? Sagen wir ihnen „Das dürft ihr nicht!“? Und vor allen Dingen: Wie administrieren wir das eigentlich?

Ich frage das deshalb, weil es eine Gewerkschaft gibt, die im Moment genau den anderen Weg geht. Sie sagt in die Situation der Arbeitslosigkeit in unserem Lande hinein, das Ende des Zeitalters der Bescheidenheit sei angesagt. Haben sich diese Menschen eigentlich einmal auf Baustellen umgesehen und sich klargemacht, welche Klimmzüge wir bei der Administration machen müssen, um das, was wir politisch verabredet haben, überhaupt irgendwo stattfinden zu lassen, und zwar nicht deshalb, weil die Leute zu dumm sind - um unsere „Ideen“ zu administrieren -, sondern weil sie es für sich anders entschieden haben und sich anders verhalten?

Die Oberhemden, die die Herren hier im Saal tragen, sind zu 90 % in sogenannten Billiglohnländern hergestellt. Sonst könnten sich die meisten von ihnen diese Oberhemden gar nicht mehr leisten. Das halten Sie für normal. Sie fahren, wenn Sie Spaß daran haben, die Autos, die in anderen Ländern hergestellt worden sind.

Unsere deutsche Automobilindustrie hat in den letzten Jahren einen Kraftakt vollführt, um mitzuhalten und zu beweisen, daß das auch im Inland geht, wenn man anders produziert, wenn man Ideen hat, wenn man andere organisatorische Abläufe in einer Automobilfabrik für normal hält. Das halten wir für richtig. Wir weisen darauf hin, daß wir noch mehr davon können müssen. Aber dann, wenn sich Arbeitnehmer über Grenzen bewegen, reagieren wir fast kopflos.

Ich bin sehr damit einverstanden, daß wir Zeit für die Anpassung geben, und zwar mit Gesetzen - sie funktionieren zwar auch nicht immer richtig, aber immerhin -, die ein Signal geben, die sagen: Macht nicht so schnell; das halten die Menschen nicht aus, denn sie treffen sich an einem Produktionsstandort.

Aber wenn wir dann über das reden, was wir in Zukunft brauchen, Herr Schnipkoweit, dann möchte ich das Beispiel Niederlande noch einmal heranziehen. Zur Wirklichkeit in den Nieder-

landen gehört nämlich etwas, was Sie nicht vorgetragen haben: In den Niederlanden zählt der Arbeitnehmer, der drei Stunden in der Woche arbeitet, nicht mehr als arbeitslos. Das wird als Erfolg gewertet, weil es dort viele solcher Jobs mit drei, vielleicht fünf oder sechs Stunden gibt,

Aber dazu gehört auch, daß die Menschen in diesem Land diese Jobs deshalb annehmen, weil sie eine andere Art der Absicherung gegen die Lebensrisiken haben. Wann reden wir denn darüber, daß ich diese Jobs den Menschen erst dann empfehlen kann, wenn sie eine Grundsicherung haben und nicht eine Absicherung, die von der Lohnleistung abhängig ist? Wir reden noch ein Stück an der Wirklichkeit vorbei.

Ich wollte diesen roten Faden anmahnen; er wird uns ohnehin einholen. Aber es wäre besser, wenn wir ihn auf diesem Parteitag ein Stückchen weiterspinnen würden.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Als nächster spricht Norbert Blüm, dann Herr Jens Bormann.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren! Kurz und knackig.

Erstens. Ich bin dafür, daß dieser Parteitag das positive Signal von Hubertus Schmoldt aufgreift: Bündnis für Arbeit. Die Brücke, die hier angeboten wird, sollte auch von unserer Seite betreten werden.

(Beifall)

Wir brauchen in unserem Lande mehr Brückenbauer.

Zweitens. Die eigentliche Frage ist: Betreiben wir bei dem Faktor Arbeit Mangelverwaltung, dann bin ich für Zwickel, dann wird geteilt, oder setzen wir auf ein intelligentes Wachstum, auf ein differenziertes Wachstum, nicht auf das alte, expansive, nivellierte? Wenn das zweite gilt, dann heißt das Stichwort „Innovation“.

Nun will ich nicht den ganzen Innovationskatalog vortragen. Ich konzentriere mich auf das größte Defizit: Zeit, Arbeitszeit. Ich glaube, daß wir immer noch in Kolonnen die Arbeitszeit organisieren und daß die ganze, fast weltanschauliche Schlacht um 32, 35 oder 38 Stunden eigentlich gar nicht die Thematik berührt. Die Thematik lautet: Wie lange laufen die Maschinen? In einer kapitalintensiven Wirtschaft ist es viel entscheidender, wie lange ein Betrieb genutzt wird. Dafür brauchen wir intelligentere Arbeitszeiten.

Das ist in erster Linie Sache der Betriebspartner und des Managements. Kein Gesetz in Deutschland verhindert das Anbieten von Teilzeitarbeit, und zwar in ihrer intelligenten Form, nicht nur Tagesteilung, nicht nur auf den Unterqualifizierten ausgerichtet.

Ich halte die Zeitfrage in Sachen Innovation für eine Schlüsselfrage. Nur, da tauchen auch Probleme auf. Das alte, typische Normarbeitsverhältnis wird undeutlicher. Es taucht das Thema 610-DM-Arbeitsverhältnisse auf. Ich war früher der Meinung: Seid nicht so perfekt, die Ausnahme laßt zu! Wir entdecken nur, daß die 610-DM-Arbeitsverhältnisse in bestimmten Bereichen nicht mehr die Ausnahme sind, sondern eine Strategie zum Unterlaufen von Solidarpflichten wird.

(Beifall)

Das aber kann nicht hingenommen werden. Die jüngsten Zahlen ganz aktuell: Von 1992 bis 1997 ist die Zahl der 610-DM-Arbeitsverhältnisse von 4,4 Millionen geringfügig Beschäftigten auf 5,6 Millionen, 25 Prozent, gestiegen. Nicht die Arbeit nimmt ab, die traditionelle Arbeit verändert sich. Darauf muß geantwortet werden.

Darauf kann nicht nur geantwortet werden, die Arbeit sei zu teuer. Die Arbeit in diesen Arbeitsverhältnissen ist mit der normalen Arbeit nur dann konkurrenzfähig, wenn auch die normale Arbeit null Abgaben hat. Auch ich bin der Meinung, daß Kostenfragen mitentscheiden, aber nicht die Kosten allein.

Die zweite Sache: Wir brauchen eine sozialstaatliche Regelung der geringfügigen Beschäftigung. Wir können es nicht zulassen, daß die Solidarität durch Flüchtlinge unterlaufen wird oder jedenfalls Erosion stattfindet.

Drittens glaube ich, daß wir die Qualifikationsfrage nicht auf das erste Drittel des Lebens beschränken dürfen - das ist auch ein Vorurteil -, sondern daß berufliche Qualifikation das Arbeitsleben begleiten muß.

Und ich mache darauf aufmerksam: Nicht alle werden in einer Hochleistungsleistung qualifikationsfähig sein. Die Arbeitsplätze der Ungelernten fallen weg. Deshalb wollen wir nicht nur über Eliten sprechen, sondern auch darüber: Was machen wir mit denen, die früher auf jeder Baustelle waren, in jedem Betrieb, und die integriert waren? Und da warne ich vor der einfachen Antwort mehr Qualifikation. Wir brauchen auch neue Beschäftigungsfelder, und da darf uns die Bildungspolitik nicht mit allen Komplikationen von Laufbahnrecht und Schulrecht überfallen. Ganz einfache Berufsabschlüsse für diejenigen, die mithalten wollen! Ich warne uns, zu sagen, das sind halt diejenigen, die nicht arbeiten können oder wollen. Sie sind vielleicht nur nicht begabt, einen Computer zu bedienen, vielleicht aber dazu, einen Mitmenschen zu pflegen, ihn zu waschen.

(Beifall)

Ist es weniger wert, eine 80-jährige zu waschen? Da brauchst du ein gutes Herz und eine ruhige Hand, aber nicht sechs Semester Psychologie. Deshalb laßt uns unser Bildungssystem nicht nur auf Spitzenbegabungen ausrichten, sondern auf neue Chancen für einfache Dienste, personelle Dienste! Die können auch nicht nach Hongkong exportiert werden, sie müssen hier erbracht werden.

Vierter Punkt: Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Wir feiern bald das 25jährige Jubiläum dieser Forderung. Das muß nun endlich durchgesetzt werden. Wir entkrampfen dann auch die Lohnpolitik, wir geben den Tarifpartnern mehr Möglichkeiten. Wenn es stimmt, daß wir eine kapitalintensive Wirtschaft haben, dann ist es auch wichtig, eine breitere Beteiligung an der Kapitalbildung zu schaffen. Das ist erstens für die Wirtschaft gut und zweitens ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

Zusammenfassend: Bündnis für Arbeit Ja, Arbeitszeit differenziert Ja, 610-DM-Arbeitsverhältnisse Nein, Qualifikation Ja, aber nicht nur für Spitzenqualifikation, auch einfache Angebote zur Beteiligung derjenigen, die im technologischen Konzept nicht untergebracht werden, und schließlich Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand Ja. Das sind meine handfesten Vorschläge zu diesem Thema.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Norbert Blüm. Jetzt hat Jens Bormann, Bundessieger beim Preisträgerwettbewerb des RCDS-Existenzgründerpreises, das Wort. Natürlich zunächst ein Dank an den RCDS, daß er einen solchen Preis ausgeschrieben hat. Darin liegt sicher ein Stück Zukunft. - Herr Bormann, Sie haben das Wort.

Jens Bormann: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich erst einmal bei Herrn Wulff für die einleitenden Worte zu meiner Person, ich hoffe, daß er mein zukünftiger Landesvater sein wird.

Vielleicht noch ein paar weitere Sätze zu meiner Person: Ich bin 28 Jahre alt, studiere Betriebswirtschaftslehre in Osnabrück und habe 1993 zusammen mit meinem Partner Carsten Wulff die b u. w Telefonmarketing ins Leben gerufen. Jetzt werden Sie vielleicht fragen: Was macht diese b u. w Telefonmarketing? Beim Telefon-Marketing unterscheidet man zwischen aktivem und passivem Telefon-Marketing. Im Bereich des aktiven Telefon-Marketing machen wir intelligente Außendienststeuerung, machen wir Marktbefragungen und all solche Dinge. Im Bereich des passiven Telefon-Marketing, der Cruise-Center-Lösungen, machen wir Bestellannahme für verschiedene Versandhäuser. Image-Kampagnen werden von uns begleitet in Form von 0130- oder 0180-Rufnummern. Sie kennen das. Ganz bewußt sage ich auch, daß wir keine 0190-Rufnummern, die Sie vielleicht aus dem erotischen Umfeldprogramm im Fernsehen kennen, betreuen.

Langer Rede kurzer Sinn: Wie hat sich das Ganze bei uns entwickelt? Mein Partner, der Carsten Wulff, und ich haben uns, wie gesagt, während des Studiums kennengelernt. Wir haben einfach gesagt: „Verdammt noch mal, drei, vier Wochen vor den Klausuren lernen und sonst dummes Zeug machen, das kann es nicht sein.“

Dann haben wir mit null Startkapital und null Kontakten angefangen. Das erste Büro war 14 qm groß. Wir haben dann eine kleine Küche zum Telefonieren dazugenommen. Mittlerweile haben wir 350 Mitarbeiter und arbeiten auf zirka 1600 qm Bürofläche, und zu unseren Kunden gehören mittlerweile namhafte Konzerne.

Ich kann einfach nur sagen: Das, was wir machen, macht uns wahnsinnig Spaß. Spaß, Verantwortung zu tragen, Spaß, diese Dinge sich auch entwickeln zu sehen. Und nebenbei werden eben auch noch die letzten Scheine für die Uni gemacht. Es ist schon eine wahnsinnig spannende Geschichte, die wir da machen.

Jetzt fragen Sie vielleicht auch: Was hat er denn jetzt für ein Anliegen? Mein Anliegen ist es im großen und ganzen, daß Sie mithelfen, das Bewußtsein dafür zu fördern, daß das Unternehmertum eigentlich eine ganz spannende Herausforderung ist, daß Sie mithelfen, das Standing der Unternehmer in der Öffentlichkeit zu verbessern. Da beziehe ich mich auf die Rede von Lothar Späth bei der Verleihung unseres Preises beim Existenzgründerwettbewerb des RCDS. Er hat gesagt: In Deutschland ist man als Unternehmer sein Leben lang gebranntmarkt, wenn man einmal auf die Nase fällt, während man in Amerika sagt: Er ist dreimal auf die Nase gefallen, und beim vierten Mal geben wir ihm erst recht Venture capital. Da helfen Sie doch bitte einfach mit, auch Bewußtsein zu schaffen!

(Vereinzelt Beifall)

Ganz konkret möchte ich auch noch mal für die Situation der Studenten werben. Denn aus meiner Sicht ist das an sich die ideale Zeit, sich selbständig zu machen. In Deutschland ist der durchschnittliche Existenzgründer 37 Jahre alt. Man kann also davon ausgehen, daß er bereits Haus und Hof und eine fünfköpfige Familie zu ernähren hat. Daher kann man eigentlich nur appellieren, daß Studenten die Gunst der Stunde nutzen, auch spielerisch anfangen zu können und noch nicht das große Geld verdienen müssen, um den Lebensunterhalt zu finanzieren. Da kann ich einfach nur sagen: Ärmel hochkrepeln und los! Uns macht es wahnsinnig Spaß. -Ich bedanke mich.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Herr Bormann. Das ist ein ermutigendes Beispiel aus der Reihe von neugegründeten Unternehmen, die Arbeitsplätze im mittelständischen Bereich schaffen. - Als nächster Peter Jungen, und dann käme gleich die Ergänzung von Herrn Dr. Lesser von der Ausgleichsbank, die sich ja mit der Existenzgründung von seiten der Kapitalgeber befaßt.

Peter Jungen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Bormann, ich möchte Ihnen zunächst herzlich zu Ihrem großen Erfolg gratulieren. Da ich zu denen gehöre, die in anderen Unternehmen investieren, kann ich nur den Vorschlag machen, vielleicht mal miteinander zu reden, wenn das Unternehmen weiterhin so expandiert, wie das offensichtlich bei Ihnen der Fall ist.

Ich wollte mich auf zwei Punkte zu der Frage konzentrieren, was denn bei uns die Probleme auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst hat. Dazu ist sehr vieles und vor allem Richtiges gesagt worden. Lassen Sie mich einen Gesichtspunkt hinzufügen.

Es ist doch so, daß wir selber von der Globalisierung am meisten profitieren. Kein Land der Erde, jedenfalls kein großes Industrieland, hat nach dem Krieg dermaßen von der internationalen Arbeitsteilung profitiert. Denn das ist nichts anderes als Globalisierung; so hieß sie früher. Über ein Drittel der deutschen Arbeitsplätze in der Industrie verdanken wir dem Export. Wenn wir einen Saldo aus exportorientierten Arbeitsplätzen und denen machen, die durch den Import sozusagen verschwunden sind, haben wir in Deutschland nach wie vor einen ganz großen positiven Saldo. Anders herum: Fände die internationale Arbeitsteilung nicht statt, hätten wir erhebliche Probleme mit unserer Beschäftigung.

Die Konsumenten sind doch die größten Antreiber der Globalisierung. Christa Thoben hat das eben schon völlig zu Recht gesagt. Aber, Frau Thoben, das gilt sicherlich nicht nur für die Hemden der Männer, sondern wahrscheinlich auch für die Blusen der Damen. Auch sie sind importiert, wahrscheinlich sogar noch mehr, als es bei den Männerhemden der Fall ist - und wenn nicht aus Asien, dann doch aus Italien und woher auch immer.

Meine Damen und Herren, die Touristen - über 60 Milliarden geben wir im Ausland aus - sind diejenigen, die einen großen Beitrag zu dieser Entwicklung leisten und damit auch zum Wachstum in den anderen Ländern.

Es gibt einen dritten Gesichtspunkt, das sind die sogenannten Kleinaktionäre. Die werden meistens beschimpft. Das sind die Kapitalisten, deretwegen Unternehmen angeblich

Shareholder Value betreiben. Meine Damen und Herren, die Mehrheit der großen börsennotierten Konzerne befindet sich in der Hand von hunderttausenden oder Millionen Kleinaktionären. Das hat sich noch nicht so herumgesprochen, weil in Deutschland die Zahl der Haushalte unter 10 Prozent liegt, in den USA über 40 Prozent, die direkt an der Börse engagiert sind. Wir sollten deshalb die Globalisierung als eine Riesenchance für uns sehen und aufhören, das als innere Bedrohung anzusehen. Das Ende der Arbeit wird bestimmt nicht durch die Globalisierung nach Deutschland gebracht. Die Beschäftigung in der Welt wächst. Heute morgen ist die Zahl schon einmal genannt worden. Das gilt innerhalb der OECD, aber auch außerhalb der OECD. Die Globalisierung ist die einzige Chance für einen großen Teil dessen, was wir früher die Dritte Welt genannt haben, sich durch eigene Arbeit aus der Armut zu befreien, indem sie mit ihren Produkten Zugang zu den Märkten auch der Industrieländer finden. Wir sollten ihnen die Chance nicht nehmen, indem wir uns selbst Beschränkungen auferlegen.

Daß wir ein Problem haben, sehen wir darin, daß uns das Auslandskapital meidet und daß sehr viel im Ausland investiert wird. Das geschieht nicht aus Lust und Laune, sondern es geschieht vor allen Dingen deshalb, weil einige Voraussetzungen, die wir uns selber geschaffen haben, nicht zutreffen. Es fehlen in Deutschland Arbeitsplätze insbesondere in den Bereichen, die dem internationalen Wettbewerb nicht ausgesetzt sind. Die Arbeitsplätze, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, haben in Deutschland sehr viel mehr Anteil an der Beschäftigungsstruktur als in den USA. Wenn das so ist, müssen wir sehen, was dazu führt, daß wir selbst uns Probleme geschaffen haben, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daran hindern, arbeiten zu können zu Bedingungen, die nicht im internationalen Wettbewerb stehen. Wir selbst haben Leichtlohngruppen abgeschafft, haben die niedrigen Tarifgruppen abgeschafft, bieten keine Dienstleistungsarbeitsplätze dafür an, weil keiner von uns sich die Bezahlung leisten kann.

Die atemberaubenden Veränderungen auf unserem Arbeitsmarkt, die stattfinden und die noch weiter stattfinden werden, sollten Anlaß sein, uns insbesondere an Dienstleistungsarbeitsplätzen zu orientieren und zu sehen, daß das nicht am Ende die Verlierer sind. Das hat nichts mit Globalisierung zu tun, sondern betrifft am Ende die Maßnahmen, die wir selbst getroffen haben.

Wir sollten offen sein für die Erfahrungen der anderen Länder. Es gibt keinen Grund zum Hochmut, denn er ist von den Ergebnissen her, die wir haben, nicht gerechtfertigt.

Der soziale Konsens in diesem Lande ist ein Wettbewerbsfaktor und ein Vorteil, wie es heißt. Er darf aber nicht zu der Erstarrung, Unbeweglichkeit und Reformunfähigkeit führen. Er muß der Verantwortung gerecht werden, die notwendigen Reformen durchzuführen, die wir selbst machen können, denn die Erstarrungen sind nicht durch die Globalisierung bedingt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Herr Jungen. Es folgt Herr Dr. Joachim Lesser, Vorstand der Deutschen Ausgleichsbank, zuständig für Existenzgründungen, um den augenblicklichen Stand der Existenzgründungsförderung darzustellen. Danach Herr Ahrens, Herr Koch und Herr Grill. Wir haben uns verständigt, danach in die Antragsberatung einzusteigen.

Dr. Joachim Lesser: Vielen Dank, Herr Wulff. Ich möchte eigentlich noch ein bißchen darüber hinausgehen. Ich möchte mich nicht darauf beschränken, zu schildern, was wir getan haben, sondern konkrete Vorschläge machen, wie wir es besser machen sollten. Thema: Mittelständische Unternehmen, Existenzgründungen als Beschäftigungsmotor.

Über die Bedeutung des Mittelstandes ist hier genug gesagt worden. Ich kann mich darauf beziehen. Ich will hier zwei Dinge gegenüberstellen. Der Mittelstand auf der einen Seite ist der Arbeitgeber, die Basis unserer Wirtschaft. Zwei Drittel unserer Arbeitsplätze liegen im Mittelstand. Auf der anderen Seite haben wir eine Selbständigenquote von knapp 10 Prozent und sind das Schlußlicht in der EU. Wir haben also eine gravierende Selbständigenlücke. Das bedeutet, daß das Umfeld für Unternehmertum hier in Deutschland noch nicht so ist, wie es sein müßte, damit junge Menschen wie Herr Bormann sich ermutigt fühlen, eine Existenz zu gründen.

Vier Punkte, wo ich hier ansetzen möchte, ganz kurz und knapp mit konkreten Vorschlägen. Erstens muß sich in den Köpfen etwas ändern. Wir haben hier in Deutschland eine Mentalität, die nicht dem Unternehmer den Stellenwert gibt, der ihm in der allgemeinen Einschätzung gebührt. Konkreter Vorschlag: Es muß bereits in den Schulen angesetzt werden durch praxisnahen Kontakt mit Unternehmern. Da gibt es bereits konkrete Projekte. Oder es muß Schülern die Möglichkeit gegeben werden, Unternehmer zu spielen. Es gibt zum Beispiel das Projekt „Junior“, das im Ausland wie auch bei uns in Deutschland großen Erfolg hat. Man muß Jugendliche frühzeitig an „Unternehmer zum Anfassen“ heranzuführen, um ihnen zu zeigen, was es bedeutet, und um bei ihnen Mut und Interesse zu wecken.

In den Universitäten ist es dasselbe. Wir haben eine gute theoretische betriebswirtschaftliche Ausbildung. Die Ausgleichsbank ist gerade dabei, den ersten Querschnittslehrstuhl für Existenzgründer einzurichten und zu finanzieren. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wir müssen bei den bestehenden Lehrstühlen für Betriebswirtschaftslehre beginnen und dort konkrete Ausbildung auf unternehmerische Tätigkeiten hin einbauen: Kostenrechnung, Controlling, Marketing. Die Leute müssen an der Universität lernen, daß es machbar ist, Unternehmer zu sein. Sie müssen herangeführt werden, damit keine Berührungsängste entstehen.

Zweiter Punkt: Bürokratieabbau. Ich habe einen ganz konkreten Vorschlag. Wenn Sie als Existenzgründer heute in einer Kommune einen Betrieb gründen wollen, laufen Sie mit einem Kilo Papier unter dem Arm von Pontius zu Pilatus. Ich schlage vor, daß bei den Wirtschaftsförderungämtern in den Kommunen zum Beispiel ein Existenzgründungsbeauftragter eingerichtet wird, der mit zentraler Kompetenz diese Anträge bearbeitet, egal, ob das den Gewerbeaufsichtsbereich, den Umweltbereich, den Baubereich betrifft, so daß ein Existenzgründer einen Ansprechpartner in der Kommune hat, der ihm helfen kann, seine Existenzgründung durchzuführen.

(Beifall)

Dritter Punkt: Eigenkapitalschwäche mittelständischer Unternehmer, speziell der Existenzgründer. Das ist ein altes Thema, ein chronisches Thema. Mittelständische Unternehmer, speziell Existenzgründer sind unterkapitalisiert. Darüber wird immer wieder geredet. Ich weise darauf hin, daß wir in der Bundesrepublik ein hervorragendes Instrument haben, die Eigenkapitalhilfe, mit dem wir in den alten Ländern seit 1979, in den neuen Ländern seit 1990

der Eigenkapitalschwäche von Existenzgründern abhelfen. Ich kann nur appellieren, dieses Instrument weiterzuentwickeln. Es muß auf den Bedarf in der heutigen Gesellschaft abgestellt werden. Das gilt insbesondere für die sogenannten weichen Investitionen, das heißt, die Aus- und Fortbildungskosten, Marketinginvestitionen, die bisher nicht finanziert werden können, was aber dringend erforderlich ist, um gerade Dienstleistungsunternehmen das erforderliche Eigenkapital zur Verfügung zu stellen.

Das dritte ist die Ausdehnung der Förderung auf die ersten fünf Jahre der Existenz eines Unternehmens. Das sind gleichzeitig die Jahre der Krisenanfälligkeit und des größten Eigenkapitalbedarfs. Dies wäre außerordentlich wichtig.

Vierter Punkt, der heute schon einmal angesprochen worden ist, die steuerliche Behandlung von Investivkapital. Wir werden keinen privaten Risikokapitalmarkt in Deutschland aufbauen können, wenn wir die Investitionen in Unternehmen steuerlich schlechterstellen als die Investitionen in Wohneigentum. Unternehmerisches Risiko muß steuerlich genauso behandelt werden wie Investitionen in Immobilien. - Das waren meine vier Punkte. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Lesser, daß Sie heute unser Gast sind und daß Sie in prägnanter Weise auf den Punkt gebracht haben, was passieren muß. - Nächster Redner Hermann-Josef Arentz.

Hermann-Josef Arentz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in dem Leitantrag ein ungewöhnlich anspruchsvolles Ziel formuliert. Da heißt es nämlich, daß es unser Ziel ist, Arbeit für alle zu schaffen. Ich glaube, wir Christlichen Demokraten würden auch unsere eigenen Grundwerte verraten, wenn wir es darunter täten. Wir aber müssen hier darüber reden, was von den Zielen und Vorschlägen, die wir zum Teil schon seit vielen Jahren vortragen, nun endlich realisiert wird und welche neuen Ideen und Wege wir einzuschlagen bereit sind. Ich möchte das auf drei Punkte konzentrieren:

Erster Punkt. Auf die Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital der Wirtschaft. Wir müssen endlich aus dieser phantasielosen Tarifpolitik heraus, die nur die Forderung nach mehr oder weniger Lohn kennt, aber nicht den Schritt getan hat, Arbeitnehmer zu Beteiligten in den Unternehmen zu machen.

(Beifall)

Machen wir uns nichts vor: Tatsache ist doch, daß es, wenn wir eine arbeitsplatzschaffende Tarifpolitik haben wollen, auch in den nächsten Jahren keine beachtenswerten Zuwächse bei den Löhnen geben wird, sich die Gewinne aber weiter positiv entwickeln werden. Dies muß im Interesse des sozialen Friedens und der Schaffung neuer Arbeitsplätze sein. Dies ist die Versöhnung von ökonomischer Kompetenz und sozialer Gerechtigkeit - ein altes Anliegen der CDU.

Ich finde es schon schlimm, daß die Sozialdemokraten dazu inzwischen einen Antrag im Bundestag eingebracht haben und wir noch immer überlegen, ob wir springen oder nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Wir dürfen dieses Thema nicht der SPD überlassen. Ich unterstütze deshalb sehr, daß im Programmwurf in der Ziffer zehn steht, daß wir noch in dieser Legislaturperiode den gesetzlichen Rahmen schaffen wollen. Wir sollten von diesem Parteitag ein wirklich klares Signal an die Bundestagsfraktion geben, daß wir dies auch so erwarten.

Zweiter Punkt. Helmut Kohl hat gestern gesagt: Die eigentliche soziale Frage der Zukunft ist die Frage, was wir mit den weniger qualifizierten Arbeitskräften machen. Die Hochqualifizierten werden nach meiner Überzeugung auch noch in den nächsten Jahren Jobs finden. Die weniger Qualifizierten sind schon heute die Verlierer am Arbeitsmarkt. 20 Prozent weniger Qualifizierte haben wir am Arbeitsmarkt. Aber 50 Prozent aller Arbeitslosen sind ohne berufliche Ausbildung.

Dieser Trend wird weitergehen, wenn wir nicht bereit sind, für die weniger Qualifizierten, die auch eine weniger produktive Arbeit erbringen, die Kosten der Arbeit billiger zu gestalten. Wir müssen die Kosten für diese Gruppe von Menschen billiger machen, ohne daß dabei die Menschen, die arbeiten, in Armut fallen. Wir wollen also keine Klasse der Working poor wie in den Vereinigten Staaten, sondern Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit geringen Löhnen und Transferleistungen - ich meine die Kombi-Lohn-Idee - selbständig bestreiten können. Ich glaube, daß wir sehr schnell in dieser Richtung handeln müssen, wenn wir für diese Gruppe von Personen Chancen finden und haben wollen.

Der letzte Punkt - auch ein altes Thema -: Wir haben auf dem Bundesparteitag in Hamburg, als wir das Grundsatzprogramm beraten haben, zur Frage der sozialversicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse folgendes beschlossen: Wir treten dafür ein, grundsätzlich alle Dauerarbeitsverhältnisse der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen.

Ich habe den Eindruck: Von 1994 bis heute waren wir an der Regierung. Warum tun wir das denn nicht endlich? Doch ich sage auch: Alle Dauerarbeitsverhältnisse der Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen geht nicht. Das wird nicht klappen. Aber ich bin Wolfgang Schäuble ausdrücklich dankbar, daß er dieses Thema noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wir können uns mit der mit Händen zu greifenden Erosion der sozialen Sicherungssysteme nicht abfinden.

Denn im Grunde muß für die Sozialversicherung derselbe Grundsatz gelten wie in der Steuerpolitik: Niedrigere Sätze für alle, aber eine breitere Bemessungsgrundlage. Wir müssen die Bemessungsgrundlage verbreitern. Ich könnte mir schon vorstellen, daß wir mit denjenigen anfangen, die im Nebenjob sozialversicherungsfrei tätig sind. Dies sind zwei Millionen von insgesamt sechs Millionen. Wieso muß denn eigentlich jemand, der Überstunden macht, auf diese geleisteten Überstunden in vollem Umfang Sozialversicherungsbeiträge abführen, während derjenige, der die Überstunden beim Nachbarunternehmen ableistet, sie sozialversicherungsfrei macht und sie von der Allgemeinheit subventioniert werden? Das ist völliger Blödsinn! Es ist überhaupt nicht logisch, was wir da tun.

(Beifall)

Deswegen meine herzliche Bitte an die Fraktion, auch diesen Punkt möglichst noch in dieser Legislaturperiode positiv zu bewegen. Denn ich glaube, daß wir in diesen konkreten Probleme-

men vom Wähler gefragt werden: Was habt ihr getan? Wir sehen im Bundestagswahlkampf besser aus, wenn wir zu diesen drei Punkten konkrete positive Antworten vorzeigen können.
- Danke schön.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank. - Als nächstes hat Roland Koch aus Hessen das Wort.

Roland Koch: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Deutschen werden seit einem halben Jahrhundert von den meisten in der Welt als Sonderlinge betrachtet. Wir leisten uns nämlich die Meinung, daß man in der Weltwirtschaft wettbewerbsfähig sein und gleichzeitig eine Gesellschaft haben kann, in der es keine Gruppe gibt, die aus der sozialen Sicherheit ausgeschlossen wird.

Ich frage mich in diesen Tagen gelegentlich: Wie schaffen wir es denn, die Einigkeit, die sich aus der Diskussion ergibt und die man hier gezeigt hat, ja sogar die Unterstützung eines der führenden Gewerkschaftsfunktionäre in vielen Punkten so umzusetzen, daß wir daraus eine positive Bewegung bei vielen Bürgerinnen und Bürgern erzielen, die uns eigentlich nur noch verunsichert und ängstlich zuschauen und fragen: Was wird aus meinem Arbeitsplatz? Was wird aus meiner sozialen Sicherung? Über was spricht ihr da eigentlich konkret, und was kann ich dabei tun?

Gleichwohl sind wir uns alle darin einig: Wir sprechen über eine Politik, in der jeder einzelne viel mehr tun muß, als er in der Vergangenheit tun mußte, wenn er auf den Staat geschaut hat, um festzustellen, was der für ihn tat.

Es wäre deshalb gut, wenn wir uns entschließen könnten, das deutsche Image eines Sonderlings auch im beginnenden 21. Jahrhundert noch einmal zu beweisen.

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft haben bewiesen, daß man mit einem sozialen Netz gegenüber Ökonomien wie etwa die britische und die in Südostasien entstehenden wettbewerbsfähig sein konnte. Der Anspruch Christlicher Demokraten ist - so verstehe ich es -, am beginnenden 21. Jahrhundert zu beweisen, daß die Soziale Marktwirtschaft auch eine Vision für die Wirtschaftsordnung des neu anfangenden Jahrhunderts ist und nicht nur eine Geschichte, die man einmal vor 50 Jahren geschrieben hat.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn das das Ziel wäre, wenn die Überschrift lauten könnte: Wir Christlichen Demokraten sind die Partei, die die Vision einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts hat, dann könnten wir unter diese Überschrift vereinen, was man dann tun muß, um ein Sonderling bleiben zu können.

Das Wichtigste, was man tun muß, ist: Man muß mit seiner Arbeit und dem, was man in der Gesellschaft tut, mehr Geld verdienen als alle anderen, damit man das, was der Sonderling benötigt, auch bezahlen kann. Das bedeutet: Man muß besser sein als die anderen. Man muß die Fähigkeit haben, bessere Investitionen durchzuführen. Man muß mehr Ideen haben. Man muß die Ideen schneller zu Produkten machen, und man muß in einem Wettlauf von Flexibilität jeweils der Schnellste sein.

Das ist der Beitrag, den jeder einzelne leisten muß, wenn es die Vision der Sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts geben soll.

Ich möchte uns auffordern zu versuchen, über solche Begriffe mitzusprechen, und uns nicht nur in vielen einzelnen Punkten zu einigen, sondern aus dem wichtigsten Gut der Geschichte der CDU der ersten 50 Jahre eines der zentralen Güter der Geschichte der CDU der nächsten 50 Jahre zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Roland Koch. - Als nächster spricht Kurt-Dieter Grill. Dann kommt noch Herr Dr. Rolf Kroker. Dann gehen wir zur Antragsberatung über. Frau Gräfin von Westphalen hat als erste Rednerin zu Anträgen das Wort. - Kurt-Dieter Grill, bitte.

Kurt-Dieter Grill: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Roland Koch hat dankenswerterweise noch einmal daran erinnert, daß wir in Hamburg in unserem Grundsatzprogramm die Dimension der Sozialen Marktwirtschaft um die Orientierung auf die ökologische Leitlinie ergänzt haben. Mir würde es in dieser Diskussion ein wenig fehlen, wenn wir uns in der Union nicht auch auf die Frage der ökologischen Leitplanken für das 21. Jahrhundert verständigen würden. Es kann nicht sein, daß wir in Deutschland uns in dieser Phase der politischen Debatte nur auf den Bereich der Wirtschaft und des Sozialen konzentrieren und damit ein Stück unserer erfolgreichen Umweltarbeit seit dem Regierungswechsel 1983 praktisch in Abrede stellen.

Ich denke, daß wir im Leitantrag deutlich machen müssen, daß unter langfristigen Gesichtspunkten, also im Rahmen einer geschichtlichen Orientierung, wie Herr Koch sie hier angesprochen hat, Begriffe wie zum Beispiel den der Nachhaltigkeit nicht aus der Diskussion herauslassen dürfen.

Das Problem ist doch, daß wir, diese Bundesregierung, dieser Bundeskanzler und die Bundesumweltminister - von Walter Wallmann bis Angela Merkel -, die unter Helmut Kohl diese internationale Politik umgesetzt haben, uns trotz der Probleme, die wir haben, nicht aus der Diskussion über die Nachhaltigkeit und den Verpflichtungen des Prozesses von Rio entlassen und von anderen eine ökologische Orientierung einfordern können. Das ist in dieser Phase wenig glaubwürdig.

Das andere ist, daß wir begreifen müssen, daß das Problem der Nachhaltigkeit nicht nur eine Frage der ökologischen Orientierung ist. Nachhaltigkeit ist nicht allein eine Umweltdiskussion. Sie muß vielmehr wirtschaftliche und soziale Fragen miteinbeziehen. Wir müssen auch dort nachhaltige Orientierung leisten. Das heißt: Wenn die Managementregel, die in der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages einvernehmlich gefunden worden ist, nämlich daß man nicht mehr entnehmen darf als nachwächst, nicht nur im Hinblick auf nachwachsende Rohstoffe verwendet wird, sondern auch im Hinblick auf die Frage, wie intergenerativ unser soziales Sicherungssystem angelegt ist, betrachtet wird, dann ist das Problem der Nachhaltigkeit nicht nur etwas, das für die Umweltpolitik gilt, sondern auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik definiert werden muß.

Umgekehrt formuliert heißt das: Wenn wir es nicht schaffen, Wirtschafts- und Sozialpolitik auch auf Nachhaltigkeit hin zu orientieren, werden wir allein mit der Umweltpolitik die Nachhaltigkeit nicht herstellen können.

Ich sage das, meine Damen und Herren, weil im SPD-Leitantrag für den Bundesparteitag - den hat kein Geringerer als Gerhard Schröder mit auf den Weg gebracht - die Umweltpolitik praktisch keine Rolle mehr spielt. Die Sozialdemokraten kehren zu alten sozialdemokratischen Traditionen zurück, in denen die Auffassung vorherrscht, daß Umweltpolitik Arbeitsplätze verhindert. Dies ist für mich nach fast 30 Jahren umweltpolitischer Arbeit der Punkt, an dem wir beweisen können, daß die Frage einer ökologischen und nachhaltigen Orientierung ein zutiefst konservatives Thema ist, das man den Linken besser nicht überläßt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Kurt-Dieter Grill. Als Letzter spricht in der Generalaussprache Herr Dr. Kroker in seiner Funktion als Geschäftsführer des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Anschließend spricht Frau Gräfin von Westphalen. Halten Sie bitte Ihre Antragsmappen bereit, weil wir dann direkt in die Beratung des Leitantrages eintreten und hoffentlich zügig vorankommen, bevor das Plenums-Forum über Bildung beginnen wird. - Bitte schön, Herr Dr. Kroker.

Dr. Rolf Kroker: Schönen Dank, Herr Vorsitzender. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe drei Minuten Redezeit bekommen, um anzuführen, was alles getan werden muß, um die Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen. Das ist in der kurzen Zeit sicherlich keine leichte Aufgabe. Ich will es aber probieren, indem ich schlagwortartig ein paar Punkte beleuchte.

Einfache Rezepte gibt es sicher nicht. Die OECD hat uns vorgerechnet, daß 90 Prozent unserer Arbeitslosigkeit strukturelle Ursachen haben. Das heißt, die Konjunktur hilft uns bei der Senkung der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht weiter. Wir brauchen strukturelle Reformen.

Insofern sind auch alle Rezepte falsch, die darauf ausgerichtet sind, irgendwie mehr Nachfrage zu schaffen, sei es private oder öffentliche Nachfrage. Das kann nicht funktionieren. Abgesehen davon gilt, daß Nachfrage einem nicht geschenkt wird. Nachfrage muß man vielmehr mit rentablen Arbeitsplätzen erwirtschaften.

Die strategischen Ansatzpunkte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind in dem Leitantrag des CDU-Bundesvorstands im wesentlichen genannt, wenn auch manchmal nicht im ausreichenden Maße konkretisiert. Ich will einige Punkte nennen.

Da ist zunächst der Punkt mehr Wachstum. Ohne Wachstumsbeschleunigung werden wir die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Ich rede nicht von einem konjunkturellen Strohflecken. Das brauchen wir nicht. Wir brauchen neue Wachstumsgrundlagen, indem wir zum Beispiel mehr Forschung und Entwicklung betreiben. Wir sind in den letzten Jahren auf diesem Gebiet zurückgefallen. Japan und die USA waren schon immer besser als wir. Sie haben einen höheren Anteil ihrer gesamtwirtschaftlichen Leistung in Forschung und Entwicklung investiert. Inzwischen liegen auch andere Länder, wie Frankreich und Schweden, vor uns. Das hat etwas mit der Technikakzeptanz in der Bevölkerung zu tun. Das hat aber auch mit den investiven Rahmenbedingungen zu tun, wie sie am Standort Deutschland herrschen.

Damit bin ich bei der steuerlichen Frage. Es hat richtige Ansätze gegeben. Die Vermögenssteuer ist abgeschafft worden; die Gewerbesteuer fällt zum 1. Januar 1998; auch der Soli-Zuschlag wird gesenkt. Das ist gut für Investitionen. Aber leider ist der große Wurf nicht

gelingen. Es war richtig angedacht, die Steuersätze bei Verbreiterung der Bemessungsgrundlage massiv zu senken. Das wäre der richtige Durchbruch - leider ist dieses Vorhaben im Sand verlaufen - und ein Signal an die inländischen und ausländischen Investoren gewesen, hier zu investieren.

Wir diskutieren in Deutschland falsch. Am Anfang solcher Debatten stellen wir die Verteilungsfrage. Wir diskutieren die Frage der Gerechtigkeit „Wer zahlt was und wer bekommt was?“. Das ist der falsche Ansatz. Wir müssen uns zu allervorderst fragen: Wie muß ein Steuersystem strukturiert sein, damit es sich lohnt, in Deutschland zu investieren?

(Vereinzelter Beifall)

Die Verteilungsfrage muß auch diskutiert werden, aber erst an zweiter Stelle.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn wir so handeln, wie ich es gesagt habe, dann werden wir am Schluß mehr zu verteilen haben.

Was muß weiter getan werden? Die Staatsquote muß sinken. Wir brauchen mehr Freiraum für private Initiativen, so wie es vorhin dargestellt worden ist. Wir sind auf dem Weg dorthin. Wenn die Prognosen zutreffen, wird die Staatsquote im nächsten Jahr bei 49 Prozent statt bei 51 Prozent liegen. Wir brauchen weiterhin eine Kostensenkung. Auch das ist in dem Antrag angesprochen worden. Die Personalzusatzkosten müssen sinken. Es ist gesagt worden, daß die Sozialbeiträge wieder unter 40 Prozent sinken müssen. Das ist richtig und dringlich. Im Augenblick passiert leider nur das Gegenteil. Sie steigen - vermutlich auch im nächsten Jahr - weiter.

Was müssen wir tun? Wir müssen das Wachstum, das wir beschleunigen müssen, beschäftigungsintensiver machen. Die USA haben es uns vorgemacht: Aus ein Prozentpunkt Wachstum haben sie 0,6 Prozentpunkte Beschäftigungsanstieg herausgeholt. Wir dagegen haben nur magere 0,09 Prozentpunkte erreicht. Das heißt: Das Wachstum in den USA ist um einen Faktor 7 beschäftigungsintensiver als bei uns. Das können wir uns auf Dauer nicht leisten. Dieses Problem hat auch damit zu tun, wie mobil wir in den Köpfen sind, wie mobil unser Arbeitsmarkt ist und welche sozialen Standards wir haben. An dieser Stelle müssen wir ansetzen, damit es Veränderungen gibt.

Wir müssen aber auch - das ist sozusagen die Lokomotive, die den Zug ziehen muß - etwas am unteren Ende des Arbeitsmarktes tun, sonst werden wir unsere Arbeitslosigkeit nicht dauerhaft beseitigen können. Wir haben in Deutschland eine große Dienstleistungslücke. Wir haben sie im Institut auf fast sieben Millionen Arbeitsplätze quantifiziert. Diese Lücke bezieht sich zu einem großen Teil auf den Bereich der haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen. In diesem Bereich haben wir sehr viele Arbeitsplätze für die sogenannten Geringqualifizierten, die unser Hauptproblem in bezug auf die Arbeitslosigkeit darstellen. Wir könnten also gleichsam zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Wir könnten diesen Sektor erschließen und gleichzeitig mehr Arbeitsplätze für die Geringqualifizierten schaffen.

Dazu ist es aber unbedingt notwendig, daß wir einen sogenannten Niedriglohnsektor schaffen, sonst können wir diese Arbeitsplätze nicht rentabel gestalten. Zu den Tarifen, die jetzt in

den Tarifverträgen enthalten sind, werden wir diese Arbeitsplätze nicht besetzen können. Deshalb appelliere auch ich an die Idee des Kombi-Lohnes. Wir brauchen für diesen Bereich ein Zwei-Komponenten-Einkommen, Marktlohn plus Transfer, damit derjenige, der Arbeit hat, mehr verdient als ein Sozialhilfeempfänger.

Ich bin aus diesem Grunde gegen - das wurde eben vorgeschlagen - eine Sozialversicherungspflicht bei den 610-DM-Arbeitsplätzen. Ich bin dezidiert der Meinung, daß wir die Befreiung von der Sozialversicherungspflicht nicht abschaffen sollten. Es gibt viele Gründe, warum wir dies nicht tun sollten. Ein Grund ist, daß diese 610-DM-Jobs zu 75 bis 85 Prozent für Geringqualifizierte geeignet sind. Wir sollten deshalb die Kosten in diesem Sektor nicht um ein Drittel verteuern, denn dann verschließen wir den Sektor für diese Berufsgruppen noch weiter. Das ist sicherlich nicht der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, ich hatte vor einigen Wochen das Vergnügen, Frau Richardson kennenzulernen. Sie war von 1990 bis 1993 Finanzministerin in Neuseeland. Neuseeland ist ein Land, das durch radikale Reformen Furore gemacht und sehr erfolgreich Wachstumspolitik und Arbeitsmarktpolitik betrieben hat. Sie sagte, sie sei zweimal in Deutschland gewesen und habe dabei jeweils ein Wort kennengelernt. Das erste Wort sei Schneckentempo und das zweite Wort Reformstau. Diese Wörter kennzeichnen vielleicht nicht ganz unsere Situation. Aber ich wünsche mir schon mehr Tempo im Reformprozeß und vor allen Dingen klarere Perspektiven für die Zukunft. Sie sind absolut notwendig.

Ungewißheit ist Gift für die Konjunktur, Gift für die Konsumenten und Gift für Investitionen. Erzeugen Sie Vertrauen in die Wirtschaftspolitik! Zeigen Sie klare Perspektiven auf! Dann ist die halbe Miete eingefahren. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Herr Dr. Kroker. An unseren drei Gäste, denen wir herzlich danken, hat es sicher nicht gelegen, daß wir ein bißchen in Zeitverzug sind, nachdem wir schon über eine Stunde verspätet begonnen haben. Ich bitte ganz herzlich darum, daß wir jetzt zügig und konsequent die Beratung der Präambel und des Kapitels I des Leitantes durchzuführen.

Die Antragskommission hat außerordentlich mühevoll gearbeitet. Es liegt ein prägnanter Leitantes, gegliedert in Ziffern, vor. Natürlich kann man vieles konkreter ausdrücken. Ich bin aber der Meinung, daß sich viele Einlassungen erübrigen, wenn man den Leitantes in der von seiten der Antragskommission veränderten Fassung gelesen hat. Natürlich sind Einlassungen zu Änderungsanträgen möglich und werden auch berücksichtigt. Aber ich bitte zu überlegen, ob Wohl und Wehe davon abhängen, noch Änderungen herbeizuführen.

Sie finden die Anträge in der Sammlung der Anträge auf Seite 1 folgende. Dazu gehören die Anträge A 2 bis A 37. - Ich rufe jetzt den Antrag A 1 des Bundesvorstandes auf und gebe Frau Gräfin von Westphalen das Wort.

Johanna Gräfin von Westphalen: Danke vielmals. - Es geht nur um einen kleinen Einschub, und zwar um den Antrag A 17 des Hochsauerlandkreises. Wir sind ein bißchen enttäuscht, daß gerade dieser Einschub von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen wird.

Wer hier im Raum kann denn etwas gegen die Forderung dieses Antrages nach einer „Änderung des öffentlichen Bewußtseins, um der hunderttausendfachen Tötung ungeborener Kinder und einer“ sich verstärkenden „Euthanasiedebatte Einhalt zu gebieten“, haben? Und dann gibt es noch zwei weitere kleine Sätze:

Das Recht auf Leben und die Solidarität mit den Schwächsten sind unabdingbare Grundlage einer menschlichen Zukunft. Wir christliche Demokraten werden uns mit Mut und Grundsatztreue dafür einsetzen.

Diese drei kurzen Sätze empfiehlt die Antragskommission abzulehnen. Ich bitte aber wenigstens um die Möglichkeit, daß wir doch einmal positiv über diese Anträge abstimmen dürfen. Sieht es denn sonst nicht so aus, als wenn Freiheit in Wirklichkeit Handlungsfreiheit für den Stärkeren bedeutet und als wenn die vielbeschworene Menschlichkeit und Solidarität nicht unbedingt auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft anwendbar ist?

Entgegen den Aussagen in der uns gestern vorgelegten Bilanz der Arbeit der Bundesregierung gibt es zur Zeit in Deutschland keinen praktischen Gesetzesschutz für ungeborene Menschen; die Anzahl der vorgeburtlichen Kindestötungen hat sich, wie Sie wissen, um 34 % erhöht. Wir bedauern es, daß in einer Leipziger Grundsatzerklärung für einen Antrag wie den A 17 des Hochsauerlandkreises grundsätzlich kein Platz sein soll; er ist ohne Begründung zur Ablehnung empfohlen. Es ist doch durchaus vorstellbar, daß es etliche Menschen gibt, die ein solches Bekenntnis in einer CDU-Erklärung begrüßen würden. Oder machen wir hier etwa Programme, von denen wir eigentlich von vornherein annehmen, daß sie später sowieso keiner liest? Aber gerade dann könnte die Antragskommission ja auch ein bißchen großzügiger sein.

Ich meine also, es ist höchste Zeit, daß sich die Union wenigstens heute verbal für den Schutz der schwächsten und immer mehr bedrohten Menschen ausspricht, der ungeborenen, der unheilbar kranken und der sterbenden. Dazu wäre hier eine einfache und gute Gelegenheit.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Gräfin von Westphalen. - Als nächster spricht Claus Jäger zum gleichen Antrag A 17, anschließend Roland Koch für die Antragskommission. - Ich darf daran erinnern, daß wir uns auf eine Redezeitbegrenzung verständigt hatten.

Claus Jäger: Herr Vorsitzender, meine Redezeit wird ganz kurz sein. - Wir haben einen Antrag für ein Manifest unter dem Titel „Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten“. Deswegen kann ich mich nicht damit einverstanden erklären, daß der Mensch, ausgerechnet der Mensch, und zwar im ersten Stadium seines Lebens, aus dieser Solidarität der Menschlichkeit herausgenommen werden soll. Das tut die Antragskommission, wenn sie empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen; denn es gibt in dem gesamten Text, der hier vorgelegt wird, keinen einzigen anderen Punkt, auf den man verweisen könnte und zu dem man sagen könnte, dort sei das schon mit enthalten.

Deshalb, meine lieben Parteifreunde: Wenn sich die CDU in ihrer Haltung zur Menschlichkeit und zum Leben auf diesem Parteitag nicht unglaublich machen will, dann sollte sie - und darum bitte ich herzlich - den Antrag A 17 entgegen der Empfehlung der Antragskommission annehmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Für die Antragskommission hat Herr Roland Koch das Wort.

Roland Koch, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Entscheidung der Antragskommission für ihren Vorschlag ist kein inhaltlicher Debattenbeitrag, der etwa besagte, daß diese Sätze in ihrer Substanz falsch wären. Meiner Einschätzung nach wäre es ein falscher Zungenschlag, zu sagen, wir als CDU Deutschlands hätten zum Schutz des ungeborenen Lebens in dieser Gesellschaft keine eindeutige Position, und wir hätten in dieser Frage einen Nachholbedarf, den wir erst durch einen Beschluß decken müßten.

Die Frage ist nur: An welcher Stelle tut man das? Der entsprechende Antrag wird ja verschiedentlich gestellt, aber an dieser Stelle des Papiers geht es um die Präambel zu drei präzisen Bereichen von Politik, auf die wir eine Antwort geben wollen, und sie lauten: Arbeit, Wissen und Europa. Wir waren der Auffassung, daß wir Ihnen empfehlen müssen, diejenigen Anträge - und davon werden Ihnen noch eine Reihe begegnen -, die sich zwar mit richtigen Sachverhalten beschäftigen, aber systematisch nicht in dieses Papier, sondern in die allgemeine Programmatik der CDU gehören, nicht hier noch einmal zu beschließen, nur weil ein Satz korrekt ist, was auch niemand bestreitet. Vielmehr sollten wir das Papier in seinem Duktus klar bleiben lassen, nicht zuletzt deshalb, Gräfin von Westphalen, weil ich hoffe, daß dieses Papier gelesen wird. Dann ist es wichtig, daß wir Papiere jeweils zu den Positionen haben, die genau dort abgefragt werden. Wir haben in unserem Grundsatzprogramm eine solche eindeutige Position zu den Fragen, die Sie hier vortragen, und wir müssen jetzt in dem Papier mit den drei Thesen zu pragmatischen Fragen etwas finden. Deshalb empfiehlt die Antragskommission, dem gestellten Antrag hier nicht Rechnung zu tragen.

(Vereinzelt Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank. - Wir kommen damit zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 1 bis A 37. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt gegen die Empfehlung der Antragskommission? - Das erste war eindeutig die Mehrheit, so daß die Empfehlung der Antragskommission angenommen ist.

Ich rufe dann den Antrag des Bundesvorstandes, Ziffern 1 bis 5, auf. Sie finden den Antrag in der Sammlung der Anträge auf den Seiten 12 bis 21, Fassung der Antragskommission. Dazu gehören die Anträge A 39 bis A 67. Das Wort aus dem Plenum wird hierzu nicht gewünscht; es liegen hier keine Wortmeldungen vor.

Deshalb kann ich jetzt über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Anträgen A 38 bis A 67 abstimmen lassen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Es ist einmütig so beschlossen.

Wir kommen damit zu Ziffer 6 des Antrages des Bundesvorstandes, Antrag A 68. Sie finden den Antrag auf Seite 23 der Antragsmappe. Dazu gehören die Anträge A 69 bis A 73. Dazu wird das Wort gewünscht, und zwar von der Delegierten Dore Dinkelmann-Möhring, Landesverband Baden-Württemberg. Sie spricht zu Antrag A 71. Bitte!

Dore Dinkelmann-Möhring: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Karlsruhe-Land hat in dieser Passage über die rechtlichen und administrativen Rahmenbe-

dingungen für die Gentechnologie einen Hinweis auf ethische Grundsätze vermißt. Wir bitten die Antragskommission doch sehr herzlich, unserem Antrag Rechnung zu tragen, denn damit machen wir deutlich, daß wir Ängste, die in der Bevölkerung existieren, Ängste vor der Entwicklung dieser Gentechnologie, ernst nehmen und daß wir uns unserer eigenen Werte und Grundsätze bewußt sind, wenn wir zur Gentechnologie Rahmenbedingungen formulieren. Ich bitte um Berücksichtigung.

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank. - Dann der Delegierte Hubert Hüppe aus Nordrhein-Westfalen zu Antrag A 73. Das bezieht sich auch auf die Ziffer 6. Bitte sehr!

Hubert Hüppe: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag A 73 des Kreisverbandes Unna gerichtet wissen. Die Antragskommission empfiehlt dazu Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich möchte heute dafür plädieren, diesen Antrag nicht zu überweisen, denn es hat aus meiner Sicht keinen Sinn, jetzt einen Leitantrag zu beschließen, wenn hinterher in der Bundestagsfraktion noch über Änderungsanträge entschieden wird. Ich denke, wir als CDU sind aufgefordert, hier zu sagen, was wir wollen, und auch der Partei und der Fraktion zu sagen, was wir wollen, und wir sollten uns an dieser Stelle nicht entmachten lassen.

(Beifall)

Wir wollen mit unserem Antrag deutlich machen, daß es auch bei der Bio- und Gentechnologie Grenzen gibt. Natürlich brauchen wir neue Technologien. Niemand wird dagegen sein, Medikamente auch gentechnisch zu erzeugen; niemand wird dagegen sein, die somatische Genterapie zum Besiegen des Krebses zu entwickeln. Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch eine Grenze, und diese Grenze muß eindeutig dort gesetzt werden, wo die Menschenwürde berührt wird. Gerade wenn wir Akzeptanz für diese neuen Technologien schaffen wollen, müssen wir sagen, daß dies die Grenze ist.

Ich bin dankbar, daß der Herr Bundeskanzler am Wochenende beim Europarat gesagt hat, er bitte um Verständnis, wenn wir nicht so entscheiden wie andere Länder, die z.B. verbrauchende Embryonenforschung schon durchführen.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag erwarten wir eine Antwort auf die Frage: Wollen wir Eingriffe in die menschliche Keimbahn, oder lehnen wir die Menschengzüchtung ab? Wollen wir in Deutschland die verbrauchende Embryonenforschung, oder bleiben wir bei unseren Wiesbadener Beschlüssen, nach denen das Töten von Embryonen im Rahmen von Forschung verboten ist? Wollen wir das Klonen von Menschen und Embryonen als Ersatzteillager, oder lehnen wir das ab? Wollen wir eine genetische Selektion, oder bleiben wir dabei, daß niemand wegen seiner Behinderung oder seiner genetischen Veranlagung benachteiligt wird?

Wir sollten heute keinen Zweifel daran lassen, daß der Mensch im Mittelpunkt steht, daß nicht der Mensch für die Technik da ist, sondern die Technik für den Menschen. Deswegen bitte ich Sie, heute zu entscheiden und klar zu sagen, daß wir das, was ich gerade genannt habe, nicht wollen und daß das die Grenze auch für die neuen Technologien ist. - Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Das Wort hat der Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine lieben Freunde, ich habe um das Wort gebeten, weil das Thema, das jetzt ansteht, eines der schwierigsten und im Blick auf die Erfahrungen der Geschichte auch bedrückendsten Themen ist, über das in Deutschland gesprochen werden kann.

Mein Vorredner hat mich zu Recht mit dem zitiert, was ich auf der Tagung des Europarats am vergangenen Freitag gesagt habe. Dort habe ich für die Bundesregierung die Erklärung abgegeben, daß ich mich zum jetzigen Zeitpunkt außerstande sehe, eine Zusage zu machen, da wir noch um eine Stellungnahme ringen. Dabei wollen wir vor allem auch die Organisationen hören, die die Betroffenen vertreten.

Es ist selten, daß ich den Parteitag bitte, etwas nicht zu beschließen, sondern Vertrauen zu haben. Ich mache es mir in dieser Sache selbst nicht leicht, wie es uns überhaupt gut ansteht, angesichts unserer historischen Erfahrungen mit besonderer Sensibilität an bioethische Fragen heranzugehen.

Dies empfinde ich auch, wenn ich auf Tagungen bin und einige meiner europäischen Kollegen über Euthanasie sprechen höre. Bei manchen Formulierungen läuft es mir im Blick auf unsere eigene Geschichte kalt den Rücken herunter. Wir haben unsere Erfahrung. Die kann man nicht einfach wegwischen.

Wir stehen hier in einem Spannungsverhältnis. Natürlich müssen wir zugunsten moderner medizinischer Erkenntnisse im Sinne eines wirklich verantwortbaren Fortschritts das Notwendige tun. Aber wir wissen auch - das ist am Ende dieses Jahrhunderts eine ganz wichtige Erkenntnis, die nicht vergessen werden darf -, daß nicht alles, was technisch und medizinisch möglich ist, moralisch auch akzeptabel und erlaubt ist. Das ist das Spannungsverhältnis.

(Beifall)

Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich jetzt sage: Das läßt sich nicht ganz einfach in einen Parteitagsantrag einbauen.

Ich respektiere all die Wünsche und Hoffnungen, die es in dieser Hinsicht gibt. Ich habe am Montag vor acht Tagen in Bad Oeynhausen anläßlich der Geburtstagsfeier des „Verbandes evangelischer Einrichtungen für Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung“ gesprochen. Zur Vorbereitung dieser Rede habe ich mir die jüngsten Publikationen über die Zeit von 1933 bis 1945 angeschaut. Sie merken, das ist für mich nicht irgendein Thema.

Wir sind noch nicht so weit, daß ich Auskünfte geben könnte, die ich vertreten kann. Deswegen bitte ich Sie um Ihr Verständnis, daß wir heute der Antragskommission folgen. Wir sollten allerdings überlegen, in welcher Form man über dieses Thema eine besondere Veranstaltung durchführen kann. Ich habe dazu noch keine Lösung. Aber ich bin für eine solche Veranstaltung, in der deutlich wird, daß wir, die CDU Deutschlands, uns intensiv mit diesem Thema beschäftigen. In so einer kurzen Debatte auf einem Parteitag ist das nicht möglich.

(Beifall)

Das ist meine Bitte, mein Angebot. Ich werde im Präsidium die Frage aufwerfen, ob wir einmal ein Treffen veranstalten können - der Begriff Tagung ist mir zu hochtrabend - für Interessierte in der Partei. Dabei sollten vor allem die Kirchen gehört werden, die dabei besonders engagiert sind.

Die Bundestagsfraktion hat sich große Mühe gegeben, hat sehr profunde Diskussionen durchgeführt, ist aber auch noch nicht zu einem Ergebnis gekommen.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich bin heute noch nicht in der Lage, für mich persönlich eine Auskunft zu geben. Ich sage Ihnen das als Parteivorsitzender, dem Sie gestern so viel Vertrauen erwiesen haben. Nehmen Sie es mir bitte ab. Wir müssen hierüber noch diskutieren. Es genügt auch nicht, daß der eine oder andere Sachverständige aus der Kirche sagt, macht es so oder so. Da gibt es welche, die tauchen sehr rasch weg, wenn anschließend der Sturm losbricht. Ich bitte ernsthaft darum, daß wir es so machen, wie es die Antragskommission für heute beschlossen hat, daß wir aber in der Sache noch weiterarbeiten. Das ist meine Bitte.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Herr Bundeskanzler. - Jetzt habe ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Bitte schön, Herr Lennartz aus Nordrhein-Westfalen.

Leo Lennartz: Man kann ja dem Vorsitzenden und Bundeskanzler helfen, indem man über den Antrag 73 getrennt abstimmt. Dann kann man zumindest einmal feststellen, wie das Plenum darüber denkt. Ich beantrage die getrennte Abstimmung darüber.

Christian Wulff, Forumsleitung: Ich weiß nicht, ob Sie sich auf Ihren Geschäftsordnungsantrag konzentriert haben, wenn ich das so sagen darf. Wenn ich Ihren Beitrag richtig verstanden habe, dann beantragen Sie sofortige Abstimmung. Es ist aber gerade der Wunsch geäußert worden, über diesen Änderungsantrag nicht abzustimmen, sondern der Empfehlung der Antragskommission zu folgen, diese Frage noch einmal gesondert zu behandeln.

Ich gebe zunächst der Antragskommission das Wort zur Gegenrede zu diesem Geschäftsordnungsantrag. Anschließend stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag ab, sofort abzustimmen. - Zunächst einmal also Herr Koch.

Roland Koch, Antragskommission: Herr Präsident, ich empfehle, keine streitige Abstimmung darüber herbeizuführen, ob wir über den Antrag 73 getrennt abstimmen. Ich bleibe bei der Empfehlung der Antragskommission, ihn an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen mit der Erweiterung - die ich vorschlage -, daß wir zu Protokoll nehmen und uns gegenseitig glauben, daß das Angebot des Bundesvorsitzenden zu einem besonderen Gespräch auf der Ebene des Präsidiums der CDU wahrgenommen wird. Die Empfehlung der Antragskommission bleibt also. Es bleibt auch bei den übrigen Punkten, die vorgetragen worden sind.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag auf sofortige Abstimmung zu? - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Die Mehrheit im Plenum ist gegen eine sofortige Abstimmung. - Wir haben jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Liese.

Dr. Hans-Peter Liese: Ich bin jetzt natürlich in der besonders mißlichen Lage, nach der sehr beeindruckenden Rede von Bundeskanzler Kohl noch etwas zu sagen, zumal ich - die Bemerkung sei mir gestattet - noch immer in der Jungen Union bin. Aber diese Diskussion ist ja abgeschlossen.

Ich war sehr beeindruckt. Ich möchte ganz deutlich sagen: Ich habe großes Vertrauen in unseren Parteivorsitzenden und Bundeskanzler, daß er dieses Thema überhaupt nicht leichtfertig angeht und daß er die besondere historische Verantwortung, die wir in Deutschland haben, sehr ernst nimmt.

Der Hintergrund dieses Antrags geht überhaupt nicht in die Richtung, daß wir die internationalen Verhandlungen, die zur Zeit laufen, in irgendeiner Weise präjudizieren wollen. Ich war letzte Woche in der Bundestagsfraktion und habe eine ganz intensive und sehr nachdenkliche Diskussion erlebt. Der Antrag ist vielmehr vorgelegt worden - darüber muß auf dieser Veranstaltung ganz offen diskutiert werden; dazu muß sich die Partei äußern, denn es hat Irritationen gegeben -, nachdem eine Kommission der CDU Deutschlands ein Papier zur Gen- und Biotechnologie verabschiedet hat, in dem christlich-demokratische Grundsätze, die unsere Verfassung betreffen, unserer Ansicht nach etwas weniger sorgfältig behandelt worden sind.

Wir waren einfach der Auffassung, daß der Parteitag die Gelegenheit haben muß, zum Ausdruck zu bringen: Wir stehen zu dem, was wir zur verbrauchenden Embryonenforschung, zur Keimbahnintervention und ähnlichem 1988 beschlossen haben. Ich finde es traurig, wenn in der Öffentlichkeit durch ein Papier, das nicht das Papier der CDU war, wohl aber teilweise als solches verkauft wurde, ein anderes Bild entstanden ist.

Nach den bewegenden Worten unseres Bundeskanzlers und dem, was ich in der Bundestagsfraktion erlebt habe, sehe ich mich nicht in der Lage, Mißtrauen auszusprechen. Ich möchte aber noch einmal ganz deutlich sagen, daß sich alle die, die in der CDU Verantwortung tragen - und sei es auch nur in einem Arbeitskreis, der nicht offiziell für die Partei spricht -, dreimal überlegen müssen, ob sie Grundsätze über Bord werfen wollen wie den, daß wir gegen die verbrauchende Embryonenforschung und gegen die Keimbahnintervention, die für mich nichts anderes als Menschenzüchtung bedeutet, eintreten. Sie sollten sich dreimal überlegen, ob sie da einen Damm brechen wollen. Ich bin gerne bereit, darüber lange mit allen über die verschiedenen Argumente zu diskutieren. Ich fand es nur besorgniserregend, was seit dem letzten Parteitag abgelaufen ist. So ist dieser Antrag zustande gekommen.

Noch einmal: Ich sehe mich nicht in der Lage, diesen Antrag nach den Worten des Bundeskanzlers aufrechtzuerhalten. Er hat die historische Dimension erkannt. Ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich für seine Wortmeldung.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Vielen Dank, Herr Dr. Liese. - Wir können dann über die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 23 zu der Ziffer 6 abstimmen. Auch wenn sie eine Mehrheit fände, wäre, wie besprochen und angekündigt, die Debatte in der Bundestagsfraktion und der Partei zu führen.

Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen ohne Enthaltungen ist die Ziffer 6 mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir sind mit dem Präsidium und der Antragskommission sowie dem Parteivorstand übereingekommen, Sie zu bitten, die Antragsberatungen an dieser Stelle zu unterbrechen, damit wir ohne zu großen Zeitverzug in das Forum Bildung überleiten können. Die Antragsberatung wird dann morgen früh mit der Ziffer 7 fortgeführt, was nicht ausschließt, daß die die Bildung und Europa betreffenden Ziffern noch heute abend behandelt werden. Jedenfalls werden die Ziffern 7 ff. dieses ersten Kapitels morgen früh beschlossen, damit jetzt das Forum Bildung unter Leitung von Bundesbildungs- und -forschungsminister Dr. Jürgen Rüttgers beginnen kann. - Ich darf noch einmal ganz herzlich Herrn Prof. Biedenkopf, dem Ministerpräsidenten Sachsens, für die Mitwirkung in diesem Forum danken

(Beifall)

sowie Ihnen allen für das hohe Maß an Konzentration. - Vielen Dank.

(Beifall)

Schluß: 17.22 Uhr

Forum 2
Wissen für die Zukunft
Beginn: 17.23 Uhr

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich darf mich zunächst einmal sehr herzlich bei unseren beiden Referenten bedanken. Zum einen danke ich Matthias Rößler, dem Staatsminister für Kultus des Freistaates Sachsen,

(Beifall)

einem - auch das ist vielleicht eine ganz interessante Information - der drei Kultusminister, die wir von seiten der CDU in Deutschland noch stellen. Wir haben also noch einiges zu tun, um die Zahl zu erhöhen.

Zum anderen begrüße ich sehr, sehr herzlich Frau Professor Dr. Gregory. Frau Professor Gregory ist Amerikanerin, hat am MIT studiert, ist Ordinaria für Werkstoffe im Maschinenbau an der Technischen Universität München und - was sicherlich genauso wichtig ist - Leibniz-Preisträgerin 1997.

(Beifall)

Für diejenigen, die das nicht so genau kennen: Das ist der deutsche Nobelpreis für besonders herausragende Leistungen. Wir freuen uns, Frau Gregory, daß Sie heute bei uns auf dem Parteitag sind.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich nur einige ganz wenige Bemerkungen zu Beginn machen. Es hat ja im Vorfeld - auch gestern und heute, gerade drüben in den Presseräumen - Diskussionen darüber gegeben, warum sich die CDU mit dem Thema „Wissen ist Zukunft“ beschäftigt.

Ich bin sehr glücklich darüber, wie dieser Parteitag bisher abgelaufen ist. Damit beziehe ich mich nicht nur auf das Diskussionsforum Arbeit eben, sondern auch auf die Generaldebatten heute morgen und gestern. Denn es ist, so glaube ich, sehr, sehr deutlich geworden - und dies ist auch wichtig für die Programmatik der CDU -, daß wir aus Leipzig die Botschaft aussenden: Wir werden mit den Umwälzungen nur dann fertig werden, wenn wir konsequent auf Bildung und Ausbildung, auf Forschung und Technologie setzen. Da liegt die Chance für neue Arbeitsplätze. Da liegt die Chance, den Menschen Hoffnung zu geben für das 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Die Diskussion zeigt sich hier von einer Seite, die nicht so technisch ist, die nicht mit schwierigen Fragen von Forschung und Technologie zu tun hat, sondern einen Aspekt betrifft, den jeder von Ihnen hier im Saal aus Gesprächen mit seinen Eltern früher kennt. Mir hat mein Vater, wenn es darum ging, was ich machen soll, immer gesagt: Junge, lern was, dann kann dir im Leben nichts passieren!

Liebe Parteifreunde, das ist genau die Botschaft, mit der wir in den Bundestagswahlkampf gehen. Wir müssen den Menschen Hoffnung geben, damit sie mit diesen riesigen Veränderungen, von denen Kurt Biedenkopf geredet hat, ganz persönlich, in „ihrem kleinen Leben“, fertigwerden können. Dies berührt den Bereich Wissen, berührt den Bereich Bildung, berührt den Bereich Ausbildung.

(Beifall)

Wenn wir davon überzeugt sind, daß Bildung eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts ist, dann müssen wir auf diesem Parteitag Klartext miteinander reden. Klartext bedeutet, daß dies nicht eine allgemeine bildungspolitische Debatte werden darf. Vielmehr müssen wir vor Augen haben, daß wir in einer Situation sind, in der wir uns ganz konsequent um unser Bildungs- und Ausbildungssystem in Deutschland kümmern müssen.

Unser Bildungssystem ist noch nicht auf das 21. Jahrhundert vorbereitet. Was muß man denn eigentlich mehr sagen, als das, daß man im Land der Dichter und Denker heute nicht mehr davon ausgehen kann, daß der Absolvent einer deutschen Schule rechnen, schreiben und lesen kann? Das muß sich ändern, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Es kann nicht dabei bleiben, daß Eltern in Deutschland jede Woche 30 Millionen DM für Nachhilfeunterricht ausgeben müssen, weil sie Angst haben, daß ihre Kinder sonst in unseren Systemen nicht mitkommen. Es kann nicht dabei bleiben, daß die Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1997 850 Millionen DM – Sie haben richtig gehört, eine gewaltige Summe, gerade angesichts der Tatsache, daß wir immer davon reden, die Lohnnebenkosten senken zu müssen – ausgeben muß, damit junge Leute überhaupt in die Lage versetzt werden, eine normale Lehre zu absolvieren. Auch das muß sich ändern.

(Beifall)

Es kann nicht dabei bleiben, daß jedes Jahr 100 000 junge Leute in Deutschland keine Ausbildung beginnen oder sie abbrechen. Addiert sind das inzwischen 1,9 Millionen Menschen. Um das einmal im Klartext zu sagen: Wenn wir uns um sie nicht kümmern, ist das das Proletariat der Zukunft, sind das diejenigen, die beim Sozialamt oder beim Arbeitsamt sitzen, weil wir ihnen mit unseren bisherigen Systemen nicht genügend Chancen gegeben haben.

Weil das so ist, werden wir, liebe Parteifreunde - ich spreche das in aller Klarheit und Deutlichkeit an, weil ich dafür werben möchte, daß wir dies sehr ernst nehmen - in Deutschland mit überholten Vorstellungen aufräumen müssen, und zwar auch in unserer CDU. Lassen wir uns da nichts vormachen.

(Beifall)

Die Diskussion beginnt jetzt erst. Wir wissen zum Beispiel, daß die Anzahl der Schüler in den nächsten Jahren in Deutschland von jetzt 12 Millionen auf 13 Millionen steigen wird. Wir sprechen mit Recht viel über die Rentenproblematik und die demographische Frage. Aber es ist doch ein Geschenk für dieses Land, daß es noch junge Menschen gibt. Diese jungen Menschen haben eine Chance am Beginn ihres Lebens verdient.

(Beifall)

Deshalb kann es nicht dabei bleiben, daß wir erklären: Tut uns leid, wir haben kein Geld, wir können leider keine Lehrer mehr einstellen. Statt dessen werden die Klassen immer größer und die Lehrer immer älter.

(Beifall)

Deshalb steht in diesem Leitantrag auch klar: Dort, wo die Klassenstärken wachsen, müssen wieder mehr Lehrer eingestellt werden.

Liebe Parteifreunde, wir wissen, daß die Anzahl der Studenten in den nächsten Jahren - egal, was wir machen und was wir diskutieren; sie sind nämlich schon geboren - von jetzt 1,9 Millionen auf 2,3 Millionen steigen wird. Wir wissen auch, daß wir nicht das Geld haben, jetzt unsere Universitäten weiter auszubauen, neue Universitäten zu gründen und ähnliches. Wir wissen, daß wir auf der anderen Seite 80 Milliarden DM jedes Jahr für unser Bildungssystem einsetzen. Liebe Kollegen, liebe Parteifreunde, wenn das so ist, dann müssen wir eben das Geld intelligenter einsetzen, das heißt, wir müssen auch den Mut zu Strukturformen an unseren Hochschulen haben, damit junge Leute eine gute Ausbildung bekommen.

(Beifall)

Wir sagen, daß in Deutschland jeder unabhängig von der Frage, ob die Eltern arm oder reich sind, unabhängig von der Frage, ob jemand auf dem Land groß geworden ist oder in einer Universitätsstadt, studieren soll. Wenn wir das sagen, müssen wir ehrlicherweise hinzufügen, daß wir zur Zeit nicht das Geld haben, etwa im Bereich BAföG große Mittel zur Verfügung zu stellen. Das ist nun einmal so, die öffentlichen Kassen sind knapp.

Wenn wir von Hochbegabtenförderung, von Elitförderung reden, müssen wir hinzufügen, daß wir im Moment nicht das Geld haben, zum Beispiel solch ein Stipendiensystem aufzubauen, wie es in den Vereinigten Staaten existiert. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Parteifreunde, wenn wir das sagen, müssen wir auch den Mut haben, trotzdem unsere Ausbildungsförderung umzubauen, zu versuchen umzuschichten, damit der Satz wahr bleibt: Junge Leute können in Deutschland studieren, wenn sie gut sind - egal, ob die Eltern arm oder reich sind.

(Beifall)

Oder wir sagen: Frauen sollen Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können. Das ist richtig. Ich wüßte nicht, wie meine Frau - wir haben einen achtjährigen Sohn, der sich jetzt im 3. Schuljahr befindet - dies tun sollte. Sie weiß in der Regel morgens nicht, wann unser Sohn mittags aus der Schule kommt, weil nämlich nicht vorher kalkulierbar ist, ob eine Unterrichtsstunde ausfällt, ob irgend etwas anders ist. Wenn das so ist, müssen wir auch den Mut haben - selbst wenn es vorher nicht zur normalen Programmatik der CDU gehört hat -, zu sagen: Wir müssen die Ganztagsangebote an den Schulen ausbauen, weil das andere sonst hohles Gerede bleibt.

(Beifall)

Wir werden mit Lebenslügen aufräumen müssen, die wir zum Teil seit 20 Jahren mit uns herumschleppen, zum Beispiel mit dem Satz: Jeder ist gleich bildungsfähig. - Nein, der Herrgott

hat die Menschen unterschiedlich erschaffen, und jeder hat ein Anrecht auf seine Chance. Nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine - das ist gerecht.

(Beifall)

Oder etwa der Satz: Lernen muß Spaß machen. - Es ist schön, wenn Lernen Spaß macht, aber Lernen kann auch anstrengend sein. Mein Sohn zum Beispiel will gefordert, will nicht in Watte gepackt werden, sondern sich mit seinen Klassenkameraden messen. Deshalb ist eine Schulpolitik, die alles nivelliert, völlig falsch, und dagegen müssen wir antreten.

(Lebhafter Beifall)

Oder der Satz: Der Mensch fängt mit dem Abitur an. - Wir kümmern uns zum Teil um die 30 Prozent, die Abitur haben und studieren, aber über die 70 Prozent wird in der Öffentlichkeit zu wenig diskutiert. Wir führen im Moment die größte Reform der beruflichen Ausbildung durch, seit es das Berufsbildungsgesetz gibt. Warum? - Weil diese Menschen - 70 Prozent eines jeden Jahrgangs - eine Chance brauchen, übrigens auch jene, die praktisch begabt sind. Da brauchen wir mehr Differenzierung, nicht alle dasselbe, nicht für jeden Beruf drei Jahre Ausbildungszeit, sondern diejenigen, die praktisch begabt sind, müssen auch die Chance bekommen, einen Abschluß zu bekommen. Deshalb befürworten wir einen kleinen Gesellenbrief. Es ist doch ein Irrsinn, daß wir jungen Leute, die zum Beispiel die praktische Prüfung bestehen, aber die theoretische nicht schaffen, bestätigen, sie haben versagt, statt zu sagen: Jawohl, Sie sind praktisch gut, und wir können Sie auch mit dieser praktischen Fähigkeit in Deutschland brauchen. - Dieses Problem müssen wir ernster nehmen.

(Beifall)

Das ist mühsam, weil wir natürlich gegen Besitzstände und gegen eine Denkweise ankämpfen, wie sie sich teilweise seit 1968 in den Systemen eingefressen hat. Wenn man auf dieser Schiene weitermacht, kommt man zu Ergebnissen, die wieder bedeuten: Mehr Staat, mehr, höhere Abgaben und ähnliches. Sie haben die Debatte über die Ausbildungsabgabe, die wir gerade im Deutschen Bundestag geführt haben, verfolgt.

Lassen Sie mich etwas sagen, was für die nächsten Wochen wichtig ist: Was kommt heraus, wenn man - wie die SPD und die Grünen - eine Ausbildungsabgabe fordert? Wir haben das Gesetz einmal analysiert und festgestellt, was passiert, wenn das gemacht wird. Ich lese es Ihnen einmal vor, es ist sehr spannend:

Ausbildungsabgabe SPD - Ablauf:

- Januar: Aufstellung der Planungsdaten und Vorhersage der Lehrstellenlücke durch die Bundesregierung
- Februar: Stellungnahme durch den Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung
- März: Meldung der Berechnungsdaten durch die Betriebe.
- April: Feststellung des Handlungsbedarfs durch den Berufsbildungsbericht der Bundesregierung

- Mai: Erstellung des Vorfinanzierungsplans durch Bund und Länder
- Juni: Berechnung der Branchen-, Betriebsgrößen- und Regionalquoten für die Ausbildungsplanung des laufenden Jahres durch die Ämter der Arbeitsverwaltung; anschließend Planfestlegung durch die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter
- Juli: Festlegung des Abgabesatzes und des Lastenausgleichs durch Rechtsverordnung der Bundesregierung; anschließend Zustimmung Bundesrat und Bundestag
- August/
September: Entscheidungen über Freistellungen sowie Anrechnungen ausbildungsbezogener Eigenleistungen der Betriebe durch die Arbeitsverwaltungen
- Oktober: Beginn der Erhebung durch die Rechtsverordnung
- November: Beginn und Bearbeitung von Widerspruchsverfahren
- Dezember: Beginn von Gerichtsverfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein bürokratisches Monstrum. Das schafft keine einzige Lehrstelle, davon hat kein Lehrling etwas!

(Beifall)

Wer sich als Lehrling auf die SPD verläßt, der ist verlassen.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde! In unserem Leitantrag steht: Wir wollen das beste Bildungssystem der Welt. Bildung, Wissen, verstanden als Zukunftsthema, das ist in Deutschland ein Thema der CDU. Sie alle wissen, in England und Frankreich waren es Sozialdemokraten, die dieses Thema bei den letzten Wahlkämpfen auf die Tagesordnung gesetzt haben. In Deutschland brauchen wir dafür keine Sozialdemokraten. In Deutschland ist das Thema der Christdemokraten.

Als der britische Premierminister vor wenigen Tagen in Brighton gesagt hat: Wir können nicht die Größten sein, aber wir wollen die Besten sein!, da meinte er das Bildungssystem. Ich sage von diesem Parteitag aus: Herr Blair, unsere Antwort aus Leipzig heißt: Wir nehmen diese Herausforderung an.

(Beifall)

Christian Wulff, Forumsleitung: Ich bedanke mich sehr herzlich und freue mich, jetzt Matthias Röblier das Wort zu geben.

Dr. Matthias Röblier: Sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender! Herr Tagungspräsident, liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren! Bildung und Erziehung sind in jeder Kultur auf die Zukunft der Gesellschaft ausgerichtet. Wir steuern auf eine globalisierte Wissensgesellschaft zu, die die traditionelle Industriegesellschaft des Westens mit derselben Radikalität verändern wird, mit der sie einst selbst außereuropäische traditionelle Gesellschaften verändert hat. Was bringt uns diese globalisierte Wissensgesellschaft für die nachwachsende Generation in Deutschland?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich möchte Ihnen die nüchternen Visionen eines sächsischen Protestanten genausowenig ersparen wie den im Juni hier in Leipzig versammelten Redakteuren unserer Schülerzeitungen:

Ihr werdet mehr arbeiten müssen als eure Eltern, um deren Lebensstandard zu erreichen.

Das habe ich damals gesagt.

Manchen wird es sogar schlechter gehen. Ihr wechselt öfter im Leben euren Job. Beim Staat werden viel weniger unterkriechen können als bisher. Länder, die wir gnädig mit Entwicklungshilfe abgespeist haben, holen sich ihren Anteil am globalen Wohlstandskuchen. Ein Software-Technologie in Indien arbeitet eben für 600 DM und nicht für 6000 DM. Unser Stück wird kleiner und der Wettbewerb härter. Für die Schulen und Hochschulen bedeutet das mehr Lernen, mehr Streß und weniger „Fun“. Wer euch etwas anderes erzählt, belügt euch. Wir brauchen mehr Leistungsbereitschaft, mehr Solidarität und mehr Gemeinsinn, wenn wir unser so erfolgreiches Modell Deutschland einigmaßen ins nächste Jahrtausend bringen wollen.

Diese Zukunftsvisionen brachten mir natürlich den wütenden Protest der Provokateure der kommunistischen PDS ein, die hier in Leipzig oft in den ersten Reihen sitzen. Die Mehrheit allerdings reagierte mit betroffener Nachdenklichkeit, und das ist ein gutes Zeichen.

Meine Damen und Herren, eigentlich enthielt meine Zukunftsvision doch nur die Binsenweisheit, die wir heute schon den ganzen Tag und auch gestern diskutieren und verkünden: In einem rohstoffarmen Land wie der Bundesrepublik Deutschland sind die berufliche Qualifikation und der Bildungsstandard der Bevölkerung entscheidend. Um im Wettbewerb der globalisierten Märkte als Hochtechnologieland bestehen zu können, benötigen wir hochqualifizierte Arbeitskräfte. Diese müssen in der Lage sein, innovative Produkte und Dienstleistungen auf dem Weltmarkt anzubieten.

Hinzu kommt, daß Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft auch die Struktur der Arbeit im allgemeinen und die Karriereerwartungen der jungen Menschen im besonderen verändern. Gentechnikingenieure, Anwälte, Software-Designer, strategische Planer und Unternehmensberater sind gefragt und verdienen exzellent. Die Nachfrage nach ihren Leistungen ist international.

Während der Faktor Kapital und die gerade beschriebene Wissenselite fast weltweit mobil sind, trifft das auf die große Mehrheit der Bevölkerung und Berufstätigen nicht zu. Sie erbringen individuelle Leistungen, die auf dem internationalen Arbeitsmarkt keine Rolle spielen. Gleichwohl können ihre Produkte konkurrenzfähig sein. Ich denke dabei an den Facharbeiter, der ein erfolgreiches Automobil herstellt, oder an einen, der einen umweltfreundlichen Kühlschrank produziert.

In Deutschland werden wir deshalb in der Zukunft mehr Produkte von ausgezeichneter Qualität und Originalität produzieren müssen. Ich bin sehr im Zweifel, ob wir mit der Herstellung von Massenprodukten eine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen schaffen können. Wir werden das bei dem gegenwärtigen Lohnniveau jedenfalls nicht tun können.

Die Wurzeln einer demokratischen Gesellschaft werden durch Bildung und Erziehung gelegt. Wir Bildungspolitiker werden nicht müde, immer wieder hervorzuheben, daß die Schule auch über die Zukunftsfähigkeit unserer offenen Gesellschaft entscheidet. Der demokratische Staat kann seine Grundlagen nicht selbst erneuern. Hierzu benötigt er die Bildungseinrichtungen, die die Staatsbürger von morgen mit den Fähigkeiten versorgen, um das Staatswesen ständig zu erneuern. Deshalb kommt neben der Weitergabe von Wissen in den Schulen auch der Vermittlung von Werten eine enorme Bedeutung zu.

Die offene, pluralistische Gesellschaft hätte ohne eine gemeinsame Wertebasis keinen Bestand. Werte sind das entscheidende Fundament für moralisches und auch soziales Handeln. Sie legitimieren den Erlaß von Normen und auch das Verhängen von Strafen sowie das Handeln von Behörden. Für Popper ist die wesentliche Voraussetzung einer offenen und damit freien Gesellschaft, daß eine Gesellschaft Meinungsbildung pluralistisch organisiert und Gedankenvielfalt zuläßt.

Meine Damen und Herren, eine geschlossene Gesellschaft ist in ihrer Entwicklung gehemmt, da sich die staatliche Autorität im Besitz der allgemeinen und verbindlichen Wahrheit wähnt. Die ostdeutschen Delegierten in diesem Raum können viel darüber berichten. In der Vergangenheit dieses Landesteils unseres gemeinsamen Vaterlandes waren es die Kommunisten, die ein solches Gesellschaftsverständnis in ihrer totalitären Diktatur praktizierten. Mit ihrer angeblich so wissenschaftlichen Weltanschauung sagten sie uns ja das Ende der Geschichte vorher.

Heute geben dieselben materialistischen Dialektiker auf derselben Grundlage ihres auf Bezirksparteischulen erworbenen Wissens Hinweise für eine demokratische Öffnung unserer offenen Gesellschaft, die sie auf einmal als restriktiv empfinden. Ihr Bestreben ist es, Räte, runde Tische und scheinbar basisdemokratische Beratungsgremien zu installieren, um dort ihre aktivistischen Kader zu plazieren. In einem nächsten Schritt binden sie dann naive Kirchenleute, frustrierte Modernisierungsverlierer und machthungrige Sozialdemokraten über Erklärungen wie die von Erfurt in ihre Volksfrontstrategien ein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden intensive Auseinandersetzungen um die Freiheit in Deutschland führen. Auch dies ist ein Teil der Wertediskussion, die wir an den Schulen führen. Es geht auch um unsere auf dem Grundgesetz beruhende freiheitlich-demokratische Ordnung, wenn bei Meinungsumfragen in Deutschland für einen immer größeren Teil der Bevölkerung die Gleichheit und die Sicherheit wichtiger werden als die Freiheiten der offenen Gesellschaft.

Wie sieht nun die Schule aus, in der die junge Generation auf die Zukunft vorbereitet wird? Unsere Schule vermittelt solides Wissen und Bildung, die Fähigkeit, sich lebenslang neues Wissen anzueignen. Unsere Schule erzieht zur Leistungsbereitschaft, zu Gemeinsinn und zur Solidarität, ohne die unsere Gesellschaft in egoistische Interessengruppen zerfiele. Unsere Schule verankert die Wertebasis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, geprägt durch unser Grundgesetz. Wir wollen keine andere Republik.

(Beifall)

Ich meine damit nicht nur die Schule in Sachsen oder Thüringen, die Dieter Althaus so hervorragend ausgestaltet. Ich meine die moderne Leistungsschule der CDU, die wir auf dem 5. Bundesparteitag in Hamburg im Grundsatzprogramm ja schon beschlossen haben. Doch Grundsatzprogramme allein verbessern Schulen und Hochschulen nicht. Sie müssen umgesetzt werden.

(Beifall)

Das Grundsatzprogramm der CDU sieht eine Schulzeit von 12 Jahren bis zum Abitur vor. Hier unterscheidet sich unsere Bildungspolitik eben grundsätzlich von der unserer Schwesterpartei CSU, die eher an bildungspolitisch traditionellen Strukturen festhält, obwohl Ministerpräsident Stoiber jetzt auf unseren bildungspolitischen Kurs einschwenkt.

(Beifall)

Wir dürfen von unserem CDU-Grundsatzprogramm, das wir in Sachsen und Thüringen zur Schulrealität werden ließen, nicht abrücken. Die 12 Jahre bis zum Abitur, die Wirtschaft, Politik und eine Mehrheit der Deutschen fordern, werden zum Prüfstein unserer bildungspolitischen Reformfähigkeit.

(Beifall)

Besonders dankbar bin ich in dieser Frage der niedersächsischen CDU und Christian Wulff, die sich nicht nur in der Bildungspolitik in einer Aufbruchsstimmung befinden. Sie werden nach der Regierungsübernahme die zwölfjährige Schulzeit bis zum Abitur und die damit zwangsläufig verbundene vierjährige Grundschule einführen.

(Beifall)

Wir haben in Sachsen die Lerninhalte am Gymnasium gestrafft, die Fächer Deutsch, Mathematik, eine Fremdsprache, eine Naturwissenschaft und die so wichtige Geschichte als Kernfächer verbindlich für die gymnasiale Oberstufe festgelegt. Diese Kernfachbindung, die etwa 43 Prozent der am Gymnasium absolvierten 265 Wochenstunden ausmacht, sehen die deutschen Hochschulen als entscheidenden Faktor für die Studierfähigkeit unserer Gymnasiasten.

Viele Betroffene - auch CDU-Politiker - beklagen den hohen Leistungsdruck, der bei 265 Wochenstunden im achtjährigen Gymnasium bis zu sechs und sieben Stunden pro Tag bedeutet, wenn man keinen Unterricht am Sonnabend abhält. Da müssen wir eben durch, liebe Parteifreunde. Das ist die Konsequenz eines leistungsorientierten Gymnasiums in einer Wettbewerbsgesellschaft.

(Beifall)

Wer diesem Druck nicht standhält, muß eben andere Wege wählen, die unser durchlässiges, gegliedertes Schulsystem durchaus bietet.

Die veröffentlichte Meinung in diesem Land suggeriert den Jugendlichen, sie müßten mehr fordern, die Gesellschaft und die Regierenden täten viel zu wenig für sie. Nun ist der Anteil der Ausgaben für Bildung im Bundeshaushalt zwischen 1975 und 1995 um 40 Prozent zurückgegangen, obwohl sich der absolute Betrag in Milliarden fast verdoppelt hat. In Baden-Württem-

berg blieben die Bildungsausgaben zwischen 1975 und 1994 bei etwa einem Drittel eines stetig expandierenden Haushalts. Das bedeutet eigentlich nur, daß andere Ausgaben der öffentlichen Haushalte viel schneller expandieren als die Bildungsausgaben.

Wenn Ausgaben für Bildung und Wissenschaft unstrittig Investitionen in die Zukunft der Wissensgesellschaft sind, ist ihr Anteil nur durch Umschichtung aus den konsumtiven Bereichen des Bundeshaushalts und der Länderhaushalte zu vergrößern.

Wir sollten deshalb als Bildungspolitiker endlich darüber diskutieren, ob wir die Zukunft unseres Landes weiter in Sozial- und Versorgungssystemen verfrühstücken lassen. Wer Bildungspolitik konsequent als Investitions- und Strukturpolitik für den Standort Deutschland betreibt, wird seine Verbündeten in Zukunft eher in der Wirtschaft als in der Sozialpolitik finden.

(Beifall)

In dieser Zeit knapper Kassen geht das Lamentieren der Bildungspolitik bisher regelmäßig an der Realität des Bundeshaushaltes und der Länderhaushalte vorbei. So bleibt dem pragmatischen Bildungspolitiker, in seiner Zunft dann meist als Technokrat verketzert, nur die Suche nach effektiven Strukturen des Bildungswesens, um mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen ein Maximum an Wissen, Fähigkeiten, Erziehung und Wertebasis zu vermitteln.

Das gelingt auch nach den Untersuchungen von Unternehmensberatungen am besten im gegliederten Schulsystem, sei es nun dreigliedrig oder sei es zweigliedrig, wie in Sachsen, in Thüringen und bald auch im Saarland.

In Sachsen gibt es nach der vierjährigen Grundschule nur die Mittelschule oder das achtjährige Gymnasium. Hier finden Sie weder Haupt- noch Gesamtschulen. 77 Prozent der Ostdeutschen befürworten zwölf Jahre bis zum Abitur, nur acht Prozent eine eigenständige Hauptschule. Die Erfahrungen in den neuen Bundesländern zeigen die Zukunftsfähigkeit des gegliederten Schulsystems auch für Regionen, in denen eine eigenständige Hauptschule nicht oder nicht mehr von der Bevölkerung angenommen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an erster Stelle unserer Bildungs- und Erziehungsziele stehen in Sachsen Leistungsbereitschaft, Gemeinsinn und Solidarität. Selbständigkeit und Eigeninitiative sind weitere wichtige Erziehungsziele. Der Leistungsgedanke und der Gedanke, durch Fordern zu fördern, wurden als Folge einer vermeintlich kindgerechten Pädagogik in der Vergangenheit vernachlässigt. Diese Fehlentwicklung korrigieren wir und schaffen neues Leistungsbewußtsein, das neben den Ansprüchen der heutigen Arbeitswelt Leistung auch in ihrer stabilisierenden Wirkung auf die Persönlichkeitsentwicklung begreift.

Klar und deutlich formulierte Leistungsstandards in den Lehrplänen und für zentrale Prüfungen ermöglichen Schulwechsel, sichern Mobilität und grundrechtlich garantierte Freizügigkeit. Über transparente Leistungsstandards kann die Qualität der schulischen Abschlüsse gesichert und offengelegt werden. Wir haben in Sachsen zentrale Prüfungen zum Abitur, zum Realschulabschluß, zum qualifizierten Hauptschulabschluß und auch an beruflichen Schulen. Für die aufnehmende Institution, sei es nun der Lehrbetrieb oder die Universität, muß ersichtlich sein, was der Schüler geleistet hat.

Christdemokratische Bildungspolitik fördert über flexible Differenzierungsstrategien die unterschiedliche Leistungsentwicklung. Wir müssen es uns abgewöhnen, es für unschicklich zu halten, Begabte frühzeitig für ihre Leistungen zu belohnen. Die wirtschaftliche und soziale Zukunft dieses Landes hängt von diesen Leistungseliten in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft ab, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Begabtenförderung im schulischen Bereich soll nicht nur die Förderung des begabten Spezialisten zum Ziel haben. Begabtenförderung im schulischen Bereich beginnt gerade mit der interdisziplinären Kommunikation - und sie darf die Förderung der Leistungsschwachen nicht vernachlässigen. Denn jeder hat seine Begabung, die es zu entfalten gilt. Das ist unser Menschenbild.

An den sächsischen Schulen wird verstärktes Augenmerk auf die Sprach- und Kommunikationsfähigkeit gelegt. Die sichere Beherrschung unserer Muttersprache in Wort und Schrift ist ein wichtiges Anliegen. Wir werden den Deutschunterricht in der Grundschule verstärken. Dies wird sich durch alle Schularten fortsetzen. Außerdem werden wir die Standards an den Grundschulen anheben, und wir werden sie vereinheitlichen und die frühe Bewertung beibehalten. Es wäre der falsche Weg, wenn Kinder erst in der vierten Klasse das erste Zeugnis sähen.

(Beifall)

Wir in Sachsen werden die ersten Noten schon im ersten Halbjahr der zweiten Klasse geben. Grundlegende Kulturtechniken, wie Schreiben, Lesen und Rechnen, müssen nach vier Jahren einfach sitzen. Dazu dient ja letztlich die Grundschule.

(Beifall)

Die Schüler sollen im Umgang mit der quasi vierten Kulturtechnik, dem Computer, vertraut gemacht werden. Neue Medien werden in den Unterricht fachübergreifend einbezogen. Das betrifft selbstverständlich auch den Umgang mit Computern und die Nutzung des Internet. Die Basis dafür schafft auch die Aktion „Schulen ans Netz“, und dafür möchte ich Jürgen Rüttgers an dieser Stelle ganz herzlich danken. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

(Beifall)

Das Fach Geschichte spielt eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung der nationalen und europäischen Identität des mündigen Bürgers von morgen. Neue Geschichtslehrpläne an den sächsischen Mittelschulen und Gymnasien rücken die Auseinandersetzung mit den totalitären Diktaturen des Kommunismus und des Nationalsozialismus, die friedliche Revolution von 1989 und die Wiedervereinigung in den Mittelpunkt des Geschichtsunterrichts in allen zehnten Klassen.

Die Ostdeutschen überwandern erstmalig in unserer gemeinsamen Geschichte in einer erfolgreichen Revolution eine verbrecherische Diktatur.

(Beifall)

Sie legitimierten damit in den Augen der Völker auch die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes am Ende dieses Jahrhunderts. Darauf können wir doch alle stolz sein. Das gehört in die Geschichtslehrpläne aller deutschen Schulen.

(Beifall)

Das duale Bildungswesen in Deutschland genießt international ein hohes Ansehen und hat sich mit seinem betrieblichen und seinem schulischen Ausbildungsanteil bewährt. Ausbildungsformen, Lehr- und Lernmethoden müssen modernisiert werden, indem Erstausbildung einerseits und Fort- und Weiterbildung andererseits strukturell und inhaltlich miteinander verzahnt werden. In der ersten Phase der beruflichen Ausbildung sollen grundlegende fachliche Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt und Schlüsselqualifikationen trainiert werden. Eine zweite Phase, eine Phase der kontinuierlichen Fort- und Weiterbildung, dient dann der beruflichen Spezialisierung.

Schon in der Erstausbildung muß die Grundlage für einen lebenslangen Lernprozeß gelegt werden. Lange Zeit haben wir uns in der deutschen Bildungspolitik damit begnügt, über die Vergabe formaler Nachweise und Berechtigungen zu reden. Vor dem Hintergrund eines flexiblen und internationalen Arbeitsmarktes sind Karrieren noch weniger von einmaligen, oft praxisfernen Abschlüssen abhängig.

Damit vorgesehene Ausbildungsinhalte von der überwiegenden Mehrheit der Betriebe einer Branche vermittelt werden können, müssen bestehende Berufsbilder modernisiert und Zukunftsbilder geschaffen werden. Die überbetriebliche Unterweisung ist auf diesem Weg zu reduzieren, um die Anwesenheit der Auszubildenden im Betrieb zu erhöhen. Die Abschlußprüfungen haben sich an den wesentlichen Ausbildungsinhalten und vor allen Dingen an der beruflichen und betrieblichen Realität zu orientieren.

Um eine zunehmend heterogene Schülerklientel - das macht uns große Sorgen - ihren Fähigkeiten entsprechend zu unterrichten, muß die berufliche Bildung auch in Betrieb und Schule auf die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Lehrlinge eingehen. Wir brauchen Zusatzangebote für besonders begabte, wir brauchen aber auch Zusatzangebote für weniger begabte und leistungsschwache Lehrlinge.

Über Fort- und Weiterbildung, auch berufsbegleitend, werden insbesondere Arbeitsmarkt und Bildungssystem stärker miteinander verbunden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts hat die Bildungspolitik eine Schlüsselstellung. Trotz dieser Erkenntnis und obwohl die Kulturhoheit der Länder eigentlich der wichtigste Grund für unser föderales System ist, spielt sie in der CDU-Landespolitik eine zweitrangige Rolle. 1960 stellte die Union noch sieben der elf Kultusminister in den Bundesländern. Heute sind wir mit dem CSU-Kollegen vier für Schulen zuständige Minister in den 16 Bundesländern. Oftmals verzichtet die CDU in Koalitionsregierungen ohne Not auf das Kultusressort.

Eine rühmliche Ausnahme bildet hier Baden-Württemberg, wo Erwin Teufel mit so ausgezeichneten Bildungspolitikern wie Annette Schavan und Klaus von Trotha die wichtigen Bereiche Schule und Hochschule fest in CDU-Hand behält.

Die Ursache hierfür liegt in einer traditionellen Schwäche bürgerlicher Parteien: Wenn sie an der Macht sind, setzen sie ihre Inhalte und Strukturen in der Bildungspolitik nicht oder nur zögerlich durch, von personellen Vorstellungen ganz zu schweigen. Für die Linken ist die Bildungspolitik - zu Recht - Gesellschaftspolitik. Ist die Linke an der Macht, honoriert sie bürgerliche Zurückhaltung nicht, sondern setzt ihre inhaltlichen, strukturellen und personellen Vorstellungen mit Konsequenz durch.

Die CDU braucht diese Konsequenz in der Bildungspolitik, gegen die Linken und gegen strukturkonservative Lobbyisten in den eigenen Reihen, die sich an Standesinteressen und anderen Besitzständen krampfhaft festklammern. Sie muß die Macht in den Ländern zurückgewinnen und ihre Bildungsprogrammatische konsequent umsetzen. Die deutsche Bevölkerung weiß doch, daß wir auf eine rauher werdende Leistungsgesellschaft zugehen und daß wir mit unserer Schule und unserer Hochschule ihre Kinder besser darauf vorbereiten als die Schule der linken Leistungsverweigerer. Diese Realität holt doch die 68iger Bildungsideologen wöchentlich ein, wie der pädagogische Katzenjammer in einschlägigen Magazinen und Wochenzeitungen illustriert.

Eine konsequente Orientierung an Leistungsbereitschaft, Gemeinsinn und Solidarität bringt die Union in die bildungspolitische Meinungsführerschaft, und sie bringt Machtzuwachs in den Ländern. Dann gestalten wir die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts nach unserer Programmatische, und, meine Damen und Herren, wir haben für unsere eigene politische Zukunft gelernt. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Vielen Dank, Matthias Rößler. - Jetzt hat Frau Professor Dr. Gregory das Wort.

Prof. Dr. Jean-Karen Gregory: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es um Wissen für die Zukunft geht, sprechen wir von der Vermehrung und von der Weitergabe des Wissens. Das erste nennen wir Forschung, das zweite nennen wir Lehre. Beide sollen, beide müssen an den Universitäten hochkarätig sein.

Wissen ist ein eigenartiges Gut. Wissen ist nicht teilbar. Die Menge ist unbegrenzt. Im Gegensatz zu Erdöl oder Getränkedosen können Sie Wissen vermehren und weitergeben, ohne daß Sie selber dabei weniger haben. Es wird deswegen nicht gelingen, die Wissensverteilung mit Methoden zu verwalten, die sich bei der Produktion von Getränkedosen bewährt haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin kein gewählter Vertreter einer Interessengruppe. Nach dem Echo auf einen Aufsatz in der „Frankfurter Allgemeinen“ empfinde ich aber neuerdings ein Mandat, und zwar von denjenigen, darunter viele Professoren und Studenten, die mir geschrieben und mir ihre Aufsätze und Gedanken zugeschickt haben. Gestatten Sie mir, daß ich heute auch in ihrem Namen rede; ich nenne uns die frustrierten Engagierten.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber zunächst bedanke ich mich bei den Verantwortlichen, beim Bundesminister für Wissenschaft und Forschung sowie bei den Kultusministern der Länder, daß eine rasche Einigung zum Hochschulrahmengesetz gefunden wurde.

(Beifall)

Damit sind die Hochschulen nicht mehr ein beliebtes Objekt für das obligatorische Sommertheater. Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz ist nun die Möglichkeit geschaffen, das deutsche Hochschulwesen den Bedürfnissen der Zukunft anzupassen. Viele von uns an den Hochschulen können sich mit dem Tenor des Hochschulrahmengesetzes durchaus identifizieren, wobei es freilich Unterschiede in den Kulturen der Geistes-, Natur- und Ingenieurwissenschaften gibt. Einige würden sogar weitergehen und sagen: So etwas wollen wir schon seit Jahren, wir wurden aber daran gehindert. Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz hat der Bund seine Hindernisse entfernt. Jetzt müssen die Länder die restlichen Hindernisse beseitigen.

(Beifall)

Dies wird die mühselige Kleinarbeit der Hochschulreform sein. Hierzu brauchen wir die Unterstützung der Gesetzgeber. Denn Wettbewerb wird stattfinden, aber vorerst zwischen den Ländern und nicht zwischen den Hochschulen.

Um Ihnen zu verdeutlichen, was auf der Arbeitsebene einer Universität passiert, nenne ich einige Beispiele für Widersprüche zwischen den Anforderungen und der derzeitigen Realität an den Hochschulen. Über die Tatorte will ich schweigen; alle Geschichten sind aber wahr.

(Heiterkeit)

Stellen Sie sich vor: Ein Professor hält eine Firmenexkursion für angemessen, um den Studenten den Praxisbezug seiner Vorlesung zu vermitteln. Der Betreffende wurde am Anfang des Sommersemesters, also im April berufen. Das Studentenbüro lehnte diese Exkursion aber aus zwei Gründen ab. Erstens: Exkursionsmittel hätten schon im Januar beantragt werden müssen. Zweitens: Grundsätzlich werden keine Exkursionen genehmigt, wenn weniger als zehn Studenten teilnehmen wollen. Diese Begründungen regen zum Nachdenken an: Wie soll man Exkursionsmittel beantragen, wenn man noch nicht berufen wurde? Und warum sollen gerade die Studenten jener Fachrichtung für die geringen Studentenzahlen bestraft werden?

Ein Vorschlag, wie diese Vorschrift umgangen werden könnte, kam ebenfalls vom Studentenbüro: Als Professor kann man ja eine Dienstreise zu jenen Firmen tätigen, um Forschungsprojekte zu besprechen. Gesagt, getan. Man ist mit zwei Autos gefahren, hat Kilometergeld abgerechnet und mit den Studenten brüderlich geteilt, um nicht zu sagen: eine schwarze Kasse eingerichtet. Die Kriminalisierung eines Hochschullehrers im Interesse der Studenten.

(Beifall)

Zweites Beispiel: Stellen Sie sich vor, ein Professor bindet seine Doktoranden in den Lehrbetrieb ein, insbesondere in die Betreuung eines Praktikums. Auf diese Weise sollen Nachwuchswissenschaftler die Möglichkeit bekommen, Erfahrungen in der Lehre zu sammeln. Auch Mitarbeiter, die aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert werden,

wirken mit. Eines Tages erhält der Professor unvermittelt einen Brief vom Dezernat Personalwesen. Ich zitiere aus diesem Brief:

Aus den mir übergebenen Unterlagen ist erkennbar, daß auch in Drittmittelprojekte beschäftigte Mitarbeiter zu Lehraufgaben herangezogen werden. Dies widerspricht der mit der Drittmittelinvestition verbundenen Zielsetzung, ausschließlich wissenschaftliche Forschungsvorhaben zu fördern.

Ein derartig lautender Passus in den Richtlinien der DFG existiert nicht. Aber das promovierete Personal im Personaldezernat weiß grundsätzlich alles besser.

Drittes Beispiel: Stellen Sie sich vor, ein Student möchte als studentische Hilfskraft in die Aktivitäten eines Lehrstuhls integriert werden. Der Student bekommt Einblick in aktuelle Forschungsthemen, hat die Gelegenheit, mit Angehörigen eines Lehrstuhls über seine Anfangsschwierigkeiten zu reden, kann sich zwischen den Lehrveranstaltungen am Lehrstuhl zurückziehen - und verdient 15 DM pro Stunde. Der Student ist aber Ausländer. Noch schlimmer: Er ist Nicht-EU-Ausländer, also ohne Arbeitserlaubnis. Wenn der Professor den Antrag des Studenten auf eine Arbeitserlaubnis mit einer Begründung unterstützt, wird sie meist auch erteilt, selbst dann, wenn der Professor - so wie ich - ebenfalls Nicht-EU-Ausländer ist.

(Heiterkeit)

Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: Als Nicht-EU-Ausländer ohne Arbeitserlaubnis kann ich als Professor zwar verbeamtet werden, als Hiwi an meinem eigenen Lehrstuhl dürfte ich aber nicht arbeiten.

(Heiterkeit und Beifall)

Stellen Sie sich vor, ein Professor möchte eine Vorlesung auf Englisch halten. Es handelt sich um ein Wahlfach. Es fällt ihm ein, daß es den Studenten gegenüber fairer wäre, die Prüfung ebenfalls auf Englisch abzuhalten, denn die Studenten werden am Semesterende die Fachbegriffe vermutlich nur in englischer Sprache kennen. Ob eine Prüfung auf Englisch zulässig sei, wollte er vorab klären, denn er wußte schon aus Erfahrung, es könnte irgendwo ein Gesetz dagegensprechen. Seine Anfrage landete beim Juristen, bekanntlich die wichtigsten Personen an deutschen Hochschulen.

(Heiterkeit und Beifall)

Der gab nach längerem Überlegen die Antwort, man könne den Professor dazu zwingen, die Vorlesung doppelt zu halten, einmal auf Deutsch und einmal auf Englisch. Würde ein Student nämlich durchfallen, könne er mit Erfolg dagegen beim Verwaltungsgericht mit der Begründung klagen, er beherrsche zwar den Stoff, aber nicht die Sprache.

(Heiterkeit)

Fünftens. Stellen Sie sich vor, ein Professor möchte einem Studenten, der unter Prüfungsangst leidet, entgegenkommen. Der Student war zweimal durch eine Prüfung zum Vordiplom gefallen. Ein dritter erfolgloser Versuch würde die Zwangsexmatrikulation zur Folge haben. Also bereitete er sich gut vor. Trotzdem fühlte er sich einen Tag vor der Prüfung nicht soweit

und bat den Professor um Aufschub. Der Professor gab dem Studenten die erbetene zusätzliche Woche, was leider nicht verhindern konnte, daß der Student dann zum drittenmal durch die Prüfung fiel. Der Student klagte vor dem Verwaltungsgericht auf Annullierung des Prüfungsergebnisses - mit Erfolg. Die Begründung: Prüfungstermine müssen mindestens zwei Wochen vorher schriftlich per Aushang bekanntgegeben werden.

(Heiterkeit)

- Das sind alles wahre Geschichten. - Dies sei im vorliegenden Fall nicht passiert, also hat die Prüfung, juristisch gesehen, nicht stattgefunden.

Übrigens, solche Richter würden wir in den USA wahrscheinlich abwählen.

(Heiterkeit und Beifall)

Sechstes und letztes Beispiel. Stellen Sie sich vor, ein Professor bekommt ein Forschungsprojekt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. Im Rahmen des Vorhabens wird erwartet, daß er zweimal im Jahr an zweitägigen Kolloquien auch während der Vorlesungszeit in Bonn teilnimmt. Um Kosten zu sparen, erstattet die DFG grundsätzlich keine Flugkosten, sondern nur die Bahnfahrt. Nach diesem Ansatz ist zum Beispiel meine Zeit weniger als 29,23 DM pro Stunde wert. Wie komme ich dazu? Der Flug von München nach Bonn dauert 65 Minuten und kostet 288,50 DM. Die Bahnfahrt kostet 174 DM und dauert genau fünf Stunden. Die Kostenersparnis beträgt 114,50 DM, dividiert durch die Zeitdifferenz zwei Stunden 55 Minuten, macht 29,23 DM, die der DFG meine Stunde nicht wert ist.

Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen, sie ist aber lang genug, um verständlich zu machen, daß Professoren nicht unbedingt die richtige Adresse für Schlachtrufe wie Praxisbezug, pädagogische Eignung, Studentenbetreuung, Flexibilität, Internationalisierung, Effizienz, Kostenbewußtsein usw. sind.

(Beifall)

Dies verdeutlicht auch, warum das Arbeitsklima an den Hochschulen nicht so ist, wie man sich das wünscht. Vielleicht wundern Sie sich über diese Anekdoten, werden doch Professoren als Lehrflaschen, Schlendriane, faul usw. in der populären Presse bezeichnet. Vielleicht sind die Engagierten auch in der Minderheit, was aber aus meiner Sicht nur logisch ist. Nicht nur an den Hochschulen, sondern auch in anderen Bereichen der deutschen Gesellschaft wird das Urkredo des Kapitalismus erfolgreich unterdrückt, nämlich „Leistung wird honoriert“. Damit wird Freiraum für den Krebsstumor der Leistungsgesellschaft geschaffen, nämlich „Dienst nach Vorschrift“.

(Beifall)

Leider sind diese Vorschriften oft eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes. Viele Professoren setzen sich deswegen nicht selten über unsinnige Regelungen und Vorschriften hinweg, andere haben resigniert.

In einem unlängst erschienen Artikel in einer führenden Münchner Zeitung mokiert man sich über die „lästige Macht der Professoren“. Wer sonst soll denn diese Macht haben? Unter

Macht verstehe ich übrigens, über die notwendige Entscheidungskompetenz zu verfügen, um auf eine konkrete Situation angemessen reagieren zu können. Dies kann nur derjenige, der an Ort und Stelle des Geschehens täglich arbeitet. An deutschen Hochschulen haben selten die Leistungsträger, viel öfter die Vorschriftenpfleger das Sagen. Diese sind dabei, in einem Klima des Aktionismus ihre Macht sogar auszubauen.

Bei all den Überlegungen zu Forschung und Lehre müssen wir das Studentenerlebnis in den Vordergrund stellen. Wenn die Universitäten die künftigen Leistungs- und Verantwortungsträger des Landes ausbilden sollen, liegt es auf der Hand, daß Studenten dort entsprechende Vorbilder erleben sollen. Studenten müssen auch Strukturen vorfinden, die menschenfreundlich, flexibel und leistungsfähig sind, damit sie später bei ihren Führungsaufgaben diese positiven Erfahrungen wiederholen. Hierbei spielen die Verwaltungen der Universitäten und deren Personal eine Schlüsselrolle. Wie lange muß ein Student auf sein Zeugnis warten? Was muß er tun, um sich für eine Prüfung anzumelden. Mit wie vielen Ämtern, Büros und Formularen muß er sich herumschlagen? Erleben Studenten überwiegend unsinnige Vorschriften und Bürokratie, werden sie darin trainiert, Vorschriften geschickt zu umgehen, wodurch eine Kultur der Unehrllichkeit entsteht, oder sie bekämpfen das gleich mit gleich und tragen einen Paragraphenkrieg vor Gericht aus, wodurch eine Kultur der Kleinlichkeit entsteht. Am schlimmsten: sie geben auf und machen auch Dienst nach Vorschrift.

Ich plädiere hier für mehr Menschlichkeit zur Bekämpfung der Anonymität an der Hochschule und in der Gesellschaft. Dies bedeutet, daß einzelne Ämter - wohlgemerkt, nicht einzelne Personen - mit mehr Entscheidungskompetenz - Sie können das auch Macht nennen - ausgestattet werden müssen. Bei allen gutgemeinten Demokratieempfindungen halte ich die Gruppenuniversität mit ihren Gremien und Kommission für unmenschlich.

(Beifall)

Die Kompetenzen sind nämlich so zersplittert, daß sich kein Mensch - kein Mensch! - für irgend etwas verantwortlich fühlt. Bedeutet der Begriff Demokratie zwangsläufig, daß wir Strukturen haben, in denen alle ständig mitreden, damit auf gar keinen Fall die Rechte des einzelnen verletzt werden? Genauso demokratisch ist es, wenn wir einen aus unserer Mitte wählen und ihn mit einer Vollmacht ausstatten. Dies setzt allerdings voraus, daß auch unliebsame Entscheidungen hingenommen werden.

Eine Fülle von Positionspapieren, Tischvorlagen, Stellungnahmen usw. betont die Bedeutung von Innovation für den künftigen Wohlstand nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Wir Natur- und Ingenieurwissenschaftler, nach jahrelangem Dasein als Buhmänner einer technikfeindlichen Gesellschaft und als Untertanen von Verwaltungsprofis, fühlen uns geehrt, daß uns nunmehr die Verantwortung für die globale Wirtschaft bescheinigt wird. Wenn das so ist, dann wollen wir, die Wissensträger - und ich schließe hier gern die Mediziner mit ein, nicht aber Juristen, Wirtschaftswissenschaftler, Politologen und sonstige Wissenschaftler, deren Wissen nicht zu jenen heißersehten exportfähigen Produkten führen kann -, endlich wieder Handlungsspielraum.

(Beifall)

In Deutschland träumt man von sogenannten Turnschuhgeschäftsführern wie dem jungen Bill Gates, der von seiner Garage aus einen weltweiten Konzern aufgebaut hat. Ob folgende Aussage stimmt, weiß ich nicht, aber sie klingt zumindest glaubwürdig. Angeblich hätte Herr Gates seine Firma in Deutschland nicht aufbauen können, weil seine Mitarbeiter eine Zeittang weniger Tageslicht, als sie die deutsche Norm für deutsche Büros vorschreibt, hätten ertragen müssen. Träumen Sie also ruhig weiter von solchen Erfolgsgeschichten, wenn Sie weiterhin schlafen wollen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir, die Wissensträger, wollen künftig nicht mehr wie unmündige Kinder oder Verbrecher von Verwaltungssubalternen behandelt werden, die uns den Umgang mit den selbsteingeworbenen Drittmitteln nicht zutrauen, meist mit der Rechtfertigung, sie wollten uns nur entlasten. Diese Aussage begleitet meist ein neues Formular, das uns schon wieder Zeit für Aufgaben in Forschung und Lehre raubt, um zum Erbsenzählen ein Blatt Papier zur Verwaltung des Geschehens im Labor vom Schreibtisch aus zu liefern. Man stelle sich vor, bei einem ausreichenden Ausbau dieser Forschungsverwaltung könnten hier sogar neue Arbeitsplätze, etwa im Controlling, geschaffen werden.

(Heiterkeit)

Das ist ein schwacher Trost angesichts des nicht aufzuhaltenden Stellenabbaus im wissenschaftlich-technischen Bereich.

Als neulich der europäische Rechnungsprüfungshof feststellte, daß von den Forschungsgeldern der EU zirka 40 Prozent in der Verwaltung versickert sind, hat mich lediglich überrascht, daß die Zahl nicht noch größer war.

Fast perfekt ist allerdings die Überverwaltung der Forschung in Großforschungseinrichtungen. Diese sind nach meiner Einschätzung Stätten mit hervorragend ausgebildetem Personal, ausgezeichneter Ausstattung und einer Organisation, die früher oder später auch den Engagiertesten verschleißt. Inzwischen wurden so viele Kontrollmechanismen eingebaut, daß mehr Zeit für deren Befriedigung und auch die Selbstdarstellung als für die Forschungsvorhaben aufgewendet werden muß. Angeblich trägt man dort als Wissenschaftler die Verantwortung für die Durchführung der Forschungsvorhaben. Doch die Entscheidungsgewalt über alle notwendigen Vorgänge - angefangen von der Einwerbung von Drittmitteln über die Beschaffung von Probenmaterial bis hin zu eventuellen Gerätereparaturen - liegt grundsätzlich im kaufmännischen Bereich. Ich habe mir einmal die Bemerkung erlaubt, man sollte das „GKSS-Forschungszentrum“ in „GKSS-Einkaufszentrum“ umbenennen, um nach außen zu dokumentieren, welche Abteilung die wichtigste ist.

Die Trennung der Entscheidungsgewalt von der Verantwortung führt rasch zu jener Schwerfälligkeit, die unberechtigterweise den Wissenschaftlern angekreidet wird. Beispielsweise ist das Personal in der Einkaufsabteilung geschult, Beschaffungen preiswert und ohne Rücksicht auf Qualität oder Liefertermin zu tätigen. Die Folge: Der federführende Wissenschaftler soll seine Vorhaben mit oft unbrauchbaren Gegenständen unter Zeitdruck bearbeiten. Beschwerzt er sich über diese Situation, bekommt von jenen Verwaltungsangestellten, die keine Kaffee-

pause versäumen und um Punkt 16.15 Uhr die Maus fallen lassen, zu hören: Sie müssen doch Ihre Forschung besser planen.

Trotz einiger guter Vorsätze im neuen Hochschulrahmengesetz gibt es Anzeichen dafür, daß solche Verhältnisse unter dem Etikett der „Effizienz“ auch an deutschen Hochschulen bald einkehren könnten. Ich zitiere aus einem Brief eines Mediziners aus Baden-Württemberg:

Schließlich möchte ich auf das Problem der Hochschulbürokratie eingehen. Entgegen Ihrem sehr richtig formulierten Appell nach Abbau der Bürokratie müssen wir in den Kliniken derzeit leider erleben, daß die Einrichtung von Kommissionen und Gremien, das Ausfüllen von Anträgen und Fragebögen erheblich zunehmen und sich der Maßstab für die Förderung innovativer Projekte auf DFG-Richtlinien orientiert. ... Die Entscheidungsgewalt wird zunehmend von den eigentlichen Verantwortungsträgern (das sind in der Klinik die ärztlichen Direktoren) auf „Profi-Selbstverwalter“ wie Klinikumsvorstand, Dekanat, etc. verlagert, ein Zustand, der durch das sogenannte KMK-Papier zur Reform der Kliniken noch forciert wird. Ihre Appelle habe ich gerne gehört. Leider geht die allgemeine Tendenz offenbar nicht in diese Richtung.

Ich hoffe, daß wir hier keine Chance vertun.

(Beifall)

Jetzt werden Sie sich vielleicht über den indirekten Angriff auf die DFG wundern. Die DFG hat beachtliche Erfolge bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und bei der finanziellen Unterstützung der grundlagenorientierten Forschung geleistet.

Ich stelle aber die Behauptung in den Raum, daß die Projektförderung als Instrument zur Finanzierung vermarktbarer Ideen - egal von welcher Einrichtung, ob DFG, BMBF oder wer auch immer - ungeeignet ist. Hierbei spreche ich nicht von den sogenannten progressiven Verbesserungen, die zum Beispiel zu einer höheren Qualität von Langspielplatten geführt hat, sondern von „Durchbruchinnovationen“, die zum Beispiel zur Entwicklung von CDs geführt haben.

Es gibt mehrere Gründe:

Erstens. Wer das Marktpotential seiner eigenen Idee erkannt hat, gibt sie niemals in einem Antrag preis. Entweder will er selber damit reich werden - das ist der finanzielle Anreiz -, oder er will, daß diese Sache seinen Namen trägt - das ist die persönliche Anerkennung.

Zweitens. Es dauert zu lange, bis eine Entscheidung erfolgt. Ist man von seiner Idee überzeugt, will man sofort loslegen und nicht erst Monate später, wenn ein Bewilligungsschreiben vorliegt.

Drittens. Die meisten Antragsverfahren verlangen eine genaue Beschreibung des Ablaufs. Haarklein soll jeder Versuch im Vorhaben erläutert werden. Oft wird der tatsächliche Ablauf aber sinnvollerweise von vorhergehenden Versuchsergebnissen bestimmt. Es sei denn, es handelt sich um eine Routinesache oder das Vorhaben ist bereits durchgeführt worden - das heißt, die Ergebnisse liegen in der Schublade - und die Gelder sollen nachträglich eingefordert werden. So etwas soll vorkommen.

(Heiterkeit)

Viertens. Selbst bei einem Erfolg kann das Antragsverfahren innovationshemmend sein. Ein positiver Bescheid wird meist von Kommentaren eines Gutachters begleitet, indem gewisse Auflagen gemacht werden. Meist geht es darum, daß der Antragsteller die doch so wichtigen Erkenntnisse oder Methoden des Gutachters nicht ausreichend gewürdigt hat, weswegen der Gutachter dann unbedingt auf den Verlauf des Vorhabens Einfluß nehmen will.

(Vereinzelt Beifall)

Aus diesen Überlegungen könnte man Schlußfolgerungen für die Förderung innovativer Ideen ziehen:

Erstens. Der Betroffene muß entweder seine Idee für sich behalten können, oder die Förder-einrichtung muß absolut vertrauenswürdig sein.

Zweitens. Eine Entscheidung muß rasch erfolgen.

Drittens. Die grobe Zielsetzung - nicht eine Tabelle mit Versuchsparametern - soll als Ent-scheidungsgrundlage dienen.

Viertens. Die Gutachter sollen so tolerant sein, auch andere als die eigenen Vorstellungen zu-zulassen.

Ich sehe die ersten drei Kriterien übrigens oft in der industriellen Forschung erfüllt, bei der das vierte entfällt. Ist es ein Zufall, daß drei Nobelpreisträger - für Hochtemperatur, Supraleitung und Rastertunnelmikroskopie - am IBM-Forschungslaboratorium in Rüschlikon arbeiten? Schade, daß in Deutschland die Industrieforschung abgebaut wird.

(Beifall)

Diese vierte Empfehlung zu realisieren dürfte die schwierigste sein. Denn hierzu muß sich et-was an der Mentalität in diesem Lande ändern. Noch besteht die Möglichkeit, ein für Lehre und Forschung günstiges Klima zu schaffen.

Was aber muß sich ändern?

Erstens. Mut zum Risiko. Zur Zeit kann man nur verlieren, wenn man etwas riskiert. Der Erfolg wird beneidet. Der Mißerfolg führt zur Ausgrenzung.

(Beifall)

Vielleicht deswegen wird der Mißerfolg manchmal sogar gesetzlich ausgeschlossen. Siehe die Tatsache, daß eine nicht bestandene Prüfung an einer Universität als nicht unternommen gilt. Selbst wenn ein Student beim Versuch erwischt wird, durch ein Täuschungsmanöver eine Prüfung zu bestehen, kann es ihm höchstens passieren, daß die Prüfung für „nicht bestanden“ erklärt wird, womit sie wiederum als nicht unternommen gilt.

Gefragt ist eine neue Kultur des Muts. Wir müssen denjenigen respektieren, der Geld oder persönlichen Ruf riskiert - egal, wie es ausgeht.

Zweitens. Die Leistungen anderer neidlos anerkennen.

(Beifall)

Warum gönnen wir es einem Unternehmer nicht, daß er durch eigene Arbeitskraft ein Leben nach eigenen Vorstellungen gestaltet? Neulich wurde folgendes über die Vermögensverteilung geschrieben:

Fest steht: Die Verteilung der Vermögen im Lande verschiebt sich immer mehr. Gerech-
t war sie auch bisher nicht. Geldvermögen, Immobilien und Betriebsvermögen
liegen in den Händen einer relativ kleinen Schicht.

Es mag sein, daß es in dieser Hinsicht wirklich Ungerechtigkeiten gibt, die durch steuerliche
Maßnahmen beseitigt werden können und sollen. Wie geht man hier aber mit der Tatsache
um, daß auch Begabungen und Fähigkeiten ungerecht verteilt sind? Die Gesellschaft kann
sich daran erfreuen und diese unterschiedlichen Begabungen fördern. Sie kann sie aber auch
mit dem gut gemeinten Argument der Chancengleichheit unterdrücken. An Stelle von „Lei-
stung wird honoriert“ haben wir sodann „Leistung wird unkenntlich gemacht“.

(Beifall)

Drittens. Den Perfektionismus aufgeben. Der Hochschulabsolvent kann nur mit einem
Bachelor-Abschluß aufhören oder an einer anderen Hochschule seinen Master-Abschluß ma-
chen, wenn wir darauf verzichten, daß er alles lernt, was früher für ein Diplom verlangt wurde.
Professoren auf Zeit können sie nur dann guten Gewissens im Alter von 30 bis 35 Jahren be-
rufen, wenn sie auf die Habilitation als Regelqualifikation verzichten, bei der jeder Kandidat
meist schon 40 Jahre alt ist.

Verzichten Sie aber auch auf das Ziel, daß jeder Studienanfänger schnellstmöglichst ab-
schließt. Eine Abbrecherquote von 25 Prozent ist kein Grund zur Sorge -insbesondere bei
der derzeitigen Roulette-Methode oder dem Taktieren, was die Wahl eines Studienganges
kennzeichnet. Genau die Eigenschaft, den Mitmenschen nach der kleinsten Abweichung vom
erwarteten Verhalten gleich zum Versager abzustempeln, hemmt die Risikobereitschaft.

(Beifall)

Auch hier sollte besser miteinkalkuliert werden, daß junge Menschen Entscheidungen zur ei-
genen Berufsausbildung treffen, die sie wenige Jahre später bereuen. Seien wir froh darum,
wenn die Menschen dies in jungen Jahren erkennen und die Konsequenzen ziehen. Bei inno-
vativen Firmengründungen sind Autodidakten, Studienabbrecher und Querdenker übrigens
überproportional vertreten.

Viertens. Das Anspruchsdenken aufgeben. In der Hochschullandschaft denken nicht wenige
meiner Kollegen an den wissenschaftlichen Hochschulen, eine Universitätsausbildung sei
a priori besser als eine Ausbildung an den Fachhochschulen. Ich als Ausländerin, der man erst
den Unterschied zwischen Universitäten und Fachhochschulen erklären mußte, verwende
die Definition: „Der Fachhochschulabsolvent soll wissenschaftliche Erkenntnisse anwenden
können, der Uni-Absolvent diese weiterentwickeln können“.

Insofern hat mich einer der Leitgedanken des BMBF zur Novelle des Hochschulrahmengen-
setzes überrascht: „Es fehlt eine ausreichende Praxis- und Berufsbezogenheit des Studiums
an den Universitäten; es überwiegt immer noch die Forschungsausrichtung.“ Ich frage also:

Ist die Forschung wirklich nicht mehr die Aufgabe der Universitätsabsolventen? Ist das deutsche Diplom ein Auslaufmodell, das durch die Abschlüsse Bachelor und Master abgelöst wird? Dann wäre die Differenzierung zwischen Universität und Fachhochschule in absehbarer Zeit hinfällig.

(Beifall)

Inwieweit Professoren an deutschen Hochschulen in einem künftigen System ohne diese Grenze zu einem freien Wettbewerb zwischen ehemaligen Fachhochschulen und Universitäten stehen, darüber kann ich nur spekulieren. Ich rate aber allen zu einer nüchternen Diskussion, bevor die Auswirkungen der oben genannten Punkte uns in Handlungszwang bringen.

Fünftens. Die Internationalisierung akzeptieren. Im Gegensatz zur englischen Sprache ist die deutsche Sprache für Anfänger sehr schwer. Wer Deutsch nicht gut beherrscht, kann sich kaum verständigen. Wir, die Englisch als Muttersprache haben, haben uns an die Verrohung unserer Sprache auf Grund ihrer Stellung als universelle Zweitsprache gewöhnt. Sind die Rufe nach Internationalisierung ernst gemeint, bleiben Ihnen nur zwei Möglichkeiten: Entweder geben Sie die eigene Sprache zunehmend zugunsten der englischen Sprache auf, oder Sie ertragen ebenfalls ein schlechtes, teilweise kaum verständliches Deutsch.

Bilden Sie sich aber nicht ein, daß nur wegen der englischen Sprache die Hälfte der Promotionen in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern an amerikanischen Universitäten von Ausländern erfolgt! Der Umgang mit Ausländern ist nicht gerade eines der besseren Verkaufsargumente für eine Ausbildung in Deutschland.

(Beifall)

Nach einem Entwurf des Bundesinnenministeriums sollen sogar Ausländerbehörden und nicht Universitäten künftig über die akademische Qualifikation von Studierenden und Promovierenden befinden. Gegen diese krasse Trennung der Entscheidungsbefugnis von der Fachkompetenz erheben sich allerdings auch deutsche Stimmen.

Noch ein letztes Wort. Orientieren Sie sich lieber am Guten als am Schlechten! Menschen sind anpassungsfähig. Überträgt man ihnen kleine Aufgaben, sehen sie meist keinen Grund, sich anzustrengen. Erwartet man von ihnen größere Leistungen, ist es zumindest möglich, daß sie über sich hinauswachsen.

Ich frage mich manchmal, ob das heutige Deutschland noch dasselbe Volk ist, das nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg das Land aus den Ruinen wieder aufgebaut hat. Sind die Trümmerfrauen einer Verordnung zur Wiederverwertung von Schutt gefolgt? Gab es eine Norm zu den Mindestabmessungen für die noch brauchbaren Ziegel? Brauchten sie dafür eine Sondersammelgenehmigung mit Stempel?

(Heiterkeit und Beifall)

Würden die Deutschen den Wiederaufbau heute fertigbringen? Ich denke, wenn jeder die Notwendigkeit des Handelns erkennt und wenn ihm keine bürokratischen Hürden im Wege stehen, dann ja, genau wie damals. Der Mensch will spontan das Richtige tun. Siehe zum Beispiel die Spendenaktion nach der Flutkatastrophe an der Oder.

Verantwortung und Leistungen kommen von Menschen und nicht von Reglementierungen. Ermöglichen Sie, daß auch in Deutschland wieder der kreative Geist und der gesunde Menschenverstand gefragt sind! Unsere Zukunft hängt davon ab. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Liebe Frau Gregory, auf Parteitagern pflegt man in solchen Situationen zu sagen: Der Applaus hat Ihnen gezeigt, daß Sie genau über das gesprochen haben, was wir alle spüren. Sie haben uns einen Spiegel vorgehalten. Wir haben die Realität gesehen, auch wenn es nicht die Realität ist, die wir eigentlich wollen. Seien Sie sich aber in einem Punkt sicher: Wenn es darum ginge, den Wiederaufbau auf der heutigen Basis zu bewerkstelligen, dann würden wir es trotz der Vorschriften schaffen.

(Beifall)

Wir steigen in die Diskussion ein. Ich habe rund zehn Wortmeldungen zur Generaldebatte vorliegen. Wir haben einen Zeitraum von gut einer Stunde zur Verfügung. Das heißt: Wenn sich diejenigen, die sich zu Wort gemeldet haben, an die Drei-Minuten-Regelung halten, die eben vereinbart worden ist, dann schaffen wir es, in die Antragsberatung einzutreten.

Als erste hat Frau Steffie Schnoor aus Mecklenburg-Vorpommern das Wort, als zweiter Thomas Rachel aus Nordrhein-Westfalen und als dritter Kultusminister Dieter Althaus. - Frau Schnoor, Sie haben das Wort.

Steffie Schnoor: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben alle mitbekommen, daß es im Bereich der Bildung in Deutschland mausetraurig aussieht. Darum freue ich mich, daß die Bildung auf diesem Parteitag soviel Raum einnimmt. Ich wünsche mir aber, daß wir nicht nur über die Bildung reden, sondern auch endlich etwas für die Bildung tun.

Ich begrüße die Forderung im Leitantrag zur Ausbildungsverkürzung sehr. Diese Forderung ist nicht neu. Wir haben bereits 1981 dazu einen Parteitagsbeschuß gefaßt. Aber was tun wir? In vielen Bundesländern wurden in jüngster Vergangenheit die Studentafeln gekürzt. Gleichzeitig legt die Kultusministerkonferenz eine Mindeststundenzahl von 265 vor, die zum Abitur notwendig ist. Dies macht es den neuen Bundesländern fast unmöglich, den Zeitraum von 12 Jahren bis zum Abitur beizubehalten.

(Vereinzelter Beifall)

Reden wir bitte endlich über Qualität! Zum Beispiel: Ein blonder Schüler aus Mecklenburg-Vorpommern hat bis zum Jahre 1994 nach 12 Jahren seine Abiturprüfung in fünf Fächern - ich wiederhole: in fünf Fächern - abgelegt, während ein bayrischer Schüler, nicht blond, für das Abitur 13 Jahre brauchte und nur in vier Fächern geprüft wurde. Beide Schüler studieren inzwischen erfolgreich.

Meine Damen und Herren, wie oft stand eigentlich die Forderung nach acht Jahren gymnasialer Bildung bereits in Parteitagsunterlagen? Wie oft haben wir diese Forderung bekräftigt? Welches CDU-regierte Bundesland hat aber seit 1981 die Regierungsmacht dazu genutzt, diesen Beschuß umzusetzen? Bis zur Wende war in Deutschland nichts geschehen. Wir können nicht sagen, daß in diesen Jahren die CDU nicht in der Verantwortung war.

Wir hatten nach der Wende eigentlich die Chance, viele Forderungen, die Herr Rüttgers vorhin aufgestellt hat, umzusetzen, weil nämlich schon viele Dinge in der DDR vorhanden waren. Aber wir haben die Wende in der Bildungspolitik verschlafen. Der Bildungsgipfel war kaum ein Hügel. Bei der Reformierung des Abiturs haben wir alle kläglich versagt, vor allen Dingen die KMK mit Zustimmung der B-Länder. Wer hat eigentlich die CDU-regierten Länder gezwungen, dieser Forderung nach 265 Stunden und einer Angleichung auf vier Prüfungsfächer zuzustimmen, statt Qualität zu fordern und in fünf Fächern zu prüfen?

(Vereinzelter Beifall)

Darum frage ich uns alle: Was haben wir seit dem ersten Beschluß von 1981 zur Verkürzung der Schulzeit getan? Wir haben unsere Forderung wiederholt. Papier ist ja geduldig. Wir sollten aber diese Forderung nicht ständig wiederholen. Wir sollten vielmehr überlegen, wie wir diese Forderung umsetzen können.

Wir sind uns hier im Saal sicherlich alle darin einig, daß das Abitur die Hochschulbefähigung sein muß und nicht die Hochschulzugangsberechtigung. Es reicht mir nicht, daß es deutschlandweit eine Prüfung gibt, die Abitur heißt. Wir benötigen vielmehr eine Prüfung, die überall in Deutschland einen vergleichbaren Standard hat.

(Vereinzelter Beifall)

Aus diesem Grunde beantragt der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern für ganz Deutschland ein bundesweites Zentralabitur.

(Beifall)

Nur mit solchen Beschlüssen, die dann umgesetzt werden, werden wir es schaffen, das 21. Jahrhundert menschlich zu gestalten.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Vielen Dank, Frau Kollegin Schnoor. - Es spricht jetzt Thomas Rachel.

Thomas Rachel: Lieber Jürgen Rüttgers, sehr geehrte Damen und Herren! Der Spiegel von außen ist manchmal klarer als unser eigener Blick von innen. Ich finde, das hat uns der Beitrag von Prof. Gregory aus den USA toll gezeigt.

Es zeigt sich aber auch, wenn wir uns das anschauen, was an den Universitäten läuft. Die Anzahl der ausländischen Studenten an deutschen Hochschulen geht zurück, obwohl wir keine Studiengebühren haben. Das ist ein Alarmsignal; es muß uns Sorgen machen. Die Hochschulen sind überfüllt: Auf 900 000 Studienplätzen sind über 1,8 Millionen Studenten. Sie sind unzureichend ausgestattet. Wir verlieren international an Attraktivität.

Dann, so finde ich, müssen wir die Probleme auch beim Namen nennen. Heute ist es leider so, daß die Botschaften bezüglich ausländischer Studenten nicht werbend sind, sondern restriktiv. Ich meine, vom Bundesparteitag der CDU sollte das Signal ausgehen: Wir wollen auch ausländische Studenten in Deutschland, wir müssen die jetzigen Restriktionen ändern.

(Teilweise Beifall)

Liebe Freunde, die nächste Generation, die heranwachsende Generation, wird besondere Probleme haben, die sie nicht selber zu verantworten hat: steigende Lasten der Alterssicherung, Umweltprobleme, Verschuldung der öffentlichen Hand, Strukturveränderungen am Arbeitsmarkt, Globalisierung. Wenn sie diese Herausforderungen annehmen und bewältigen soll, müssen wir alle den jungen Menschen auch die Möglichkeit dazu geben, und das setzt eine erstklassige Ausbildung voraus. Deswegen hat der Bundeskanzler recht gehabt, als er auf dem letzten Bundesparteitag gesagt hat: Die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands fällt nicht zuletzt an unseren Hochschulen. An dieses Thema müssen wir heran!

Lassen Sie mich zwei oder drei kritische Punkte ansprechen. Der Landesverband Saarland fordert heute in den Antragsunterlagen die Einführung von Studiengebühren. Das kann nicht der Schlüssel zur Lösung der Probleme sein.

(Teilweise Beifall)

Ich halte es für eine demokratische und soziale Errungenschaft unseres Landes, daß junge Menschen unabhängig vom Portemonnaie ihrer Eltern studieren können. Jeder, der seine Chancen nutzen will, der Leistung bringt, soll in Deutschland auch weiterhin studieren können.

(Vereinzelt Beifall)

Studiengebühren würden die Studienzzeit verlängern, nicht verkürzen; denn Jobben wird nötig, um die Studiengebühren zu finanzieren. Wir bekämen einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, und es soll doch keiner glauben, daß das Aufkommen aus Studiengebühren dazu beitragen würde, den Hochschulen mehr Geld zu geben; nein, die Finanzminister der Bundesländer würden das Geld einsacken. Das kann nicht der richtige Weg sein. Nicht Studiengebühren, sondern Wettbewerb und Leistungsorientierung, das muß der Weg sein, den wir gehen wollen.

An dieser Stelle sage ich auch ganz deutlich: Wir haben als Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch die Forderung eingebracht, daß wir einen nationalen Pakt zur Hochschulfinanzierung bekommen. Wir haben in Deutschland die Hauptverantwortung bei den 16 Bundesländern; sie müssen sich mit dem Bund und damit auch mit unserer Bundesregierung zusammentun, um in der Hochschulfinanzierung mehr als in der Vergangenheit zu tun, damit in den Bundesländern nicht ein weiterer Abbau betrieben wird.

Wir brauchen eine Reform an Haupt und Gliedern, d. h. ein neues Selbstverständnis. Frau Prof. Gregory hat es angesprochen. Wir brauchen Wettbewerb zwischen den deutschen Hochschulen, aber auch mit ausländischen Hochschulen. Wir müssen die bisherige Überregulierung abbauen, und wir wollen etwas machen, was politikuntypisch ist: Wir wollen nämlich deregulieren, wir wollen Entscheidungshemmnisse abbauen, wollen Überreglementierungen des Bundes und der Länder zurücknehmen. Wir brauchen eine leistungsorientierte Finanzierung, Personalautonomie, Elemente des Leistungsanreizes, eine Freischuß-Regelung nicht nur im Bereich Jura, angelsächsische Hochschulabschlüsse.

Lassen Sie mich als letzten Gedanken sagen: Wenn wir in unserem Antragspapier schreiben, Ziel der CDU ist, daß 40 % der Studienbewerber an die Fachhochschulen gehen, dann müssen wir auch etwas dafür tun. Solange sich der FH-Abschluß als Sackgasse für die Promotion erweist oder den beruflichen Aufstieg im öffentlichen Dienst versperrt, werden wir junge Menschen auch nicht dazu motivieren können, an der Fachhochschule ihre Zukunft zu suchen. Der öffentliche Dienst muß für Fachhochschulabsolventen attraktiv werden, und FH-Absolventen müssen, wenn sie erstklassige Leistungen bringen, das Recht bekommen, an den Universitäten direkt zu promovieren.

Meine Damen und Herren, wir haben eine große Chance, den Wettbewerb der Hochschulen um die besten Professoren und um die Studenten in Gang zu setzen. Das sollten wir anpacken. Die Jugend hat ein Anrecht darauf, daß sie die besten Chancen in diesem Land geboten bekommt. Ich finde, die CDU sollte es sein, die ihr diese Chancen gibt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Vielen Dank, Thomas. - Jetzt hat Dieter Althaus das Wort.

Dieter Althaus: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kulturföderalismus ist eine Realität. Wenn also die Länder für die Bildungspolitik zuständig sind, brauchen wir mehr Transparenz bezüglich der Ergebnisse, die die Schule produziert.

(Beifall)

Deswegen müssen wir uns in den nächsten Monaten leidenschaftlich dafür einsetzen, daß wir aussagekräftige Ländervergleiche über die Ergebnisse der Schule bekommen.

(Beifall)

Die Studie, über die vor einem halben Jahr diskutiert worden ist, hat wohl Deutschland international mit den Nachbarn verglichen, läßt aber keinen Schluß auf die 16 Bundesländer in Deutschland zu. Diesen Schluß brauchen wir aber, damit daraus eine aktive Landespolitik gestaltet werden kann, damit die Kultusminister mit den Ergebnissen konfrontiert werden, die in der Schule produziert werden.

(Beifall)

Die SPD weigert sich innerhalb der Kultusministerkonferenz, über valide Aussagen eines solchen Ländervergleichs auch nur im Ansatz zu diskutieren; sie weiß sicher, warum.

Wir brauchen außerdem eine differenziertere Debatte. Zum Beispiel haben wir in den neuen Bundesländern überhaupt nicht das Problem des Schülerzuwachses. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt in den 16 Bundesländern unterschiedliche Realitäten. In fünf Bundesländern sinkt die Schülerzahl dramatisch, und zwar um 60 % in den nächsten Jahren. Diese Realitäten, die sehr unterschiedlich gelagert sind, müssen wir miteinander diskutieren, und wir müssen politische Konsequenzen ziehen, politische Konsequenzen auch dann, wenn wir über die Leistungsfähigkeit von Schule sprechen.

Die zwölf Jahre haben nicht nur das Ziel, die Schulzeit zu verkürzen und damit die Chancen junger Menschen auf dem Beschäftigungsmarkt zu verbessern, sondern auch das Ziel, ein leistungsgerechteres Gymnasium zu erhalten. Ich brauche beim Übergang nicht nur das Elternrecht, sondern auch vernünftige Leistungskriterien und eine Einschätzung darüber.

(Beifall)

Thüringen tut dies, Sachsen tut dies, Bayern tut dies, andere Bundesländer auch. Wir brauchen aber durch Vergleiche reale Ergebnisse, um die Länder wirklich bloßzustellen, um die wir uns eigentlich mühen müssen. Wir dürfen nicht immer in einem Einheitsbrei über alle 16 reden.

(Teilweise Beifall)

Einen weiteren Punkt möchte ich kurz aufgreifen. Wir haben in unserem Leitantrag einen sehr, sehr wichtigen Aspekt angesprochen: die Frage, daß die Bedienung von Computern und der Umgang mit ihnen auch aus medienpädagogischer Sicht zu einer, wie hier steht, Kulturtechnik werden muß. Richtig! Wir haben uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2000 alle weiterführenden Schulen auszustatten und ans Internet anzuschließen. So steht es im Leitantrag, und so ist es richtig und gut gesagt. Wichtig ist, daß wir daraus Schlüsse ziehen, nämlich entsprechende Investitionen zu tätigen. Außerdem müssen wir sicherstellen, daß unsere Schulträger auch die Anschluß- und Betriebskosten tragen können. Da bitte ich, daß wir gemeinsam mit Netzbetreibern und Wirtschaft darüber sprechen, ob nicht günstigere Bedingungen für Schulen möglich sind, damit die Netzbetreiber überhaupt dauerhaft erfolgen kann; denn die Kosten müssen die Schulträger tragen.

(Beifall)

Ein letzter Satz: Daß Bildungspolitik immer auch Politik ist, die sehr schnell alle Eltern und Schulen erreicht, wissen wir. Bildungspolitik kann, wenn sie gut angelegt ist, mit Weichenstellungen dafür sorgen, daß in Deutschland eine Zukunft gestaltet wird, die uns allen die Chancen von morgen eröffnet. Daß Bildungspolitik aber auch sehr schnell politisch mißbraucht werden kann, sieht man in Sachsen-Anhalt. Kaum von der Öffentlichkeit bemerkt, ist innerhalb von drei Jahren eine gute, leistungsgerechte Bildungspolitik kaputtgemacht worden. Es wird die Orientierungsstufe eingeführt, es werden die 13 Jahre eingeführt, es werden Fächer aufgelöst. Das müßte uns bedenklich stimmen und uns deutlich aussprechen lassen: Wir brauchen die Anklage einzelner Länder, nicht eine pauschale Kritik.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Vielen Dank, Kollege Althaus. - Jetzt Axel Tantzen, bitte.

Axel Tantzen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Professor Gregory, ich möchte mich als Delegierter und als Jurist bei Ihnen recht herzlich bedanken für Ihre Darstellung der Hochschulpolitik und der Hochschulsituation im Jahre 1997. Sie haben plastisch dargestellt, wie man vor Ort mit Bürokratismus zu kämpfen hat und wie oft man daran scheitert. Allerdings gibt es in den Hochschulen auch viele, die von einer Reform nichts wissen wollen, die lieber alten Traditionen nachhängen und nicht dem Fortschritt. Manchmal hat man in

der Diskussion das Gefühl, daß der führende Hochschulreformer in Deutschland zur Zeit der Zukunftsminister Jürgen Rüttgers selbst ist. Da ist für ihn noch einiges zu tun.

Ich möchte etwas zu den ostdeutschen Hochschulen sagen. Sie haben in schwieriger Situation den Neubeginn geschafft und haben mittlerweile einen sehr guten Ruf. Das ist ein Pfund, mit dem man wuchern kann. Wenn ich heute noch einmal anfangen würde zu studieren, ich würde es im Osten Deutschlands tun.

(Beifall)

Ein Problem sind nach wie vor die Finanzen. Thomas Rachel hat zu den Studiengebühren etwas gesagt. Deswegen verzichte ich darauf. Studiengebühren zur Finanzierung der Hochschulen führen nicht weiter, würden aber unter Umständen eine Verlängerung des Studiums herbeiführen. Das will hier keiner.

Ein Thema möchte ich noch ansprechen, Jürgen Rüttgers, über das wir heute morgen schon diskutiert haben. Es geht um das BAföG; Sie haben es in Ihrer Einleitung selbst erwähnt. Hängen wir nicht den neuen Modellen an! Wir hatten ein hervorragendes Modell aus dem Jahr 1982, wonach die Studenten ein Voll Darlehen bekommen haben und es nach ihrem Studium zurückzahlen mußten. Das ist die fairste Lösung. Wer vom Staat Geld bekommt und dadurch sein Studium finanzieren kann, soll es danach in vollem Umfang zurückzahlen; denn er gehört zu den Besserverdienenden in diesem Lande. Dann ist das Argument in der Finanzdiskussion auch nicht mehr so stark, das Sie vorhin bei der Begründung des BAföG-Modells benutzt haben.

Wir haben heute morgen gesagt, das Mittelstandsloch muß weg. Deshalb bitte ich, den Antrag des Kreisverbandes Bonn umzusetzen und ihn in den Leitantrag einzuarbeiten, ihn also nicht, wie es die Antragskommission empfohlen hat, abzulehnen.

Ein letzter Punkt. Der Parteitag steht unter dem Motto „Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten“. Was macht denn Rot-Grün für eine Bildungspolitik? Sie ergehen sich in ideologischen Sandkastenspielen, machen das Erlebnisbiotop Schule und vergessen dabei, daß Schüler auch lernen müssen.

Meine Damen und Herren, wir hatten erst die Gesamtschule, und jetzt reden wir über die Rechtschreibreform. Wenn man betrachtet, wie Rot-Grün mit Bildung umgeht und wie wir das machen, kann man doch eines sagen: Die CDU ist die Partei der Zukunft, und wir haben die Pflicht, im kommenden Jahr die Wahlen zu gewinnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Vielen Dank. Noch eine Bemerkung, Axel Tantzen, zu der Umstellung beim BAföG: Das, was Sie angesprochen haben, ist das einzig Bleibende, was Bildungsminister Möllemann uns hinterlassen hat. - Als nächster bitte Peter Radunski.

Peter Radunski: Lieber Herr Rüttgers! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Leitantrag ist ein guter Ansatz, ein wichtiger Ansatz. Mit ihm wird unsere Hochschulpolitik unterstützt, die wir als CDU-Wissenschaftsminister - sehr viele sind wir ja nicht - mit dem Kollegen Rüttgers auch im Hochschulrahmengesetz mit Erfolg durchzusetzen versuchen.

Meine Damen und Herren, ich muß die Eintracht allerdings etwas stören. Wer sich mit Hochschulpolitik befaßt, muß auch über deren Finanzierung reden. Ohne ausreichende Finanzierung wird es keine bessere Hochschulbildung geben. Staat und Wirtschaft sind als Finanzquellen weitgehend ausgeschöpft. Deshalb wird es ohne Studiengebühren nicht mehr gehen.

Viele fürchten dieses Thema, zumal im Wahljahr. Ich jedenfalls kann mir eine moderne Hochschulpolitik, ein modernes Hochschulprogramm ohne Studiengebühren nicht vorstellen. Bedenken Sie nur, daß heute viele Berechnungen besagen, daß die Hochschulen ein Finanzierungsdefizit zwischen drei und sechs Milliarden DM haben. Bei 1 000 DM Studiengebühren pro Semester können im Jahr rund zwei Milliarden DM aufgebracht werden. Ich gehe dabei davon aus, daß nur die Hälfte der rund zwei Millionen Studenten überhaupt Studiengebühren zahlt.

Nun aber zur inhaltlichen Komponente der Studiengebühren. Was nichts kostet, meine Damen und Herren, ist auch nichts wert. Studiengebühren werden zu Abweichungen in der Entwicklung der Hochschulen führen und Dampf machen; Dampf machen den Professoren, denn lustlose Lehre wird von zahlenden Studenten nicht akzeptiert; Dampf machen den Studenten, denn wer sein Studium bezahlt, wird es nicht vertrödeln; Dampf machen dem Wettbewerb an den Hochschulen.

Es wird ja viel über die Evaluierung der Lehre gesprochen. Studiengebühren sind meines Erachtens das wirksamste Mittel der Evaluierung; denn die Studenten werden dorthin gehen und zahlen, wo sie eine gute Lehre bekommen. Hochschulen mit weniger Studenten werden weniger Finanzmittel haben. So findet der von uns gewünschte Wettbewerb dann eben doch statt.

Übrigens: Wir alle wollen mehr ausländische Studenten bei uns. Aber überall fragt man: Was ist eigentlich die kostenlose Hochschulbildung in Deutschland wert? Oder noch deutlicher: Kann Qualität wirklich umsonst sein?

Auch bei uns gilt ja immer mehr - schauen Sie einmal in die Praxis, schauen Sie einmal, was Ihre Bekannten mit ihren Kindern machen, so sie es sich leisten können -: Private Schuleinrichtungen, Business Schools und bezahltes Auslandsstudium ergeben heute schon ausichtsreichere Absolventen. Diejenigen, die solche Studien abschließen, haben bessere Chancen hinsichtlich ihrer Karriere. Ganz eindeutig wird es so sein, daß diejenigen, die es sich leisten können, ein anderes Hochschulsystem außerhalb des bisherigen wählen, wenn wir nicht die bessere Finanzierung über Studiengebühren sicherstellen.

Wer begabt ist - das ist selbstverständlich, meine Damen und Herren -, muß auch studieren können. Daran wird nichts geändert. Sozial Schwache werden keine Studiengebühren zahlen. Studenten aus Familien mit mehreren Studierenden werden natürlich geringere Studiengebühren zahlen. Wer die obligatorische Zwischenprüfung schafft, die wir ja jetzt in unser Programm aufnehmen wollen, zahlt bis zum Ende der Regelstudienzeit als Leistungsbelohnung keine Studiengebühren. Erst nach Ende der Regelstudienzeit werden wieder Studiengebühren verlangt.

Studiengebühren für Langzeitstudenten, wie es im Antrag A 286 gefordert wird, sind meines Erachtens wenig sinnvoll, weil sie materiell nur geringfügig dazu beitragen, die Hochschulen zu finanzieren, weil sie vor allem aber für die Motivation der Studenten auf jeden Fall zu spät erhoben würden. Deswegen plädiere ich dafür, den Landtagsfraktionen, an die der Antrag A 286 ja

überwiesen werden soll, auch den Auftrag zu geben, ein Gesamtkonzept für Studiengebühren zu entwickeln, wie ich es hier kurz skizziert habe. Mir wäre am liebsten, wir würden die Hochschulen per Gesetz ermächtigen, selbst Höhe und Modalitäten der Studiengebühren zu regeln.

Was aber ganz wichtig ist: Studiengebühren haben natürlich nur dann einen Sinn in bezug auf die Verbesserung und die Qualität der Lehre, wenn der Staat das, was den Universitäten und Hochschulen hier an Einnahmen zuwächst, nicht gleichzeitig auf der anderen Seite wieder kürzt. Das wäre unakzeptabel.

Zuletzt möchte ich einen gesellschaftspolitischen Gedanken vortragen. Meine Damen und Herren, ist es wirklich gerecht, wenn ausgerechnet die teure Hochschulausbildung allein vom Steuerzahler getragen wird? Heute studieren doch - das Studentenwerk weist das dauernd nach - die Kinder von sehr gut und gut verdienenden Eltern. Viele Studenten sind selbst gut-situierte Erben; die Statistiken zeigen das. Über die sozial Schwachen habe ich schon gesprochen. Ich finde, es ist wichtig, daß Studenten, die nach dem Abschluß ihres Studiums eine bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt insofern haben, als sie ein höheres Einkommen beziehen und weniger die Arbeitslosigkeit zu fürchten haben, dies auch finanzieren. Wer diese Chance bekommt und es sich ökonomisch leisten kann, der soll auch Studiengebühren entrichten und wie andere an seiner Ausbildung finanziell beteiligt werden.

Die SPD will im Grunde genommen per Gesetz verbieten, daß Studiengebühren erhoben werden. Meine Damen und Herren, in fast allen europäischen Ländern gibt es Studiengebühren. Ich rate uns, daß wir auf unserem Weg in die Zukunft Studiengebühren in ein modernes Konzept der Hochschulpolitik einbeziehen. - Danke.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Danke schön, Kollege Radunski. Jetzt Oliver Nölken.

Oliver Nölken (mit Beifall begrüßt): Herr Radunski, machen wir es doch einfach wie in Berlin: Sie haben dort erst „Studiengebühren light“ eingeführt, die sogenannten Einschreibengebühren, in den nächsten Jahren den Universitäten die finanziellen Mittel zusammengestrichen und sind gerade dabei, jeden dritten Studienplatz in Berlin plattzumachen. Das ist für mich kein Schritt in eine moderne, zukunftsweisende Hochschulpolitik.

(Beifall)

Zum Thema Studiengebühren werde ich mich - das drohe ich hiermit an; ich habe mich schon zu Wort gemeldet - in der Diskussion zum Antrag A 286 äußern. Jetzt möchte ich einmal über ein paar hochschulpolitische Zukunftsthemen sprechen, zu denen ich die Studiengebühren nicht zähle.

Frau Professor Gregory, Ihr Beitrag hat zu etwas geführt, was ich mir eigentlich schon immer einmal gewünscht habe, nämlich Begeisterung für ein bildungspolitisches Thema. Sie haben einen ganzen Parteitag mit einem Thema mitgerissen, das vor fünf Jahren, so schätze ich, noch nicht einmal die Hälfte derjenigen, die hier sitzen, interessiert hätte. Genau das brauchen wir: den bildungspolitischen Aufbruch und das Bewußtsein, daß sich an den Schulen, in den Ausbildungsbetrieben, an den Hochschulen die Zukunft unseres Landes entscheidet.

(Beifall)

Ich kann den Beispielen, die Sie als Beleg für die bürokratische Überreglementierung angeführt haben, noch ein weiteres hinzufügen. Die Bochumer Studenten mußten früher immer einen Belegzettel ausfüllen, aus dem hervorging, welche Veranstaltungen sie besucht haben. Irgendwann hat das Uni-Sekretariat gesagt, das sei Quatsch, es könne nicht 37 000 Studenten bescheinigen, in welchen Vorlesungen sie im einzelnen gesessen haben. Daraufhin wurden die Dinger abgeschafft. Laut Juristenausbildungsordnung ist das aber immer noch Pflicht, das heißt, Juristen müssen diese Belegzettel weiter ausfüllen. Das Sekretariat weigert sich, diese Dinger für die 4 500 Juristen zu stempeln. Jetzt füllen wir sie selbst aus und bestätigen uns unsere Anwesenheit in den Vorlesungen mit unserer eigenen Unterschrift.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt eine Gruppe an den Hochschulen, deren Leistungen schon regelmäßig evaluiert werden, nämlich die Studenten. Die Evaluation findet durch Klausuren, durch Prüfungen statt. Das ist auch in Ordnung so. Wir sind nicht zum Spaß da, sondern um Leistung zu bringen.

(Beifall)

Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz kommt auch die flächendeckende Evaluierung der Lehr- und Forschungsleistungen von Professoren. Ich rege zudem dringend an, auch einmal die Leistung der Verwaltungen zu evaluieren. Ich habe den leisen Verdacht, daß sich in den Uni-Verwaltungen noch der sagenumwobene „Muff von tausend Jahren“ findet.

(Beifall)

Wie stelle ich mir die Hochschule der Zukunft vor? Die Hochschule der Zukunft wird eine internationale Hochschule sein. Der Bundeskanzler hat dazu einmal eine Vision entwickelt: Wir müssen dahin kommen, wo wir 1910 waren. Ich nehme mir ein Studienbuch, fange in Marburg an zu studieren, gehe ein paar Semester nach Leipzig, anschließend nach London und - wenn das Geld noch reicht - nach Paris und Mailand, hole mir einfach die Bescheinigungen, daß ich in den entsprechenden Veranstaltungen war, daß ich Klausuren geschrieben habe, ohne auf umfangreiche bürokratische Regelwerke achten zu müssen und darauf, welche Studienleistungen wo, warum und mit wie vielen Punkten anerkannt werden. Das ist die Vision: daß deutsche Studenten ohne bürokratische Hürden ins Ausland können und daß ausländische Studenten ohne bürokratische Hürden hierherkommen können. Die Hochschule von morgen - eine internationale Hochschule.

An der Hochschule von morgen dürfen - damit komme ich zum Schluß - kreative Studenten, Studenten mit Unternehmergeist nicht die Außenseiter, sondern müssen Vorreiter sein. Der RCDS hat in diesem Sommer einen Existenzgründerwettbewerb durchgeführt. Einer der Sieger, Jens Bormann, hat eben zu Ihnen gesprochen. Es ist ganz enorm, daß die Hochschulen auf eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst, in einem Großunternehmen oder gar auf die Arbeitslosigkeit vorbereiten. Das kann nicht sein. Wir Studenten sind nicht die Arbeitslosen von morgen. Existenzgründer schaffen Arbeitsplätze. Wer, wenn nicht wir, soll neben den Meistern die Zukunft in die Hand nehmen, die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen? Deshalb müssen wir die Vorbereitung auf Existenzgründungen an den Hochschulen fördern. - Danke.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Als nächster Christoph Bergner.

Dr. Christoph Bergner: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Nachdem erfolgreiche Kultusminister aus den neuen Ländern auf diesem Parteitag gesprochen haben - dazu zähle ich ausdrücklich auch Steffie Schnoor, auch wenn sie im Moment leider nicht im Amt ist in Mecklenburg-Vorpommern; aber das kann sich vielleicht ändern -, erlaube ich mir drei Anmerkungen.

Erstens. Unsere föderale Struktur der Bildungspolitik führt auch zu Wettbewerbseffekten. Ich möchte Ihnen von einem Wettbewerbseffekt berichten, der sich nicht weit von Leipzig entfernt, etwa 20 Kilometer in westlicher Richtung, feststellen läßt, wo die Grenze zwischen dem CDU-regierten Freistaat Sachsen, in dem Matthias Rößler Kultusminister ist, und dem Land Sachsen-Anhalt, in dem eine PDS-gesteuerte Regierung - das zeigt sich besonders in der Bildungspolitik - die Geschicke des Landes bestimmt, verläuft.

Man findet - das hat inzwischen auch schon Eingang in die Presse gefunden - einen Saum entlang der Landesgrenze der Freistaaten Sachsen und Thüringen, innerhalb dessen die Bürgerinnen und Bürger, Eltern und Schüler, über den Wert der Bildungspolitik von rot-grün und PDS dadurch urteilen, daß sie ihre Kinder aus Sachsen-Anhalt auf die Schulen in Thüringen und Sachsen schicken. Ich finde, das ist ein bemerkenswerter Indikator für Qualität von Bildungspolitik.

Ich halte es für richtig, aus diesen Bewegungen zwei Schlußfolgerungen zu ziehen: Zum einen können wir darauf bauen, daß Eltern und Schüler das Bedürfnis nach Leistungsentfaltung an den Schulen haben. Zum anderen können wir daraus folgern, daß rot-grün plus PDS so ziemlich das Schlechteste ist, was der Bildungspolitik widerfahren kann.

(Beifall)

Eine zweite Anmerkung. Der Bundeskanzler hat einmal gesagt - das hat in der Presse Niederschlag gefunden, und dazu habe auch ich ihm Beifall gespendet -, die Kultusministerkonferenz sei inzwischen eine der reaktionärsten Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland geworden, der Vatikan sei dagegen geradezu fortschrittlich. Angesichts der Entscheidung der Kultusministerkonferenz über die gymnasiale Schulzeit, auf die Frau Schnoor schon eingegangen ist, kann ich der Analyse des Bundeskanzlers nur zustimmen. Es ist für uns wenig beruhigend, daß die Vertreter der B-Länder in diesem Gremium in der Minderheit sind. Es kann nicht sein, daß sich die Studierfähigkeit an der Zahl der bis zum Abitur abgesehenen Stunden mißt. Dann könnte man auf weitere unsinnige Kriterien dieser Art kommen. Damit wird eine falsche Schulpolitik konserviert und den falschen politischen Vorgaben Argumente geliefert.

Begreifen wir nicht, warum die SPD so sehr an dem 13. Schuljahr festhält? Sie hält deshalb so sehr daran fest, weil sie an der Integrierten Gesamtschule wahrscheinlich kein Abitur nach zwölf Jahren hinbekommt.

(Beifall)

Das allerdings ist wohl die Wahrheit. Uns als Union, die wir über das 21. Jahrhundert reden, will ich fragen: Sollen wir unsere Maßstäbe und Entscheidungen an einem Schulmodell ori-

entieren, das wir im Grunde schon immer abgelehnt und als eine falsche Antwort auf die bildungspolitischen Herausforderungen betrachtet haben?

Ein dritter Punkt. Ich bin sehr froh, daß im Leitantrag der Gesichtspunkt der Evaluation von Hochschuleinrichtungen Niederschlag gefunden hat, und zwar deshalb, weil ich damit konkrete Erfahrungen habe. 1991 haben wir in Sachsen-Anhalt auf Grund einer Empfehlung des Wissenschaftsrates die Hochschulen mit universitärem Anspruch - zwei Universitäten und vier Fachhochschulen - umstrukturiert.

Ich würde mir wünschen, daß in den alten Bundesländern - ich weiß, daß das ein Sorgenkind von Dr. Rüttgers ist - die Empfehlungen des Wissenschaftsrates über wissenschaftliche Einrichtungen nach einem Evaluierungsverfahren genauso ernstgenommen werden, wie sie 1991 in den neuen Bundesländern ernstgenommen werden mußten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Für das letzte bin ich ausgesprochen dankbar. Für diejenigen, die dies nicht wissen, sei gesagt: Wir lassen zur Zeit die westdeutschen Forschungseinrichtungen nach demselben Verfahren überprüfen, nach dem dies in den neuen Bundesländern geschehen ist. Was in den neuen Ländern zumutbar ist, ist meiner Einschätzung nach auch in den alten Bundesländern zumutbar.

(Beifall)

Christoph Böhr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bildung und Ausbildung sind in der Tat Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts. In unserem Leitantrag, den wir gleich anschließend beraten, gehen wir noch einen Schritt weiter: Es sind die entscheidenden Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts. Ich glaube, diese Aussage des Leitantrages ist richtig.

(Beifall)

Wenn diese Aussage richtig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf es für uns heute nicht bei dieser allgemeinen Aussage bleiben, sondern dann ist von großer Bedeutung, daß wir konkrete Konsequenzen aus dieser Aussage ziehen. Ich will hier eine Konsequenz, meine sehr verehrten Damen und Herren, die in der allgemeinen politischen Situation von ganz aktueller Bedeutung ist, nennen: Unsere Antwort, die Antwort der Christlich Demokratischen Union auf die Herausforderung der leeren Kassen der öffentlichen Hand darf sich nicht in dem Stichwort Unterrichtsausfall erschöpfen.

(Beifall)

Im Gegenteil, das ist die falsche Antwort auf die Herausforderung der leeren Kassen.

Ich komme aus einem Bundesland, das von der SPD regiert wird. Jetzt, am Beginn eines neuen Schuljahres, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es in diesem Bundesland Rheinland-Pfalz einen Unterrichtsausfall, der im statistischen Durchschnitt dieses Landes über fünf Prozent und im Einzelfall 15 Prozent beträgt. Im vergleichbaren Baden-Württemberg beträgt der Unterrichtsausfall heute 0,0 Prozent.

Eine Regierung, die eine solche Entwicklung sehenden Auges zuläßt, und eine politische Partei, die diese Entwicklung nicht nur zuläßt, sondern überhaupt nichts dagegen unternimmt, ist nicht nur nicht in der Lage, die Weichen zu stellen für eine menschliche Gestaltung des 21. Jahrhunderts, sondern eine solche Regierung versündigt sich an der Zukunft unserer Kinder. Dies gehört zu den Konsequenzen, die wir im Blick auf die Generalaussage unseres Leitantes diskutieren.

Bildung und Ausbildung, meine Damen und Herren, das sind Arbeitsplätze von morgen, und deswegen ist die Debatte, die wir hier führen, keine Bildungsdebatte im klassischen Sinne, sondern sie ist eine gesellschaftspolitische Debatte, weil sich an dieser Frage mehr entscheidet als beispielsweise die zukünftige Struktur unseres Schul- und Ausbildungssystems.

(Beifall)

Es entscheidet sich an diesem Punkt die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft, es entscheidet sich vor allem die Frage, welche Arbeitsplätze morgen in unserer Gesellschaft vorhanden sind. Deshalb bin ich froh, daß wir diese Debatte führen und bitte darum, daß wir sie heute nicht abschließen, sondern sie weiterführen, auch mit Konsequenzen für die Diskussion der kommenden Monate. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Vielen Dank, Christoph. Wir haben noch eine Viertelstunde Zeit. Es liegen noch fünf Wortmeldungen für die Generaldebatte vor. Wenn sich jeder an die vorgegebene Zeit hält, schaffen wir es noch. - Als nächste spricht Frau Ahrons.

Barbara Ahrons: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich sehr über die engagierte und temperamentvolle Rede unseres Bundesbildungsministers gefreut, und ich wünsche mir dieses Temperament eigentlich von der gesamten CDU. Ich vermisse da etwas.

Wir haben zwar die richtige Erkenntnis, daß die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts Bildung heißt, wir wissen auch, daß es notwendige Korrekturen geben muß, aber, meine Damen und Herren, wir haben unser Bildungsprogramm bereits 1993 beschlossen. Tatsache ist, daß wir dieses Thema nach wie vor nicht mit dem notwendigen Engagement und dem notwendigen Mut führen. Herr Rößler und Frau Schnoor sind bereits darauf eingegangen.

Meine Damen und Herren, wollen wir als CDU die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte - und die gibt es - aufholen und die Entwicklung glaubwürdig einholen, dann müssen wir jetzt auf Bundesebene und auf Länderebene die Initiative ergreifen. Wir müssen jetzt Leistung, Qualität, Vergleichbarkeit, Gerechtigkeit und Humanität als Markenzeichen einer guten und zukunftsorientierten Bildungspolitik in die Öffentlichkeit transportieren, und dabei dürfen wir uns nicht länger in die sogenannte unmoderne Ecke schieben lassen, meine Damen und Herren. Die Einheits-Spiel- und Spaß-Schule ist in sich grundunmodern und grundinhuman.

(Beifall)

Diese Botschaft müssen wir endlich herüberbringen.

Meine Damen und Herren, wir haben wirklich alle Chancen dieser Welt, mit unserer Bildungspolitik auf breite Zustimmung zu stoßen. Deshalb mein ganz dringender Appell: Machen wir

die Bildungspolitik wirklich und ernsthaft zu einem zentralen Thema der CDU, lassen wir es nicht beim Reden, sondern handeln wir endlich! - Danke.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Vielen herzlichen Dank, Sie haben mir aus dem Herzen gesprochen. - Als nächste spricht Rita Süßmuth.

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn wir nicht bereits beim Handeln wären, würden wir das Thema heute nicht behandeln; denn das, was gerade aus dem Bereich Hochschulpolitik oder über zukünftige Berufe vorgetragen wurde, ist mit Energie angepackt worden.

Ich stimme zu: Es wird allerhöchste Zeit, daß wir uns auch vom Bund her, von der Partei her in die Bildungspolitik einmischen, auch mit unbequemen Thesen, auch mit der Kontroverse: Wie finanzieren wir es denn? - Zunehmend mehr Eltern sind bundesweit unzufrieden mit den Leistungen des Schulsystems. Da frage ich allerdings: Warum fangen wir schon wieder an und sagen: „Wir müßten“?

Stellen wir doch zunächst einmal fest: Die CDU kümmert sich. Die SPD-regierten Länder meinen noch immer, daß sie mit der Gesamtschule die Schule der Zukunft schaffen,

(Vereinzelter Beifall)

statt zu fragen, was sie bisher wirklich erreicht haben.

Warum ich mich aber vor allem gemeldet habe, ist eines: Frau Professor Gregory hat mit großer Lebendigkeit und großer Zustimmung die Überbürokratisierung an unseren Forschungseinrichtungen und Hochschulen dargestellt. Es trifft zu: Wir haben eine Menge an Überregulierung abzubauen, deswegen ermöglicht auch das Hochschulrahmengesetz mehr Autonomie für die Hochschulen und weniger Bürokratie. - Allerdings regelt die Bürokratie noch nicht die inhaltlichen Fragen der Hochschule.

Meine erste Botschaft, die Sie mit nach Hause nehmen sollen, lautet, daß sich gerade die Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik weltweit sehen lassen können, beispielsweise die der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Blauen Liste, die Großforschungseinrichtungen Fraunhofer, Helmholtz, Max Planck. Diese befinden sich in einer so guten Verfassung, daß immer mehr junge Ausländer hierher kommen. Wir haben in der Molekularbiologie, in der Biophysik, in der Hirnforschung, in weiten Teilen der Medizin und anderen Bereichen Bahnbrechendes und Zukunftweisendes aufzuweisen.

Ich halte es für wichtig, daß wir nicht nur Negatives vom Standort Deutschland betrachten, sondern auch sehen, welche großen Leistungen nach wie vor in Deutschland erbracht werden.

(Beifall)

Mit einer Überlastquote. Denn hier muß auch einmal gesagt werden: 1970 waren es 700 000 Studierende, 1996/97 1,8 Millionen Studierende, und das, ohne wesentlichen Stellenaufwuchs, sondern mit denselben Mitteln. Wenn man diese Leistungen sieht, ziehe ich immer noch den Hut vor dem, was im Bereich von Ausbildung und Forschung erbracht wird.

Ich möchte Ihnen noch einen Punkt nennen. Frau Gregory, inzwischen kommen übrigens auch viele deutsche Forscher aus den USA zurück, weil wir entbürokratisiert haben und weil es hier für sie interessant geworden ist. Daneben möchte ich den wachsenden Zuspruch zu dem Projekt „Jugend forscht“ nennen. Wir könnten zweieinhalb- bis dreimal soviel Jugendliche beteiligen. Das ist auch eine Frage der Finanzmittel. Wir sollten also nicht diejenigen kritisieren, die teilnehmen wollen. Entscheidend ist vielmehr, daß wir ihnen die Möglichkeit geben, im Rahmen eines guten und auch leistungsorientierten Angebots das erbringen zu können, was in ihnen steckt.

Ich will einen letzten Gedanken vortragen. Ich bin davon überzeugt, daß sich der Anteil ausländischer Studierender bei uns ändert, wenn wir unsere Hochschulen mehr für die englische Sprache öffnen und mehr für die deutsche Sprache im Ausland tun. Hinzu kommen sollte, daß vor allen Dingen wir selbst Mehrsprachigkeit praktizieren. Meine Damen und Herren, das beginnt bereits in der Grundschule. Es ist ein Ammenmärchen, wenn gesagt wird, man müßte erst die Muttersprache voll erlernt haben, bevor man die nächste Sprache lernt. Wir brauchen die Kenntnis von mehr Sprachen und müssen auch früher mit dem Erlernen dieser Sprachen beginnen. Dies sollten wir auf den Weg bringen und zugleich die Frage beantworten, was wir an unseren Hochschulen entrümpeln können. Angesichts des lebenslangen Lernens braucht nicht alles mit enzyklopädischem Wissen ausgefüllt zu werden. Wenn wir entsprechend handeln, kommen wir - dessen bin ich sicher - ein gutes Stück weiter, und die Bildungsreform wird auch in Deutschland klappen.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Vielen Dank, Frau Süßmuth. Nun hat Norbert Kartmann das Wort.

Norbert Kartmann: Herr Rüttgers! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, wir rücken mit dem heutigen Papier als CDU in Deutschland schon sehr weit zusammen, wenn man sich vergegenwärtigt, wo wir vor sieben Jahren begonnen haben, wobei die Stationen in der Folgezeit Wiesbaden und Berlin hießen. Deshalb ist es ein wichtiger Schritt, das Papier heute in der vorgeschlagenen geänderten Fassung zu verabschieden. Wir müssen natürlich den Versuch machen - dies ist ganz wichtig -, den Menschen draußen die Gegensätzlichkeit unseres Weges im Schulbereich und des Weges der SPD und der Grünen im Schulbereich klarzumachen. Wenn uns das nicht gelingt, hat alles keinen Zweck, was wir schreiben, beschließen und unter Umständen umsetzen. Es gibt sicher Defizite in der Außen- darstellung dessen, was wir den Bürgern vermitteln müssen. Wer nicht vergleichen kann, kann sich auch nicht für das eine oder andere entscheiden.

(Beifall)

Deswegen ist es wichtig, die erwähnte Klarstellung vorzunehmen. Dazu brauchen wir natürlich trotz Föderalismus mehr Handlung in den Ländern und zugegebenermaßen auch Mehrheiten. Wir brauchen ferner - dies will ich hier bewußt aus der Sicht eines Landes wie Hessen ansprechen, in dem sich die CDU in der Opposition befindet - die Unterstützung unserer Freunde in der KMK. Meine Damen und Herren, der Spagat von KMK-Beschlüssen ist für normale Menschen, die keine Insider sind, nicht nachvollziehbar.

(Beifall)

Das ist ein großes Problem. Laßt doch in Gottes Namen einmal eine KMK platzen, damit deutlich wird, daß die KMK kein Friede-Freude-Eierkuchen-Verein ist.

(Beifall)

Deswegen ist es so wichtig, auch dort Positionen zu beziehen. Es ist schwierig genug.

Wir brauchen das Rad bei dem, was wir politisch angehen wollen, nicht neu zu erfinden. Das Berliner Programm ist bereits genannt worden. Wir müssen aber deutlich machen, daß die Genossen mit ihrer Gesamtschule einen Vorteil haben. Die Gesamtschule ist wie eine Fackel, die von den linken Bildungspolitikern vor sich hergetragen wird. Wir müssen etwas dagegen setzen. Unsere Antwort muß sein, daß der Mensch unterschiedlich begabt ist und daß das gegliederte Schulwesen diesen unterschiedlichen Begabungen am besten Rechnung trägt. Wir müssen dies laut und deutlich sagen und es den Menschen draußen auch interpretierend mitteilen.

(Beifall)

Insofern ist die Bildungspolitik der Union unabhängig von der föderalen Struktur mit Sicherheit so anzulegen, daß wir mit gemeinsamen Begriffen gemeinsame Ziele beschreiben. Ich will ein Beispiel dafür nennen, wie unterschiedlich etwas interpretiert werden kann. Wenn wir im Leit-antrag schreiben, daß wir die Ganztagschulen wegen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärker ausbauen wollen, so hat das beispielsweise bei der Interpretation in meinem Bundesland verheerende Auswirkungen. Es geht um das Ziel, das wir gemeinsam erreichen wollen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir müssen aber Optionen für verschiedene Modelle der Betreuung von Kindern und verlässlicher Öffnungszeiten anbieten, nicht nur das Modell der Ganztagschule. Es wäre falsch, wenn der Eindruck gewonnen würde, als wollten wir allein mit diesem Modell arbeiten.

(Beifall)

Ich bitte, unserem Antrag nachher zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Vielen herzlichen Dank, Kollege Kartmann. Nun hat Erhard Keppler das Wort.

Dr. Erhard Keppler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um in Erinnerung zu bringen, daß die Bundesregierung von der CDU gestellt wird. Die Bundesregierung tut das, was wir angemahnt haben. Deswegen bin ich mit dem, was Herr Rüttgers angestoßen hat, sehr einverstanden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es gibt aber noch viel zu tun. Ich habe den Vortrag von Frau Gregory mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen. Sie hat eine sehr zutreffende Beschreibung des Sachstandes gegeben.

Ich selbst komme von dem Forschungsinstitut, in dem die Kamera gebaut wird, mit der die Marsbilder aufgenommen worden sind, die Sie kürzlich im Fernsehen bewundern konnten. Ich weiß also in etwa, wovon wir sprechen. Es gibt zwei Bereiche, in denen „Nichttäter“ sitzen, die eigentlich etwas tun müßten. Wenn wir vom öffentlichen Dienst sprechen, sind das

öffentliche Dienstrecht und die Vorschriften, die mit den Finanzen zusammenhängen, also die alten kameralistischen Strukturen, die es immer noch gibt, zu nennen. Deswegen gehen mir die Versuche, die Herr Kanther bei der Reform des öffentlichen Dienstes anstellt, bei weitem nicht weit genug.

Das zweite, was ich in diesem Zusammenhang anmerken möchte, ist, daß man in Ihrem Hause, Herr Rüttgers, auch noch etwas mehr tun könnte. Ich denke an die AZA-Bögen, die in sechsfacher Ausfertigung einzureichen sind. In der Zeit der elektronischen Datenverarbeitung, in der Zeit der electronic mail, könnte man wirklich auch im Bundesforschungsministerium das einrichten, was landauf, landab Brauch ist. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Sie haben natürlich völlig recht, Herr Keppler. Mein Problem ist allerdings, daß diese Bögen nicht für unsere Akten bestimmt sind. Wir müssen sie an andere Behörden weitergeben. Der erwähnten Vorschrift unterliegen wir selber. Sie haben dennoch völlig recht. Nur zur Information: Wir haben gerade eingeführt, daß man die Forschungsförderungsanträge bei uns im Haus via Computer, via E-mail, via electronic post stellen kann. - Frau Timm!

Meike Timm: Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Meine lieben Damen und Herren! Ich habe nach meinem Wirtschaftsabitur eine Lehre bei der Sparkasse gemacht. Dort bin ich auf ein Phänomen gestoßen, von dem ich Ihnen kurz berichten möchte. Es scheint so zu sein, daß die zweigeteilte Ausbildung - aufgeteilt in Praxis im Betrieb und theoretischen Unterricht in der Berufsschule - der Wirtschaft nicht mehr genügt. Meine Sparkasse und viele andere Kreditinstitute haben ihr eigenes internes Berufsakademiefeld schon aufgebaut. Dort lernen wir genau das, was in der Berufsschule vorher schon einmal an Thematik und Stoff durchgekaut wurde. Ich meine, dies zeigt, daß die Berufsbildung an sich neu überarbeitet werden muß. Es kann nicht angehen, daß die Lehrer veralteten Stoff unterrichten und die Wirtschaft Geld dafür ausgibt, um dieses Defizit auszugleichen. Dann könnten wir die Ausbildung gleich in die Hände der Wirtschaft legen. Wir müssen versuchen, die Berufsbildung auf einen aktuellen Stand zu bringen. Auf diese Weise könnte die Wirtschaft Geld sparen. Die Wirtschaft könnte das eingesparte Geld dann gewinnbringend in neue Ausbildungsplätze investieren. Ausbildung schafft Zukunft und ist zugleich Zukunft für junge Leute. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Rüttgers, Forumsleitung: Vielen herzlichen Dank. Wir sind im Forum 2 absolute Spitze. Wir haben dem Wunsch des Bundeskanzlers voll Rechnung getragen, die Debatte um 19.30 Uhr zu beenden. Wir stehen jetzt am Ende der Generaldebatte. Die Antragsberatung soll nach dem Forum 3 stattfinden. Ich bedanke mich bei Ihnen sehr herzlich für die anregende Diskussion. Die Konfliktfelder müssen wir in der nächsten Runde miteinander klären.

Für mich ist folgendes ganz wichtig - dies ist für mich das Resümee aus der Diskussion -: Wir verfügen in Deutschland über alles Wissen dieser Welt. Wir haben hochengagierte Menschen sowohl in den Universitäten als auch in den Berufsschulen und den allgemeinbildenden Schulen. Wir haben verstanden, welches die Schlüsselfrage des nächsten Jahrhunderts für ein

Land, das kaum über Rohstoffe verfügt, ist. Jeder von uns weiß, daß wir den internationalen Wettbewerb über die Kosten allein nicht gewinnen können. Wenn Deutschland aber ein Land mit hohen Kosten ist - darüber, was alles noch zu tun bleibt, ist heute diskutiert worden - und weiterhin ein Land mit hohen Kosten bleiben wird, gibt es nur eine einzige Antwort: Wir müssen die besten Produkte anbieten; denn nur für die besten Produkte können wir im Zeitalter der Globalisierung auf dem Weltmarkt hohe Preise durchsetzen. Deshalb ist die Entscheidung, die von diesem Parteitag ausgeht, so wichtig: Hier wird nicht über ein Spezialthema, nicht über ein Fachthema diskutiert, sondern hier ringen wir miteinander - wie es formuliert worden ist - um eine ganz zentrale Frage der Weiterentwicklung Deutschlands.

Ich bin stolz darauf, daß es die Union ist, die dies nicht nur erkannt hat, sondern die auch bereit ist, die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen.

Ich bedanke mich sehr sehr herzlich für Ihre Teilnahme und schließe das Forum 2. Da ich davon ausgehe, daß der Bundeskanzler in wenigen Augenblicken mit unserem ausländischen Gast eintreffen wird, schlage ich vor, wenn der Generalsekretär keinen Einspruch erhebt, daß wir jetzt in eine Pause von wenigen Minuten eintreten. Der Generalsekretär hat genickt, es ist genehmigt, ich darf das damit bekanntgeben. - Herzlichen Dank.

(Schluß: 19.31 Uhr)

Forum 3
Europa ist Deutschlands Chance
Beginn: 19.36 Uhr

Arnold Vaatz, Forumsleitung: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir möchten das dritte Forum des heutigen Tages beginnen, von dem wir hoffen, daß es eine ebenso begeisterte Veranstaltung wie die beiden ersten werden wird.

Gestatten Sie mir einige kurze Einführungsbemerkungen. Sie wissen, daß es Winston Churchill war, der in seiner Züricher Rede im Jahre 1946 den Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“ geprägt hat. Er sprach das aus nach dem Ende eines Krieges, der in einem zuvor nicht gekannten Ausmaß in Europa Menschenleben und Werte vernichtet hatte. Dieser Krieg war von Deutschland ausgegangen.

Gemessen an den Verheerungen eines Krieges, meine Damen und Herren, unterhalten wir uns bei den jetzt anstehenden Investitionen in den Frieden und beim Austarieren von Geben und Nehmen in einem vereinigten Europa über verschwindend geringe Beträge. Wir brauchen dauerhaften Frieden, und wir stehen in einer Kontinuität.

Nach der Bändigung der Klassegegensätze durch unsere Sozialsysteme haben wir den inneren Frieden festigen können. Auf der Agenda stehen jetzt die Bändigung nationaler Gegensätze und damit der äußere Frieden.

Das vereinte Europa hat mit unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu tun. Unser Land wurde in diesem Jahrhundert geschwächt, wenn es versucht hat, zu dominieren und sich abzugrenzen, und unser Land wurde gestärkt und wurde stabil, wenn es seine Solidarleistung erbracht hat.

Die erste dieser Solidarleistungen war die Integration von 12 Millionen Vertriebenen nach 1945. Die zweite Solidarleistung war die Integration eines Landesteiles, in dem für 17 Millionen Menschen über fünf Jahrzehnte die Demokratie vertrieben war. Die dritte Solidarleistung muß unsere Integration in ein einiges Europa sein.

Meine Damen und Herren, diese Solidarleistungen bauen aufeinander auf. Unsere Partei ist die Partei des Grundwertes Solidarität, und ihre große Leistung ist es, daß immer sie es gewesen ist, die in diesem Land die Bereitschaft zur Solidarität zu wecken verstanden und die Erträge von Solidarität korrekt beschrieben hat. Keine Partei hat das in dem Maße getan wie die unsere.

Wir sind die Partei der Einheit Deutschlands geworden, und wir müssen uns als die Partei der europäischen Einheit erweisen. Die gemeinsame Währung ist dazu ein unverzichtbarer Schritt. Skeptiker mögen sich erinnern, daß es keine nationale Katastrophe für die deutschen Teilstaaten war, daß sie von 1873 bis 1876 ihre Gulden, Taler und Schillinge in Goldmark überführen konnten. Es war keine nationale Katastrophe, sondern das Ende einer quälenden Kleinstaaterei und insbesondere das Ende von innerdeutschen Kriegen, die dieses Land regelmäßig verheert haben.

(Beifall)

Auch die Einführung der D-Mark in Ostdeutschland und die Abschaffung der Mark der DDR war keine nationale Katastrophe, sondern eine nationale Rettungstat für dieses Land. Wir sollten Gott dafür unser Leben lang danken, daß die Geschichte uns diese Rettungstat ermöglicht hat. Sie war das Ende von Teilung und Zwietracht inmitten Europas.

(Beifall)

Der Euro wird uns ebenfalls unsere Identität nicht nehmen, sondern er wird uns lehren, daß Währungen nicht der letzte Kern nationaler Identitäten sind. Er wird uns verbinden und nicht trennen. Er wird uns stärken und nicht schwächen.

Die Stadt Leipzig, in der wir heute tagen, ist ein Ursprungsplatz der Revolution von 1989. Diese Stadt ist immer dann erstarkt, wenn es offene Grenzen gab. Sie ist ein Resultat offener Handelswege in Europa. Diese Stadt wurde zurückgeworfen in die Stagnation, solange die Grenzen Europas verriegelt waren. Darum war es die große Faszination der Ostdeutschen, daß die deutsche Einheit zugleich bedeutet: Europa wird erreichbar von Gibraltar bis zum Nordkap. Das hat uns damals, 1989, auf den Straßen in dieser Stadt Leipzig beseelt.

(Beifall)

Lassen Sie uns nun, meine Damen und Herren, das freie Europa gemeinsam gestalten. Wir begrüßen dazu ganz herzlich unsere beiden Einführungsvortragenden, nämlich Jean-Claude Juncker, Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg,

(Lebhafter Beifall)

und den Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Weltanschauung an der Universität München - des Lehrstuhls, den einmal Romano Guardini innehatte - und langjährigen Kultusminister des Freistaates Bayern, Herrn Professor Dr. Hans Maier.

(Lebhafter Beifall)

Als Gastredner sind eingeladen und gekommen: Herr Klaus Welle, Generalsekretär der Europäischen Volkspartei,

(Beifall)

der Präsident der IHK Sachsen, Herr Hartmut Paul,

(Beifall)

und Herr Dr. Martin Hüfner, Bereichsleiter bei der Bayerischen Vereinsbank AG.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, es wird uns gelingen, auch diesen Abschnitt schnell und inhaltsreich über die Bühne zu bringen und damit ein Zeichen zu setzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Juncker, ich bitte Sie, jetzt das Wort zu nehmen.

Jean-Claude Juncker, Premierminister des Großherzogtums Luxemburg (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Freunde! Manchmal - selten -, wenn ich versuche, es still in mir werden zu lassen, frage ich mich - nicht oft genug, aber immer wieder -: Was war eigentlich heute vor zehn Jahren? Und auch jetzt, auf dem Flug von Luxemburg nach Leipzig, als ich darüber nachdachte, was ich hier jetzt wohl sagen könnte, habe ich mir die Frage gestellt: Was war vor zehn Jahren?

Erst einmal habe ich, aus dem Flugzeug schauend und von dem Eindrucksbild der veröffentlichten deutschen Meinung geprägt, verzweifelt nach dem Riesentrümmerhaufen gesucht, den ich hier antreffen würde.

(Beifall)

Nicht alle Landschaften blühen, aber die meisten, die ich gesehen habe, stehen in voller Blüte.

(Beifall)

Dann habe ich mir gedacht: Vor zehn Jahren hätte ich mir mit Sicherheit nicht vorgestellt, an einem Bundesparteitag dieser Partei in Leipzig teilzunehmen.

(Beifall)

Am letzten Freitag waren wir, auch der Bundeskanzler, in Straßburg, um an einem sogenannten Gipfel - das sind zwar meistens nur Hügel, aber wir nennen es Gipfel -

(Heiterkeit)

des Europarates teilzunehmen. Mich berührt es immer wieder, und ich finde es immer noch sehr bewegend, wenn man sich die Liste der dort vertretenen Länder ansieht. Es sind viele dabei, von denen wußte man vor zehn Jahren noch nicht, daß es sie überhaupt gibt. Es bleibt ein beeindruckendes Stück Zeitgeschichte, wenn man in Straßburg oder sonstwo sitzt, und man hört diesen Reden zu und hat seine bilateralen Gespräche. Dies ist überhaupt nicht mehr das Europa, das wir vor zehn Jahren hatten. Es ist ein Europa, von dem man sich nicht einmal vorstellen konnte, daß wir es in der Mitte des nächsten Jahrhunderts haben könnten.

(Beifall)

Nun hatten ja viele vor irrsinnig langer Zeit schon das „Ende der Geschichte“ nahen sehen. Als ich mich dazu entschied, Politik zu machen - man macht ja Politik -, habe ich mir gedacht: Das wird eine sehr geruhsame Veranstaltung, denn die Dinge sind ja klar, die Linien sind ja gezogen, wir wissen ja, mit wem wir es zu tun haben, und weil ja das Ende der Geschichte vor der Tür stand, wußte man: umzudenken brauchte man nicht, in diesem Leben nicht mehr.

Jetzt bin ich Ministerpräsident geworden in einem kleinen Land. Deswegen interessiere ich mich sehr für das Ausland, weil das Ausland im Falle Luxemburgs besonders groß ist. Man muß da wirklich darin investieren, sich Sach- und Menschenkenntnis aneignen.

(Beifall)

Jetzt hat sich die Welt plötzlich rasant verändert. Und wie reagieren wir darauf? - Wir reagieren darauf nicht wie Menschen, die eigentlich froh darüber sein sollten, daß wir es der Ge-

schichte noch einmal zu zeigen wußten. Wir reagieren darauf - das ist ja eine besonders in diesem Land weitverbreitete Tugend - mit ausgeprägter Larmoyanz und mehr mit dem Kopf im Sand als mit dem Herzen in der Hand. Gut kann es nicht sein, daß man sich über Dinge, die man sich nicht mal vorstellen konnte, nicht mehr freuen kann. Ich freue mich noch jeden Tag über das, was in den letzten zehn Jahren passiert ist.

(Beifall)

Zu dieser, ja, schönen Geschichte gehört auch die deutsche Wiedervereinigung. Sie hat es ja möglich gemacht, daß ich beispielsweise heute in Leipzig sein kann, sein darf. Diese deutsch-deutsche Wiedervereinigung war ja nur möglich, weil sie aufbauen konnte auf der über fast vier, fünf Jahrzehnte tagtäglich konkreter werdenden europäischen Integrationspolitik. Es ist Adenauer gewesen, der das Wort geprägt hat, daß diese Münze, diese Medaille zwei Seiten hat: deutsch-deutsche Wiedervereinigung und europäische Einigung. Und keinen von all denen, die vor zehn Jahren von der „Lebenslüge der Republik“ geredet haben, hört man eigentlich in Erinnerung rufen, daß er das mal gesagt hat.

(Beifall)

Und peinlich berührt es viele, wenn man sie darauf anspricht, weil viele es ja auch geglaubt haben.

Wenn man sich also in diese Zeit vor zehn Jahren zurückversetzt, hier in Leipzig oder sonstwo in den neuen Ländern, die Theo Waigel immer noch die „jungen Länder“ nennt, als könne er einfach nicht begreifen, wieso man diese Wortschöpfung in den deutschen politischen Wortschatz eingebracht hat, in diesen neuen, jungen Ländern passiert ja jetzt etwas. Es ist ja nicht so, wie man immer wieder lesen muß und wie man sich in den überregionalen Medien, insbesondere den elektronischen, jeden Tag vorführen lassen muß, daß es hier nur noch nach rückwärts ginge. Mein Eindruck hier ist, es geht nach vorn, und es geht bergauf.

(Beifall)

Die Dinge sind so normal geworden, so selbstverständlich geworden, daß es heute jeder für selbstverständlich findet, daß es in Europa von jedem als selbstverständlich empfunden wird, daß die deutsch-deutsche Wiedervereinigung vonstatten geht, ohne daß es zu massivsten Unruhen in den europäischen Nachbarländern der Bundesrepublik gekommen ist. Wer vor 20 Jahren sich vorzustellen gewagt hätte, wie er als Luxemburger, als Franzose, als Belgier, als Brite auf die Perspektive der deutsch-deutschen Wiedervereinigung reagieren würde, der hätte sich selbst in einem sehr negativen Grundgefühl wiedergefunden. Dann ist die deutsch-deutsche Wiedervereinigung gekommen, und es hat etwas mit dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in Europa und vor allem auch mit dem Ansehen des Bundeskanzlers in Europa zu tun, daß dies ohne Probleme über die Bühne ging.

(Beifall)

Nun war ich damals schon in einer Ecke mit dabei, und ich staune manchmal noch heute, wenn alle sagen, sie hätten es schon immer gewußt, und es hätte genauso gemacht werden müssen, und es war auch niemand im Ernst dagegen, das seien nur rhetorische Einwände gewesen, die man dazu habe vorbringen wollen. Aber immerhin, die deutsch-deutsche Wieder-

vereinigung hat nicht, wie viele gedacht haben und wie viele befürchtet haben - ich einen Moment im übrigen auch - zu Auflösungserscheinungen in der Europäischen Union geführt, sondern genau den Anstoß gegeben zu einer noch tieferen Einigung der europäischen Länder.

(Beifall)

Jetzt ist die Frage: Bleiben wir jetzt stehen, wo wir stehen, oder versuchen wir, diesen europäischen Zug noch in andere Gefilde zu bringen? Da ist mein Standpunkt dezidiert der, daß derjenige, der stehenbleibt, von der Geschichte überholt werden wird, daß derjenige, der sich jetzt nicht fanatisch und radikal für eine Vertiefung der Europäischen Union an diesem Zäsurpunkt europäischer Zeitgeschichte einsetzt, eigentlich das Gebot der Stunde völlig verkennt.

(Beifall)

Wer jetzt denkt, Europa steht auf festem Grund und Boden, und wer sich jetzt vorstellt, die Geschichte werde uns nicht mehr einholen, und wir hätten jetzt den Kurs Europa so sehr zu unserem gemacht, daß uns der Rückfall in das Verteufelte am Nationalstaatlichen nicht mehr drohe, der irrt sich ganz gewaltig. Ich bin fest davon überzeugt, wenn wir es in diesem Moment unterlassen, die Europäische Union zu festigen, sie zu vertiefen, uns durch das täglich wachsende Netz der transnationalen Intersolidaritäten täglich besser kennenzulernen, um uns besser zu verstehen und uns mehr mögen zu können, daß derjenige, der dies jetzt nicht erkennt und denkt, die freien Kräfte der Geschichte würden es schon richten, sich gewaltig irren wird. Die alten Dämonen, die auf dem Balkan und sonstwo wieder wachgeworden sind, die sitzen auch in unseren Landschaften und Gegenden. Es braucht nicht viel, es braucht überhaupt nicht viel, damit wir wieder zurückfallen in die Irrungen und Wirrungen, in die Fehler und in das Schlimmste, was im europäischen - nicht nur im deutschen - Namen zwischen den Jahren 1940 und 1945 passierte, damit dieses wieder auf die Tagesordnung der Gegenwart zurückgerufen wird. Dies ist meine feste Überzeugung.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich bin nicht jemand, der zur Kriegsgeneration gehört. Das sieht man hoffentlich.

(Heiterkeit)

Aber ich bin in der europäischen Politik eigentlich einer der letzten Vertreter derer, die von ihren Vätern und Müttern noch wissen, wie es war. Und jene, die wesentlich jünger sind als ich, die gibt es inzwischen - leider -

(Heiterkeit)

und die in 20 oder 30 Jahren Regierungschefs, Finanzminister, Arbeitsminister, Minister, Abgeordnete in Europa oder hier sind, werden davon nichts mehr wissen, weil sie eben keine zerstörten Häuser mehr sehen. Jeden Tag, wenn ich meinen Vater sehe - er wäre übrigens froh, wenn ich ihn jeden Tag sehen würde -, also diese halbe Stunde im Monat, wenn ich meinen Vater sehe, sehe ich seine Kriegsverletzungen noch. Er trägt sie in sich, sichtbar, und er redet darüber nicht, aber ich sehe noch, was war, und ich bin dankbar dafür, daß ich ein Vertreter der einzigen Generation in Europa bin, die bisher nicht Nachkriegsgeneration wurde. Mein Vater war zweimal Nachkriegsgeneration. Als er 1924 geboren wurde, war er Nach-

kriegsgeneration, und er war auch Nachkriegsgeneration, weil er selbst in den Krieg ziehen mußte. Wir mußten das nicht tun, und das ist eine historische Leistung derer, die Europa aus der Taufe gehoben haben.

(Beifall)

Wieso ist dies die letzte Chance? Ich weiß, auf Parteitagungen wird immer von der letzten Chance geredet. Wir waren schon so oft dabei, daß wir die letzte Chance nicht genutzt haben, daß wir uns darüber eigentlich nicht mehr zu erschrecken brauchen. Aber immerhin, es ist die letzte Chance für Europa aus folgendem Grund: Jetzt regieren in Europa Männer und Frauen, die noch mehreren Generationen angehören. Es gibt noch jene, die selbst Kriegsgeneration waren, es gibt jene, die am Wiederaufbau Europas beteiligt waren, es gibt jene, die noch Hunger gelitten haben, und jene, die noch selbst Hand mit anlegen mußten, und es gibt jene, die davon noch wissen aus Erzählungen und Beobachtungen. In 30 Jahren wird es davon nicht einmal mehr Spurenelemente geben. Wer jetzt Europa nicht dingfest und sattelfest für die Zukunft macht, wird im Jahre 2035 das politische Personal nicht mehr zur Verfügung haben, um zu machen, was jetzt unbedingt gemacht werden muß. Im Jahre 2035 werden wir es überhaupt nicht mehr tun können, weil diejenigen, die uns erzählen können, wie es war und wie es zu machen wäre, damit nichts wieder passiert, überhaupt nicht mehr unter uns sein werden. Deshalb ist dies die letzte Stunde, wo altgestandene Europäer, Leute mit Kriegserfahrung, Menschen mit Wiederaufbauerfahrung, Menschen mit Leidenserfahrung noch da sind, um dafür zu sorgen, daß sich auch Jüngere begeistern, daß Europa jetzt und nicht erst in 20 oder 30 Jahren geschaffen werden muß.

(Beifall)

Nun stehen wir am Vorabend eines neuen Jahrhunderts. Dieses Jahrhundert ist gleichzeitig ein Jahrtausend. Das war immer so, wenn ein Jahrhundert schlafen ging und ein anderes die Nase in die Zeitgeschichte steckte, daß dann die Stimmung der Menschen anders war. Die Menschen spüren, wenn das Jahrhundert wechselt, dann wechselt viel mehr als nur die zwei ersten Ziffern der Jahresbezeichnung. Es wird nicht nur die 19 durch 20 ersetzt, es passiert unendlich viel mehr bei diesem Sprung von 19 auf 20. Das ist mehr als eine normale Silvesternacht, die wir in Luxemburg und in Deutschland, hoffentlich unter der Kanzlerschaft Helmut Kohls - davon bin ich überzeugt -, feiern werden.

(Beifall)

Wir werden in dieser Nacht feiern wie immer. Aber wir werden ganz anders als sonst feiern, weil wir spüren: Es bricht jetzt eine neue Zeit an. Die bricht nicht mit der ersten Minute des neuen Jahrhunderts an. Aber jeder spürt doch, wenn er in sich geht, daß etwas am Entstehen ist, von dem wir wissen, daß es gewaltig sein wird, und von dem wir auch spüren, daß wir es in die Hand nehmen müssen, damit es uns nicht über den Kopf wächst.

Wer überhaupt noch spüren kann, der spürt das. Wer nur noch an sich selbst denkt, wer denkt, der ideale Aussichtspunkt auf die Lage der Welt fange bei der eigenen Nase an und müsse aus Zeitgründen beim eigenen Nabel sofort wieder zum Stoppen gebracht werden, der wird das natürlich nicht spüren. Aber alle diejenigen, die über den eigenen Tellerrand und den eigenen

Nabel bzw. die eigene Nase hinweg noch Gefühl und Augen für andere haben - nicht nur für die Familie, die Dorfbewohner, die Stadt, das Land, den Kontinent, sondern für die Welt -, der spürt, daß etwas Gewaltiges im Gange ist.

Wer diesen Orkan mit einer leichten Brise aus Südwest verwechselt, der kennt sich in Elementarmeteorologie sehr schlecht aus. Es wird ein Orkan sein. Wir müssen uns so zu benehmen wissen, daß wir dem Orkan die Richtung vorgeben und dafür sorgen, daß, wenn er braust, etwas zum Guten der Menschen passiert und wir uns nicht einfach mit den Händen im Schoß in unsere Schmollecke zurückziehen und den Wind über den Kontinent und die Welt brausen lassen.

Deshalb bedarf es der Politik. Deshalb ist Politik zwar ein garstig Lied. Aber es ist doch nicht so, daß Politiker die letzten Menschen sind, die sich zu Wort melden dürfen, wenn es um die Zukunft geht. Wir müssen die Zukunftsfähigkeit der Politik in Europa und respektive in unseren Nationalstaaten wiederherstellen.

Dies ist eine urchristdemokratische Aufgabe. Wir müssen deutlich machen, daß wir die Parteien der Zukunft sind, nicht nur weil die Leistungen der Vergangenheit für uns sprechen, sondern weil es - das gehört zur Momentaufnahme nicht nur der deutschen Innenpolitik, sondern vieler Innenpolitiken - die Christlich Demokratischen Parteien sind, die die Reformantreiber und die Reformkräfte in unseren Gesellschaften geworden sind.

(Beifall)

Früher standen wir sehr oft auf der Bremse. Jetzt geben wir Gas. Es gibt einige, die mögen dieses Bild nicht. Die haben lieber konservative gemächliche Riesentanker. Die mögen es nicht, daß auch wir mit Reformen anfangen, während die anderen aufgehört haben, uns mit Schnellbooten durch die Geschichte zu bewegen.

Deshalb muß man Schluß machen und aktiv dagegen antreten, daß nur noch Miesmacher, Schlechtredner und jene, die nur an Larmoyanz und Morosität Gefallen finden, die öffentliche Meinung beherrschen. Wir müssen wieder ran an die Menschen und den Menschen erklären, wieso und weshalb wir denken, daß durch uns deren Zukunft gemeinsam mit ihnen besser gestaltet werden kann als mit anderen.

Mein Punkt war, daß wir jetzt in Europa nicht stehenbleiben dürfen, sondern weitermachen müssen. Es hat keinen Zweck, die Welt jeden Tag neu zu erfinden. Ich staune immer darüber, daß es pausenlos Menschen gibt, die sich mit ausgeklügelten Wortmeldungen Gehör in den Medien und sonstwo verschaffen, um mit neuen Ideen dauernd nach vorne zu preschen, so als ob ein Erneuerer schon derjenige wäre, der jeden Tag ein neues Buch liest und dann so tut, als ob er seine Meinung geändert habe.

Wir haben in Maastricht beschlossen, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen. Dann sollten wir das jetzt auch tun.

(Beifall - Zuruf: Bravo!)

Die Tatsache, daß einige denken, sie könne nicht geschaffen werden, hat in den beiden letzten Jahren schon zu sehr erheblichen Investitionsstaus in Europa geführt und mit dazu beige-

tragen, daß das Vertrauen der Menschen in die politische Führungskraft der Regierungen erloschen ist. Dieses schwindende Vertrauen hat in den letzten beiden Jahren die gesamtwirtschaftliche Lage sehr negativ beeinflußt.

Ich weiß, es gibt in der deutschen Öffentlichkeit und auch unter Parteifreunden Befindlichkeiten, über die ich nicht spotte und die ich sehr aufmerksam registriere. Wenn ich nicht in Deutschland, sondern in Frankreich spreche, dann erkläre ich diese deutsche Befindlichkeit - nach Lage der Dinge überzeugend. Es gibt ja diese sogenannte romantische deutsch-französische Freundschaft - über Jahrzehnte gehegt und gepflegt. Helmut Kohl verbringt ja die wertvollsten Augenblicke seines Lebens mit der Pflege dieser Freundschaft.

(Heiterkeit)

Obwohl es diese deutsch-französische Freundschaft schon so lange gibt - Gott sei Dank gibt es sie; denn ohne diese deutsch-französische Freundschaft gäbe es nichts; dann wären wir dort, wohin wir niemals wieder zurückkehren wollen -, ist es so, daß die Deutschen über die Franzosen und die Franzosen über die Deutschen recht wenig wissen. - Das ist im übrigen die historische Chance der Luxemburger.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Chance der Luxemburger ist es, daß es nicht so viele Luxemburger wie Deutsche oder Franzosen gibt. Auch wenn wir uns sehr anstrengen würden, es wird uns in diesem Jahrhundert nicht mehr gelingen, zahlreicher als die Deutschen zu werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir wissen über die Deutschen mehr, als die Franzosen über die Deutschen wissen, und wir wissen über die Franzosen mehr, als die Deutschen über die Franzosen wissen. Das gehört mit zu den Vorteilen des Lilliput-Seins in Europa.

Deshalb sind wir vielleicht besser als andere geeignet, beispielsweise in Frankreich zu erklären, wieso es in einem Land, das zweimal in einem Jahrhundert der totalen Zerstörung des Volksvermögens machtlos zusehen mußte, eine völlig andere Bindung an die nationale Währung und die Werte, die damit zusammenhängen, gibt als in einem anderen Land.

Vielleicht sind wir besser als andere in der Lage, in Deutschland zu erklären, daß sich die Franzosen sehr wohl seit Mitte der 80er Jahre auf einen Stabilitätskurs begeben haben. Vielleicht sind wir besser als andere in der Lage, in Deutschland zu erklären, daß Italien, Portugal und Spanien in den letzten Jahren riesige Fortschritte gemacht haben. Meine Damen und Herren, ich sage das, weil das so ist. Die Spanier, Italiener, Portugiesen und andere sind in den beiden letzten Jahren wesentlich reformfähiger gewesen als Sie in der Bundesrepublik oder wir in Luxemburg.

(Beifall)

Um nur ein Detail zu erwähnen: In diesen drei Ländern hat es im letzten Jahr eine Steuerreform gegeben. Da wurde über eine Steuerreform nicht nur gesprochen, sondern sie wurde auch durchgeführt.

(Beifall)

Da sind nicht nur Christdemokraten in der Regierungsverantwortung. Auch Sozialisten können, wenn sie wollen, Steuerreformen durchführen, Spitzensteuersätze senken, Steuerschlupflöcher beseitigen und dafür sorgen, daß durch niedrigere Steuern am Ende des Tages ein höherer Steuerertrag in die Staatskasse eingefahren wird. Man muß kein Christdemokrat sein, um das zu tun. Es wäre nur gut, wenn alle Sozialisten das so täten.

(Beifall)

Wir schaffen diese Europäische Wirtschafts- und Währungsunion nicht einfach so. Wir entscheiden am 1. Januar 1999 ja nicht aus heiterem Himmel, die Währungsunion zu schaffen. Wir bereiten uns doch in tugendhaftem Wettbewerb auf diese Europäische Wirtschafts- und Währungsunion vor. Es hat in der Europäischen Union doch erhebliche Konvergenzschritte gegeben. Wer hätte vor drei Jahren denn gedacht, daß Italien im letzten Monat die niedrigste Inflationsrate seit 27 Jahren vorzeigen konnte. Das hätten die Italiener, so tüchtig sie auch sind, ohne den Konvergenzstreß des Maastrichter Vertrages nie geschafft.

(Vereinzelt Beifall)

Wir hatten in der Europäischen Union doch vor vier Jahren im Durchschnitt ein Haushaltsdefizit von 6,3 Prozent. Wir liegen jetzt unter drei Prozent. Wir hatten Mitte der 80er Jahre im Europa der Fünfzehn eine Inflation von durchschnittlich 14 Prozent. Wir liegen jetzt deutlich unter zwei Prozent. Es ist doch eine soziale Tat an sich, daß wir die Inflation auf historisch niedrige Werte zurückgefahren haben. Welches Sozialprogramm für den kleinen Mann gibt es, das besser wäre, als daß man die Inflation im Zaum hält?

(Beifall)

Wenn es diesen Maastrichter Konvergenzstreß nicht gegeben hätte, dann wären diese Resultate nicht erreichbar gewesen. Ich weiß doch aus eigener Erfahrung als Finanzminister meines Landes, wie schwer sich viele mit dem Stabilitätskurs, der durch den Vertrag von Maastricht verordnet wurde, getan haben.

Ich lese über Theo Waigel vieles. Das meiste davon ist falsch. Ich kann das sagen, weil ich den Mann ja kenne.

(Beifall)

Ich weiß doch, wie er sich bemüht hat und wie er sich in Europa abgerackert hat, damit diese Stabilitätskultur in allen Regierungsstuben der Europäischen Union Einzug hält. Ich weiß noch, wie er dafür kritisiert wurde, als er diesen „obszönen“ Griff in die Goldkasse der Bundesbank machen wollte. Ich weiß noch, wie er in Europa Schelte und Prügel auf Grund der Politik der Bundesbank bezogen hat, die er trotz Sturm und Regen gegen den Widerstand fast aller durchgesetzt hat. Wer jetzt über Theo Waigel herzieht und sagt, er habe zuviel Lärm um seine 3,0-Prozent-Punktlandung gemacht, dem sage ich: Wenn er den Lärm nicht gemacht hätte, dann würden wir heute in Europa nicht über drei Prozent reden, weil wir noch bei 6,3 Prozent wären. Dann gäbe es keine Währungsunion.

(Beifall)

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion machen wir nicht, indem wir den Zeitplan vor die Kriterien stellen. Darüber gibt es eine abstruse Debatte. In dem Vertrag steht überhaupt nicht, daß der Zeitplan nach vorne oder hinten verschoben werden könne und daß die Konvergenzkriterien je nach Lage des Zeitplanes nicht mehr in Betracht zu ziehen seien. In dem Vertrag steht: Die Konvergenzkriterien werden respektiert, und der Zeitplan wird eingehalten. Solange es Verträge in Europa gibt und es auf unserem Kontinent Rechtsstaatlichkeit gibt, solange müssen wir uns nach diesen Verträgen richten. Das werden wir tun und den Euro einführen.

(Beifall)

Selbstverständlich ist die Einführung des Euro auch mit Risiken behaftet. War denn die deutsch-deutsche Wiedervereinigung nicht mit Risiken behaftet? Wären Risiken ein Grund gewesen, sie nicht zu machen? Wer kein Risiko in der Politik eingeht, der geht das größte Risiko ein.

(Beifall)

Wer in der Politik von dem Gedanken umgetrieben wird, immer richtig zu liegen, der wäre gut beraten, einmal nachzudenken. In der Politik liegt der am besten, der auch einmal in Ruhe nachdenkt.

(Beifall)

Wir werden dafür Sorge tragen müssen, daß die Stabilitätskultur nicht eine Eintagsfliege bleibt, sondern daß wir eine dauerhafte Stabilität im europäischen Währungsraum sicherstellen. Deshalb haben ja Helmut Kohl und Theo Waigel mit der Hilfe einiger anderer den Stabilitätspakt auf den Weg gebracht. Die Regel für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist: Wir konvergieren nicht jetzt, um später lustig drauflos zu divergieren. Wir wollen eine Konvergenzpolitik in Europa machen.

Bei aller Detailsorge über dieses und jenes, was besser gemacht werden müßte, bin ich überhaupt nicht der Auffassung, daß wir den Euro zur Disposition stellen sollten. Ich weiß einfach - das ist mein Hauptargument gegen viele Kollegen auch in der eigenen Partei -: Wer jetzt den Euro nicht einführt, wer jetzt von diesem Stabilitätsstreß Abstand nimmt, der wird es auch in den nächsten fünf Jahren nicht schaffen. Ich sehe doch, wie heftig und wie schnell viele Regierungen reagieren, wenn auch nur der Eindruck entsteht, der Konvergenzstreß könne jetzt ein bißchen gelockert werden. Nein, Streß muß bleiben, und Konvergenz muß sein. Dann werden wir am Ende des Tages auch die Stabilität haben, die wir brauchen, damit der Euro die weltweit führende Währung wird.

(Beifall)

Nun wird, liebe Freunde, im Zusammenhang mit dem Euro - im Zusammenhang mit dem Euro darf man ja über alles reden - zu Recht über den europäischen Haushalt und über die Agenda 2000 geredet. Ich habe gestern das Vergnügen gehabt, mit Theo Waigel im Kreise der Finanzminister lange darüber beraten zu dürfen. Er läuft ja zu bajuwarischer Höchstform auf, wenn dieses Thema angesprochen wird. Ich möchte einmal unter Freunden sagen: Es

ist selbstverständlich, daß man über die deutschen Nettobeiträge zum EU-Haushalt reden muß. Es macht keinen Sinn - es ist auch nicht richtig -, daß ein Land 60 Prozent der Netto-beiträge auf seinen Schultern tragen muß. Für diese Position findet man überall in Europa Verständnis.

In diesem Zusammenhang wundere ich mich über einen Punkt. Weil ich der deutschen, der französischen und einiger anderer Sprachen, auch der luxemburgischen Weltsprache, mächtig bin, lese ich Zeitungen aus mehreren Ländern. Ich staune immer wieder, wieviele Menschen aus diesen Sitzungen, in denen ich war, zu berichten wissen, mit deren Beschreibung ich aber überhaupt nichts anfangen kann.

(Heiterkeit)

Heute kann man beispielsweise lesen, daß Theo Waigel mit seinen Einlassungen zu dieser Sache in Luxemburg abgeschmettert worden sei. Das stimmt überhaupt nicht. Zwar hat ihm niemand auf der ganzen Linie Recht gegeben - er gibt sich ja wahrscheinlich selbst auf der ganzen Linie nicht immer Recht -, aber viele von uns haben doch Verständnis dafür geäußert.

Es wäre gut, wenn man auch mit dem richtigen Zahlenwerk operieren würde. In einer von mir sehr geschätzten deutschen Tageszeitung - sie erscheint am Tagungsort des Europäischen Währungsinstituts - finde ich heute Tabellen über die Nettozahlungen der einzelnen Mitgliedstaaten, die mich in höchstes Erstaunen und Freude versetzt haben, weil dort auch Luxemburg als Nettoempfänger aufgeführt ist. Ich wäre froh, wenn dem so wäre. Es ist aber nicht so. Unter der Tabelle steht - da hört das Verständnis bei mir auf; ich dachte immer, die Zahlen, die von dort kommen, stimmen -: Bundesministerium der Finanzen. Ich kann nicht glauben, daß es Zahlen aus dem Bundesfinanzministerium gibt, die nicht stimmen. Aber diese eine Zahl kann nicht stimmen, weil sie nämlich falsch ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Deshalb sage ich: Man sollte mit den richtigen Zahlen operieren.

Wir werden über dieses Thema reden müssen. Klar muß aber auch sein, daß Deutschland und Luxemburg Nettozahler bleiben werden. Wir gehören doch zum Club der Reichen in Europa und in der Welt. Deswegen bleiben wir Nettozahler.

(Beifall)

Ich bin strikt dagegen, daß man die gesamteuropäische Diskussion jetzt auf das Thema „Nettozahler oder Nettoempfänger in Europa“ verengt. Europa ist doch mehr als ein Haushalt. Der Haushalt der Europäischen Union beträgt nur 1,2 Prozent des europäischen Bruttosozialprodukts. Was soll denn überhaupt diese irrsinnige Debatte?

(Beifall)

In keinem Haushaltsposten, auch nicht im EU-Haushalt, wird die einzig relevante Zahl ausgewiesen. Ich stelle einfach die Frage: Was kostet eine Stunde Frieden? In welchem Haushaltsposten findet man den Preis für den Frieden?

(Beifall)

Ich bin überhaupt nicht der Meinung, daß man im Zusammenhang mit Europa nur über Krieg und Frieden reden sollte. Ich habe im Zuge der europäischen Steuerharmonisierung in Luxemburg die Mehrwertsteuer von 12 auf 15 Prozent erhöhen müssen. Die Deutschen haben sie von 14 auf 15 Prozent erhöhen müssen. Man kann diese Erhöhung nicht damit begründen, daß das etwas mit Krieg und Frieden zu tun habe. Man kann nicht so stupide über die Mehrwertsteuererhöhung reden, daß sie den Frieden sicherer mache. Trotzdem muß man im Zusammenhang mit Europa über Dinge reden, die auch etwas mit den Menschen zu tun haben.

Das Schlimme an dieser Euro-Debatte ist ja, daß sie die Menschen nicht in Bewegung bringt, obwohl sie sich in Bewegung bringen lassen müßten, weil der Euro wesentlich mit ihrer Zukunft und mit der Rolle Europas in der Welt zu tun hat. Wir machen Europa nicht nur für uns selbst. Wer in der Welt herumreist - die Regierungschefs machen das regelmäßig -, der weiß doch, wieviel Hoffnung auf anderen Kontinenten auf dieses Europa gesetzt wird. Der weiß doch, wie viele andere sich darum bemühen, das gleiche in ihren von Kriegen verwüsteten Regionen zustande zu bringen, was wir hier in Europa zustande gebracht haben.

Wir machen den Euro doch auch für andere, ohne daß wir anderen Lektionen zu erteilen gedenken, um unter Beweis zu stellen, daß sich der Weg lohnt, wesentliche Dinge gemeinsam zu tun und sich nicht in unwesentlichen Dingen auseinanderdividieren zu lassen. Die friedensstiftende Wirkung der Europäischen Union ist doch ein Beispiel für die Welt. Deswegen sollten wir nicht nur an uns selbst denken, wenn wir über Europa reden.

(Beifall)

Wir müssen aber auch über die Dinge reden, die mit dem tagtäglichen Leben der Menschen zu tun haben, beispielsweise mit der Beschäftigungspolitik. Ich bin dabei, den Europäischen Beschäftigungsgipfel am 21. November vorzubereiten. Ich lese manchmal, man habe der französischen Regierung diesen Gipfel als Geschenk machen wollen. Ich habe jetzt dieses Geschenk, das man den Franzosen machen wollte, und darf diesen Gipfel veranstalten.

Ja, meine lieben Freunde, es reicht jetzt damit, daß wir uns als Gipfelstürmer wie nobelpreisverdächtige Literaten bewegen. Wir haben jetzt oft genug gesagt, das Problem der Massenarbeitslosigkeit sei schlimm, und es müsse etwas dagegen getan werden. Es hängt den Leuten inzwischen zum Halse heraus, von diesen Gipfelstürmern sonst nichts zu hören.

(Beifall)

Deshalb brauchen wir, wenn wir uns mit der Beschäftigungspolitik in der Europäischen Union auseinandersetzen, konkrete, für die Menschen nachvollziehbare Entschlüsse und Beschlüsse. Wir brauchen konkrete Beschreibungen dessen, was wir tun wollen und tun können.

Ich bin überhaupt nicht der Meinung, daß die Europäische Kommission eine sehr gute Idee hatte, als sie vorschlug, die Arbeitslosigkeit müsse auf sieben Prozent heruntergeführt werden, und wir brauchten die Schaffung von netto zwölf Millionen Arbeitsplätzen. Das ist Zahlenliteratur! Was wir jetzt brauchen, sind konkrete Gespräche über Instrumente, die wir überall in Europa zum Einsatz bringen, damit wir die Massenarbeitslosigkeit nach unten korrigieren können.

Wir müssen dafür sorgen, daß Langzeitarbeitslose nach einigen Monaten eine Beschäftigung bekommen, nicht notwendigerweise eine Arbeit auf dem regulären Arbeitsmarkt, aber eine Beschäftigung, denn sonst geraten diese Menschen in die totale soziale Isolation und verlieren alle sozialen Reflexe. Das ist doch eine christdemokratische Aufgabe!

(Beifall)

Wir müssen dafür sorgen, daß junge Menschen nach sechs Monaten in Beschäftigungsverhältnisse eingewiesen werden. Es ist doch nicht so, daß in unseren Ländern nicht genug Arbeit da wäre.

(Beifall)

Der Sinn europäischer Beschäftigungspolitik kann doch nicht darin bestehen, daß wir 400 Milliarden DM jährlich an Entschädigungsprämien für Arbeitslose zahlen, daß die Leute zu Hause sitzen, ihre Prämien kassieren und überhaupt keine Anleitung bekommen, wie man wieder in konkrete Beschäftigung zurückgeführt wird. Wir brauchen doch eine aktive Arbeitsmarktpolitik, wir brauchen doch mehr Menschen in Ausbildung. Es muß doch so sein, daß es in zehn Jahren eben keine individuelle Tragödie mehr ist, wenn jemand seine Arbeit verliert, weil er so ausgebildet und weitergebildet wurde, daß er nach drei Monaten eine andere Arbeit finden kann. Wir müssen dafür sorgen, daß die Menschen fit und flott für die Zukunft gemacht werden. In zehn Jahren werden 80 Prozent der heute angewandten Technologien aus den Produktionsprozessen völlig verschwunden sein. Was machen wir dann mit den Menschen, die heute in ihren Werken, in ihren Betrieben sitzen und diese neue Welt auf sich zukommen sehen? Es sind einfache Menschen, Arbeiter. Es sind meistens noble Menschen. Man muß nicht Hochschulabsolvent sein, um in die Zukunft sehen zu können. Das können einfache Menschen auch.

(Beifall)

Was müssen wir diesen Menschen sagen, diesen Männern und Frauen? Es sind Arbeiter nicht nur der Stirn, sondern auch der Faust; aber diese alte Unterscheidung gibt es ja überhaupt nicht mehr. Denn die, die mit den Fäusten arbeiten, arbeiten heute auch mit der Stirn und haben es immer schon gemacht; nur haben die mit der Stirn das erst später gemerkt. Es war immer schon so, daß die das so gemacht haben!

(Heiterkeit und Zustimmung)

Diesen Menschen müssen wir also sagen, was wir zu tun gedenken, damit sie nicht gegen die Wand rennen und abstürzen, weil es keine Auffangmechanismen für diejenigen gibt, die ohne Abschluß aus der Schule kommen, oder für diejenigen, die ohne Ausbildung an den Maschinen arbeiten. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Menschen zukunftsfähig bleiben!

Manchmal höre ich, auch in der Bundesrepublik: Ja, was der luxemburgische Ministerpräsident da sagt, konkrete Beschäftigungsziele, quantifiziert, und daß der die Regierungschefs Jahr für Jahr im Dezember dazu bewegen möchte, sich wieder mit diesen Richtlinien zu beschäftigen, das ist ja alles komisches Zeug, das wird ja eh nichts. - Ich höre immer nur, was alles nichts wird. Wir müssen versuchen, in Europa einen atmosphärischen Wechsel dadurch herbeizuführen, daß wir endlich etwas tun.

(Zustimmung)

In den Nationalstaaten geschieht ja viel, und Beschäftigungspolitik ist ja in erster Linie Angelegenheit der nationalen Regierungen und Parlamente. Aber in Europa ist zwei plus zwei mehr als vier, in Europa ist zwei plus zwei fünf. Wir müssen den Versuch starten, die Atmosphäre in Europa zu verändern, damit die Menschen wieder verbrauchen, damit in Europa wieder investiert wird, damit die vielen Millionen ihre Zukunftsangst verlieren, die keine Arbeit haben oder befürchten, übermorgen keine Arbeit zu bekommen. Dies ist doch eine ureigentliche Aufgabe christlicher Demokratie in Europa! Wir haben doch dafür zu sorgen, daß sich die Menschen in unserem Sozialmodell wohlfühlen. Es reicht ja nicht, dauernd die Tugenden des Modells zu preisen. Wir müssen Schienen anlegen, damit die Menschen auch merken, daß sie in einem tugendhaften System unterwegs sind. Wer denkt, es wäre gut, jetzt den Sozialisten in Europa die Beschäftigungspolitik zu überlassen, der legt sich mit Norbert Blüm und mit mir an; das können wir so gut wie die!

(Beifall)

Ja, Norbert, ich mache was für dich; das mußt du zugeben.

(Heiterkeit)

Da müssen jetzt viele anpacken, der Bundeskanzler, andere Regierungschefs, viele Finanzminister, viele Sozialpartner. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ja nicht nur Sache der Regierungen. Hier sind doch die Tarifparteien in noch höherem Maße gefordert als die politisch Verantwortlichen. Also müssen wir auch Sorge dafür tragen, daß die Tarifparteien in Europa ihre Aufgaben übernehmen und die Dinge zum Besseren wenden. Wir müssen uns doch tagtäglich, auch von Tarifparteien, anhören, wie regiert werden muß. Dann müssen sich die Tarifparteien auch anhören, wie die Arbeitslosigkeit von ihnen abgebaut werden kann. Diese Aufgabenstellung ist doch so ernsthaft wie unsere, und das muß auch in Europa eine konkrete Umsetzung finden.

(Beifall)

Europa braucht, wenn wir es so haben möchten, wie es sein muß, damit wir nicht wieder dort hin zurückfallen, wohin wir nicht mehr zurückkehren möchten, selbstverständlich auch vital und existentiell die Erweiterung nach Ost- und Mitteleuropa.

(Zustimmung)

Das ist ja ein Thema für sich. Man stelle sich eine Sekunde vor, wir würden in einer europäischen Stadt wie Prag oder Budapest oder Bukarest wohnen; das sind so gut europäische Städte wie Leipzig, München und Saarbrücken. Nehmen wir an, wir wären 60 Jahre alt. Ich kann mir das noch nicht so richtig vorstellen. Oder sagen wir sogar, wir sind 70, damit sich auch der Kanzler im Kreise derer wähnt, die sich angesprochen fühlen sollten.

(Heiterkeit)

Nehmen wir also an, wir wären 70 und säßen in Bukarest. Ja, hat man da noch 30 Jahre Zeit? Müssen wir nicht die Ungeduld dieser Menschen verstehen, die 40 Jahre im Kommunismus gelebt haben und jetzt mit 70 gern etwas anderes hätten?

(Beifall)

Nun bin ich überhaupt nicht der Meinung, daß viele innerhalb der nächsten zehn Jahre neue Mitglieder der Europäischen Union werden müssen und werden können; sie können es nicht, und wir können es ja eigentlich auch nicht. Es ist ja eine Anmaßung der Westeuropäer, nur von den anderen zu verlangen, sie müßten sich anpassen. Wir müssen uns ja auch erst einmal anpassen, damit wir neue Mitglieder aufnehmen können. Was ist das eigentlich für eine Rede, daß wir denen, die es ohnehin schwerer hatten als wir, dauernd erklären, sie müßten sich anpassen? Auch wir müssen uns anpassen. Wir müssen die Logik des neuen Teilens erst einmal wieder erlernen, damit die Sache in Europa etwas werden kann.

(Beifall)

Nicht alle werden in den nächsten fünf Jahren Mitglied werden, aber alle müssen doch die Perspektive haben, daß sie Mitglied werden können. Es kann doch nicht sein, daß wir in unzähligen Sonntagsreden seit Kriegsende - bei mir etwas später - den Menschen immer wieder erklärt haben, verjagt die Kommunisten, und ihr werdet sehen, alles wird besser; und jetzt klopfen diese Menschen an unsere Tür, und wir entdecken unsere eigenen Probleme und sehen diese Menschen, ihre Gesichter, ihre Erwartungen und Hoffnungen nicht mehr. So kann es ja nicht gewesen sein!

(Beifall)

Dies ist nun eine Frage von Krieg und Frieden. Ich kann das nicht anders als mit Worten sagen, die Gefühle vermitteln, denn ich kann es ja nicht beweisen. Beweisstark sind ja immer nur die, die beschreiben können, was gestern war. Da gibt es ja viele, die sehr talentiert sehr profunde Erkenntnisse aus dem zu ziehen verstehen, was gestern war, was eben erst zu Ende gegangen ist, und dann erklären sie: Ja, wir haben immer schon gewußt, daß es so und nicht anders werden kann.

Aber was in den nächsten 30 Jahren ist, das spürt man, das weiß man nicht. Ich weiß nur: Wenn wir diese friedentiftende Wirkung der Europäischen Union nicht nach Polen, nicht nach Bulgarien, nicht nach Rumänien, nicht in die Tschechei, nicht in die Slowakei bis an die Grenzen anderer Kontinente bringen, dann wird dieser Kontinent, der immer ein unglücklicher, zerborstener Kontinent mit unendlichen Verwerfungen war, der sich nie selbst fand, weil er immer nur in jedem Punkt an die Nationalstaaten dachte, nicht jedoch an das Ensemble des europäischen Kontinents, dann also wird dieser Kontinent wieder ein unglücklicher werden, eben wenn wir diese Erweiterung nach Ost- und Mitteleuropa nicht schaffen. Das ist von vitaler Bedeutung für die Zukunft.

(Beifall)

Deshalb brauchen wir das Anpacken vieler, nicht nur der großen Länder. Wenn ich von kleinen Ländern rede, dann müssen Sie zugeben, daß ich davon ja etwas verstehe.

(Heiterkeit)

Es bedarf der Handreichungen vieler: Der großen Länder und der kleinen Länder. Es kann nicht so sein, daß dieses Europa ein Europa wird, in dem nur die vier oder fünf Großen diktieren würden. Wenn sich die vier großen Länder immer einig gewesen wären, dann wären

wir in Sachen Europa wesentlich weiter, als wir das heute sind. Es ist doch nicht so, daß es die kleinen Wadenbeißer waren, die Europa daran gehindert hätten, wesentliche Fortschritte dann zu machen, wenn diese von der Zeitgeschichte her in unser Aktionsheft diktiert worden sind. Es ist doch nicht an Luxemburg gescheitert, daß dieses oder jenes nicht geschehen ist.

(Heiterkeit)

Wenn man die Quellensteuer im Schnellgalopp einführen möchte, muß ich mich dem deutschen Reiter schon in den Weg stellen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wissen Sie, es sind auch viele Große zufrieden, daß sich die Luxemburger Theo Waigel mit Todesverachtung in den Weg stellen. Ich kriege zur Zeit mehr zustimmende Post aus Großbritannien als aus Deutschland. Das kann ich Ihnen sagen.

(Heiterkeit)

Es bedarf der Großen und der Kleinen. Europa wird nur etwas werden, wenn wir in Respekt vor der Nationalstaatlichkeit - jeder Nationalstaatlichkeit -, wenn wir in Respekt vor dem, was wir Heimatgefühl nennen dürfen und müssen, dieses Europa auf den Weg bringen. Wir machen doch nicht die Vereinigten Staaten von Europa. Das schaffen wir nicht, das brauchen wir auch nicht. Wir müssen nur dafür sorgen, daß sich die Deutschen in Europa wohl fühlen, daß sich die Luxemburger in Europa wohl fühlen; gleiches gilt für die Franzosen, Briten, Niederländer, für viele andere.

Es ist doch ein Projekt der Zukunft, daß jene, die sich über Jahrhunderte bekriegt und getötet haben - wir sehen ja überall in der Welt, daß dieses Verhalten überhaupt nicht von der Tagesordnung gestrichen ist -, daß diese Hunderte Millionen Menschen zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte überhaupt 1945 den Satz ernst genommen haben, der nach jedem Krieg gesagt wird: Nie wieder Krieg! Wir müssen doch den Männern und Frauen dankbar sein, die das Risiko gegen die öffentliche Meinung in Frankreich, gegen die öffentliche Meinung sonstwo auf sich genommen haben, Europa zu wagen. Wenn die es nicht gewagt hätten, wo stünden wir denn heute in Ost- und Mitteleuropa und auch bei uns?

(Beifall)

Deshalb bedarf es der Zusammenarbeit der großen und der kleinen Länder.

Kleine Länder wissen, daß sie nicht dieselben Rechte haben wie die großen. Und die großen würden einen klugen Umgang mit ihren Rechten üben, wenn sie sich von dem Verhalten der kleinen Länder hinsichtlich ihrer Rechte inspirieren ließen und sich genauso benehmen würden. Dann hätten wir ein harmonisches Europa vor uns.

Nun wird Europa ja von Menschen gemacht. Es ist nicht egal, von wem, und nicht jeder kann es. Es ist ja - ich sage das nicht nur aus Gründen der gutnachbarlichen Beziehungen und der persönlichen Freundschaft, obwohl die auch zählen - nicht nur für die Partei in Deutschland eine erlösende Nachricht gewesen, daß Helmut Kohl es noch einmal schaffen wird. Das war

doch auch für Europa eine gute Nachricht. Das wird doch auch in Europa als eine Botschaft der Zuversicht empfunden.

(Beifall)

Ja, und so reise ich wieder ab, heiter, gutgelaunt und voller Zuversicht. In Deutschland - jetzt noch in Bonn und später in Berlin, wo es so sein wird, wie es in Bonn zur Zeit ist - und in Europa wird es weitergehen, weil Helmut Kohl das bleibt, was er ist, weil die CDU allen Unkenrufen zum Trotz die radikale Europapartei in der Mitte Europas bleiben wird und weil wir deshalb alle Garantien haben, daß dieses Europa nicht, wie so oft schon angekündigt, rot wird. Vielmehr bleibt es so, wie es den Menschen gefällt: bunt, gemischt, farbenfroh, eigentlich schwarz. - Ich danke.

(Heiterkeit und langanhaltender Beifall –
Die Delegierten erheben sich)

Arnold Vaatz, Forumsleitung: Lieber Herr Ministerpräsident Juncker, Sie haben es am Beifall gehört: Ihre ruhige, dabei hochintelligente und aufrüttelnde Rede hat uns aus der Seele gesprochen und war ein Höhepunkt dieses Parteitages.

(Beifall)

Wir sind sicher, daß wir mit Menschen wie Ihnen Europa tatsächlich gemeinsam gestalten können und uns nicht bange sein muß. - Nun hat das Wort Herr Professor Maier. Bitte.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans Maier: Herr Tagungspräsident! Herr Parteivorsitzender! Herr Premierminister! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich hoffe, Sie haben noch ein wenig Zeit und Geduld für eine Dame, die unsichtbar über diesem dritten Forum schwebt, die phoenikische Königstochter Europa, und natürlich auch Zeit für den Stier. Was wäre Europa ohne den Stier?

Bei der bewegenden Rede von Jean-Claude Juncker habe ich gedacht, daß Ältersein manchmal auch ein Vorteil sein kann. So habe ich zum Beispiel Robert Schuman, den Lothringer und Luxemburger, in meiner Studentenzeit in Freiburg bei einer seiner letzten Reden - er war der erste Präsident des Europarates - noch erleben können. Ein Satz daraus ist mir bis heute in Erinnerung geblieben: „Der Mensch muß eine Heimat haben.“ Welche Heimat wird Europa für uns sein?

Meine Damen und Herren, wir erleben heute die Welt als Einheit. Zumindest gilt das im Hinblick auf Technik, Handel, Ökologie, Medien, Verkehr. Konferenzschaltungen verbinden mühelos Teilnehmer aus fünf Kontinenten miteinander. Korrespondenten melden sich in den Fernsachrichten in Sekundenschnelle aus den entgegengesetzten Orten der Welt.

In der Guckkastenbühne des Fernsehens wird die Welt zur Kleinstadt, ja zum Dorf. Ein Klima der universellen Präsenz entsteht, vor dem alles Exotische vergeht. Schriftsteller, Poeten haben es heute schwer: keine Zauberberge mehr, kein wüstes Land, kein Artus-Reich, kein Märchenorient; die Blumen des Bösen blühen an allen Ecken, und die künstlichen Paradiese stehen in allen Reisekatalogen. Das Fernste ist nah und das Nächste fern. Feste Orte und archi-

medische Punkte verschwinden. Die Welt wird zum Spielplatz, zum Beobachtungsgelände. Der Mensch geht hindurch wie ein universeller Voyeur und Flaneur.

Kein Zweifel, die Welt wird heute von immer mehr Menschen als eine einzige Welt gesehen und erlebt, was sie jahrhundertlang höchstens in Entwürfen und kühnen Vorwegnahmen des Geistes war. Die Welt war lange Zeit „Welt“ nur in beschränkten, geographisch scharf umrissenen Räumen: Mesopotamien, Indien, China, das Alexanderreich, Rom. Diese Räume blieben gegeneinander isoliert. Erst in der jüngeren Geschichte entwickelten sich dauerhafte internationale Beziehungen, stärkere wechselseitige Abhängigkeiten der Staaten und schließlich so etwas wie eine Weltgesellschaft und ein Weltbewußtsein.

Während die älteren Reiche in historischen Sackgassen endeten, begann in der Neuzeit ein Prozeß universeller Verflechtung der Völker und Nationen. Heute bilden die früher getrennten Völkerfamilien eine Lebens- und Schicksalsgemeinschaft rund um den Globus - wie es scheint, endgültig und unwiderruflich.

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, hat in Europa begonnen. Man spricht daher mit gutem Grund von einer „Europäisierung der Welt“, von der „Weltgeschichte Europas“. Bis zum Ersten Weltkrieg war das europäische Staatensystem das Zentrum der Weltpolitik. Neben den europäischen Mächten galten nur die Vereinigten Staaten von Amerika und Japan als Großmächte. Europa war die wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche Vormacht schlechthin.

Das änderte sich nach 1918. Mit dem revolutionären Rußland und dem demokratischen Amerika traten die Erben Europas in die Weltgeschichte ein. Dann zerstörten die Politik Hitlers und Stalins und der Zweite Weltkrieg das verhängnisvoll geschwächte Europa gänzlich. Es wurde nach 1945 zum erstenmal in seiner Geschichte geteilt und verlor für längere Zeit seine politische Handlungsfähigkeit. Im Ost-West-Konflikt ging die Grenze mitten durch Europa hindurch, während sich Asien und Afrika endgültig von der europäischen Vorherrschaft freimachten und die Kolonialreiche der Engländer, Franzosen, Holländer, Belgier, Portugiesen sich auflösten.

Aber selbst diese Schwächeperiode Europas hat die europäische geistig-politische Dynamik nicht brechen können. Im Westen kamen seit 1951 auf Initiative Robert Schumans, Konrad Adenauers, Alcide De Gasperi Prozesse wirtschaftlicher und später politischer Zusammenarbeit in Gang.

1967, aus der Fusion der drei Gemeinschaften, entstand die Europäische Gemeinschaft, gefolgt von einer Teilexekutive - Ministerrat, Kommission -, einem Europäischen Gerichtshof und einem seit 1979 von den Völkern direkt gewählten Parlament. Ende 1992 war der europäische Binnenmarkt vollendet. 1993 lag mit dem hart umkämpften Vertrag von Maastricht ein erster verbindlicher Bauplan für ein europäisches Haus vor. 1999 soll die Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung des Euro abgeschlossen werden.

Diese Entwicklung verband sich seit den 80er Jahren mit den von Polen ausgehenden Freiheitsbewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, die im Zeitraum von 1989 bis 1991 zum Sturz der kommunistischen Herrschaft und zur Auflösung der Sowjetunion führten. Damit war die durch die weltpolitische Polarisierung erzwungene Teilung Europas beendet, und es bot

sich auch für den Osten Europas die Chance einer übernationalen Zusammenarbeit und Integration. Freilich ist Europa in den zentralen Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik trotz vielversprechender Ansätze bisher weder in Ost- noch in Westeuropa eine selbständige, handlungsfähige Einheit.

Über Europa, über europäische Überlieferungen und Eigentümlichkeiten wird heute viel nachgedacht und diskutiert. Worin liegt die europäische Eigenart? Was heißt „europäische Integration“? Wohin steuert die Europäische Union? Ist Europa ein Vaterland, oder besteht es aus Vaterländern? Gehen die Nationen in ihm auf, oder haben sie eine europäische Zukunft?

Die Entwicklung Europas zum Zentrum von Wirtschaft, Politik und Zivilisation ist lange vorbereitet, im Grunde schon in den mittelmeerischen Kulturen der Antike. Schon damals begannen sich, trotz räumlich engem Zusammenhang, Orient und Okzident als etwas Verschiedenes zu empfinden.

Zwei Beispiele: In den „Persern“ des Aischylos werden die Griechen den Persern mit den Worten vorgestellt: „Keines Menschen Knechtes sind sie, keinem Menschen Untertan.“ Und bei Herodot erregt Solon das Erstaunen des Lyderkönigs Krösus, weil er den Nahen Osten „philosophierend“, allein um der theoretischen Erkenntnis willen, bereist.

Hier werden Grundzüge des europäischen Zugangs zur Welt sichtbar: politisch in der Freiheit gleichberechtigter Menschen - im Unterschied zu Herrschaft und Knechtschaft in orientalischen Reichen -, philosophisch im freien Erkunden und Wissenwollen, im Gegensatz zu östlicher Weisheit und Versenkung. Das reicht bis hinein in unterschiedliche Körperhaltungen: auf der einen Seite das forschend-erfahrene Unterwegssein, auf der anderen die Meditation und das regungslos gesammelte Sitzen. Man stelle sich eine griechische Statue und daneben eine Buddha-Statue vor.

In diesen äußeren Verhältnissen Europas, aber noch mehr in der inneren Haltung der Europäer liegt es begründet, daß sich Europa immer wieder gegen Versuche der Selbstbestimmung, der Unterwerfung von außen behauptet hat. Es hat sich im Laufe der Jahrhunderte erfolgreich gegen viele Eroberer aus dem Osten und Südosten - Perser, Hunnen, Mongolen, Türken - zur Wehr gesetzt. Aber auch Hegemonialbildungen im Inneren Europas waren glücklicherweise nie von Dauer. Die europäische Staatenwelt war pluralistischer und vielgliedriger als die der byzantinischen, mongolischen, osmanischen und großrussischen Nachbarn. Neben Großreichen und Nationen haben im europäischen politischen Haushalt immer wieder auch kleine Länder, Stadtstaaten, föderative Gebilde eine besondere Rolle gespielt.

Das werdende Europa wird getragen von Romanen, Germanen und Slawen. Aus dem allmählichen Zerfall der griechischen Oikumene gehen die slawischen Völker und Sprachen hervor, aus den Resten des römischen Reiches erwächst die Sprach- und Völkervielfalt der Romania. Die germanische Welt kommt als kräftiges Ferment der Staatenbildung hinzu. Klöster und Kathedralschulen schaffen eine ganz Europa formende Bildungstradition. Es entsteht ein europäischer Kulturraum, geprägt vom Christentum, der sich immer wieder herausfordern läßt von antiken Überlieferungen der Poesie und der Philosophie und der auf der Grundlage des Lateinischen, im Osten des Griechischen und des Kirchenslawischen, eine Fülle nationaler Literaturen hervorbringt.

Trotz gemeinsamer Prägungen - man denke an das Rittertum - und gemeinsamer Unternehmungen - man denke an die Kreuzzüge, später an die Kolonisation - bleibt dieses Europa in sich spannungsreich und dialektisch. Es verfestigt sich weder in einer Theokratie noch in östlichen Formen des Caesaropapismus. Aus dem mittelalterlichen Kampf der Universalgewalten Kaiser und Papst geht kein neues „Drittes Rom“ hervor. Vielmehr werden die modernen Völker und Staaten die Erben des mittelalterlichen Universalismus.

In der im späten Mittelalter sich bildenden europäischen Staatengemeinschaft erkennt man bereits die Umrisse der modernen Nationalstaaten und Mehrvölkerstaaten. Die europäische Ausbreitung über die bewohnte Welt, die jetzt beginnt, wird von Nationen getragen und vorangetrieben - Portugiesen, Spanier, Engländer, Holländer, Franzosen -, wobei sich Motive der Mission, der Suche nach einem christlichen Reich im Osten, der Entdeckungs- und Eroberungslust, auch der Gold- und Herrschgier überlagern. So entsteht ein durch Verkehr und Handel verbundener europäisch-atlantischer Raum. Der Atlantik wird aus dem gefahrendrohenden Okeanos des Mittelalters zu einem vertrauten europäischen Binnenmeer. Europa richtete sich in Amerika häuslich ein, während es in Asien bis heute immer Gast geblieben ist.

Das neuere Europa ist von der christlichen Tradition geprägt, aber in Konfessionen gespalten - Orthodoxe, Katholiken, Protestanten. Es ist eine Zivilisationsgemeinschaft, die aber oft durch Staatenrivalitäten und Kriege erschüttert wird. - Jean Claude Juncker hat gerade daran erinnert. Es bildet ein zunehmend einheitliches, ein europazentrisches Geschichtsbild und ein Recht der zivilisierten Staaten, eine gemeinsame europäische Rationalität und Technik aus. Aber es weckt in den unterworfenen Völkern der Welt zugleich den Wunsch nach Befreiung und Selbstverfügung.

Auf dem Weg der Kolonialisierung, der Ausbreitung der europäischen Zivilisation, des diplomatischen Verkehrs, des internationalen Rechts entsteht im Lauf der neueren Jahrhunderte ein Weltstaatensystem, in dem die Dynamik Europas globale, den ganzen Erdkreis umspannende Dimensionen gewinnt.

Wir fragen uns heute: Gibt es ein gemeinsames, aus dieser Geschichte erwachsendes Bildungsverständnis der europäischen Völker, einen europäischen Bildungsbegriff? Nun, es gibt ihn gewiß, man muß nur danach suchen.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der europäischen Völker gründet in Erfahrungen einer gemeinsamen Geschichte, einer gemeinsamen Erziehung. Über Jahrhunderte hin beherrschen Kirche und Geistlichkeit die Formen der Bildung an Schulen und Hochschulen. Das ist bis heute noch hörbar im Gleichklang der Worte Geistlicher und Gebildeter in vielen europäischen Sprachen, in allen romanischen zum Beispiel, und im kirchlich-pädagogischen Doppelsinn der Worte Schule - Schola.

Nun, davon ist vieles heute verblaßt. Wir müssen nüchtern fragen: Was kann noch auf allgemeine Anerkennung rechnen, was kann und soll wieder lebendig gemacht werden? Welche Minima eines europäischen Bildungsbegriffs sollen und können wir den künftigen Schulen und Hochschulen Europas empfehlen und der erzieherischen Arbeit der nächsten Jahrzehnte zugrunde legen? Der Schweizer Pädagoge und Politiker Eugen Egger hat in einem Entwurf zu einer Charta des europäischen Bildungswesens folgende Kernsätze festgestellt:

Kein europäisches Verständnis ohne Bezug zur griechisch-römischen Antike. Keine europäische Sendung ohne christliche Weltanschauung. Keine europäische Schule ohne die Rationalität des Humanismus. Keine europäische Gesellschaft ohne die auf Gleichberechtigung, Freiheit und Solidarität beruhende Demokratie. Keine europäische Wirtschaft ohne Ausgleich zwischen reich und arm, zwischen Natur und Technik, zwischen Kapital und Arbeit. Keine europäische Politik ohne Tradition in der Weltoffenheit, ohne Glauben an die Zukunft.

Athen, Rom, Jerusalem; Griechentum, Römertum, jüdisch-christliche Tradition - diese drei Säulen tragen bis heute die gemeinsame Erbschaft, die Europa gestiftet hat. Vernunft, Freiheit, Humanität - auf diesen Werten beruht die europäische Kulturgemeinschaft. Sie geht in der Tat weit über den Geist einer rein wirtschaftlichen, ja selbst einer politischen Zweckgemeinschaft hinaus. Eine politische Union, eine gemeinsame europäische Verfassung oder gar die „Vereinigten Staaten von Europa“ - von Winston Churchill in Anlehnung an Immanuel Kants „Föderalismus freier Staaten“ in seiner berühmten Rede in Zürich 1946 gefordert - all dies läßt sich nur sehr behutsam auf den Grundwerten europäischer Tradition aufbauen.

Geographisch war Europa stets nur eine Fortsetzung Asiens. Kulturell und politisch verhielt es sich durch Jahrhunderte umgekehrt. Vor allem in der Neuzeit wurde der europäische Kontinent zum Zentrum von Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilisation - zu jenem Teil der Erde, in dem sich auf engstem Raum die größte Kraft des Völkerlebens zusammendrängte.

Kehren diese Zeiten wieder? Tritt Europa aus dem Schatten der Geschichte? Werden die Teilungen der Nachkriegszeit überwunden? Entsteht ein gemeinsames „europäisches Haus“?

Es war richtig, daß die Europäische Gemeinschaft auf die Vorgänge in Ost- und Mitteleuropa 1989/90 nicht mit einer Verlangsamung, sondern mit einer Beschleunigung des Integrationsstempos geantwortet hat. Heute erkennen wir freilich, daß das auch Probleme mit sich brachte. Erstmals verbreitete sich nicht nur in England, sondern auch in den klassischen Europa-Nationen Frankreich, Deutschland, den Benelux-Ländern - vom Norden Europas nicht zu reden - eine gewisse Europa-Skepsis. Viele fühlten sich durch Gangart und Tempo überfordert. Der Ruf nach parlamentarischer und demokratischer Legitimation wurde stärker. Die Demokratie-Defizite einer vorwiegend technisch und administrativ vorangetriebenen Integration traten ins öffentliche Bewußtsein. Endlich hat sich in den vergangenen Jahren auch die Lage in Mittel- und Osteuropa differenziert.

Die Osterweiterung ist inzwischen zum Hauptthema der EU geworden. Wie der Beitritt sich tatsächlich abspielen wird, ist noch offen. Vom Sicherheitsbedürfnis dieser Länder her - und auch von ihrer kulturellen Zugehörigkeit - wäre ein rasches Vorgehen wünschenswert, wirtschaftlich freilich würde ein geschlossener Beitritt auch Probleme aufwerfen.

Eines ist sicher: Die wirtschaftliche und politische Integration Mittel- und Osteuropas ist für die Europäische Union eine Aufgabe von großer Dringlichkeit. Hier entscheidet sich letztlich, ob Osteuropa nach dem Fall der Mauern eine europäische Zukunft haben wird oder nur eine postkommunistische.

(Vereinzelter Beifall)

Insbesondere für Deutschland steht hier viel auf dem Spiel. Es gilt, alte wirtschaftliche Verflechtungen, alte Handelsstrukturen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn neu zu beleben, damit die Teilungen der Nachkriegszeit überwunden werden und das Wohlstandsgefälle nach Osten hin allmählich abgebaut wird.

Europa braucht eine Konzeption, die es in die Lage versetzt, seine Egoismen zu überwinden. Ein Kontinent, der in einem langen und schmerzhaften Prozeß die Prinzipien der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität, der Freiheit und des Friedens entwickelt, erkämpft und erprobt hat, muß jetzt seine Fähigkeit beweisen, diese Maximen auch für seine eigene staatliche und gesellschaftliche Ordnung unter neuen Bedingungen in einem größeren Rahmen anzuwenden. Die Realisierung dieser Aufgabe wird nicht nur den europäischen Völkern zugute kommen. Gewinnt Europa seine Dynamik, seine geistige Ausstrahlungskraft zurück, so wird es auch wieder - wie früher - auf die Welt wirken.

Erforderlich ist dazu die Entwicklung eines neuen Gefühls europäischer Zusammengehörigkeit. Die Probleme der Bevölkerung in entfernt liegenden Regionen Europas sollten uns genauso wichtig werden wie die Probleme im eigenen Land.

Von einer solchen Solidarität sind wir aber noch weit entfernt. Das zeigte die Hilflosigkeit Europas angesichts der serbischen Aggression im ehemaligen Jugoslawien, das zeigt die Schwäche gegenüber der internationalen Macht der Mafia und des Euroterrorismus. Noch sind wir weit davon entfernt, solche Bedrohungen als gemeinsame Bedrohung zu empfinden - und die daraus erwachsenden Aufgaben als gemeinsame Aufgaben.

Eine solche Solidarität und ein solches Zusammengehörigkeitsbewußtsein sind freilich nicht durch Aufrufe und durch die Pflege einer vordergründigen Europabegeisterung zu erreichen. Hier sind wir sehr viel nüchterner geworden als in den frühen Zeiten der europäischen Zusammenschlüsse. So unbefriedigend und unzureichend die bisherige Praxis der europäischen Zusammenarbeit für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäer auch gewesen ist, die Pragmatik der Europa-Politik hat uns doch auch vor Illusionen bewahrt und auf die entscheidenden Probleme hingelenkt.

Auch der Europaskepsis der Briten kann man in diesem Zusammenhang durchaus positive Seiten abgewinnen. Es ist ja besser, ein Zug kommt langsam und gleichmäßig in Bewegung, als daß er bei allzu rascher Fahrt aus den Gleisen springt.

Nach Westen wie nach Osten gilt es, Vertrauen zu erhalten und neues Vertrauen aufzubauen. Die mit 50 Jahren Verspätung nun doch noch zustande gekommene europäische Friedensordnung muß mit Leben erfüllt werden. Freundschaftliche und mitmenschliche Beziehungen zu den europäischen Nachbarn im Osten sollten sich ebenso entwickeln, wie sie sich in den ersten Nachkriegsjahrzehnten im europäischen Westen, Süden und Norden entwickelt haben.

Daß dabei noch manche Verwundungen zu heilen sind - besonders im deutsch-polnischen, aber auch im deutsch-tschechischen Verhältnis -, daß auch Rückschläge in Kauf genommen werden müssen, sollte uns angesichts der gleichfalls nicht einfachen Einigungsgeschichte im westlichen Europa in den letzten 30 Jahren nicht schrecken.

In den nächsten Jahren werden gewaltige Anstrengungen des Ausgleichs von uns verlangt werden. War und ist die Europäische Union der großangelegte Versuch im Westen, Norden und Süden Europas, wirtschaftliche Prosperität und vergleichbare Lebensverhältnisse für alle zu schaffen, so stellt sich diese Aufgabe in den nächsten Jahrzehnten ebenso für Mittel-, Ost- und Südosteuropa, nur daß dort die Ausgangssituation viel schlechter, die Erwartungen höher und die Menschen ungeduldiger sind; denn immerhin sind wir heute vom Kriegsende mehr als 50 Jahre entfernt.

Manche meinen - vor allem in Deutschland -, man müsse nur dem Nationalstaat und den nationalen Traditionen gänzlich abschwören, und sogleich sähe die europäische Zukunft freundlicher aus. Das ist, wie ich fürchte, eine Selbsttäuschung. Gewiß ist ein Europa der Regionen wünschenswert, und gerade Deutschland hat hier aus seiner föderalistischen Tradition, aus seiner landsmannschaftlichen und kulturellen Vielfalt vieles beizusteuern. Auf Elemente des Nationalstaates wird aber auch das künftige Europa nicht verzichten können.

Die Imperien, die Reiche, schwinden in der gegenwärtigen Welt. Nationalsozialismus und Kommunismus sind - zumindest in Europa - untergegangen. Verschwunden sind auch die Kolonialreiche britischer, französischer, niederländischer und anderer Observanz. Viele neue Staaten sind entstanden. Überblickt man die letzten Jahrzehnte, so geht die Tendenz eher zum Kleinstaat als zum Weltstaat. Das ist zunächst einmal etwa Positives. Ein Kleinstaat ängstigt nicht. Aus einem Weltstaat dagegen kann man nicht mehr emigrieren. „Föderalistische“ Staaten - in einem weiten Sinn verstanden - sind überall in der Welt am Vordringen, auch in unseren Nachbarländern, in Italien, in Frankreich, in Spanien. Alle drei Länder haben sich in einem bescheidenen, aber fühlbaren Maß föderalisiert. Dies alles ist sehr begreiflich: Die technische und mediale „eine Welt“, das große Welt-Dorf vor unseren Fernsehaugen verlangt ein Gegengewicht. Je einheitlicher, je uniformer die Welt wird, desto stärker ist das Verlangen nach „Heimat“, nach überschaubaren, erlebbaren Verhältnissen. Nur in solchen begrenzten Räumen kann sich ja Verantwortung bilden, kann ein Verantwortungsgefühl entstehen.

(Beifall)

Wenn aber einerseits die Imperien verschwinden, andererseits die „Basis“ der Staaten tiefer gelegt wird, dann bedarf es einer Auffangstellung, und das dürfte ein reformierter, ein kooperativer, ein durch Minderheitenschutz domestizierter Nationalstaat sein. Denn der Prozeß der Aufteilung, der Zersplitterung in kleine und kleinste politische Gebilde darf nicht bis zur völligen Atomisierung weiterwuchern. Sonst schüfe man nur einen Anreiz für die Entstehung neuer Hegemonialstaaten.

So wird die gegenwärtige Lage Europas von allen Beteiligten Phantasie und gestalterische Energie fordern. Eine umfassende Analyse der sozialen und politischen Tatsachen ist nötig. Dabei sollte man das ganze Jahrhundert im Blick haben und die Erfahrungen der Vergangenheit bedenken - in einer Situation, in der die Euphorien des Jahres 1989 verfliegen sind, in der an die Stelle des raschen Gipfelsturms die „Mühen der Ebene“ getreten sind.

Eine Erfahrung aus unserem Jahrhundert ist diese: Die modernen totalitären Imperien sind nicht zufällig entstanden. Sie waren - zumindest auch - Reaktionen auf Defizite und Verwerfungen in der modernen Freiheitsgeschichte. Hat nicht die Ablösung der älteren Sozialethik

durch den Geist individualistischer Emanzipation auch in Einseitigkeiten und Sackgassen geführt? Hat sie nicht jene soziale Krise ausgelöst, deren Vorspiel im 19. Jahrhundert die soziale Frage war und die im 20. Jahrhundert die politische Demokratie in Europa an den Rand des Scheiterns brachte? Sind nicht moderne Sozialbewegung und Sozialgesetzgebung seit den Reformen des 19. Jahrhunderts eine einzige Korrektur dieser Emanzipation, dieses emanzipatorischen Freiheitsverständnisses gewesen? Ist die ökologische Bewegung heute nicht eine zweite, vielleicht noch einschneidendere Korrektur?

Ich meine, Freiheit wird nach den modernen Totalitarismen nicht mehr einfach in den Begriffen des 19. Jahrhunderts buchstabiert werden können. Die Geschichte kehrt nicht an ihren Ausgangspunkt zurück. Der ideologische Sozialismus war die Perversion der Gerechtigkeit, so wie der Faschismus die Perversion der Gemeinschaft war. Perversionen löschen aber die berechtigten Fragen nach Gerechtigkeit und Gemeinschaft nicht aus. So wird es eine Aufgabe der Zukunft sein und bleiben, den Freiheitsbegriff von individualistischen Verengungen zu befreien, ihm jene soziale Dimension zurückzugeben, die aus der Geschöpflichkeit des Menschen, aus seiner Hilfs- und Ergänzungspflicht erwächst. Das ist eine Aufgabe auf lange Frist. Sie muß in geduldiger Arbeit, ohne Hast und in einem ständigen Dialog mit Andersmeinenden entwickelt werden. Erst wenn dieser Aufbau einer neuen Ethik im kommenden Europa gelingt, wird das totalitäre Erbe dieses Jahrhunderts endgültig überwunden sein. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Arnold Vaatz, Forumsleitung: Ganz herzlichen Dank, lieber Herr Professor Maier. Sie haben die Tagesfragen aus einer hochsensiblen und faszinierenden Einsicht in die Seele Europas behandelt und haben dabei äußerste Spannung und äußerstes Interesse erregt. Vielen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt sprechen drei Gastredner zu uns, die alle erklärt haben, sie könnten mit einem Zeitlimit von fünf Minuten zurechtkommen.

(Beifall)

Ich bitte zuerst Herrn Klaus Welle, Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, an das Pult.

Klaus Welle: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich Ihnen sehr herzlich für die Gelegenheit danken, als Generalsekretär der Europäischen Volkspartei, des Zusammenschlusses der christdemokratischen Parteien in der Europäischen Union, heute zu Ihnen sprechen zu können. Sie sind vielleicht verwundert, daß es in Europa noch Christdemokraten gibt. Nach der Wahlberichterstattung über Blair und Jospin hatte man fast den Eindruck, in Europa gebe es nur noch Sozialisten. Ich darf Ihnen allerdings versichern, daß fünf von 15 Regierungschefs und 30 Prozent der Abgeordneten im Europäischen Parlament sich nach wie vor zur Christdemokratie bekennen. Die Wahlen in Polen hatten zur Folge, daß in Mitteleuropa - nach Rumänien, Bulgarien und Litauen - nun auch in Polen die Sozialdemokraten aus der Regierung abgelöst worden sind.

(Beifall)

Nach Amsterdam konnte man häufig Klagen darüber hören, es ginge alles viel zu langsam. Es ginge nicht voran. Es wurde die Frage gestellt, ob sich der Vertrag von Amsterdam überhaupt gelohnt habe.

Vielen ging es zu langsam, viele sind ungeduldig, viele sind auch enttäuscht, daß Fortschritte immer nur in Schritten erreicht werden. Aber alle kleinen Schritte der letzten 15 Jahre zusammengekommen - Einheitliche Europäische Akte, Erweiterung um Spanien und Portugal, Maastrichter Vertrag, Aufnahme Österreichs, Finnlands und Schwedens, die Währungsunion, die Beitrittsverhandlungen mit den Staaten in Mitteleuropa -, haben das Gesicht dieses Kontinents in einem solchen Ausmaß verändert, wie es vielleicht vorher in so kurzer Zeit noch nie geschehen ist. Viele Reformen sind zum Schluß eben auch eine Revolution.

Wir werden im 21. Jahrhundert in einer bundesstaatlich organisierten Europäischen Union leben, die sich gleichberechtigt mit den Vereinigten Staaten, mit Rußland, mit China und Südostasien den globalen Herausforderungen stellen kann. Das wird uns Europäern die Souveränität zurückgeben, die wir durch eigenes Verschulden in zwei blutigen Weltkriegen mit fast 100 Millionen Toten verloren haben.

Das 21. Jahrhundert muß auch ein europäisches Jahrhundert sein. Wir können uns als Europäer nicht an den Rand der Geschichte drängen lassen. Wir nehmen als Europäer unser Schicksal wieder in die eigene Hand. Europa ist kein Auslaufmodell, wie einige meinen, kein Produkt des kalten Krieges, sondern unser Ticket für die Zukunft.

(Beifall)

Auf den Trümmern des Zweiten Weltkrieges, den Konzentrationslagern der Nazibarbarei entkommen, das Grauen noch in den Knochen, haben sich unsere Großväter entschlossen, als Europäer gemeinsam eine Schicksalsgemeinschaft einzugehen. Über den Kern der Wirtschaft, damals Kohle und Stahl, sollte gemeinsam entschieden werden.

Heute dominieren nicht mehr Kohle und Stahl, sondern die Geld- und Finanzmärkte. Die Entscheidung über die gemeinsame Währung ist deshalb im Kern die Frage an eine neue Generation, ob sie bereit ist, das Versprechen der Gründerväter unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts zu erneuern.

Die CDU ist immer die Partei für die großen und mutigen Richtungsentscheidungen gewesen. Die CDU hat die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt - gegen den Widerstand der Sozialdemokraten. Die CDU hat die Bundeswehr eingeführt - gegen den Widerstand der Sozialdemokraten. Wir haben den NATO-Doppelbeschluß umgesetzt - gegen den Widerstand der Sozialdemokraten, die sogar ihrem Kanzler in den Rücken gefallen sind, und gegen Hunderttausende, die dagegen demonstriert haben.

Und wir haben die deutsche Einheit durchgesetzt, als andere noch mit dem Taschenrechner dabei waren, die Kosten zu kalkulieren, um festzustellen, ob es nicht vielleicht zu teuer würde.

Wir werden auch den Euro durchsetzen, auch gegen Widerstände der Sozialdemokraten, aber natürlich bevorzugt mit den Sozialdemokraten. Und wenn Schröder auf Euroskepsis

macht, dann wird er dasselbe Schicksal erleiden wie Spöri in Baden-Württemberg oder Voscherau in Hamburg.

(Beifall)

Deutschland hat nach 1990 noch einmal die Chance bekommen, als ein Volk in Partnerschaft und Freundschaft mit seinen Nachbarn die Zukunft zu gestalten. Wir sind erst im Jahre sieben der deutschen Einheit. Der historische Beweis für eine dauerhaft gelungene Einbettung des größeren Deutschlands in Europa ist noch nicht erbracht. Dummheit und Arroganz, eng und falsch verstandenes nationales Interesse, mangelndes historisches Bewußtsein können das Erreichte noch gefährden.

Wir in der CDU müssen die politische Kraft sein, die Kurs hält, die Europa und nationales Interesse zusammenbindet.

Viele Völker Europas richten ihre Hoffnungen auf Deutschland. Sie richten ihre Hoffnungen auf die CDU, die alle wesentlichen Richtungsentscheidungen in diesem Land seit 1949 getroffen hat, von der Sozialen Marktwirtschaft bis zur deutschen Einheit. Europa gehört wie die Soziale Marktwirtschaft zum Kern unserer Identität als Christdemokraten in der CDU und in der Europäischen Volkspartei.

Sie entscheiden heute nicht nur über den europapolitischen Kurs der CDU. Die CDU entscheidet auch über den europapolitischen Kurs Deutschlands, und ohne Deutschland ist das geeinte Europa nicht zu bauen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

Arnold Vaatz, Forumsleitung: Vielen Dank, Klaus Welle. Das Wort hat jetzt Hartmut Paul, Präsident der Industrie- und Handelskammer Sachsen. Bitte, Herr Paul.

Hartmut Paul: Sehr geehrter Herr Premierminister! Sehr geehrter Herr Tagungspräsident Vaatz! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß Sie mir die Gelegenheit geben, stellvertretend für den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages, Herrn Stihl, die Sicht der Wirtschaft zu den von Ihnen formulierten Leitsätzen zur Europapolitik vorzutragen. Ich tue dies zugleich auch als Unternehmer aus Sachsen. Und ehrlich füge ich hinzu: Ich bin auch stolz, als Sachse auf Ihrem Parteitag in Leipzig, wo ich groß geworden bin, sprechen zu dürfen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Europa ist Deutschlands Chance. Diesen Satz kann ich auch aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre nur unterstreichen. Der hier diskutierte Leitantrag formuliert Grundsatzpositionen, die von der Wirtschaft weitgehend geteilt werden.

Europa ist heute wichtiger denn je für unser Land. Sie alle kennen die Zahlen: Jede dritte in Deutschland verdiente Mark wird im Export erwirtschaftet, und zwei Drittel unserer Exporte gehen in die Länder der Europäischen Union. Kein Land in Europa ist in solchem Maße abhängig davon, daß der innergemeinschaftliche Handel frei von Beschränkungen bleibt. Aber auch kein Land ist in so hohem Maße daran interessiert, daß es nicht zu einer Neuauflage von

Handelskriegen und Protektionismus oder zu einer Renationalisierung der Wirtschaftspolitik kommt. Die Folgen einer solchen Entwicklung für die deutsche Wirtschaft liegen heute jenseits jeden Vorstellungsvermögens.

Das sage ich nicht ohne Grund; denn wie verführerisch auch heute der Rückfall in nationale Denkkategorien ist, haben die Debatten um das Entsendegesetz oder um die Beihilfepolitik mehr als deutlich gemacht.

Wir in den neuen Bundesländern verbinden den Begriff Europa aber auch mit der Erfahrung konkreter Hilfe und Unterstützung. Die europäische Strukturpolitik hat mit dazu beigetragen, daß sich in Ostdeutschland Ansätze einer wettbewerbsfähigen Industriestruktur herausgebildet haben und sich die Anzahl rentabler Unternehmen erhöht hat.

In der laufenden Förderperiode von 1994 bis 1999 werden die neuen Bundesländer mit über 13 Milliarden Ecu aus europäischen Mitteln unterstützt. Allein nach Sachsen fließen in der laufenden Förderperiode über 3,7 Milliarden Ecu. Das sind 22 % der EU-Strukturfondsmittel, die für Deutschland insgesamt bestimmt sind. Die Solidargemeinschaft der Staaten der Europäischen Union hat sich hier bewährt, auch wenn sie nicht immer widerspruchsfrei wirkt.

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein politisch und wirtschaftlich geeintes, nach außen offenes und starkes Europa, das auf ordnungspolitisch gesundem Fundament steht. Jedes Land muß seinen Beitrag leisten, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaft zu stärken. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß das europäische Gesellschaftsmodell Zukunft hat.

Zukunft im nationalen Wettbewerb, das bedeutet vor allem, der Binnenmarkt muß vollendet werden, denn ohne den innereuropäischen Wettbewerb werden wir es nicht schaffen, uns auf den Weltmärkten zu behaupten. Der Binnenmarkt braucht vor allem ein einheitliches Mehrwertsteuersystem, und er muß durch eine gemeinsame Währung gestärkt werden.

Deshalb begrüße ich es, daß sich die CDU in dem heute hier diskutierten Leit Antrag unmißverständlich dazu bekennt, daß beides gilt: die in Maastricht festgelegten Bedingungen für eine dauerhaft stabile Währung und der Fahrplan, den sich die Gemeinschaft selbst verordnet hat.

(Beifall)

Denn beides, meine Damen und Herren, die Einhaltung der Stabilitätsbedingungen und die Einhaltung des Termins, ist notwendig, wenn Europa in seinem Willen zur weiteren Integration auch nach außen hin wirksam werden soll.

Übereinstimmung, meine Damen und Herren, sehe ich auch zum Bekenntnis für die Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osten. Dies ist in der Tat eine zentrale Herausforderung, der wir uns in den kommenden Jahren stellen müssen. Die Osterweiterung der Europäischen Union - das sage ich ganz besonders als Unternehmer aus den neuen Bundesländern - hat nicht nur eine politische Dimension, sie ist speziell für uns hier im östlichen Teil Deutschlands auch eine ökonomische Chance. Gerade wir, die wir über Jahrzehnte Europa als Hort der Freiheit, des Wohlstands und als unsere Hoffnung gesehen haben, gerade wir, die wir nach der Wende über Nacht, nahezu automatisch, Mitglieder dieser politischen Wer-

tegemeinschaft geworden sind, gerade wir könnten es nicht hinnehmen, wenn Europa seine Tore geschlossen hielte für jene Staaten in Ost- und Mitteleuropa, die sich für Demokratie und Marktwirtschaft entschieden haben.

(Beifall)

Es ist aber auch ökonomisch von zentraler Bedeutung, daß der europäische Binnenmarkt mit all seinen Chancen für Wachstum und Wohlstand nicht 150 km östlich von Leipzig endet. Die Erweiterung der Gemeinschaft nach Osten ist aus meiner Sicht die Voraussetzung und die Chance zur Unterstützung einer weiteren nachhaltigen Entwicklung der neuen Bundesländer. Diese Chance müssen wir nutzen.

Meine Damen und Herren, vor uns liegt ein hartes Stück Arbeit. Und wenn ich dies kritisch anmerken darf: Ich meine, dies müßte die CDU in ihrem Leittrag auch deutlicher formulieren. Dazu gehört nicht nur die institutionelle Fortentwicklung der Gemeinschaft, sondern auch die Verbesserung ihrer Handlungsfähigkeit. Die Osterweiterung muß finanziell verkraftbar sein. Ohne eine grundlegende Reform der Agrar-, Struktur- und Regionalpolitik, nicht zu vergessen eine wirtschaftsbezogene Sicherheitsspolitik wird dies nicht gelingen. Ich meine, die CDU wäre gut beraten, wenn sie die Veränderungen, die es in diesem Bereich geben muß, ungeschminkt darlegen würde.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, einen weiteren, letzten Punkt ansprechen, bei dem ich mir ein höheres Maß an Bestimmtheit wünschen würde. Sie bekennen sich zum Subsidiaritätsprinzip in Europa. Das gehört ja zu den guten Traditionen in Ihrer Partei. Ich meine, gerade im Kontext der Währungsunion, aber auch angesichts der Debatten innerhalb der Europäischen Union sollte ein deutlicher Hinweis darauf nicht fehlen, daß sich dieses Prinzip besonders im Bereich der Bildungs- und der sozialen Beschäftigungspolitik bewähren muß.

Gerade in der Bildungspolitik sind zentralistische Lösungen verfehlt. Hier muß es den Wettbewerb der Systeme in grundsätzlicher Übereinstimmung der Zielsetzungen geben. Wir müssen uns aber auch allen übertriebenen Versuchen einer Harmonisierung der Sozialpolitik - und das heißt ja immer Anpassung auf sehr hohem Niveau - innerhalb der EU widersetzen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den verschiedenen Mitgliedsstaaten der Union weist nach wie vor ein deutliches Gefälle aus. Der Versuch, aus den Brüsseler Töpfen eine sich nicht selbst tragende Beschäftigungspolitik zu finanzieren, ist zum Scheitern verurteilt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Europa muß weitergebaut werden auf der Grundlage von Marktwirtschaft, Wettbewerb und Subsidiarität. Die Wirtschaft erwartet, daß die von der CDU formulierten europäischen Leitsätze mit Leben erfüllt werden. Wir Unternehmer können sehr wohl einschätzen, wie schwierig es bisweilen ist, politische Grundsätze in der alltäglichen Arbeit umzusetzen. Aber diese Aufgabe muß geleistet werden. Es gibt keine Alternative, genauso wie es zum vereinten Europa keine Alternative gibt. Ich bedanke mich.

(Beifall)

Arnold Vaatz, Forumsleitung: Vielen Dank, Herr Paul. Es spricht jetzt zu uns Herr Dr. Martin Hüfner, Bereichsleiter bei der Bayerischen Vereinsbank. - Herr Hüfner, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Hüfner: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Herr Premierminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Letzten beißen die Hunde; es ist schon spät. Trotzdem möchte ich mit einer Gratulation beginnen. Ich möchte Sie herzlich beglückwünschen zu Ihrem Entschluß, den Euro in Ihrem Leitantrag zu unterstützen und die Europäische Währungsunion im nächsten Jahr in Kraft zu setzen. Ich möchte Sie auch beglückwünschen, daß Deutschland es aller Voraussicht nach schaffen wird, die Maastricht-Kriterien wirklich punktgenau zu erfüllen. Diese großartige Leistung der Koalition, wie ich glaube, ist in der Öffentlichkeit noch gar nicht richtig gewürdigt worden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen heute die Frage stellen würde, wer aus Ihrer Sicht Deutschlands wichtigster Verbündeter ist, würden die meisten von Ihnen sicherlich antworten, daß das die NATO ist. Und wenn ich Ihnen dann antworten würde, daß Sie die NATO in diesem Zusammenhang vergessen können, würden Sie mich wahrscheinlich als von allen guten Geistern verlassen betrachten. Dennoch, meine Damen und Herren, möchte ich es wagen, die These aufzustellen, daß heute nicht die NATO Deutschlands wichtigster Verbündeter ist, sondern der Euro - ja, der Euro!

Ohne jeden Zweifel hat die NATO Entscheidendes zur Verankerung unseres Landes in Europa und in der westlichen Welt beigetragen. Der deutsche Beitritt zum westlichen Verteidigungsbündnis, der ja seinerzeit - wie der Euro heute - keineswegs unumstritten war, hat damals der Politik enorm geholfen, die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Integration in die westliche Staatengemeinschaft zu überzeugen. Heute hat der Euro meines Erachtens den gleichen Stellenwert. Er ist das Ereignis, meine Damen und Herren, an dem wir klarstellen können, daß es zum immer intensiver werdenden Dialog, zur immer intensiver werdenden Integration in die Weltwirtschaft keine Alternative gibt. Wenn Sie so wollen: Der Euro ist die NATO des Ausgangs der 90er Jahre.

Was heißt das konkret? Es heißt erstens, daß der Euro Druck ausübt, die anstehenden Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft zu realisieren. Der Euro ist nicht schuld an unseren derzeitigen Problemen. Er macht die Veränderungsnotwendigkeiten aber so deutlich wie nichts anders, und er verschärft den Zeitdruck. Der Euro wirkt gewissermaßen als Katalysator.

Der Euro bietet darüber hinaus, zweitens, auch die Riesenchance zu einem Qualitätsschub in Wirtschaft und Gesellschaft. Weshalb waren wir Deutschen in der Nachkriegszeit so erfolgreich? - Weil wir uns immer wieder nach der Decke gestreckt haben und morgen besser sein wollten, als wir es heute sind. Mit diesem Prinzip sind wir in Europa und in der Welt gut gefahren. Der Euro bietet die Chance, daran anzuschließen.

Meine Damen und Herren, das Prinzip, zu den Besten zu gehören, ist im übrigen auch der beste Schutz gegen alle Gefahren der Globalisierung. Denn wer der Schrittmacher in der Weltwirtschaft ist, der setzt die Maßstäbe, und dem müssen die anderen folgen. Das war das Prinzip, mit dem wir über Jahrzehnte so erfolgreich waren. Ich habe manchmal den Eindruck: Wer sich über die Globalisierung beklagt, meint häufig nur, daß die anderen schneller, besser, effizienter sind.

(Beifall)

Durch all das, meine Damen und Herren, kann es uns mit dem Euro, drittens, gelingen, die Wirtschaft wieder auf einen gesunden Wachstumspfad zu bringen. Der Euro bringt für die Unternehmen in Deutschland die größte Veränderung in der Nachkriegszeit mit sich. Die Größe des Binnenmarktes mit einheitlicher Währung wird sich mehr als verdreifachen. Die europäischen Märkte werden so transparent wie nie zuvor. Der Wettbewerb wird sich deutlich verschärfen. Es ist kein Zufall, daß wir heute in der Wirtschaft eine Fusionswelle sondergleichen erleben. Das ist nicht negativ zu sehen. Hier zeigt sich Dynamik, und diese Dynamik, meine Damen und Herren, wird sich auch in Wachstum, Konjunktur und Arbeitsplätzen niederschlagen. Ich bin ganz sicher, daß sich dann, wenn die Regierungschefs im Mai nächsten Jahres die endgültige Inkraftsetzung der Währungsunion beschließen, die Teilnehmer und die Wechselkurse festlegen, ein Großteil des gegenwärtigen Investitionsstaus in der deutschen Wirtschaft lockern, lösen wird, was sich auch bei den Arbeitslosen- und Wachstumswerten zeigen wird.

Der Euro ist, viertens, meine Damen und Herren, auch die Nagelprobe für die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Politik. Er könnte zum größten Reformprojekt dieser Legislaturperiode werden. Und er hat den unschätzbaren Vorteil, daß dieses Projekt nicht verwässert werden kann. Der Euro kommt, oder er kommt nicht.

Wir alle haben das Scheitern der Steuerreform bedauert, aber letztlich war es gut, daß die Regierung mit der Reform einen Schlußstrich gezogen und so dafür gesorgt hat, daß wir nicht ein Reförmchen, sondern später wirklich eine Reform bekommen werden. Beim Euro kann Ihnen das nicht passieren.

Fünftens. Wie bei der NATO gibt es beim Euro keine Partei, der man in der Öffentlichkeit, in der Wirtschaft zutraut, die Reform sachverständiger einzuführen, als die CDU. Das ist ein Pfund, mit dem Sie wuchern können.

(Beifall)

Nun werden manche fragen: Hat er nicht die Schwächen des Euro vergessen, hat er nicht vergessen, daß hier eine ganze Menge Probleme entstehen werden, hat er nicht verstanden, daß die Harmonisierung der Geldpolitik ohne politische Integration Probleme über Probleme schafft? Nein, das haben wir nicht vergessen. Wirtschaft und Industrie, die sich heute für den Euro aussprechen, wissen sehr genau um diese Probleme, aber sie möchten Sie ermutigen, diese Probleme zu lösen, denn wir glauben, daß sie lösbar sind. Wenn die Währungsunion und das gemeinsame Geld zum Beispiel nicht die Krönung der Politischen Union sind, wie wir uns das eigentlich gewünscht hätten als Ökonomen, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Politische Union die Krönung der Währungsunion wird.

Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal die Profis an den Kapitalmärkten an. Sie vertrauen dem Euro viel mehr als mancher Bürger in unserem Land. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres kauften Ausländer deutsche Wertpapiere im Wert von 50 Milliarden DM. Im vorigen Jahr insgesamt waren es 90 Milliarden DM. Um einen Vergleich zu geben: In den zwei Jahren vor der Unterschrift unter den Maastricht-Vertrag waren es insgesamt nur 35 Milliarden DM. Das ist ein Vertrauensvorschuß der Märkte, und ohne diesen Vertrauensvorschuß der Märkte wäre es gar nicht zu erklären, daß die deutschen Zinsen so lange so niedrig geblieben sind wie nie zuvor in der Nachkriegszeit.

Meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht, daß die Mehrheit der Bevölkerung den Euro zwar nicht mag, daß sie aber trotzdem damit rechnet, daß er kommen wird. In zwei Dritteln aller Gespräche am Bankschalter spielt der Euro eine wichtige Rolle. Wenn der Euro nicht käme, wäre manche Anlage, die die Kunden derzeit am Bankschalter tätigen, falsch. Die Menschen wären enttäuscht, oder sie fühlten sich getäuscht. Ich vermute nicht, daß Sie sich solche Wähler wünschen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Arnold Vaatz, Forumsleitung: Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Hüfner, für Ihre Bestärkung unserer politischen Linie aus der Sicht eines Finanzfachmannes.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen die sicher für viele angenehme Mitteilung machen, daß alle Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache nicht mehr aufrechterhalten werden, so daß wir auf eine allgemeine Aussprache verzichten können.

(Beifall)

Ich möchte jetzt einen Gast ganz herzlich begrüßen. Unter uns weilt der Europaminister von Rumänien. Er wird gestellt von der Christlich Demokratischen Partei Rumäniens. Herzlich willkommen, Herr Professor Alexandru Herlea.

(Beifall)

Herr Herlea wird einige kurze Worte zu uns sprechen. - Bitte, Herr Herlea, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Alexandru Herlea: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Herr Ministerpräsident! Exzellenzen! Meine Damen und Herren! Es ist für mich eine sehr große Ehre, daß ich hier ein paar Worte an Sie richten kann. Es ist aber nicht nur eine Ehre, es ist auch eine große Freude. Das ist die Freude der Freiheit.

(Beifall)

Das sagt Ihnen jemand, der aus einem ehemaligen Satellitenland kommt. Ich bin sicher, daß man diesen Wert der Freiheit hier in Leipzig besonders versteht und schätzt.

Rumänien und - ich bin sicher - auch viele andere Kandidatenländer schauen mit großem Vertrauen und großer Hoffnung auf den Gipfel in Luxemburg im Dezember. Die Entscheidung, die da dort ansteht, wird, wie wir hoffen, eine Entscheidung sein, die die Kandidatenländer nicht mehr in zwei Gruppen teilen wird. Diese Lösung hält die rumänische Regierung für diskriminierend, da sie nicht den Prinzipien der Europäischen Union, die diese selbst entwickelt hat, folgt, das heißt, Wahrung der Kontinuität des Prozesses, Gleichheit der Chancen und Prinzipien. Diese Prinzipien gründen auf Werten, die europäische Grundwerte sind: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Die Wahrung dieser Werte ist aber auch wichtig in der Praxis in der Wirtschaft und für die Sicherheitsbestrebungen. Rumänien muß eine Zone der Stabilität bleiben, und darum muß man Rumänien helfen. Es ist eine Hilfe auf dem psychologischen Feld. Rumänien und das rumänische Volk verlangen nicht Geld, sondern verlangen Anerkennung.

(Beifall)

Sie verlangen, daß man die Bemühungen anerkennt für die Gründung einer echten Demokratie und auf der Sozialen Marktwirtschaft. Ich darf Ihnen sagen, daß wir schon Erfolge haben. Die Zukunft gehört, wir hier schon oft gesagt worden ist, der christlichen Demokratie.

Ich will schließen mit einem Appell an die Solidarität der christlich demokratischen Familie.

(Beifall)

Die rumänische Christliche Demokratische Partei, die heute die wichtigste Partei Rumäniens ist, wünscht der CDU als Partei der Wiedervereinigung und der Europäischen Einheit viel Erfolg. - Vielen Dank.

(Beifall)

Arnold Vaatz, Forumsleitung: Vielen Dank, Herr Professor Herlea. Wir wünschen Ihnen in Rumänien alles Gute und viel Erfolg. Wir wissen, wie schwer Sie es zu Hause haben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt ein in die Behandlung der Anträge A 319 bis A 399. Da die Antragskommission außerordentlich akzeptable mehrheitsfähige Vorschläge gemacht hat, meine ich, daß es uns gelingen wird, die notwendigen Abstimmungen in relativ kurzer Zeit zu absolvieren, so daß wir morgen den Sack nicht noch einmal aufschnüren müssen.

Meine Damen und Herren, für jene, die mitlesen wollen: Wir beginnen auf Seite 104 Ihrer Antragsbroschüre mit den Anträgen zu Ziffer 24. Zu diesen dort zu behandelnden Anträgen gehört der Antrag A 326. Zu diesem Antrag liegt als einzigem eine Wortmeldung vor. Ich bitte Herrn Axel Fischer aus Baden-Württemberg. - Diese Wortmeldung wird, wie es scheint, ebenfalls nicht aufrechterhalten.

Deshalb frage ich: Gibt es zur Ziffer 24 Aussprachebedarf? - Nein. Wer für den Vorschlag der Antragskommission zur Fassung der Ziffer 24 ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Ziffer 24 ist in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Zur Ziffer 25. Gibt es dazu Aussprachebedarf? - Ich stelle das nicht fest. Ich bitte alle diejenigen um das Handzeichen, die für die Annahme der Ziffer 25 in der Fassung der Antragskommission sind. Die Gegenstimmen bitte! - Stimmenthaltungen? - Auch die Ziffer 25 ist in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Ich rufe die Ziffer 26 auf. Gibt es Redebedarf? - Das ist nicht der Fall. Wer ist für die Ziffer 26 in der Fassung der Antragskommission? - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Auch die Ziffer 26 ist in dieser Form angenommen.

Gibt es zur Ziffer 27 Aussprachebedarf? - Ich sehe das nicht. Ich stelle die Ziffer 27 in der Fassung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Ziffer 27 ist in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Ich stelle die Ziffer 28 zur Diskussion. Gibt es Aussprachebedarf? - Ja, zur Geschäftsordnung.

Dr. Peter Liese: Nicht zur Geschäftsordnung, sondern nur ganz kurz zum Antrag A 380. Ich bitte, den Antrag positiv zu bescheiden, weil das eine Sache ist, die schon in der Koalitionsvereinbarung vereinbart wurde. Wir haben dazu einen Beschluß in Karlsruhe gefaßt. Ich denke, daß man das konsequenterweise auch jetzt positiv beeinflussen sollte und darüber positiv abstimmen sollte. Wir sind nämlich in Europa schon ein Stück weitergekommen und brauchen da Unterstützung. Wenn das zur Ablehnung empfohlen ist, kann ich das höchstens so verstehen, daß unsere bisherige Beschlußlage weitergehend ist. Ich bitte dazu um ganz kurze Klärung.

Arnold Vaatz, Forumsleitung: Der Generalsekretär hat um das Wort gebeten.

Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Ich ändere das Votum der Antragskommission. Das Gesagte liegt auf unserer Linie. Peter Liese hat das richtig gesagt. Dies ist uns durchgegangen. Wir übernehmen das.

(Beifall)

Arnold Vaatz, Forumsleitung: Der Generalsekretär empfiehlt die Annahme von Antrag A 380. - Ich darf jetzt die Ziffer 28 in der Fassung der Antragskommission, geändert durch das Votum des Generalsekretärs, zur Abstimmung stellen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch diese Ziffer in der Fassung der Antragskommission akzeptiert.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur nächsten Ziffer. Das ist die Ziffer 29 in der Fassung der Antragskommission. Gibt es hierzu Gesprächsbedarf? - Das kann ich nicht erkennen. Ich frage, wer dieser Ziffer in der Fassung der Antragskommission zustimmt. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist diese Ziffer in der Form der Antragskommission angenommen.

Wir kommen zur letzten Ziffer, zur Ziffer 30. Gibt es zu dieser Ziffer Gesprächsbedarf? - Ich kann nichts erkennen. Ich frage, ob Sie der Ziffer 30 in der Fassung der Antragskommission zustimmen können. - Ich bitte um die Gegenstimmen! - Ich bitte um die Enthaltungen! - Eine Enthaltung. Damit ist die Ziffer 30 ebenfalls in der Fassung der Antragskommission mit einer Enthaltung angenommen. - Damit haben wir die Europa betreffenden Ziffern abgearbeitet.

(Beifall)

Ich danke Ihnen für Ihre Ausdauer und Ihre Mitarbeit und wünsche Ihnen einen guten Abend. Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 21.45 Uhr)

Mittwoch, 15. Oktober 1997

Dritte Plenarsitzung

Beginn: 9.05 Uhr

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Ich darf Sie herzlich begrüßen und Ihnen dafür danken, daß Sie pünktlich erschienen sind. Nach dem Motto, daß nicht diejenigen bestraft werden sollen, die pünktlich sind, fangen wir jetzt an.

(Zustimmung)

Ich gehe davon aus, daß ich gerade bei Ihnen großes Verständnis für den Versuch finden werde, daß wir zügig beraten; denn ich bin sicher, die, die jetzt pünktlich sind, sind dieselben, die auch gestern bis zum Ende der Beratungen hier gewesen sind.

(Beifall)

Das ist ja meistens so, und deshalb wissen Sie, daß wir gestern sehr intensiv und lange über die Anträge beraten und diskutiert haben, aber eben auch noch viel zu entscheiden haben. Deswegen müssen wir uns bei den Antragsberatungen zum Leit Antrag gleich bemühen, zügig voranzukommen.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 18 auf:

BERATUNG SONSTIGER ANTRÄGE

Das sind die Anträge, die wir von gestern noch übrig haben. Hier rufe ich zunächst die Anträge D 21 und D 22 auf, Seite 211 ff. der Antragsbroschüre und Seite 8 der Sammlung der Initiativanträge. Es geht um den Hochschulbereich. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich abstimmen lassen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zu D 21 und D 22 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 25 und D 26 auf Seite 222 der Antragsbroschüre und Seite 9 der Sammlung der Initiativanträge auf. Wird dazu das Wort gewünscht? - Wenn nicht, darf ich abstimmen lassen. Wer dem Votum der Antragskommission zu D 25 und D 26 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Nein. Dann kann so verfahren werden.

Jetzt kommen die Anträge D 58, D 82 und D 84, Seite 238 f. der Antragsbroschüre und Seiten 4 und 8 der Sammlung der Initiativanträge. Ich sehe keine Wortmeldung und darf abstimmen lassen. Wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen, geben Sie bitte das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die Anträge D 52 bis D 56 und D 59 auf Seite 235 ff. der Antragsbroschüre auf. Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen, darf Ihnen aber vortragen, daß es hierüber lange Gespräche der Beteiligten gegeben hat. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge an die Bundestagsfraktion zu überweisen, und zwar mit folgender Formulierung - das muß ich vorlesen, weil es neu ist -:

Es sollen weitere Verbesserungsmöglichkeiten für die Alteigentümer geprüft werden, wobei die Rechtspositionen Dritter zu wahren sind.

Das ist die neue Formulierung, die man jetzt gemeinsam gefunden hat, was uns sicher die Möglichkeit gibt, jetzt abzustimmen. Wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen, geben Sie bitte das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - So beschlossen.

Wir kommen zu Initiativantrag D 80. Darf ich fragen, ob es dazu Wortmeldungen gibt. - Bitte, Herr Dr. Janning.

Dr. Heinz Janning: Meine Damen und Herren, der Antrag ist sehr zu begrüßen. Er ist sachlich richtig, notwendig und dringlich. Deswegen will ich hier den Betrieb nicht aufhalten und Sie bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Ich habe einige Änderungen, einige kleine Ergänzungen angeregt. Die Antragskommission hat dem zugestimmt. Auch damit möchte ich Sie jetzt nicht mehr aufhalten und bitte um Zustimmung.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? - Bitte.

Horst Faber: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Der mittelständische Einzelhandel freut sich natürlich, daß sich die Bundes-CDU endlich auch mit ihm befaßt. Ich begrüße diesen Antrag von ganzem Herzen. Allerdings, meine Damen und Herren, wenn Sie den Antrag aufschlagen, steht darin:

Dazu gehört insbesondere die Änderung der Baunutzungsverordnung, ...

Ich hätte gerne gewußt: Was soll denn da nun geändert werden? Wie viele Quadratmeter machen denn in Zukunft den großflächigen Einzelhandel aus, der uns kaputtmacht? Der mittelständische Einzelhandel will Wettbewerbsgleichheit haben. Das heißt, wenn die Tankstellen die ganze Nacht offen sind, will der mittelständische Einzelhandel auch die ganze Nacht öffnen können. Es muß ein fairer Wettbewerb für den Einzelhandel sein!

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen würde ich darum bitten, daß mir zu diesem Antrag gesagt wird, wie groß die Großflächen sind und warum erst ab 5000 qm eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen wird. Sind denn 5000 qm nicht zu groß für unsere Innenstädte? - Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Dazu Herr Bauminister Töpfer.

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteitagsdelegierte! Zunächst einmal möchte ich ganz deutlich sagen: Es ist eine hervorragende Tatsache, daß wir endlich einen solchen Antrag auf einem Bundesparteitag der CDU vorliegen haben und daß wir ihn auch beschließen können und wollen.

(Zustimmung)

Ich bin Wolfgang Schäuble herzlich dankbar, daß er gestern in seiner großartigen Rede dieses Thema „Stadt“ und die damit verbundenen Auswirkungen auf unsere Gesellschaftspolitik so herausgearbeitet hat. Dies generell zuvor.

Nun zu dem, was ich gerade von unserem Freund aus Berlin gehört habe. Wir haben uns mehr als einmal über diese Fragen unterhalten. Ich glaube, es kann auf einem Parteitag nicht er-

reicht werden, daß wir jetzt sagen, welche Quadratmeterzahlen wo und wie festgelegt werden müssen. Entscheidend für uns ist - auch darüber haben wir uns häufig unterhalten -, daß wir wieder zu einer Aufwertung der Innenstädte kommen, auch und gerade für Handel, für Wohnen und für Dienstleistungen. Der Fehlentwicklung der Verlagerung von Einzelhandelskaufkraft auf die grüne Wiese müssen wir endlich einen Riegel vorschieben.

(Beifall)

Wir sollten alles daransetzen, durch wirklich urbane Vielfalt den Menschen ihre Stadt wieder erkennbar zu machen. Es ist einer der ganz großen Standortvorteile Deutschlands, daß wir eine so ausgeglichene Siedlungsstruktur mit vielen kleinen, mittleren und größeren Städten haben. Wir wollen dies beibehalten. Wenn uns der Parteitag die Chance gibt, in diesem Sinne auch die Baunutzungsverordnung in Angriff zu nehmen, um mehr Nutzungsvielfalt zu haben und die Innenstädte zu stärken, wäre das ein Gewinn für alle in unserer Gesellschaft. – Vielen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Dann darf ich abstimmen lassen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - So beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag D 81 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag D 81 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag D 85 auf Seite 8 der Sammlung der Initiativanträge auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer stimmt dem Antrag in der Fassung der Antragskommission zu? - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag D 86 auf. Auch zu dem Antrag liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich darf abstimmen lassen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist es so beschlossen.

Wir kommen damit zu den noch nicht erledigten Anträgen von gestern. Ich habe eben dazu eine Vorbemerkung gemacht und möchte diese noch ein wenig erläutern. Wir haben zu den Kapiteln über Arbeit und Bildung noch viele Ziffern zu beschließen. Gestern ist darüber schon engagiert diskutiert worden. Mein Vorschlag ist, daß ich jetzt die einzelnen Ziffern aufrufe. Ich wäre Ihnen sehr dankbar - ich weiß ja nicht genau, wer heute morgen schon im Saal ist -, wenn Sie sich noch einmal melden würden, falls sie zu einer Ziffer das Wort wünschen.

Ich rufe jetzt also die Ziffern einzeln auf. Wenn Wortmeldungen gewünscht werden, bitte ich Sie, sich noch einmal zu melden. Ich werde dann über die Ziffern gemeinsam abstimmen lassen, zu denen keine Wortmeldung gewünscht wird. Ziffer 7? - Ziffer 8? - Ziffer 9? - Ziffer 10? - Ziffer 11? Ich darf dann über die Ziffern 7 bis 11 abstimmen lassen. Wer den Ziffern 7 bis 11 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen. - Zu Ziffer 12 gibt es eine Wortmeldung von Herrn Müller.

Friedhelm Müller: Es geht mir um unsere Steuerreform, die wir so mutig begonnen haben und die nun leider „dank“ der SPD-Blockadepolitik nicht erfolgreich umgesetzt wurde. Wir sind damals mit dem großen Ziel angetreten, eine deutliche Nettoentlastung für den Steuerzahler herbeizuführen. Die Gegenfinanzierung sollte durch die sich aus der Steuerreform ergebene Eigendynamik und natürlich durch die Schließung steuerlicher Schlupflöcher erfolgen.

In die Diskussion, die über Monate ging, hat sich der Gedanke eingeschlichen, auch durch Steuererhöhungen eine Art Saldierung von Be- und Entlastung herbeizuführen. Das halte ich für eine Verwässerung unserer urenigensten Ziele. Das, was wir als Herner CDU in unserem Antrag A 144 vorschlagen - ich zitiere wörtlich -:

Diese große Steuerreform sollte stärker den Gedanken der finanzierbaren Entlastung und weniger den der Saldierung von Be- und Entlastung in den Vordergrund stellen.

ist das, was wir ursprünglich gewollt haben. Leider hat die Antragskommission diesen Antrag aus mir unverständlichen Gründen abgelehnt. Ich bitte, dieses Votum zu korrigieren. - Danke schön.

Herbert Reul, Tagespräsidium: Herzlichen Dank. Für die Antragskommission spricht jetzt Herr Koch.

Roland Koch, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. In unserer Diskussion auf dem vergangenen Parteitag in Hannover haben wir ja schon darüber ausführlich gesprochen und haben ein Konzept - entgegen der Meinung des Antragstellers - verabschiedet, in dem wir klar festgelegt haben, in welchem Korridor es eine Nettoentlastung geben sollte und was gegenfinanziert werden müsse.

Wir haben angesichts der Haushaltslage des Bundes, der Länder und der Gemeinden gesagt, daß wir es dem Bundesfinanzminister, der gleich kommt, nicht zumuten können, wenn wir in dieser Situation einen Antrag annehmen, der in den ersten Jahren zu einer nennenswerten Erhöhung der Nettoneuverschuldung führt. Wir haben uns deshalb auf einen Weg verständigt, der die Steuerreform dadurch ermöglicht, daß der Hauptanteil aus einer Vereinfachung besteht: ein niedrigerer Steuersatz, den alle bezahlen. Weil diesen Steuersatz alle wegen des Wegfalls der Ausnahmen in vollem Umfang bezahlen, erreichen wir, daß die Steuerreform mit Ausnahme einer Deckungslücke von etwa 15 Milliarden DM, die wir ausgewiesen haben, durchzuführen ist. So sollte es bleiben. Andere Möglichkeiten werden wir nicht bezahlen können.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Das war das Votum der Antragskommission. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über die Ziffer 12 abstimmen. Wer der Ziffer 12 in der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist es so beschlossen.

Ziffer 13? - Ziffer 14? - Ziffer 15? - Ziffer 16? - Ziffer 17? - Mit der Ziffer 17 wird das Kapitel I abgeschlossen. Ich lasse jetzt über die Ziffern 13 bis 17 abstimmen. Wer ihnen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist es so beschlossen.

Wir kommen damit zum Kapitel II „Wissen für die Zukunft“. Zu Ziffer 18 gibt es eine Wortmeldung. Bitte, Frau Volquartz.

Angelika Volquartz: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Duale Ausbildung, Flexibilisierung bzw. teilweise komplette Abschaffung des zweiten Berufsschultages, keine ausreichende Qualifikation von Hauptschülern in der dualen Ausbildung und das Verhalten der SPD-regierten Länder haben zum vorliegenden Antrag A 276 des Kreisverbandes Steinburg geführt.

Vom ersten Tag an ist auf diesem Bundesparteitag sowohl von unserem Bundesvorsitzenden als auch von Wolfgang Schäuble und unserem Bundesbildungsminister auf die Bedeutung der dualen Ausbildung und auch auf die Flexibilisierung des zweiten Berufsschultages hingewiesen worden. Wenn wir diese Punkte ernst nehmen, muß unser Antrag heute angenommen werden; denn es ist keineswegs so, wie die Antragskommission geschrieben hat, daß mit dem 8. Bundesparteitag dieses Kapitel praktisch erledigt ist. Es ist nämlich ein Dauerthema. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag vom Kreisverband Steinburg zu unterstützen. - Danke.

(Vereinzelter Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Ziffer 18 in der Fassung der Antragskommission. Wer dieser Ziffer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Es gibt einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Dann ist die Ziffer 18 so beschlossen. - Ich rufe die Ziffer 19 auf. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Wolfgang Münch.

Wolfgang Münch: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich werbe sehr herzlich für die Annahme des Änderungsantrages, mit dem der Leitantrag in bezug auf den früheren Eintritt junger Menschen in das Berufsleben deutlich präzisiert wird. Die Forderung nach einem Abitur, das einer zwölfjährigen Schulzeit folgt, wird durch diesen Antrag zielgerichtet ergänzt. Nach den Vorstellungen der Antragsteller soll die in das Papier aufgenommene Möglichkeit der Einschulung von Kindern mit fünf Jahren noch deutlicher machen, daß hier Handlungsbedarf herrscht. Die beantragte Änderung des Leitantrages kann als konsequente Ergänzung der in den letzten beiden Tagen vorgebrachten Äußerungen verschiedener Redner gewertet werden.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Als nächster hat das Wort Axel Fischer.

Axel Fischer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich spreche zu dem Antrag A 239.

Wir alle wissen, unsere Studenten und unsere Abiturienten sind zu alt. Bundeskanzler Kohl hat es in seiner Rede vorgestern auch betont. Es gibt prinzipiell zwei Ansätze, wie man das ändern kann. Über den ersten Ansatz haben wir diskutiert: Wir können das Abitur in zwölf Jahren erreichen. Da dürften wir alle einer Meinung sein.

Es gibt einen zweiten Ansatz: daß man die Möglichkeit schafft, früher mit der Schule zu beginnen. Wir haben diesen Antrag gestellt und bitten um Aufnahme in den Leitantrag. Bundesweit sollte die Möglichkeit geschaffen werden, daß Eltern ihre Kinder mit fünf Jahren einschulen können, wenn sie die Schulreife haben. - Vielen Dank.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. - Dann gibt es noch eine Wortmeldung von Frau Inge Velte.

Inge Velte: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu Antrag A 221 des Landesverbandes Saar und dem Initiativantrag A 408 hessischer Abgeordneter. Es geht um die Ganztagschulen. Immer mehr Eltern wünschen sich verlässliche Zeiten, die ihre Kinder in der Schule verbringen. Die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit ist insbesondere für Frauen ein nachvollziehbarer Grund für diesen Wunsch. Um diese verlässlichen Zeiten zu erreichen, werden im Leitantrag mehr Angebote von Ganztagschulen gefordert. Aber die Forderung nach Ganztagschulen ist unserer Meinung nach nicht die richtige Antwort zur Lösung dieses Problems. Es ist eine Antwort von gestern, die wenig Neues bietet. Ganztagschulen hat die SPD seit 15 Jahren in ihrem Programm. Der Begriff Ganztagschule ist von der SPD besetzt.

Ganztagschulen sind auch nicht finanzierbar. Sie sind auch nicht wünschenswert. Die Lehrer, die wir für Ganztagschulen bräuchten, sind für die Abdeckung des regulären Unterrichts erforderlich. Bei uns in Hessen, aber auch in den meisten anderen alten Bundesländern fällt immer mehr Unterricht aus, weil Lehrkräfte fehlen. In Hessen fallen 150 000 Stunden pro Woche aus. Wir sind deshalb der Meinung, die Abdeckung der Stundentafel muß Vorrang vor weitergehenden Wünschen haben.

(Beifall)

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, daß es ohne Lehrkräfte - ich betone: Lehrkräfte - verlässliche Öffnungszeiten in allen Schulformen gibt, zum Beispiel durch betreuende Halbtagschulen mit verlässlichen Öffnungszeiten und mehr Betreuungsangebote am Nachmittag. Diese Betreuung kann durch Freizeitangebote, durch Hausaufgabenhilfe, durch Spielen und Sport geschehen. Es muß hier kein zusätzlicher Unterricht durch zusätzliche Lehrkräfte sein. Diese Betreuung kann durch Erzieher, aber auch durch qualifizierte Eltern übernommen werden. Es müssen nicht wie in Ganztagschulen Lehrkräfte sein, die, wie ich schon gesagt habe, für den regulären Unterricht gebraucht werden.

Wir schlagen Ihnen deshalb gemeinsam mit dem Landesverband Saar folgende Neuformulierung in der Ziffer 19 des Leitantrages vor:

Wir brauchen verlässliche Öffnungszeiten in allen Schulformen und mehr Angebote von Betreuung in Schulen am Nachmittag, die es Eltern, insbesondere alleinerziehenden Eltern erleichtern, Kindererziehung und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Mit dieser Formulierung, meine Damen und Herren, die der Antragskommission vorliegt, erledigen sich die Anträge A 221 des Landesverbandes Saar und unser Initiativantrag A 408. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung, damit wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf herstellen können, dabei aber neue Wege gehen. Nicht Ganztagschulen, sondern mehr Betreuungsangebote - das ist die Frage der Zeit. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt hat sich noch Herr Lennartz zu Wort gemeldet.

Leo Lennartz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich spreche für den Antrag des Kreisverbandes Euskirchen zu Ziffer 19, Antrag A 233. - Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Im zweiten Satz der Ziffer 19 heißt es, bezogen auf die Schule:

Sie muß zugleich ihren Erziehungsauftrag wieder ernster nehmen.

Ich halte das für eine etwas mißglückte Formulierung. Das klingt so, als wenn die Schule oder diejenigen, die Schule betreiben, ihren Bildungsauftrag nicht ernst nehmen. Ich halte nichts davon, wenn wir ganze Gruppen von Lehrern, die sich tagtäglich bemühen, beschuldigen, ihre Aufgabe nicht ernst zu nehmen. Ich schlage daher vor zu formulieren: Die Schule muß zugleich ihrem Erziehungsauftrag wieder genügen. Dabei ist klar, daß hier verschiedene Komponenten zusammenkommen.

Was unseren Antrag angeht, so ist dieser etwas anders zu formulieren. Wir haben den Antrag auf Grund des ersten Papiers formuliert, das uns vorlag. „Die Verantwortung vor Gott und den Menschen“ ist von der Antragskommission freundlicherweise akzeptiert worden. Jetzt geht es um die Frage, wie es mit der Wertevermittlung ist.

In dem Leitantrag steht, daß die Vermittlung von verbindlichen Werten, wie sie im Grundgesetz und in den Länderverfassungen vorgegeben seien, notwendig sei. Nun weiß wahrscheinlich jeder von Ihnen, wie hoch ich das Grundgesetz und die Länderverfassungen schätze. Aber daß das nun die Grundlage für die Erziehung in unseren Schulen sein soll, scheint mir doch etwas sehr weit hergeholt zu sein.

Der nächste Satz scheint mir viel wichtiger zu sein:

Ohne moralischen Wertkonsens kann keine Gesellschaft Bestand haben.

Dann müßten wir allerdings auch sagen, wo wir als christliche Partei die Werte sehen. Die Werte sehen wir, wenn ich das richtig beurteile, immer noch in unserem Glauben und in unserem christlichen Sittengesetz.

(Zustimmung)

Ich meine, es ist unverzichtbar, daß wir gerade diesen Punkt auch in unser Programm aufnehmen. Genau das steht aber in unserem Antrag.

Die Frage des Wertkonsens ist ja etwas, was alle Gesellschaften auf dieser Welt betrifft. Ich kann nur sagen: Der Respekt vor den zehn Geboten hat ja ganz erstaunliche Auswirkungen. Wenn wir die zehn Gebote wirklich ernst nähmen, könnten wir uns ja ganze Heerscharen von Polizisten ersparen. Wir werden ja gleich über die innere Sicherheit sprechen. Es hat ja wohl auch etwas mit der inneren Sicherheit zu tun, daß unsere Werte nicht mehr akzeptiert werden bzw. nicht mehr geachtet werden.

Ich habe gestern gehört, daß auch Herr Dr. Schäuble die demographische Entwicklung in sein Blickfeld genommen hat. Aber die demographische Entwicklung hat, Herr Dr. Schäuble, noch ganz andere Konsequenzen. Wenn man das Recht und die Zehn Gebote respektiert, wird man feststellen, daß davon auch die demographische Entwicklung nicht ganz unberührt bleiben wird. - Ich will es bei diesen Anmerkungen belassen.

Es hat mich sehr beeindruckt, daß der Ministerpräsident von Luxemburg bei seinem Vortrag vom „Sturm, der über die Welt hinwegfegt“ gesprochen hat. Gestern haben wir doch im wesentlichen über Deutschland - wenn es hochkam, eingedenk der Karte, die hinter der Bühne angezeichnet ist, über Europa - gesprochen. Aber die Dinge, über die wir zu reden haben, betreffen die ganze Welt.

Dabei ist die Globalisierung der Wirtschaft nicht das einzige, was wir feststellen. Globalisierung schließt auch ein Zurechtkommen mit allen Menschen auf dieser Erde ein. Wenn wir diesen Menschen nicht helfen, werden wir uns vor einem Ansturm auf unser Land nicht retten können. Das heißt, daß wir eine Politik brauchen, die auf die Länder der Dritten Welt zugeht, wenn wir eine verantwortliche Politik aus christlicher Sicht machen wollen. Insofern will ich die „Logik des neuen Teilens“, von der wir gestern gehört haben, gerne unterstützen.

Ich sage das alles deshalb, weil ich deutlich machen will, daß dies den Menschen nicht früh genug vermittelt werden kann. Das heißt, in der Schule muß das anfangen. Die Schule ist nach meinem Verständnis nicht in erster Linie eine Veranstaltung zur Vermittlung von Wissen, sondern eine Institution zur Vermittlung von Erziehung. Keiner von Ihnen kann mir sagen, wann er dies oder jenes in der Schule gelernt hat. Aber jeder von Ihnen hat noch eine Erinnerung an diese oder jene Lehrerin, die wichtige Weichen für sein ganzes Leben gestellt hat.

Dieser Punkt ist wichtig genug, um ihn in den Antrag aufzunehmen: „Vermittlung von Werten und Normen, wie sie im christlichen Glauben sowie im Grundgesetz und in den Länderverfassungen vorgegeben sind“. - Vielen Dank.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Weitere Wortmeldungen? - Herr Müller.

Friedhelm Müller: Ich muß mich bei meinem Vorredner bedanken. Das ist genau die Zielrichtung, in die auch ich marschieren wollte. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den Antrag A 236 des Kreisverbandes Herne hinweisen, in dem es um die Festschreibung der christlichen Verantwortung bei der Erziehung und Weiterbildung von jungen Menschen geht.

Uns ist an diesem Papier sehr negativ aufgefallen, daß in der Urfassung das Wort „christlich“ - ich habe den Leitantrag sehr genau studiert - nur ein einziges Mal erwähnt ist. Ich frage mich wirklich, wie wir es mit dem „C“ im 21. Jahrhundert halten.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben - auch das will ich hier berichten - im Vorfeld mit Kirchen vor Ort gesprochen, die uns gebeten haben, uns auf dem Parteitag dafür einzusetzen, daß das „C“ stärkeren Eingang in das Papier findet. Wir reden von der Vermittlung von Werten und davon, einen Wertekonsens finden zu wollen. Aber welche Werte denn, meine sehr geehrten Damen und Herren? Teile dieses Passus können - ich will das einmal übertreiben - selbst Anhänger der PDS unterschreiben, weil sie sagen würden: Ja, wir sind für einen Wertekonsens nach unseren Vorstellungen. - Aber darum geht es doch nicht. Der Wertekonsens, wie wir ihn verstehen, beruht auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes, nach dem die Urväter dieser Partei die CDU geformt haben. Das muß viel, viel stärker hinein.

(Beifall)

Ich habe es sehr bedauert, daß in der Urfassung auch der Religionsunterricht nicht erwähnt wurde. Dankenswerterweise haben der Bundeskanzler und der Generalsekretär das in ihren Reden nachgeholt, und auch in der verbesserten Fassung ist ein Hinweis darauf, Gott sei Dank, enthalten. Aber ich finde es schon sehr mißlich, daß den Verfassern das nicht von Anfang an eingefallen ist.

Nun speziell zu unserem Antrag 236, der abgelehnt worden ist. Die Antragskommission hat mir gesagt, die Formulierungen seien zu umfangreich.

(Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Wir können es kurz machen:
Wir übernehmen ihn gleich!)

– Haben Sie einen Vorschlag, mit dem ich mich anfreunden könnte?

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Wenn Sie einverstanden sind, Herr Müller, arbeiten wir die drei Komplexe Stück für Stück ab. Einverstanden? - Herzlichen Dank für den Hinweis.

Erstens ging es um den Vorschlag des A 239, die Möglichkeit einer Einschulung ab dem 5. Lebensjahr vorzusehen. Der Hinweis auf ein 12jähriges Abitur hat sich erledigt; das steht bereits im Antrag. Ich denke, zu diesem Punkt gibt es keinen Widerspruch.

Also lasse ich zunächst einmal darüber abstimmen, ob wir den Hinweis auf die Möglichkeit einer Einschulung ab dem 5. Lebensjahr übernehmen wollen. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dieser Änderung zustimmt. - Gibt es Gegenstimmen? - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Der zweite Komplex bezog sich auf die Forderung nach mehr Ganztagschulen. Dazu gibt es einen neuen Vorschlag. - Frau Professor Süßmuth für die Antragskommission.

Prof. Dr. Rita Süßmuth, Antragskommission: Nach Rücksprache mit den anderen Mitgliedern der Antragskommission schlage ich vor, den Initiativantrag A 408 anzunehmen in der jetzt eben verlesenen Fassung, damit kein Mißverständnis entsteht dergestalt, es gebe nur die eine Form von Ganztagschulen. Ich plädiere für die Annahme des Antrags 408 in der differenzierten Fassung.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. - Dazu noch einmal Peter Hintze.

Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Nur für das Protokoll: Wir fügen in den Antrag, den wir, wie Frau Süßmuth für die Antragskommission richtig gesagt hat, übernehmen, noch den Zusatz der Möglichkeit einer Betreuung ab dem Mittag ein. Gemeint ist ja, daß eine Betreuung den ganzen Tag über möglich ist.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Mit dem Zusatz von Peter Hintze bitte ich, darüber abzustimmen, ob Sie einverstanden sind, das gemäß dem Votum der Antragskommission zu ändern. Ich bitte um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Einige Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Es ist so beschlossen. - Jetzt zu dem dritten Komplex, in dem es um das christliche Menschenbild geht. Dazu hat sich Peter Hintze gemeldet.

Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Die Antragskommission schlägt vor, dem Begehren aus Herne und Euskirchen dahingehend Rechnung zu tragen, daß wir den Antrag 236 aus Herne übernehmen, und zwar so, daß Dopplungen gestrichen werden. Wir nehmen also den Gedanken der Erhaltung des Religionsunterrichtes hinein. Zudem wird der Begriff des „christlichen Menschenbildes“ ausgeführt, wie das im Herner Antrag der Fall ist.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Der Vorschlag ist also, den Herner Antrag zu übernehmen, ihn allerdings sprachlich zu glätten, weil er sonst zu lang ist. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? - Herr Lennartz.

Leo Lennartz: Es tut mir leid, ich muß wiederholen, was ich auf dem Landesparteitag Nordrhein-Westfalen gesagt habe. Das „christliche Menschenbild“ wird mittlerweile wie eine Monstranz durch unsere Gesellschaft getragen. Kein Mensch kann sich darunter etwas Vernünftiges vorstellen, selbst der Herr Bundesvorsitzende nicht.

(Widerspruch)

Ich bin ja Widerspruch gewohnt, ich wollte die Diskussion auch nur auf den Punkt bringen. Wir können nicht die Kinder in der Schule nach den Werten des Grundgesetzes und der Länderverfassungen erziehen wollen, wenn wir als christliche Partei nicht deutlich machen, daß wir noch ganz andere Werte haben, die vor der Verfassung kommen. Diese Werte gründen sich in der Achtung eines personalen Gottes. Den personalen Gott will ich auch in dieser Partei weiter verteidigen.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Die Antragskommission schlägt also vor, den Antrag A 236 inhaltlich zu übernehmen, aber ihn sprachlich zu glätten. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Wenn ich das richtig sehe, ist das einstimmig beschlossen.

Ich will noch über die Ziffer 19 insgesamt abstimmen lassen. Wer der geänderten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ziffer 20, Seite 81. Dazu liegt mir keine Wortmeldung vor. - Ich rufe Ziffer 21 auf. Dazu liegt eine Wortmeldung von Oliver Nölken vor.

Oliver Nölken: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gegen den Antrag A 286 des Landesverbandes Saarland sprechen. Mir wäre lieber, er würde nicht, wie von der Antragskommission vorgeschlagen, an die Landtagsfraktionen überwiesen, sondern an den nächstgelegenen Papierkorb. Er sollte also abgelehnt werden.

Drei Gründe: Erstens. Den Begriff „selbstverschuldete Überziehung von Studienzeiten“ festzumachen ist wie der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln. Wenn Sie sich 100 km von hier entfernt die Technische Universität Dresden anschauen, stellen Sie fest, daß 90 Prozent der Studenten innerhalb der Regelstudienzeit fertig werden, während es in vielen anderen Ländern weniger als 50 Prozent sind. Daran wird deutlich: Wenn die Studienbedingungen entsprechend sind, wollen die Studenten auch fertig werden und werden dann auch schnell fertig, so daß sich das Problem der Überziehung von Studienzeiten nicht stellt.

Zweitens. Wenn wir wahlweise dem Staat oder den Hochschulen auch noch Geld dafür geben, daß die Studenten so lange studieren, dann, meine Damen und Herren, hat keine Hochschule ein Interesse, die Regelstudienzeiten nicht zu überschreiten, die Studienzeiten zu verkürzen, weil sie um so mehr Geld bekommt, je länger die Studenten an der Hochschule verweilen.

Drittens möchte ich darauf hinweisen, daß man mit dieser Forderung nach Studiengebühren nicht nur den Studenten in den Rücken fällt, sondern auch unserem Bundeswissenschaftsminister Jürgen Rüttgers, der gegen Studiengebühren ist, dem Wahlkämpfer Christian Wulff in Niedersachsen, der gegen Studiengebühren ist, den CDU-Landtagsfraktionen in Schleswig-Holstein, in Hamburg, in Bremen, in Rheinland-Pfalz und in vielen anderen Bundesländern, der Bayerischen Staatsregierung, der Sächsischen Staatsregierung usw.. - Ich bitte Sie also, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Dazu gibt es noch eine Wortmeldung von Herrn Müller aus dem Saarland. Es geht lediglich um die Überweisung an die Landtagsfraktionen.

Peter Müller: Ich möchte dafür plädieren, daß dieser Antrag angenommen wird. Er entspricht exakt dem, was in Baden-Württemberg bereits Rechtslage ist. Es geht um Studiengebühren für Langzeitstudenten. Es kann doch nicht sein, daß der Staat unbegrenzt kostenlos Studienplätze zur Verfügung stellt. Es ist in Ordnung, für das Grundstudium kostenlos Studienplätze zur Verfügung zu stellen. Der Student hat aber auch die Pflicht, dieses Studium zügig zu beenden. Wer dieser Pflicht nicht gerecht wird, sollte im Wege der Solidarität wenigstens einen Kostenbeitrag leisten.

In Baden-Württemberg ist dazu ein vernünftiges System entwickelt worden. Ich verstehe nicht, daß der Handwerker, daß der Geselle, der Steuern zahlt, damit Studienplätze geschaffen werden können, wenn er Meister werden will, Prüfungsgebühren von mehr als 10 000 DM bezahlen muß, daß er also so zur Kasse gebeten wird und auf der anderen Seite andere bumeln können und trotzdem staatliche Kapazitäten kostenlos weiterhin in Anspruch nehmen können. Das ist ungerecht, und das muß geändert werden.

In Großbritannien führt jetzt eine Labour-Regierung Studiengebühren ein. Ich meine, wir müssen hier ein klares Signal setzen. Kostenloses Studium ja, aber nur für diejenigen, die auch wirklich studieren; darüber hinaus aber Gebühren.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Herr Escher hat das Wort. Das ist die letzte Wortmeldung, die mir vorliegt.

Klaus Escher: Meine Damen und Herren! Wir haben gestern einen Vortrag einer amerikanischen Professorin gehört, die uns den Spiegel vorgehalten hat. Ich habe mich gestern gefragt, was passieren würde, wenn an den Stellen, wo wir der amerikanischen Professorin am meisten Beifall gespendet haben, jemand die Vorschläge, die sich daraus ergeben, in Antragsform gießen würde.

Es ist irgendwann der Zeitpunkt erreicht, zu dem man sich nicht nur den Spiegel vorhalten lassen darf, sondern auch konsequent sein muß. Wir haben sehr viel über den Freiheitsgrad und die Autonomie von Hochschulen und über ihre Überregulierung gehört. Ich glaube, der Weg, dies aufzubrechen, ist, daß wir uns zu einem neuen Denken verpflichten. Es ist eine Illusion, von einer kostenfreien Inanspruchnahme des Gutes Bildung zu sprechen, wenn wir die Kosten nicht denen in Rechnung stellen, die sie in Anspruch nehmen. Es geht auch um die Solidarität zu den Studenten, die die Regelstudienzeit einhalten und die Kosten somit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen.

Ich glaube, daß das ein wichtiger Antrag ist, und ich kann auch nicht so recht verstehen, daß man in einer inhaltlichen Debatte, in der man dafür oder dagegen sein kann, das Argument bemüht, es gebe Personen, die derselben Auffassung seien. Ich glaube, wir müssen gerade vor dem Hintergrund dessen, was wir gestern gehört haben, und vor dem Hintergrund, daß wir im Leitantrag die Formulierung beschlossen haben, wir wollten das beste Ausbildungssystem erreichen, darauf achten, daß wir die Verantwortung des einzelnen, die Autonomie der Hochschule und den Wettbewerb unter den Hochschulen einleiten. Dafür brauchen wir die Instrumente, auch wenn es leichter ist, sich das von anderen sagen zu lassen, wie gestern, als wir alle Beifall gesendet haben.

Ich glaube, daß wir, auch wenn das schwierig und politisch nicht leicht durchsetzbar ist, gerade wegen des Ziels und in Kenntnis dessen, daß Wissen das entscheidende Kriterium ist, um dieses Land voranzubringen, einen Weg gehen müssen, der für den Antrag plädiert. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich hatte heute morgen gebeten, daß wir versuchen sollten, unsere Anliegen verkürzt vorzutragen. Thomas Rachel, ist Ihre Wortmeldung zwingend? Wir haben doch die verschiedenen Argumente gehört. Es gibt einen Vorschlag, diesen Antrag abzulehnen; es gibt einen Vorschlag, diesen Antrag anzunehmen; und es gibt das Votum der Antragskommission, die vorgeschlagen hat, das an die Landtagsfraktionen zu überweisen, weil diese zuständig sind. - Der Generalsekretär hat für die Antragskommission abschließend um das Wort gebeten.

Peter Hintze, Vorsitzender der Antragskommission: Liebe Freunde, die treuen Delegierten, die gestern dabei waren, haben mitbekommen, daß wir diesen Punkt gestern ziemlich ausführlich diskutiert haben. Thomas Rachel, unser Bundestagskollege, hat dazu gestern vor dem Plenum gesprochen. Mit dem Votum der Antragskommission folgen wir einer energischen fachlichen Bitte unseres Bundesbildungsministers, der gesagt hat: Was wir jetzt brauchen, ist die inhaltliche Hochschulreform, und wir wollen das Pferd nicht vom Schwanz her aufzäumen. Deswegen das Votum der Antragskommission, und ich bitte, diesem Vorschlag der Antragskommission zu folgen.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Die Lage ist klar. Es gibt drei unterschiedliche Voten. Ich lasse zunächst über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Mehrere Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist im Sinne der Antragskommission beschlossen.

Ziffer 20 ist noch zur Abstimmung aufzurufen. Wer Ziffer 20 in der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Ja. Es ist so beschlossen.

Ziffer 22. Auch da gibt es keine Wortmeldungen. Ich darf abstimmen lassen. Wer dem Antragskommissionsvotum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Das ist diesmal nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht.

Wir kommen zu Ziffer 23, in der Sammlung auf Seite 99. Das Votum der Antragskommission liegt Ihnen vor. Es gibt keine Wortmeldungen. Wer der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über den Leitantrag. Wer dem Leitantrag in der nach vielen Beiträgen und vielen Vorschlägen jetzt geänderten Fassung mit seinen drei Teilen insgesamt zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Gibt es Enthaltungen? - Eine. Ich darf mich herzlich dafür bedanken, daß dieser Antrag mit riesiger Mehrheit beschlossen worden ist.

(Beifall)

Ich darf jetzt dem Bundeskanzler, unserem Bundesvorsitzenden, das Wort geben.

(Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Liebe Freunde, ich denke, man soll die Feiertage feiern, wie sie fallen. Am vergangenen Sonntag wurde im Kreis Waldeck/Frankenberg - wer diesen Teil Hessens kennt, weiß, daß dieses Gebiet nicht gerade ein Urgrund Christlicher Demokratie ist, sondern daß wir dort um jede Stimme kämpfen müssen - Helmut Eichenlaub in direkter Wahl mit 54 Prozent der Stimmen zum Landrat gewählt.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe ihn gebeten, heute herzukommen, damit wir ihn vorstellen können. Ich habe ihn aber vor allem auch deshalb hergebeten, um an Hand dieses Beispiels ein Wort des Dankes an die Kommunalpolitiker zu sagen.

(Beifall)

Bei der Rückschau auf mein eigenes politisches Leben bin ich heute eigentlich noch mehr als früher davon überzeugt, daß die CDU Deutschlands als Regierungspartei im Bund und in den Ländern auf die Dauer nur eine Zukunft haben wird, wenn wir eine hinreichend große Zahl von Männern und Frauen haben, die auch im Rathaus in der Stadt, in der Gemeinde und im Landratsamt ihre Pflicht tun.

(Beifall)

Diese Gelegenheit ist gut geeignet, dies zu verdeutlichen, zumal es auch in unseren Reihen immer noch das dümmliche Wort von der Unterscheidung zwischen der sogenannten großen Politik, bei der man möglichst weit in die Welt hinausschaut und bei der fast niemand etwas

kontrollieren kann, der Landespolitik, wo sich die Dinge für die Menschen schon überschaubarer darstellen, und der Kommunalpolitik gibt. Wer im Rathaus sitzt und die Wassergebühr verändert oder die Abwasserfragen regelt, hat lauter Experten in der Gemeinde vor sich. Es ist eine große Leistung, dort das Richtige zu tun. Das sollten wir deutlich hervorheben.

(Beifall)

Neben mir steht Helmut Eichenlaub. Er soll jetzt noch drei Sätze sagen.

Helmut Eichenlaub: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin natürlich überwältigt. Ich möchte für die freundlichen Worte herzlich danken, die mich noch mehr anspornen werden, meinen Beitrag in der Zukunft zu leisten. Herr Bundeskanzler, ich werde nun in unsere gemeinsame Heimat, die Pfalz, gehen und dort wandern, Saumagen essen und Pfälzer Wein trinken. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir warten noch einen kleinen Moment, bis der Vorsitzende der CSU, unser Freund Bundesminister Theo Waigel, hier eintrifft. Er ist schon ganz in der Nähe. Ich bitte einen Moment um Geduld.

(Dr. Theo Waigel wird von Dr. Helmut Kohl
in den Saal geleitet und mit Beifall begrüßt.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich begrüße bei uns in Leipzig sehr herzlich den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, unseren Freund Bundesminister Theo Waigel.

(Beifall)

Lieber Herr Waigel, ich freue mich, daß Sie zu uns gekommen sind und erteile Ihnen hiermit das Wort, sofern Sie schon wieder bei Luft sind.

Dr. Theo Waigel: Lieber Helmut Kohl! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Peter Hintze, dem ich herzlich auch für eine gute Zusammenarbeit danke, wollte mir zwar noch eine Tasse Kaffee einschenken, aber der Parteitag verläuft so zügig, imposant und erfolgreich, daß ich bei der Worterteilung natürlich sofort herbeigeeilt bin. Ich übermittle die herzlichen Grüße der CSU an die Delegierten des Bundesparteitages der CDU in der Messestadt Leipzig.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, allein die großartige Neue Messe in Leipzig ist lebendiger Beweis unserer nationalen Solidarität mit den Bürgern der neuen Länder. Wir freuen uns über das, was hier entstanden ist, was weiter entsteht und wie die deutsche Einheit gelingt.

(Beifall)

Man hat mir manchmal gesagt, ohne die Kosten der SED-Erblast wäre ich, was die Finanzkennziffern anbelangt, der erfolgreichste Finanzminister seit 1949.

(Zustimmung)

Wir hatten 1989 Überschüsse im Staatsbereich; die Entwicklung war glänzend. Wir hätten die besten Zahlen in Europa gehabt. Meine Damen und Herren, die jetzigen Zahlen, die auch gut sind, verantworte ich gern. Das, was in den letzten sieben, acht Jahren an deutscher Solidarität geleistet worden ist, ist unsere gemeinsame Aufgabe, zu der wir stehen und die wir uns von niemandem kleinkrämerisch vorrechnen lassen.

(Beifall)

Herzliche Grüße von der CSU auch an den CDU-Landesverband Sachsen, von Freistaat zu Freistaat. Die CSU und die Bayerische Staatsregierung haben den Aufbau des Landes Sachsen tatkräftig begleitet. Meine Damen und Herren, auch bei dem Parteitag einer großen Volkspartei kommt der Geschlossenheit nach außen hohes Gewicht zu. Es gibt Zeiten der streitbaren Diskussion, aber jetzt ist es Zeit, zusammenzustehen, die Aufgaben gemeinsam anzugehen und im Jahre 1998 die Weichen dafür zu stellen, daß wir gemeinsam erfolgreich in das nächste Jahrhundert gehen. Das wollen wir miteinander.

(Beifall)

Ein herzliches „Grüß Gott“ an den CDU-Parteivorsitzenden Helmut Kohl! Wir haben Helmut Kohl in seiner erneuten Kanzlerkandidatur bestärkt. Meine Damen und Herren, wir haben damit recht gehabt, und wir werden damit recht haben. Wir haben einen Kanzler. Die SPD hat nicht einmal einen Kandidaten. Wir werden in der CSU und in der CDU alle dafür kämpfen, daß Helmut Kohl uns auch in die nächste Legislaturperiode als Bundeskanzler führt. Ich bin sicher, wir werden gewinnen.

(Beifall)

Wenn Lafontaine, der wieder Kanzlerkandidat werden möchte, die Exkandidaten Vogel, Rau, Engholm und Scharping ehrlich fragen würde: Wie siehst du die Chancen der SPD?, bekäme er wohl die Antwort: Fühlt euch nicht zu sicher, denn Helmut Kohl hat große Steherqualitäten.

Lieber Helmut Kohl, es gab schon schwierigere Zeiten im Verhältnis zwischen CDU und CSU.

(Heiterkeit)

Ich kann mich zum Beispiel an das Jahr 1975 erinnern. Wir haben da in der Vertretung von Rheinland-Pfalz und in der Vertretung von Bayern mühselig eine lange Kür des Kanzlerkandidaten mit schwierigen gemeinsamen Erklärungen gezimmert. Ich war als junger Politiker dabei. Damals traf ich einmal meinen väterlichen Freund und Lehrmeister Hermann Höcherl im Bundestagsrestaurant, und er sagte mir in unverkennbarem Altbayerisch: „Wissen Sie, Waigel, ihr schlagt auf den ein, schlagt ein, schlagt ein, und der Kerl steht, steht und steht.“ Der steht heute noch!

(Heiterkeit und Beifall)

Übrigens, neben dem Erfolg und dem wirtschaftlichen Aufschwung: Bisher haben in Deutschland immer die die Wahlen gewonnen, über die es am meisten Karikaturen gibt, und das sind eindeutig Helmut Kohl und ich.

(Heiterkeit und Beifall)

Voscherau hat gezeigt: Hochmut kommt vor dem Fall. Künftige SPD-Spitzenkandidaten sollten sich hüten, dem Wähler persönliche Stimmenquoten vorzuschreiben. Das ging in Hamburg schief, und der nächste Test wird in Niedersachsen erfolgen.

(Beifall)

Wolfgang Schäuble, dem ich für die Zusammenarbeit und für die hervorragende Führung der gemeinsamen CDU/CSU-Fraktion sehr herzlich danke, hat in einer, wie heute überall zu lesen ist, beeindruckenden Rede auch dargestellt, daß wir gerade die nächsten elf Monate zu einem Plebiszit für die Zukunftsreformen in Deutschland machen müssen. Dazu gehört die große Steuerreform. Sie ist unverzichtbar für Wachstum und neue Arbeitsplätze, und sie bleibt auf der Tagesordnung.

Wir haben auf die rot-grüne Blockade im Bundesrat und im Vermittlungsverfahren schnell und entschlossen geantwortet. Als wir miteinander darangegangen sind, diese schwierige Reform zu konzipieren, und sie in der kürzesten Zeit formuliert haben, in der je eine große Steuerreform formuliert wurde, waren wir uns der Probleme voll bewußt, auch dessen, welcher Wind uns ins Gesicht blasen würde. Wir wußten: Am ersten Tag beachtliche Zustimmung für einen großen Wurf, aber am nächsten Tag würden sich natürlich alle Bataillone formieren, um das Ganze anzugreifen. Und das hat auch stattgefunden.

Wir haben an der Grundkonzeption nichts geändert, haben die Größenordnungen gelassen und die Reform so im Bundestag verabschiedet. Wenn sie bis jetzt an der SPD gescheitert ist, muß diese allein die Verantwortung dafür übernehmen. Für uns bleibt die große Steuerreform auf der Tagesordnung. Sie hätte mit uns in der ersten Stufe zum 1. Januar 1998 und in der gesamten Größenordnung zum 1. Januar 1999 kommen können. Wenn sie jetzt erst zum 1. Januar 2000 kommt, liegt dies allein an der SPD und an Herrn Lafontaine. Er muß dies auch vertreten, vor den Bürgern, vor den Arbeitern und vor den Arbeitslosen.

(Lebhafter Beifall)

Meine lieben Freunde, noch nie hat in Deutschland eine Opposition gegen den Aufschwung gewonnen. Und die Zahlen sind gut.

Ein zweites. Die Kompetenz für Wirtschaft, für Finanzpolitik und Standortverbesserung liegt eindeutig bei der Union. Und jetzt kommt die Kompetenz für Arbeitsplätze immer stärker hinzu. Die Blockade der SPD, die gemeinwohlwidrige Politik von Lafontaine reiht sich ein in die großen Fehlentscheidungen der SPD seit 1949.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten waren gegen die Soziale Marktwirtschaft. Sie waren gegen den Aufbau der Bundeswehr. Sie waren gegen die Einbindung Deutschlands in den freien Westen. Sie waren gegen den NATO-Doppelbeschluß. Sie waren zum Teil gegen die deutsche Einheit. Sie haben gegen Europa gekämpft, und bis vor zwei Jahren waren sie noch gegen internationale Einsätze der Bundeswehr.

Meine Damen und Herren, wir haben mit den früheren SPD-Vorsitzenden unseren harten Streit gehabt. Aber Kompromisse mit den Kommunisten, mit der SED hat Kurt Schumacher

nicht gemacht. Und auch mit Ollenhauer oder Willy Brandt, der trotz aller Gegensätze die deutsche Einheit wollte, oder mit Vogel, Engholm und Scharping waren immer noch Teillösungen in wichtigen Bereichen, etwa Bund-Länder-Finanzausgleich und ähnliches mehr, möglich. Aber daß ausgerechnet der Ministerpräsident Oskar Lafontaine, der den Abstieg und den finanzpolitischen Ruin seines Landes zu vertreten hat, Deutschland um die Chance bringen will, wettbewerbsfähig zu sein und die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können, das ist ein einsamer, schlimmer Höhepunkt.

Meine Damen und Herren, noch nie hat ein SPD-Vorsitzender die Macht im Bundesrat so mißbraucht. Aber ich frage nicht nur Oskar Lafontaine, sondern ich frage auch: Wo sind denn eigentlich die anderen SPD-Ministerpräsidenten und SPD-Bürgermeister?

(Beifall)

Wo ist Herr Rau mit seinem Slogan „Versöhnen statt Spalten“? Wo bleibt Herr Ministerpräsident Beck und sein Brüderlein? Dort dürfte übrigens die FDP, die ja sonst uns gegenüber sehr kräftig ist beim Durchsetzen ihrer Anliegen, ihren Einfluß in Rheinland-Pfalz etwas stärker nützen. Ich würde mir wünschen, daß sie dort so kräftig aufträte, wie sie es manchmal auch sonst tut.

(Beifall)

Wo bleibt Frau Simonis, die sonst viel und schnell redet? Wo bleibt Herr Stolpe, der viel Solidarität einfordert, aber sie nicht gibt? Und wo bleibt vor allen Dingen Herr Schröder, von dem im Bundesrat und im Vermittlungsausschuß kein Wort zu hören war, der aber sonst großspurig daherredet und Wirtschaftskompetenz vorgaukelt? Es ist eine große Feigheit, was die SPD-Ministerpräsidenten im Bundesrat und im Vermittlungsausschuß unter Beweis gestellt haben.

(Beifall)

Wenn ich in die Niederlande, nach Großbritannien und in die skandinavischen Länder schaue, stelle ich mit großem Bedauern fest: Wir in Deutschland haben die rückständigsten Sozialdemokraten in Europa, und das ist ein Jammer für das Gemeinwohl und ein Jammer für die Wirtschaft.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, nach dem Thema Arbeitslosigkeit, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen ist die innere Sicherheit, wie ich meine, das wichtigste Thema unserer Zeit, des nächsten Jahres und der nächsten Legislaturperiode. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und Gewalt gehört zu den wichtigsten Anforderungen an den freiheitlichen Rechtsstaat. Freiheit des Menschen kann es nur ohne Angst geben. Wenn die Menschen Angst haben um ihre persönliche Integrität, sind sie nicht wirklich frei. Wenn der Staat das Recht nicht durchsetzt, verlieren die Menschen das Vertrauen. Aufgabe der Union ist es, die Freiheit durch die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung zu schützen.

Meine lieben Freunde, uns glaubt man, daß wir es können. Der SPD glaubt man es nicht, und darum war der kurzfristige Versuch von Herrn Voscherau, schnell auf ein Thema zu springen, es für sich zu besetzen und es wahlkampfmäßig als Ernte einzufahren, zum Scheitern verurteilt.

Ein Zweites. Wenn ein Mann wie Schröder, von dem zur inneren Sicherheit jahre- und jahrzehntelang nichts zu hören war, plötzlich wie ein Sheriff als Law-and-Order-Mann auftritt, wird man ihm das auch nicht glauben, und wir müssen ihm die Larve der Lüge vom Gesicht reißen, und das werden wir in Niedersachsen tun.

(Beifall)

Unser Konzept muß heißen: Null Toleranz gegenüber Rechtsbrechern und Chaoten.

Meine Damen und Herren, vor gut einem Jahr, als in der Nähe meiner Heimat, in der Nähe von Landsberg, die kleine Natalie Astner umgebracht wurde, bin ich nach München gefahren. Dort war natürlich eine Fernsehkamera, die mich beim Aussteigen aus dem Auto aufnahm, und der Journalist fragte mich: „Was sagen Sie, was wird die Politik jetzt tun?“ Als gelernter Jurist, früherer Staatsanwalt, ist man vorsichtig und sagte: „Wir werden prüfen, was aus den Umständen entsteht, wir werden nachdenken müssen, ob Handlungsbedarf der Politik entsteht, und wir werden keinen Schnellschuß machen, sondern in Ruhe und Überlegenheit die juristischen Schritte überlegen, und den gesetzgeberischen Bedarf überdenken.“ So spricht man, wenn man einige Erfahrung als Politiker und als Jurist gewonnen hat.

Nur, als ich am Abend heimkam, sagte mir meine Frau: „So dumm hast du noch nie dahergeredet.“ Ich fragte: „Wieso?“ - „Ihr sollt nicht prüfen,“ hat sie gesagt, „ihr sollt endlich handeln. Die Mütter und die Betroffenen in diesem Land wollen, daß ihr handelt und es nicht mehr so weitergeht, wie bisher.“

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Leben wehrloser Kinder, das Rechtsgut unschuldiges Kind und das, was die Mütter und Väter mitmachen, ist ein höheres Gut als der Resozialisierungsanspruch des Verbrechers, der leider in den Fällen immer wieder zur neuen Tat neigt.

(Beifall)

Gott sei Dank ist es uns letzte Woche gelungen, in der Koalition eine Verständigung zu diesem Konzept zu erreichen: härtere Strafen gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern, leichtere Verhängung von Führungsaufsicht und Sicherungsverwahrung.

Ein zweiter Punkt. Es hat lange gedauert, ähnlich wie beim Asyl, um endlich eine Grundgesetzänderung zu erreichen, um die elektronische Überwachung von Verbrechern zu ermöglichen. Meine Damen und Herren, was ist eigentlich in manche Rechtspolitiker der SPD und eine Zeitlang auch der FDP gefahren, daß man Zweifel hat, der Rechtsstaat könnte in Gefahr geraten, wenn die größten Gangster dieser Zeit, die größten Kinderverderber zusammenkommen, um ihr Geld aus Dealen und ähnlichem mehr auszutauschen? Hier muß endlich überwacht, abgehört und sobald wie möglich auch visuell überwacht werden, damit wir diesen Gangstern endlich das Handwerk legen können.

(Beifall)

Aber wir brauchen auch einen Bewußtseinswandel. Wenn in der Hamburger S-Bahn eine junge Frau vergewaltigt wird und ihr kein Fahrgast hilft, dann müssen wir fragen: Wo bleibt eigentlich die Zivilcourage unserer Gesellschaft?

(Beifall)

Wenn eine Schülerin unter 14 Jahren von mehreren Schülern vergewaltigt wird und man mutet ihr danach zu, weil die strafunmündig, strafunfähig sind, in der gleichen Klasse weiter mit denen zusammenzusein, dann frage ich mich: Haben die Verantwortlichen in der Schule den Verstand verloren? Was muten wir eigentlich den Menschen zu?

(Beifall)

Wenn 131.000 Kinder im Jahre 1996 als Tatverdächtige ermittelt wurden, sind Elternhäuser und Schulen gefordert, unsere Werte wieder stärker zu vermitteln. Begriffe wie Mein und Dein, Gut und Böse, Recht und Unrecht müssen wieder Bestandteil der Erziehung sein. Wenn wir in ganz Deutschland feststellen, daß rechts- und linksradikale Gewalttäter nicht nur sich gegenseitig prügeln, sondern andere Menschen bedrohen, an Urlaubsorten ihr Unwesen treiben, Furcht verbreiten, dann wird es höchste Zeit, Aufenthaltsverbote zu verhängen, Unterbindungsgewahrsam vorzunehmen und diesen Typen die Grenzen aufzuzeigen: Null Toleranz! Das ist die einzige Sprache, die diese Typen verstehen.

(Beifall)

Deutschland ist und bleibt ein gastfreundliches Land, aber die Bürger erwarten zu Recht auch Schutz vor ausländischen Kriminellen. Der brutale Mord an dem 20jährigen Matthias Hintze hat das gezeigt: Gewaltbereite und gewissenlose Täter kennen keine Hemmschwellen. Hier müssen wir auch ganz nüchtern die Schattenseite der Öffnung der Staaten Ost- und Südosteuropas sehen. Meine Damen und Herren, da darf es keine falsche Hemmung vor der Abschiebung geben. Wer das Gesetz mißbraucht, wer das Gastrecht in Deutschland mißbraucht, hat in Deutschland nichts mehr zu suchen.

(Beifall)

Ich meine, wir brauchen auch die verstärkte Zusammenarbeit mit den Behörden unserer östlichen Nachbarn, *einen besseren internationalen Datenabgleich, schärfere Kontrollen und Kampf gegen illegale Zuwanderung*. Unser Land hält auf die Dauer den Zuzug von jährlich einer halben Million Menschen aus anderen Kulturkreisen nicht aus. Wir müssen den Mißbrauch unserer Sozialsysteme im Bereich der Scheinasylanten verhindern. Wer über Beschäftigungsprobleme diskutiert, kommt nicht an den drei Millionen Ausländern vorbei, die trotz Anwerbestopp neu als Arbeitsnachfrager auftreten.

Meine Damen und Herren, abgelehnte Asylbewerber und Illegale müssen auf dem schnellsten Weg abgeschoben werden. Wenn die Herkunftsländer nicht zur Aufnahme bereit sind, müssen wir die Entwicklungshilfe dafür streichen, denn auch das gehört zur gegenseitigen Solidarität.

(Beifall)

Wir brauchen auch kein Einwanderungsgesetz oder ein neues Staatsangehörigkeitsrecht. Die Staatsangehörigkeit ist der letzte Schritt - nicht der Ausgangspunkt - der Integration. Wir dürfen und wollen unsere Staatsangehörigkeit niemandem aufzwingen.

351

Da kommt Oskar Lafontaine und fordert für unser Land höhere Lohnabschlüsse. Man kann es sich einfach machen und frei nach Herbert Wehner feststellen, das sei mehr als Quatsch, das sei quätscher.

Trotz erleichterter Einbürgerung wollen jährlich nur 4 bis 8 Prozent der Ausländer unsere Staatsbürgerschaft erwerben. Das heißt, es besteht wenig Interesse, die Bindungen an das Heimatland aufzugeben. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die doppelte Staatsangehörigkeit ein falscher Weg wäre. Es gibt keine doppelte Loyalität im Hinblick auf seinen Staat und seine Nation.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, die Aufgabe Nummer eins ist, Arbeit zu schaffen. Das ist die beste Sozialpolitik. Mir hat im letzten Jahr das Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft“ sehr gut gefallen. Wenn uns der Internationale Währungsfonds in seinem neuesten Economic Outlook jetzt wieder bestätigt, daß 80 Prozent der deutschen Arbeitslosigkeit strukturell bedingt ist, dann muß uns das zu denken geben. Die Probleme lösen sich nicht allein dadurch, daß die Konjunktur ansteigt. In diesem Jahr werden 2,5 Prozent oder sogar mehr, im nächsten Jahr 2,5 bis 3 Prozent Steigerung erreicht.

Wenn der Internationale Währungsfonds uns, Deutschland, ganz konkret maßvolle Abschlüsse unter dem Produktivitätsfortschritt, die Senkung von Steuern und Lohnzusatzkosten, die Einhaltung des Lohnabstandsgebotes und die Beibehaltung des Weges der Reformen vorschlägt und wenn die OECD und der IWF – das haben sie noch nie getan – expressis verbis die Durchsetzung der Steuerreform in Bundestag und Bundesrat anmahnen, dann zeigt dies in aller Deutlichkeit: Wir sind auf dem richtigen Weg. Es ist ein Jammer und eine Schande, daß sich die SPD im Bundesrat dem verweigert hat.

Nun kommt so ziemlich das allerletzte, nämlich der Vorschlag von Lafontaine, jetzt höhere Lohnabschlüsse durchzuführen. Es war noch nie dagewesen, daß ein Teil der Gewerkschaftler sagt: Wir müssen Tarifabschlüsse erreichen, durch die mehr Arbeit und Arbeitnehmer entstehen. Der SPD-Vorsitzende fällt diesen verantwortlichen Frauen und Männern in den Rücken und fordert: Kräftig hinzu! Jetzt höhere Löhne! Das ist so ziemlich das Dümme, was in den letzten Jahrzehnten in der deutschen Volkswirtschaft verkündet wurde.

(Beifall)

Natürlich würden wir jedem Arbeitnehmer höhere Löhne gönnen. Nur, höhere Löhne angesichts des gegenwärtigen Wettbewerbs in der Welt führen zu höheren Produktionskosten. Mit höheren Produktionskosten verlieren wir Marktanteile. Was tun die Firmen, um dem zu begegnen? Sie rationalisieren und entlassen. Die Forderung von Lafontaine führt zwangsläufig und konsequent zu einer höheren Arbeitslosigkeit. Er ist nicht so dumm, daß er das nicht merkt. Nein, er will den Karren an die Wand fahren, um damit an die Macht zu kommen. So etwas Verantwortungsloses und Schabiges hat es noch nie gegeben.

(Beifall)

Der Finanzminister wird ja nicht jeden Tag gelobt - in meiner Partei häufig; bei Ihnen nicht ganz so häufig. Aber immerhin, ich will mich nicht beklagen. Besondere Objektivität besitzen natürlich frühere Finanzminister - zumal, wenn sie nicht aus den Reihen der CDU/CSU kommen. Hans Apel sagte wörtlich im „Focus“:

Meine lieben Freunde, die CSU war und ist eine europäische Partei. Es gibt eine maßgebliche Handschrift der CSU in der Europapolitik. Bereits im Grundsatzprogramm 1946 hat sich die CSU ganz klar zu Europa bekannt. Eine unglaubliche Vision, wie die Frauen und Männer aus dem Krieg und aus den Bombennächten zurückkommen und den Mut haben, sich über regionale und nationale Grenzen zu diesem großen Ziel zu bekennen!

Es waren der alte Adenauer und der junge Strauß, die mich für die Politik begeistert haben. Mein Vater, Jahrgang 1895, hat den ganzen Ersten Weltkrieg mitgemacht, meistens gegen Frankreich. In den Zweiten Weltkrieg wurde er wieder eingezogen. Mein älterer Bruder ist mit 18 Jahren 1944 in Lothringen gefallen. Mein Vater war dann gegen jede Wiederbewaffnung. Er war gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Nach den bittersten Erfahrungen eines ganzen Lebens wollte er mit all dem nichts mehr zu tun haben. Das hat mich als Buben beunruhigt, gequält.

Dann kamen diese großen Debatten im Bundestag, und da sprach der junge Franz Josef Strauß neben dem alten, erfahrenen Konrad Adenauer, der junge Offizier, aus dem Krieg zurückgekehrt, und sagte: Wir müssen die Schatten der Vergangenheit hinter uns lassen, wir müssen bereit sein, für die Freiheit einzustehen, wir müssen uns wieder verteidigen, wir müssen wieder souverän werden, wir müssen unseren selbstbewußten Beitrag in Europa und in der Welt leisten. Das hat mich und viele andere meiner Generation überzeugt.

Wenn es in dieser Runde einen gäbe - vielleicht neben Helmut Kohl -, der manchmal an Europa verzweifeln dürfte, dann wäre es der deutsche Finanzminister. Ich eile von Sitzung zu Sitzung, und die Leute meinen - der Bundeskanzler ja auch -, man habe ein schönes Leben.

(Heiterkeit)

- Ja, das sind so seine regelmäßigen Sprüche: Du hast ein schönes Leben.

(Erneute Heiterkeit)

Von ihm läßt man sich das gefallen, von keinem anderen.

(Anhaltende Heiterkeit)

Wenn es dann also immer wieder um dieses und jenes geht, um Zahlen, wenn es Ärger gibt, wenn ich dann aber am Abend daheim bin und mir die Alternative überlege, dann weiß ich, ich fange am nächsten Morgen wieder an, und Gott sei Dank sind wir dort, wo wir jetzt stehen. Wenn gestern in den Prognosen der Europäischen Kommission - sie decken sich in etwa mit unseren Einschätzungen - festgestellt wird, daß mehr als zehn europäische Länder in der Lage sein werden, die Kriterien zu erreichen, dann, meine Damen und Herren, ist das doch nicht ein Grund für Ärger oder für kritische Bemerkungen, sondern ein Grund, stolz zu sein. Wir haben Stabilität exportiert. Andere haben sich unserer Geld-, Währungs- und Stabilitätspolitik angeschlossen. Andere sind bereit, ihre Zentralbanken unabhängig zu machen. 15 Länder sind bereit, ihre Währungsunabhängigkeit aufzugeben und die künftige europäische Währungspolitik von Frankfurt in Deutschland aus entscheiden zu lassen. Das ist ein großartiger Erfolg der deutschen Politik!

Das heißt aber nicht, daß ich mit der Lastenverteilung, was Deutschland betrifft, zufrieden wäre, um das gleich ganz nüchtern zu sagen. Ich habe es auch vorgestern den Kameraden und

dem Herrn Kommissionspräsidenten gesagt: Wenn ihr meint, das geht so weiter wie immer, business as usual, dann täuscht ihr euch. - Das ist nicht nur das Klagen und Kritisieren des deutschen Finanzministers; das ist unsere einhellige Meinung, auch die des Bundeskanzlers. Denn es kann nicht auf die Dauer so sein, daß ein Land mehr als 60 % der Nettolasten in Europa trägt. Weder ist das gut für Deutschland, noch ist es gut für die Europäische Union. Hier bedarf es einer gerechteren Verteilung.

Wir werden auch künftig Nettozahler sein. Nur, das eine oder andere Land, in das sehr viele Milliarden geflossen sind, muß irgendwann einmal sagen: Die Hilfe zur Selbsthilfe ist zu Ende. Das eine oder andere Land, das genauso reich und kräftig ist wie wir, wird auch mehr zahlen müssen. Das ist es, worum es uns geht, und das muß spätestens 1999 in einem für uns besseren Sinne entschieden werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin nicht schadenfroh - oder nur ganz selten.

(Heiterkeit)

Ich habe auch schon einige Male an Sonntagabenden erlebt - nicht so oft wie Helmut Kohl, aber doch in neun Jahren als Parteivorsitzender -, daß man über das eine oder andere Wahlergebnis nicht so glücklich ist, wie man gerne wäre. Peter Hintze, Sie haben da ja auch Ihre Erfahrungen. Aber einmal, vor ein oder eineinhalb Jahren, habe ich mich wirklich gefreut, als ich - ich verübele es ihm nicht persönlich - das Gesicht von Herrn Spöri in Baden-Württemberg gesehen habe. Der hat nämlich plötzlich gemeint, eine Lücke entdeckt zu haben und Stimmen gewinnen zu können, indem er die Menschen gegen Europa und gegen den Euro aufwiegelt. Damit ist er kläglich gescheitert, Herr Voscherau jetzt wieder. Meine Damen und Herren, man kann - und das ist gut so - in Deutschland keinen Wahlkampf gegen Europa machen.

(Beifall)

Wir sind Deutsche, wir sind national eingestellt, aber wir sind für Europa und halten an diesem Kurs fest.

(Anhaltender Beifall)

Die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion wird kommen. Ein Scheitern hätte unkalkulierbare Konsequenzen. Ich habe immer gesagt, der Zeitplan hebt die Konvergenz nicht auf. Auch in Ihrem Antrag sind die Bedingungen klar formuliert. Die Konvergenz bestimmt den Zeitplan.

Meine lieben Freunde, wir müssen die Bedenken und die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Wenn man die Menschen in Umfragen fragt „Sind Sie für Europa?“, sagen 60 % ja. Wenn man sie fragt „Sind Sie der Meinung, daß Deutschland möglichst viel in die anderen Länder Europas exportieren soll?“, sind 70 % dafür. Wenn man sie fragt „Sind Sie der Meinung, daß es dazu eines großen Binnenmarkts bedarf?“, sind 65 % dafür.

Wenn man sich dann sozusagen langsam an den Strafraum herantastet und fragt „Sind Sie der Meinung, daß dazu eine Wirtschafts- und Währungsunion notwendig ist?“, dann sagen auch noch 60 Prozent ja. Wenn man dann fragt - man ist schon fast im 5-Meter-Raum; der Tormann

befindet sich aber noch im Tor - „Sind Sie der Meinung, daß die Wirtschafts- und Währungsunion kommen wird?“, sagen wiederum 60 Prozent ja. Wenn man dann fragt „Mit wem wollt ihr sie?“, dann lautet die Antwort, daß die Menschen sie nur mit uns und nicht mit der SPD wollen. Wenn man dann fragt - man glaubt, man braucht den Ball nur noch ins Tor zu schieben - „Sind Sie bereit, dafür die DM zu opfern?“, dann sagen 60 Prozent nein. Diese Bedenken müssen wir, meine Damen und Herren, ernst nehmen. Wir müssen die Menschen mitnehmen und überzeugen.

Täglich flattern bei mir Briefe ein, in denen ich gefragt werde, ob ich den Menschen eine Währungsreform zumuten möchte. Noch nie sind so schlimme Drohungen, auch persönlicher Art, auf mich zugekommen wie aus der Ecke der radikalen Euro-Gegner. Ich habe keine Angst, meine Damen und Herren. Aber wir müssen sehen, daß sich hier etwas formiert. Wir sollten das ernst nehmen. Unsere Antwort kann daher nur lauten: Die Wirtschafts- und Währungsunion ist nicht eine Morgengabe, und sie ist nicht ein Geschenk. Sie liegt im elementaren deutschen Interesse. Es liegt in unserem nationalen Interesse, auf diese Weise unsere Identität zu bewahren, die Zukunft der Arbeitsplätze zu sichern und damit eine große Zone des Marktes zu schaffen, der für die deutsche Volkswirtschaft unverzichtbar ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist gestern wieder gelungen - darauf bin ich stolz -, gemeinsam mit Frankreich eine Vereinbarung zu treffen, wie wir die Wirtschafts koordinierung fortsetzen. Das ist ein ganz wichtiger Schritt für den nächsten Ecofin. Es ist auch wichtig für uns - der Präsident der Deutschen Bundesbank hat das gestern in Münster sehr befriedigt festgestellt -, daß Frankreich die Unabhängigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank verteidigt und völlig unbestritten zu ihr steht.

Meine lieben Freunde, meine Damen und Herren, CDU und CSU haben ein gemeinsames Ziel. Unsere Aufgabe ist es, Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert menschlich zu gestalten. Es ist nicht Hybris, es ist nicht Anmaßung oder Übermut, wenn ich feststelle: Niemand kann dies außer CDU und CSU. Unser gemeinsames Motto bis zum 27. September 1998 lautet: Wir brechen die Blockaden. Wir handeln. Wir liefern die Ideen im Prozeß der politischen Auseinandersetzung. Wir stehen für Optimismus und Mut gegen Zukunftsangst. Wir zeigen politische Führung, während andere blockieren.

Reiner Kunze hat in den 70er Jahren in der damaligen DDR das großartige Buch „Die wunderbaren Jahre“ geschrieben. Dieses Buch ist ironisch, zynisch, einfach großartig. Von Johannes Gross stammt ein Buch „Unsere letzten Jahre“. Ich behaupte trotz allen Ärgers, trotz aller Sorgen, trotz aller Finanzkennziffern: Die Jahre von 1990 bis 2000 werden einmal als die besten Jahre, als das beste Jahrzehnt in diesem Jahrhundert in die Geschichte eingehen. Dieses Jahrzehnt ist untrennbar mit den Namen Helmut Kohl und mit den Parteien CDU und CSU verbunden. Darauf sind wir stolz.

(Beifall)

An uns liegt es, 1998 die Weichen so zu stellen, daß diese und die nächsten Generationen die Chancen haben, in Deutschland und in Europa eine gute Zukunft zu bauen. Der Internationale Währungsfonds prognostiziert uns die fünf besten Jahre seit 1945 in der Weltwirtschaft. In

Europa tragen Konsolidierung, Strukturreformen, Privatisierung, mehr Wettbewerb und Stabilitätspolitik ihre Früchte. Der Konvergenzprozeß wirkt. Das wäre ohne Maastricht und ohne die europäische Einigung nie möglich gewesen.

Wie sieht es bei uns und in den Nachbarländern aus? Die Konjunktur zieht an. Das Wachstum wird stärker. Die Investitionen nehmen zu. Eine Wende auf dem Arbeitsmarkt ist in Sicht, und die Menschen schöpfen neue Hoffnung. Liebe Freunde, das kommt nicht von selbst. Wir haben dafür hart gearbeitet. Wir haben den Menschen viel zugemutet. Wir sind dafür heftig kritisiert worden. Jetzt geht es darum: Wir wollen in den nächsten Jahren ernten, wo wir geackert, gesät und gejätet haben. Wir wollen nicht, daß die Früchte unserer Arbeit denen in die Hände fallen, die nichts dafür getan, uns nur behindert und gegen Deutschland gearbeitet haben.

(Beifall)

Laßt uns gemeinsam, geschlossen und entschlossen und mit Gottvertrauen die Zukunft gewinnen! Sie können sich darauf verlassen: Die CSU kämpft mit der CDU im nächsten Jahr. Wir werden gewinnen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall – die Delegierten erheben sich)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Lieber Herr Waigel, herzlichen Dank für Ihre engagierte Rede. Ihr Grußwort gehört immer zu den Höhepunkten unserer Parteitage. Zu den vielen Höhepunkten muß ich angesichts unseres erfolgreichen 9. Parteitages hinzufügen.

Ich freue mich darüber, daß ich Ihnen heute persönlich danken kann. Dies tue ich auch im Namen des Parteitages und der Sächsischen Union und sozusagen von Freistaat zu Freistaat. Sagen Sie nicht, daß Sie niemand lobt! Der Parteitag hat das mit seinem Beifall getan.

(Beifall)

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

DIE INNERE SICHERHEIT STÄRKEN

Ich erteile das Wort zu einer Einführung an den Bundesminister des Innern, Manfred Kanther.

(Beifall)

Manfred Kanther: Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Verehrte Gäste! Der tatkräftige, nie schwankende Einsatz für die Innere Sicherheit, der unermüdliche Kampf gegen Kriminalität sind ein Markenzeichen der Politik der Union. Das ist kein literarisches Säuseln, es ist vielmehr ein Kampf, eine harte Auseinandersetzung in der Sache.

Wir nehmen nicht nur die bedrohlichen Realitäten, sondern auch die Sorgen der Menschen um ihre tägliche Sicherheit tiefernst. Sie sind nicht Zeugnis von Hysterie, sondern von beeinträchtigtem Lebensgefühl bei vielen Menschen. Wenn Sekretärinnen abends mit der U-Bahn nach Hause fahren und Tag für Tag Zeichen von Verwahrlosung, jugendlichem Drogenelend oder Randalen auf Bahnhöfen und in Zügen erleben; wenn ältere Menschen bei Dunkelheit nicht mehr gerne das Haus verlassen oder Frauen besondere Vorkehrungen gegen das Wegreißen ihrer Handtaschen treffen; wenn jeder eine Familie kennt, bei der im Urlaub eingebrochen oder der das Auto gestoh-

len worden ist; wenn die Kinder aus der Schule oder aus der Disco kommen und den immer besorgteren Eltern erzählen, daß ein langjähriger Grundschulfreund jetzt Drogen nimmt; wenn die Grenzbevölkerung Furcht hat vor grenzüberschreitender Kriminalität: dann müssen wir diese Sorgen ernst nehmen. Dagegen hilft nicht der Hinweis auf Statistiken oder darauf, daß wir noch nicht die Verhältnisse von amerikanischen Großstädten haben - und ja auch nicht bekommen wollen.

(Beifall)

Sorgen sind auch dann Beschäftigungsgegenstand von Politik, wenn an dem einen oder anderen Platz noch nicht jede Sorge vor Ort begründet ist; denn aus ständig wachsenden Sorgen entstehen Vertrauensverluste für unseren Staat, entsteht Unsicherheit. Und Unsicherheit ruft nach Stützen. Wir wollen sie sein. Es sollen nicht irgendwelche rechte Rattenfänger sein, die aus den Sorgen der Bürger ihr trübes Süppchen kochen wollen.

(Beifall)

Ergebnisse erzielen, hat Theo Waigel eben gesagt. Das gilt für alle Felder der Politik. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß Jahrzehnte der maulvollen Phrasen vorbei sind und bei den Bürgern keine Chancen mehr haben. Die Bürger wollen Ergebnisse richtiger Politik sehen.

(Beifall)

Dafür braucht man nicht täglich Schaum vor dem Mund zu bekommen. Die Methode, auf jeden schrecklichen Kriminalfall, der die Öffentlichkeit aufwühlt, standardisiert mit der Forderung nach Strafverschärfung zu reagieren, leiert sich spätestens dann aus, wenn wieder etwas passiert.

Und da sind wir am Kern: Das Wieder-Passieren, Leid, Verletzung, Furcht, Schaden in Zukunft zu vermeiden, das muß im Vordergrund unserer Anstrengungen stehen. Hier geschieht noch nicht alles, was eine problembewußte, wohlhabende, technisch versierte Gesellschaft in Deutschland leisten kann. Aber wir sind auf dem richtigen Weg mit großen Erfolgen, meine Freunde, von denen wir auch sprechen müssen, weil wir in diesem Politikfeld fürs Gelingen ebenso Optimismus brauchen wie in allen anderen.

(Beifall)

Durch unsere Unermüdlichkeit haben wir es geschafft, daß alle neuen deutschen Kraftfahrzeuge - demnächst alle europäischen - eine elektronische Wegfahrsperre haben. Und in nur drei Jahren ist die Zahl der gestohlenen Kraftfahrzeuge um 25 Prozent gesunken.

Wir haben die Herausgeber von Kreditkarten zur Verbesserung ihres Versand- und Kodierungsverfahrens gebracht. Und der Schaden durch Entwendung auf dem Versandweg ist in wenigen Jahren um ein Viertel gesunken.

Unsere Werbung für den Sicherheitsgedanken hat bei den Bürgern zu mehr Sorgfalt und eigenen Aufwendungen für ihre Sicherheit geführt. Und die Zahl der Wohnungseinbrüche ist in nur einem Jahr um neun Prozent zurückgegangen.

Meine Freunde, viele andere Erfolge treten hinzu. Nahezu alle Mitglieder der terroristischen Roten Armee Fraktion sitzen hinter Schloß und Riegel. Andere gewalttätige Linksextremisten stehen vor Gericht. Die Gefahr des linken Terrorismus ist wesentlich gemindert.

Wir haben eine Reihe von neonazistischen Gruppen verboten und das einschlägige Strafrecht verschärft. Die Zahl der scheußlichen fremdenfeindlichen Gewalttaten ist von 1993 bis 1996 um 72 Prozent gesunken.

Die Ausschreitungen der PKK wurden durch ihr Verbot und seine konsequente Umsetzung gegen alle Unkenrufe gestoppt.

Viele neue Gedanken bewähren sich in der Praxis: Die bayerische Sicherheitswacht mit freiwilligen Helfern, die Tätigkeit von über 1 000 kommunalen Präventionsräten, der Einsatz privater Sicherheitsdienste, die technische Ertüchtigung von Dokumenten gegen Fälschung, der Einbau von Sicherheitselementen in der Informationstechnologie und vieles mehr werden weitere Früchte tragen. Meine Freunde, davon müssen wir sprechen; denn unsere Mitbürger honorieren nicht tägliche Horrormeldungen - immer neue - , sondern sie honorieren praktische Verbesserungen in der Tagesarbeit.

(Beifall)

Deshalb erneuere ich zum Beispiel immer wieder den Ruf an unsere Industrie, dem Angebot sicherheitsbewußter Produkte und Verfahren auch aus ökonomischen Gründen viel mehr Mühe beizumessen als bislang. Sie können nicht nur Sicherheit produzieren, sondern auch Verkaufsschlager, wie wir es mit der Umwelttechnologie ja auch geschafft haben. Das sind Chancen, die uns optimistisch stimmen können.

Allerdings kann nichts darüber hinwegtäuschen, daß sich alle kriminalfachliche Prävention, Strafe und Verbot bereits an den tatbereiten Rechtsbrecher richten. Deshalb müssen wir deutlich früher ansetzen; die Tatbereitschaft in der Gesellschaft mindern, das ist eine zentrale Aufgabe.

In diesem Zusammenhang gehört es zum Erfolgsrezept, unerbittlich die linken Chimären vergangener Jahrzehnte als Ursachen von Fehlentwicklungen zu enttarnen.

(Beifall)

Kriminalität hat ganz gewiß viel mit den individuellen Verhältnissen der Täter zu tun. Natürlich ist das soziale Umfeld von größter Bedeutung. Wer wollte so etwas bestreiten? Die Kriminalität spiegelt aber auch die geistige Verfassung der Gesellschaft wider, in der sie stattfindet. Dazu sind unter linker Federführung in der Politik, der Gesellschafts- und Rechtswissenschaft, in Schulen und Medien jahrzehntelang Götzen aufgerichtet worden, die mit Gepolter vom Tisch stürzen müssen.

(Beifall)

Es ist kein Zeichen von Freiheit in einer Gesellschaft, wenn sie es zuläßt, daß ihr geltendes Recht mißachtet wird. Es gibt in unserem Staat kein Widerstandsrecht nach selbstgestricktem ideologischen Muster gegen Kraftwerke, Flughäfen, Gentechnologie oder Verteidigungsentscheidungen.

(Beifall)

Es hat verheerende Folgen, wenn zwischen mehr und weniger Gewalt, gegen Sachen oder Personen, vielleicht noch haarspalterisch unterschieden zwischen natürlichen und juristischen Personen, im Unwerturteil politisch differenziert wird. Privatgewalt muß immer geächtet sein.

(Beifall)

Der Lockruf der 68er „Im Zweifel für die Freiheit“ hat ungeheuren Schaden gestiftet, weil er den Eindruck erweckte, zwischen Freiheit und Sicherheit bestehe im demokratischen Staat ein Vorrangverhältnis zugunsten persönlich bestimmter Beliebigkeit im Umgang mit Rechtsnormen, während es doch darum geht, Freiheit und Sicherheit zugleich zu gewährleisten.

(Beifall)

Die oft flächendeckende, semantisch meist raffiniert vorgetragene, öffentliche Verordnung linker Phraseologie als humaner Weisheit letzter Schluß ist von uns als CDU niemals akzeptiert worden.

(Beifall)

Es ist ein bedeutendes Kapitel unserer Parteigeschichte, daß wir uns - besonders auch in der Landes- und Kommunalpolitik - diesem Zeitgeist der 70er und 80er Jahre nicht unterworfen haben. Im Wissen um die Garantiefunktion des Staates für die Innere Sicherheit, um seine Bringschuld gegenüber den Bürgern in der Abwehr von Straftätern haben wir nicht geschwankt, obwohl die Welle gegen uns oft hoch war.

Hier, meine Freunde, hat die CDU jene weiße Weste konsequenter Politik aus innerster Überzeugung, die andere gelegentlich zu Wahltagen anlegen, um tagespolitisch Kasse zu machen.

Es bleibt doch ein jammervolles Schauspiel, wie nach den Kraftsprüchen der SPD-Matadore im Hamburger Wahlkampf am Tag nach der Niederlage eine reine Taktikdebatte darüber einsetzte, ob man es denn parteiegoistisch schlaue genug angestellt habe. Was in der Sache richtig war, ist und bleibt, das war kein Wort mehr wert.

Folgerichtig verschweigt der frühere SPD-Vorsitzende Vogel in einem kürzlichen Interview die Mitsüchlichkeit des durch linke Ideologie bedingten Verfalls des Rechtsbewußtseins für den Kriminalitätsanstieg und macht Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel und Verherrlichung von Gewinnmaximierung für Kriminalität verantwortlich. Diese neueste Masche der Ablenkung wird uns noch lange begleiten. Es geht ersichtlich darum, schon wieder an der nächsten Legende zu stricken, die SPD von Verantwortung freizuzeichnen und von ihrem Defizitthema abzulenken.

(Beifall)

Wenn wir die geistigen Kräfte der Gesellschaft zur Gefahrenabwehr in neuer Form aufrichten wollen, dann gehört dazu wesentlich mehr als das Abhaken von Beschaffungslisten bei der Polizei, das Herauf und Herunter von Stellenplänen oder ein gequältes Ja nach jahrelangem Hickhack zu einzelnen gesetzgeberischen Maßnahmen. Wenn dies - was alles notwendig ist - wirklich greifen soll, dann müssen die Grundlagen für einen wehrhaften Rechtsstaat wieder Allgemeingut werden.

Die Erziehung junger Menschen zu einer verbindlichen Wertordnung als Auftrag und Pflicht von Familien und Schulen ist durch nichts zu ersetzen. Das ist eine Herausforderung auch für unsere Bildungspolitik. Wenn die Rechtsgrenzen abgeschliffen werden, Eigentum dubios geredet wird, dann erscheinen eben Ladendiebstahl oder Sprüh-Ferkeleien an frischgetünchten Hauswänden als Bagatelldelikte, wo doch dem Anfang einer gefährlichen Lebenseinstellung begegnet werden muß.

(Beifall)

Wenn Selbstverwirklichung grenzenlos gepredigt und Rücksicht auf andere oder Pflichtbewußtsein in bewußt entstellender Weise sogar als „Sekundärtugend, tauglich für die Leitung eines KZs“ heruntergeredet werden - man erinnere sich: Originalton Lafontaine -, dann wächst Bindungslosigkeit und sinken Hemmschwellen.

(Beifall)

Man überlege sich nur, liebe Freunde, einer von uns hätte je einen solchen Spruch getan, wie den das lebenslang verfolgt hätte, bei Lafontaine aber kaum jemand noch daran erinnert. Deshalb tue ich es von hier aus.

(Beifall)

Wenn die Landesregierung in Schleswig-Holstein Rauschmittel in Apotheken feilhalten will, dann schleift sie jene Hemmschwellen für gefährdete junge Leute ab, die von besorgten Eltern, Lehrern und Sozialarbeitern täglich verteidigt werden müssen.

Wenn wir dagegen betonen, daß es um die Befestigung, gelegentlich wohl sogar erneute Aufrichtung, einer verbindlichen Wertordnung im Bewußtsein unseres Volkes, besonders junger Menschen, geht, dann tun wir das nicht wegen der Abrechnung mit dem politischen Gegner; das könnten wir den Historikern überlassen. Wir müssen vielmehr diese geistigen Grundlagen für die innere Sicherheit deshalb herausarbeiten, weil wir andernfalls den Weg in die Zukunft nicht richtig bestimmen könnten. Es geht nicht nur um dessen Einzelheiten, die ihn dann als Wegmarken kennzeichnen, es geht auch um die Beschreibung einer sehr langen und mühsamen Strecke, die vor uns liegt.

In meinen Augen macht jeder einen großen Fehler in der Sicherheitspolitik, der allein mit Aktionskalendern seinen Mitbürgern den Eindruck vermitteln will, damit sei es dann geschafft, der Königsweg gefunden, nun komme alles ganz schnell in Ordnung. Der Polizeibericht des nächsten Jahres wird ihn widerlegen. Er wird Mißtrauen statt Zutrauen ernten, wenn seine Versprechungen nicht kurzerhand umgesetzt werden können.

Die Misere von Jugend- und Gewaltkriminalität, die Rauschgiftproblematik als Hauptquelle des organisierten Verbrechens, grenzüberschreitende und Ausländerkriminalität sind keine Phänomene, die schlagartig entstanden sind und die sich deshalb auch nicht mit einem Machtwort, einem neuen Gesetz oder mehr Geld blitzschnell verändern ließen, wenn doch viele ihrer Entstehungsbedingungen noch fortwirken.

(Beifall)

Gegen alle diese Ursachen von Kriminalität zäh, kreativ, immer wieder neu anzusetzen, das heißt, mühsam an Max Webers dickem Brett zu bohren.

Organisierte Kriminalität als neue Geißel unserer Zeit zu bekämpfen erfordert als erstes, ihre Wurzeln und Erscheinungsformen richtig zu benennen. Organisierte Kriminalität ist kein Phänomen, das sich Innenpolitiker erdacht hätten, sondern bittere, den Staat langfristig bedrohende Realität. Ihre Wurzeln liegen in der weltweiten Mobilität von Menschen, Waren, Informationen, Geld ebenso wie im Fall der östlichen Grenzen und der Diskrepanz der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, wo vielen Menschen in fernen Ländern Westeuropa als Insel der Seligen erscheint und betrügerisch verkauft wird.

In diesem Bewußtsein gilt es, den entscheidenden Aspekt der organisierten Kriminalität in unserem Land herauszuarbeiten. Das ist ihre Internationalität in doppelter Hinsicht: grenzüberschreitende Bandentätigkeit und Ausländerkriminalität im Lande. Bei 62 Prozent ausländischer Tatverdächtiger in den Ermittlungsverfahren der organisierten Kriminalität, die aus 89 Nationen der Welt kommen, liegt hier offenkundig die zentrale Herausforderung.

(Beifall)

Jahrelang hat eine linke Zeitgeiststeuerung Tabus aufzurichten versucht, die zu brechen mühsam, aber unerläßlich war. Niemand in der CDU wendet sich mit einem pauschalen, diskriminierenden Vorwurf an ausländische Mitbürger, die seit Jahrzehnten hier leben, ihre Kinder in die Schule schicken, arbeiten und unsere selbstverständlichen Partner sind. Ihre Belastung mit Kriminalität ist ähnlich der der Deutschen. Vor allem auch in deren Interesse geht es um jene andere Gruppe von Ausländern, die sich meist nur kurze Zeit in Deutschland aufhalten, oft bereits zur Begehung von Straftaten ins Land kommen, ihre Schlepper finanzieren müssen und der Kriminalität anheimfallen. Es geht um die Bekämpfung dieses ständigen Kriminalitätsimports.

(Beifall)

Das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ist in meinen Augen die herausragende Friedensfrage unserer Gesellschaft der nächsten Jahrzehnte. Das Thema verträgt keine Heißluft aus unserer Hand, keine grimmigen Stammtischparolen. Die helfen in der Sache nicht weiter und auch nicht unserem politischen Interesse. Wir können gar nicht genug tun an Integrationsbemühungen. Aber gerade deshalb müssen wir - das ist die Kehrseite derselben Medaille - praktische Erfolge erzielen, auch im Interesse der rechtstreu in unserem Land lebenden Ausländer, indem wir gegen die massive Ausländerkriminalität mit aller Kraft des wehrhaften Rechtsstaats antreten.

Dazu bilden nicht zuerst zahllose weitere gesetzgeberische Maßnahmen den Schwerpunkt, sondern die Durchsetzung des Ausländerrechts in der Praxis von Behörden und Gerichten. Das geltende Recht darf nicht nur auf dem Papier stehen, es muß umgesetzt werden, und zwar durch die Bundesländer - und durch die sozialdemokratisch regierten ganz besonders.

(Beifall)

Was nutzt es, daß Herr Schröder in Interviews die vermehrte Abschiebung straffälliger Ausländer fordert, wenn er im ganzen Jahr 1996 vier Häftlinge zur Strafverbüßung abgeschoben hat? Was nutzt es, daß Herr Schröder die vermehrte Rückführung von Ausländern fordert, wenn ihm 51,5 Prozent der Ausreisepflichtigen abtauchen? Was nutzt es, daß Herr Schröder mehr Polizei im Erscheinungsbild der Straßen fordert, wenn er in drei Jahren seinen Polizeistellenplan um 247 Stellen vermindert hat, während wir 3200 Stellen für den Bundesgrenzschutz hinzugefügt und damit den illegalen Zutritt zum Bundesgebiet wesentlich erschwert haben?

(Beifall)

Meine Freunde, nun will ich Ihnen auch den letzten Beitrag - er paßt einfach zu gut - zur niedersächsischen Sicherheitspolitik nicht vorenthalten. „Die Welt“ von heute berichtet unter

dem Leitsatz „Die Anforderungen an uns steigen stetig, und die finanziellen Mittel gehen zurück“ über einen glänzenden Einfall des hannoverschen Polizeipräsidenten. Er wirbt mit folgenden Worten zugunsten von Sponsoring durch die Wirtschaft für die Polizei:

Es dürfe aber nicht der Eindruck entstehen, daß die Polizei beeinflussbar oder käuflich sei. Ein Abschleppunternehmen wäre undenkbar. Wenn uns aber eine Bank zehn Einsatzfahrzeuge zur Verfügung stellt, würde bestimmt niemand auf die Idee kommen, wir würden einem Verdacht der Geldwäsche nicht nachkommen,

sagt Kloser. Wie wäre es, wenn er sich an den VW-Aufsichtsrat Schröder wendete und bei ihm um das Sponsoring einiger Einsatzfahrzeuge bäte?

(Beifall)

In der Praxis, vorbeugend und in der Strafverfolgung, vor allem in unseren großen Städten muß sich durch eine verstärkte Mühe der Landes- und der Kommunalpolitik um die innere Sicherheit vieles ändern.

Der Antrag, den wir heute morgen beschlossen haben, der in eine ökonomische, ökologische, verkehrstechnische und stadtplanerische Zukunft der Städte weist, wird keine Wirkungen entfalten, soviel Geld und Einfälle wir auch investieren, wenn unsere Städte nicht als helle, sympathische Großstädte betrachtet werden, sondern als Orte, die man lieber meidet.

Sicherheit ist ein wesentlicher Aspekt für urbane Konzepte der Zukunft. Und es gibt doch die mutmachenden Beispiele erfolgreicher Landespolitik. Wir müssen davon reden, meine Freunde, daß in Bayern die Aufklärungsquote 64 Prozent und in Niedersachsen 46 Prozent beträgt. Die Herren Kandidaten-Kandidaten sind aufgefordert, bayerische und baden-württembergische Ergebnisse zu erreichen und ihre Landespolitik nicht daran zu messen, wie viele Bundesgesetze sie im Bundesrat torpediert haben.

(Beifall)

In Bayern und Baden-Württemberg betrug 1996 die Häufigkeitszahl - Straftaten auf 100 000 Einwohner - rund 5700 und in Niedersachsen rund 7500, die Häufigkeitszahl bei Rauschgift-delikten in der Millionenstadt München 348 und in der Millionenstadt Hamburg 618.

Dieses Nord-Süd-Gefälle sagt Entscheidendes aus über die unterschiedlichen Anstrengungen in den Ländern. Die Herren Schröder und Lafontaine sind aufgefordert, die sicherheitspolitischen Arbeitsergebnisse der Herren Stoiber und Teufel nachzuweisen.

(Beifall)

Die Herren Kandidaten sind aufgefordert, darüber nachzudenken, ob ihre durch die Bank schlechteren Ergebnisse nicht mit ihrer politischen Einstellung zur Sicherheitspolitik zu tun haben, die noch in den Jahren 1994 und 1996 - nicht in grauer Juso-Vorzeit der Beteiligten - im Saarland und in Niedersachsen dazu geführt hat, daß die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung als Auftrag der Polizei aus den Gesetzen beider Länder entfernt worden ist. Das muß sofort verändert werden! „Wehret den Anfängen“ heißt auch, die öffentliche Ordnung als wichtiges Staatsziel zu verteidigen.

(Beifall)

Woran sich eine alles andere überragende politische Frage anknüpft: Wer über die Lage der inneren Sicherheit pressewirksam räsoniert, im eigenen Bundesland mit absoluter Mehrheit ausgerüstet, der muß doch nach vielen Jahren offenkundiger, selbstbezeugter ungenügender Leistungen die Frage gegen sich gelten lassen, mit welcher Legitimation er seine schlechte Bilanz nun in grün-rotem Koalitionsgewand nicht nur für Niedersachsen und Hamburg, sondern für das ganze Bundesgebiet als Zukunftsmodell ankündigt.

Unsere Antwort: Es gibt kein größeres Risiko für die innere Sicherheit in Deutschland als eine grün-rote Bundesregierung nach abgelaufenem niedersächsischem Strickmuster oder die Praxis eines grünen Justizministers in Hessen.

(Beifall)

Wenn man im Sinne des Beitrages von Frau Lengsfeld daran denkt, welche Entwicklung wir dann vor uns hätten, wenn noch ein gehöriger Schuß PDS-Duldung dazukäme, wird einem ganz schön mulmig. Das müssen wir unseren Mitbürgern unermüdlich erklären; es ist in Ordnung, wenn die SPD an dieser Erklärung wie in Hamburg mitwirkt!

Meine Damen und Herren, trotz aller fortdauernd grundsätzlichen Auseinandersetzungen um diese Fragen sage ich: Wir brauchen praktische Ergebnisse. Nur Erfolge zählen! Wegen unserer großen Verantwortung für unser Land ist es deshalb unerlässlich, daß wir mit den Sozialdemokraten in der Sicherheitspolitik dort zusammenarbeiten, wo es möglich ist und soweit wir sie mit dem Druck der öffentlichen Meinung dazu bringen können. Mit dieser Volksmeinung im Rücken konnten wir die großen gesetzgeberischen Fortschritte der letzten Jahre erreichen, obwohl wir nun einmal keine Bundesratsmehrheit haben. Die SPD hat es nicht gewagt, in der Sicherheitspolitik die gleiche Blockadeposition einzunehmen wie bei anderen entscheidenden Reformvorhaben.

Zäh dranbleibend, haben wir die Kronzeugenregelung gegen das organisierte Verbrechen ebenso wie das Antikorruptionsgesetz durchgesetzt. Jahrelang haben wir um Verfahrensbeschleunigung und Hauptverhandlungshaft, um BKA- und BGS-Gesetz erfolgreich gerungen. Mühsam war die mehrfache Veränderung des Ausländerrechts mit der Verschärfung der Möglichkeiten zur Abschiebung schwerkrimineller Ausländer zu erreichen. Innerhalb von drei Tagen haben wir in der vergangenen Woche das Geldwäschebekämpfungsgesetz, die Verfassungsänderung zum Abhören von Gangsterwohnungen und das Europolgesetz durch den Bundestag gebracht. Innerhalb von drei Tagen einer Woche!

(Beifall)

Das ist Fortschritt in der Sache; das alles ist Unionsarbeit, anderen zäh abgerungen durch jahrelange Anstrengung. Es bringt nichts, Kraftsprüche aneinanderzureihen; unsere Pflicht ist es, praktische Besserung zu bewirken. Nur so können wir sicherstellen, daß sich nicht rechts-extreme Phrasendrescher ihre rhetorischen Pillen drehen und in einer bei diesem Thema genervten Bevölkerung Wahlerfolge erzielen, die sie nicht haben dürfen.

(Beifall)

Erfolgreiche Verbrechensbekämpfung ist deshalb ein wichtiger Leistungsnachweis für einen demokratischen, kraftvollen Rechtsstaat.

Wenn sich die Sozialdemokraten bei Tagesnotwendigkeiten dem anschließen, ist es gut. Daraus ergäben sich aber nur sehr geringe Effekte, sobald grundsätzlich die geistige Basis einer grün-roten Koalition bundesweit frontal gegen die notwendige Durchsetzung des Sicherheitsgedankens stünde. Der SPD würde jederzeit Macht vor Sache gehen. Davor müssen wir Deutschland bewahren.

(Beifall)

Es gibt keine Patentrezepte zur Lösung der Probleme der Inneren Sicherheit. Erfolgreiche Sicherheitspolitik besteht wie geschildert aus unzähligen Bausteinen: geistigen Grundlagen der Gesellschaft, Erziehung junger Menschen, Medienwirkungen, privaten Möglichkeiten des Bürgers, Chancen der Technik, Bündeln der internationalen Kräfte bei Europol, im Schengen-System und durch Hinzunahme der osteuropäischen Länder, engem Zusammenwirken von Bund und Ländern, mehr Geld für die Sicherheitspolitik auf allen Ebenen, dezentralen Polizeieinsatzkonzepten, einer veränderten Einstellung der Justiz zu ihrem Sicherheitsauftrag - das alles sind Steine im Mosaik. Sie müssen richtig gesetzt werden, damit das Bild im ganzen stimmt.

(Beifall)

Die Justiz kann deshalb in einer kritischen Debatte nicht unerwähnt bleiben. Natürlich ist der Richter in jedem Verfahren unabhängig, gar gegen politische Einwirkung. Die Justiz lebt als staatliche Organisation aber nicht im kritikfreien Raum. In aller Ruhe muß sie sich zu verstärkter Selbstreflexion mahnen lassen. Ihre jahrzehntelange Fixierung auf die Resozialisierung der Täter hat nach meiner Überzeugung ihren Blick für die Opfer und ihren Sicherheitsauftrag getrübt.

(Beifall)

Wir müssen ihn wieder schärfer machen. Strafe hat auch präventiven Charakter, übt Abschreckung aus, schützt die Gesellschaft vor Tätern, insbesondere vor Wiederholungstätern. Die Justiz muß sich Beispiele vorhalten lassen, die nicht nur Einzelfälle, sondern von symptomatischer Bedeutung sind. Wir tun dies ruhig und in der Absicht, zuallererst Selbstreflexion auszulösen; mit neuen gesetzgeberischen Lawinen wäre ohne diese Selbstreflexion wenig auszurichten.

Deshalb die Fragen:

Berücksichtigt die Justiz bei der Prüfung von Haftgründen in ausreichender Weise gestörte Familienverhältnisse, die Anonymität großstädtischer Lebensumstände, die Mobilität der Tatverdächtigen und die neuen Möglichkeiten, sich durch Flucht ins Ausland dem Zugriff zu entziehen, wenn sie bei einem Täter nach 538 Autoaufbrüchen auf Untersuchungshaft verzichten, weil er beim 539. Male in einer Boutique erwischt worden ist?

Ist die Auslegung von Verfassungsgrundsätzen richtig vorgenommen, wenn der Drogendealer die verschluckten Kapseln nicht mehr erbrechen muß, weil dies mit seiner Menschenwürde unvereinbar ist, während - entschuldigen Sie das unappetitliche Bild - nun die Polizisten seine Exkremamente untersuchen müssen? Menschenwürde - von wem?

(Beifall)

Warum wird entgegen dem Sinn des Jugendgerichtsgesetzes bei den ja sonst als volljährig geltenden Heranwachsenden von 18 bis 21 Jahren zu 60 Prozent das nachsichtige Jugendstrafrecht angewendet, was doch Ausnahme sein sollte?

Warum wird der Strafraumen meistens nur sehr zögerlich genutzt? Warum erfolgen zum Beispiel 80 Prozent der Verurteilungen wegen schweren Raubes als „minderschwere“ Fälle?

Warum wird von den Möglichkeiten des von uns gerade geschaffenen beschleunigten Verfahrens angesichts des allgemeinen Rufes, daß Strafe der Tat, vor allem bei Ersttätern und jüngeren Tätern, schneller auf dem Fuße folgen müßte, je nach Land und Gericht in so unterschiedlichem Maße und bundesweit nur in 2,4 Prozent aller Fälle Gebrauch gemacht? Der Innovationsprozeß in der Justiz muß offenkundig schneller verlaufen.

(Beifall)

Das sind einige Fragen an die Justiz als Institution und an die für sie verantwortliche Politik. Hierhin gehört folgerichtig die Bemerkung, daß nach unserem föderativen Staatsaufbau die Landespolitik für Polizei und Justiz verantwortlich ist. Die Bundesvorgaben in der Gesetzgebung, bei der Ausstattung der Bundespolizei mit großen Zuwachsraten bei Personal und Geld und die notwendigen Schritte im internationalen Rahmen sind in den letzten Jahren im wesentlichen erfüllt bzw. getan worden. An noch fehlenden kleineren Punkten bleiben wir dran. Entscheidend ist aber, daß auch das Engagement der Länder in ihrem ureigensten Verantwortungsbereich bei der Durchführung dieser Sicherheitsgesetze zunimmt, was im Falle der sozialdemokratisch regierten Länder ganz besonders dringlich ist. Hier liegt ein entscheidender Legitimationspunkt für den überwältigenden Kompetenzanteil, den unser Grundgesetz den Ländern hinsichtlich der Gewährleistung der inneren Sicherheit einräumt.

Wenn wir in diesem Sinne unermüdlich unseren Weg fortsetzen, werden wir große Erfolge bei der Eindämmung von Kriminalität haben. Sie werden sich zunehmend schneller einstellen, weil uns der öffentliche Wind jetzt voranhilft, nachdem wir uns viele Jahre gegen ihn behaupten mußten. Deshalb können und müssen wir der häufig anzutreffenden Verzögertheit entgegenzutreten, der modernen Gesellschaft mit westlicher Zivilisation sei als Schattenseite von Freiheit und Wohlstand unausweichlich höchste Kriminalität vom Schicksal bestimmt. Das ist nicht wahr, wenn wir uns mit allen Mitteln zäh, kreativ und stets wachsam mit Blick für die Veränderungen der Gefährdungslage dagegenstemmen. Staat und Bürger und die Union als ihr Treuhänder für die Innere Sicherheit werden stärker sein als die Kriminalität.

(Langanhaltender Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank an Herrn Bundesminister Kanther. - Zu einem weiteren Einführungsreferat begrüße ich ganz herzlich Herrn Professor Dr. Josef Isensee von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

(Beifall)

Herr Professor Isensee, ich freue mich sehr, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind, und erteile Ihnen hiermit das Wort.

Prof. Dr. Josef Isensee: Herr Bundeskanzler! Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ende 1990 - die deutsche Einheit ist gerade zwei Monate alt - auf meiner ersten Bahnreise nach Magdeburg: Der Zug überquert hinter Helmstedt die vormals innerdeutsche Grenze. Im Hochgefühl der neugewonnenen Freizügigkeit frage ich meinen Mitreisenden, der zufällig aus Magdeburg kommt, was sich durch die Wiedervereinigung für ihn verändert habe, und zwar in der stillen Erwartung, er werde meine Hochstimmung teilen. Die Antwort fällt überraschend aus: Die Lage habe sich erheblich verschlechtert. Mit der Öffnung der Grenze sei Kriminalität, nach Art und Ausmaß bisher unbekannt, über das Land hereingebrochen.

Man fühle sich seines Lebens und seiner Habe nicht mehr sicher.

Beim ersten Hören mag ich die Auskunft nicht glauben. Ich versuche, sie herunterzuspielen zu einer Sache des Umbruchs, der vorübergehenden Funktionsschwäche der örtlichen Staatsgewalt, der Umstellung und der Umgewöhnung der Bürger auf das neue System. Es liegt auf der Hand, daß die rechtlichen wie die realen Bedingungen der inneren Sicherheit in einem relativ kleinen, nach außen hermetisch abgeriegelten, nach innen totalitär staatlich überwachten Land andere sind als in einem größeren Gemeinwesen mit freiheitlicher Binnenverfassung und offenen Außengrenzen. Doch die Auskunft wird sich als repräsentativ für weite Kreise der Bevölkerung erweisen. Die Irritation im Osten hält an. Auch heute spürt die Bevölkerung empfindlicher als die des Westens ein Defizit an innerer Sicherheit. Sie tadelt es schärfer.

Es mag erstaunen, daß, wer soeben der Unsicherheit des Lebens unter totalitärer Staatsgewalt, volkspolizeilicher Unterdrückung und Stasi-Bespitzelung entkommen ist, die neuen Gefahren, die von privater Seite drohen - Überfall, Diebstahl, Betrug, Randalen - so wichtig nehmen kann. Das gegenwärtige Übel schmerzt mehr als das überstandene, auch wenn es objektiv geringer sein mag. Nachträglich gewinnt die DDR den Nimbus, daß sie wenigstens für den Schutz der Bürger voreinander - und das besser - gesorgt habe.

Im Westen, wenn man sich darüber aufregt, täte man gut daran, sich zu erinnern, daß die Staatsaufgabe Sicherheit und das staatliche Gewaltmonopol erst Jahrzehnte nach dem totalitären Staat in Frage gestellt und diskreditiert wurden, als mit der Kulturrevolution Staatsphobie durchbrach und aus sicherer historischer Entfernung der unter dem Unrechtsregime versäumte Widerstand nachgeholt wurde.

Der Verursacher des Sicherheitsdefizits in den neuen Ländern wird schnell ausgemacht: der vom Westen importierte Rechtsstaat. So hat der Absturz des Sicherheitsniveaus nach der Wiedervereinigung dazu beigetragen, im Osten den Rechtsstaatsschock auszulösen.

Juristen und Rechtspolitiker des Westens auf hohem rechtstaatlichem Roß tun das ihre, um den Argwohn gegen den Rechtsstaat zu bestätigen. Rechtspolitiker, die für sich den Nimbus des Liberalen beanspruchen, erklären, Freiheit und Sicherheit seien unvereinbare Größen; die eine sei nur zu haben um den Preis der anderen. Die Parteinahme für die Freiheit gilt als liberal, während die für die Sicherheit den Stempel „konservativ“ erhält.

Das Motto einer liberal firmierenden Rechtspolitik lautet dann: Im Zweifel für die Freiheit! Es markiert den Vorrang der Selbstbestimmung des Bürgers vor der Fremdbestimmung durch den Staat. So weit, so gut. Aber es wird auch bemüht, wo ein Privater die Selbstbestimmung

des anderen mißachtet, Gewalt ausübt, Rechte verletzt. Unter solchen Vorzeichen gilt es als liberal, den Gefahren für die Rechtsgüter des Einzelnen und der Allgemeinheit gelassen zu begegnen, aber allergisch auf staatliche Gefahrenabwehr eher darauf hinzuwirken, daß unter dem Schirm der Grundrechte Geiseltgangster unauffindbare Verstecke erhalten und das internationale Drogenkartell abhörsicher seine logistischen Zentren aufbaut, als daß der Datenschutz und die Wohnungsfreiheit eine Einschränkung erfahren, die der Bedrohungslage entspricht, zweckangemessen und zweckbegrenzt ist.

Damit die Vermutung für die Freiheit nicht entkräftet werde, wird die Realität, soweit sie nicht ins Bild paßt, ausgeblendet, organisierte Kriminalität zum unbewiesenen Phänomen erklärt, Ladendiebstahl zur Bagatelle. Auf die gewalttätige Demonstration antwortet der vertiefte Glaube an das Gute im verummten Menschen.

(Vereinzelt Beifall)

Auf laufende Übergriffe antwortet die Zuversicht auf spätere Resozialisierung der Täter und die Ankündigung, mehr als bisher die Ursachen der Übel zu erforschen. Die Ursachen der Übel aber stehen für gelernte Sozialdemokraten von vornherein, ohne Nachforschung, fest: soziale Not, soziale Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel. Entsprechend kommt der rechtspolitische Reflex, durch Sozialpolitik für Abhilfe zu sorgen.

So simpel und so einseitig das Erklärungsmodell auch ist, teilweise trifft es zu. Eine Uhr, die stillsteht, zeigt zweimal am Tag die richtige Zeit - aber eben auch nur zweimal.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn soziale Hoffnungslosigkeit beseitigt und Massenwohlstand heraufgeführt wird, endet in der Tat die Armutskriminalität. Doch Wohlstandskriminalität tritt an deren Stelle. Nun folgt auf das sozialpolitische Verdrängungsargument das pädagogische Verdrängungsargument: die Menschen müßten richtig erzogen werden. Die Frage ist freilich, ob es je möglich sein wird, den vollkommen rechtstreuen Bürger als allgemeine Spezies zu erziehen. Bislang ist es noch niemals gelungen, in keiner der bisherigen „guten alten Zeiten“, übrigens auch nicht in den Zeiten, in denen das Christentum das gesellschaftliche Leben beherrschte.

Wie heilsam sozialpolitische und sozialpädagogische Maßnahmen auch sind, das Bedürfnis nach Sicherheit besteht hier und heute. Wer heute den Überfall zu gewärtigen hat, läßt sich nicht vertrösten auf eine unabsehbare Zukunft, in der die Gesellschaft von Grund auf saniert und der Mensch, aller Reste seiner alten wölfischen Natur entledigt, sich in ein frommes und im übrigen langweiliges Wesen verwandelt hat.

(Beifall)

Im übrigen kann nicht von jedweder Erziehung das Heil erwartet werden. Die nachkulturrevolutionäre Pädagogik hat das ihre geleistet, um die Begriffe von Recht und Unrecht zu verwirren, das Gewaltmonopol des Staates zu unterminieren, die Beachtung des demokratischen Gesetzes zur Sache moralischen Beliebens herunterzuspielen, zivilen oder militanten Ungehorsam als reguläres Mittel des politischen Protestes zu rechtfertigen. Zeugnis reifer demokratischer Kultur!

Seit dem Kreuzifix-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts freilich deutet sich eine mögliche Rehabilitation des Rechtsgehorsams an. Wer ihn gestern noch als Rückstand eines autoritären Legalismus verhöhnte, fordert ihn nun, da zahllose Menschen in ihrem Rechts- und Moralempfinden verletzt sind, als demokratisches Bürgerpflicht ein. - Spät, aber doch lernen auch die Progressiven!

Was aber sagt die Verfassung? Sie geht aus von der Freiheit des Einzelnen und begrenzt deshalb die Möglichkeiten staatlichen Handelns. Die Freiheitsgrundrechte sind in erster Linie angelegt auf Abwehr der Staatsgewalt. Maßnahmen polizeilicher Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung, die in die Freiheitsphäre eingreifen, müssen das Übermaßverbot einhalten und sich rechtfertigen, daß sie zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit geeignet, erforderlich, im Blick auf die grundrechtliche Belastung des Betroffenen nicht unverhältnismäßig sind.

Dieses Rechtfertigungsraaster erfaßt alle Eingriffsermächtigungen, auch die künftig auf Grund einer Verfassungsergänzung vorgesehenen Abhörbefugnisse, ihre Umsetzung durch Gesetzgeber und Vollzug. Überhaupt wird die Ermächtigung durch die Kautelen des Übermaßverbotes rechtsstaatlich diszipliniert und eingegrenzt, so daß die Wohnungsfreiheit des Normalbürgers prinzipiell gar nicht angetastet wird, auch die eines Tatverdächtigen unter engen und strengen Bedingungen. Diese verschärfen sich noch, soweit es sich nicht vermeiden läßt, daß ausnahmsweise unverdächtige Personen mitbetroffen werden. Das Berufsgeheimnis wird abgeschirmt durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in seiner strengsten Ausprägung. Und um etwas zu sagen für die neuen Verteidiger des Beichtgeheimnisses: Auch das bleibt sakrosankt, selbst dann, wenn es dem mutmaßlichen Kinderschänder oder Mafiapaten zugute käme. Kurzum, wer ob der Einführung des sogenannten Lauschangriffs unter laufenden Kameras politische Krokodilstränen vergießt, hat keine Ahnung von der rechtsstaatlichen Verfassung.

(Beifall)

Daß der Rechtsstaat um der Freiheit des Bürgers willen nur beschränkte Befugnisse besitzt, um die innere Sicherheit zu gewährleisten, darüber herrscht Konsens. Die Geister scheiden sich an der Frage, ob er sich in dieser negativen Bedeutung erschöpft und ob die Freiheitsrechte ausschließlich auf Staatsabwehr ausgerichtet sind oder nicht. In dem negativen, in dem einseitig auf Staatsabwehr gerichteten Verständnis erscheint Sicherheit als Beschränkung grundrechtlicher Freiheit und damit als verfassungsrechtlich prekär. Freiheit, so begriffen, kommt allein den Störern der öffentlichen Sicherheit zugute, den Tätern also. Die Opfer bleiben außen vor.

(Beifall)

Die eindimensional verstandenen Grundrechte schützen den Rechtsbrecher vor Festnahme, Durchsuchung, Observierung. Für den rechtstreuen Bürger laufen sie ins Leere, denn sie schützen nicht vor dem Eingriff des Privaten. Die Polizei hält sich auf der grundrechtlich sicheren Seite nach diesem Verständnis, wenn sie im Ernstfall stillhält, den Störer gewähren läßt, dem Opfer den Schutz versagt. „Im Zweifel für die Freiheit“ bedeutet unter diesem Vorzeichen, im Zweifel für den Täter und wider das Opfer.

Grundrechte also eine Magna Charta des Rechtsbrechers? Ja und nein. Die Sonne der Grundrechte scheint über Gerechte und Ungerechte. Niemand wird ausgegrenzt und geächtet, nicht

der Störer, nicht der Straftäter, nicht der Staats- und Verfassungsfeind, mag er sich noch so links- oder rechtsradikal gebärden. Der Rechtsbrecher ist Rechtsbürger und Inhaber der Menschenrechte, auch wenn er die eigene Menschenwürde und die anderer mißachtet. Hinter diese rechtsstaatliche Wahrheit gibt es kein Zurück. Doch die einseitige Gunst des Rechtsstaates für den Rechtsbrecher beleidigt die Rechtsidee.

(Beifall)

Das eindimensionale Grundrechtsverständnis greift zu kurz. Es hat eine offene Flanke. Grundrechtliche Freiheit bedarf nicht nur des Schutzes vor dem Staat, sie muß auch durch den Staat geschützt werden vor dem privaten Angreifer. Aus der Sicht des bedrohten Bürgers macht es geringen praktischen Unterschied, ob er durch staatliche oder private Gewalt heimgesucht wird, ob die Polizei nach Willkür Hausarrest und Ausgehverbot verfügt oder ob ihn die Furcht vor privater Gewalttätigkeit lähmt, daß er sich nicht auf die Straße traut und er nicht wagt, die U-Bahn oder das Parkhaus zu benutzen, daß es zur Mutprobe gerät, durch Bahnhofspassagen zu gehen, wo man, bedrängt durch aggressive Bettelei der Punker-Rocker-Dealer-Szene, sich durch Geldhingabe freies Geleit erkaufen muß.

(Beifall)

Mit Schärfe, die ihresgleichen sucht, geißelt der frühere verstorbene Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeitler, den Zustand, in dem das Gesetz des Dschungels in die Großstädte zurückkehrt und sich draußen niemand mehr auf die persönliche Sicherheit als elementarer Bestandteil zivilisierter Lebensform verlassen könne: Ein Staat, der in Mißachtung des vom Rechtsstaat ihm gestellten Auftrages seinen Bürgern auferlege, in Furcht vor aggressiver Kriminalität als dauernder Begleiterscheinung zu leben, sei nach Maßstäben der Rechtskultur und politischer Zivilisation nicht höher zu bewerten als ein Staat, der seiner Polizei und den Sicherheitsorganen gestatte, willkürlich zu verhaften, zu prügeln und zu foltern.

Die Grundrechte tragen nach dem Verständnis, das sich heute durchgesetzt hat, dem Fundamentalbedürfnis des Bürgers nach Sicherheit Rechnung. Sie sind auch für die Opfer da. Der Staat hat die Freiheit der Bürger nicht nur - negativ - zu wahren, er hat sie auch - positiv - zu schützen. Die Abwehrfunktion, die sich vornehmlich für die Täter auswirkt, wird ergänzt durch die Schutzpflicht des Staates zugunsten der Bürger, die von privaten Übergriffen bedroht werden. Die Grundrechte begrenzen nicht nur die Staatsgewalt, sie fordern auch ihren Einsatz. Während auf der einen Seite das Übermaßverbot ein Zuviel des staatlichen Eingreifens hindert, verwehrt auf der anderen Seite das Untermaßverbot ein Zuwenig an staatlichem Schutz.

(Beifall)

Dem Gesetzgeber ist es überantwortet, die richtige Mitte zwischen den gegenläufigen grundrechtlichen Vorgaben zu finden, den schonenden Ausgleich herzustellen. Der mehrdimensionalen Sicht der Grundrechte sind staatliche Vorkehrungen zur Herstellung der Sicherheit weniger Beschränkung der Freiheit als deren Bedingung. Zur grundrechtlichen Freiheit gehört das Grundrecht auf Sicherheit.

(Beifall)

Das Grundrecht auf Sicherheit bringt in der Sache nichts Neues. Es führt in die historischen Tiefenschichten des modernen Staates zurück, der dazu geschaffen wurde, den Krieg aller gegen alle zu verhindern, den Bürgerfrieden herzustellen, in dem die Menschen ihre wölfische Aggressivität ablegten und in den Zustand der Zivilität eintreten, in dem sie nicht mehr Helden sein müssen, sondern Bürger sind. Zu diesem Zweck errichtet er sein Gewaltmonopol, verbietet private Eigenmacht und fordert vom Bürger die Friedenspflicht und den Rechtsgehorsam ein. Als Ausgleich garantiert er ihm den Schutz des Lebens und seiner Rechtsgüter.

Die Freiheit von Furcht, die der Bürger vor seinesgleichen hat, die innere Sicherheit, wird später ergänzt in der geschichtlichen Entwicklung durch die Freiheit vor staatlicher Unterdrückung. Damit erhebt sich der moderne Staat zum Rechtsstaat. Schließlich tritt die soziale Sicherheit hinzu, die der Staat dem Erwerbstätigen in den Risiken der Marktgesellschaft leistet. Mit ihr wandelt sich der bürgerliche Rechtsstaat zum sozialen Rechtsstaat.

Die jüngere Staatsaufgabe macht die ältere nicht überflüssig. Sie tritt an deren Seite, nicht an deren Stelle. Sicherheit bleibt der unverzichtbare fundamentale Zweck des Staates. Er wird auch nicht in Frage gestellt, als vor 200 Jahren die Klassiker des Liberalismus Adam Smith, Immanuel Kant, Wilhelm von Humboldt, Vorläufer heutiger Staatsverschlinkungsbemühungen, versuchen, die Wirksamkeit des Staates auf das notwendige Minimum zu reduzieren, die engstmöglichen Grenzen zu ziehen, auf daß sich der Freiraum des einzelnen weite.

Sie stellten nahezu alle hergebrachten Staatsaufgaben in Frage - nur die eine nicht: die Aufgabe des Staates, für die Sicherheit der Bürger nach innen und nach außen zu sorgen. Sicherheit erscheint den liberalen Klassikern als die einzige Staatsaufgabe, die der Bürger von sich aus nicht zur Gänze herstellen kann, ohne die er seine Kräfte nicht entfalten und die Frucht seiner Arbeit nicht genießen kann, weil, so Wilhelm von Humboldt, ohne Sicherheit keine Freiheit ist. Sicherheit ist der liberale Staatszweck par excellence.

(Beifall)

Ideengeschichtlich ist es verkehrte Welt, daß heute der Einsatz für die Sicherheit als illiberal diffamiert wird.

(Beifall)

Der Rechtsstaat hat nicht nur ein Übel zu meiden - die Despotie -, sondern deren zwei: die Despotie und die Schwäche.

(Vereinzelt Beifall)

Auf der einen Seite droht das Abgleiten in den Polizeistaat, auf der anderen das Abgleiten in den Permissivstaat. Auf beiden Seiten rammt das Grundgesetz verfassungsrechtliche Pflöcke ein, zwischen denen staatliches Handeln seinen Weg suchen muß: Hier das Übermaßverbot, dort das Untermaßverbot.

In dem stimmungsanfälligen Handlungsbereich wirkt der juristische Faktor, wenn ihm denn Kompetenz beigemischt ist, hin auf Sachlichkeit, Augenmaß, Konsequenz und Verallgemeinerungsfähigkeit. Bei spektakulären Ausbrüchen öffentlicher Empörung hält er Distanz zum Volkszorn und zum blindwütigen „Immer-feste-druff“. Er wehrt der massenpsychotischen

Überreaktion, der Hektik, der politischen Einseitigkeit. Aber er wehrt auch der Gleichgültigkeit und der Indolenz gegenüber dem alltäglichen Rechtsbruch - der Körperverletzung, dem Diebstahl und der Sachbeschädigung.

Die grundrechtlichen Schutzpflichten führen nicht dazu, die politische Materie in eine verfassungsrechtliche zu verwandeln. Dem Gesetzgeber bleibt politisches Ermessen, die Mittel zu wählen, um die innere Sicherheit aufrechtzuerhalten. Im Vordergrund steht zwar die Gefahrenabwehr durch die Polizei- und Ordnungsverwaltung. Hinzukommen aber Strafjustiz, Resozialisierung, schulische Erziehung, Sozialpolitik, Selbstdarstellung des Rechtsstaats und Öffentlichkeitsarbeit. Die Mittel müssen in ihrer Vielfalt zusammenwirken, um das Ziel zu erreichen.

Die verfassungsrechtliche Vorgabe des Untermaßverbotes geht dahin, daß die Mittel zwecktauglich sind und daß die Verfassung nicht so ausgelegt wird, daß ein elementarer Staatszweck zu kurz kommt. Die juristischen Probleme auf dem Felde der inneren Sicherheit sind zum Teil Probleme verfehlter, einseitiger Verfassungsinterpretation.

(Beifall)

Gesetze müssen der Gefahr entsprechen. Aber Gesetze als solche genügen nicht. Sie dürfen sich nicht in bloßer Symbolik erschöpfen, obwohl - das sei nicht verkannt - auch Symbolik auf das allgemeine Rechtsbewußtsein wirkt. Sie müssen vollzugsgerecht sein und tatsächlich vollzogen werden. Dazu bedarf es der hinlänglichen Vollzugskapazität.

Die Verfassung hebt das Ermessen nicht auf, das der Polizei auf Grund des gesetzlichen Opportunitätsprinzips in der Gefahrenabwehr zukommt. Sie ist nicht zu starkem Legalismus verurteilt. Sie muß nicht jedwede Störung unterbinden. Sie kann zuwarten, langen Atem beweisen, Provokationen ins Leere laufen lassen, Fünfe gerade sein lassen. Der Rechtsstaat gibt hier der Klugheit, dem Folgekalkül, der Verwaltungspsychologie, der Verwaltungsökonomie und dem Verwaltungsinstinkt Raum.

Doch das Ermessen wird durch die Grundrechte geleitet und begrenzt. Stillhalten darf nicht als Zusammenwirken mit den Störern wirken, wenn etwa die Polizei bei illegalen Demonstrationen Gulaschkanonen auffahren läßt, der Minister ein Sympathietelegramm schickt oder selbst als Redner auftritt, um Benzin ins Feuer zu gießen. Die taktische Toleranz darf nicht als rechtliche Akzeptanz mißdeutbar sein

(Beifall)

und so zur Irritation des Rechtsbewußtseins führen.

Vor allem hat das Opfer der Gefahr den grundrechtlichen Anspruch, daß die Polizei seine Belange berücksichtigt. Bei unmittelbarer Gefahr für ein grundrechtlich empfindliches Gut wächst ihm ein verfassungsrechtlicher Anspruch auf Polizeischutz zu. Die Polizei muß nicht in jedem Fall einschreiten, wenn sie von Rechts wegen einschreiten dürfte. Doch das Recht muß dem Unrecht niemals weichen.

(Beifall)

Die Verwaltung mag sich unter Umständen auf Verhandlungen mit Hausbesetzern einlassen. Aber sie darf nicht, wie vormals ein Regierender Bürgermeister von Westberlin, die gesetzliche Lösung über hoheitliches Einschreiten nach dem Polizeigesetz als formaljuristisch abqualifizieren und die Verhandlungslösung als die wahre, die politische, anpreisen.

(Vereinzelt Beifall)

Denn damit erhebt sie den Störer zum kriegsrechtlichen Kombattanten, mit dem sie von gleich zu gleich einen Waffenstillstand und Friedensvertrag abschließt. Der Rechtsstaat, der sein Gewaltmonopol wahrt, ist bereits Friedenseinheit. Er prämiiert den Rechtsbrecher nicht dadurch, daß er mit ihm gesonderte Friedensbedingungen ausküngelt,

(Beifall)

die er dem rechtstreuen Bürger vorenthält. Die Friedensbedingungen des Rechtsstaats sind vorab in den für alle geltenden Gesetzen niedergelegt.

Angesichts des Grundrechts auf Sicherheit, das sich in den grundrechtlichen Schutzpflichten verkörpert, kann sich das notleidende Selbstbewußtsein des Polizeibeamten heben und das Trauma seines „Bullen“-Images lösen. Im eindimensionalen Grundrechtsverständnis kommt ihm bloß die undankbare Rolle des Eingreifers zu, indes dem Störer, dem Gewalttäter, die erhabene Rolle des Grundrechtsträgers zufällt. Nun aber erweist sich der Polizeibeamte auch als der Schützer der Grundrechte - eine Rolle, welche die vielbelächelte „Freund-und-Helfer“-Eigenwerbung auf überraschende Weise bestätigt.

Man mag die verfassungsrechtliche Legitimation der Polizei für juristisch und praktisch belanglos halten, weil sich die gesetzlichen Aufgaben und Befugnisse nicht ändern. Doch seit die hergebrachten Selbstverständlichkeiten des Staatsbewußtseins abgeräumt sind, müssen die Staatsbediensteten ihre Funktionen über die Verfassung ausweisen. Sie brauchen ein gutes Grundrechtsgewissen, um ihr berufliches Selbstwertgefühl zu finden.

Gestörtes Selbstbewußtsein der Polizei mag dazu beigetragen haben, daß in den letzten Jahrzehnten der uniformierte Polizist auf seinem Streifengang immer mehr aus dem Bild unserer Städte verschwindet, damit aber die unübersehbare Präsenz von Gesetz und Recht, eine unaufdringliche, stetige Mahnung. Statt dessen gibt es die technische Streifenfahrt aus der Distanz des Autos, jenseits des Alltagsgeschehens der Fußgängerzonen und Bahnhofspassagen, vielleicht sogar die heimliche Beobachtung durch Verkehrskameras und Radarfallen, die sich versteckende Polizei als hinterhältige Fallenstellerin. Der Staat, der seine Polizei unsichtbar macht, schämt sich seiner Staatlichkeit,

(Beifall)

verleugnet sich selbst vor dem Bürger in seinem fundamentalen Daseinszweck.

Der simpelste aller möglichen Reformvorschläge, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu heben, ein Vorschlag, der ohne Grundrechtseingriff, ohne neues Gesetz, ohne sozialtherapeutischen Aufwand auskäme: Die Polizei tritt aus ihren Verstecken heraus, zeigt sich ungeniert dem Publikum als Dienerin des Rechtsstaates und seiner Grundrechte, sie geht wieder Streife auf den Bürgersteigen.

(Beifall)

Die Polizeiflüchtigkeit der öffentlichen Hand geht so weit, daß diese den Schutz ihrer Objekte privaten Sicherheitsdiensten anvertraut: die Bundeswehr ihre Munitionsdepots der Wach- und Schießgesellschaft, die Gemeinden ihre U-Bahn-Anlagen den „schwarzen Sheriffs“. Vorteile solcher Lösungen: Die Behörde exponiert sich nicht vor der Öffentlichkeit; sie provoziert nicht dadurch, daß sie sich zu sich selber bekennt; sie vermeidet Verantwortung, wenn es zum Eklat kommt.

Die privaten Dienste werden heute auch immer mehr von privaten Stellen in Anspruch genommen. Sie florieren wie nie zuvor in diesem Jahrhundert - eine seltene, aber verfängliche Wachstumsbranche. Was volkswirtschaftlich erfreulich ist, bedeutet staatsrechtlich ein Alarmzeichen: daß der Staat seinen Sicherheitsauftrag nicht hinlänglich erfüllt.

Gewiß wäre es übertrieben, die Existenz der privaten Sicherheitsdienste für schlechthin unvereinbar mit dem Gewaltmonopol des Staates zu erklären. Der Staat hat ein Monopol für Zwangsbefugnisse, doch er hat kein generelles Sicherheitsmonopol. Dennoch ist die heimliche Privatisierung des staatlichen Sicherheitsauftrags überaus bedenklich. Gefahr für die staatliche Friedenseinheit besteht allemal, weil sich die private Sicherheit auf das Notwehrrecht stützen muß und das Ausnahmerecht zur Regel werden könnte. Wenn der Bürger die Sicherheit nicht als Leistung des Staates vorfindet, sondern selbst dafür sorgen muß, gerät auch die soziale Gleichheit in die Krise, denn die wenigsten sind in der Lage, sich die physische Sicherheit zu kaufen.

(Beifall)

Dem Gesetzgeber drängt sich der Vorschlag auf, die privaten Sicherheitsdienste zu verbieten. Das hieße, den Notbehelf zu beseitigen und die Not aufrechtzuerhalten. Ziel des staatlichen Handelns sollte es sein, die Dienste überflüssig zu machen.

(Beifall)

Sicherheit für Leben und Habe gehört zum zivilisatorischen Existenzminimum, das der Rechtsstaat jedem einzelnen Bürger schuldet. Das ist nicht nur im übertragenen Sinne gemeint, sondern handfest auch im Sinne des Steuerrechts. Die notwendigen Aufwendungen, die der Private anstelle des säumigen Staates erbringt, um Leben und Habe zu sichern, gehören zu jenem Teil des Einkommens, das dem Steuerzugriff nicht unterliegt.

Zur Klarstellung: Perfekte Sicherheit in jedwedem Einzelfall kann der Rechtsstaat nicht leisten. Das könnte im übrigen auch nicht ein totalitärer Polizei- und Überwachungsstaat. Aber der Rechtsstaat hat einen Gesamtzustand der Sicherheit zu garantieren, in dem, wie es vor 350 Jahren der Vordenker des modernen Staates, der englische Philosoph Thomas Hobbes, formulierte, „keiner einen gerechten Grund hat, andere zu fürchten, solange er selbst ihnen kein Unrecht zufügt“, und in dem der Staat Vorsorge trifft, daß „kein gerechter Grund zur Furcht bestehe“. Der politische Philosoph nennt auch die Folge, die eintritt, wenn der Staat - sei es aus Schwäche, sei es aus Permissivität - dem Bürger den Schutz versagt: daß das natürliche Recht zur Selbstverteidigung wieder auflebt und der anarchische Urzustand der Militanz zurückkehrt.

Die Deutschen der neuen Bundesländer, noch nicht so recht eingewöhnt in die rechtspolitischen Verdrängungstaktiken, könnten die alte Bundesrepublik bewegen, sich ihrer Verdrängung bewußt zu werden und ihre gewohnten Denk- und Sprechweise zu verlassen.

(Zustimmung)

Die unterschiedlichen Erfahrungswelten, die sich im vereinten Deutschland begegnen, mögen gerade in den Fragen der inneren Sicherheit dazu führen, daß das überkommene Rechtsstaatsverständnis des Westens entkrustet, geläutert, verjüngt und damit gesamtdeutscher Besitz wird.

(Beifall)

Ein Landesminister, der nicht aus den Schulen des Westens stammt, hat darauf aufmerksam gemacht, daß sich ein gefährlicher Wirklichkeitsverlust ereigne, den auszunutzen sich andere nicht scheuen würden, und daß Verwerfungen unseres Rechts zu bewältigen seien, wenn der Begriff „Rechtsstaat“ seine anfängliche Verheißung behalten solle. Sein Fazit: „Der Mensch ist nicht frei, wenn er nicht sicher ist; diese Dimension der Sicherheit muß wieder ins Bewußtsein rücken.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Isensee! - Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Beratung des Antrages „Sicher leben in Deutschland“ ein. Wir beginnen mit der Generalausprache. Dazu haben sich neun Damen und Herren zu Wort gemeldet. Ich erteile als erstem dem niedersächsischen Landesvorsitzenden Christian Wulff das Wort.

(Beifall)

Christian Wulff: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Vorweg möchte ich dem Bundesinnenminister ganz herzlich danken, sowohl für die klaren Worte heute vormittag als auch für das Einvernehmen mit der Antragskommission über die von ihr neu vorgeschlagenen Formulierungen. Wir dürfen nämlich nicht zulassen, daß gegeneinander ausgespielt wird. Wir müssen beides tun, hart gegen Kriminalität vorgehen und gleichermaßen hart gegen ihre Ursachen. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Sozialdemokraten immer kurz vor Wahlen dieses Thema für sich zu entdecken scheinen. Im Kern ist es doch so, daß die Sozialdemokraten über Jahre die Mär verbreitet haben, man müsse die Bürger vor der Polizei schützen, durch immer mehr Datenschutz, durch immer mehr Einschränkung polizeilicher Befugnisse. Dabei müssen wir die Menschen mit Hilfe der Polizei vor Verbrechern schützen, nicht die Bürger vor der Polizei.

(Beifall)

Wir dürfen nicht zulassen, daß etwas in Vergessenheit gerät: nämlich daß Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, auch viele Justizminister, liberalisiert, entkriminalisiert und verharmlost haben, daß sie die Resozialisierung als alleinseligmachend angesehen haben, nicht aber die Opfer und diejenigen gesehen haben, die von der Kriminalität auf der anderen Seite betroffen sind, was für das Vertrauen in den Rechtsstaat auf Dauer nicht gutgehen kann.

Meine Damen und Herren, der Wunsch der Niedersachsen ist, daß wir ganz deutlich machen, daß Polizeipolitik Länderpolitik ist, daß die Länder für die Polizeigesetze zuständig sind und daß

es da eklatante Unterschiede gibt. Die rot-grün regierten Länder Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein und die beiden sozialdemokratisch regierten Länder von Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder haben eben nicht mehr das Schutzgut „Ordnung“ in ihrem Polizeigesetz.

Sie haben das Polizeigesetz verniedlichend in Gefahrenabwehrgesetz umbenannt. Sie wollen die Ordnung nicht mehr schützen. Dabei wissen wir, daß wir niedrigschwellig eintreten müssen. Wer das eine zuläßt, der wird am Ende das andere bekommen.

Die liberale Wochenzeitung „DIE ZEIT“ hat vor einigen Wochen geschrieben: Sicherheit setzt Ordnung auch in sogenannten kleinen Dingen voraus. - Man muß gar nicht nach New York gucken. Man kann auch nach München gucken. Es ist kein Zufall, daß München einerseits die sauberste Millionenstadt und andererseits die Millionenstadt mit der geringsten Kriminalität in Deutschland ist. Da gibt es Zusammenhänge, über die wir uns klarwerden sollten.

(Beifall)

Es gibt eklatante Unterschiede in der Unterstützung der Polizei. In vielen rot-grün dominierten Bundesländern ist auf Grund eines völlig überzogenen Datenschutzes der Einsatz verdeckter Ermittler ebenso unzulässig wie die Überwachung von Verbrecherwohnungen für die Gefahrenabwehr und die verdachtsunabhängigen Kontrollen.

Bis zum heutigen Tage kann Jürgen Trittin herumlaufen und sagen, Niedersachsen habe durch seinen Einfluß beispielsweise ein einzigartiges Polizeigesetz, weil man nämlich Polizei und Verfassungsschutz Fesseln bei der Ausführung ihrer Arbeit angelegt habe. Es ist dann kein Zufall, daß die Kriminalität in Niedersachsen 30 Prozent höher als beispielsweise in Bayern ist und daß die Aufklärungsquote 30 Prozent niedriger ist. Wenn heute in Niedersachsen eine Sondersitzung des Innenausschusses stattfindet, um Nachbesserungen am Polizeirecht vorzunehmen, dann wird dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß es hier eine schlimme Vernachlässigung der Polizei zu konstatieren gibt.

Ich finde es beschämend, meine Damen und Herren, daß die Polizei in Niedersachsen betteln muß, um ihre Funktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten, und daß jetzt gefordert werden muß, Gelder aus anderen Quellen zu bekommen, weil das Land nicht die entsprechenden Gelder bereitstellt. Wenn wir es so weit kommen lassen, daß sich Polizisten aus eigenen Mitteln schußsichere Westen kaufen müssen, daß Polizisten vor Chaostagen in Sportfachgeschäfte gehen müssen, um sich Eishockey-Schutzkleidung zu kaufen, damit sie angemessener gegen die Chaoten geschützt sind, dann muß ich sagen, daß dies ein verkommenes Land ist. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Polizisten für uns alle den Kopf hinhalten und dabei von uns nicht angemessen ausgerüstet und ausgestattet werden.

(Beifall)

Ich frage mich manchmal wirklich, wie weit es eigentlich gekommen ist, wenn ein Mann, der nicht einmal einen Supermarkt 12 Stunden lang vor Plünderungen schützen konnte, in diesem Lande ernsthaft den Anspruch auf die Kanzlerschaft anmelden kann. Wie weit ist dies Land eigentlich gekommen, wenn so etwas möglich ist?

(Beifall)

Wir dürfen die Sozialdemokraten nicht bei ihren Sprüchen packen. In dieser Hinsicht kann man sie nicht übertreffen. Zu dieser Schlußfolgerung kommt man, wenn man Gerhard Schröder und andere in Interviews hört. Wir müssen sie viel mehr bei den Taten packen. Wir müssen fragen: Wie sehen denn die Taten in bezug auf den Satz „Die Strafe muß der Tat auf dem Fuße folgen“ aus? 1989 hat es in Niedersachsen 5 700 beschleunigte Strafverfahren gegeben. Im letzten Jahr waren es noch 1 300, obwohl 1994 der Anwendungsbereich für beschleunigte Strafverfahren - natürlich gegen die Stimme Niedersachsens im Bundesrat - erweitert worden ist.

Es ist überhaupt festzustellen, daß Niedersachsen gegen das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität gestimmt hat. Vor wenigen Wochen hat es gegen die Einführung der Hauptverhandlungshaft gestimmt. Die Sozialdemokraten verhindern jeden Fortschritt für mehr Innere Sicherheit und übertünchen dies durch Sprücheklopfen. Das dürfen wir ihnen nicht durchgehen lassen. Demokraten sind gefordert, zu handeln und nicht Sprüche zu klopfen. Wer wie Schröder nur Sprüche klopft, der ruft Geister, die er anschließend nicht wieder loswerden kann. Daher sollten wir uns mit diesem Leitantrag auf das Handeln konzentrieren. Das tun wir in beeindruckender Weise.

(Beifall)

Mit diesem jetzt zu beschließenden Leitantrag - der Landesverband Niedersachsen ist mit allen Empfehlungen der Antragskommission höchst einverstanden - wird ein klares Signal gegeben: Unser Land gibt viel - Freiheit, Wohlstand und Entfaltungsmöglichkeiten -, aber es verlangt auch ein bißchen, nämlich die Achtung von Recht und Gesetz. Das liegt vor allem im Interesse der Schwächeren, die sich Innere Sicherheit nicht kaufen können und die darauf angewiesen sind, daß sie vom Staat geschützt werden. Ein solches Verlangen ist nicht unbillig. Mit diesem Leitantrag können wir gut in die Auseinandersetzung gehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, als nächster spricht der Innenminister von Baden-Württemberg, Herr Thomas Schäuble. Ich nenne die weiteren Redner: Peter Altmaier, Ralf Borttscheller, Rupert Scholz, Peter Müller, Heiner Geißler, Wolfgang von Stetten und Volker Bandmann. Es wäre gut, wenn sich diese Kollegen jeweils rechtzeitig an das Podium begeben. Das Wort hat jetzt Herr Schäuble.

Dr. Thomas Schäuble: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, auf keinem Gebiet ist es so wichtig, daß man handelt und vom Wort zur Tat schreitet, wie auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit. Wir hatten in den letzten Monaten eine spannende Situation. Sie gipfelte zunächst in dem Interview von Schröder und dann in dem Hamburger Wahlkampf. Dieser Wahlkampf war von Voscherau so angelegt, daß die Innere Sicherheit an die erste Stelle gesetzt wurde.

Meine Damen und Herren, es war ein kapitaler und verhängnisvoller Fehler, was Voscherau in Hamburg gemacht hat. Jemand wie Voscherau, der seine angebliche Intelligenz wie eine Monstranz vor sich herträgt - jetzt wurde er weggetragen -, der darf natürlich nicht die Innere Sicherheit so hochreden, weil seine Partei seit Jahrzehnten Verantwortung für diesen Bereich trägt. Jeder Bürger fragt sich dann: Was ist eigentlich in der Zwischenzeit geschehen? Was ist in Hamburg in bezug auf die Innere Sicherheit nicht gut gelaufen?

Herr Prof. Isensee, aus Ihrem Referat ist für mich folgender wichtiger Punkt in Erinnerung geblieben - Beispiele kann man gerade für Hamburg, aber leider auch für andere Städte aufzeigen -: Dieser demokratische Rechtsstaat darf nie vor dem Unrecht und erst recht nicht vor dem Verbrechen zurückweichen.

(Beifall)

Das gilt auch deswegen, weil er ja verletzlicher als diktatorische Staatsformen ist. Der demokratische Rechtsstaat hält die Gesetze und damit die Spielregeln ein; die Verbrecher, seine Gegner, aber nicht.

Wenn wir an das Rechtsbewußtsein unserer Bevölkerung denken, dann müssen wir uns dafür einsetzen, daß es nie mehr passieren darf, wie vor einigen Jahren in Berlin geschehen, daß ein Fußball-Länderspiel aus lauter Angst vor rechten und linken Gewalttätern abgesagt wird. Dann muß ja der Bürger am Staat irre werden.

(Beifall)

Handeln ist in bezug auf die Innere Sicherheit das Entscheidende. Wer handelt? - Der Bund! Ich darf feststellen, daß wichtige Gesetze auf der Bundesebene verabschiedet worden und daß wichtige Gesetzgebungsvorhaben auf den Weg gebracht worden sind. Dies ist in Ordnung. All das, was jetzt noch im Leitantrag angeregt wird, findet auch unsere Unterstützung in Baden-Württemberg.

Wir können inzwischen feststellen - abgesehen von Korrekturen in bestimmten Bereichen -: Wir brauchen in erster Linie nicht weitere Gesetze. Wir müssen vielmehr die vorhandenen Gesetze, das geltende Recht, konsequent anwenden.

(Beifall)

Das ist bei der vorhandenen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern vor allem die Aufgabe der Länder. Föderalismus schließt auch die Eigenverantwortung der Länder ein. Deswegen ist es schon wichtig, daß wir von der CDU in Deutschland den Blick auf die Situationen in den jeweiligen Ländern richten und diese vergleichen.

Was Herr Wulff in bezug auf Niedersachsen erwähnt hat, veranlaßt mich zu sagen: Ich bin dankbar, daß ich in Baden-Württemberg wohne und dort Verantwortung trage. Es ist schon so, daß sich die Tatsache nicht einfach der Aufmerksamkeit entziehen kann, daß Bayern und Baden-Württemberg einerseits die niedrigste Kriminalitätsbelastung und andererseits die höchste Aufklärungsquote haben, und zwar traditionell schon seit längerer Zeit.

In anderen Bundesländern ist die Situation, wie dargelegt, eben wesentlich schlimmer. Da muß man natürlich die Frage nach der Verantwortung stellen.

Das andere, das unsere Bevölkerung vielleicht am stärksten aufregt - diesen Eindruck habe ich nach den vielen Gesprächen, die ich im Alltag darüber führe -, ist die Abschiebung von ausländischen Straffälligen. Es muß ganz klar sein: Wer bei uns das Gesetz, das Recht bricht, Strafgesetze verletzt, der muß abgeschoben werden. Aber man muß es tun.

(Beifall)

Nebenbei bemerkt: In den Haftanstalten Baden-Württembergs gibt es 80 bis 90 verschiedene Nationalitäten. In unseren Haftanstalten sitzen derzeit 3 000 bis 3 500 ausländische Straftäter. Wenn wir vom Handeln sprechen: Im Jahr 1996 haben wir weit über 1 000 ausländische Straftäter abgeschoben. Im Jahr 1997 wird die Zahl noch größer sein. Entscheidend ist, daß man handelt und nicht nur spricht.

Bei dem Thema Abschiebung ausländischer Straftäter muß ich allerdings auf eine Problematik aufmerksam machen. Wir können Kapitalverbrecher nicht vor der Verbüßung der Strafe abschieben; denn das Risiko wäre zu groß, daß gefährliche Sexualstraftäter, Mörder oder höchstgefährliche Drogenhändler dann illegal wieder nach Deutschland zurückkehren. Wir müssen uns also bei der Abschiebung von Straftätern vor der Verbüßung der Straftat vor allem auf den Bereich der mittleren und kleinen Straftaten konzentrieren. Aber auch da muß es sein.

Allerdings muß man auch folgendes klar sehen. In vielen Fällen - ich denke etwa an das, was wir mit Angehörigen der PKK auf den Autobahnen um Mannheim herum erlebt haben - kann man nur lapidar feststellen: Die Gefängnisse schrecken vermutlich deutsche Bürger, das heißt Menschen unserer Lebenskultur ab. Aber Menschen, die wie die Angehörigen der PKK unter ganz schwierigen Umständen aufgewachsen sind, können wir mit unseren Gefängnissen nicht abschrecken. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen sie abgeschoben werden.

(Beifall)

Ich halte es für ganz wichtig, daß wir die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern in der Praxis verstärken. Deshalb, Herr Kollege Kanther, bin ich Ihnen sehr dankbar für das, was Sie hinsichtlich des Bundesgrenzschutzes angestoßen haben. Ich meine, angesichts der praktischen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit muß es unsere Aufgabe sein, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und sich nicht hinter Kompetenzen zu verstecken. Deshalb habe ich auch nicht verstanden, daß das rot-grün regierte Bundesland Nordrhein-Westfalen das Angebot des Bundesinnenministers, mit dem Bundesgrenzschutz in den besonders problematischen Großstädten zu helfen, mit der Begründung abgelehnt hat, damit werde gegen den Föderalismus verstoßen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Landesinnenminister bin ich auf Grund meiner Aufgabe, aber auch auf Grund meiner Einstellung zum Föderalismus der Auffassung, daß er auch bei der inneren Sicherheit seine Chance hat; denn in einer überschaubaren Lebens einheit kann man die Probleme eben besser bewältigen. Aber eins muß auch deutlich gesagt werden: Der Föderalismus darf die innere Sicherheit natürlich nicht behindern. Also Zusammenarbeit dort, wo es sich von der Praxis her anbietet.

(Beifall)

Das Angebot ist richtig. Ich nehme es für Baden-Württemberg an. Herr Kollege Kanther, wir haben für Stuttgart schon eine Konzeption für die Zusammenarbeit mit dem Bundesgrenzschutz Ihrem Haus zugesandt.

Wichtig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß angesichts der großen praktischen Schwierigkeiten, angesichts auch des Zwanges, auf dem Gebiet der inneren Sicherheit über

Probleme nicht nur zu reden, sondern zum Handeln und damit auch zu nachweisbaren Erfolgen zu kommen, die Kräfte von Bund und Ländern gebündelt werden. Baden-Württemberg ist dazu bereit. Lassen Sie uns diesen Weg der praktischen Vernunft gemeinsam gehen!

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Peter Altmaier, Landesverband Saar.

Peter Altmaier: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Das Motto unseres Parteitages „Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten“ gilt auch für den Bereich der inneren Sicherheit. Dazu gehört auch die Frage, wie wir das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in unserem Land dauerhaft sichern können.

Wir können Integration nur erfolgreich betreiben, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, das heißt wenn wir durch Zuzugsbegrenzung, durch den Abbau von Mißständen, durch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität Integration überhaupt erst möglich machen. Aber richtig ist auch, daß die notwendige Politik im repressiven Bereich ins Leere läuft und verpufft, wenn sie nicht ergänzt wird durch ein klares und eindeutiges Angebot zur Integration an diejenigen, die in Deutschland aufwachsen und dauerhaft leben.

In Städten wie Frankfurt sind über 40 Prozent der Jugendlichen nicht deutsche Staatsangehörige. 100 000 werden jedes Jahr in Deutschland geboren. Die allermeisten von ihnen haben keine anderen Wünsche als Arbeit, Familie, ein bißchen Wohlstand - genau wie ihre deutschen Altersgenossen auch. Aber sie werden aufgehetzt von linken Gewerkschaftsfunktionären, von religiösen Fundamentalisten, von Nationalisten, die ihnen sagen, daß dieses Land und diese Gesellschaft sie nicht wollen. Deshalb stellen wir fest, daß Integration in vielen Bereichen wieder rückläufig ist und daß das verlorengeht, was in jahrelanger Arbeit aufgebaut worden ist. Wir dürfen diese Generation der jungen Ausländer nicht verlieren, nicht für unseren Staat und auch nicht für die Union.

(Beifall)

Deshalb ist es richtig, meine Damen und Herren, daß im Leitantrag zur inneren Sicherheit gesagt wird, daß wir die integrativen Bemühungen zugunsten von dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländern wesentlich verstärken müssen. Aber im Gegensatz zu dem genauso wichtigen Teil des repressiven Bereichs konkretisieren wir dies nicht. Es bleibt bei der Ankündigung.

Wir sagen nichts zu der Diskussion, die wir über zwei Jahre in der Union geführt haben: Wie können wir unser Staatsangehörigkeitsrecht so reformieren, daß es dem Ziel der Integration dient? Niemand in der Union will eine ideologisch motivierte doppelte Staatsangehörigkeit zum Nulltarif. Aber wir müssen doch darüber nachdenken, ob es nicht Sinn macht - da sollten wir ganz pragmatisch sein -, jungen Ausländern, die in Deutschland geboren sind, die Möglichkeit zu eröffnen, hier als Deutsche aufzuwachsen mit allen Rechten und mit allen Pflichten, und ihnen dann, wenn sie volljährig geworden sind, die Entscheidung abzuverlangen für die eine oder für die andere Staatsangehörigkeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, diese Position wird von vielen in der Union unterstützt. Petra Roth, die Oberbürgermeisterin in Frankfurt, Jörg Schönbohm, der Innensenator von Berlin - dort sind die Probleme am größten -, der Deutsche Städte- und Gemeindetag, die Sportjugend, KAB, die Kirchen, viele andere haben diese Position in der letzten Zeit unterstützt. Trotzdem waren wir bislang nicht imstande, dieses Thema angemessen zu behandeln. Über einen Antrag vom letzten Parteitag ist im Bundesvorstand und in einer Kommission des Präsidiums diskutiert worden; bisher ohne konkretes Ergebnis.

Jetzt stehen wir kurz vor der Wahl, und die Lage war noch nie so ernst. Das war immer so. Aber wir dürfen die Befassung mit Zukunftsthemen, die für unser Land in fünf, zehn oder 15 Jahren wichtig sind, nicht deshalb verschieben, weil der Zeitgeist ungünstiger geworden ist, und weil Wahlen näher rücken.

Die Union befaßt sich auf Kongressen, die sie veranstaltet, das ganze Jahr über mit wichtigen Fragen wie Umweltschutz, europäische Integration, Euro, Jugendkriminalität und innere Sicherheit. Aber die Frage ist doch: Können wir nicht auch einmal einen Kongreß durchführen zu dem Thema Integration von Ausländern?

(Beifall)

Müssen wir nicht das Gespräch suchen mit den gesellschaftlichen Gruppen, auch denen, die uns nahestehen und das Gefühl haben, daß wir sprachlos sind?

Zum Schluß: Wir werden Gerhard Schröder auf die Nagelprobe stellen. In vielen Bereichen sind seine vollmundigen Ankündigungen nichts anderes als Luftblasen. Wir werden ganz konkrete Maßnahmen im Bereich der inneren Sicherheit auf den Weg bringen. Aber wir sollten uns ihm auch entgegenstellen, wenn er dumpfe Ressentiments und Vorurteile aus rein populistischen und wahltaktischen Gründen bedient. Die Stärke der Union als Volkspartei war es immer, daß wir beide Seiten der Medaille gesehen haben. Deshalb dürfen wir auch das Thema Ausländerintegration bei unserer Programmatik nicht ausklammern. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Ralf Borttscheller das Wort. Er ist Innensenator im kleinsten Bundesland, Bremen.

Ralf Borttscheller: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war von 1981 bis 1995 innenpolitischer Sprecher in der Opposition. Ich kann Ihnen eine Menge erzählen über sozialdemokratische Innenpolitik, vor allem darüber, was sie für Folgen für die Menschen einer deutschen Großstadt hat.

Sozialdemokratische Innenpolitik in Bremen war geprägt davon, Randgruppen, Minderheiten schillernder Art, nicht nur zu schützen, sondern ihnen permanent auf Kosten der schweigenden Mehrheit Rechte zu verschaffen. Das hat zu geradezu exotischen Ergebnissen geführt. Bremen war das einzige Bundesland, das den sogenannten Kurden-Erlaß hatte. Alle anderen Bundesländer schoben Kurden, die in der Bundesrepublik straffällig geworden waren, ab. Bremen nahm sie auf, mit der Folge, daß diese Straffälligen nach Bremen kamen wie die Motten zum Licht. Unter den Folgen haben wir noch heute zu leiden.

Der Heroinhandel ist fest in kurdischer Hand. Wen wundert es, daß die PKK in Bremen und Umgebung besonders stark ist?

Bremens Entwicklung war geprägt durch steigende Kriminalität und sinkende Aufklärungsziffern. Zwischenzeitlich nahmen wir im Vergleich der deutschen Großstädte einen Spitzenplatz ein. Bremen war die am drittstärksten von Kriminalität belastete Großstadt.

Was hat die CDU in den vergangenen zwei Jahren erreichen können? Ich glaube, Bremen ist ein Beispiel dafür, daß CDU-Innenpolitik für die Menschen, für die Bürger unserer Städte, gemacht wird und segensreiche Folgen hat. Der CDU ist es gelungen, in einem Koalitionsvertrag die Zahl der Polizeibeamten festzuschreiben. Im norddeutschen Umland, in Schleswig-Holstein und in Hamburg, ist Polizei abgebaut worden - genauso wie im Niedersachsen des Herrn Schröder, der sich zum Wortführer einer härteren Gangart macht. Das sind nicht die Zeichen, die wir brauchen: Polizei muß gestärkt werden.

In Bremen kannten wir mehr als zehn Jahre die Tradition von gewalttätigen Silvesterkrawallen. Diese Tradition ist gekappt. Es ist mit Kräften des Bundesgrenzschutzes gelungen, auf bremischen Straßen friedlich Silvester zu feiern - mit einer schlichten Änderung der Einsatztaktik: Polizei mußte sich nicht mehr verstecken, sondern durfte grün zeigen. Die Zeit der Uniformallergie in unserer Stadt ist vorbei.

(Beifall)

Dazu bedarf es keiner Wunder. Häufig genügt es schon, der Polizei schlicht und einfach zu vermitteln, daß die Politik hinter ihr steht und nicht zögerlich darauf achtet, daß in den Augen einer linken Journaille irgend etwas danebengehen könnte. Die Polizei hat gelernt, ihren Job zu machen. Politik sollte auch dazu da sein, Polizei im Rechtsstaat ordentlich arbeiten zu lassen. Sie beherrscht ihr Metier.

(Beifall)

Die Worte, mit denen Herr Voscherau zitiert worden ist, waren an Markigkeit von keinem CDU-Mann zu überbieten. Ich erinnere mich aber auch, daß ich im Februar dieses Jahres denselben Voscherau in einer Talkshow mit dem bayerischen Innenminister, Günther Beckstein, habe streiten sehen, wo Voscherau noch für Druckräume in Hamburg und für die Abgabe von Heroin eintrat.

Wie sieht es denn in Hamburg tatsächlich aus? Ich habe dort Wahlkampf gemacht. Zwischen dem, was Herr Voscherau verkündet, und dem, was in seiner Stadt passiert, liegen Welten. Wenn Sie nach St. Georg kommen, glauben Sie inzwischen, Sie seien auf einem Basar. Und im Schanzenviertel gibt es eine offene Drogenszene wie in keiner anderen Großstadt. Sie sehen dort tatsächlich gelegentlich noch Polizei: zur Besänftigung der Bürger, aber nicht etwa, weil sie gegen Drogendealer einschritte.

In Bremen wird gegen Kokainhandel, der in den Händen der Schwarzafrikaner liegt, vorgegangen. In Bremen wird Brechsaft mit dem unaussprechlichen Namen Ipecacuana verabreicht. Ich kann Ihnen sagen: Das hat nicht nur beweissichernden Effekt - in 75 Prozent der Fälle, in denen dieser Brechsaft abgegeben wird, wird auch Kokain ans Tageslicht befördert -

nein, es hat auch einen heilsamen Nebeneffekt: Derjenige, der diese Beweissicherung hat über sich ergehen lassen, möchte das gleiche nicht noch einmal erleben.

Es muß doch Gründe haben, daß in München 20 schwarzafrikanische Drogendealer zur Abschiebung anstehen, in Bremen etwa 80 - und in Hamburg 3 000. Verantwortlich ist das Umfeld, das geschaffen wird. Die CDU-regierten Länder haben den Beweis angetreten, daß eine erfolgreiche Innenpolitik auf diesem Gebiet möglich ist.

Deshalb kann ich den Leitantrag nur unterstützen. Wir müssen auch in den kommenden Monaten des Wahlkampfes klarmachen, daß die CDU allein der Garant der inneren Sicherheit ist. Wir dürfen uns nicht immer wieder von den Sozialdemokraten erzählen lassen, daß das, was CDU-Politik ausmacht, Stammtischgeschwätz sei. Meine Damen und Herren, an den deutschen Stammtischen sitzen nicht nur Idioten, sondern auch Bürger, die ein Gefühl dafür haben, was sie wollen: persönliche Sicherheit in diesem Land. Dafür wollen wir auch zukünftig mit Erfolg einstehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Professor Rupert Scholz das Wort.

Prof. Dr. Rupert Scholz: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Politik der inneren Sicherheit muß eine Politik der Verlässlichkeit, der Vertrauenswürdigkeit, des Einstehens für die Bürgerrechte und das sein, was Josef Isensee so treffend als ein „genuines Recht im Rechtsstaat“ bezeichnet hat, nämlich das Grundrecht auf Sicherheit.

Sicherheitspolitik, die dies einlöst, ist mitunter nicht einfach; das weiß jedermann. Aber es gibt einen verbindlichen Auftrag, dies einzulösen. In unserem Land hat die Union - ich sage: allein - diesen Auftrag seit Jahrzehnten verstanden und nach bestem Wissen und Gewissen eingelöst. Die Opportunisten, die Formalrhetoriker, die Libertinären - die wir bei unserem Koalitionspartner finden - haben eben nicht verstanden, daß Liberalität und Rechtssicherheit unauflöslich miteinander zusammenhängen. Dies zu erkennen ist um so wichtiger in einer Zeit, in der wir mit Recht an den Bürger wieder die Forderung adressieren, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Freiheit und Eigenverantwortung gegen staatliche Sicherheitsgewähr - dieses unauflösliche Versprechen muß eingelöst werden.

Dazu ist dieser Leitantrag, wie ich denke, nicht nur ein gutes Dokument, sondern er legt wirklich Zeugnis davon ab, was unsere Politik ist, wie wir zu diesem sicherheitspolitischen Auftrag stehen und wie wir unsere Verantwortung vor dem Bürger und für ihn wirklich ernst nehmen.

Die Menschen haben Angst, die Menschen haben Sorge. Ich halte es nicht für legitim, ich halte es für ungerecht, wenn diese Empfindungen der Menschen in der Sicherheitspolitik gelegentlich mit der Bemerkung abgetan werden, neben den objektiven Sicherheitsbelangen gebe es eben noch eine Komponente subjektiven Sicherheitsempfindens; dies dürfe man nicht so ernst nehmen.

Meine Damen und Herren, nichts ist ernster zu nehmen, als wenn Menschen Angst haben - vor allem dann, wenn es Angst jener Bürger ist, die zu den Schwächeren gehören. Jugendliche, Kinder, alte Menschen, Menschen auf der Straße, Menschen in Verkehrsmitteln - wenn wir diesen Menschen gegenüber nicht das einlösen, worauf sie verfassungsrechtlich ein

Recht haben, wie es uns Josef Isensee deutlich gemacht hat, dann haben wir unserer Verpflichtung nicht genügt. Ich denke, daß wir zur Erfüllung unserer Verpflichtung mit unserem Leitantrag einen guten und wichtigen Beitrag leisten.

Wir sind in diesem Feld keine Rhetoriker und Populisten. Der Bürger versteht sehr wohl, auf wen er sich verlassen kann. Er weiß sehr wohl, daß er sich auf ein sicherheitspolitisches Chamäleon wie Herrn Schröder in Hannover eben nicht verlassen kann. Es wurde schon darauf hingewiesen: Schröder, Chaostage, Castor-Transporte. Meine Damen und Herren, was ist als Reaktion auf die Millionenschäden bei den Castor-Transporten bisher herausgekommen? 23 Verurteilungen und sage und schreibe Schadenersatzansprüche in Höhe von 40 000 DM. Das ist das Chamäleon Schröder.

(Beifall)

Für Chamäleons ist in unserem Land in der inneren Sicherheit aber kein Platz, und es darf für sie kein Platz sein. Das ist unsere Aufgabe, und das haben wir mit Christian Wulff bei den Wahlen in Niedersachsen zu leisten. Wir müssen dafür sorgen, daß die Zeit der sicherheitspolitischen Chamäleons ein für allemal vorbei ist.

(Beifall)

Wir haben auch deutlich zu machen, daß das, was sich bei Grün-Rot Sicherheitspolitik nennt, Unsicherheitspolitik ist, nichts anderes. Schauen Sie sich das neue sicherheitspolitische Programm - im Grunde ist das Wort schon ein Witz! - der Grünen an. Es kennt nur einen Grundtenor - ich zitiere -: „Abrüstung des polizeilichen Ermittlungsarsenals“. Liebe Freunde, das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Wir brauchen mehr Polizei auf der Straße. Auch das ist heute deutlich geworden. Christian Wulff hat darauf hingewiesen, wie das bei den Chaostagen in Hannover war. Da mußten sich die Polizisten sozusagen das, was nicht einmal Arsenal heißen soll, sondern nur Selbstschutz, selber kaufen. Und da stellen sich diese Herrschaften hin und fordern die „Abrüstung des polizeilichen Ermittlungsarsenals“.

Nein, hier bedarf es einer klaren, einer eindeutigen Antwort. Sie schulden wir dem Bürger, sie schulden wir unserem Land. Ich denke - dafür werbe ich -, daß wir diesen Leitantrag heute mit überzeugender Mehrheit verabschieden werden; denn das verstehen die Menschen in unserem Land, das ist unsere Politik, das ist unsere Verantwortung, und ihr werden wir gerecht. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Es liegen noch fünf Wortmeldungen vor. Kann ich davon ausgehen, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir die Rednerliste für die Generalaussprache damit abgeschlossen haben?

(Beifall)

Als zweites möchte ich die noch folgenden Redner bitten, ihre Ausführungen auf etwa drei Minuten zu begrenzen.

(Beifall)

Ich sehe, daß Sie auch hierfür Sympathie haben. Wir würden dann so verfahren. Als nächster hat Peter Müller, der Landesvorsitzende der CDU Saar, das Wort.

Peter Müller: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Professor Isensee hat in sehr beeindruckender Weise dargelegt, daß die Gewährleistung der Sicherheit der elementare Staatszweck ist. Wenn das so ist, dann muß das natürlich auch Konsequenzen für die Ausgestaltung unseres Strafrechts und unseres Sanktionensystems haben. Dann müssen wir uns sicherlich weiter zu dem Anspruch bekennen, Straftäter wieder in die Gesellschaft zurückzuführen und zu resozialisieren; wir müssen dann aber, meine ich, auch in aller Deutlichkeit sagen, daß neben den Interessen des Täters die Interessen der Allgemeinheit auf Schutz vor Straftätern und die Interessen der Opfer nicht zurückstehen dürfen.

(Beifall)

In der Alternative und in der Abwägung muß, meine ich, die Aussage der CDU klar sein: Der Opferschutz hat Vorrang vor den Interessen des Täters. Das ist der richtige Vorrang. Auf dieser Basis müssen wir Konsequenzen ziehen, und da sollte unser Leitantrag in einigen Punkten ergänzt werden.

Erster Punkt: Wenn es Straftaten gibt, bei denen wir zu Recht sagen, daß die Wahrnehmung der Rechte des Täters auch dadurch stattfindet, daß ihm von Staats wegen ein Verteidiger an die Seite gestellt wird, dann müssen wir doch zur Kenntnis nehmen, daß es in einer Vielzahl dieser Fälle Opfer gibt, die schwere Schäden an Vermögen, Gesundheit oder Leib erlitten haben. Dann, meine ich, haben diese Opfer auch das Recht, daß der Staat ihnen einen Anwalt an die Seite stellt, der ihre Interessen vertritt. Der Opfer-Anwalt ist das Pendant im Interesse des Opfers zum Pflichtverteidiger.

(Beifall)

Zweiter Punkt: Auch im Bereich der Untersuchungshaft müssen wir Opferinteressen berücksichtigen. Es kann nicht richtig sein, daß, wie vor kurzem in meinem Bundesland geschehen, ein Sexualstraftäter, der einen Wohnsitz nachweist und ein Geständnis ablegt, unmittelbar zurück in seine Wohnung kann, die neben der Wohnung des Opfers liegt, so daß dieses minderjährige Opfer auf dem Weg zur Schule jeden Morgen wieder an der Wohnung dieses Täters vorbeimarschieren muß. Da, meine ich, müssen wir Haft und Untersuchungshaft auch opfergerecht ausgestalten.

(Beifall)

Ein dritter Punkt und eine Anmerkung, Herr Schäuble, zu der Frage Abschiebung krimineller Ausländer: Ich vollziehe das sehr wohl nach, was Sie im Blick auf die Kapitalverbrecher sagen. Nur, vielleicht müßten wir in diesem Falle einmal darüber nachdenken, ob der Abschreckungseffekt der Strafe nicht dadurch erreicht werden kann, daß wir zwar den Strafanspruch weiter vollstrecken, daß wir aber durch entsprechende, auch internationale Vereinbarungen dafür sorgen, daß die Vollstreckung dieses Strafanspruchs nicht in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet, sondern im Heimatland dieses Täters. Das erhöht die abschreckende Wirkung der Strafe und erspart uns zudem Geld.

Viertens. Wir brauchen eine Vereinheitlichung der Polizeigesetze. Ich komme aus dem Land des zweiten potentiellen Kanzlerkandidaten der SPD. Wir haben im stärksten Umfang Polizei abgebaut, und wir haben im letzten Jahr den höchsten Anstieg der Kriminalitätsrate aller Bundesländer gehabt. Wir haben ein Polizeigesetz, auf Grund dessen die öffentliche Ordnung abgeschafft wird, der Unterbindungsgewahrsam auf ein Mindestmaß reduziert ist und verdachtsunabhängige Kontrollen nicht zulässig sind. Deshalb meine ich, daß wir uns auf einheitliche Regelungen für Polizeigesetze einigen müssen, die bundesweit gelten. Auch da kann der Leitantrag insbesondere im Bereich des Unterbindungsgewahrsams ausgedehnt werden.

Ich möchte eine letzte Bemerkung machen. Die Debatte um die innere Sicherheit hat sich verändert. Die SPD hat das Thema innere Sicherheit entdeckt und macht jetzt einen Wettlauf nach dem Grundsatz: Wer stößt die markigsten Formulierungen aus? Wer geriert sich als der schärfste Hund in der Innenpolitik?

Das ist allein schon deshalb lächerlich, weil die SPD sagt, sie sei für eine rot-grüne Koalition. Wie Gerhard Schröder, wie Oskar Lafontaine alles das, was sie in der Innenpolitik fordern, in einer rot-grünen Koalition umsetzen wollen, das kann sich kein Mensch vorstellen. Eher geht wirklich ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß Grüne das mitmachen, was Schröder als seine Sicherheitspolitik zumindest öffentlich vorgibt.

Aber wir als Union haben überhaupt keinen Grund, bei diesem populistischen Wettlauf mitzumachen; wir haben überhaupt keinen Grund, an diesen hektischen Profilierungsversuchen teilzunehmen. Die CDU ist die Partei der inneren Sicherheit, und deshalb plädiere ich dafür, daß wir diese Diskussion mit Entschlossenheit, mit Konsequenz, aber auch mit Ruhe und mit Sachlichkeit führen.

Wir sollten ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat, aber auch ein klares Bekenntnis zur Freiheit und zur Toleranz ablegen und auf dieser Basis eine konsequente Sicherheitspolitik betreiben. Von innerer Sicherheit verstehen wir mehr. Deshalb brauchen wir keine markigen Worte zu sprechen. Wir überzeugen durch unsere Taten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner folgt Heiner Geißler. Nach ihm erhalten Wolfgang von Stetten, Volker Bandmann und Roland Halang das Wort. Danach wollen wir die Generaldebatte abschließen.

Dr. Heiner Geißler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung haben etwas mit dem sozialen Frieden zu tun. Wir haben auch in der Auseinandersetzung der 70er und 80er Jahre immer den Standpunkt vertreten: Wenn der Rechtsstaat nicht mehr funktionsfähig ist, geht dies in erster Linie zu Lasten der Schwächeren. Diejenigen, die stark genug sind, die reich genug sind, die die stärksten Ellenbogen haben, können sich auch in einem Rechtsstaat durchsetzen, der nicht mehr so gut funktioniert. Die anderen haben das Nachsehen. Deswegen haben wir immer den Standpunkt vertreten - dies wurde auch auf dem Bundesparteitag im Jahre 1980 in Hamburg gesagt -, daß der Sozialstaat den Rechtsstaat voraussetzt. Ich glaube, es ist wichtig, auch in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten diesen Zusammenhang herzustellen.

Die Bekämpfung der Kriminalität ist ein wichtiges Thema. Ich halte es aber nicht für gut, dieses Thema schwerpunktmäßig mit der Ausländerkriminalität zu verbinden. Wir sollten die Kriminalität unabhängig davon, von wem die Verbrechen begangen werden, bekämpfen.

(Beifall)

Schröder beschreitet in dieser Hinsicht einen gefährlichen Weg. Wer in dieser Form die Kriminalitätsbekämpfung öffentlich auf das Ausländerthema konzentriert, geht einen Schritt weiter. Er betreibt Fremden- und Ausländerhetze, und diese ist der Nährboden für den Rechtsradikalismus. Das sollten wir nicht mitmachen.

(Beifall)

Wir sollten mit den Begriffen vorsichtig umgehen, wenn wir über organisierte Kriminalität sprechen. Ausländer - die Prozentzahlen stehen in dem Antrag; gestern haben auch hier auf dem Parteitag Ausländer gesprochen - können bei der organisierten Kriminalität nicht in erster Linie gemeint sein. Es handelt sich um grenzüberschreitende Kriminalität. Es geht hier im wesentlichen um Menschen, die aus Drittstaaten kommen. Wir müssen also ein bißchen vorsichtiger argumentieren. Kriminalität in Ländern der Europäischen Union und das, was an organisierter Kriminalität vor allem aus Osteuropa zu uns kommt, müssen wir - auch in der Sprache - auseinanderhalten.

Ich sage dies aus einem bestimmten Grunde, dessentwegen ich mich zu Wort gemeldet habe. Herr Kollege Kanther, mir fällt in dem Antrag auf, daß bei der organisierten Kriminalität zum Beispiel Drogenhandel und ähnliches vorkommt. Die Abschaffung der Sklaverei war eine der großen Taten der Zivilisation, aber, wie ich glaube, auch der christlichen Botschaft. Wir erregen uns zu Recht leicht, wenn es um Rassismus und um Drogenhandel geht. Bei den Kriminalitäts- und Strafrechtsdebatten konzentrieren wir uns gerade auf Drogenhandel und Radikalismus. Zugleich ist aber dieses merkwürdige Phänomen zu registrieren: Von der Tatsache, daß weltweit jährlich 2 Millionen Mädchen und Frauen von 15 bis 25 Jahren als Prostituierte verkauft und damit Opfer kommerzieller und sexueller Ausbeutung werden, gehen Rundfunk, Fernsehen, Presse und leider eben auch die Politik mehr oder weniger zur Tagesordnung über.

(Beifall)

Die Legitimitätszerstörende Wirkung dieses modernen Sklavenhandels auch auf unsere Bevölkerung - man braucht nur einmal kurz über die Grenzen zu fahren, um dies festzustellen; Herr Kollege Kanther und ich haben gestern kurz darüber gesprochen - ist mindestens genauso stark und schädlich wie die schlimmen Wirkungen, gegen die wir im Rahmen der Drogenbekämpfung anzugehen haben. Monika Gerstendörfer von „Terre des femmes“ hat die Zahlen vorgelegt. Es gibt nicht nur regionale Händler- und Schleppernetze, die Frauen aus Uganda in die Bordelle Kenias, von Kolumbien nach Venezuela oder Ecuador schaffen oder Mädchen systematisch in die Lager brasilianischer Minenarbeiter verfrachten. Auch hier in Europa und in Deutschland gibt es Händler- und Schlepperringe, die Frauen zu Zehntausenden zum Beispiel aus Osteuropa wie Waren in andere Länder verkaufen, nach Deutschland, Spanien, Griechenland, Holland oder Belgien. Da werden Arbeitsverträge für Hausangestell-

te, Kellnerinnen, Köchinnen, Fotomodelle oder Au-pair-Mädchen vorgelegt. Damit werden die Mädchen angelockt. Durch Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und schlimmste Körperverletzungen werden diese Frauen gefügig gemacht.

Die Frage der Abschiebung - dies sage ich an die Adresse der Innenminister und ebenso an die Adresse derjenigen, die bisher gesprochen haben - hat immer zwei Seiten. Weil die Frauen meist auf illegalem Wege eingeschleust worden sind, ihnen alle Papiere und alles Bargeld abgenommen worden ist und sie oft nur in der Begleitung ihres Zuhälters überhaupt das Haus verlassen dürfen, sehen sie meist keine Möglichkeit, sich an die Polizei oder die Justiz zu wenden. 1996 gab es allein im Lande Brandenburg 1 339 illegal eingeschleuste Frauen, die sich in den Händen jener Zuhälterrings befunden haben. Die Frauen können ohne deren Hilfe aus ihren Gefängnissen nicht heraus. Wenn diese Frauen, die sich in einem Teufelskreis von sexueller Sklaverei und drohender Abschiebung befinden, aber einmal herauskommen, sind sie in einer hilflosen Situation. Sie wurden, wie ich schon gesagt habe, illegal nach Deutschland gebracht. Wenn sie bei der Polizei Zuflucht suchen, droht ihnen das Schicksal, von der Polizei oder der Ausländerbehörde über die Grenze abgeschoben zu werden und jenseits der Grenze wieder Opfer derselben Mädchenhändlerlinge zu werden. Wir haben die Pflicht - davon bin ich überzeugt -, die Menschenwürde dieser Frauen zu achten und jene moderne Sklavenhalterei mitten in Europa zu bekämpfen. Es muß verhindert werden - das ist die andere Seite der Medaille der Abschiebung, über die wir gerade gesprochen haben -, daß eine Kettenabschiebung von solchen Frauen in dieselben Länder stattfindet, aus denen sie angelockt worden sind. Es ist deshalb notwendig, diesen Frauen ein begrenztes Aufenthaltsrecht in Deutschland einzuräumen, damit sie durch ihr Zeugnis, dadurch, daß sie die Verbrecher anzeigen können, helfen können, jene grenzüberschreitende Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Diese Botschaft möchte ich gerne an die Innenminister weitergeben. Ich wäre dankbar, wenn der Parteitag dies unterstützen würde.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Dr. Wolfgang von Stetten, Landesverband Baden-Württemberg, das Wort.

Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten: Herr Präsident! Herr Innenminister Kanther! Sicher leben in Deutschland, die innere Sicherheit stärken - das ist der große Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Deutschen. Herr Kanther, Sie haben in Ihrem Einführungsreferat die wesentlichen Dinge angesprochen. Herr Isensee, Sie haben in Ihrer hintergründigen professoralen Art die Umstände wissenschaftlich beleuchtet.

Wenn ich auch vollinhaltlich zustimme, würde mich doch manches zu Bemerkungen reizen, auch zu den Diskussionsrednern, aber die vom Präsidenten verkündete Redezeit von drei Minuten verwehrt mir das.

Ich möchte als Obmann der CDU/CSU im Deutschen Bundestag feststellen, daß innere Sicherheit und Rechtsstaat und damit Justiz - Sie nannten es „Steine im Mosaik“ - untrennbar zusammenhängen. Ohne funktionierendes Rechtssystem nützen alle Sicherungs- und Sicherheitsmaßnahmen nichts. Die innere Sicherheit kostet viel Geld. Dieses Geld ist aber dann zur Hälfte aus dem Fenster geworfen, wenn nicht die Strafe auf dem Fuß folgt, sprich: die Gerichte - und davor die Staatsanwälte - schnell und konsequent anklagen und Recht sprechen.

Wir haben - das wurde schon erwähnt - die rechtliche Möglichkeit geschaffen, im beschleunigten Verfahren, unter anderem auch mit Hauptverhandlungshaft und leichterer Beweisführung - kurze, schnelle Aburteilung zu ermöglichen. Aber, meine Damen und Herren, dazu gehören Richter, die ihre Aufgabe ernst nehmen, und auch - ich sage dies als Kenner, weil ich zehn Jahre lang Richter war - ihre Arbeitszeit voll ausschöpfen.

(Beifall)

Der Status der Unabhängigkeit der Richter - den will niemand antasten - wird teilweise schändlich mißbraucht, wenn Richter diese Unabhängigkeit dazu ausnutzen, aus einer gut-bezahlten Tätigkeit einen Halbtagsjob zu Lasten des Rechtsstaats zu machen.

(Beifall)

Den Durchmarsch durch die Institutionen haben die Linken 1968 angekündigt, und manche Flure der ehrwürdigen Gerichte hallen vom Gleichschritt dieser Genossen wider. Nicht nur gute Noten, sondern auch Charakter und Bekenntnis zu unserem demokratischen Staat gehören zur Prüfung eines Richters. Daran sollten die Justizminister der Länder denken.

Nur, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, von 16 Justizministern der Länder und einem Bundesjustizminister stellt die CDU nur noch einen, hier in Sachsen unseren Freund Heitmann, und unsere Schwesterpartei, die CSU, einen weiteren. Alles andere ist in anderen Händen. Das Ergebnis beklagen wir oft schmerzlich. Das Rechtswesen, die Justizverwaltung und die Gerichte dürfen nicht unionsfrei werden. Sonst nützt die beste Politik unseres Innenministers Kanthers nichts, die er mit Zähigkeit und Zielstrebigkeit durchgeführt hat.

Dabei will ich dankbar anmerken, daß die Zusammenarbeit der Rechtspolitiker der CDU/CSU mit der FDP in Bonn eine gute und fruchtbare geworden ist, seitdem Frau Leutheusser uns nicht mehr auseinanderschnarren kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir haben sie, lieber Herr Kanther, lieber Herr Scholz, in vielen Runden im wahrsten Sinne des Wortes erduldet und erlitten.

Zur Beschleunigung der Verfahren gehört natürlich auch eine komplette Umstellung der Gerichte auf Computertechnik. Es ist kein Märchen der Gebrüder Grimm: Es gibt noch Gerichte, in denen tatsächlich auf der guten alten Tante Schreibmaschine gearbeitet wird. Auch das ist Ländersache. Hier die dringende Bitte und der Appell an die Justizminister. Im übrigen fehlt immer noch das vor zweieinhalb Jahren beschlossene Staatsanwaltschaftliche Informationssystem. Und weil das so ist, lachen die kleinen und großen Gangster darüber, daß die Länder hier im Defizit sind.

Herr Minister Kanther, Sie wissen, daß wir von der CDU/CSU im Rechtsausschuß in der Frage der inneren Sicherheit ohne Wenn und Aber hinter Ihnen stehen.

Auch - das will ich hier sagen - in der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft gibt es eine satte Mehrheit. Unsere jungen Mitglieder, auf die wir im übrigen sehr stolz sind, weil sie hervorragende juristische Arbeit leisten, sind da ein wenig angegrünt. Vielleicht, lieber Kollege

Altmaier, haben Sie auch ein wenig Grünspan angesetzt. Ich hoffe, daß die doppelte Staatsbürgerschaft so nicht kommt.

(Beifall)

Wir, Herr Minister, im Innen- und im Rechtsausschuß haben sehr viele überschneidende Probleme zu lösen. Die Zusammenarbeit ist offen, klar und freundschaftlich und in der Regel ohne Konkurrenzdenken, und wir danken Ihnen für diese gute Zusammenarbeit.

Die Rechtspolitiker des Deutschen Bundestages begrüßen daher ohne Abstriche den Leitantrag mit der Aussage „Sicher leben in Deutschland“, und wir werden alles dafür tun, diese Forderung schnell in die Praxis umzusetzen. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Volker Bandmann aus dem Landesverband Sachsen und als letzter zur Generalausssprache dann Roland Halang aus Sachsen-Anhalt.

Volker Bandmann: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, innere Sicherheit und Wertediskussion sind in unserem Land nicht voneinander zu trennen. In einem Land, in dem die Zehn Gebote als Richtschnur des Handelns immer weniger Menschen erreichen, ist allein für die Union ein Alarmzeichen gesetzt. Dort, wo grüne Politiker fordern, den Begriff Gott aus dem Grundgesetz zu streichen, zeigt sich doch für uns, in welche Republik es gehen soll. Wer dieses Thema besetzt, für unser Volk den Glauben in Frage zu stellen, hat das Volk in der Vergangenheit immer in die Irre geführt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin sehr froh, daß es an der deutsch-polnischen Grenze einen Ort gibt, der Herrnhut heißt und wo die Herrnhuter Losungen gezogen werden. Dort steht am heutigen Tage zu lesen:

Schafft Recht und Gerechtigkeit und errettet den Bedrückten von des
Frevlers Hand und bedrängt nicht die Fremdlinge, Waisen und Witwen
und tut niemandem Gewalt an!

Ich denke, der Ruf „Keine Gewalt!“ war in Leipzig zu hören und hat am Ende die tönernen Mauern des Kommunismus zum Einsturz gebracht.

(Beifall)

Aber - und das steht auch in dem Text -: Die Bedrängten in Schutz zu nehmen, bedeutet, den Rechtsstaat durchzusetzen.

Wenn Bundesinnenminister Kanther in seinem Papier schreibt: „Vorbeugen ist besser als Heilen“, dann ist das dick zu unterstreichen. Es gehört aber unmittelbar daneben: „Wer nicht hören will, muß fühlen“ - und dies mit aller Konsequenz.

(Vereinzelt Beifall)

Zur Frage der Abschiebung: Es ist überhaupt nicht in Frage zu stellen, daß wir sehr wohl mit sehr leisen Tönen und sehr differenziert an diese Frage herangehen. Aber die Abschiebung muß konsequent erfolgen und die beschriebenen Probleme, die Strafe auch in den Nachbarländern abzusitzen, müssen gelöst werden.

An dieser Stelle noch eine Frage an uns Deutsche selbst: Führen wir nicht zum Teil eine scheinheilige Debatte? Es werden nicht nur Ausländer in Deutschland gefaßt, sondern in zunehmendem Maße auch deutsche Straftäter im Ausland. Diese Frage müssen wir mit gleicher Konsequenz angehen. Ich konnte in der Vergangenheit nie verstehen, mit welcher Vehemenz wir uns, wenn irgendwo im Fernen Osten Rauschgifthändler gefaßt worden sind, für die Strafverschonung dieser Leute eingesetzt haben. Das ist doppelzünftig. Wenn diese Leute im Wissen um die Strafbarkeit in anderen Ländern dennoch solche Straftaten begehen, ist das ihr Risiko. Sonst kommen wir in der Frage des Sittenverfalls auch im eigenen Lande nicht voran. Die Union muß in ihrer Position nach innen wie nach außen glaubwürdig sein.

Mit dieser ganzen Thematik ist die Frage der Außengrenzen unmittelbar verknüpft. Ich weiß, daß im Moment zusätzliche Bundesgrenzschutzbeamte an die Außengrenze kommen. Aber nach wie vor gilt es, an diesen Positionen wesentlich mehr zu tun, als bisher möglich ist. Illegale Ausfuhr von Pkw über Bahnübergänge, über Draisinen sind jeden Monat an der Tagesordnung. Das heißt, wir müssen in den Grenzsicherungsbereich - auch wegen Schengen - mehr finanzielle Mittel einsetzen, um in ganz Deutschland die Sicherheit zu erhöhen.

An dieser Stelle kann ich die Ausführungen von Bundesinnenminister Kanther unterstreichen. Es geht hier um die Frage von Krieg und Frieden, Krieg und Frieden einer Bandenkriminalität. Das 21. Jahrhundert begegnet in dieser Auseinandersetzung mitunter Strukturen des Mittelalters. Der daraus entstehenden Gefahr sind neben der Bevölkerung auch die Beamten der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und des Zolls ausgesetzt, die ja oftmals ihr Leben hergeben mußten, um die Bevölkerung vor Kriminalität zu schützen. Diesen Beamten und Diensttuenden möchte ich von diesem Bundesparteitag hier in Leipzig aus meinen herzlichen Dank sagen. Damit beende ich auch meinen Redebeitrag.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als letzter Redner in der Generalaussprache hat Roland Halang aus dem Landesverband Sachsen-Anhalt das Wort.

Roland Halang: Herr Tagungspräsident! Herr Bundesinnenminister! Meine Damen und Herren! Ich habe heute gehört, daß wir mehr loben sollten, auch die Arbeit. Ich möchte an dieser Stelle - ich nehme an, Sie unterstützen das - Bundesinnenminister Kanther für seine Arbeit, die er unermüdlich im Innenministerium leistet, ganz herzlich danken.

(Beifall)

Dank möchte ich ihm auch sagen für seine Initiative in Hessen zum kommunalen Sicherheitskonzept, die Sie, Herr Bundesinnenminister, wesentlich angestoßen haben und die ja Vorlage gewesen ist für die Handlungsanleitung der Bundesgeschäftsstelle „Verbrechensvorbeugung vor Ort“, die in den letzten Tagen in Ihrer Initiative herausgegeben worden sind.

Meine Damen und Herren, ich kann diese Broschüre empfehlen, weil sie die konsequente Fortsetzung der Gesamtschau im Interesse der sicherheitspolitischen Sichtweise darstellt und für die Kommunen, die kleinsten Einheiten unseres Staates, eine Antwort gibt, wie Sicherheit vor Ort gesteigert werden kann, was die kleinen Kommunen, was die Bürgermeister tun können, um Kriminalität vor Ort zu bekämpfen oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Dafür herzlichen Dank. Ich empfehle Ihnen diese Broschüre.

Ich darf auch für den Antrag danken, von dem ich überzeugt bin, Herr Professor Scholz, daß er heute in der Fassung der Antragskommission die Zustimmung des Parteitages finden wird.

Ich darf Peter Hintze dafür danken, daß das Thema endlich zum Leitthema gemacht worden ist, was nicht selbstverständlich gewesen ist. Ich darf dafür danken, daß wir auf diese Art und Weise auch für unseren eigenen Wahlkampf in Sachsen-Anhalt - Sie wissen, am 27. April nächsten Jahres geht es in Sachsen-Anhalt um ja oder nein - Unterstützung und Rückenwind bekommen, da wir dort dieses Thema als eines der brennendsten Themen ausgesucht haben. Wenn hier nun durch konsequentes Handeln Unterstützung für unsere Arbeit vor Ort kommt, kann uns das nur zupaß kommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen in wenigen Punkten sagen, was mir an dem Antrag besonders gefällt. Es sind neue Gedanken, die aber eigentlich schon relativ lange in den Köpfen der Menschen eine Rolle spielen: Strafe muß der Tat auf dem Fuße folgen. Richtig. - Der Rechtsstaat muß Zähne zeigen, um das Grundrecht auf Sicherheit durchzusetzen. Richtig. - Zugreifen statt zusehen; die Polizei muß zugreifen dürfen statt nur zuzusehen. Richtig. - Das Polizeirecht aller Bundesländer - das ist gerade auch von Herrn Müller gesagt worden - muß wieder den Erfordernissen einer effektiven und vorbeugenden Gefahrenabwehr, dem Schutz von Sicherheit und Ordnung entsprechen. Richtig. - Die Polizeigesetze müssen endlich den Anforderungen an eine moderne Verbrechensbekämpfung angepaßt werden. Richtig. - Polizei und Justiz brauchen eine sachgerechte Ausstattung in personeller und in sachlicher Hinsicht, um ihren Aufgaben adäquat gerecht werden zu können.

Meine Damen und Herren, das sind hoffnungsvolle Ansätze. Ich denke, sie fordern unser aller Tun, unsere ganze Kraft, damit dieses Langzeitprogramm in eine erfolgreiche Strategie umgesetzt werden kann. Ich wage folgende Prognose: Wenn wir das Thema innere Sicherheit solange konsequent beackern, wie wir es in den letzten Jahren haben schleifen lassen, bin ich davon überzeugt, daß mindestens im Jahre 2005 in der inneren Sicherheit in Deutschland wieder alles in Ordnung ist.

Daß der Bundesvorstand dieses wohl auch so sieht, entnehmen Sie dem Antrag unter Punkt zwei. Dort heißt es, da sich geistige Einstellungen nicht schlagartig ändern lassen, kann durch Einzelmaßnahmen der Sicherheitspolitik keine kurzfristige Umkehr von Trends erreicht werden. Entschlossene Sicherheitspolitik ist eine langfristige Aufgabe, die auf vielen Felder der Politik erfüllt werden muß und nur schrittweise Wirkungen zeigen kann.

Nach Punkt zwölf im Schlußwort heißt es: Eine auf diese Thesen eingestellte Sicherheitspolitik der CDU erfordert politisch einen langen Atem und die Überwindung immer wieder dagegengerichteter linker Polemik. Es ist die Aufgabe der Politik, mit ständiger Überprüfung des Handwerkszeugs von Staat und Gesellschaft auf die vielfältigen Aspekte der Gefährdungslage der inneren Sicherheit zu reagieren und nicht Reformstau eintreten zu lassen.

Ich fordere den Bundesvorstand auf, fordere Sie alle im Saale auf, ich fordere alle Verantwortungsträger auf, diesen langen Atem aufzubringen, sich der Aufgabe in jeder Situation zu stellen, damit wir die Herausforderungen, die sich aus einer konsequenten Verbrechensvorbeugung und der konsequenten Verbrechensbekämpfung vor Ort ergeben, meistern. Tun Sie das bitte vorbehaltlos und mit aller Kraft. Nur dann wird es uns gelingen, in diesem ureigensten Kompetenzfeld der CDU wieder sichtbare Erfolge zu erzielen und das Vertrauen der Menschen wiederzugewinnen. Es kommt darauf an, in einer Gesamtschau die Bündelung aller Kräfte zur Verbrechensbekämpfung anzustreben und zu erreichen. Die Betonung liegt auf Gesamtschau aller Aspekte und Bündelung aller Kräfte. Wenn wir zaghaft sind, nicht konsequent, werden wir die Aufgaben nicht meistern. Wenn wir konsequent an die Aufgabe herangehen, werden wir die Fragen und Antworten, die an uns gestellt werden, lösen, werden wir in Bonn die Zustimmung der Menschen erhalten, werden wir in Niedersachsen die Zustimmung der Menschen erhalten, werden wir in Sachsen-Anhalt gewinnen und auch in Mecklenburg-Vorpommern wieder erfolgreich den Ministerpräsidenten stellen.

Ich fordere Sie auf, den Antrag in der Fassung der Antragskommission zu unterstützen. - Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Generaldebatte zum Thema des Leitantrages „Sicherer leben in Deutschland“. Ich glaube, es war eine ausgezeichnete Debatte. Wir haben jetzt über die jeweiligen Anträge abzustimmen. Es liegt nur eine Wortmeldung vor. Zu der erteile ich gleich das Wort.

Es gab in dieser Debatte Anregungen, insbesondere vom Kollegen Geißler und auch aus dem saarländischen Bereich, die den Text redaktionell deutlich verbessern. Die Antragskommission hat sich bereiterklärt, diese Anregungen redaktioneller Art aufzunehmen, so daß wir damit hier keine weiteren Änderungsanträge vorliegen haben und nach dem Beitrag des Kollegen über den Antrag insgesamt abstimmen können.

Ich erteile das Wort zum Antrag B 94 Siegfried Kauder aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Siegfried Kauder: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir einige Ausführungen zu Antrag B 94, aber auch zum Antrag B 79 des Landesverbandes Saar. Ich spreche also über Opferschutz. Ich will mich aber nicht beklagen. Das ließe mein Respekt vor der Arbeit des Bundesinnenministers Kanther, aber auch meine Hochachtung vor der Arbeit des Innenministers des Landes Baden-Württemberg, Thomas Schäuble, nicht zu.

Der Kreisverband Schwarzwald-Baar fordert mit seinem Antrag gesetzgeberische Kontinuität im Opferschutz ein. Die Antragskommission empfiehlt mehr als eine Annahme dieses Antrages als eigenständige These zum Leitantrag. Sie fordert darüber hinaus verstärkte legislative Anstrengungen im Opferschutz. So wie der gesamte Bereich der inneren Sicherheit ein von der CDU besetztes Thema ist, soll es offensichtlich auch der Teilbereich des Opferschutzes werden. Nein, meine Damen und Herren, zu klagen habe ich über diesen Verlauf nicht.

Aber was erzähle ich der Mutter eines mißbrauchten Kindes, die bei mittlerem Einkommen die Kosten der Rechtsvertretung ihres Kindes selbst bezahlen muß, während der in der Haft sitzende Peiniger bei gleichen oder besseren wirtschaftlichen Verhältnissen auf Staatskosten einen Pflichtverteidiger beigeordnet bekommt?

(Beifall)

Wäre es ist nicht ein nobler Zug gegenüber kindlichen Opfern, auch für den Antrag B 79 des Landesverbandes Saar Zustimmung zu empfehlen? Das hieße, ihn wie folgt zu übernehmen: „In allen Verfahren, in denen Täter anwaltschaftlich vertreten sind, wird dem Opfer ein Opferanwalt beigeordnet.“ Ich sage es ganz bewußt, der Antrag darf nicht begrenzt sein auf den Fall, daß der Täter einen Pflichtverteidiger hat, so daß kindliche Opfer schlechter dastehen, wenn ein vermögender Täter sich zwei Wahlverteidiger leisten kann.

Zweitens. Was erzähle ich dem mißbrauchten Kind selbst, das in quälender Angst monatelang auf seine Vernehmung in der Hauptverhandlung wartet, obwohl es seine Leidensgeschichte bei der Polizei und dem Vernehmungsrichter bereits mehrfach erzählt hat? Wäre eine gesetzliche Regelung zur Videographie nicht die richtige Antwort auf dieses Problem?

Meine Damen und Herren, unser Antrag soll ein Signal für diejenigen sein, die sich für ausgeraubte Rentner, vergewaltigte Frauen und geschundene Kinder stark machen. Wir geben diesen Menschen, die sich dafür einsetzen, Hoffnung auf weitere kleine Schritte in die richtige Richtung. Auf eine menschlich gestaltete Zukunft haben nicht zuletzt Opfer von Straftaten Anspruch. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben durch den Kollegen eine Anregung zum Antrag B 79 erhalten. Ich möchte bitten, daß der Zuständige für die Antragskommission, Herr Professor Scholz, dazu das Wort ergreift.

Prof. Dr. Rupert Scholz, Antragskommission: Lieber Herr Kauder! Erstens. Wir haben in der Antragskommission, aber im Grunde auch insgesamt im Kontext der Beratungen über diese Thematik lange und intensiv nachgedacht. Sie finden den Ertrag, der Ihnen vielleicht nicht ganz reicht, auf der Seite 176 der Sammlung der Anträge in dem Satz: „Insbesondere muß die Rechtsstellung der Opfer von Straftaten gestärkt werden“. Das ist ein eindeutiges Bekenntnis.

Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, daß das Thema Opferanwalt eine sehr ambivalente Materie ist, falls man das generalisiert. Dies droht in solchen Fällen ein wenig. Hier heißt es nämlich sehr schnell: Warum hier und warum dort nicht? Unser Rechtsstaat selbst, unsere unabhängige Justiz, ist berufen, dem Opfer den rechtsstaatsgemäßen Schutz zu geben. Hier stehen sich nicht Parteien einander gegenüber. Das betrifft den Unterschied zwischen Täter-schutz und Opferschutz, wie er im saarländischen Antrag formuliert worden ist, auf den Sie sich bezogen haben.

Zweitens. Zum Zeugenschutz bei Kindern, an denen man sich vergangen hat. In diesem Bereich werden unsere gesetzgeberischen Pläne verwirklicht. Das ist auf dem Weg. Das brauchen wir, so glaube ich, hier nicht mehr gesondert anzusprechen. Hier geht es darum - ein sol-

cher Antrag muß ein wenig das Allgemeine, die Grundrichtung, betonen, ohne jedes Detail aufzunehmen -, daß die Rechtsstellung der Opfer von Straftaten gestärkt werden muß.

Die Antragskommission ist der Meinung - ich möchte Sie herzlich bitten, das so zu verstehen und aufzunehmen -, daß wir es in diesem Text dabei belassen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Ich habe es so verstanden, daß Professor Scholz für die Antragskommission die Zielsetzung dieses Antrages eingearbeitet hat, so daß wir dann, wenn ich das richtig verstanden habe, keine zusätzlichen Anträge vorliegen haben bis auf diejenigen, die in der Antragsmappe stehen und zu denen die Antragskommission jeweils Vorschläge gemacht hat. Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, den Vorschlag machen, jetzt nicht noch einmal jede Ziffer aufzurufen, sondern das Ganze in toto zur Abstimmung zu stellen.

(Beifall)

Sie haben in Ihren Vorlagen ja überall das Votum der Antragskommission, welches ich dann, bezogen auf alle Ziffern, insgesamt zur Abstimmung stellen würde. Anschließend würde ich noch einmal insgesamt über den Leitantrag abstimmen. Kann ich davon ausgehen, daß Sie damit einverstanden sind?

(Beifall)

Das ist der Fall. Ich bedanke mich. - Ich stimme als erstes also darüber ab, wer den jeweiligen Ziffern unter Maßgabe der Vorschläge der Antragskommission zustimmt. Wer dafür ist, der Antragskommission insgesamt zu folgen, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist bei ganz wenigen Enthaltungen bzw. Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen worden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können uns jetzt die Gesamtabstimmung, die ja dies beinhaltete, sparen. Ich gehe davon aus, daß damit der Gesamtantrag „Sicherer leben in Deutschland“ eine überwältigende Mehrheit gefunden hat.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei all denjenigen, die dies erarbeitet haben, und insbesondere bei Bundesinnenminister Kanther. Ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt ab.

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich den Parteivorsitzenden um sein Schlußwort bitte, möchte ich allen danken, die zum erfolgreichen Verlauf dieses Parteitages beigetragen haben.

(Beifall)

Herzlichen Dank an alle Delegierten, die diesen Parteitag mit viel Engagement und Sachverstand bereichert haben. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen im Tagungspräsidium für die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Sehr herzlich danke ich den Mitwirkenden in unseren Plenums-Foren und unseren Foren-

Gästen. Ihre Beiträge waren eine wertvolle Bereicherung unserer Diskussion und haben uns in sehr starker Weise beeindruckt.

(Beifall)

Ich danke auch allen Sponsoren und Ausstellern. Sie haben uns mit ihren Präsentationen einen umfangreichen Eindruck über zukunftsweisende Technologien und Innovationen vermittelt.

(Beifall)

Das Engagement der Aussteller war eine großartige Demonstration für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Beifall)

Mein Dank gilt allen Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen für ihr Interesse und die umfangreiche sowie hoffentlich faire Berichterstattung über unseren Parteitag.

(Beifall)

Herzlichen Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Neuen Messe für die gute Unterstützung.

(Beifall)

Die Neue Messe spricht mit ihrer gelungenen Architektur und den idealen Bedingungen für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologiestandort Sachsen und für den Handelsplatz Leipzig.

(Beifall)

Besonders bedanken möchte ich mich bei den Beamten der Leipziger Polizei, die zusammen mit den Mitarbeitern des Bundeskriminalamtes, des Landeskriminalamtes Sachsen sowie den Ordnern der CDU für unsere Sicherheit gesorgt haben.

(Beifall)

Herzlichen Dank auch an die Helferinnen und Helfer des Roten Kreuzes.

(Beifall)

Mein Dank gilt den zahlreichen Helfern der CDU aus Leipzig.

(Beifall)

Schließlich gilt mein herzlicher Dank auch Peter Hintze und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses für die ausgezeichnete Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Parteitages.

(Beifall)

Ganz zum Schluß bedanke ich mich bei Helmut Kohl und beim Bundesvorstand, daß sie den Entschluß gefaßt haben, den 9. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig durchzuführen.

(Beifall)

Ich bitte nun unseren Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, um sein Schlußwort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Hinter uns liegen zweieinhalb arbeitsreiche Tage - gute Tage!

(Beifall)

Wir haben hart gearbeitet. Wir haben miteinander diskutiert. Wir haben abgestimmt. Wir haben entschieden. Wir haben viele Gespräche nicht nur hier im Saal, sondern auch außerhalb führen können. Wir haben vorgestern einen fröhlichen Abend miteinander gefeiert.

Das ist das Leben einer Partei, wie es sein soll und wie es viele, die Politologie lehren, leider noch nie erlebt haben und deshalb auch nicht beschreiben können.

(Beifall)

Dieser Parteitag war ein großer Erfolg für unsere gemeinsame Sache. Es war in der Reihe unserer Parteitage sozusagen eine Zwischenstation.

Manche, die uns - auch von draußen - betrachtet haben, haben den Vergleich mit der Situation im Februar 1994 gezogen. Dies war aber kein Parteitag zum Wahlkampfauftakt wie damals in Hamburg. Wir werden uns im Mai zur Verabschiedung des Wahlprogramms für die Bundestagswahl treffen, das gemeinsam mit unseren Freunden von der CSU zu erarbeiten ist. Die eigentliche Wahlkampföffnung werden wir traditionsgemäß - wie seit 1953 - im August in der großen Dortmunder Westfalahalle haben,

(Zustimmung)

und wir werden dann für Landtags- und Bundestagswahlen viel zu tun, viel zu arbeiten und viel zu kämpfen haben.

Wir haben uns ein Thema gestellt: daß wir Kurs auf das 21. Jahrhundert nehmen. Ich finde, es gibt nur wenige Orte, an denen man über ein solches Thema so intensiv und auch so tief bewegt reden kann, die so gut geeignet sind wie Leipzig, diese Stadt mitten in Sachsen, mitten in Deutschland, mitten in Europa.

(Beifall)

Wir haben hier deutlich gemacht, daß wir bei aller Bescheidenheit und in der klaren Erkenntnis, daß noch viel zu tun ist, um den Sieg kämpfen. Die Debatten haben gezeigt: Dies ist eine lebendige Partei, eine diskussionsfreudige Partei, eine Partei, die - bei dem ganz großen Spannungsbogen, den sie mit ihren über 600 000 Mitgliedern umfaßt - dank ihrer geistigen Grundlagen fähig ist, Herausforderungen geschlossen zu bestehen. Das 21. Jahrhundert menschlich zu gestalten, das heißt - das hat doch jeder hier gespürt -, aufzubrechen und nicht etwa zu sagen: Dieses oder jenes können wir in einem Wahljahr nicht riskieren. Viel mehr geht es darum, daß wir jetzt Erneuerung brauchen.

Erneuerung heißt für uns, alles zu tun, um die innere Einheit unseres Vaterlandes zu vollenden, und unseren Beitrag zu leisten, damit unsere Gesellschaft insgesamt - in manchen Punk-

ten in den alten Bundesländern vielleicht sogar mehr als in den neuen - sich auf den Weg macht, um die Zukunft zu gewinnen.

Freiheit und Verantwortung, Selbständigkeit und Gemeinsinn, das sind unsere Visionen. Es hat sich in diesen Tagen gezeigt: Damit sind wir die Alternative zum Linksbündnis, das Deutschland ins Abseits und auch - das hat Jean-Claude Juncker gestern deutlich gesagt - in die außenpolitische Isolation führen würde.

(Beifall)

Wer in dieser Hinsicht immer noch intellektuelle Anstöße braucht, sollte jetzt ganz einfach einmal den Entwurf des Wahlprogramms der Grünen lesen. Man muß ja fair argumentieren, und deswegen sage ich bewußt: Es ist der Entwurf. Aber da man weiß, wer diesen Text entworfen hat, kann man davon ausgehen, daß sich das Wesentliche im Programm wiederfinden wird.

Nach meinen Erfahrungen - und da stehe ich nicht allein - haben wir in der letzten Zeit im Alltag des Bundestages beobachten können, daß - für mich erstaunlicherweise; vor wenigen Jahren hätte ich das für unmöglich gehalten - die Grünen zu einem wesentlich größeren Teil die Sozialdemokraten beeinflussen als umgekehrt.

(Beifall)

Wenn Sie nun die Konzepte sehen, von massiven Steuererhöhungen bis hin zu staatlichen Umverteilungsprogrammen, wenn Sie die Thesen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik lesen, dann, meine Damen und Herren, muß man wirklich fragen - und das ist ja eine Frage, die manche immer wieder an die Deutschen richten: Seid ihr fähig, aus der Geschichte zu lernen? Wenn man nach den Erfahrungen der letzten 50 Jahre, insbesondere nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre in Deutschland einen massiven Abbau und die Abschaffung der Bundeswehr sowie die Auflösung der NATO verlangt, zeigt das doch, daß man außerhalb der Realitäten unserer Zeit lebt.

(Beifall)

Es mag sogar so sein, daß die Autorinnen und Autoren, die so etwas schreiben, Menschen sind, die von gutem Willen geleitet sind, die sich zum Teil sogar auf eine bestimmte Tradition des deutschen Idealismus beziehen. Aber vor der Geschichte hat sich erwiesen, daß die Menschen, die nur mit gutem Willen und mit wenig Verstand und wenig Sinn für die Realität Aufgaben übernehmen, die Völker meistens in die Katastrophe geführt haben.

(Beifall)

Es kommt nicht nur auf den guten Willen an, sondern auch darauf, das Richtige zu tun. Im Augenblick denken wir darüber nach, wie wir im Jahre 1999 „50 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ begehen. Wir sind dabei, zur Expo 2000 Kompositionen eines Gesamtbildes von Deutschland zu entwickeln. Bei dieser Expo 2000 wollen wir Deutschland als weltoffenes und fortschrittliches Land mit menschlichem Antlitz präsentieren. Nach der Zahl der Anmeldungen wird das die größte Expo, die je stattgefunden hat.

Die Welt wird nach Deutschland kommen, und die Besucher werden sich umschauen. Sie werden sich fragen: Was sind das für Leute, die Deutschen im Jahr 2000? Sind sie weltoffen, men-

schenfreundlich - ist etwa Ausländerfeindlichkeit für sie undenkbar -, treten sie für Mitmenschlichkeit ein? Wissen sie, daß es für ein reiches Land - und das sind wir trotz aller Probleme - eine moralische Pflicht zum Teilen mit jenen Völkern gibt, die sich selbst nicht helfen können? Sind es jene Deutschen, die das Jahr 1947 nicht vergessen haben, als der Marshallplan uns Licht am Ende des Tunnels verhieß? Sind das jene Deutschen, die jetzt im Oderbruch erneut bewiesen haben, daß sie nicht lange brauchen, wenn es darum geht, Solidarität praktisch zu leben?

(Beifall)

Und - das sage ich auch - sind das jene Deutschen, die einerseits wissen, wie wichtig Ökonomie ist, wie wichtig Arbeitsplätze sind, wie wichtig ein solider Staatshaushalt ist, die aber auch wissen, daß es jenseits von Angebot und Nachfrage noch wichtigere Dinge gibt, die die Kultur, die die inneren Werte unseres Landes ausmachen?

Es ist hier heute in der Debatte einmal angeklungen: Diese Menschen, die uns besuchen, sollen wissen, daß hier eine Partei Verantwortung trägt, für die das „C“ im Namen nicht irgendein Etikett ist, sondern Verpflichtung für das eigene Tun. Es ist wichtig, daß wir das deutlich machen!

(Beifall)

Mit einem Wort, aus diesem Geist und aus dieser Haltung wollen wir gemeinsam antreten, um die Zukunft zu gewinnen.

Liebe Freunde, zum Gelingen dieses Parteitages haben viele beigetragen. Wer lange genug dabei war, der weiß, es ist ein ungeheures Arbeitspensum zu bewältigen, bis alles im einzelnen gut vorbereitet ist, und der weiß auch, wie schnell Kritik aufkommt, wenn es im einzelnen nicht so läuft. Es muß ja möglichst alles intensiv diskutiert werden, aber es muß zugleich möglichst schnell gehen. Es soll möglichst rechtzeitig angefangen und möglichst früh aufgehört werden. Das alles kennen Sie; es ist auch in anderen Bereichen der Partei so.

Wir haben vielen zu danken. Zuerst danke ich unserem gastgebenden CDU-Landesverband, der sächsischen Union.

(Beifall)

Ich danke unseren Freunden hier aus dem Landesverband, für die es ja auch ein Riesenergebnis war, diesen Parteitag hier durchzuführen. Es war ja auch eine Präsentation der sächsischen CDU und des Bundeslandes Sachsen.

Ich danke den vielen hier in Leipzig, die uns geholfen haben, den amtlichen Stellen, aber auch und vor allem den vielen Helfern im Kreisverband.

Ich danke ganz bewußt auch für die faire, intensive und gute Unterstützung durch Kurt Biedenkopf und seine Landesregierung. Ich will das ausdrücklich erwähnen.

(Beifall)

Die Sachsen - Landesregierung, Stadt und Partei - waren großartige Gastgeber. Dies entspricht ihrem alten und traditionsreichen Ruf, der sich einmal mehr bestätigt hat. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Ich danke sehr herzlich denen, die wir als Gäste eingeladen hatten, um an den verschiedenen Foren teilzunehmen. Ich will sie nicht alle aufzählen. Wer die Intensität erlebt hat, wie wir im Forum „Sieben Jahre deutsche Einheit“ miteinander sprachen - auf der einen Seite ein Dichter in seiner ruhigen, aber fesselnden Sprache und auf der anderen Seite eine Frau, die die Gefängnisse erlebt hat und die mit der ganzen Leidenschaft ihrer Seele gesprochen hat -, der weiß: Es war wichtig für uns, daß wir in Leipzig auch über die innerdeutsche Gegenwart geredet haben und darüber, wie wir, die Deutschen, nach sieben Jahren unseren gemeinsamen Weg weiter gestalten. Dafür sage ich herzlichen Dank.

(Beifall)

Wir haben in den Foren über vieles gesprochen, diskutiert und entschieden. Es hat sich einmal mehr erwiesen, wie gut es ist, wenn man Gäste einlädt und über den eigenen Tellerrand hinaus blickt. Ich fand es beispielsweise sehr lehrreich, als Frau Professor Gregory, eine Amerikanerin, uns vorhielt, wie verstockt wir in manchen Bereichen der deutschen Bildungsbürokratie geworden seien.

(Beifall)

Das alles gehört zum Bild dieser Tage.

Mein Dankeschön gilt vor allem auch Peter Hintze.

(Beifall)

Liebe Freunde, das Amt des Generalsekretärs ist kein leichtes Amt. Wenn es gut geht, waren es alle. Wenn es schlecht geht, steht der Generalsekretär in vorderster Front. Manche, die den Parteivorsitzenden meinen, reden vom Generalsekretär. Auch das ist ein Stück Lebenserfahrung innerhalb einer Partei. Peter Hintze hat mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses diese Tage hervorragend vorbereitet.

Christian Dürig, es ist der erste Parteitag, den Sie in Ihrem neuen Amt als Bundesgeschäftsführer organisiert haben. Sie haben einen guten Job gemacht. Dafür sage ich herzlichen Dank.

(Beifall)

Im Mai, liebe Freunde, sehen wir uns zum nächsten Parteitag in Bremen wieder. Bis dahin haben wir zwei wichtige Landtagswahlen von strategischer Bedeutung. Die erste Landtagswahl ist am 1. März in Niedersachsen. Wir werden alles, was in unseren Kräften steht, tun - wenn ich alles sage, dann meine ich das so -, daß Christian Wulff der neue Ministerpräsident in Hannover sein wird.

(Beifall)

In der zweiten Landtagswahl geht es am 26. April in Sachsen-Anhalt darum, daß die Wähler begreifen: Es ist überfällig, daß dieses landespolitische Bündnis von SPD, Grünen und PDS abgewählt wird und daß Christoph Bergner wieder Ministerpräsident in Magdeburg wird.

(Beifall)

Wir haben bei allen anstehenden Wahlen hervorragende Chancen. Gerade die letzten Wochen zeigen eine gewisse Verunsicherung bei manchen unserer speziellen publizierenden

Freunde. Es sah für sie ja schon alles so aus, als könnten sie uns abschreiben. Nach diesem Parteitag weiß jeder: Wir kämpfen um jede Stimme. Wenn wir unsere Chancen wahrnehmen, werden wir gewinnen. Mein Wunsch ist, daß alle Anwesenden diese Botschaft in die Partei hinaustragen.

Ich selbst werde dazu selbstverständlich meinen Beitrag leisten; denn es ist unsere gemeinsame Sache. Ihr Vertrauen, daß Sie mir wiederum so eindrucksvoll geschenkt haben, verpflichtet mich in einer ganz besonderen Weise.

Laßt uns also aufbrechen! Wir werden dabei nie vergessen, daß es nicht um uns oder um politische Macht geht. Es geht vielmehr um unser Vaterland, um Deutschland. So wollen wir diesen Bundesparteitag, so wie es unsere Tradition ist, mit dem Lied der Deutschen, unserer Nationalhymne, schließen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne.)

(Beifall)

(Schluß: 13.46 Uhr)

ANHANG

Beschlußprotokoll des 9. Parteitages der CDU Deutschlands Leipzig, 13. bis 15. Oktober 1997

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Bestätigung der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht der Mandatsprüfungskommission
9. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
 - 9.1 Aussprache
10. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
 - 10.1 Aussprache
11. Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands
Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1995 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
(wird schriftlich vorgelegt)
12. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
 - 12.1 Aussprache
13. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
Plenums-Foren und Beratungen (TOP 14 - 16):
14. Plenums-Forum: „Sieben Jahre Deutsche Einheit“
15. Plenums-Foren: „Verantwortung für Deutschland
Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten – Projekt Zukunftschancen –“

- 15.1 Forum 1: „Chancen für neue Arbeit“
- 15.2 Forum 2: „Wissen für die Zukunft“
- 15.3 Forum 3: „Europa ist Deutschlands Chance“
- 16. Beratung und Beschlußfassung: „Verantwortung für Deutschland
Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten
– Projekt Zukunftschancen –“
- 17. „Die Innere Sicherheit stärken“
- 18. Beratung sonstiger Anträge
- 19. Wahl der Delegierten und Stellvertretenden Delegierten zum XII. EVP-Kongreß in
Toulouse
- 20. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteitages am 13.10.1997 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident: Dr. Fritz Hähle MdL
Vorsitzender der CDU Sachsen

Beisitzer

Ole von Beust MdHB	LV Hamburg
Christoph Böhr MdL	LV Rheinland-Pfalz
Manfred Carstens MdB	LV Oldenburg
Dr. Karl-Heinz Daehre MdL	LV Sachsen-Anhalt
Klaus Escher	Junge Union
Dirk Fischer MdB	LV Hamburg
Dr. Hans Geisler MdL	Evangelischer Arbeitskreis
Otti Geschka	LV Hessen
Peter Götz MdB	Kommunalpolitische Vereinigung
Andrea Hubrig MdL	LV Sachsen
Peter Jacoby MdB	LV Saar
Irmgard Karwatzki MdB	LV Nordrhein-Westfalen
Volker Kauder MdB	LV Baden-Württemberg
Dr. Paul Krüger MdB	LV Mecklenburg-Vorpommern
Klaus Landowsky MdA	LV Berlin
Christine Lieberknecht MdL	LV Thüringen
Dr. Helmut Linssen MdL	LV Nordrhein-Westfalen
Maria Michalk	Frauen-Union
Marlies Mosiek-Urbahn MdEP	LV Hessen
Bernd Neumann MdB	LV Bremen

Thomas Pietzsch MdL	CDA
Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP	CDU in Niedersachsen
Dr. Godelieve	
Quisthoudt-Rowohl MdEP	CDU in Niedersachsen
Peter Rauen MdB	Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
Herbert Reul MdL	LV Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP	LV Nordrhein-Westfalen
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB	Landesverband Braunschweig
Helmut Sauer	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung
Dr. Annette Schavan MdL	LV Baden-Württemberg
Dr. Joachim Schmidt MdB	LV Sachsen
Christina Tasch	LV Thüringen
Angelika Volquartz MdL	LV Schleswig-Holstein
Dr. Peter Wagner MdL	LV Brandenburg
Annette Widmann-Mauz	LV Baden-Württemberg
Dr. Bernhard Worms	Senioren-Union
Christian Wulff MdL	CDU in Niedersachsen
Elke Wülfing MdB	LV Nordrhein-Westfalen

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung bei mehreren Gegenstimmen und einigen Enthaltungen angenommen. Dadurch wurde gleichzeitig der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt, TOP 13 abzusetzen und TOP 10.1 zu verkürzen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Peter Hintze MdB

Stellv. Vorsitzender: Christian Dürig

Weitere Mitglieder:

Hermann-Josef Aréntz MdL

Dr. Maria Böhmer MdB

Christoph Böhr MdL

Elmar Brok MdEP

Rainer Eppelmann MdB

Klaus Escher

Anke Eymer MdB

Anne-Karin Glase MdEP

Dr. Reinhard Göhner MdB
Friederike de Haas MdL
Dr. Fritz Hähle MdL
Roland Koch MdL
Christian Köckert MdL
Dr. Angela Merkel MdB
Peter Müller MdL
Dr. Dieter Murmann
Oliver Nölken
Ulrich Nölle MdBB
Doris Pack MdEP
Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP
Dr. Godelieve-Quisthoudt-Rowohl MdEP
Peter Rauen MdB
Herbert Reul MdL
Hannelore Rönsch MdB
Dr. Jürgen Rüttgers MdB
Helmut Sauer
Dr. Thomas Schäuble MdL
Birgit Schnieber-Jastram MdB
Prof. Dr. Rupert Scholz MdB
Rudolf Seiters MdB
Carmen Stange MdL
Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB
Dr. Diemut R. Theato MdEP
Arnold Vaatz MdL
Annette Widmann-Mauz
Dr. Bernhard Worms

Zu TOP 5:

Die vom Bundesausschuß am 19. März 1997 für den 9. Parteitag gewählte **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Rolf Wollziefer
Landesgeschäftsführer
des CDU-Landesverbandes Sachsen

Beisitzer:

Günther Feldhaus
Landesgeschäftsführer
des CDU-Landesverbandes Bremen

Frieder Fundis
Bezirksgeschäftsführer des CDU-
Bezirksverbandes Nordwürttemberg

Thomas Lunacek MdL
Generalsekretär des
CDU-Landesverbandes Brandenburg

Bernd Reisener
Landesgeschäftsführer des
CDU-Landesverbandes Sachsen-Anhalt

Friedrich Claudius Schlumberger
Leiter der Hauptabteilung Organisation
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Zu TOP 6:

In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender: Ulf Leisner
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzender: Hans-Joachim Woelke
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Beisitzer:

Winfried Adams	Kreisgeschäftsführer KV Vogelsberg
Bernhard Albrecht	Kreisgeschäftsführer KV Bonn
Carl Andresen	Kreisgeschäftsführer KV Schl.-Flensburg
Dieter Bednorz	Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt
Detlev Bendel	Kreisgeschäftsführer KV Wiesbaden
Hans Bender	Kreisgeschäftsführer KV Siegen-Wittgenst.
Kristel Bendig	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Mechthild Besserer	Kreisgeschäftsführerin KV Lahn-Dill
Cornelia Bischof	Landesgeschäftsstelle Sachsen
Klaus Böhm	Kreisgeschäftsführer KV Leipziger Land
Günter Brummundt	Kreisgeschäftsführer KV Minden-Lübb.
Iris Eckmann	Kreisgeschäftsführerin KV Burgenland
Lothar Ehm	Kreisgeschäftsführer KV Dessau/Anhalt
Martin Fernbach	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Klaus Funnemann	Kreisgeschäftsführer KV Höxter
Michael Gaerdt	Landesgeschäftsstelle LV Sachsen
Dr. Adelh. Gliedner-Simon	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Heike Göttlicher	Kreisgeschäftsführerin KV Ludwigsburg
Lucia Griebhaber	Kreisgeschäftsführerin KV Schwarz.-Baar
Dr. Eckehart Guth	Kreisgeschäftsführer KV Freiburg
Birgit Heide	CDU-Bundesgeschäftsstelle

Gerhard Heidemann
Harald Hempel

Wilfried Hennemuth
Monika Hilger
Erich Hönow
Paul Holtmannspötter
Christoph Jähn

Andreas Johné
Udo Kamperdick
Dr. Wolfgang Kubink
Eckart Lesch
Peter Liebers
Dr. Silvia Mazura
Reinhold Meisel

Katharina Mühr
Hermann Müller
Horst Naumann
Peter Nowaczyk
Cl. Nürnberger-Meyerhoff
Antonie Quinkert
Kathrin Reichel
Josef Reichl
Waltraud Reiss

Ludger Samson
Jürgen Schick
Claudia Schünemann
Margit Seehaus

Norbert Solberg
Martina Stabel-Franz
Petra Ströbele-Both
Hans.-J. Treuer
Paul Westeppe
Peter Wettenmann
Bernd Wießel
Hermann Josef Wolff
Werner Wolff
Manfred Wynands
Elke von Ziegner
Andreas Züfle

Kreisgeschäftsführer KV Soest
Kreisgeschäftsführer
KV Potsdam-Mittelm.
Kreisgeschäftsführer KV Rottweil
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Kreisgeschäftsführer KV Teltow-Fläming
Kreisgeschäftsführer KV Gütersloh
Kreisgeschäftsführer
KV Aue/Schwarzenb.
Kreisgeschäftsführer KV Löbau-Zittau
Kreisgeschäftsführer KV Bottrop
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Kreisgeschäftsführer KV Ahrweiler
Kreisgeschäftsführer KV Chemnitz
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Kreisgeschäftsführer
KV Neckar-Odenw.
Landesgeschäftsstelle LV Brandenburg
Bezirksgeschäftsführer BV Koblenz-Mont.
Kreisgeschäftsführer KV Döbeln/Torgau
Kreisgeschäftsführer KV Gelsenkirchen
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Kreisgeschäftsführerin KV Hochsauerland
Kreisgeschäftsführerin KV Mittweida
Kreisgeschäftsführer KV Böblingen
Kreisgeschäftsführerin
KV Karlsruhe-Land
Kreisgeschäftsführer KV Recklinghausen
Kreisgeschäftsführer KV Krefeld
Kreisgeschäftsführerin KV Duisburg
Kreisgeschäftsführerin
KV Dahme-Spreew.
Kreisgeschäftsführer KV Essen
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Kreisgeschäftsführerin KV Herne
Kreisgeschäftsführer KV Baden-Baden
Kreisgeschäftsführer KV Wuppertal
Kreisgeschäftsführer KV Biberach
Kreisgeschäftsführer KV Altmarkkreis
Kreisgeschäftsführer KV Köln
Kreisgeschäftsführer KV Aachen-Kreis
Kreisgeschäftsführer KV Kleve
Kreisgeschäftsführerin Harburg-Land
Kreisgeschäftsführer KV Freudenstadt

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8: Bericht der Mandatsprüfungskommission:

Die Mandatsprüfungskommission des 9. Parteitages erstattete am Montag, dem 13. Oktober 1997, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 11.00 Uhr von den 1001 voll stimmberechtigten Delegierten des 9. Parteitages 921 anwesend.

Der Parteitag ist beschlußfähig.

gez. Rolf Wollziefer
gez. Frieder Fundis
gez. Bernd Reisener

gez. Günther Feldhaus
gez. Thomas Lunacek
gez. Friedrich Claudius Schlumberger“

Zu TOP 9 Der 9. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des
9.1: Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend
zur Kenntnis.

Zu TOP 10 Der 9. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des
10.1: Generalsekretärs, Peter Hintze MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 9. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht der Bundes-
schatzmeisterin, Brigitte Baumeister MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12/ Der 9. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des
12.1: Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag,
Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Der 9. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Vorsitzen-
den der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parla-
ments, Prof. Dr. Günter Rinsche, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Forum „Sieben Jahre Deutsche Einheit“

Zu TOP 15: Plenums-Forum:
„Verantwortung für Deutschland
Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten
– Projekt Zukunftschancen –“

Zu TOP 15.1: Forum 1: „Chancen für neue Arbeit“

Zu TOP 15.2: Forum 2: „Wissen für die Zukunft“

Zu TOP 15.3: Forum 3: „Europa ist Deutschlands Chance“

Zu TOP 16.: Beratung und Beschlußfassung des Leitantrages des Bundesvorstandes
„Verantwortung für Deutschland - Das 21. Jahrhundert menschlich gestalten – Projekt Zukunftschancen –“ („Leipziger Manifest“)

(Der Wortlaut der Anträge A 1- A 399 und A 400 - A 408 ist in den Broschüren „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ sowie „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ des 9. Parteitages der CDU Deutschlands abgedruckt.)

A1	Annahme idF Antragskommission
A2	Ablehnung
A3	Erledigung durch Beschlußfassung zur Präambel
A4	Erledigung durch Beschlußfassung zur Präambel
A5	Annahme idF Antragskommission
A6	Annahme idF Antragskommission
A7	Erledigung durch Beschlußfassung zur Präambel
A8	Annahme idF Antragskommission
A9	Erledigung durch Beschlußfassung zur Präambel
A10	Ablehnung
A11	Ablehnung
A12	Ablehnung
A13	Annahme idF Antragskommission
A14	Ablehnung
A15	Ablehnung
A16	Ablehnung
A17	Ablehnung

A18	Ablehnung
A19	Annahme idF Antragskommission
A20	Ablehnung
A21	Annahme idF Antragskommission
A22	Annahme idF Antragskommission
A23	Erledigung durch Beschlußfassung zur Präambel
A24	Erledigung durch Beschlußfassung zur Präambel
A25	Erledigung durch Beschlußfassung zum Antrag „Sicherer leben in Deutschland“
A26	Erledigung durch Beschlußfassung zu A46
A27	Annahme idF Antragskommission
A28	Erledigung durch Beschlußfassung zur Präambel
A29	Erledigung durch Beschlußfassung zur Präambel
A30	Ablehnung
A31	Annahme idF Antragskommission
A32	Ablehnung
A33	Erledigung durch Beschlußfassung zur Präambel
A34	Annahme idF Antragskommission
A35	Annahme idF Antragskommission
A36	Annahme idF Antragskommission
A37	Annahme idF Antragskommission
A38	Annahme idF Antragskommission
A39	Erledigung durch Beschlußfassung zu A53
A40	Annahme idF Antragskommission
A41	Annahme idF Antragskommission
A42	Ablehnung
A43	Ablehnung
A44	Annahme idF Antragskommission
A45	Ablehnung
A46	Annahme idF Antragskommission
A47	Annahme idF Antragskommission
A48	Annahme idF Antragskommission
A49	Annahme idF Antragskommission
A50	Ablehnung
A51	Erledigung durch Beschlußfassung zur Präambel
A52	Erledigung durch Beschlußfassung zu A126
A53	Annahme idF Antragskommission
A54	Annahme idF Antragskommission
A55	Annahme idF Antragskommission
A56	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A57	Annahme idF Antragskommission
A58	Erledigung durch Beschlußfassung zu Ziffer 4
A59	Erledigung durch Beschlußfassung zu Ziffer 4

A60	Annahme idF Antragskommission
A61	Annahme idF Antragskommission
A62	Annahme idF Antragskommission
A63	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A64	Annahme idF Antragskommission
A65	Annahme idF Antragskommission
A66	Annahme idF Antragskommission
A67	Annahme idF Antragskommission
A68	Annahme idF Antragskommission
A69	Annahme idF Antragskommission
A70	Annahme idF Antragskommission
A71	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A72	Ablehnung
A73	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A74	Annahme idF Antragskommission
A75	Annahme idF Antragskommission
A76	Ablehnung aus systematischen Gründen
A77	Ablehnung aus systematischen Gründen
A78	Ablehnung
A79	Annahme idF Antragskommission
A80	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 7
A81	Ablehnung aus systematischen Gründen
A82	Ablehnung aus systematischen Gründen
A83	Ablehnung
A84	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A85	Annahme idF Antragskommission
A86	Annahme idF Antragskommission
A87	Annahme idF Antragskommission
A88	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A89	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A90	Ablehnung
A91	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 8
A92	Annahme idF Antragskommission
A93	Annahme idF Antragskommission
A94	Ablehnung
A95	Ablehnung
A96	Annahme idF Antragskommission
A97	Ablehnung
A98	Annahme idF Antragskommission
A99	Erledigung durch Beschlußfassung zu A126
A100	Annahme idF Antragskommission
A101	Annahme idF Antragskommission
A102	Ablehnung

A103	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A104	Ablehnung
A105	Annahme idF Antragskommission
A106	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 9
A107	Annahme idF Antragskommission
A108	Annahme idF Antragskommission
A109	Erledigung durch Neuformulierung Präambel
A110	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 9
A111	Annahme idF Antragskommission
A112	Annahme idF Antragskommission
A113	Annahme idF Antragskommission
A114	Ablehnung
A115	Ablehnung
A116	Annahme idF Antragskommission
A117	Ablehnung
A118	Annahme idF Antragskommission
A119	Annahme idF Antragskommission
A120	Ablehnung
A121	Ablehnung
A122	Ablehnung
A123	Ablehnung
A124	Ablehnung
A125	Ablehnung
A126	Annahme idF Antragskommission
A127	Annahme idF Antragskommission
A128	Ablehnung
A129	Ablehnung
A130	Annahme idF Antragskommission
A131	Ablehnung
A132	Ablehnung
A133	Ablehnung
A134	Ablehnung
A135	Ablehnung
A136	Ablehnung
A137	Ablehnung
A138	Annahme idF Antragskommission
A139	Ablehnung
A140	Annahme idF Antragskommission
A141	Annahme idF Antragskommission
A142	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A143	Erledigung durch Beschlußfassung zu A57
A144	Ablehnung
A145	Ablehnung

A146	Ablehnung
A147	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A148	Annahme idF Antragskommission
A149	Ablehnung
A150	Annahme idF Antragskommission
A151	Ablehnung
A152	Ablehnung
A153	Ablehnung
A154	Ablehnung
A155	Ablehnung
A156	Ablehnung
A157	Ablehnung
A158	Ablehnung
A159	Annahme idF Antragskommission
A160	Annahme idF Antragskommission
A161	Annahme idF Antragskommission
A162	Annahme idF Antragskommission
A163	Annahme idF Antragskommission
A164	Annahme idF Antragskommission
A165	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A166	Ablehnung
A167	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 14
A168	Ablehnung
A169	Ablehnung
A170	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 14
A171	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A172	Ablehnung
A173	Annahme idF Antragskommission
A174	Annahme idF Antragskommission
A175	Annahme idF Antragskommission
A176	Annahme idF Antragskommission
A177	Annahme idF Antragskommission
A178	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A179	Annahme idF Antragskommission
A180	Annahme idF Antragskommission
A181	Ablehnung
A182	Ablehnung
A183	Ablehnung
A184	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A185	Annahme idF Antragskommission
A186	Erledigung durch Beschlußfassung zu A347
A187	Ablehnung
A188	Annahme idF Antragskommission

A189	Ablehnung
A190	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 17
A191	Ablehnung
A192	Ablehnung
A193	Annahme idF Antragskommission
A194	Ablehnung
A195	Annahme idF Antragskommission
A196	Annahme idF Antragskommission
A197	Annahme idF Antragskommission bei Ziffer 19
A198	Ablehnung
A199	Ablehnung
A200	Annahme idF Antragskommission
A201	Ablehnung
A202	Annahme idF Antragskommission
A203	Ablehnung
A204	Ablehnung
A205	Annahme idF Antragskommission
A206	Annahme idF Antragskommission
A207	Annahme idF Antragskommission
A208	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A209	Ablehnung
A210	Annahme idF Antragskommission
A211	Annahme idF Antragskommission
A212	Annahme idF Antragskommission
A213	Annahme idF Antragskommission
A214	Annahme idF Antragskommission
A215	Annahme idF Antragskommission
A216	Annahme idF Antragskommission
A217	Annahme idF Antragskommission
A218	Annahme idF Antragskommission
A219	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A220	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A221	Annahme idF Antragskommission
A222	Annahme idF Antragskommission
A223	Annahme idF Antragskommission
A224	Ablehnung
A225	Ablehnung
A226	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A227	Annahme idF Antragskommission
A228	Ablehnung
A229	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A230	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A231	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19

A232	Ablehnung
A233	Annahme idF Antragskommission
A234	Ablehnung
A235	Ablehnung
A236	Annahme idF Antragskommission
A237	Erledigung durch Beschlußfassung zum Antrag „Sicherer leben in Deutschland“
A238	Ablehnung
A239	Annahme idF Antragskommission
A240	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A241	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A242	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A243	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A244	Ablehnung
A245	Annahme idF Antragskommission
A246	Ablehnung
A247	Ablehnung
A248	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A249	Ablehnung
A250	Ablehnung
A251	Annahme idF Antragskommission
A252	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A253	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A254	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A255	Ablehnung
A256	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A257	Annahme idF Antragskommission
A258	Annahme idF Antragskommission
A259	Annahme idF Antragskommission
A260	Annahme idF Antragskommission
A261	Annahme idF Antragskommission
A262	Ablehnung
A263	Annahme idF Antragskommission
A264	Annahme idF Antragskommission
A265	Annahme idF Antragskommission
A266	Annahme idF Antragskommission
A267	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 20
A268	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 20
A269	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 20
A270	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 20
A271	Ablehnung
A272	Annahme idF Antragskommission
A273	Ablehnung

A274	Annahme idF Antragskommission
A275	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 20
A276	Erledigung durch Beschlußfassung des 8. Parteitages zur beruflichen Bildung
A277	Annahme idF Antragskommission
A278	Annahme idF Antragskommission
A279	Annahme idF Antragskommission
A280	Annahme idF Antragskommission
A281	Ablehnung
A282	Annahme idF Antragskommission
A283	Ablehnung
A284	Ablehnung
A285	Ablehnung
A286	Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
A287	Ablehnung
A288	Ablehnung
A289	Annahme idF Antragskommission
A290	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 21
A291	Annahme idF Antragskommission
A292	Ablehnung
A293	Ablehnung
A294	Annahme idF Antragskommission
A295	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A296	Ablehnung
A297	Ablehnung
A298	Ablehnung
A299	Ablehnung
A300	Ablehnung
A301	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 21
A302	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 21
A303	Annahme idF Antragskommission
A304	Annahme idF Antragskommission
A305	Annahme idF Antragskommission
A306	Annahme idF Antragskommission
A307	Annahme idF Antragskommission
A308	Annahme idF Antragskommission
A309	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A310	Annahme idF Antragskommission
A311	Annahme idF Antragskommission
A312	Annahme idF Antragskommission
A313	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 23
A314	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A315	Ablehnung

A316	Ablehnung
A317	Ablehnung
A318	Annahme idF Antragskommission
A319	Annahme idF Antragskommission
A320	Annahme idF Antragskommission
A321	Annahme idF Antragskommission
A322	Ablehnung
A323	Ablehnung
A324	Ablehnung
A325	Annahme idF Antragskommission
A326	aus systematischen Gründen nicht berücksichtigt
A327	Ablehnung
A328	Annahme idF Antragskommission
A329	Ablehnung
A330	Ablehnung
A331	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A332	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A333	Ablehnung
A334	Annahme idF Antragskommission
A335	Annahme idF Antragskommission
A336	Annahme idF Antragskommission
A337	Annahme idF Antragskommission
A338	Annahme idF Antragskommission
A339	Annahme idF Antragskommission
A340	Ablehnung
A341	Annahme idF Antragskommission
A342	Annahme idF Antragskommission
A343	Annahme idF Antragskommission
A344	Annahme idF Antragskommission
A345	Annahme idF Antragskommission
A346	Annahme idF Antragskommission
A347	Annahme idF Antragskommission
A348	vom Antragsteller zurückgezogen
A349	Annahme idF Antragskommission
A350	Annahme idF Antragskommission
A351	Annahme idF Antragskommission
A352	Annahme idF Antragskommission
A353	Annahme idF Antragskommission
A354	Erledigung durch Neufassung Ziffer 26
A355	Annahme idF Antragskommission
A356	Erledigung durch Neufassung Ziffer 26
A357	Erledigung durch Neufassung Ziffer 26
A358	Annahme idF Antragskommission

A359	Annahme idF Antragskommission
A360	Annahme idF Antragskommission
A361	Annahme idF Antragskommission
A362	Annahme idF Antragskommission
A363	Annahme idF Antragskommission
A364	Ablehnung
A365	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 27
A366	Annahme idF Antragskommission
A367	Annahme idF Antragskommission
A368	Annahme idF Antragskommission
A369	Annahme idF Antragskommission
A370	Annahme idF Antragskommission
A371	Annahme idF Antragskommission
A372	Annahme idF Antragskommission
A373	Ablehnung
A374	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A375	Ablehnung
A376	Annahme idF Antragskommission
A377	Ablehnung
A378	Annahme idF Antragskommission
A379	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 28
A380	Annahme idF Antragskommission
A381	Ablehnung
A382	Ablehnung
A383	Ablehnung
A384	Ablehnung
A385	Annahme idF Antragskommission
A386	Annahme idF Antragskommission
A387	Annahme idF Antragskommission
A388	Ablehnung
A389	Annahme idF Antragskommission
A390	Annahme idF Antragskommission
A391	Annahme idF Antragskommission
A392	Ablehnung
A393	Ablehnung
A394	Ablehnung
A395	Ablehnung
A396	Ablehnung
A397	Ablehnung
A398	Ablehnung
A399	Erledigung durch Neuformulierung Präambel
A400	Erledigung durch Beschluß zu Ziffer 18
A401	Ablehnung

A402	Erledigung durch Neufassung Ziffer 19
A403	Ablehnung
A404	Erledigung durch Neufassung Ziffer 20
A405	Annahme idF Antragskommission
A406	Ablehnung
A407	Erledigung durch Neuformulierung Ziffer 19
A408	Annahme idF Antragskommission

In der Schlußabstimmung wurde der vom 9. Parteitag veränderte Leitantrag des Bundesvorstandes „PROJEKT ZUKUNFTSCHANCEN - Verantwortung für Deutschland“ („Leipziger Manifest“) einstimmig ohne Gegenstimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung des Beschlusses ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 9. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 17: „Die Innere Sicherheit stärken“

Beratung und Beschlußfassung des Leitantrages des Bundesvorstandes „Sicherer leben in Deutschland - Zehn Thesen zur Inneren Sicherheit“

(Der Wortlaut der Anträge B 1 - B 95 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ des 9. Parteitages der CDU Deutschlands abgedruckt.)

B1	Annahme idF Antragskommission
B2	Annahme idF Antragskommission
B3	Annahme idF Antragskommission
B4	Annahme idF Antragskommission bei B94
B5	Erledigung durch Beschlußfassung zu B37
B6	Annahme idF Antragskommission
B7	Annahme idF Antragskommission bei B3
B8	Annahme idF Antragskommission
B9	Annahme idF Antragskommission
B10	Annahme idF Antragskommission
B11	Annahme idF Antragskommission
B12	Annahme idF Antragskommission bei B3
B13	Ablehnung aus systematischen Gründen
B14	Annahme idF Antragskommission
B15	Annahme idF Antragskommission
B16	Annahme idF Antragskommission
B17	Annahme idF Antragskommission
B18	Annahme idF Antragskommission

B19	Annahme idF Antragskommission
B20	Ablehnung
B21	Annahme idF Antragskommission
B22	Ablehnung
B23	Annahme idF Antragskommission
B24	Annahme idF Antragskommission
B25	Ablehnung
B26	Annahme idF Antragskommission
B27	Ablehnung
B28	Annahme idF Antragskommission
B29	Erledigung durch Beschlußfassung zu B6
B30	Annahme idF Antragskommission
B31	Ablehnung
B32	Annahme idF Antragskommission
B33	Annahme idF Antragskommission
B34	Ablehnung
B35	Annahme idF Antragskommission
B36	Annahme idF Antragskommission
B37	Annahme idF Antragskommission
B38	Erledigung durch zwischenzeitliche Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
B39	Annahme idF Antragskommission
B40	Ablehnung
B41	Annahme idF Antragskommission
B42	Ablehnung
B43	Annahme idF Antragskommission
B44	Annahme idF Antragskommission
B45	Annahme idF Antragskommission
B46	Annahme idF Antragskommission
B47	Annahme idF Antragskommission
B48	Annahme idF Antragskommission
B49	Annahme idF Antragskommission
B50	Annahme idF Antragskommission
B51	Annahme idF Antragskommission
B52	Annahme idF Antragskommission
B53	Annahme idF Antragskommission
B54	Annahme idF Antragskommission
B55	Annahme idF Antragskommission
B56	Annahme idF Antragskommission
B57	Ablehnung
B58	Annahme idF Antragskommission
B59	Annahme idF Antragskommission
B60	Erledigung durch Beschlußfassung zu B37

B61	Annahme idF Antragskommission
B62	Annahme idF Antragskommission
B63	Annahme idF Antragskommission
B64	Annahme idF Antragskommission
B65	Annahme idF Antragskommission
B66	Annahme idF Antragskommission
B67	Erledigung durch Beschlußfassung zu B47
B68	Erledigung durch Beschlußfassung zu B55
B69	Annahme idF Antragskommission
B70	Annahme idF Antragskommission
B71	Annahme idF Antragskommission
B72	Ablehnung
B73	Annahme idF Antragskommission
B74	Annahme idF Antragskommission
B75	Annahme idF Antragskommission
B76	Ablehnung
B77	Annahme idF Antragskommission
B78	Annahme idF Antragskommission bei B3
B79	Annahme idF Antragskommission bei B94
B80	Annahme idF Antragskommission
B81	Annahme idF Antragskommission
B82	Annahme idF Antragskommission
B83	Ablehnung
B84	Erledigung durch Neuformulierung der Ziffer 8
B85	Annahme idF Antragskommission
B86	Annahme idF Antragskommission
B87	Annahme idF Antragskommission
B88	Annahme
B89	Annahme idF Antragskommission
B90	Annahme idF Antragskommission
B91	Annahme idF Antragskommission
B92	Annahme idF Antragskommission
B93	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
B94	Annahme idF Antragskommission
B95	Erledigung durch Neuformulierung der Ziffer 10 (alt)

In der Schlußabstimmung wurde der vom 9. Parteitag veränderte Leitantrag des Bundesvorstandes „Sicherer leben in Deutschland - Zehn Thesen zur Inneren Sicherheit“ per Akklamation ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung des Beschlusses ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 9. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 18:**Beratung sonstiger Anträge:**

(Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 3 sowie D 1 bis D 79 und D 80 bis D 86 ist in den Broschüren „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ sowie „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ des 9. Parteitagess der CDU Deutschlands abgedruckt.)

C1	Überweisung an Bundesfinanzkommission
C2	Ablehnung
C3	Überweisung an Bundesfinanzkommission
D1	Überweisung an Vorbereitungskommission Wahlprogramm '98
D2	Überweisung an Vorbereitungskommission Wahlprogramm '98
D3	Überweisung an Vorbereitungskommission Wahlprogramm '98
D4	Überweisung an Vorbereitungskommission Wahlprogramm '98
D5	Überweisung an Vorbereitungskommission Wahlprogramm '98
D6	Überweisung an Vorbereitungskommission Wahlprogramm '98
D7	Überweisung an Vorbereitungskommission Wahlprogramm '98
D8	Überweisung an Vorbereitungskommission Wahlprogramm '98
D9	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D10	ohne Beschluß
D11	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D12	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D13	Überweisung an BFA Wirtschaftspolitik und BFA Gesellschaftspolitik mit der Maßgabe, eine Stellungnahme zu erarbeiten
D14	Erledigung durch A347
D15	Erledigung durch A173
D16	Ablehnung
D17	Annahme
D18	Annahme
D19	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D20	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D21	Annahme

- D22 Annahme
- D23 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D24 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D25 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D26 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D27 Überweisung an BFA Europapolitik
- D28 Annahme
- D29 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D30 Erledigung durch A138
- D31 Erledigung durch Beschlußfassung 8. Parteitag
- D32 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D33 Annahme idF Antragskommission
- D34 Annahme idF Antragskommission
- D35 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D36 Überweisung Satz 1 an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D37 Erledigung durch Antrag „Sicherer leben in Deutschland“
- D38 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D39 Erledigung durch D41
- D40 Überweisung an CDU-Fraktionen in den Landtagen
- D41 Erledigung der Ziffern 1, 2, 3, 4, 6 und 7 durch
Parlamentsreform; Überweisung der Ziffer 5 an CDU/CSU-
Bundestagsfraktion
- D42 ohne Beschluß
- D43 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D44 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D45 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die
CDU-Fraktionen in den Landtagen
- D46 Erledigung durch B55
- D47 Überweisung an BFA Medienpolitik mit der Maßgabe,
eine abgestimmte Position der CDU zum Thema dieses
Antrages zu erarbeiten
- D48 Überweisung an BFA Medienpolitik mit der Maßgabe,
eine abgestimmte Position der CDU zum Thema dieses
Antrages zu erarbeiten
- D49 Überweisung an Bundesvorstand
- D50 Überweisung an Bundesfinanzkommission
- D51 Überweisung der Ziffern 1 - 3 an Generalsekretär;
Überweisung Ziffer 4 an Bundesvorstand
- D52 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der
Maßgabe, weitere Verbesserungsmöglichkeiten für die
Alteigentümer zu prüfen, wobei die Rechtspositionen
Dritter zu wahren sind.

- D53 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Maßgabe, weitere Verbesserungsmöglichkeiten für die Alteigentümer zu prüfen, wobei die Rechtspositionen Dritter zu wahren sind.
- D54 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Maßgabe, weitere Verbesserungsmöglichkeiten für die Alteigentümer zu prüfen, wobei die Rechtspositionen Dritter zu wahren sind.
- D55 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Maßgabe, weitere Verbesserungsmöglichkeiten für die Alteigentümer zu prüfen, wobei die Rechtspositionen Dritter zu wahren sind.
- D56 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Maßgabe, weitere Verbesserungsmöglichkeiten für die Alteigentümer zu prüfen, wobei die Rechtspositionen Dritter zu wahren sind.
- D57 Erledigung durch Antrag „Sicherer leben in Deutschland“
- D58 Annahme idF des Antrages D82
- D59 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Maßgabe, weitere Verbesserungsmöglichkeiten für die Alteigentümer zu prüfen, wobei die Rechtspositionen Dritter zu wahren sind.
- D60 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D61 Überweisung an BFA Außen- und Sicherheitspolitik
- D62 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D63 Erledigung durch A179
- D64 Annahme idF Antragskommission
- D65 Annahme idF Antragskommission und Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D66 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D67 Erledigung durch A126
- D68 Annahme idF Antragskommission und Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D69 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D70 Erledigung durch Regierungshandeln
- D71 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D72 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU/CSU-Gruppe der EVP im Europäischen Parlament
- D73 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D74 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D75 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D76 Annahme
- D77 Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion

D78	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion
D79	Überweisung CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
D80	Annahme idF Antragskommission
D81	Annahme
D82	Annahme
D83	Überweisung an Bundesvorstand
D84	Annahme idF des Antrages A82
D85	Annahme
D86	Ablehnung

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 9. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 19: Es wurden zu Delegierten und Stellvertretenden Delegierten der CDU für den XII. EVP-Kongreß vom 9.-11. November 1997 in Toulouse in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und bei 2 Enthaltungen gewählt:

Landesverband:	Delegierte:	Ersatzdelegierte:
Baden-Württemberg	Dr. Renate Hellwig MdB Dr. Dirk Notheis Annette Widmann-Mauz	Klaus Bühler MdB Ralf Engelmann
Berlin	Andreas Apelt MdA	
Brandenburg	Martin Habermann MdL Anne Karin Glase MdEP	Hartmut Ziehke Karin Paechnitz
Bremen	Thomas Röwekamp MdBB	Klaus Bürger MdBB
Hamburg	Dr. Georg Jarzembowski MdEP	
Hessen	Aloys Lenz MdL Michael Gahler	Gerald Weiß MdL Horst Lutze
Mecklenburg-Vorp.	Andreas Lange Angelika Weiße	Gerd Skibbe
Niedersachsen	Inge Rauschnig Rolf Reinemann Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer	Dr. Josef Ackermann Traute Grundmann MdL Wilhelm Hogrefe MdL Rolf Lambertz

Nordrhein-Westfalen	Ilka Keller MdL Prof. Dr. Horst Posdorf MdL Lothar Hegemann MdL	Erhard Hackler Jürgen Wahl
Rheinland-Pfalz	Dr. Jürgen Hartmann Ulla Schmidt MdL	Hans-Jörg Naumer
Saarland	Monika Beck MdL Hartmut Gimmler	Hanno Thewes Peter Altmaier MdB
Sachsen	Volker Schimpff MdL Eva-Maria Wünsche MdL	Klaus-Dieter Kühnrich MdL Werner Hubrich MdL
Sachsen-Anhalt	Dr. Horst Schnellhardt MdEP Dr. Gerd Gies MdL	
Schleswig-Holstein	Dr. Jürgen Schiemann Jost de Jager MdL	Christian von Bötticher Dr. Johann Wadehul
Thüringen	Dr. Dr. Heinrich Dietz MdL Claudia Nolte MdB	

Zu TOP 20: Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Beschlüsse des 9. Parteitages

- PROJEKT ZUKUNFTSCHANCEN - Verantwortung für Deutschland

Innovationen für eine menschliche Zukunft

Wir Christliche Demokraten stehen für eine menschliche Gesellschaft, die von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit geprägt ist. In Verantwortung vor Gott und den Menschen wollen wir auch die Zukunft unseres Landes im 21. Jahrhundert gestalten. Als Partei der deutschen Einheit treten wir dafür ein, daß unser Vaterland durch die Arbeit an gemeinsamen Zukunftsaufgaben weiter zusammenwächst.

Die Wiedervereinigung Deutschlands markiert eine historische Zäsur, vor allem aber eine herausragende Chance. Die Einheit in Freiheit eröffnet den Menschen mehr Lebenschancen als je zuvor in der deutschen Geschichte. Durch die Überwindung des Ost-West-Konflikts, durch die die natürlichen Lebensgrundlagen bedrohenden Umweltbelastungen, durch den mit der Globalisierung verbundenen wirtschaftlichen Wandel und durch die Verschiebungen im Altersaufbau unserer Gesellschaft ist Politik in neuer Weise gefordert.

Die tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit erfordern Mut zur Erneuerung. Angesichts des Umbruchs, in dem wir stehen, ist Zukunft nicht durch eine bloße Fortschreibung der Gegenwart zu gewinnen. Wir wollen die notwendigen Veränderungen in Deutschland durchsetzen und zugleich jene Grundwerte und Institutionen bewahren, die Orientierung geben und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft verbürgen.

Als die große Volkspartei der Mitte sind wir der Überzeugung, daß Verändern und Bewahren, Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und sozialer Ausgleich untrennbar zusammengehören. In diesem Geist wollen wir unser Land auf die Anforderungen des neuen Jahrhunderts vorbereiten. Diesem Ziel dienen unsere Reformen für Deutschlands Zukunft im Steuersystem, im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, in der Familien- und Arbeitsmarktpolitik und bei der Rente.

Der Weg der Reformen ist schwierig, aber nur er führt unser Land und seine Menschen in eine gute Zukunft. Aus Verantwortung für Deutschland werden wir ihn weitergehen.

Die großen Aufgaben an der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind weder von heute auf morgen noch mit einfachen Lösungen zu bewältigen. Die Chancen dieser Umbruchszeit zu nutzen, fordert die Bereitschaft aller zum Wandel in Denken und Handeln. Die fortdauernden Veränderungen und ihre zunehmende Geschwindigkeit machen Flexibilität und Aufgeschlossenheit für neue Entwicklungen unabdingbar; sie erfordern anhaltende Lernfähigkeit in allen Bereichen. Wir brauchen mehr Freiheit denn je, damit sich die notwendigen Innovationskräfte des Einzelnen und unserer Gesellschaft entfalten können. Wir Christliche Demokraten sind davon überzeugt, daß wir die Zukunft nur auf der Grundlage verantworteter Freiheit erfolgreich gestalten können.

Die CDU steht für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft, die uns zu einem nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen verpflichtet. Eine Politik der ungezügelten

Marktwirtschaft ohne soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung ist mit dem christlichen Verständnis vom Menschen unvereinbar.

Die größte Chance unseres Landes sind seine Menschen - ihre Weltoffenheit und Hilfsbereitschaft, ihr Fleiß und ihre Kreativität, ihr Wissen und Können. Wir werden deshalb alles dafür tun, daß sich diese Tugenden und Fähigkeiten auch unter veränderten Bedingungen entfalten können. Jeder wird gebraucht, damit wir die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam bestehen.

Gerade in einer Zeit, in der sich so vieles in einer atemberaubenden Geschwindigkeit ändert, gewinnt das menschliche Klima in einer Gesellschaft noch mehr an Bedeutung. Halt und Orientierung, Bindungsfähigkeit und Geborgenheit erlernt und erfährt man in der Familie. Sie ist das Fundament der Gesellschaft. In ihr werden Grundwerte geprägt, hier wird der Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung genauso erlebt wie die Notwendigkeit von Solidarität und Gerechtigkeit.

So beeindruckend die strukturellen Veränderungen und technologischen Entwicklungen unserer Zeit sind - wir dürfen nicht vergessen, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Deshalb müssen wir diejenigen stärken, die Verantwortung wahrnehmen in der Familie, in Kirchen, Vereinen und Verbänden und die durch ehrenamtliches Engagement einen unverzichtbaren Beitrag für dieses Land und seine Menschen leisten.

Unser wichtigstes innenpolitisches Ziel ist, daß Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen werden. Dazu müssen wir folgende Herausforderungen bewältigen:

- Wir brauchen die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeit in unserem Land, damit Deutschland attraktiv für Investoren ist. Steuer- und Sozialsystem müssen beschäftigungsfördernd ausgestaltet werden. Die Tarifpolitik muß den Zielen der Beschäftigungssicherung, des Beschäftigungsaufbaus und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der größeren Flexibilität am Arbeitsmarkt dienen.
- Wir brauchen das beste Bildungssystem für unser Land. Investitionen in die Qualifikation von Menschen sind unabdingbare Voraussetzung für Innovationen in Deutschland. Ebenso ist Erziehung im Geiste von Selbstverantwortung, Leistung und Gemeinsinn Voraussetzung für das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft.
- Wir brauchen gut qualifizierende Ausbildungsplätze für alle jungen Menschen, die ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind. Gefordert ist die Bereitschaft, auch nach der Erstausbildung berufliche Qualifikationen ständig weiterzuentwickeln, so daß sie modernen Anforderungen genügen.
- Wir brauchen mehr Bereitschaft zur Selbständigkeit und mehr Existenzgründungen. Je innovativer die betriebliche Neugründung, desto intensiver und dauerhafter der Beschäftigungseffekt.
- Wir brauchen mehr Ideen, Aufgeschlossenheit für neue Technologien und mehr Spitzenprodukte. Wir können den internationalen Wettbewerb nur mit den besten und modernsten Produkten gewinnen.

Die dramatischen Umbrüche unserer Zeit erfordern von uns weitsichtige Entscheidungen nicht nur im Wirtschafts- und Arbeitsleben sowie im Bildungssystem, sondern auch beim Bau

des Hauses Europa. Angesichts der zunehmenden Globalisierung können die europäischen Staaten im weltweiten Wettbewerb nur bestehen, wenn sie sich noch enger zusammenschließen. Gerade für uns Deutsche verbinden sich größte Chancen mit der Weiterentwicklung des europäischen Einigungswerkes. Als vereintes Land in der Mitte unseres Kontinents wollen wir ein starkes Europa, das die Zukunft seiner Nationen in Frieden und Freiheit sichert.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, gemeinsam mit der CDU die notwendigen Veränderungen in Deutschland und Europa durchzusetzen. Zusammen mit ihnen wollen wir eine Brücke in das 21. Jahrhundert bauen.

Wir wenden uns entschieden gegen rückwärtsgewandte Kräfte, die Reformen blockieren. Die Mißachtung ökonomischer Fakten durch die Sozialdemokraten, die Technikfeindlichkeit der Grünen und die Demokratiefeindlichkeit der PDS dürfen unser Land nicht bestimmen. Sie würden Deutschland in den Niedergang führen.

Wir setzen auf Innovation und Offenheit, auf Verantwortung, Freiheit und Gemeinsinn. Wir werben für einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch in die Zukunft, der getragen ist vom Vertrauen in die Kraft der Freiheit und von der Bereitschaft, solidarisch zusammenzustehen.

I. Chancen für neue Arbeitsplätze

1. Deutschland steht heute in einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß, der dem der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts in nichts nachsteht und ihn wahrscheinlich noch übertrifft. Deutschland wird diesen Wandel nicht durch punktuelle Korrekturen, sondern nur durch weitreichende Reformen bewältigen können.

Die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze bleibt die wichtigste Aufgabe der vor uns liegenden Jahre. Wir halten an dem Ziel fest, Arbeit für alle zu erreichen. Christliche Demokraten finden sich mit der Arbeitslosigkeit nicht ab. Es gibt auch in Deutschland viele Chancen für neue Arbeitsplätze. Durch mutige Entscheidungen, gemeinsame Anstrengungen, Zuversicht und Risikobereitschaft gilt es, dieses Potential zu erschließen.

Zwischen 1983 und 1992 ist in den alten Bundesländern die Zahl der Arbeitsplätze um über drei Millionen angestiegen. Diese Gemeinschaftsleistung wollen wir wiederholen. Die Bundesregierung hat mit ihrem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung bereits eine Fülle von Maßnahmen mit deutlichem Erfolg umgesetzt.

Die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland hat im wesentlichen strukturelle Gründe; wirtschaftliches Wachstum setzt sich nicht mehr rasch genug in einen Zuwachs an Arbeitsplätzen um. Dazu hat die gemeinsame Zukunftskommission der Freistaaten Bayern und Sachsen aufschlußreiche Untersuchungen vorgelegt. Nur der Wille zum Abbau struktureller Verkrustungen und der Mut zur Erneuerung schafft die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze. Dazu brauchen wir eine Stärkung unserer exportorientierten Wirtschaft, Spitzenleistungen in der Forschung, die Förderung neuer und personenbezogener Dienstleistungen, eine Überprüfung unserer Kostenstrukturen, konsequente Deregulierung und eine Offensive für mehr Selbständigkeit. So kön-

nen wir unter veränderten Bedingungen Wohlstand und soziale Sicherheit für die Bürger unseres Landes ermöglichen.

2. Die beschäftigungspolitische Verantwortung des Staates liegt in der Schaffung von Rahmenbedingungen, damit Unternehmen in Deutschland die Chancen des internationalen Wettbewerbs nutzen und neue Beschäftigungsfelder erschließen können. Deshalb halten wir an den Zielen der großen Steuerreform fest, weil durch niedrigere Steuersätze, eine breitere Bemessungsgrundlage und eine Nettoentlastung der Steuerzahler eine beschäftigungsfördernde Neugestaltung des Steuersystems erreicht werden kann. Durch eine Rückführung der Staatsquote bis zum Jahr 2000 auf 45 Prozent werden wir neue Handlungsspielräume für arbeitsplatzschaffende private Investitionen gewinnen.

Wir wollen unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig machen und beschäftigungsfördernd ausgestalten. Durch mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge sowie die stärkere Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen gewinnen wir Spielräume zur Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge und damit zur Verringerung der Arbeitskosten.

Weitere Schritte zur Flexibilität am Arbeitsmarkt, zu Marktöffnungen und Privatisierungen, zum Abbau von Überregulierungen, zum verbesserten Zugang zu Wagniskapital und zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren gehören zur Politik der Verbesserung staatlicher Rahmenbedingungen.

Die Tarifpartner müssen künftig ebenfalls primär den Zielen der Beschäftigungssicherung und des Beschäftigungsaufbaus entsprechen. Wir brauchen über eine längere Zeit die Fortsetzung einer moderaten Lohnpolitik und den Aufbau einer ertragsabhängigen Säule der Entlohnung.

Wir erwarten von Unternehmern, Freiberuflern und Selbständigen, Managern, Banken und Hochschulen, den unternehmerischen Eigentums- und Wertebegriff stärker im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft zu definieren und anzuwenden: Eigentum verpflichtet - auch sozialer Friede hat einen hohen Wert.

3. Um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist es entscheidend, daß sich die deutsche Wirtschaft konsequent neue Absatzchancen erschließt. Dies setzt vor allem kontinuierliche Präsenz auf den internationalen Märkten, differenzierte Kenntnisse ausländischer Nachfragestrukturen und Kulturen, intelligente Vermarktungsstrategien, ein flexibles und innovationsfreudiges Management und eine hohe Reaktionsfähigkeit bei der Umsetzung neuer Ideen in marktfähige Produkte voraus.

Deutschland muß im Ausland nicht nur als interessanter Absatzmarkt, sondern auch als wettbewerbsfähiger Produktionsstandort präsentiert werden. Offensive und arbeitsplatzschaffende Innovations- und Investitionsstrategien sind aber nur möglich, wenn die Unternehmen in Deutschland auch im Hinblick auf Arbeitskosten, Steuern und Abgabenbelastungen international wettbewerbsfähig sind. Die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland ist daher Voraussetzung für die Nutzung der Chancen, die sich uns durch die Globalisierung der Wirtschaft bieten.

4. Deutschlands Chancen im internationalen Wettbewerb liegen vor allem darin, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die im Hinblick auf ihren Innovationsvorsprung und technologischen Standard erstklassig sind. Dazu brauchen wir gerade auch Spitzenleistungen in der Forschung sowie in der Herstellung und Anwendung moderner Technologien sowie eine optimale Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft. Innovationen sind der Motor für Wachstum und Beschäftigung. Sie heben das gesamtwirtschaftliche Leistungsniveau und eröffnen Beschäftigungschancen in vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen. Ohne Spitzenprodukte werden wir auf Dauer im internationalen Wettbewerb auch in der ganzen Breite unserer Leistungspalette ebenfalls nicht bestehen.

In der Umwelttechnologie, in der Bio- und Gentechnologie, im Bereich Multimedia, in Organisationstechnologien und Verfahrenstechniken, in der Verkehrstechnologie und bei neuen Werkstoffen sowie im Dienstleistungsbereich schaffen wir neue Arbeitsplätze.

Die Standortbedingungen für in- und ausländische Investoren müssen weiter verbessert werden. Wer sich für Forschung und Innovation am Standort Deutschland entscheidet, soll optimale Entwicklungsmöglichkeiten vorfinden. Staatliche Forschungsförderung muß dazu einen Beitrag leisten.

5. Moderne Umwelttechnologien und umweltentlastende Organisationsformen sind ein zukunftsreicher Wachstumsmarkt. Sie haben bereits zahlreiche neue und konjunkturunabhängige Arbeitsplätze geschaffen und werden sie weiterhin schaffen.

Deutschland muß in einer engen Koordinierung von Forschung und Entwicklung seine Chancen in neuen Bereichen des integrierten Umweltschutzes suchen. Gemäß dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung müssen umweltschonende Techniken und umweltschonende Verhaltensweisen dafür Sorge tragen, daß von Beginn an eine möglichst geringe Belastung mit Schadstoffen entsteht und mit Ressourcen möglichst sorgsam umgegangen wird. Dazu brauchen wir ein neues Verständnis von Wachstum, Wohlstand und Fortschritt im Sinne der Nachhaltigkeit.

6. Die Bio- und Gentechnologie ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Wir wollen, daß Deutschland in der Bio- und Gentechnik im Jahr 2000 die Nummer 1 in Europa wird.
 - Alle im Zuge des Bio-Regio-Wettbewerbs der Bundesregierung geschaffenen 17 deutschen Bio-Regionen verdienen eine intensive weitere Förderung.
 - Die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen für Gentechnik in Deutschland sind kontinuierlich den weiteren Anforderungen anzupassen. Der Verbraucherschutz ist zu gewährleisten.
 - Deutschland ist nach den USA und Japan der drittgrößte Pharmamarkt der Welt. Auf dem deutschen Arzneimittelmarkt sind schon heute die meisten gentechnisch hergestellten Medikamente zugelassen, die weltweit hergestellt werden. Wir wollen, daß in Zukunft mehr Produkte für diesen Markt in Deutschland selbst produziert werden.

7. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien werden ein zentraler Bestandteil der Infrastruktur des 21. Jahrhunderts sein. In ihrer weiteren Entwicklung liegen

entscheidende Chancen für wirtschaftliches Wachstum, neue Arbeitsplätze, gesellschaftlichen Fortschritt und verbesserte Lebensqualität.

Deutschland nimmt bei Entwicklung, Aufbau und Nutzung von kabel- und satellitengestützten Netzen und Multimediaangeboten eine internationale Vorreiterrolle ein:

- Deutschland verfügt schon jetzt über ein dichtes Kabelnetz, mit dem bereits zwei Drittel aller Haushalte erreicht werden. Der Ausbau des Wissenschaftsnetzes zu einem Breitband-Kabelnetz verschafft uns eine führende Position bei der Infrastruktur in Forschung und Entwicklung.
- Die Bundesregierung hat ein Informations- und Kommunikationsdienstegesetz sowie ein liberalisiertes Telekommunikationsgesetz herbeigeführt. Die CDU hat den durch die Länder beschlossenen Medienstaatsvertrag vorangetrieben. Dabei galt auch dem Kinder- und Jugendschutz als Antwort auf neuartige Gefährdungen aus dem Medienbereich großes Augenmerk. Damit sind in Deutschland für Europa einzigartige Entfaltungsmöglichkeiten der Medienlandschaft geschaffen.
- Die deutsche Medienwirtschaft ist heute ein Wachstumszentrum. Sie schafft ständig neue Arbeitsplätze und neue Berufsbilder.

Moderne Kommunikationstechnologien bieten erstklassige Voraussetzungen für Innovation und Fortschritt:

- Digitaler Datentransfer und Multimedia flexibilisieren Arbeit und Ausbildung. Sie helfen Ressourcen zu schonen, Standortnachteile auszugleichen und Beruf und Familie besser in Einklang zu bringen für Frauen und Männer.
- Digitale Netze schaffen neuartige elektronische Handelswege. Sie machen den Markt zunehmend unabhängig von räumlichen Grenzen. Sie vernetzen und optimieren weltweit ebenso wie firmenintern Produktionsabläufe, Kundendienst und Technologien. Dies eröffnet auch kleinen und mittleren heimischen Unternehmen neue Chancen und stellt neue Anforderungen an deren Konkurrenzfähigkeit. Programmen, mit denen sie ihre Präsenz auf internationalen Märkten verbessern, werden wir unterstützen.
- Digitale Medien und der freie Zugang zu Informationen verbessern die Kommunikation zwischen Menschen und Kulturen. Sie helfen beim Abbau internationaler Gegensätze.
- Weltweit zugängliche Datenbanken verschaffen Forschung und Wissenschaft qualitativ neuartige und bessere Arbeitsbedingungen.
- Telemedizin verbessert und präzisiert weltweit die Möglichkeiten von Diagnose und Therapie.
- Verkehrstelematik optimiert zunehmend die ressourcenschonende Nutzung unserer Verkehrsräume.

Die zukunftsorientierte Politik der CDU hat Deutschland für eine zentrale Stellung in der globalen Mediengesellschaft mit einem passenden Rahmen ausgerüstet. Die CDU sieht es als herausragende Aufgabe an, die Entwicklung und Anwendung von Informations- und

Kommunikationstechnologien durch Entscheidungen in den verschiedensten Politikbereichen auszubauen.

8. Die Chancen neuer Dienstleistungen, die in anderen Industriestaaten bereits den Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft geebnet und zu einem nachhaltigen Beschäftigungsaufschwung geführt haben, müssen verstärkt genutzt werden. Dies gilt vor allem für hochqualifizierte Arbeitsplätze in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen und Beratungstätigkeiten.

Haushaltsnahe und personenbezogene Dienstleistungen können dann einen stärkeren Beitrag zum Arbeitsmarkt leisten, wenn es uns gelingt - etwa durch Poolbildung -, bereits bestehende Formen der Beschäftigung aus der Schattenwirtschaft in reguläre Beschäftigung zu holen und Angebot und Nachfrage unbürokratisch zusammenzuführen. Dazu zählt die bereits im Jahressteuergesetz 1997 verbesserte Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Haushaltshilfen. Künftig sollen in die steuerliche Absetzbarkeit auch die Kosten für sozialversicherungspflichtige Haushaltskräfte einbezogen werden, die über Dienstleistungszentren in Privathaushalten tätig sind.

Zukünftig wird der Arbeitsbegriff stärker als bisher für gemeinnützige Arbeiten und Leistungen im sozialen, gesundheitlichen, ökologischen sowie kulturellen Umfeld gelten müssen. Daraus folgt, daß Qualifikationen aus allen Bereichen sich gegenseitig durchdringen und anerkannt werden müssen. Der Wert der Lebensleistung errechnet sich aus mehreren Bereichen.

9. Die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit kann nur wirkungsvoll bekämpft werden, wenn sie vorrangig als gewachsenes Strukturproblem, nicht aber als Verteilungsproblem begriffen wird. Dies bestätigt am eindrucksvollsten den Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften. Die verteilungspolitischen Lösungsmodelle der Sozialdemokraten und Sozialisten haben sich ohne Ausnahme als Irrweg erwiesen.

Uns geht nicht die Arbeit aus, sondern die strukturellen Bedingungen für reguläre Erwerbsarbeit stimmen vielfach nicht mehr. Neue Arbeitsplätze werden nur dann geschaffen, wenn der Preis der Arbeit vorrangig an ihrer Produktivität orientiert ist. Andernfalls wird der Rationalisierungsdruck zunehmen und gleichzeitig der Abbau von Arbeitsplätzen; reguläre Erwerbsarbeit wird immer mehr in eine heute schon unverträglich hohe Schattenwirtschaft verlagert.

Neue Arbeitsplätze entstehen nur dort, wo wettbewerbsfähige Produkte unter flexiblen Bedingungen hergestellt werden. Dazu gehört unabdingbar die Bereitschaft, Arbeitszeit und Arbeitskosten in ein den globalen Bedingungen angemessenes Verhältnis zu bringen. Mit Überstundenabbau, mehr Teilzeitbeschäftigung, einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung, Zeitarbeit und einer vorübergehenden Lohnzurückhaltung werden positive Arbeitsmarkteffekte erreicht.

Arbeitgeber und Gewerkschaften tragen besondere Verantwortung, daß der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplätze erhöht und die Zahl der bezahlten Überstunden verringert werden.

Eine pauschale Arbeitszeitverkürzung kann nach unserer Überzeugung nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen, da sie die Wettbewerbsfähigkeit Deutsch-

lands weiter verschlechtern würde. Zur Flexibilität gehört auch, daß die Arbeitnehmer in Deutschland grundsätzlich bereit sein müssen, für gleichen Lohn mehr zu arbeiten. Gefordert sind ebenso mehr Leistungsorientierung, berufliche Flexibilität und räumliche Mobilität, um die sich bietenden Beschäftigungseffekte nutzen zu können.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die neue Bereitschaft der Sozialpartner zur gemeinsamen Lösung der anstehenden Probleme anzunehmen.

10. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen fördert die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft und ist damit ein Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode einen rechtlichen Rahmen schaffen, der es den Tarifpartnern bzw. einem Unternehmen in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ermöglicht, daß die Arbeitnehmer einen Teil ihres Lohnes in die Eigenkapitalbildung ihres Unternehmens als Miteigentum oder in außerbetrieblichen Beteiligungsformen investieren und an den Erträgen beteiligt werden.

Hierbei muß das Prinzip der Freiwilligkeit gewahrt bleiben. Das Risiko des Arbeitnehmers soll durch differenzierte Anlageformen begrenzt werden. Materielle Beteiligung der Arbeitnehmer fördert Mitverantwortung und Motivation, steigert die Produktivität des Unternehmens und macht es krisenfester. Moderne Formen der Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen in den neuen Bundesländern sollen besonders gefördert werden.

11. Deutschland weist im internationalen Vergleich die höchsten Lohnzusatzkosten auf. Tariflich vereinbarte zusätzliche Leistungen, vor allem aber hohe Sozialversicherungsbeiträge machen deutsche Produkte und Dienstleistungen zu teuer. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß die soziale Sicherheit in Deutschland ein entscheidender Standortfaktor ist, der nicht gefährdet werden darf. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit bedingen und ergänzen einander; soziale Leistungspflichten dürfen aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht überfordern. Unser Ziel ist es daher, bis zum Jahr 2000 die Beitragssätze wieder deutlich unter 40 Prozent zurückzuführen. Entscheidend für die Stabilisierung unserer sozialen Sicherung ist die Schaffung möglichst vieler neuer Arbeitsplätze. Eine Senkung der Beitragssätze erfordert darüber hinaus eine Stärkung der Eigenverantwortung und Selbstverwaltung, die laufende Überprüfung der Leistungskataloge, die Bekämpfung von Mißbrauch und Verschwendung sowie die Umfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen.

12. Die Steuersätze in Deutschland sind leistungsfeindlich und im internationalen Vergleich zu hoch. Sie schrecken Investoren ab und gefährden damit Arbeitsplätze. Zahlreiche Ausnahmen und Vergünstigungen haben das Steuerrecht im Laufe der Jahrzehnte zudem ungerecht und unübersichtlich werden lassen. Wir brauchen deshalb die große Steuerreform mit niedrigen Steuersätzen in einem gerechten und einfachen Steuersystem, das Widersprüche und Mitnahmeeffekte beseitigt und die voranschreitende Erosion der Steuerbasis rückgängig macht.

Weiterhin halten wir an dem Ziel fest, die Gewerbebeertragsteuer abzuschaffen. Damit soll ein Ausgleich für die Gemeinden verbunden sein, der ihr Interesse stärkt, Gewerbe anzusiedeln.

Die Entwicklung eines Risikokapitalmarktes in Deutschland muß auch steuerpolitisch begleitet werden. Wir wollen deshalb noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages die steuerliche Gleichbehandlung von Pensionsrückstellungen und Pensionsfonds verwirklichen.

13. Zu den entscheidenden strukturellen Verwerfungen des deutschen Arbeitsmarktes gehört jene Fülle von gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen, die den Zugang zu neuer regulärer Arbeit bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze hemmen oder unnötig erschweren. Viele Regelungen, die in der Vergangenheit ihre Berechtigung hatten, halten heute einer Überprüfung nicht mehr stand.

Wer in Deutschland investiert, soll nicht mehr und nicht längeren Genehmigungsverfahren unterliegen als in anderen europäischen Ländern. Durch eine umfassende Revision der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen bis zum Jahr 2002 wollen wir alle Hürden überprüfen und - wo immer sinnvoll - abschaffen.

14. Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem dort, wo neue Unternehmen gegründet werden. Deshalb ist eine konsequente Förderung des Mittelstandes ein entscheidender Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir brauchen neuen Mut zur Selbständigkeit in Deutschland. Wir wollen die Bereitschaft fördern, eigenes Risiko zu tragen und Eigeninitiative zu entwickeln. Wer ein Unternehmen gründet, wer Arbeitsplätze schafft, wer Lehrlinge ausbildet, muß in der Öffentlichkeit dafür Anerkennung finden.

Die Förderung neuer Existenzen ist zukunftsträglicher als der Erhalt von Strukturen, die angesichts der veränderten internationalen Arbeitsteilung als überholt gelten müssen.

Existenzgründungen müssen von bürokratischen Anforderungen, wo immer möglich, zeitlich begrenzt freigestellt, die finanzielle Unterstützung einfacher und schneller gestaltet werden.

Um Selbständigkeit zu fördern, brauchen wir einen funktionierenden Markt für Wagniskapital, das den Beginn der freien Unternehmertätigkeit mit innovativen Produkten und neuen Geschäftsideen erleichtert. Anlagebereites Kapital ist ausreichend vorhanden. Bei ihrer Kreditvergabe an Wagnisunternehmen sind die Kreditinstitute in der Pflicht, menschlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten mehr Gewicht einräumen. In diesem Sinne sind auch die Vorschriften des Kreditwesengesetzes zu überprüfen.

Gerade mittelständische Unternehmen haben in einer Zeit des tiefgreifenden Wandels wegen ihrer hohen Beweglichkeit, ihres Ideenreichtums und ihrer technologischen und organisatorischen Anpassungsfähigkeit hervorragende Chancen.

Die Schaffung neuer Betriebe muß auch auf der administrativen Seite erleichtert werden. Soweit staatliche Genehmigungsverfahren erforderlich sind, sollen zentrale Anlaufstellen für die Genehmigungsverfahren und deren Koordinierung sowie höchstmögliche Beschleunigung eingerichtet werden. Modernes Antrags-Management ist zu gewährleisten. Zugunsten mehr privater Eigenverantwortung sind Auditierungsverfahren verstärkt an die Stelle staatlicher Genehmigungsverfahren zu setzen.

15. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit unverzichtbar. Aktive Arbeitsmarktpolitik hat eine Brückenfunktion. Sie muß Arbeitslose darin unterstützen, den Weg in reguläre Erwerbsarbeit zu finden, sie darf aber nicht zu der Illusion führen, daß sie den ersten Arbeitsmarkt ersetzen könnte. Auch darf sie den ersten Arbeitsmarkt nicht gefährden. Staatliche Beschäftigungsprogramme und subventionierte Industriebereiche können nur befristete Übergangslösungen darstellen. Staatliche Unterstützungsleistungen sollten deshalb künftig nur als Anschubfinanzierung und Hilfe zur Selbsthilfe verstanden werden. Die aktive Arbeitsmarktpolitik muß insgesamt sensibler für das Marktgeschehen sowie vielfältiger und flexibler werden:
- Die verschiedenen öffentlichen Fördermaßnahmen und Hilfen an Arbeitslose müssen besser als bisher miteinander verzahnt werden.
 - Es müssen *individuelle Förderbrücken geschaffen werden, welche die Arbeitslosen über einen längeren Zeitraum an den Arbeitsmarkt heranzuführen, z.B. über Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte bis hin zu gemeinnütziger Arbeitsvermittlung und Praktika in privatwirtschaftlichen Unternehmen.*
 - Die Zusammenarbeit der Arbeitsämter mit der Wirtschaft muß verbessert werden.
 - Statt finanzieller Ersatzleistungen sollen arbeitslose Jugendliche mehr Qualifikation und Beschäftigung erhalten.
 - Neue Hilfen und Anreize im Rahmen der Sozialhilfe sind erforderlich, um Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Gerade arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger brauchen tragfähige Brücken zum Arbeitsmarkt. Notwendig sind daher vor allem motivationsfördernde Kombinationsmöglichkeiten von Markteinkommen und Sozialhilfeleistungen beziehungsweise neuartigen Sozialtransfers.
16. Oft sind Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen, die schulisch und beruflich nur gering qualifiziert sind. Das Niveau unterer Tarifgruppen und fehlende Lohnspreizung führen dazu, daß Unternehmen einfache Tätigkeiten aus Kostengründen nicht mehr nachfragen.
- Um die Durchlässigkeit zwischen Erwerbs- und Transfereinkommen zu erhöhen, sollen die Einkommensbegriffe im Sozialrecht vereinheitlicht werden.
 - Zur Erschließung von mehr Beschäftigungschancen für gering qualifizierte Arbeitnehmer soll die Möglichkeit eröffnet werden, Niedriglöhne für einfache Tätigkeiten durch Transferleistungen oder steuerliche Zuschüsse zu den Sozialversicherungsbeiträgen deutlich über Sozialhilfeniveau aufzustocken.
 - Die sogenannten Einmal- und Kann-Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt führen zu einem hohen bürokratischen Aufwand. Sie werden abgeschafft, und stattdessen werden zur pauschalen Abgeltung die Sozialhilfesätze erhöht.
 - Es ist dem Trend entgegenzuwirken, daß immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. In diesem Sinne ist der Anteil geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse zu begrenzen.

17. In einer Zeit immer engerer wirtschaftlicher Verflechtung muß unser Ziel der Abbau von Handelshemmnissen und die Förderung des freien Welthandels sein.
- Zur Verhinderung protektionistischer Maßnahmen einzelner Staaten muß das Freihandelsprinzip gestärkt und an den klassischen außenhandelspolitischen Instrumenten wie der Meistbegünstigungsklausel festgehalten werden.
 - Ein wichtiger Beitrag zur Förderung der Wachstumsdynamik ist der Ausbau der Handelsbeziehungen mit Nordamerika. Wir treten für eine transatlantische Freihandelszone (TAFTA) zwischen den Ländern der Europäischen Union und den Ländern der NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) ein.
 - Besonders die Überwindung der gravierenden Exportschwäche ostdeutscher Unternehmen ist ein wesentlicher Schritt zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wir wollen in Partnerschaft mit Finanzinstituten, Spitzenverbänden von Industrie und Handwerk und den Tarifpartnern entschlossen daran arbeiten, diesen Mangel abzustellen.
 - In den neu entstehenden und rasant wachsenden Märkten Osteuropas sehen wir eine besondere Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Ziel deutscher Wirtschafts- und Außenpolitik muß es daher sein, die Rahmenbedingungen für eine aktive Brückenfunktion unseres Landes im West-Ost-Handel zu schaffen. Hierbei kommt dem in den neuen Bundesländern vorhandenen Know-How eine besondere Bedeutung und Chancenperspektive zu.

II. Wissen für die Zukunft

18. Im vergangenen Jahrhundert haben Arbeit und Kapital die Industriegesellschaft ermöglicht und geprägt. Zunehmend werden sie durch einen weiteren Produktionsfaktor ergänzt: das Wissen.

Entwicklung, Herstellung und Vermarktung hochwertiger Produkte erfordern hochqualifizierte Arbeitnehmer und Unternehmer. Dazu bedarf es eines modernen, effizienten und bedarfsgerechten Bildungssystems, das gleichermaßen Basis- wie Spitzenqualifikationen vermittelt. Das hohe Ausbildungsniveau der deutschen Arbeitnehmer ist ein entscheidender Vorteil für die deutsche Wirtschaft und Grundlage eines hohen Lohnniveaus. Eine gute Ausbildung, arbeitsmarktorientierte Flexibilität und Mobilität sowie die Bereitschaft zu lebenslanger Fortbildung bieten die beste Gewähr, Chancen am Arbeitsmarkt wahrnehmen zu können. Die sachliche und personelle Ausstattung der allgemein- und berufsbildenden Schulen, die Ausrichtung ihrer Lehrinhalte und die Entwicklung neuer Berufsbilder und Ausbildungsordnungen müssen wesentlich stärker als bisher am modernen Wandel der Arbeitswelt orientiert sein.

Die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts heißt Bildung. Der Erwerb von Wissen, seine Anwendung und Aktualisierung sind von zentraler Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Deswegen fordert die CDU ein Umdenken in der Bil-

dungspolitik auf der Grundlage des auf dem Berliner Bundesparteitag 1993 beschlossenen Bildungsprogramms. Unser Bildungswesen braucht umfassende Korrekturen.

Angesichts des globalen Wettbewerbsdrucks muß das deutsche Bildungswesen in seinen Ergebnissen internationalen Maßstäben genügen. Dazu ist die Beteiligung an internationalen Leistungsvergleichen notwendig. Unverzichtbarer Bestandteil einer verbesserten und vergleichbaren schulischen Bildung muß zudem der nationale Vergleich zwischen den Bundesländern und zwischen den verschiedenen Schulformen werden. Wir fordern deshalb ein länderübergreifendes Controlling-System, um die Qualität der Bildung zu sichern und – wo notwendig – zu verbessern.

Voraussetzungen dafür sind: staatliche Vorgaben in Form von Lehrplänen und Curricula, ein fester Fächerkanon, Ziffernnoten sowie eine wirksame Schulaufsicht. Darüber hinaus befürwortet die CDU zentrale Prüfungen beim Hauptschulabschluß, beim Realschulabschluß und beim Abitur.

Die gezielte Förderung von Hochbegabten muß intensiviert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt nicht zuletzt von seinen Eliten ab.

19. Die Schule der Zukunft steht vor zwei zentralen Aufgaben: Sie muß ihre Lehrinhalte auf eine sich mit hoher Geschwindigkeit fortentwickelnde Wissensgesellschaft einstellen. Sie muß zugleich ihren Erziehungsauftrag wieder ernster nehmen. Schule muß an der Ganzheitlichkeit des Menschen orientiert sein. Der Religionsunterricht ist für uns als ordentliches Lehrfach unverzichtbar.

Christliche Verantwortung für Schöpfung und Gesellschaft gehören unverzichtbar zum verfassungsmäßigen Bestand unseres Staates. Die Vermittlung und Einübung von verbindlichen Werten, auf deren Grundlage unsere freiheitliche Ordnung entwickelt wurde, darf nicht preisgegeben werden. Ohne Wertkonsens und ohne Arbeitstugenden kann keine Gesellschaft Bestand haben. Wir brauchen eine Kinder- und Jugendarbeit, die den jungen Menschen vermittelt, daß die Gestaltung des persönlichen Lebens sowie der Einsatz für unsere Gesellschaft hohen Sinn und Wert haben.

- Wir brauchen wieder einen nationalen Konsens darüber, was Schule leisten soll und wie die Schüler zu dieser Leistung geführt werden sollen. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion mit Lehrerschaft, Elternverbänden, Wissenschafts- und Wirtschaftsvertretern über einen neuen Leistungsbegriff, über Werte und Tugenden, moderne Bildungsinhalte und Schulbücher, gestraffte Lehrpläne und eine praxisbezogene Lehrerausbildung zur qualitativen Neubestimmung des Bildungssystems.
- Wir brauchen ein Bildungssystem, das der Qualität der Bildung und der Bildungsabschlüsse höchsten Rang einräumt und das den Leistungsgedanken fördert. Deshalb fordern wir eine Offensive für Qualität und Leistung in unseren Schulen und wenden uns gegen eine Schule der Beliebigkeit.
- Die Erkenntnis, daß der Erwerb von Wissen mit Anstrengung und Arbeit verbunden ist, muß in Deutschland wieder allgemein akzeptiert werden. Eine Politik, die den Eltern vorgaukelt, ihre Kinder könnten ohne viel Aufwand sozusagen spielerisch möglichst hohe

Abschlüsse erwerben, ist verantwortungslos und eine schlechte Vorbereitung auf die später im Berufsleben geforderten Arbeitstugenden und Leistung.

- Der Bereich der Elementarerziehung muß gestärkt werden. Die Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit und die Vermittlung verbindlicher Werte wird hier grundgelegt.
- Effektives Lernen bedarf auch einer Ordnung in der Klasse: der Ruhe, der Stetigkeit und der dauernden Wiederholung und Vertiefung. Fehlen diese Lernvoraussetzungen, geht dies vor allem zu Lasten der schwächeren Schüler. Dem Geschehen im Klassenraum, der Art und Weise, wie unterrichtet wird, muß wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- Die Vermittlung von grundlegenden Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen ist die nicht zu ersetzende Grundlage für den Erwerb jedweden Spezialwissens. Dem Umgang mit dem Computer kommt immer mehr grundlegende Bedeutung zu, so daß so früh wie möglich dieser Kompetenzbereich in die schulische Bildung eingebunden werden muß.
- Der zunehmenden Globalisierung von Gesellschaft und Arbeitswelt muß eine verstärkte internationale Orientierung der Bildungsziele entsprechen. Die Menschen müssen befähigt sein, auf der Grundlage einer Identität in der eigenen Kultur mit fremden Kulturen, Sprachen, Ausdrucksformen und der Vielfalt geistiger Traditionen umzugehen. Bildungsinhalte müssen auch unter der Fragestellung überprüft werden, ob sie die internationale Konkurrenzfähigkeit deutscher Absolventen stärken.
- Um es Eltern, insbesondere Alleinerziehenden, zu erleichtern, Kindererziehung und Beruf miteinander zu vereinbaren, brauchen wir mehr Betreuungsangebote in allen Schulformen wie betreuende Halbtagschulen mit verlässlichen Öffnungszeiten oder Ganztagschulen auch mit Betreuung über Mittag und am Nachmittag.
- Der Altersdurchschnitt vieler Lehrerkollegien ist zu hoch. Überdies wird die Zahl der Schüler in den kommenden Jahren erheblich ansteigen. Dort, wo die Schülerzahlen wachsen, müssen die Länder auch wieder mehr Lehrer einstellen beziehungsweise durch eine Kombination von organisatorischen, strukturellen und personellen Maßnahmen die Unterrichtsversorgung sicherstellen. Dies gilt nicht für die neuen Bundesländer, da hier in den nächsten Jahren mit sinkenden Schülerzahlen zu rechnen ist. Hier ist sicherzustellen, daß durch geeignete Personalmaßnahmen dennoch Einstellungschanzen für junge Lehrer eröffnet werden.
- Immer mehr Schüler lassen es im Unterricht an Gemeinsinn, Höflichkeit und Respekt untereinander und gegenüber den Lehrkräften fehlen. Die Stellung der Lehrer muß gestärkt werden. Lehrer müssen sich gegenüber Schülern durchsetzen können, ohne dafür vorher Konferenzen einberufen zu müssen. Gesellschaftliche Akzeptanz und hohe Leistungen der Lehrer bedingen sich wechselseitig. Deshalb sind hier sowohl die Gesellschaft als auch die Lehrer selbst in der Pflicht.

- Die CDU setzt sich für die Verkürzung der im internationalen Vergleich viel zu langen Ausbildungszeiten in Betrieben, Schulen und Universitäten ein. In Thüringen und Sachsen ist bewiesen worden, daß das Abitur ohne Qualitätsverlust bereits nach zwölf Jahren abgelegt werden kann. Dies muß zum Modell für ganz Deutschland werden. Wir setzen uns darüber hinaus für die Möglichkeiten ein, Kinder bereits ab dem 5. Lebensjahr einzuschulen.
 - Moderne technologische Entwicklungen müssen zeitnah in die Lehrpläne Eingang finden und den Lehrkräften in Aus- und Weiterbildung zugänglich gemacht werden, um sicherzustellen, daß diese kompetent im Schulunterricht behandelt werden. Wir streben an, daß bis zum Jahr 2000 alle weiterführenden Schulen in Deutschland an das Internet angeschlossen sind und daß die Arbeit mit Informationsnetzen in den Fachunterricht integriert wird. Generell gilt: Wir brauchen mehr Bildungs- und Ausbildungsangebote, die auf neue, moderne Berufsfelder ausgerichtet sind.
 - Für Jugendliche, die trotz intensiver schulischer Förderung nicht in der Lage sind, eine Berufsausbildung zu beginnen, sollen besondere Angebote der Förderung geschaffen werden, um sie gemäß ihren individuellen Fähigkeiten so auf ein Arbeitsleben vorzubereiten, daß sie in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden können.
20. Die Zustimmung junger Menschen zu unserer freiheitlichen Ordnung wird nicht zuletzt von der Erfahrung geprägt, inwieweit sich ihnen durch eine gute berufliche Ausbildung persönliche Lebenschancen eröffnen. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist deshalb das System der beruflichen Bildung im dualen System von höchster Bedeutung. Jeder jungen Frau und jedem jungen Mann, die eine Lehrstelle suchen, soll auch eine angeboten werden können. Die Einhaltung dieser Solidaritätszusage sind alle den jungen Menschen in Deutschland schuldig.
- Die Berufsschulen sollen auch in Zukunft Garant für die Qualität der beruflichen Bildung in Deutschland sein. Wir brauchen eine zukunftsfähige Berufsschule mit moderner Sachausstattung und einen modernen Berufsschulunterricht. Dafür sind neue Organisationsmodelle einzuführen, nicht aber längere Berufsschulzeiten; Lehrlinge müssen eine ausreichende Zeit in den Betrieben anwesend sein. Besonders Qualifizierten ist generell eine kürzere Ausbildungszeit zu ermöglichen.
 - Um junge Menschen mit vornehmlich handwerklichem Geschick nicht ins berufliche Abseits zu stellen, brauchen wir neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischer Qualifikation.
 - Bei dem Erlaß neuer und in der Überarbeitung bestehender Ausbildungsordnungen sollen sich die Anforderungsprofile am tatsächlichen Qualifikationsbedarf orientieren. Wichtig ist, daß die vorgesehenen Ausbildungsinhalte von der überwiegenden Mehrheit der Betriebe einer Branche vermittelt werden können und nicht von vornherein einer überbetrieblichen Unterweisung bedürfen.
 - Die Zahl der Geförderten im Rahmen des „Meister-BAföG“ soll verdoppelt werden.

- Lehrlingen, die eine Abschlußprüfung endgültig nicht bestehen, sollen die Kammern und andere für die Berufsausbildung zuständigen Stellen in Zukunft Zertifikate über die erfolgreich bestandenen Prüfungsteile ausstellen. Mit einem solchen „Kleinen Gesellenbrief“ hat ein junger Mensch auf dem Arbeitsmarkt bessere Chancen als gänzlich ohne Ausbildungsnachweis.

21. Die Hochschulen sind Wegbereiter in die Wissensgesellschaft.

Die Hochschulen haben eine besondere Aufgabe auf dem Weg in die Wissensgesellschaft, sie verbinden Forschung und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Unser Ziel ist die Schaffung der besten Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Hochschulen. Dazu orientieren wir uns an den Leitgedanken Differenzierung, Qualität, Leistung und Wettbewerb. Die Gesellschaft der Zukunft hat einen steigenden Bedarf an höherqualifizierten jungen Menschen. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach einer Ausbildung im tertiären Sektor an. Deshalb benötigen wir eine stärkere Differenzierung im Hochschulsystem. Spitzenqualität und hohe Leistungen sind an den Hochschulen nur dann wieder zu erreichen und langfristig zu sichern, wenn den Hochschulen die Möglichkeit zum Wettbewerb eröffnet wird. Zukünftig brauchen wir Hochschulen, die ihr eigenständiges Profil mit Schwerpunktbereichen herausbilden, und wir brauchen einen Wettbewerb der Hochschulen um die fähigsten Studenten in Deutschland.

- Das Studium muß insgesamt so gestaltet werden, daß ein berufsqualifizierender Abschluß (Magister, Diplom o.ä.) innerhalb der Regelstudienzeit möglich ist. Die Regelstudienzeit soll einschließlich Praxissemester acht Semester an Fachhochschulen und neun Semester an Universitäten nicht überschreiten. Um den Hochschulen einen zusätzlichen Anreiz zu geben, ein zügiges Studium zu ermöglichen, sollen zukünftig die Zahl der Studierenden und die Zahl der Abschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit bei der Vergabe der Mittel des Staates für die Lehre Berücksichtigung finden.
- Studierende brauchen frühe Auskunft über ihre Eignung und Erfolgsaussichten. Deshalb sollen obligatorische Zwischenprüfungen spätestens nach dem vierten Semester bzw. nach zwei Studienjahren eingeführt werden.
- Wir wollen ein Leistungs-Punkt-System entwickeln zur Verbesserung der Gliederung des Studiums, zur Erleichterung des Hochschulwechsels aus dem Ausland nach Deutschland und umgekehrt und zur Förderung der Mobilität zwischen Hochschulen innerhalb Deutschlands.
- Wir treten dafür ein, die Hochschulen in den neuen Bundesländern auch weiterhin gezielt zu fördern.
- Zur Stärkung der Autonomie der Hochschulen wollen wir die Rahmenbedingungen für starke, handlungsfähige und transparente Leitungsstrukturen auf allen Ebenen schaffen. Der Staat soll seine Eingriffe auf Rahmensetzungen beschränken. Zentrale Bedeutung hat dabei die globale, leistungs- und qualitätsbezogene Mittelvergabe an die Hochschulen.

- Zur Stärkung der internationalen Kompatibilität und Transparenz der Abschlüsse wollen wir den Hochschulen die Möglichkeit eröffnen, die auch im angelsächsischen Gradierungssystem üblichen Hochschulgrade Bachelor und Master zu verleihen.
- Im Bund und in den Ländern sollten zielorientierte Zukunftsfonds für Technologieforschung in Hochschulen und Unternehmen aufgelegt werden, die zu einem festen Anteil aus staatlichen Vermögensveräußerungen sowie Komplementär- und Drittmitteln finanziert werden.
- Die Lehrinhalte der einzelnen Veranstaltungen sind so aufeinander abzustimmen, daß ein zügiges Studium durch das Veranstaltungsangebot unterstützt wird.
- Die deutschen Hochschulen sollen in Zukunft zumindest in den Fächern, in denen ein Nachfrageüberhang besteht, die Möglichkeit erhalten, einen Teil ihrer Studierenden selbst auszuwählen.
- Die Struktur der Hochschulbildungsgänge paßt nicht zur Nachfragestruktur auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb soll die Zahl der Studienplätze an Fachhochschulen im Laufe der nächsten fünf Jahre von heute 25 Prozent auf 40 Prozent aller Studienplätze angehoben werden.
- Die Hochschulen sollten ihre Absolventen ermutigen, ihre erworbenen besonderen Qualifikationen auch in unternehmerische Initiativen umzusetzen. Dazu soll im Umfeld von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen - durch Investitionshilfen in die Infrastruktur - jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Weg in die Selbständigkeit erleichtert werden. An den Hochschulen sollte das Angebot eines Schwerpunktes Selbständigkeit und Existenzgründung zum Regelangebot werden.
- Neue Kommunikationstechnologien bieten auch für die Hochschul- und Studienorganisation neue Möglichkeiten. Das Konzept der „Virtuellen Hochschule“ kann die Betreuung der Studenten verbessern, die Vereinbarkeit von Studium, Familie und Beruf erleichtern und die Qualität der Lehre erhöhen. Ein Ausbau der technischen Ausstattung soll die Hochschulen in die Lage versetzen, diese Chancen umfassend zu nutzen.
- Auch die Internationalität des Hochschulstandorts Deutschland stärkt die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die Studentenmobilität – sowohl von Deutschen ins Ausland als auch von Ausländern nach Deutschland – ist zu fördern. Dazu gehört unter anderem der Abbau nicht sachgerechter Beschränkungen im Ausländerrecht.
- Berufsakademien bereichern das tertiäre Bildungsangebot und verleihen zugleich dem Wettbewerb im Bildungsbereich zusätzliche Impulse. Deshalb soll das Modell der Berufsakademien bundesweit eingeführt und als 3. Säule ausgebaut werden.
- Die Hochschulen müssen neue Weiterbildungskonzepte für diejenigen Berufstätigen entwickeln, die ihre berufliche Spezialisierung wissenschaftlich vertiefen und erweitern wollen.

- Durch gezielte Fördermaßnahmen muß die Benachteiligung von Frauen bei Stellenbesetzungen ausgeglichen werden. Bis zum Jahr 2005 soll mindestens jeder fünfte Professorenstuhl in Deutschland mit einer Frau besetzt sein.

22. Für die Berufstätigen muß Weiterbildung zum festen Bestandteil beruflicher Lebensplanung werden. Denn eine einmal abgeschlossene Berufsausbildung wird nicht mehr für ein ganzes Berufsleben reichen. Lebensbegleitendes Lernen ist der beste Weg, um sich persönlich gegen Arbeitslosigkeit zu schützen. Das Lernen im Arbeitsprozeß und selbstorganisiertes Lernen - auch außerhalb des Arbeitslebens - gewinnen an Bedeutung. Berufliche Fort- und Weiterbildung liegt in erster Linie in der Verantwortung der Betriebe und des einzelnen. Die CDU versteht die Rolle der Politik als Partner für gute Rahmenbedingungen lebensbegleitenden Lernens. Persönliche Lernbereitschaft und Eigeninitiative sind aber unverzichtbar.

- Die CDU setzt sich dafür ein, daß die jungen Menschen ihre Erstausbildung möglichst früh und mit soliden Grundlagen absolvieren und daß die Fähigkeit vermittelt wird, selbständig weiterzulernen. Denn so sind sie am besten für die Zukunft gerüstet.
- Für die duale berufliche Erstausbildung sollen nur solche Qualifikationen festgelegt werden, die in der überwiegenden Zahl der Betriebe dauerhaft gebraucht werden.
- Die Fortbildungsverordnungen müssen in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern weiterentwickelt werden. Qualität, Transparenz und Verwertbarkeit von Fortbildungsabschlüssen auf dem internationalen Arbeitsmarkt sind die vorrangigen Ziele.
- Die duale Weiterbildung in Zusammenarbeit von Betrieben und Fachhochschulen ist auszubauen. Sie bildet für besonders leistungsbereite und qualifizierte Berufstätige eine effektive Verbindung von Praxisqualifikation, Berufserfahrung und Studium. Die Länder sollten solche dualen Weiterbildungsstudiengänge durch entsprechende Zugangsregelungen auch für qualifizierte Fachkräfte ohne formale Hochschulzugangsberechtigung öffnen.

23. Die Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und des Übergangs zu einer Wissensgesellschaft heißt Innovation. Die breit gefächerte, leistungsfähige Forschungslandschaft muß auf dieses Ziel strategisch ausgerichtet werden.

- Der im Aufbau befindliche innovative Mittelstand in den neuen Ländern braucht förderpolitische Rechtssicherheit, damit mittelfristig ein ähnliches Innovationsniveau wie im Westen erreicht wird. Es ist eine zeitlich begrenzte Innovationszulage für Personalkosten zum Aufbau der Forschung in Unternehmen zu schaffen.
- Deutschland braucht Kompetenzzentren für die Technologien und Märkte des 21. Jahrhunderts, wie die Umwelttechnologie, Energietechnik und die Bio- und Gentechnik. Wenn irgendwo auf der Welt über Hochtechnologien gesprochen wird, dann müssen den Experten dazu Orte bzw. Regionen in Deutschland einfallen. Eine solche gezielte regionale Bündelung innovativer Kompetenz ist ein zukunftsweisender Ansatz, dessen Durchführbarkeit durch das Bio-Regio-Projekt bewiesen wurde.

- Patente machen Wissen zu Wirtschaftsgütern. Patentierungsverfahren müssen billiger werden, sie dürfen wissenschaftliches Arbeiten nicht blockieren. Deshalb sollen die Gebühren des deutschen wie europäischen Patentamtes weiter gesenkt werden. Die Neuheitsschonfrist für Patente sollte europaweit wieder eingeführt werden.

III. Europa ist Deutschlands Chance

24. Im Interesse der Menschen müssen die Völker Europas zu einer starken Gemeinschaft zusammenwachsen. Die Nationalstaaten in Europa können die großen Aufgaben unserer Zeit - dazu zählen vor allem die Sicherung von Frieden in Freiheit, die weltweite Sicherung der Demokratie, die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität, die Bewältigung der ökonomischen Herausforderungen sowie der Folgen der Globalisierung und die Bewahrung der Schöpfung - nur in gemeinsamer Anstrengung und mit vereinten Kräften bewältigen. Gerade Deutschland als Land in der Mitte Europas hat ein vitales Interesse daran, daß das europäische Einigungswerk vollendet wird. Von den weiteren Entwicklungen in Europa hängt ganz wesentlich ab; ob künftige Generationen in allen europäischen Nationalstaaten dauerhaft in Frieden und Freiheit, in einer lebenswerten Umwelt, in Wohlstand und in sozialer Stabilität leben können.

Die Europäische Union hat sich als Kern einer beständigen Friedens- und Freiheitsordnung für unseren Kontinent bewährt. Jetzt geht es zunächst darum, den Prozeß der europäischen Einigung unumkehrbar zu machen. Diese Politik hat - in Verbindung mit der transatlantischen Partnerschaft - entscheidend dazu beigetragen, daß wir heute in der längsten Friedensperiode der deutschen Geschichte leben.

Wir wollen die Zukunft unseres Kontinents gemeinsam mit den Partnern aktiv gestalten. Nur so können wir diese Errungenschaften auf Dauer sichern. Unsere gemeinsame Zukunft liegt in einem Europa, das sich den Prinzipien von Bürgernähe, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie dem Respekt von gewachsenen regionalen und nationalen Identitäten, von kulturellen und politischen Traditionen aller Europäer verpflichtet fühlt. Unser Europa ist das Europa der Einheit in Vielfalt, in dem Volksgruppen und Minderheiten insbesondere ihre kulturelle Identität entfalten können und in dem ihre Rechte gesichert sind. Heimat, Vaterland, Europa - das ist der Dreiklang der Zukunft.

25. Die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ist ein Schlüsselprojekt auf dem Weg zum geeinten Europa. Sie ist die logische und notwendige Folge des europäischen Binnenmarktes, deren Nutzen für die deutsche Wirtschaft und für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen einschließlich der damit verbundenen Einnahmen von Steuern und Sozialabgaben von grundlegender Bedeutung ist. Erst mit einer einheitlichen Währung wird der Binnenmarkt jedoch ganz verwirklicht sein und seine positiven Wirkungen für Wachstum und Arbeitsmarkt voll entfalten können.

Die Vollendung der Europäischen Währungsunion wird den Standort Europa im zunehmenden globalen Wettbewerb nachhaltig stärken. Die Wettbewerbsposition der Europäer gegenüber Konkurrenten aus anderen Währungsräumen wie z.B. Dollar oder Yen wird

durch den EURO deutlich gestützt. Gerade Deutschland als exportabhängiges Industrieland ist in besonderer Weise auf eine Währung angewiesen, die wirtschaftlichen Turbulenzen und Wechselkursschwankungen erfolgreich widerstehen kann. Dies bedeutet Sicherheit für Millionen von Arbeitsplätzen bei uns.

Wir wollen, daß die Europäische Währungsunion pünktlich am 1. Januar 1999 beginnt. Voraussetzung für die Teilnahme an der Währungsunion bleibt die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Stabilitätskriterien; sie müssen ebenso wie der Zeitplan eingehalten werden.

Wir wollen den EURO als eine dauerhaft starke gemeinsame Währung. Deshalb haben wir sichergestellt, daß sich die Währungspolitik der künftigen Europäischen Zentralbank in Frankfurt/M. am bewährten Stabilitätskurs der Deutschen Bundesbank orientiert. Der von uns entwickelte und durch unsere Initiative erfolgreich verabschiedete Stabilitätspakt stellt darüber hinaus die notwendige Haushaltsdisziplin der Teilnehmerländer nach ihrem Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion auf Dauer sicher.

Bereits heute hat die Vorbereitung auf die gemeinsame europäische Währung in den Ländern Europas zu einem nie gekannten Rückgang der Preissteigerungsraten, der Zinsen und der Neuverschuldung geführt. Die Wechselkursbeziehungen zwischen den Mitgliedskandidaten der Währungsunion haben eine große Stabilität erreicht. Die Europäische Union ist bereits heute zu einer Stabilitätsgemeinschaft zusammengewachsen.

26. Die Vertiefung der europäischen Integration bleibt vor allem auch angesichts der absehbaren Aufnahme neuer Mitglieder, auf der Tagesordnung. Zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit muß die Europäische Union institutionell in Zusammensetzung, Arbeitsweise und Entscheidungsverfahren ihrer Organe, auch durch Ausbau der Mehrheitsentscheidung im Rat weiterentwickelt werden. Die Europäische Union braucht mittelfristig eine Verfassung, die einen Grundrechtskatalog enthält, die Entscheidungsverfahren zwischen den Institutionen der Europäischen Union festlegt und die Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip regelt.

Europa muß bürgernäher werden. Hierbei gehören die Prinzipien der Subsidiarität und Solidarität für uns zu den wesentlichen Gestaltungsgrundsätzen.

Es kommt jetzt darauf an, die konkreten Regelungen aus dem Vertrag von Amsterdam in die Praxis umzusetzen. Was national, regional oder kommunal geregelt werden kann, muß auf dieser Ebene auch entschieden werden. Entscheidungen sollen so nah wie möglich bei den Betroffenen fallen. Auch bestehende Vorschriften müssen ständig auf ihre Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend den Regelungen des Vertrags von Amsterdam überprüft werden. Wenn es sich als notwendig erweist, müssen Regelungen - auch europäische - zugunsten nationaler, regionaler oder kommunaler Verantwortung zurückgezogen werden. Aber, wo es angebracht ist, sollten auch der europäischen Ebene zusätzliche Kompetenzen übertragen werden. Das Subsidiaritätsprinzip muß mittelfristig durch die Aufstellung von Zuständigkeitskatalogen für die Union entsprechend dem Grundgesetz (Art. 70 ff.) konkretisiert, transparenter gemacht und gestärkt werden.

Unser Ziel ist ein „Europa der Regionen“, indem gemeinsame regionale Interessen unabhängig von nationalen Grenzen vertreten und organisiert werden können.

Die bundesstaatliche Ordnung Deutschlands muß auch im geeinten Europa Bestand haben. Die Parlamente und Regierungen von Bund und Ländern, die Städte und Gemeinden müssen auch künftig ihren eigenen Rang bewahren. Gleichzeitig muß aber auch die Handlungsfähigkeit des Bundes als Wahrer der gemeinsamen nationalen Interessen in Europa gewahrt werden.

Die notwendige Neugestaltung des zukünftigen Finanzsystems der Europäischen Union einerseits und der ausgabenwirksamen Politiken der Union andererseits, insbesondere auch mit Blick auf die anstehende Erweiterung, müssen die Auswirkungen auf die einzelnen Mitgliedstaaten berücksichtigen. Dabei dürfen einzelne Mitgliedstaaten, d.h. auch die Bundesrepublik Deutschland, nicht weiter unverhältnismäßig belastet werden. Wir setzen uns für eine Überprüfung der Zahlungsmodalitäten der Europäischen Union ein.

Um das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes nicht zu gefährden, muß außerdem ein unlauterer Wettbewerb der Steuersysteme in Europa vermieden werden. Die Europäische Union muß sich über klare Kriterien für die Zulassung von Steuervergünstigungen einigen, damit es nicht zu Mißbrauch kommt.

Der Vertrag von Amsterdam muß schnell ratifiziert und umgesetzt werden. Er stellt eine wesentliche Etappe im europäischen Einigungsprozeß dar und ermöglicht Fortschritte in vielen wichtigen Bereichen.

Der Vertrag stärkt die Demokratie, weil das Europäische Parlament weitgehend gleichberechtigter Partner in der Gesetzgebung geworden ist und in Zukunft den Kommissionspräsidenten auf Vorschlag des Europäischen Rates wählt.

Die Kommission wird handlungsfähiger, weil der nun demokratisch legitimierte Kommissionspräsident Leitlinienfunktion in der Kommission erhält.

Die Stärkung der Stellung der bürgerlichen und sozialen Grundrechte im Vertrag bringt die Union dem Bürger näher. Die Schaffung eines Beschäftigungskapitels, durch das eine verbesserte Koordination nationaler Beschäftigungspolitiken ermöglicht wird, und die Gültigkeit des neuen Sozialkapitels für alle Mitgliedstaaten ist für die Verwirklichung der sozialen Dimension Europas von großer Bedeutung.

Wir müssen die europäische Innen- und Rechtspolitik weiter verstärken. Die zunehmend international organisierte Kriminalität macht ein gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene unerlässlich. Wir begrüßen deshalb die Überführung der im Schengener Abkommen vereinbarten Zusammenarbeit der nationalen Sicherheitsbehörden in den institutionellen Rahmen der Europäischen Union ebenso wie die Vergemeinschaftung weiterer Bereiche der Rechts- und Innenpolitik. Das in diesem Zusammenhang vereinbarte umfangreiche Arbeitsprogramm muß unverzüglich in Angriff genommen werden. An den Außengrenzen der Europäischen Union müssen einheitliche Sicherheitsstandards gelten; Rauschgiftkontrollen sowie Rechtshilfe- und Auslieferungsverfahren müssen in den Mitgliedsländern nach gemeinsamen Regeln praktiziert werden. Wir brauchen EUROPOL

mit echten Exekutivbefugnissen als ein schlagkräftiges Instrument der europäischen Polizeizusammenarbeit gegen international tätige Verbrecheryndikate, Schlepperbanden etc. Wir streben an, daß EUROPOL der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament und der richterlichen Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof unterworfen wird.

Die Vergemeinschaftung von Visa- und Asylpolitik eröffnet die Chance einer fairen Lastenteilung innerhalb der Europäischen Union, insbesondere bei schrittweiser Überführung in die Mehrheitsabstimmung.

Wir werden im Rahmen der gemeinsamen Asyl- und Visapolitik allerdings sicherstellen, daß Angehörige von Drittstaaten auch künftig keinen unkontrollierten Zugang zum deutschen Sozialsystem oder zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten, der das im europäischen Vergleich sehr weitreichende soziale Versorgungssystem in Deutschland überfordern würde.

Wir wollen eine außenpolitisch handlungsfähige Europäische Union, die Gesicht und Stimme in der Welt hat und in gleichberechtigter Partnerschaft mit den USA sich den globalen Herausforderungen stellen kann. Wir treten deshalb für schnelle Umsetzung und volle Ausschöpfung der in Amsterdam neu vereinbarten Regeln für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik durch Mitgliedstaaten und Kommission ein. Im Rat muß verstärkt mit Mehrheit entschieden werden, die „neue Troika“ aus GASP-Generalsekretär/Hohem Repräsentanten, Ratsvorsitz und Außenkommissar muß die Union nach außen hin mit deutlicherem Profil vertreten, in der Analyseeinheit müssen Mitgliedstaaten und Kommission gemeinsam Strategien im Interesse der Union als Ganzes entwerfen.

27. Wir treten dafür ein, neue Mitglieder in die Europäische Union aufzunehmen, sofern diese die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllen. Wir wollen dabei helfen, die in den mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern in Gang gekommenen Reformen unumkehrbar zu machen. Dies ist nicht zuletzt auch ein Beitrag zur Stärkung der politischen Stabilität und wirtschaftlichen Prosperität in Europa. Wir wollen ein Europa schaffen, in dem möglichst viele Europäer ein Zuhause und ihre Heimat finden können und in dem sie teilhaben an der gelebten Freiheit, dem gesicherten Frieden, der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Gerechtigkeit und der kulturellen Vielfalt unseres Kontinents.
28. Am Ende dieses Jahrhunderts wächst nicht nur in Europa, sondern überall auf der Welt das Bewußtsein dafür, daß menschliches Handeln oder Unterlassen zu globalen Auswirkungen führen kann. Die Völkergemeinschaft hat 1992 auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung zur zentralen Zukunftsaufgabe der Gesellschaft für das Jahrhundert gemacht. Die Bewahrung der Schöpfung soll als tragende Säule für ökonomische und soziale Ziele verstanden werden. Die Erstellung einer gemeinsamen Raumentwicklungskonzeption ist eine wesentliche Aufgabe der Europäischen Union. Wir müssen die Verantwortung für die Gerechtigkeit unter den heute lebenden Menschen ebenso wahrnehmen wie mit Blick auf die Lebenschancen zukünftiger Generationen.

Wir haben in Deutschland ein hohes Umweltschutzniveau erreicht. Strategien zur langfristigen Sicherung unseres natürlichen Kapitals können jedoch nur international erfolgreich sein. Diese betrifft vor allem die nachhaltigen Nutzung erneuerbarer und die schonende Inanspruchnahme der nicht erneuerbaren Ressourcen, den Schutz von Atmosphäre, Böden und Gewässern sowie das Überleben bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Unser Konzept der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft schafft den notwendigen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie.

- Deutschland will seine CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent reduzieren. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich verpflichtet, bis zum Jahr 2010 die Emission von Treibhausgasen um 15 Prozent gegenüber 1990 zu vermindern. Wir treten für die EU-weite aufkommensneutrale Einführung ökologischer Anreize im Steuerrecht ein. Wir setzen uns dafür ein, daß alle Industrieländer der Erde sich dieses Reduktionsziel zu eigen machen.
 - Wir wollen die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und die Umsetzung energiesparender Techniken durch eine energietechnische Revolution vorantreiben.
 - Weltweit wollen wir die Ernährungsgrundlagen verbessern, in dem wir die Funktionsfähigkeit der Böden erhalten und eine dauerhafte und ausreichende Wasserversorgung sicherstellen.
 - Wir streben ein internationales Abkommen zum Schutz und zur schonenden Nutzung der Wälder an. Angesichts des Ausmaßes der bereits eingetretenen Schäden brauchen wir eine derartige Vereinbarung so rasch wie möglich und mit hohen Standards.
 - In den Entwicklungs- und Schwellenländern führt die fehlende Anwendung moderner Technik zu hohen Umweltbelastungen. Der Einbeziehung dieser Länder in eine globale Strategie zum Schutz der Umwelt kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu; wir wollen erreichen, daß sich die betroffenen Länder aus Nord und Süd in Fragen des globalen Umweltschutzes auf gemeinsames Handeln verständigen. Hierauf muß verstärkt bei der Vergabe von Entwicklungshilfegeldern geachtet werden.
 - Wir treten dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen den Umweltorganisationen der Vereinten Nationen effektiver zu gestalten. Dazu schlagen wir die Einrichtung einer mit den notwendigen Kompetenzen ausgestatteten UN-Dachorganisation für Umweltfragen vor.
29. Das Zusammenwachsen Europas hängt nicht alleine von den engen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen seiner Staaten ab. Die Bürger werden die europäische Integration als ihre eigene Sache annehmen und mit Leben erfüllen, wenn sie sie als menschliche Bereicherung empfinden. Die politische und wirtschaftliche Einigung muß einhergehen mit dem Austausch der Ideen und der Kenntnis anderer Denk- und Empfindungswelten. Gegenseitiges Verständnis und Vertrauen wachsen gerade auch in gemeinsamen kulturellen Aktivitäten. Wer erfolgreich mit europäischen Partnern kooperieren will, muß die Mentalität seiner Partner kennen und seine Sprache verstehen. Notwendig ist deshalb die konsequente Förderung der Mehrsprachigkeit. Kulturelle Orientie-

rung ist eine wesentliche Voraussetzung für gemeinsames Handeln in Europa. Deshalb muß neben die wirtschaftliche und soziale Dimension der europäischen Einigung auch die kulturelle Dimension in ihrer ganzen Vielfalt treten. Wissenschaft, Geist und Kunst, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind Grundlagen der Zukunftsfähigkeit Europas.

30. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bieten immer mehr Menschen unserer Erde die Chance, über Ländergrenzen hinweg Zugang zu Wissensquellen zu finden und einen globalen Dialog zu führen. Zugleich wächst die Chance jedes einzelnen, sich im eigenen Land über politische Prozesse zu informieren und sich an ihrer Gestaltung aktiv zu beteiligen. Es eröffnen sich neue Perspektiven der Völkerverständigung und des interkulturellen Gesprächs. Wir Christliche Demokraten wollen dazu auf der Grundlage unseres Menschenbildes einen eigenen Beitrag leisten. Wir stellen uns mit Zuversicht dem weltweiten Wettbewerb der Ideen. Auf Dauer werden sich unsere Grundwerte und Grundgedanken – wie Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Menschen- und Bürgerrechte – gegen jede Form von Repression durchsetzen.

Wir wollen das 21. Jahrhundert menschlich gestalten.

SICHERER LEBEN IN DEUTSCHLAND

Zwölf Thesen zur Inneren Sicherheit

Mit ca. 6,7 Millionen Straftaten, mehr als zwei Millionen Tatverdächtigen und einer durchschnittlichen Aufklärungsquote von 49 Prozent im Jahr 1996 ist die Innere Sicherheit in Deutschland täglich gefährdet. Und noch mehr Menschen empfinden dies als drohendes Schicksal, das jeden zum Opfer machen kann. Sie messen den demokratischen Rechtsstaat ganz besonders an seiner Fähigkeit, den inneren Frieden zu bewahren und die Bevölkerung vor Straftätern zu schützen. Dies ist eine Hauptaufgabe für die Unionsparteien und ihre Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen; sie ist lösbar.

Die Bürger erwarten: Der Rechtsstaat muß Zähne zeigen, um das Grundrecht auf Sicherheit durchzusetzen. Sie wollen eine Polizei, die nach dem Prinzip handeln darf: Zugreifen statt zusehen. Sie fordern eine Justiz, die mit schnellen Verfahren die Strafe der Tat auf dem Fuß folgen lassen und beim Strafmaß den Forderungen des Opferschutzes, der Sühne und der Abschreckung Rechnung tragen kann. Und sie haben Anspruch auf einen Strafvollzug, der dem Strafzweck des Schutzes der Allgemeinheit in den Fällen Vorrang einräumt, in denen der Strafzweck der Resozialisierung nicht zu verwirklichen ist. Die Union steht für diese Ziele.

Die Gesetzgebungskompetenz für die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten und vorbeugende Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit und öffentlichen Ordnung liegt bei den Bundesländern. Es ist deshalb ihre Aufgabe, ihre Polizeigesetze den Anforderungen an eine moderne Verbrechensbekämpfung anzupassen. Dazu zählt die Einräumung der für länderübergreifende polizeiliche Zusammenarbeit erforderlichen Befugnisse. Die Bundesländer müssen auch gewährleisten, daß Polizei, Justiz und Strafvollzug personell und sächlich ausreichend ausgestattet sind.

Die Union wird auf Bundes- und Länderebene entschlossen ihre Politik fortsetzen: Hart gegen das Verbrechen, hart gegen die Ursachen.

1. Die Festigung der Inneren Sicherheit ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag. Seine Bewältigung setzt eine zielorientierte geistige Einstellung der Gesellschaft voraus. Lange vor der Tätigkeit von Polizei und Justiz müssen in der Erziehung junger Menschen die Grundlagen für die Anerkennung von dauerhaften Werten gelegt werden. Versäumnisse der Erziehung in Familie und Bildungseinrichtungen oder destabilisierende Medieneinflüsse können später nur sehr begrenzt durch den Staat wettgemacht werden. Ein solcherart wertbezogener Erziehungsauftrag der Schulen muß in der Bildungspolitik einen weit höheren Rang erhalten. Brutale und gewalttätige Szenen im Fernsehen, Kino und bei Video- und Computerspielen müssen verringert werden. Die für Programmgestaltung zuständigen Gremien werden aufgefordert, darauf hinzuwirken.

Bei der Klage über zurückgehendes Wert- bzw. Rechtsbewußtsein müssen sich auch die Politik, die Justiz und die Medien selbstkritisch fragen, welche Verantwortung sie hierfür selbst tragen.

2. Als fester Rahmen für die Innere Sicherheit muß uneingeschränkt die **geltende Rechtsordnung anerkannt** werden. Viele Erscheinungen der letzten Jahrzehnte waren dazu gegenläufig:

- die Beliebigkeit bei der Definition von „Gewalt“ oder „Widerstandsrechten“,
- die Inanspruchnahme eigennütziger oder selbstausgerufener „Freiräume“ durch gesellschaftliche Gruppen.
- die „Bagatellisierung“ von alltäglichen Straftaten,
- die Absenkung von Hemmschwellen beim Drogenmißbrauch durch die Entkriminalisierungsdebatte. Ein Staat, der sich nur auf die Verfolgung besonders schwerer Kriminalitätsformen konzentriert, gibt das Feld für die Alltags- und Einstiegs kriminalität preis.

Das Gewaltmonopol des Staates muß unverrückbar feststehen. Im demokratischen Rechtsstaat heutiger Prägung gibt es keine legitimierte Gegengewalt.

Da sich geistige Einstellungen nicht schlagartig ändern lassen, kann durch Einzelmaßnahmen der Sicherheitspolitik keine kurzfristige Umkehr von Trends erreicht werden. Entschlossene Sicherheitspolitik ist eine langfristige Aufgabe, die auf vielen Feldern der Politik erfüllt werden muß und nur schrittweise Wirkungen zeigen kann. Diese Aussage ist notwendig, um nicht falsche Vorstellungen in der Bevölkerung mit der Gefahr von Enttäuschungen zu erzeugen. Für den Bereich der Jugendkriminalität gilt in besonderem Maße, daß durch Erziehung die entscheidenden Weichen gestellt werden.

3. Eine auf inneren Frieden und persönliche Sicherheit ihrer Bürger eingestellte Gesellschaft muß der **Vorbeugung vor Straftaten** besondere Bedeutung beimessen; Vorbeugen ist besser als Heilen - auch in der Kriminalitätsbekämpfung. Vorbeugend wirken insbesondere

- Erziehung zur Rechtstreue, Vermittlung christlicher Grundwerte und Ächtung jeglicher Gewaltanwendung durch gesamtgesellschaftlichen Konsens,
- konsequentes Reagieren auf Übelstände zu Beginn einer absehbaren Fehlentwicklung,
- Betonung der „öffentlichen Ordnung“ als staatlichem Schutzgut,
- verbesserte Zusammenführung aller Sicherheitsanstrengungen von Staat, privaten Organisationen und Bürgern auf kommunaler Ebene unter Leitung und Koordination der Polizei,
- polizeiliche und justizielle Sanktionen mit stärkerer Betonung ihres Präventiveffekts als bislang,
- technische Präventivmaßnahmen gegen Mißbrauch bei neuen Produkten und Dienstleistungen,
- eine wirksame Jugendpolitik, die zu einer kreativen und sinnvollen Freizeitgestaltung junger Leute beiträgt.

Prävention verlangt insbesondere „Vorausdenken“, um Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und nach dem Motto „wehret den Anfängen“ Vorsorge zu treffen. Dies gilt auch für die Folgen sich immer mehr beschleunigender Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologie und Kommunikation.

4. Das Phänomen der **Organisierten Kriminalität** hat sich in den letzten Jahren in allen westlichen Ländern – auch in Deutschland – wesentlich verschärft. Die Bedingungen dafür liegen in der Globalisierung der Wirtschaft, Abschaffung von Grenzkontrollen, politischer Destabilisierung vieler Staaten der Welt, wirtschaftlicher und sozialer Sogkraft Westeuropas und der Fähigkeit professioneller Verbrecherguppen zum Umgang mit diesen Phänomenen.

Neue Deliktbereiche, veränderte Begehungsformen von schweren Straftaten, die Höhe lockender Gewinne und die Tarnmöglichkeiten internationaler Tätergruppierungen stellen die Sicherheitskräfte vor neue und zum Teil noch nicht hinreichend bewältigte Aufgaben. Für Deutschland wird die Situation besonders gekennzeichnet durch seine geographische Lage in der Mitte Europas mit 6.000 km Grenzen und neun Nachbarstaaten sowie einer Beteiligung von 62 % Ausländern an den Tatverdächtigen der Organisierten Kriminalität (1996). Über den Bereich des direkt angerichteten Schadens hinaus wirkt Organisierte Kriminalität mit ihrem Einfluß auf ausgewählte Wirtschaftssektoren und ihrer Beförderung von Korruption destabilisierend auf die Gesellschaft. Sie stellt den demokratischen Rechtsstaat vor eine Bewährungsprobe, der er sich mit Entschlossenheit und auch Härte stellen muß.

Tabus helfen dabei nicht weiter; die Situation in Deutschland verlangt auch ein entschlossenes Vorgehen gegen die im Bereich der Organisierten Kriminalität vorherrschenden Beteiligung von Ausländern unter Einschluß aufenthaltsbeendender Maßnahmen, wovon heute durch die Länder noch bei weitem zuwenig Gebrauch gemacht wird.

Der Verfassungsschutz ist ein wichtiges Frühwarnsystem in Bund und Ländern im Bereich der Inneren Sicherheit. Er muß personell und sachlich in der Lage sein, die ihm zugewiesenen Aufgaben wirkungsvoll wahrnehmen zu können.

Das Vertrauen der Bürger in ihren Staat hängt ganz besonders davon ab, daß er sie wohlüberlegt, wirksam und schnell vor Kriminalität schützen kann.

5. Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität macht eine internationale Zusammenarbeit erforderlich, mit der die Staaten den grenzüberschreitend wirkenden Tätergruppierungen auch gemeinsam - und nicht mehr zuerst nationalstaatlich - entgegentreten. Deshalb sind mit größter Intensität voranzutreiben:
 - der Ausbau von EUROPOL einschließlich einer Ausstattung mit exekutiven Befugnissen und Kontrolle durch das Europäische Parlament,
 - der Ausbau des Schengener Außengrenzsystems mit seiner abschirmenden Funktion gegen illegale Zuwanderung,
 - die Einbeziehung der MOE-Staaten in das gesamteuropäische Sicherheitssystem,

- die Verbesserung und Anpassung der rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten von Polizei und Justiz.

Diese Anstrengungen müssen insbesondere unter Einsatz der modernsten Technik erfolgen; in diesem Feld sind die Strafverfolgungsorgane durch gesetzliche Einschränkungen und technische Standards den Gangstern oft unterlegen. Hierzu sind entsprechende Gesetzesänderungen und erhebliche finanzielle Anstrengungen der öffentlichen Hand erforderlich. Im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität benötigt der Bundesgrenzschutz durch Gesetzesänderung das Recht zur verdachtsunabhängigen Identitätskontrolle ebenso wie die Landespolizeien nach den neuesten Landesgesetzen der unionsregierten Länder.

6. Eine wirksame Verbrechensbekämpfung in Deutschland kann nur gelingen, wenn sie als gemeinsame Aufgabe aller Ebenen der öffentlichen Hand erkannt wird. Bund, Länder, Kommunen und Sonderbehörden müssen sich verstärkt zusammenfinden und den neuen Herausforderungen der Kriminalität mehr als die klassischen Antworten der herkömmlichen föderativen Ordnung geben. Dazu bedarf es weniger Rechtsänderungen als einer vorbehaltlosen Bereitschaft zur Zusammenarbeit durch Arbeitsteilung, vollständiger gegenseitiger Information, neuer Formen der Zusammenarbeit der Polizeien und der Justiz von Bund und Ländern; der Zusammenarbeit des Bundes- und der Landeskriminalämter sowie zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, ferner dem Ausbau modernster Datenzentralen kommen dabei besondere Bedeutung zu.

Außerdem ist auf eine Vereinheitlichung der Polizeigesetze der Bundesländern hinzuwirken, um allen Bürgern einen übereinstimmenden, hohen Sicherheitsstandard zu gewährleisten und ihnen damit gleichermaßen staatlichen Schutz zu gewähren. Das Polizeirecht aller Bundesländer muß wieder den Erfordernissen einer effektiven vorbeugenden Gefahrenabwehr zum Schutz von Sicherheit und Ordnung entsprechen. Dazu gehört:

- die Wiederaufnahme des Schutzgutes der „öffentlichen Ordnung“,
- die Regelung der Überwachung von Verbrecherwohnungen zur Gefahrenabwehr,
- die Aufnahme der Möglichkeit der sogenannten Schleierfahndung für verdachtsunabhängige Kontrollen insbesondere im öffentlichen Verkehrsraum.

Sämtliche datenschutzrechtlichen Bestimmungen sind daraufhin zu überprüfen, ob sie die Zusammenarbeit der staatlichen Stellen zur Verbrechensprävention bzw. -bekämpfung behindern.

7. Die sich ständig ändernde Gefährdungslage und die Notwendigkeit flexibler Antworten machen es erforderlich, auch im Sicherheitsbereich modellhaft zu arbeiten, Erfahrungen in der Praxis zu gewinnen und ausländische Arbeitsergebnisse auf ihre Verwendbarkeit in Deutschland zu überprüfen. Die Sammlung von Rechtstatsachen über international erfolgreiche neue Formen der Verbrechensbekämpfung gewinnt damit eine herausragende Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund sind amerikanische Erfahrungen mit neuen Sicherheits-Strategien auf ihre Verwertbarkeit in Deutschland zu überprüfen. Dabei geht es insbesondere um

die Verbesserung der Sicherheitslage in Großstädten, die Zusammenführung der Aktivitäten von Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden sowie Formen der aktiven Bürgerbeteiligung am Sicherheitsauftrag der Polizei.

Das Sicherheitsgefühl der Bürger in Großstädten wird maßgeblich durch das Erscheinungsbild bestimmter Örtlichkeiten, wie z.B. Bahnhöfe, Fußgängerunterführungen, innerstädtische Plätze, Fußgängerzonen, bestimmt. Stellen sich diese Örtlichkeiten verwahrlost dar, gewinnt der Bürger den Eindruck, sich in einem rechtsfreien Raum zu befinden und jederzeit Opfer einer Straftat zu werden. Daher ist es erforderlich, dieser Verwahrlosung durch entschiedenes Handeln von Polizei und städtischen Ordnungsbediensteten entgegenzutreten.

Großstädtische Modellvorhaben in der „Aktion Sicherheitsnetz“ sind mit Nachdruck zu fördern.

Kernpunkte dieser Modellversuche müssen eine sichtbar verstärkte Präsenz der Polizei, die Verfolgung der Alltagskriminalität, schnelle Strafjustiz und die entschlossene Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität sein. Gerade im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität muß das Strafrecht wieder mehr seine Präventions- und Erziehungsfunktion übernehmen. Dabei sollte das Instrumentarium des Jugendgerichtsgesetzes in seiner ganzen Breite genutzt werden, um gerade minderjährigen Tätern eine angemessene Bestrafung zukommen zu lassen, die einerseits eine erzieherische Strafwirkung entfaltet, aber auch andererseits eine Schadensbeseitigung vorgibt. Dazu zählen im einzelnen eine Erweiterung des Jugendhilfegesetzes um Sanktionsmöglichkeiten bei Kinderkriminalität, eine Novellierung des Sanktionensystems bei Jugendkriminalität, die stärkere Betonung des Wiedergutmachungsgedankens, die Wiedereinführung der geschlossenen Heimunterbringung in besonders schweren Fällen in allen Bundesländern und die regelmäßige Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende.

Die „öffentliche Ordnung“ ist dabei ein wichtiges Schutzgut des Staates. Eine wissenschaftliche und praktische Begleitung der „Aktion Sicherheitsnetz“ soll ihre Verwendbarkeit auf breiterer Ebene erweisen. Die damit verbundenen erheblichen Kosten sind auch zu Lasten anderer Ausgabensektoren eine unverzichtbare Investition in die Zukunft unseres Landes.

8. Die Justiz muß ein verstärktes Bewußtsein für ihren öffentlichen Sicherheitsauftrag entwickeln. Dabei geht es vor allem um
 - Nutzung moderner Instrumente zur Verfahrensbeschleunigung (beschleunigtes Verfahren / vereinfachtes Jugendverfahren / Hauptverhandlungshaft),
 - verstärkte Anwendung des Erwachsenenstrafrechts im Bereich straffälliger Heranwachsender,
 - entschlossene Anwendung des Haftrechts gegenüber Wiederholungstätern, insbesondere restriktive Anwendung der Strafaussetzung zur Bewährung,
 - Erweiterung des Katalogs der Strafmaßnahmen um Fahrverbot, Entzug der Fahrerlaubnis, Stilllegung des Fahrzeugs,

- Ausschöpfung des Strafrahmens auch unter dem Blickwinkel der Prävention,
- Verbesserung des Zeugen- und Opferschutzes.

Die Justiz muß zugleich personell und sachlich so gestärkt werden, daß sie ihren öffentlichen Sicherheitsauftrag besser und schneller erfüllen kann.

Notwendige Rechtsänderungen wird die CDU herbeiführen. Dazu gehören auch Maßnahmen gegen den verfahrensverlängernden Mißbrauch im Beweisverfahren in Prozessen der Organisierten Kriminalität sowie Straffung der Rechtsmittelmöglichkeiten.

9. Die Praxis des Strafvollzuges in den Bundesländern ist zu prüfen und zu erneuern. Die Union fordert, wieder deutlich zu machen, daß Strafvollzug die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen muß, Strafe auch als solche empfunden werden muß und dem Gedanken der Spezial- und Generalprävention, also der Abschreckung des Täters und der Allgemeinheit vor der Begehung von Straftaten Rechnung getragen wird. Resozialisierung ist nur dort möglich, wo der Täter resozialisierungswillig und -fähig ist. Wo Resozialisierung nicht möglich erscheint oder der Gefangene die Chancen des Resozialisierungsvollzugs nicht wahrnimmt, ist die Unterbringung in einem besonderen Sicherheitsvollzug notwendig.

Bei gefährlichen, nichttherapiefähigen oder -willigen Sexualstraftätern muß Sicherungsverwahrung bereits nach der ersten Rückfalltat angeordnet werden.

10. Die Interessen von Tatopfern müssen im Strafverfahren verstärkt besondere Beachtung finden. Dies gebietet schon die Verantwortung des Staates für die durch Straftaten betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Vom behutsamen Umgang mit den Opfern hängt aber auch deren Anzeigebereitschaft und somit langfristig die Leistungsfähigkeit der Verbrechensbekämpfung ab. Opfer müssen sich besonderer Rücksichtnahme und staatlichen Schutzes gewiß sein können.

Insbesondere muß die Rechtsstellung der Opfer von Straftaten gestärkt werden.

Kinder leiden an den Folgen einer Straftat, aber auch unter dem mit dem Strafverfahren verbundenen Belastungen besonders. Um kindlichen Opfern ihre schwierige Lage zu erleichtern, bedarf es weiterer gesetzgeberischer Anstrengungen.

11. Die vielfältigen Aspekte der Gefährdungslage zeigen, daß es in der Kriminalitätsbekämpfung keinen „Königsweg“, sondern nur die Möglichkeit gibt, ein aus vielen Bausteinen bestehendes Mosaik zusammzusetzen, das in der Gesamtschau die Bündelung aller Kräfte zur Verbrechensbekämpfung widerspiegelt.

Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß die Gefährdung der Inneren Sicherheit in Zukunft von einem sehr viel schnelleren Wandel als in der Vergangenheit geprägt sein wird. Deshalb muß sich die Politik mit größter Flexibilität und Kreativität auf die sich ändernden Gefährdungslagen einstellen. Die Verfallszeit gewonnener Erfahrungen wird auch im Bereich der Inneren Sicherheit immer kürzer, der Anpassungsbedarf kurzfristiger und das unkritische Beharren auf einmal eingenommenen politischen Positionen gefährlicher.

Es ist die Aufgabe der Politik, darauf mit ständiger Überprüfung des „Handwerkszeugs“ von Staat und Gesellschaft zu reagieren und nicht Reformstaus eintreten zu lassen.

Eine solche Politik erfordert praktische und sofortige Maßnahmen auch unter Einsatz verstärkter finanzieller Mittel von Bund und Ländern zur sachlichen und personellen Ausstattung von Polizei und Justiz. Die Anstrengungen des Bundes in diesen praktischen Fragen spiegeln sich in der Ausstattung von Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz und dem dafür erforderlichen finanziellen Aufwand deutlich wider:

	BKA	BGS
1993:	485 Mio. DM	2.151 Mio. DM
1998:	572 Mio. DM	3.148 Mio. DM

Dies bedeutet im Vergleich dieser Jahre Mehrausgaben von ca. 18 % beim BKA und mehr als 46 % beim BGS bei allgemein restriktivem Haushaltsverlauf.

12. So wichtig der verstärkte Kampf gegen die Kriminalität und die Festigung der Inneren Sicherheit sind: Innerer Frieden umfaßt noch mehr. Hier geht es um das dauerhaft verträgliche Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen - auch jenseits von Kriminalitätsfragen. Dabei spielt die Begegnung von Deutschen und Ausländern eine langfristig entscheidende Rolle. Diese Begegnung kann nur gelingen, wenn die integrativen Bemühungen zugunsten von dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländern wesentlich verstärkt werden. Dafür reichen die gesellschaftlichen Kräfte dann aus, wenn der ständige weitere, unberechtigte Zuzug von Ausländern gestoppt und Ausländer ohne Bleiberecht in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Diese Aufgabe kann auf der Basis des gegenwärtigen Asyl-Verfassungsrechtes nur bewältigt werden, wenn das Ausländerrecht konsequent angewendet wird, wozu eine Verstärkung der Ausländerbehörden der Länder ebenso gehört wie eine ständige Nachbesserung des geltenden Rechts entsprechend erkannter Schwächen in der Praxis:

- Es ist die rechtliche Möglichkeit zu schaffen, bei Ausländern, die ihre Identität oder Herkunft nicht preisgeben bzw. ihre Dokumente vernichten, Beugehaft zu vollstrecken.
- Die zwingende Ausweisung und Abschiebung von Ausländern sollte bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe bereits ab einem Jahr - statt bislang ab drei Jahren - (ohne Bewährung) erfolgen.
- Die konsequente Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern durch die zuständigen Länderbehörden sollte deren illegalen Status in Deutschland beenden.
- Das Asyl-Card-Verfahren, für das die gesetzliche Grundlage seit langem geschaffen worden ist, ist unverzüglich zu Ende zu führen.
- Es sind unverzüglich die notwendigen Überstellungsübereinkommen mit anderen Staaten abzuschließen, um verurteilte kriminelle Ausländer gegebenenfalls auch gegen ihren Willen zur Strafverbüßung in das Herkunftsland abzuschicken.

Dem Unwesen der Schlepper und Menschenhändler ist mit Härte entgegenzutreten.

Die Beherrschung dieser Problematik durch den demokratischen Rechtsstaat ist eine entscheidende Voraussetzung im Kampf gegen den politischen Rechtsextremismus und von ihm ausgehende gewalttätige Spannungen in der Gesellschaft.

Eine auf diese Thesen praktisch eingestellte Sicherheitspolitik der CDU erfordert politisch einen langen Atem und die Überwindung immer wieder dagegen gerichteter linker Polemik – aber die Aufgabe ist lösbar:

Mehr Sicherheit für die Bürger in Deutschland.

Sonstige Beschlüsse

D 17

Die für die auswärtige Kulturarbeit zuständigen Institutionen wie z.B. die Goethe-Institute und das Institut für Auslandsbeziehungen (IFA) werden angehalten, verstärkt ostkundliche Stoffgebiete in ihre Informations- und Bildungsangebote aufzunehmen, in denen auch die jahrhundertelange Geschichte und das Wirken deutscher Landsleute bis zu ihrer Vertreibung gewürdigt und das derzeitige Wirken der deutschen Volksgruppen mit ihrer Brückenfunktion dargestellt wird.

D 18

Ausbildungsförderung sichern!

Für die CDU Deutschlands gehören Chancengerechtigkeit und Wettbewerb zusammen. Wir wollen, daß jeder junge Mensch eine faire Chance hat, seine Begabung zu entfalten, und wir wollen offene Leistungseliten fördern. Jeder, der kann und will, muß auch in Zukunft die Chance zum Studium haben - unabhängig von seiner sozialen Herkunft.

Die CDU sieht mit Sorge, daß immer mehr Studenten aus der Ausbildungsförderung herausfallen und das sogenannte „Mittelstandsloch“ beim BAföG immer größer wird. Deshalb unterstützt die CDU Baden-Württemberg eine Reform der Ausbildungsförderung.

D 21 und D 22

Leistung – Differenzierung – Wettbewerb Leitgedanken für eine zukunftsfähige Hochschule

Unsere Hochschulen brauchen Handlungsspielräume

Die Frage der Sicherung eines qualitativ hochwertigen Bildungssystems gehört zu den zentralen Herausforderungen unseres Landes. Die eigentliche Entscheidung, ob unser Land im globalen Wettbewerb bestehen kann, ist eng mit der Qualität unserer Bildungseinrichtungen verbunden. Daher ist es wichtig, für unser Bildungssystem insgesamt und insbesondere für die Hochschulen eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, die einerseits die Erfolge der Vergangenheit würdigt, andererseits die besondere Situation der neuen Bundesländer berücksichtigt und Fehlentwicklungen aufdeckt.

Wissenschaft und Forschung brauchen die besten Entwicklungsmöglichkeiten. Den Hochschulen kommt dabei die besondere Aufgabe zu, Forschung, Lehre und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbinden. Die Diskussion über die Lage der deutschen Hochschulen hat sich dabei in den vergangenen Jahren deutlich verschärft. Die Zustandsbeschreibung wird zunehmend negativer. Seit Jahren tragen die Hochschulen eine Überlast mit häufig unzureichender Personal- und Sachausstattung.

Die Bildungsstatistik für das frühere Bundesgebiet weist im Jahre 1960 eine Zahl von 291.100 Studenten aus, was 4,3 Prozent der 19- bis unter 26-jährigen Bevölkerung entsprach. 1994 waren 26,2 Prozent der 19- bis unter 26-jährigen Bevölkerung an den Hochschulen eingeschrieben.

Die Zahlen der Studenten entwickelten sich wie folgt:

1970: 510.500

1980: 1.044.200

1985: 1.338.000

1990: 1.717.400 (davon 132.200 in den neuen Bundesländern)

Trotz weiterhin steigender Studentenzahlen - nach den jüngsten Prognosen der Kultusminister wird die Zahl der Erstsemester in den kommenden Jahren um etwa 100.000 jährlich steigen und im Wintersemester 1996/97 meldet die Hochschulrektorenkonferenz 1.845.000 eingeschriebene Studenten und einen Anstieg der Zahl der Erstsemester um 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr - haben nicht wenige Bundesländer angesichts der Lage der öffentlichen Kassen die Hochschule als Steinbruch für finanzpolitische Entlastungen entdeckt.

In seltener Einmütigkeit beklagen Professoren, Studierende und auch die Wirtschaft Überfüllung, überlange Studiendauer, hohe Fachwechsel- und Studienabbrecherquoten sowie Überbürokratisierung. Manche Beobachter halten die Hochschulen gar für „im Kern verrottet“, andere sprechen ihnen die Zukunftsfähigkeit ab. Dabei ist grundsätzlich festzuhalten, daß trotz der hier beschriebenen Entwicklungen unsere Hochschulen nicht zuletzt aufgrund des großen Engagements mancher Hochschulangehörigen bemerkenswerte Ergebnisse in Forschung, Lehre und Ausbildung erzielen.

Mit Blick auf die Zukunft werden sich die Herausforderungen, vor denen die Hochschulen heute stehen, noch wesentlich erhöhen. Die aktuellen Quantitäts- und Strukturprobleme erhalten einen gänzlich neuen Stellenwert angesichts der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungen in globaler Perspektive. Haben im vergangenen Jahrhundert Arbeit und Kapital die Industriegesellschaft ermöglicht und geprägt, werden diese Produktionsfaktoren heute zunehmend durch den dritten Faktor verdrängt: Bildung und Wissen. Wissen und seine wissenschaftliche Erzeugung gewinnen bereits heute konstitutive Bedeutung für die Gesellschaft, und ihr Stellenwert wird steigen. Das methodisch gewonnene und systematisch geordnete Wissen wird zur Ressource und zur Grundlage wirtschaftlichen und sozialen Handelns werden.

Bildung muß aber zugleich in einer Zeit raschen Wandels, lebenslangen Lernens und verstärkter Anpassungsanforderungen an neue gesellschaftliche Entwicklungen dazu beitragen, daß die Menschen befähigt werden, Persönlichkeit zu entwickeln, Selbständigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl zu verbinden, den eigenen Werten und Grundsätzen treu zu bleiben, sie ständig zu überprüfen und ihrem Leben Sinn und Orientierung zu geben. Wissensgesellschaft und Bildungsgesellschaft sind zwei Seiten einer Medaille.

Mit diesen Veränderungsprozessen verbinden sich die konkrete Herausforderung für die Hochschulen und die Wissenschaft. Sie müssen in die Lage versetzt sein, diesen Prozeß der Umwandlung unserer Gesellschaft aktiv zu begleiten und mitzugestalten sowie sich in den öffentlichen Diskurs über grundlegende Zeit- und Zukunftsfragen einzubringen.

Vor diesem Hintergrund verdichtet sich der Eindruck in der Öffentlichkeit, das deutsche Hochschulsystem könne mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt halten. Der Wert der Hochschulausbildung und Hochschulforschung für das Gemeinwesen insgesamt steht in Frage. Die Universitäten laufen Gefahr, immer weniger die geistigen und kulturellen Zentren sowie die Horte von Forschung und Lehre zu sein. Ihr aktives Wirken hinein in die Gesellschaft, in die Region oder in die Bevölkerung ihres unmittelbaren Einzugsgebietes ist vielfach auf ein Minimum geschrumpft.

Ein Indikator für die Wertschätzung der deutschen Hochschulen ist auch ihre internationale Wahrnehmung. Wissen macht nicht an Landesgrenzen halt. Es muß uns treffen, wenn immer mehr ausländische Studenten einen Bogen um den Studienstandort Deutschland schlagen. Die Zahl der echten, nicht in Deutschland aufgewachsenen ausländischen Studenten etwa aus vielen überseeischen Staaten ist im wesentlichen auf dem niedrigen Niveau der siebziger Jahre stehengeblieben. Dabei ist die Ausbildung qualifizierter ausländischer Studenten wichtig für unsere künftige wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Teilen der Welt.

Hochschulen und Wissenschaft brauchen deshalb neue Handlungsspielräume. Es gilt, sie jetzt zu schaffen.

Dabei orientiert sich der Bundesfachausschuß an zwei Leitgedanken:

1. Differenzierung

Da die Wissensgesellschaft einen steigenden Bedarf an höher qualifizierten jungen Menschen hat und gleichzeitig die Nachfrage nach einer Ausbildung im tertiären Sektor bei jungen Menschen steigt, benötigen wir eine stärkere Differenzierung sowohl zwischen den einzelnen Einrichtungen des Bildungssystems als auch innerhalb des bewährten Systems der Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien. Der Bundesfachausschuß Bildung, Forschung und Kultur fordert daher die Umsetzung des Eckwerte-Papiers von 1993 über den weiteren Ausbau der Fachhochschulen incl. der Verlagerung von Studien- oder Teilstudiengängen. Darüber hinaus fordern wir den Ausbau der Berufsakademien und weitere Möglichkeiten, die berufliche Bildung und Weiterbildung über integrierte Studiengänge und Fortbildungsmaßnahmen stärker an den tertiären Bereich anzubinden. Dabei muß das Prinzip der Durchlässigkeit gewahrt bleiben.

2. Qualität, Leistung und Wettbewerb

Es ist unbestritten, daß einzelne Hochschulen, Fachbereiche und Fächer zwar als gleichwertig gelten, aber nicht gleichrangig sind. Daraus entstand eine Form des Wettbewerbs, die seit Anbeginn zu den Grundelementen des deutschen Hochschulwesens gehört. Vor den neuen Herausforderungen gilt es jetzt, den Wettbewerbsgedanken durch neue Gestaltungselemente zu stärken und Abschied zu nehmen von der Idee, Gleichwertigkeit bedeute Gleichrangigkeit.

Spitzenqualität und hohe Leistung sind an den Hochschulen nur dann wieder zu erreichen und langfristig zu sichern, wenn den Hochschulen die Möglichkeit zum Wettbewerb eröffnet wird:

ein die Bundesländer übergreifender und internationaler Wettbewerb um Leistungsstandards, ein nationaler Wettbewerb um knappe Mittel. Das bedeutet für die Organisation der Hochschulen eine deutliche Professionalisierung des Managements und eine Stärkung der Leitungsfunktionen.

Für die Mittelausstattung der Hochschulen bedeutet das:

An die Stelle staatlicher Bewirtschaftung tritt die erfolgsabhängige Verteilung der vom Staat bereitgestellten Mittel über den Wettbewerb; verbesserte Leistung wird durch höhere Mittel honoriert. Die Hochschulen müssen die Ressourcen, die sie vom Staat erhalten, als Investitionen in die Zukunft verstehen und nicht als Besitzstand, den der Staat zu wahren hat. Daneben sollen die Hochschulen ermutigt werden, zusätzlich Drittmittel einzuwerben.

In einem solchen Wettbewerb wird sich diejenige Hochschule bewähren,

- die ein eigenes Profil entwickelt,
- die Anreizsysteme für besondere Leistungen schafft, vor allem in der Lehre,
- die ein Mehr an nachgefragten Anforderungen erfüllen kann,
- deren Absolventen und Wissenschaftler im persönlichen Fortkommen vom Renommee ihrer Hochschule profitieren.

Dazu gehören für den Bundesfachausschuß folgende Gestaltungselemente:

- Stärkung der Autonomie der Hochschulen

Eine Stärkung der Autonomie der Hochschulen verlangt eine radikale Verringerung der staatlichen Regelungsdichte. Ohne die Landesregierungen und Landtage aus ihrer Verantwortung für die Sicherung von Forschung und Lehre zu entlassen, ist es notwendig, den Hochschulen größere Gestaltungsspielräume für Strukturen, personelle Zusammensetzungen und Verwendung zugewiesener Mittel (Finanzautonomie) einzuräumen. Dazu bedarf es auch der Anwendung erprobter Methoden aus anderen Bereichen, wie moderner Managementmethoden, Evaluierung und Controlling. Ebenso muß mit der Finanzautonomie der Anreiz verbunden sein, neue Finanzquellen zu erschließen, so im Bereich der Einrichtung von Stiftungen, Sponsoring, Drittmittelerwerb usw. Den Hochschulen muß die Freiheit zur Gestaltung eines eigenen Profils gegeben werden.

Diese Vorstellungen erweitern den herkömmlichen Begriff der Selbständigkeit der Hochschulen, der sich traditionell in erster Linie über die individuelle Freiheit des Wissenschaftlers in Forschung und Lehre definierte. Nur wenn diese umfassende Selbständigkeit verwirklicht wird, müssen und können die Hochschulen die Kräfte zur inneren Reform mobilisieren, die sie brauchen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Das bedeutet konkret:

1. Der Staat vergrößert den Raum der Hochschulen zur eigenverantwortlichen Gestaltung, insbesondere in bezug auf ihre Organisations- und Entscheidungsstrukturen und auf den Wettbewerb in Forschung und Lehre. Er beschränkt sich dabei auf die Festlegung eines verbindlichen Rahmens und von Mindeststandards.
2. Dazu können zwischen Hochschule - einer selbständigen Körperschaft öffentlichen Rechts - und Staat Ziele und Aufgaben der jeweiligen Hochschule und die dafür zur Verfügung zu

stellenden Mittel (incl. Gebäude etc.) in einem Vertrag festgelegt werden. In einem solchen Vertrag wäre auch zu regeln, in welcher Weise und wann Rechenschaft über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel abzugeben ist.

– **Schwerpunktbildung der Hochschulen**

Die Hochschulen bilden in eigener Verantwortung Schwerpunktbereiche und Leitbilder, mit denen sie sich in Zukunft im Wettbewerb profilieren können. Diese müssen die Hochschulen nach außen bekannt machen und gegenüber Öffentlichkeit und Politik verantworten.

Dazu brauchen die Hochschulen mehr Handlungsspielraum auch in finanzieller Hinsicht. Sie sollen über die ihnen vom Staat zur Verfügung gestellte Gesamtsumme frei verfügen können, im Gegenzug muß der Staat qualitätssichernde Verfahren garantieren.

Dabei sollte die Finanzierung zukünftig, unter Berücksichtigung der finanziellen Grundausrüstung, nach Maßgabe der in Forschung und Lehre erbrachten und durch Evaluation bestätigten Leistungen erfolgen. Dieses Verfahren sollte auch für die hochschulinterne Ressourcenverteilung Anwendung finden. Dies erfordert eine weitgehende Flexibilisierung der Hochschulhaushalte, etwa durch die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Haushaltsansätze, eine dezentrale Budgetverantwortung und eigene Haushalte der Fachbereiche und Fakultäten.

Ferner sollte:

eine Wirtschaftsführung nach den Grundsätzen der kaufmännischen Rechnungslegung im Rahmen von Wirtschaftsplänen zugelassen werden und

die bisherige Detailsteuerung durch den Staat auf Programmsteuerung umgestellt werden.

– **Hochschulzugang**

Die Neuakzentuierung des Begabungsbegriff in den späten sechziger Jahren und das politische Ziel, die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten immer weiter zu erhöhen, haben insgesamt zu einem Absinken der Leistungsmaßstäbe auf allen Bildungsstufen geführt. Für den Bundesfachausschuß der CDU sichert das Abitur als Abschlußqualifikation die Zugangsberechtigung für alle Studiengänge. Weil die SPD-geführten Bundesländer jedoch die Konzeption verfolgen, Gymnasien noch weiter zu öffnen, ist es nicht gelungen, das Abitur wieder hinreichend vergleichbar und aussagefähig zu machen.

Schwerpunkt und Profilbildung der Hochschulen werden aber nur dann ihre volle Kraft entfalten können, wenn den Studierenden die Möglichkeit gegeben wird, einen ihren Begabungen und Neigungen entsprechenden Hochschultyp auszuwählen und umgekehrt den Hochschulen zusätzliche Möglichkeiten zur Gestaltung des Hochschulzugangs eingeräumt werden.

Dazu wollen wir den Hochschulen zumindest in den Fächern, in denen ein Nachfrageüberhang besteht, die Möglichkeit geben, einen Teil ihrer Studierenden selbst auszuwählen, wie bereits heute an Kunst-, Musik- und Sporthochschulen sowie bestimmten Studiengängen der Fachhochschulen eine Auswahl der Studierenden vorgenommen wird. Dies kann durch eine Fächer- und Notengewichtung des Abiturzeugnisses, Tests, Auswahlgespräche etc. oder durch eine Kombination dieser Verfahren erfolgen. Der Bundesfachausschuß fordert von den

Ländern, dafür Sorge zu tragen, daß die mit den Abiturnoten vorgelegten Leistungsnachweise sowohl innerhalb eines Landes als auch im Verhältnis zwischen den Ländern hinsichtlich der Anforderungen und Bewertungen vergleichbar sind.

Um dem Verfassungsgrundsatz der freien Berufswahl nicht zu widersprechen, muß durch ein an die erste Verteilungsrunde anschließendes zweites Verteilungsverfahren sichergestellt werden, daß vorhandene Studienkapazitäten nicht brachliegen und die grundsätzliche Möglichkeit besteht, das Studium, wenn auch an einer anderen Hochschule, aufzunehmen.

Für die Umsetzung wird eine entsprechende Änderung des § 32 Hochschulrahmengesetzes notwendig sein.

Um die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung zu bekräftigen und die Attraktivität der beruflichen Bildung zu steigern, soll der Hochschulzugang beruflich Qualifizierter geregelt werden. So soll zukünftig Bewerbern mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß und angemessener Berufserfahrung oder einer Qualifikation als Meister (incl. vergleichbarer Qualifikation) aufgrund einer Eignungsfeststellung, deren Gestaltung bei den Ländern in Zusammenarbeit mit den Hochschulen liegt, der Zugang zur Hochschule ermöglicht werden.

– Studienstruktur, Leistungsüberprüfung und Abschlüsse

Der weitaus größte Teil der heute Studierenden strebt keine wissenschaftliche Karriere an, sondern vor allem einen berufsqualifizierenden Abschluß. In diesem Zusammenhang ist die hohe Zahl der Studienabbrecher ebenso zu beachten, wie die Tatsache, daß die herkömmlichen Abschlüsse erst spät über Erfolg oder Mißerfolg des Studiums Auskunft geben. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Entscheidender Ansatzpunkt für den Bundesfachauschuß ist eine klare und verbindliche Gliederung der Studiengänge:

- Das Studium muß insgesamt so gestaltet werden, daß ein berufsqualifizierender Abschluß (Magister, Diplom o.ä.) innerhalb der Regelstudienzeit möglich ist. Die Regelstudienzeit soll einschließlich Praxissemester acht Semester an Fachhochschulen und neun Semester an Universitäten nicht überschreiten. Um den Hochschulen ein zusätzlichen Anreiz zu geben, ein zügiges Studium zu ermöglichen, sollen zukünftig die Zahl der Studierenden und der Abschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit bei der Vergabe der Mittel des Staates für die Lehre Berücksichtigung finden.

An ein so gegliedertes Studium kann sich ein Aufbaustudiengang anschließen für jene besonders Qualifizierten, die eine wissenschaftliche Laufbahn im weitesten Sinne anstreben (Promotion, Habilitation o.ä.).

– Studierende brauchen früher Auskunft über ihre Eignung und Erfolgsaussichten. Deshalb sollen Leistungsnachweise und Zwischenprüfungen obligatorisch spätestens zum 4. Fachsemester eingeführt werden. Das Bestehen der Zwischenprüfung bis spätestens zum Abschluß des 6. Semester soll Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums sein.

– Die Freischußregelung hat sich, vor allem mit Blick auf die Beschleunigung des Studiums, sehr bewährt. Deshalb wollen wir die Ausdehnung dieser Regelung auf alle dafür geeigneten Studiengänge.

- Die internationale Vernetzung gewinnt gerade auch in der Wissenschaft ständig an Bedeutung. Zur Stärkung der internationalen Kompatibilität und Transparenz der Abschlüsse wollen wir den Hochschulen die Möglichkeit eröffnen - neben dem bisherigen Graduierungssystem (Diplom, Magister) - die im angelsächsischen Graduierungssystem üblichen Hochschulgrade Bachelor und Master zu verleihen.
- Wir wollen die Entwicklung eines Konzepts für ein Credit Transfer System zur Erleichterung des Hochschulwechsels aus dem Ausland nach Deutschland und umgekehrt, entsprechende Anwendung dieses Systems für die Mobilität zwischen Hochschulen innerhalb Deutschlands, und zwar für Studien- und Prüfungsleistungen sowohl im Präsenz- wie auch im Fernstudium.

- Qualität von Forschung und Lehre

Die Qualität von Forschung und Lehre sind wesentliche Kriterien für die Positionierung der Hochschulen im Wettbewerb. Deshalb ist vor der Notwendigkeit einer objektiven Vergleichbarkeit der Leistungen der Hochschulen die Evaluation von Forschung und Lehre ein unverzichtbares Wettbewerbselement. Während die Evaluation von Forschung in Deutschland Tradition hat, müssen hierzu für den Lehrbereich noch routinemäßig einzusetzende Verfahren entwickelt werden. Wir versprechen uns davon auch eine deutliche Qualitätsverbesserung der Lehre.

Diese Evaluierung muß von einem unabhängigen Gremium unter Einbeziehung der Erfahrungen der Studierenden durchgeführt werden und objektiv vergleichbare Kriterien umfassen, wie z.B. Mitteleinwerbung, Zitierrhäufigkeit, Abbrecherquote, die Durchführung von Anfängerveranstaltungen durch Professoren und Beratungstätigkeit des Lehrpersonals. Die Ergebnisse der Evaluierung sind jährlich zu veröffentlichen und müssen Studenten, den Hochschulen und der Öffentlichkeit Aufschluß über die Forschungs- und Lehrleistung sowie die Schwerpunktbildung der Hochschulen geben. Dabei ist sicherzustellen, daß diese Evaluation sich nicht nur auf ein Verfahren zum Zwecke der Selbststeuerung beschränkt, sondern auch die Möglichkeit zu einem länderübergreifenden Vergleich schafft. Eine ungeschminkte Berichterstattung über Stärken und Schwächen der evaluierten Hochschule gehört immanent zu einem funktionierenden System der Qualitätssicherung und Leistungsoptimierung.

Bei Neuberufungen ist in Zukunft verstärkt Wert auf die pädagogisch-didaktischen Fähigkeiten der Kandidaten zu legen. Sie soll nicht mehr, wie im geltenden HRG, unterstellt werden. Externe Gutachten können auch hier wertvolle Entscheidungshilfen liefern.

Die akademische Bildung muß mehr unter dem Blickwinkel der Ausbildung gesehen werden. Ohne die Studierenden auf einen bestimmten Beruf festzulegen, sind die Hochschulen gehalten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen stärkeren Praxisbezug zu fördern. Das kann z.B. über eine Kontaktstelle an der Hochschule geschehen.

- Zukunft der Hochschulforschung

Die Hochschulen stellen die breite Basis für Wissenschaft und Forschung in Deutschland dar. Damit die Qualität der Hochschulforschung gesichert werden kann, sind die Mittel für eine moderne Grundausstattung für die Hochschulforschung bereitzustellen. Auch bei der Grundausstattung ist wie bei der Projektförderung eine zum Teil leistungsbezogene Mittelvergabe anzustreben.

Ziel muß dabei auch die Bündelung der Ressourcen auf wichtige Schlüsselfelder und die Bildung von Schwerpunktprofilen unter Wahrung der Eigenständigkeit der Hochschulen sein.

Die internationalen Beziehungen der deutschen Hochschulforschung sind auszubauen. Ebenso notwendig ist die Gewährleistung der ständigen Rückkopplung zwischen außeruniversitärer Forschung und Hochschulforschung. Dafür ist vor allen Dingen der Wissenschaftlerausaustausch zu fördern.

Die fachübergreifende Kooperation muß gestärkt werden. Dies ist zum Beispiel durch fakultäts-, gegebenenfalls auch hochschulübergreifende befristete Forschungseinrichtungen eventuell mit Beteiligung von außeruniversitären privaten wie öffentlichen Forschungseinrichtungen möglich. Neben dem Wissens- und Technologietransfer über die „Köpfe“ der Hochschulabsolventen, ist auch die direkte Nutzung der Ergebnisse der Hochschulforschung für Prozeß- und Produktinnovationen zu verbessern. Wege hierzu sind vor allem die verstärkte Anmeldung und Verwertung von Patenten, sowie die Privatisierung von Forschungskapazitäten. Die notwendige Vernetzung mit den industriellen Nutzern und außeruniversitären Forschungs- und Technologieeinrichtungen kann durch Innovationstransfer- und -verwertungsstellen an den Hochschulen organisiert werden. Die Hochschulen sollen sich in Zukunft auch stärker in privatwirtschaftlichen Unternehmensformen in Kooperation mit der Wirtschaft oder durch Unterstützung von Mitarbeiterausgründungen und Gründungen von jungen Technologieunternehmen betätigen dürfen. Wichtig ist, daß die erzielten Einnahmen aus Patentverwertungen und Lizenzen ebenso wie aus der Kooperation mit der Wirtschaft in der Hochschule zur eigenverantwortlichen Verwertung und ohne Anrechnung auf Fördertitel verbleiben.

– Dienstrechtsstellung der Hochschullehrer

In den nächsten zehn Jahren werden ca. 50 Prozent der heute tätigen Hochschullehrer aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Die Neuberufung von Hochschullehrern muß für eine strukturelle Reform genutzt werden, die unter den Aspekten Wettbewerb und Austausch zwischen Hochschulen und Wirtschaft neue dienstrechtliche Möglichkeiten für die Stellung von Hochschullehrern eröffnet. Hierbei denken wir u.a. an folgende Maßnahmen:

Länder und Hochschulen müssen das bereits heute in § 46 HRG gegebene Instrument der Berufung auf Zeit intensiver nutzen. Für hervorragende junge Wissenschaftler bietet bei Erstberufungen die Zeitprofessur eine hohe Attraktivität, da sie bereits frühzeitig eine selbständige wissenschaftliche Arbeit ermöglicht. Die hier erworbenen Qualifikationen können eine gute Grundlage für künftige Entscheidungen über die Berufung auf Lebenszeitprofessuren sein.

Auf der Basis des Neuregelung des Dienstrechtes soll in Zukunft von der Einrichtung der Teilzeitprofessur Gebrauch gemacht werden, wie es der Wissenschaftsrat bereits seit mehreren Jahren für die Fachhochschulen fordert.

Für besonderes Engagement in Lehre, Drittmittelforschung und Weiterbildung sollen zusätzliche Leistungsanreize geschaffen werden, wie z.B. die Zahlung einer Lehrvergütung für eine über die Regellehrtätigkeit hinausgehende Lehrtätigkeit, insbesondere bei Anfängerveranstaltungen und Weiterbildungsangeboten.

Die Universitäten werden aufgefordert, die Dauer für die Qualifikation des Hochschullehrernachwuchses deutlich zu verringern, damit die Hochschullehrer-Laufbahn keine berufliche Sackgasse wird.

– Stärkung der Leitungsfunktionen

Eine derart für den Wettbewerb ausgerüstete Hochschule bedarf einer Hochschulleitung, die mit den entsprechenden Leitungsvollmachten ausgestattet ist. Dies bedeutet vor allem eine Stärkung der Rechte der Leitungen der Fachbereiche (bzw. Dekane) und der Universitätsrektoren und zugleich eine Entlastung der Gremien von Alltagsentscheidungen durch ein effektives Management. So soll zukünftig die Verantwortung für die Aufstellung eines Haushaltsplanes und für die hochschulinterne Mittelverteilung bei der Hochschulleitung liegen. Den Hochschulen soll es ermöglicht werden, Prodekane mit eigenen Verantwortungsbereichen auszustatten.

Nach den Vorstellungen des Bundesfachausschusses soll die Leitung der Hochschule zukünftig in ihrer Arbeit durch einen Hochschulrat oder einem anderen in seiner Struktur ähnlichen Gremium unterstützt werden können, das sich aus Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik zusammensetzt. Er soll ein wichtiges und unabhängiges Entscheidungs- und Aufsichtsorgan der Hochschule sein.

– Hochschulrat

In einem Hochschulmodell, das eine erhebliche Erweiterung des Handlungsspielraumes der Hochschulen und weniger staatliche Vorgaben, aber weiterhin die Verwendung öffentlicher Mittel vorsieht, muß eine Institution vorgesehen werden, die die institutionelle Selbständigkeit der Hochschule fördert, die langfristige Strategieplanung der Hochschule mitträgt, gleichzeitig aber auch Kontroll- und Aufsichtsorgan darstellt: der Hochschulrat. Der Hochschulrat soll darüber hinaus in Kooperation mit der Hochschulleitung und den Kollegialorganen die Verbindung der Hochschule zum gesellschaftlichen Umfeld herstellen. Er ist damit weit mehr als ein nur beratendes Gremium.

Er wird von der jeweiligen Landesregierung (auf Vorschlag der Hochschule) berufen. Ihm gehören hervorragende Persönlichkeiten aus Wissenschaft (aber nicht von der betreffenden Hochschule), Kultur, Wirtschaft und Politik an. Die Vertreter der Politik sind in der Minderheit; ein Vertreter der Politik darf nicht den Vorsitz übernehmen. Die Hochschulleitung nimmt an seinen Sitzungen beratend teil.

Der Hochschulrat ist regelmäßig von der Hochschulleitung über ihre Tätigkeit und über die Lage der Hochschule umfassend zu informieren und kann zu allen grundsätzlichen Fragen der Hochschule Stellung nehmen sowie jederzeit das Wissenschaftsministerium anrufen.

Er definiert die Entwicklungsschwerpunkte der Hochschule im Einvernehmen mit der Hochschulleitung und hat ein Beteiligungsrecht bei der Aufstellung des Haushaltes und bei der Wahl der Hochschulleitung.

Darüber hinaus veranlaßt er regelmäßige Evaluationen der Hochschuleinrichtungen und der Hochschulverwaltung. Dafür kann er sich unabhängiger Gutachter bedienen. Er nimmt Stel-

lung zu den Lehr- und Forschungsberichten und berichtet regelmäßig über seine Tätigkeit dem Wissenschaftsministerium.

Der Hochschulrat soll an möglichst allen Entscheidungen, die Entwicklungs- oder Profilverfragen der Hochschule betreffen, an maßgeblicher Stelle eingebunden sein. Durch seine Zusammensetzung soll sichergestellt werden, daß Sachverstand von außen in die Hochschule eingebracht wird.

Ausblick

Die Hochschulen - differenziert nach Forschungsschwerpunkt, Praxisbezug und Abschlüssen - haben die Aufgabe, hochqualifizierte Fachkräfte, Führungspersonal und Eliten heranzubilden. Sie sind keine verlängerten Gymnasien und Berufsschulen und sie haben auch nur in geringem Maße die Aufgabe, Versäumnisse vorangegangener Bildungsstufen zu korrigieren. Daher schreibt der Bundesfachausschuß mit diesem Papier das integrierte Bildungskonzept der CDU vom September 1993 fort.

D 28

Gewerbeertragsteuer

Nach der Gewerbesteuer ist längerfristig auch die Gewerbeertragsteuer abzuschaffen. Kurzfristig muß die Gewerbeertragsteuer wie im Unternehmenssteuerreformkonzept geplant, mittelstandsfreundlich abgesenkt werden.

D 33

Die Bundesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, daß das Klonen von Menschen verboten bleibt. Die Bundesregierung soll sich für ein EU-weites und darüber hinaus auch für ein international rechtliches Verbot einsetzen, erbgleiche Menschen künstlich zu schaffen.

D 34

Die Bio- und Gentechnik wird in den kommenden Jahren eine der wichtigsten Zukunftsentwicklungen sein. Die Christlich Demokratische Union sieht bei dieser Technik insbesondere Chancen auf dem Gebiet der Medizin, Ernährung, Landwirtschaft sowie im Bereich des Umweltschutzes. Unter der Voraussetzung, daß die Würde des Menschen stets Richtschnur und zugleich Grenze für das Handeln auf dem Gebiet der Bio- und Gentechnologie ist, bekennt sich die CDU zu dieser Zukunftstechnologie.

Die CDU spricht sich dafür aus, daß die Chancen deutlicher im Vordergrund stehen sollten als bisher. Dazu ist es notwendig, daß alle betroffenen Verbände, Parteien und Initiativen die Bio- und Gentechnologie kritisch, sachlich, offen und damit zum Wohle der Gesellschaft diskutieren. Aufklärungskampagnen sollten daran angeschlossen werden.

Die CDU fordert für die Zukunft, daß in Deutschland nicht nur verstärkt geforscht, sondern auch produziert wird. Aus diesem Grund sollten Genehmigungsverfahren verkürzt werden. Ein ho-

hes Maß an Sicherheit muß allerdings in allen Bereichen der Forschung und Entwicklung sichergestellt sein. Die CDU spricht sich in diesem Zusammenhang nochmals für eine deutliche Kennzeichnung von genetisch veränderten Lebensmitteln in Deutschland und der EU aus.

D 64

Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollen noch in dieser Legislaturperiode geeignete Maßnahmen ergreifen, damit die Sozialhilfemittel, die junge Menschen aus der Sozialhilfe ohne jede Tätigkeit erhalten, an Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gebunden werden. Es darf nicht dazu kommen, daß in jungen Jahren eine Gewöhnung an Sozialhilfe und eine Verfestigung von Arbeitslosigkeit entsteht.

D 65 und D 68

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, der zunehmenden Ausweitung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse zu Lasten bestehender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse entgegenzuwirken.

D 76

Duty-Free-Handel langfristig sichern

Der Parteitag fordert die Bundesregierung auf, sich auf Ebene des Europäischen Parlaments dafür einzusetzen, den innereuropäischen Duty-Free-Handel über den 30. Juni 1999 zu erhalten und mit einer dauerhaften Lösung langfristig zu sichern.

D 58, D 82 und D 84

Der Parteitag möge beschließen, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu ersuchen, sich zur Wahrung des Rechtsfriedens im wiedervereinigten Deutschland für eine Verlängerung der Verjährungsfristen von DDR-Unrecht und Vereinigungskriminalität bis mindestens Ende 1999 einzusetzen.

D 80

Politik für eine lebendige Stadt - ohne Einzelhandel keine Stadt -

Unsere Städte und Gemeinden sind seit je her weit mehr als nur Arbeitsstätten für Menschen. Sie sind Treffpunkte, sie sind Stätte der Integration, sie sind Bildungsort, Wohnort, Mittelpunkt für viele Freizeitvergnügen und nicht zuletzt Standort für Investitionen. Die deutsche Stadlandschaft und Stadtkultur ist durch die Vielfalt kommunaler Zentren, baulicher Eigenarten,

historischer Strukturen und Merkmale gekennzeichnet. Städtisches Leben und damit städtische Handelsstrukturen gehören zu unserem „kulturellen Erbe“ und müssen erhalten werden.

Dies gilt um so mehr, als es zunehmende Tendenzen gibt, sowohl Investitionsstandorte als auch sonstige Einkaufsmöglichkeiten sowie Wohnungsgebiete nicht mehr stadtverträglich auszuweisen. Dies führt in den Städten zur Funktionsentleerung, verbraucht unverhältnismäßig viel Fläche, fördert Unsicherheit, die sich in Problemlagen zu wachsender Kriminalität verdichten kann.

Angesichts dieser Sachlage erwartet die CDU von der Bundesregierung, den Landesregierungen und den Kommunen, daß sie alle vorhandenen Instrumentarien nutzen bzw. neue entwickeln, die lebendige, liebens- und lebenswerte sowie sichere Städte auch auf Dauer zu einem wichtigen Charakteristikum unseres Landes machen.

Dazu gehören vor allen Dingen:

- Verstärkte Konzentration öffentlich geförderten Wohnungsbaus auf Sanierungsgebiete in Innenstädten,
- Fortentwicklung des städtebaulichen und baurechtlichen Instrumentariums,
- Bekämpfung von Kriminalität und Gewährleistung der Inneren Sicherheit.

Die übermäßige Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe außerhalb der Städte führt deutlich vor Augen, daß eine solche Entwicklung die Chancen der Stadtzentren und Stadtteile behindert.

Nicht integrierte Einkaufszentren der verschiedensten Art hin bis zu Factory Outlet Centern führen zu Problemen in den Bereichen Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt. Sie fördern die wachsende Zersiedlung, erhöhen den Flächenverbrauch und verursachen lange Anfahrtswege, die in der Regel nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen sind oder aber die Anlage zusätzlicher Verkehrsführungen voraussetzen. Ungezügelter Entwicklungen dieser Art bedeuten eine reale Gefahr für umfangreiche Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden in den Innenstädten.

Die Gemeinden sind deshalb aufgefordert, eine nicht nur „ausreichende“, sondern „möglichst optimale“ Erreichbarkeit der Innenstädte zu gewährleisten. Die Chancengleichheit innerstädtischer Standorte gegenüber der „grünen Wiese“ sollte durch positive Maßnahmen wie z.B. effektives „City-Management“ oder „City-Logistik“ hergestellt werden. Dazu zählen kreative Formen der Parkraumbewirtschaftung, der Warenverteilung mit Lkw und die Optimierung des ÖPNV. Auch die Erschließung innerstädtischer Potentiale wie der Umbau von Bahnhöfen zu Verkehrs- und Einzelhandelszentren sollte aktiv betrieben werden.

Die Entkriminalisierung sogenannter „Bagatelldelikte“, wie Ladendiebstahl, ist strikt abzulehnen. Neben den unmittelbar handelsbezogenen Eigentumsdelikten leidet der Standort Innenstadt auch unter Sachbeschädigung (Graffiti), Verunreinigung und Vandalismus. Hier ist eine stärkere Präsenz der Polizei- und Ordnungskräfte erforderlich.

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, eine ganzheitliche Strategie zur Entwicklung der Innenstädte als Standorte für vielfältige, mittelständisch geprägte Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe zu erarbeiten. Dazu gehört insbesondere die Änderung der Baunutzungsver-

ordnung, um die Innenstädte und Stadtteilzentren zu stärken. Vorrangiges Ziel einer Novelle sollte es sein, eine größere Nutzungsvielfalt und stärkere Nutzungsmischung zu erreichen. Kerngebiete sollen grundsätzlich zur Wohnnutzung geöffnet werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob nicht die Ausweisung allgemeiner Wohngebiete (anstelle reiner Wohngebiete) ausreicht, um den ausreichenden Schutz der Wohnbevölkerung zu gewährleisten. Die Vorschriften über Grundflächen und Geschoßflächenzahlen sind lediglich als Orientierung vorzugeben. Bei sinnvoller Anwendung solcher Vorgaben müßte es gelingen, Wohnen und Arbeiten unter veränderten Umweltgesichtspunkten wieder näher aneinander zu führen, Urbanität, wo sie verloren gegangen ist, zurückzugewinnen und Lebendigkeit auch in Wohnquartieren zu befördern.

Die CDU begrüßt, daß mit der Baugesetznovelle, die zum 01.01.1998 in Kraft tritt, das rechtliche Instrumentarium zur raumordnerischen Steuerung der Errichtung von außerstädtischen Einkaufszentren bis hin zu Factory Outlets verschärft worden ist. Das seit Jahren vorhandene vollständige Rechtsinstrumentarium zur städtebaulichen Steuerung der Standorte von Einzelhandelsgroßprojekten muß umfassend genutzt werden. Bei der Errichtung großflächiger Einzelhandelsbetriebe und/oder Factory Outlet Centern ist ein Raumordnungsverfahren und für Betriebe ab einer Geschoßfläche von 5000 qm eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Die Länder stehen in der Pflicht, diese Zielvorgaben in ihren Raumordnungsplänen und Programmen umzusetzen und bestehende Vorgaben nicht zu unterlaufen.

Die CDU erwartet, daß die Kommunen bzw. die Kommunalaufsicht dafür Sorge tragen, daß die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft und in der Abwägung das vitale Interesse der gesamten Bevölkerung an einer zukunftssicheren Stadtentwicklung gebührend berücksichtigt wird.

Großflächige Einzelhandel mit innenstadtypischen Hauptsortimenten darf grundsätzlich nur noch innerhalb der gewachsenen Stadt- und Ortszentren angesiedelt werden.

Die CDU ist entschlossen, diese Vorgaben auch dazu zu nutzen bzw. deren Anwendung zu empfehlen, um die Vielfalt innerstädtischer Handelsstrukturen zu sichern, denn es gilt: keine Innenstadt ohne Handel - keine Urbanität ohne Vielfalt. Allerdings gilt auch: Ohne zukunfts-fähige lebendige Städte schwindet der „Lebensraum“ für den Handel.

Die CDU unterstreicht, daß z.B. Factory Outlet Center außerhalb von Großstädten oder Oberzentren nach geltendem Recht nicht zulässig sind.

Die CDU fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ den innerstädtischen Handel in Oberzentren der Fördergebiete in die Förderung einzubeziehen, um positive Standortentscheidungen für die Innenstädte zu unterstützen.

Die CDU fordert Länder und Kommunen auf, gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen inner- und außerstädtischen Zentren herzustellen. Es gilt zu verhindern, daß Standorte in Randlagen durch öffentliche Zuschüsse bzw. Bereitstellung der kompletten öffentlichen Infrastruktur, vergleichsweise günstige Grundstückspreise oder durch gebührenfreie Parkflächen bevorzugt werden, während der innerstädtische Handel durch die Pflicht zur Bereitstellung bzw. Ablösung von Stellplätzen sowie durch die strengen Auflagen des Denkmalschutzes in ihrer Existenz bedroht, zumindest aber beeinträchtigt werden.

Die CDU erwartet, daß sich aber auch private Hauseigentümer und Inhaber von Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben in ihrem eigenen Verantwortungsbereich verstärkt um attraktive Stadt- und Ortszentren bemühen und sich auch in die Aufgaben der Innenstadtentwicklung aktiv einbringen, die nur durch privat-öffentliche Zusammenarbeit gelöst werden können.

Die CDU begrüßt, daß der Bundesbauminister mit seiner Initiative zur grenzüberschreitenden Abstimmung und Kooperation im Bereich der räumlichen Einzelhandelsplanung die Verhandlungen aufgenommen hat. Dabei muß bei den anstehenden Beratungen zum Entwurf eines europäischen Raumentwicklungskonzepts das Instrument der grenzüberschreitenden Abstimmung und der Raumverträglichkeitsprüfung gerade auch für großflächige Einzelhandelsbetriebe/Factory Outlet Center aufgenommen werden. Eine nur nationale Betrachtungsweise reicht bei den anstehenden großen Dimensionen nicht aus.

D 81

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die dauerhafte Stabilisierung der auf dem Generationenvertrag aufbauenden Rentenversicherung abzusichern, „Schlupflöcher“, wie sie in § 230 SGB VI enthalten sind, zu schließen und Befreiungsmöglichkeiten eindeutig auf Personen zu beschränken, die im engeren Sinne hoheitliche Aufgaben wahrnehmen.

D 85

Im „Bericht gemäß § 26 der Geschäftsordnung ... für den 9. Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig, 12. bis 15. Oktober 1997“ ist zum Beschluß D74 - Beibehaltung der Optionen in der Energieforschung - auf die Bilanz der Arbeit der Bundesregierung 1994 - 1997 zu verweisen und nicht auf den Arbeitsbericht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Namensverzeichnis

Ahrons 293
Althaus 285
Altmaier 381
Arentz 247

Bandmann 134f., 391
Bergner 77ff., 291
von Beust 55ff.
Biedenkopf 211
Blüm 69, 241
Böhr 292
Bormann 243
Bortscheller 382

Daehre 48
Dinkelman-Möhring 255
Dregger 107

Eichenlaub 346
Eppelmann 49, 229
Escher 64, 343
Faber 334
Fink 167
Fischer 337

Gauck 109
Geisler 169
Geißler 193, 387
Geschka 45ff., 166ff.
Gregory 272
Greve 51
Grill 250

Hähle 11ff., 147ff., 346ff., 396
Hahn 120
Halang 392
Herlea 329
Hintze 20, 128, 131, 132, 135, 140, 171, 331, 341f., 344
Hüfner 327
Hüppe 256

Isensee 368

Jäger 55, 165, 254
Janning 334

Jensen-Nissen 138f.

Juncker 301

Jungen 190, 244

Kaminski 112

Kanther 358

Kartmann 295

Karwatzki 125ff., 184f.

Kauder 394

Keppler 136, 296

Koch 138, 249, 255, 258, 336

Kohl 7, 23, 257, 345, 398

Kroker 251

Kunze 103

Lehmann-Grube 17

Lengsfeld 93

Lennartz 258, 339ff.

Lesser 246

Lieberknecht 59ff.

Liese 259, 331

Limbach 133

Linssen 66, 140ff.

Löwisch 166

Maier 315

Merkel 79

Michna 60

Müller, Friedhelm 336, 340

Müller, Peter 163, 343, 386

Münch 337

Neubert 99

Neumann 367ff.

Niedergesäß 50

Nölken 45, 127, 289, 342

Nolte 185

Notheis 46

Pack 139

Paul 324

Rachel 283

Radunski 287

Rauen 53

Rehberg 118

Reul 187, 333ff.
Rinsche 141
Rößler 265
Rüttgers 261ff.

Schäuble, Thomas 378
Schäuble, Wolfgang 147, 169
Schavan 86, 193ff.
Schimpff 58
Schmidt-Behrends 168
Schmitz-Hübsch 139
Schmoldt 222
Schnipkoweit 237
Schnoor 282
Scholz 384, 395
Schreier 186
von Stetten 389
Süssmuth 198, 294

Tantzen 127, 286
Teufel 60
Thiele 114
Thoben 239
Timm 297
Töpfer 56, 334

Vaatz 299
Velte 338
Volquartz 337

Wagner 137
Waigel 346
von Weichs 59
Welle 322
von Westphalen 253
Winn 57
Wissmann 136, 234
Wollziefer 22
Wulff, Arne 19, 132
Wulff, Carola 131
Wulff, Christian 205ff., 376
Wulff, Otto 137



